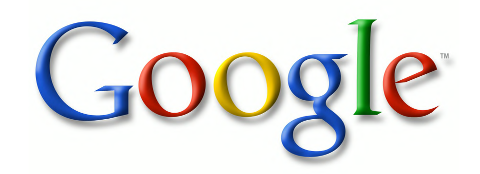
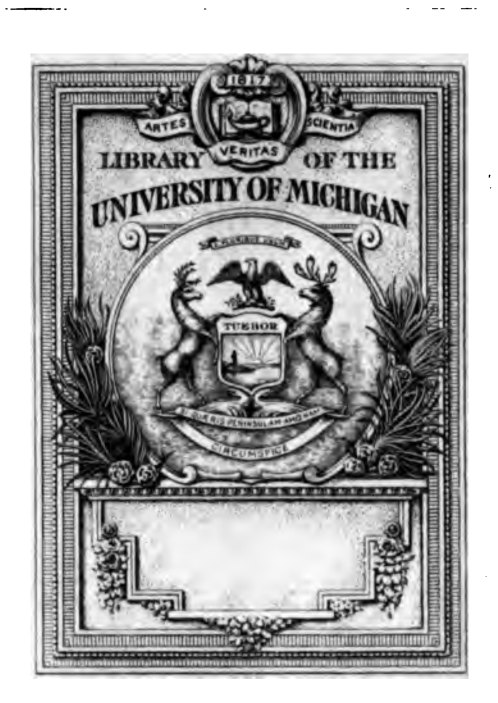




1817
ARTES
VERITAS
SCIENTIA
LIBRARY OF THE
UNIVERSITY OF MICHIGAN
TUEBOR
CIRCUMSPICE



LEIPZIG

Fürst Bismarck nach seiner Entlassung.

Leben und Politik des Fürsten
seit seinem Scheiden aus dem Amte
auf Grund aller authentischen Kundgebungen.

Herausgegeben und mit historischen Erläuterungen versehen
von

Johs. Penzler.

Fünfter Band.

März 1893 – Ende 1894.



Leipzig.
Verlag von Walther Fiedler.
1897.

Fürst Bismarck

nach seiner Entlassung.

Fürst Bismarck nach seiner Entlassung.

Leben und Politik des Fürsten
seit seinem Scheiden aus dem Amte
auf Grund aller authentischen Kundgebungen.

Herausgegeben und mit historischen Erläuterungen versehen
von
Johs. Penzler.

Fünfter Band.

März 1893 — Ende 1894.



Leipzig.
Verlag von Walther Fiedler.
1897.

Druck von Oscar Brandstetter in Leipzig.

VIII. Periode:

Friedrichsruh, 4. December 1892 — 29. Juli 1893.

(Fortsetzung aus dem IV. Bande.)

Am 14. März (A.-A.) führen die „Hamb. Nachr." Folgendes aus:

Ein officiöser Berliner Correspondent meldet, es stehe fest, daß die Regierung jetzt an Auflösung des Reichstages denke, ein Personenwechsel im Amte des Reichskanzlers sei nach augenblicklicher Lage der Dinge vollkommen ausgeschlossen. Wir lassen die Richtigkeit dieser Meldung dahingestellt, heben aber nochmals hervor, daß die Ablehnung der Militairvorlage die Auflösung des Reichstages so wenig zur Folge zu haben braucht wie einen Wechsel im Reichskanzlerposten. Wenn die Vorlage nicht zur Annahme gelangt, so besteht das nächste Auskunftsmittel darin, daß die Regierung sie derartig modificirt, wie sie glaubt, sie durchbringen zu können. Es ist in dem viertel Jahrhundert des Reichsverfassungslebens, das hinter uns liegt, mehrfach vorgekommen, daß Vorlagen, welche die verbündeten Regierungen mit Entschiedenheit vertraten, nicht durchgingen, ohne daß Jemand auf die Idee gekommen wäre, entweder müsse der Reichstag aufgelöst werden, oder der Kanzler zurücktreten. Die politische Aufgabe ist in solchen Fällen die, eine Uebereinstimmung zwischen beiden gesetzgebenden Körperschaften, Bundesrath und Reichstag, herbeizuführen, und wenn dies auf dem einen Wege nicht gelingt, es auf einem andern zu versuchen. In der Verfassung ist die Zuspitzung solcher Situationen auf die einzige Person des Reichskanzlers nicht vorgesehen, und sie entspricht lediglich der jetzt üblich gewordenen Redewendung von der „Reichsregierung". Eine Reichsregierung, mit anderen Worten eine „kaiserliche Regierung", besteht lediglich in den Zweigen der Verwaltung, die sich in den Händen des Reiches befinden, aber durchaus

nicht in der Gesetzgebung. Soweit es sich um legislative Maßregeln handelt, ist der Begriff Reichsregierung ganz unberechtigt; für die Acte der Gesetzgebung kommen nur die verbündeten Regierungen einerseits und der Reichstag andererseits in Betracht. Aufgabe der Präsidialpolitik ist es lediglich, die Uebereinstimmung zwischen diesen beiden Factoren herzustellen, sobald das Bedürfniß dazu eintritt.

Auch sonst sehen wir kein Bedürfniß zu einem Kanzlerwechsel; die Reichskanzlerstelle ist jetzt ganz zweckentsprechend besetzt. Wenn die Militairvorlage fällt, wird Graf Caprivi eine modificirte Vorlage, deren Annahme mehr Sicherheit hätte, gewiß mit demselben Geschick vertreten wie die jetzige. Auf die Person des Reichskanzlers kommt überhaupt nach unserer Verfassung gar nicht so viel an. Man hat sich aus den Zeiten des Fürsten Bismarck her gewöhnt, dieses Amt zu überschätzen; jetzt wird mit der Zeit immer deutlicher erkannt werden, wie wenig Machtvollkommenheit die Stellung als solche einschließt.

Bei dieser Gelegenheit wollen wir noch einen Vorwurf berühren, den die „Voss. Ztg.“ gegen den früheren Kanzler erhebt. Das Berliner Blatt beklagt in einem Artikel über den „Mangel an Staatsmännern“, daß Fürst Bismarck keine Schule gemacht habe; sein alles überwuchernder Einfluß, seine Allmacht, die sich bis auf die Ernennung jedes Hülfsarbeiters in jedem Ministerium erstreckt habe, sei nicht geeignet gewesen, Staatsmänner zu erziehen. Der Fürst habe nur Männer ertragen können, die auf seine Anschauungen eingingen.

Man fragt sich, wenn man das liest, ob die „Voss. Ztg.“ denn verlangt, daß Fürst Bismarck etwa Schule im Sinne der Herren Huber, Goering habe machen sollen, oder ob das Blatt der Meinung ist, daß Fürst Bismarck bei den Ansichten, die er amtlich vertreten hat, Staatsmänner habe herstellen können, die bei „Unabhängigkeit der Ueberzeugung und des Charakters“ zu Untergebenen des jetzigen Reichskanzlers gepaßt hätten, und die im neuen Cours ihre Stellung dauernd hätten ausfüllen können? Die Behauptung, daß der „Alles überwuchernde Einfluß“ des Fürsten Bismarck sich auf die Ernennung jedes Hülfsarbeiters erstreckt habe, enthält eine unfreiwillige Anerkennung des Pflichtgefühls des früheren Reichskanzlers; es wird dadurch bezeugt, daß dieser sich stets darum gekümmert hat, welche Hülfsarbeiter in den ihm untergebenen Ressorts angestellt werden sollten und welche nicht. Da er der allein verantwortliche Minister war, würde es eine Unehrlichkeit gewesen sein, wenn er in dieser Beziehung gleichgültig geblieben wäre. Soll ein verantwortlicher Minister überhaupt mit Männern arbeiten, die „auf seine Ansichten nicht eingehen“? Die Behauptung der „Voss. Ztg.“, daß Reichskanzler-Candidaten bei uns nicht

vorhanden seien, wäre, wenn sie zuträfe, ein testimonium paupertatis, das für unsere große und begabte Nation im Herzen Europas sehr bedauerlich sein würde. Leute zu finden, die sowohl hinsichtlich ihres Talentes wie hinsichtlich ihres Charakters zur Uebernahme des Reichskanzlerpostens berufen erscheinen, aber doch eine eigene Ueberzeugung nicht vertreten, ist allerdings nicht leicht.

* * *

Ein Artikel der „Conservativen Correspondenz" gibt den „Hamb. Nachr." am 19. März (M.-A.) Grund zu folgender Auslassung:

Fürst Bismarck und die Landwirthschaft. Es ist auffällig, mit welcher Geflissenheit sich die „Conserv. Corresp." dagegen verwahrt, daß zwischen ihren Ansichten und „denen in Friedrichsruh" irgendwelche Beziehungen beständen. Daß von Seiten des Bundes der Landwirthe Niemand in Friedrichsruh gewesen ist, ist richtig, und wir wollen die Motive davon nicht weiter erwähnen. Der „Conserv. Corresp." aber genügt diese Lossagung von dem früheren Kanzler und amtlichen Vertreter der landwirthschaftlichen Interessen nicht; sie fühlt das Bedürfniß hinzuzusetzen, daß es als ein verfehltes Beginnen hätte betrachtet werden müssen, wenn die landwirthschaftliche Bewegung in die oppositionellen Bahnen eingelenkt wäre, die zum größten Bedauern der conservativen Partei die vom früheren Reichskanzler inspirirten „Hamb. Nachr." wandelten.

Die conservative Partei hat also das Bedürfniß — wir lassen dahingestellt sein, unter welchen Berechnungen — das Tischtuch zwischen sich und dem früheren Reichskanzler offenkundig zu zerschneiden und auf letzteren mit einem Blick nach oben wie auf den Zöllner hinzuweisen, von dem der Pharisäer sagt: „So übel wie dieser bin ich doch noch nicht!" Es ist das als ein Zeichen der Selbstständigkeit und Tapferkeit der Leiter der „Conserv. Corresp." immerhin bemerkenswerth, wir würden uns indessen über diesen Pharisäismus an sich noch nicht wundern; wir sind auf derartige Erscheinungen gefaßt. Aber in der Vertretung der Landwirthschaft, welche die conservative Partei für sich in Anspruch nimmt, halten wir den Artikel der „Conserv. Corresp." für keinen geschickten Schachzug. Er erinnert uns an die Caprivischen Fehmbriefe gegen den Fürsten Bismarck, die in einem großen Theile Deutschlands keinen günstigen Eindruck gemacht haben. Die Leiter der conservativen Partei sollten sich gegenwärtig halten, wie sorgfältig sie vermeiden müssen, den fortschrittlichen Bestrebungen entgegenzukommen, welche die Vertretung der Landwirthschaft als ein Sonderinteresse der Großgrundbesitzer darzustellen suchen, bei dem die Bauern unbetheiligt

wären. Nun ist in der süddeutschen Landwirthschaft das bäuerliche Interesse vorwiegend, ebenso wie dies im Nordosten, wenn nicht im Ganzen, so doch in einzelnen Bezirken der Fall ist. Es wäre ein großer Schaden für die landwirthschaftlichen Interessen, wenn die fortschrittliche Taktik, allein den rechtselbischen Großgrundbesitz als Interessenten darzustellen, irgendwie Anklang fände. Es ist von der höchsten Wichtigkeit für die Landwirthschaft, die Einigkeit der Vertretung dieses Hauptgewerbes der Deutschen zu erhalten und die Sympathien der großen bäuerlichen Massen in Süddeutschland den ihnen an und für sich fernstehenden Elementen, welche in der „Conserv. Corresp." ihre Vertretung finden, dem Großgrundbesitz, nicht zu entfremden.

Aus den süddeutschen Kundgebungen bäuerlichen Ursprungs und den Vorgängen, die sich im vorigen Sommer an die Reise des Fürsten Bismarck knüpften, kann man den Schluß ziehen, daß das politische Ansehen des Fürsten Bismarck im Süden und Westen des Reiches stärker ins Gewicht fällt als in den Kreisen seiner näheren Landsleute, die ihre persönlichen Gründe haben, ihn zu meiden und zu sagen: hic niger est, hunc tu, Romane, caveto! Ob dieses Verdict aber bei den süddeutschen Bauern im allgemeinen Anklang findet, ist uns fraglich, und wir hoffen nicht, daß Fürst Bismarck, wenn er im bevorstehenden Sommer Süddeutschland wieder besuchen sollte, Veranlassung zu nehmen geneigt sein wird, die macula, welche ihm die „Cons. Corr." anzuhängen sucht, in angemessener Wendung den Herren, welche sie redigieren, zurückzugeben. Wir halten die Manifestation der „Cons. Corr." für eine der ungeschickten servilen Plumpheiten, mit denen die conservative Geschäftsleitung sich die Sympathien im Volke verdirbt.

* * *

In derselben Nummer wird, wie früher schon, noch einmal die Methode, nach der die öfficiöse Presse für die Militair- und Marinevorlage entbrennt, einer Kritik unterzogen:

Wir haben schon früher die Bedenklichkeit des *Einschüchterungssystems* erwähnt, mit welchem die Militairvorlage durchzubringen versucht wird, und bedauern, daß dieselbe Argumentation auch zur Unterstützung der *Marinevorlage* verwendet wird. In den Verhandlungen über die Militairvorlage und ganz besonders in der officiösen Presse wurde die Fremdherrschaft im Lande, die Milliardencontribution, die Schändung unserer Frauen und Mädchen, die Verbrennung Heidelbergs und der Pfalz mit grausamer Vorliebe specialisirt, um auf die Nerven der Widerstrebenden zu wirken. In der Marinefrage wird die Nothwendigkeit, größere Schiffe zu bauen mit der Befürchtung motivirt, daß wir

im Kriege absolut auf fremdes Getreide angewiesen seien und daß wir verhungern würden, wenn wir die geforderten Schiffe nicht bauen, welche als Kreuzer die feindliche Blockadeflotte von unseren Gestaden fern halten sollen.

Wir fürchten, daß unsere Flotte schon der französischen allein nicht in einem Maaße gewachsen sein wird, um sie an der Wegnahme der amerikanischen Getreideschiffe, die unserer Hungersnoth vorbeugen sollen, zu hindern, und wenn die russische Flotte hinzukäme, wie man ja nach dem Zweifrontenkriege, dessen Nothwendigkeit wir allerdings bestreiten, annehmen müßte, so wäre die Sicherung der auswärtigen Zufuhr noch zweifelhafter, selbst nach Bewilligung der geforderten Schiffe. Aber, wie gesagt, schon der französischen Flotte allein gegenüber würden wir nicht gewiß sein, das amerikanische Getreide, von dem wir leben sollen, sicher in deutsche Häfen zu bringen.

Wenn wirklich die Bedrohung mit der Hungersnoth begründet wäre, so würden wir allerdings Kartoffeln essen können, anstatt Branntwein daraus zu machen; aber Getreide statt Rüben würden wir so rasch nicht bauen können, wie die Kriege heutzutage verlaufen. Um zu einem solchen Fruchtwechsel während des Krieges übergehen zu können, würde eine zweijährige Dauer des Krieges erforderlich sein. Das braucht Graf Caprivi, da er keinen Ar und keinen Strohhalm besitzt, allerdings nicht zu wissen; aber es würde uns doch beruhigen, wenn wir einen Kanzler hätten, der das wüßte. Wenn die Gefahr besteht, daß die Zufuhr fremden Getreides uns abgeschnitten wird, daß unser Bundesgenosse Oesterreich-Ungarn uns kein Getreide liefern und daß auch Rußland, mit dem wir doch nicht nothwendig im Kriege zu leben brauchen, uns seinen Ueberschuß vorenthalten könnte — wenn wir dies wirklich befürchteten, so würden wir es für eine dringende Aufgabe der Landesgesetzgebung ansehen, den einheimischen Getreidebau, namentlich in Brodkorn so zu fördern, daß kein Ausfall fremder Zufuhr uns mit ernster Besorgniß bezüglich der Ernährung unserer Bevölkerung im Kriegsfalle zu erfüllen brauchte.

Wir geben die Prämisse der Caprivi'schen Schlußfolgerung nicht zu, aber wenn sie richtig wäre, so würden wir glauben, daß für eine vorsorgliche Regierung ein moralischer Zwang dafür vorhanden wäre, sich vollständig auf die agrarische Seite zu werfen, ja sogar die staatlichen Ausgaben nach dem Maaße der Rentabilität der Landwirthschaft zu gestalten. Indeß, wir bestreiten die Prämisse, wir möchten nur den Herrn Reichskanzler überzeugen, daß seine Ausführungen mehr für eine agrarische als für eine maritime Politik sprechen.

* * *

In weiterer Ausführung und Begründung der in der ersten Notiz vom 22. Februar (A.=A.) kurz angedeuteten Gedanken (vgl. Band IV, S. 377 f.) bringen die „Hamb. Nachr.“ am 16. März (M.=A.) den nachstehenden Artikel:

Der preußische auswärtige Minister und die Reichsangelegenheiten. Wir hatten neulich die Ansicht geäußert, daß Graf Caprivi zwar nicht als Reichskanzler, wohl aber in seiner Eigenschaft als preußischer Minister des Auswärtigen amtlich berufen gewesen wäre, den Verhandlungen des preußischen Abgeordnetenhauses über die Handelsverträge beizuwohnen, weil er als ressortmäßig verantwortlicher Instructor der preußischen Stimmen im Bundesrathe dem Landtage verantwortliche Rechenschaft schulde. In einem von der „Nordd. Allg. Ztg.“ abgedruckten Artikel des öfficiösen „Hamb. Corr.“ wird dies bestritten; im Bundesrathe stimmten — so wurde ausgeführt — die durch ihre Gesammtregierungen, nicht von einzelnen Ministern entsandten Bevollmächtigten, die Instructionen dieser Mandatare würden in den Gesammtministerien, nicht von einzelnen Ministern beschlossen; daran werde nichts geändert, wenn im Bundesrathe die preußischen Stimmen vom Minister der auswärtigen Angelegenheiten geführt würden, und letzterer könne von dem Landtage nur dann zur Rechenschaft gezogen werden, wenn er die Stimmen instructionswidrig geführt habe.

Das ist eine Entstellung des Sachverhaltes. Es kommt bei der Frage, um die es sich handelt, nicht darauf an, ob der preußische auswärtige Minister die preußische Bundesrathsstimme auf Grund eines Staatsministerialbeschlusses instruirt, sondern darauf, daß er als Ressortminister die staatsrechtliche Verantwortlichkeit für die Instruction trägt. Wenn seit Gründung des Reiches die deutschen Angelegenheiten in erster Linie zum Ressort des preußischen auswärtigen Ministers gehören und wenn außer diesen nur noch das Verhältniß Preußens zur römischen Curie den Gegenstand seines Geschäftskreises bildet, so können selbst so oberflächliche Kenner des Staatsrechts wie die Urheber des officiösen Artikels im „Hamb. Corr.“ nicht leugnen, daß der preußische Minister des Auswärtigen der Ressortminister für die Beziehungen Preußens zu den übrigen deutschen Staaten und zum Bundesrathe ist und daß die Instruction der preußischen Bevollmächtigten zum Bundesrathe formell von ihm auszugehen hat. Er kann diese Instruction ohne Rückfrage beim Staatsministerium erlassen, wenn er die Gewißheit hat, daß das letztere a limine mit derselben einverstanden sein werde. Das ist in der Regel der Fall, wenn er sich in persönlicher Rücksprache mit seinen betheiligten Ministercollegen verständigt hat; zweifelt er an einem solchen Einverständnisse mit dem Staatsministerium, so hat er natürlich eine Berathung desselben herbeizuführen, und wird sich dann verpflichtet fühlen, nach

dem Staatsministerialbeschlusse die preußischen Vertreter im Bundesrathe mit Instruction zu versehen. Aber seine Verpflichtung, als preußischer Minister der auswärtigen Angelegenheiten dem preußischen Landtage verantwortliche Rede zu stehen, wird dadurch nicht aufgehoben und auch nicht dadurch, daß er neben den preußischen auswärtigen Angelegenheiten auch die Geschäfte des Reichskanzlers verwaltet. Ohne Zweifel stimmen im Bundesrathe die Gesammt-Regierungen der Bundesstaaten und nicht die einzelnen Minister ab; aber der Canal, vermöge dessen das preußische Gesammtministerium seine Abstimmung in den Bundesrath leitet, ist eben staatsrechtlich der preußische Minister der auswärtigen Angelegenheiten, und dieser ist auch in erster Linie vor seinen Collegen berufen, als Ressortminister dem preußischen Landtage gegenüber das preußische Bundesrathsvotum verantwortlich zu vertreten.

Wie der Officiosus im „Hamb. Corresp." aus unserer Darstellung dieses Sachverhalts deduciren will, daß das Reich gegenüber den Einzelstaaten als Ausland behandelt werde, ist schwer verständlich. Wir könnten umgekehrt sagen, die Ausführungen im „Hamb. Corresp." litten an dem Fehler, daß sie Preußen mit seinen 30 Millionen Einwohnern dem Reiche gegenüber als Ausland behandelten und Preußen verböten, in Angelegenheiten des Reiches mitzureden.

Wir stehen hier abermals vor einem „Mißverständniß", das durch die Gewöhnung an den irrigen Begriff einer „Reichsregierung", in deren Angelegenheiten sich die Einzelstaaten nicht einzumischen hätten, angerichtet wird. Das, was neuerdings mit Vorliebe, aber fälschlicher Weise unter „Reichsregierung" verstanden wird, beschränkt sich auf die administrativen Reichsbeamten, nämlich auf den Reichskanzler an der Spitze der verschiedenen Reichsämter. Die Reichsgesetzgebung kennt keine Reichsregierung, und in ihr haben die kaiserlichen Administrativbeamten als solche kein Votum, sondern nur als Sachkundige einen natürlichen Einfluß auf die Abstimmungen. Die Behauptung, daß das Reich für Preußen Ausland sei, wenn der preußische auswärtige Minister verpflichtet sein solle, im preußischen Landtage zu erscheinen, ist eine rhetorische Figur, die für ernsthafte Politik keinen Werth hat und wenn man die „Nordd. Allg. Ztg." einmal als das officiöse Blatt *κατ' ἐξοχήν* verwendet, so sollte auch darauf gesehen werden, daß darin nur solche Artikel veröffentlicht oder abgedruckt werden, die mit wirklicher Sachkunde geschrieben sind.

Der Gedanke, daß der preußische Minister der auswärtigen Angelegenheiten vom preußischen Landtage nur dann zur Rechenschaft gezogen werden könne, wenn er die preußischen Stimmen im Bundesrathe „instructionswidrig" geführt habe, ist eine willkürliche Behauptung, die wir

vom Standpunkte des Verfassungsrechtes als eine banausische bezeichnen müssen. Gerade für das instructionsmäßig im Namen Preußens abgegebene Votum ist der preußische Minister der auswärtigen Angelegenheiten, mag er daneben Reichskanzler sein oder nicht, dem preußischen Landtage verantwortlich. Die 30 Millionen Preußen haben ein unverkümmertes Recht, zu wissen, wie in ihrer Vertretung im Bundesrathe votirt wird, und ihren auswärtigen Minister dafür verantwortlich zu machen. Daß wegen des fortdauernden Mangels eines Ministerverantwortlichkeitsgesetzes dabei nur von einer moralischen Verantwortung die Rede sein kann, ändert an der Sache selbst nicht das Mindeste. Wenn die preußischen Interessen im Bundesrathe unzweckmäßig vertreten werden, so hat der preußische Landtag das Recht, die Anwesenheit des preußischen auswärtigen Ministers zu dem Behufe zu verlangen, daß er ihm seine Gravamina direct zu Gehör bringen kann. So besagt es die preußische Verfassung in ihrem Artikel 60, und so lange der Reichskanzler preußischer Minister des Auswärtigen ist, wird er durch seinen preußischen Verfassungseid verpflichtet, einer solchen Aufforderung des preußischen Landtags, sich vor ihm zu verantworten, Folge zu leisten.

Der von der „Nordd. Allg. Ztg." approbirte Officiosus im „Hamb. Corresp." widerlegt sich übrigens selbst schlagend durch seine Bezugnahme auf die Aeußerung des Fürsten Bismarck vom 19. April 1871 und es ist wiederum eine officiöse Verschiebung der Preßcoulisse, wenn aus jener Aeußerung des ersten Reichskanzlers ein Widerspruch gegen unsere Deduction entnommen werden soll. Außerdem würde es für die Frage, ob der preußische Minister des Auswärtigen im Landtage zu erscheinen hat, ganz gleichgültig sein, ob wir ihn allein, oder das preußische Gesammtministerium für den maßgebenden Instructor der preußischen Stimmen im Bundesrathe erklärt hätten. Es handelt sich nur darum, ob der Erstere die Abstimmung im Bundesrathe, deren ressortmäßiges Organ er war, im Landtage zu vertreten hat oder nicht. Darüber sagt der Officiosus mit vorsichtiger Klugheit nichts, sondern behilft sich mit der Phrase, daß auf die Natur dieser Verantwortlichkeit nicht näher eingegangen zu werden brauche.

Die in sich widerspruchsvolle Argumentation des officiösen Artikels gipfelt in der Behauptung, daß der preußische Minister der auswärtigen Angelegenheiten an der Angelegenheit der Handelsverträge nicht betheiligt sei, und daß handelspolitische Verhandlungen mit fremden Staaten ihn nichts angingen, da sie zur Competenz des Auswärtigen Amtes des Reiches gehörten. Vielleicht geht ihn auch das preußische Votum im Bundesrathe über solche Angelegenheiten nichts an? Dann aber wäre

der preußische Minister des Auswärtigen vollständig überflüssig, und das Nämliche gälte von den unter ihm stehenden Gesandten an den deutschen Höfen; die Competenz dieses preußischen Ministers beschränkt sich auf die Instruction des preußischen Gesandten beim Papste, wenn man ihm das Recht, in deutschen Dingen mitzureden, derartig abspricht, wie es in dem Artikel des „Hamb. Corresp." geschieht. Daß der preußische Minister des Auswärtigen ressortmäßig mit Industrie und Landwirthschaft nichts zu thun hat, hindert nicht, daß ihm die Instruction der preußischen Stimmen in Angelegenheiten dieser Erwerbszweige ressortmäßig zusteht und daß der Handelsminister, resp. der landwirthschaftliche und Arbeitsminister nur durch Vermittelung des auswärtigen Ministers in solchen Dingen überhaupt im Bundesrathe zu Worte kommen können. Nach der Theorie, welche die „Nordd. Allg. Ztg." aus dem „Hamb. Corresp." sich aneignet, scheint angenommen zu werden, daß jeder preußische Minister in Angelegenheiten, die sein Ressort berühren, nach seinem Belieben, ohne Ministerialbeschluß und ohne Verständigung mit seinem preußischen auswärtigen Collegen im Bundesrathe abstimmt. Es wird nämlich ausdrücklich gesagt, die Vertretung der Instruction der preußischen Stimmen im Bundesrathe liege nächst dem Ministerpräsidenten den Ressortministern für Handel und Gewerbe und für Landwirthschaft ob!

Wir würden die Erörterung solcher staatsrechtlicher Schulweisheit überhaupt nicht unseres Dienstes erachten, wenn wir nicht zu verhindern bestrebt wären, daß über die Auslegung des deutsch-preußischen Verfassungsrechtes falsche Meinungen, man kann wohl sagen, Fälschungen unter denjenigen Lesern der Presse verbreitet werden, welche von früher her gewöhnt sind, daß anerkannt officiöse Artikel mit staatsrechtlicher Sachkunde] und Autorität geschrieben zu werden pflegen. Wir halten es für unsere Pflicht, die Ansteckungskraft dieses Bacillus der Verfassungsfälschung zu zerstören, sonst würden wir uns auf Besprechung so unaufrichtigen und sachunkundigen Wortgeklingels überhaupt nicht einlassen.

* * *

Am 17. März haben die Commissionsberathungen über die Militairvorlage damit ihr Ende gefunden, daß nicht nur der grundlegende Paragraph 2 der Vorlage, sondern auch sämmtliche Abänderungsanträge abgelehnt wurden. Den 23. März (M.-A.) schreiben nun die „Hamb. Nachr.":

Zur Militairvorlage. Wir vermissen in der Situation, wie sie sich in dem Kampf um die Militairvorlage entwickelt hat, ein Element, welches wir als das der Vornehmheit bezeichnen möchten. Wenn man die aufgeregten Deductionen der officiösen Presse liest, sollte man meinen, das deutsche Kaiserthum, wie es jetzt besteht, sei abhängig davon, ob die

jetzige Vorlage bewilligt wird oder nicht. Das ist doch in keiner Weise der Fall; das deutsche Kaiserthum wird von dem vorliegenden Entwurf gar nicht berührt, es steht über dem Streit der Parteien, und von einer Gefahr für Kaiser und Reich kann, wie wir nachgewiesen haben, beim Scheitern der beabsichtigten Heeresreform nicht entfernt die Rede sein. Das Reich und seine Interessen erleiden so wenig wie das Ansehen der Krone einen Schaden, selbst wenn eine ganze Reihe von Militairvorlagen abgelehnt wird. Wozu also der Lärm, der im Auslande lediglich den Eindruck innerer Schwäche des Deutschen Reiches hervorrufen muß?

Die Vergleiche, die zwischen der gegenwärtigen Lage und der des Jahres 1862 angestellt werden, um die Nothwendigkeit der Durchbringung der jetzigen Vorlage um jeden Preis zu beweisen, treffen in keiner Weise zu. Damals lag die Gefahr der Abdication des Königs vor und welche Consequenzen diese nach innen und außen gehabt haben würde, bedarf keiner weiteren Ausführung; jedenfalls wäre die ganze kriegerische Entwickelung, die zur Errichtung des Deutschen Reiches geführt hat, nicht eingetreten. Eine Zwangslage, wie die vom Jahre 1862, zu fechten oder zu capituliren, ist für die Krone nicht vorhanden. Die heutige Situation findet wegen der Verschiedenheit der militairischen und diplomatischen Verhältnisse ihr Analogon nicht einmal in den Vorgängen des Jahres 1887. Man kann die gegenwärtige Lage nur mit derjenigen in Vergleich stellen, welche in früheren Zeiten so und so oft eingetreten ist, wenn es sich herausstellte, daß Vorlagen, welche die Regierung für wichtig hielt, im Reichstage nicht durchzubringen waren. Ein Rückblick auf den alten Cours zeigt, wie oft sich dieser einer solchen Unmöglichkeit gegenüber gesehen hat. Aber Kaiser Wilhelm I. hat es nie für richtig gehalten, in anderen als ganz außergewöhnlichen Fällen zur Auflösung des Reichstags zu schreiten. Er lehnte es zwar stets ab, die Directiven für die Richtung seiner Politik von einer Reichstagsmajorität entgegenzunehmen; aber wenn eine Sache nicht durchzubringen war und nicht die allerzwingendsten Gründe zu einer Berufung an die Wähler nöthigten, so ließ er die Sache einstweilen ruhen oder suchte sie in anderer Form zur Annahme zu bringen.

Unserer Ansicht nach ist die Lage zur Zeit keineswegs eine so precaire, daß es die Urheber der Militairvorlage nicht mit ihrer Verantwortung für die Sicherheit des Reiches verträglich glauben dürften, sich bei der Erwägung zu beruhigen: wir haben das Unsrige gethan, um die Vorlage durchzubringen; wenn das deutsche Volk nicht in der Weise, wie wir es für richtig halten, militairisch mehr geschützt sein will, so haben wir das Unsrige gethan, und das Weitere muß der Entwickelung der Zukunft vorbehalten bleiben. Wir können nur wiederholen, was wir

gestern an dieser Stelle ausgeführt haben, daß wir eine Auflösung des Reichstages nach Ablehnung der jetzigen Vorlage für ein politisch höchst bedenkliches Wagniß ansehen würden, zu dessen Rechtfertigung es an zwingenden Gründen durchaus fehlt. Wir erneuern unseren Rath, die jetzige Vorlage nach gegebener Frist mit den nothwendigen Modificationen wieder einzubringen, und sind sicher, daß dieselbe alsdann nicht nur eine Majorität im Reichstage, sondern auch den Beifall aller einsichtigen Militairs finden wird.

Was den Bennigsen'schen Vermittelungsantrag betrifft, so besteht das Hauptgebrechen, an welchem derselbe leidet, in der Verminderung der Unterofficiere. Wir glauben schon nicht, daß die 12 000, welche die Regierungsvorlage fordert, ausreichend sein werden, aber wenn der Antrag Bennigsen anstatt dessen nur 7000 fordert, so halten wir ihn für eine noch größere Schwächung unseres Heeres als die amtliche Vorlage selbst. Ob 72 oder 42 Tausend Gemeine ohne dreijährig Gediente zur Zeit unserer ersten Schlachten mit dem Feinde bei uns als ausexercirt vorhanden sein werden, halten wir für minder wichtig als die Frage hinreichender Ausstattung der Armee mit Officieren und Unterofficieren. Der Bennigsen'sche Antrag will auch die Feldartillerie von 37 auf 31 reduciren, während uns die Ansätze für diese schon in der Regierungsvorlage zu gering erscheinen, namentlich angesichts des Bedürfnisses nach Verstärkung der Artillerie, welches durch die inzwischen hergestellte weitere Tragweite der Handfeuerwaffen geschaffen ist.

Wir heben dies hervor, um zu zeigen, wie wenig wir auf dem Boden principieller Opposition gegen die Militairvorlage stehen, daß es uns nicht sowohl auf Herabminderung der Regierungsforderungen als auf eine wirklich zweckmäßige Verstärkung des Heeres ankommt. Wir verweisen damit zugleich auf den Weg, welcher unserer Ansicht nach für die Durchbringung einer modificirten Vorlage die meiste Aussicht bietet, zum Ziele zu führen.

* * *

Mancherlei bemerkenswerthe Notizen finden wir in der A.-A. der „Hamb. Nachr." vom 23. März:

Vor einigen Tagen wurde mitgetheilt, daß der Fackelzug zu Ehren des Fürsten Bismarck nicht stattfinden könne, weil die lauenburgische Sabbathordnung eben dergleichen festliche Veranstaltungen in der Charwoche, resp. in den drei letzten Fastenwochen nicht gestatte. Die Sabbathordnung, um die es sich handelt, ist die kurbraunschweigische vom Jahre 1803. Man scheint sich derselben erst in neuerer Zeit erinnert zu haben, wenigstens fanden im Jahre 1890 in der Charwoche nicht nur zwei Fackelzüge mit Musik zu Ehren des Fürsten Bismarck statt, sondern es

herrschte auch während des ganzen 1. April in Friedrichsruh laute Festesfreude vieler Tausende, ohne daß Jemand daran gedacht hätte, dies mit der Sabbathordnung unverträglich zu finden.

* * *

Ueber die Verantwortung Caprivi's für die Militairvorlage wird gesagt:

Auffällig ist uns die neuliche Erklärung des Grafen Caprivi gewesen, daß er für die Militairvorlage nicht die volle Verantwortlichkeit übernimmt, sondern selbst sagt, er könne die Unterschrift zu der Vorlage, die ihm Herr von Bennigsen zuschiebe, nur zum Theil und in der Hauptsache annehmen. Wir wissen nicht, wie weit sich der kanzlerische Antheil an der Verantwortlichkeit für die Vorlage erstreckt, aber wir hatten bisher geglaubt, daß sich Graf Caprivi „voll und ganz" zu ihr bekenne.

* * *

Dann weiter über die Mittel zur Durchführung der Militairvorlage, wenn sie in der vorliegenden oder einer abgeänderten Form angenommen werden sollte:

Bei den bisherigen Erörterungen über die Militairvorlage vermissen wir vielfach die Berücksichtigung des Umstandes, daß die Reform, wenn sie angenommen würde, doch nicht eher zur Durchführung kommen könnte, bis die Mittel dazu beschafft wären. Wir können nicht glauben, daß sie bei mangelnder Unterlage im laufenden Budget ohne Weiteres auf dem Wege der Anleihe oder der Erhöhung der Matricularumlagen ins Werk gesetzt werden könnte. Bei Berathung der Kostenaufbringung für die Vorlage wird der Regierung übrigens eine neue Kritik über den mittelst der Handelsverträge erfolgten Verzicht auf vorhanden gewesene Zolleinnahmen, welche Director Aschenborn auf etwa 43 Millionen normirt, kaum erspart bleiben dürfen, namentlich wenn dieser Ausfall im Falle des Abschlusses eines Handelsvertrages mit Rußland noch um etwa 10 Millionen erhöht werden sollte.

* * *

Am 17. März stirbt in Paris Jules Ferry an Herzlähmung, nachdem er erst am 24. Februar zum Präsidenten des Senats gewählt worden war. Ueber ihn sagen die „Hamb. Nachr.":

Gestern hat in Paris das Leichenbegängniß Jules Ferry's stattgefunden, und nicht nur ganz Frankreich hat bei dieser Gelegenheit dem Verstorbenen gehuldigt, sondern auch ein Theil unserer Blätter. Das Uebermaß der Kundgebungen, welches der Tod Ferry's in der deutschen Presse hervorgerufen hat, liefert einen neuen Beweis dafür, wie sehr unsere Zeitungen noch an der alten Neigung kranken, ausländischen

Vorgängen ein unverhältnißmäßig größeres Interesse als den analogen Ereignissen des Inlandes entgegenzubringen. Umgekehrt könnten bei uns Graf Caprivi, Staatssecretair von Marschall und Finanzminister Miquel zugleich mit einander die Zeitlichkeit segnen, ohne daß die Pariser Presse auch nur den zehnten Theil des Raumes daran verschwendete, den unsere Blätter für Ferry übrig gehabt haben. So z. B. hat die Pariser Presse den neulichen Tod des Herzogs von Ratibor, der etwa denselben Rang mit dem französischen Senatspräsidenten bekleidete, kaum erwähnt.

Für Frankreich selbst ist freilich das Ableben Ferry's von großer Bedeutung; man fragt' sich unwillkürlich: was mag die göttliche Vorsehung mit Frankreich im Sinne haben, daß sie ihm gerade jetzt den Mann der Zukunft nimmt — als solcher erschien Ferry nach den Ereignissen der jüngsten Zeit und nach seiner Wahl zum Senatspräsidenten —, nachdem sie dem Lande den Panamascandal geschickt hat, um nach dem Verfall der monarchischen Parteien auch das Ansehen der republikanischen Fractionen zu Grunde zu richten?

* * *

Am 19. März empfing Fürst Bismarck drei Herren aus seinem Wahlkreise, den Abgeordneten Schoof, Dr. Diederich Hahn und Herrn P. Rickmers aus Bremerhaven. Die „Hamb. Nachr." berichten darüber am 24. März (A.-A.):

Das Gespräch kam zunächst auf den Bund der Landwirthe, und Herr Schoof konnte dem Fürsten Bismarck die bestimmteste Versicherung geben, daß der Bund sich von den politischen Parteien unabhängig halten werde.

Der Fürst billigte dies auf das Lebhafteste, betonte die Nothwendigkeit, wirthschaftliche Parteien zu bilden, und erklärte die Magenfrage für die wichtigste von allen. Erst wenn der Mensch satt sei, könne er sich mit der eigentlichen Parteipolitik befassen. Die heutigen Parteien, die der Fürst geneigt war, gewissermaßen juristische Parteien zu nennen, gruppirten sich mehr um einzelne Persönlichkeiten, die nur zu oft ihre eigenen Zwecke verfolgten, als um wirkliche Gegensätze. Vielfach hinge die Parteinahme im politischen Leben geradezu davon ab, neben wem jemand auf der Schulbank gesessen habe. Mit seinem Schulnachbar ginge dann wohl nachher der eine zu Bennigsen und den Nationalliberalen, der andere zu Manteuffel und den Conservativen. Der Fürst meinte, bei aller energischen Parteinahme in der Politik wüßten doch häufig die Anhänger der einzelnen Parteien die eigentlich trennenden Punkte nicht anzugeben. Ihm käme das so vor wie bei

Leuten, die jeden Sonntag in die Kirche gingen, und wenn man sie nachher fragte, was ist denn eigentlich der Unterschied zwischen den Orthodoxen, der Mittelpartei u. s. w., so wüßten sie es meistens nicht bestimmt zu sagen, aber darum würde tapfer weiter gehaßt.

Im weiteren Verlaufe des Gespräches kam die Rede auf die neuerdings so stark auftretende allgemeine Unzufriedenheit, die sich im 19. hannoverschen Wahlkreise, wie Herr Rickmers ausführte, vielfach in welfisches Gewand kleide, ohne daß die Leute wirklich überzeugte Welfen wären. Das ließe sich besonders in Geestemünde beobachten.

Der Fürst äußerte, es würde zu bureaukratisch regiert, und bezog dies u. A. namentlich auch auf die neue Landgemeindeordnung. Wir hätten zu viel Schreiberei und Umständlichkeiten, womit die Leute nicht zurecht kommen könnten, und das solle dann Selbstverwaltung sein. Er lese z. B. wohl die Verordnungen der Landräthe und müßte sie oft zweimal lesen, um ihren Sinn zu verstehen, was solle da erst ein Bauernvogt mit solchen Verordnungen anfangen. Aehnlich stände es auch mit der Ausarbeitung der Gesetzesvorlagen, wobei es vorkomme, daß ein Geheimrath dieselbe Materie im Ministerium zu behandeln habe, die schon das Thema seiner Assessorarbeit gewesen wäre, ohne daß er sie jemals im praktischen Leben kennen gelernt hätte.

Das Gespräch berührte noch die verschiedensten Themata, wie den Particularismus und die Herausbildung der Landesherrschaften in Deutschland, das parteipolitische Leben in England, die ausgesprochene Interessenpolitik der Engländer in alter und neuer Zeit u. a. m. und endigte damit, daß der Fürst, bevor zur Frühstückstafel aufgebrochen wurde,

sich vor seinen Gästen entschuldigte, er habe das Mandat des 19. hannoverschen Wahlkreises leider bis jetzt nicht ausüben können. Er würde wohl Lust haben, in den Reichstag zu kommen, wenn er es so machen könne, wie der alte Moltke, der ruhig dagesessen und zugehört habe. Aber man würde ihn ja nicht zufrieden lassen. Die einen würden ihn angreifen, ihn beschimpfen, was ihn immerhin am wenigsten berühren würde, die andern wieder würden ängstlich von ihm fortrücken, aus Furcht sich zu compromittiren. Zudem fehle ihm der Apparat, der ihm früher zur Verfügung gestanden habe, und es sei für ihn bei vorgerückten Jahren doch schwierig, alles selbst zu lesen und alle Vorarbeiten für die Reden allein zu besorgen.

Die Herren versicherten aber dem Fürsten, daß seine Wahl in erster Linie ein Vertrauensvotum gewesen sei, und Dr. Hahn betonte noch besonders, daß die Wähler des Fürsten ihm hätten die Gelegenheit geben wollen, in ernster Stunde im Reichstag sein Wort in die Wagschale zu werfen.

Die Gespräche bei Tische trugen einen mehr familiairen Charakter, wobei das plattdeutsche Idiom eine große Rolle spielte und der Fürst in heiterster Laune in pfälzischem Wein das Wohl seiner lieben Wähler an der „Waterkant" ausbrachte.

* * *

In der M.-A. vom 25. März wenden sich die „Hamb. Nachr." abermals

Zu den Handelsverträgen. Der „Reichsbote" bespricht die deutsch-russischen Handelsvertragsverhandlungen und erwähnt, daß zu den Feststellungen der Reichs- und Staatsbehörden über die von Rußland für den Conventionaltarif zu fordernden „vollwerthigen Gegenleistungen" seitens des preußischen Handels- und Finanzministers weitergehende Anträge zum Schutze der deutschen Landwirthschaft gestellt worden seien, daß aber aus den officiösen Preßäußerungen hierüber nicht mit Sicherheit hervorgehe, ob die Zusatzanträge abgelehnt oder angenommen wären. Auf Grund eines Artikels der „Post", worin ausgeführt war, daß, wenn Rußland die Gegenleistung in ihrer deutscherseits geforderten Höhe ablehnen sollte, eben eine andere Basis zur Verständigung gesucht werden müsse, schreibt der „Reichsbote" zum Schluß seiner Ausführungen: „Was soll das anders heißen, als: wenn die Russen unsere Vorschläge ablehnen, so müssen wir andere machen, welche ihnen angenehmer sind, bis es gelingt, mit Rußland einen Zollvertrag zu Stande zu bringen. Die Russen werden sich das nicht zweimal sagen lassen und den vertragsbedürftigen Deutschen wohl noch oft Gelegenheit geben, ‚eine andere Basis zu suchen', bis sie endlich diejenige gefunden haben, welche den Russen genehm ist. So treibt diese gouvernementale Presse des mächtigen Deutschen Reiches nationale Politik. Wenn's nicht so traurig wäre, könnte es zum Lachen sein!"

Wir sind der Ansicht, daß der „Reichsbote" mit seinen Befürchtungen nicht abzuweisen ist. Herr von Marschall kommt wieder darauf zurück, daß der Handelsvertrag mit Oesterreich-Ungarn nicht ohne Ermäßigung der Getreidezölle habe zu Stande kommen können. Den Steuerpflichtigen drängt sich dabei immer wieder die Frage auf: War es durchaus nothwendig, daß ein solcher Vertrag überhaupt zu Stande kam? Es ist eine fortdauernde petitio principii, das Marschall'sche Argument der Frage gegenüber anzuführen, was haben wir denn in Deutschland durch diesen leichten Herzens vollzogenen Verzicht auf 43 Millionen Zolleinnahmen und vielleicht auf mehr gewonnen? Wir glauben, daß die neuerdings entstandene agrarische Bewegung das einzige positive Resultat ist, das Herr von Marschall mit seiner staatsmännischen Thätigkeit in dieser Sache erreicht hat. Ob er es erstrebt hat, lassen

wir dahingestellt sein; aber wir sind ernstlich besorgt, daß mit Rußland in derselben Weise pactirt werden könnte, wie mit Oesterreich-Ungarn und daß das absolute Bedürfniß der jetzigen Regierung nach Handelsverträgen sie in die Lage bringen kann, dem Reichstage abermals einen Vertrag vorzulegen, zu dessen Entschuldigung sie anführen müßte: wir haben ihn nicht anders als so zu Stande bringen können; hätten wir die Concessionen nicht gemacht, so wären wir überhaupt zu keinem Abschlusse gelangt.

Was die staatsrechtliche Seite des Abschlusses des Handelsvertrages mit Rußland betrifft, so fügen wir den Ausführungen unseres gestrigen Morgenblattes noch hinzu, daß die Zeitungsnachricht, Graf Caprivi habe das preußische Staatsministerium bei Einleitung der Verhandlungen gar nicht gefragt, schon deshalb falsch sein muß, weil der Reichskanzler ohne Ermächtigung des preußischen Staatsministeriums überhaupt nicht vorgehen konnte. Er ist ohne Einvernehmen mit dem preußischen Staatsministerium nicht in der Lage, sich auf so bedeutende Unternehmungen einzulassen. Wir sind überzeugt, daß Graf Caprivi die preußische Verfassung genau genug kennt, als daß die Berichte über die Vorgänge zwischen ihm und dem preußischen Staatsministerium begründet sein könnten.

* * *

In demselben Blatte finden wir in Form einer Berichtigung der „Frankf. Ztg." eine Mittheilung über die Stellung des Fürsten zu dem neu gegründeten Bunde der Landwirthe:

Die „Frankf. Ztg." ist der Ansicht, Fürst **Bismarck** sei mit der Errichtung des **Bundes der Landwirthe** sehr unzufrieden; das Blatt bezieht sich dabei auf das Zeugniß der „Conserv. Corresp.". Die „Frankf. Ztg." verwechselt die „Conserv. Corresp." mit dem Bund der Landwirthe. Wir können der „Frankf. Ztg." versichern, daß ihre Ansicht irrig ist. Der Bund der Landwirthe hat sich der Zustimmung des früheren Reichskanzlers zu erfreuen; nur ist der Fürst, wie schon aus dem gestern mitgetheilten Gespräche mit seinen Gästen aus dem 19. Wahlkreise hervorgeht, der Ansicht, daß, wenn die Landwirthe ihre Sache mit Erfolg vertreten wollen, sie ihre Interessen von denen der politischen Fractionen trennen müssen und weder landwirthschaftlich und conservativ, noch landwirthschaftlich und liberal als identisch ansehen dürfen.

Die Landwirthschaft ist im deutschen Volke so stark vertreten, daß sie in allen Parteien von großem Gewichte ist; eine Einigung der landwirthschaftlichen Interessenten ist daher nur zu Stande zu bringen, wenn man das versteinerte Fractionswesen bei den Wahlen durchbricht.

Süd- und westdeutsche, clericale und liberale Wähler gehören jedenfalls noch im größeren Maßstabe als in Nord-Ostdeutschland den bäuerlichen Kreisen an, trotzdem sind die Parteien, für die sie gewählt haben, der Landwirthschaft durch ihre Abstimmung zu Gunsten der Handelsverträge feindlich gegenübergetreten. Andererseits ist es Thatsache, daß die süddeutschen und rheinischen Landwirthe wenig Neigung haben, sich dem norddeutschen Conservatismus zuzuwenden. Unter diesen Umständen erscheint die Bildung einer Partei der Landwirthe ohne Rücksicht auf die sonstigen politischen Fractionsunterschiede der naturgemäße Ausweg aus dem Dilemma.

* * *

Von der bevorstehenden Aenderung des Gesetzes über den Unterstützungswohnsitz heißt es ebenda:

Bei Berathung der Vorlage über die Aenderung des Unterstützungswohnsitzgesetzes im deutschen Reichstage hat der Abgeordnete von Schalscha u. A. geäußert, die Behandlung der Arbeiter in der Stadt sei „viel liebloser“, als auf dem Lande. Das mag richtig sein, wiegt aber für den Arbeiter die Annehmlichkeit der städtischen Vergnügungen und Bequemlichkeiten nicht auf. Die Arbeiter nehmen die Lieblosigkeit des städtischen Lebens in Kauf, wenn sie dafür die städtischen Vergnügungen, Tingeltangel und dergleichen, und scheinbar höhere Löhne haben können. Wenn der Abgeordnete Rickert kürzlich denen, die sich über den Zug der ländlichen Arbeiter in die Stadt beklagten, zurief: „Behandelt sie nur besser!“, so enthält dies die Aufforderung, den Arbeitern auf den Dörfern Singspielhallen mit weiblicher Bedienung einzurichten. Das ist eine Unmöglichkeit; aber wenn man die Auswanderung der ländlichen Arbeiter in die Stadt nicht anderweitig, z. B. durch Einrichtung von Einzugsgeldern erschweren will, so sollte man wenigstens den Unterstützungswohnsitz dahin verlegen, wo die Unterstützungsbedürftigkeit eintritt. Die Inanspruchnahme der zufälligen Geburtsstätte des ländlichen Arbeiters durch die Städte, welche die Kraft des Arbeiters in ihrem Interesse ausnutzen, ist eine Ungerechtigkeit.

* * *

An der Behandlung der Presse in den Motiven zum Spionagegesetz wird folgende Kritik geübt:

In Uebereinstimmung mit den früher schon in den „Hamb. Nachr.“ dargelegten Gesichtspunkten schreibt die „Allg. Ztg.“ über das sogenannte Spionagegesetz:

„Blätter der verschiedensten Schattirungen erblicken übereinstimmend

in demjenigen Teile des Spionagegesetzes, welcher in seinen Motiven jede rechtswidrige Mittheilung militairischer Dinge an einen Anderen unter den Begriff des Verraths rubricirt und ausdrücklich festgesetzt wissen will, daß auch die Verbreitung von bloßen Nachrichten, deren Geheimhaltung im Interesse der Landesvertheidigung erforderlich ist, selbst wenn der Dolus fehlt, mit Gefängniß bis zu drei Jahren bestraft wird, einen unberechtigten Eingriff in das durch die Verfassung garantirte Recht der Preßfreiheit. So sehr auch wir im Verein mit der übrigen Presse die schärfste Bestrafung eines wirklichen oder geplanten Landesverraths und diejenige der bewußten und vorsätzlichen Verbreitung secreter Nachrichten wünschen, vermögen wir uns dennoch der Auffassung nicht zu verschließen, daß die bezeichnete Bedrohung der letzteren Kategorie von Handlungen, d. h. Verbreitung von bloßen Nachrichten, deren Geheimhaltung im Interesse der Landesvertheidigung erforderlich ist, wenn keine Absichtlichkeit vorliegt, sowie diejenige der rechtswidrigen Mittheilung militairischer Dinge an einen Anderen, mit Gefängnißstrafe — nicht im richtigen Verhältniß zur Größe des Vergehens und des durch dasselbe bewirkten Schadens steht. Die Militairbehörde scheint mit Bestimmungen, wie letztere, sich eine Handhabe sichern zu wollen, jede ihr nicht convenirende Mittheilung von militairischen Nachrichten oder Erlassen, Schriftstücken ꝛc., auch wenn dieselben nicht secret sind, scharf bestrafen zu können und derart die nicht officielle militairische Tagespresse lahmlegen zu wollen."

Die Annahme der oben erwähnten Bestimmungen des Gesetzes müßte dazu führen, daß alle militairischen Mittheilungen im Interesse der Officiösen monopolisirt würden. Außerdem wäre es in das Belieben der militairischen Behörden gestellt, zu entscheiden, was strafbar sein soll und was nicht. Wenn dieselben z. B. eine Kritik der jetzigen Militairvorlage als den „Interessen der Landesvertheidigung" nachtheilig ansähen, so könnte eine solche Kritik eventuell mit drei Jahren Gefängniß geahndet werden. Das Widersinnige derartiger Bestimmungen ergiebt sich von selbst.

* * *

In Mainz erfolgte am 25. März in Gegenwart von 5000 meist kleineren Besitzern der Anschluß der süddeutschen Landwirthschaft an den Bund der Landwirthe. Da wurde folgendes Telegramm an den Fürsten Bismarck geschickt:

„Dem besten deutschen Bauern,
Dem Bauern, der stets unverzagt
Für uns sein Bestes hat gewagt;
Dem Bauern, der zu jeder Zeit

Gekämpft für Deutschlands Herrlichkeit;
Dem Bauern, der es so geführt,
Daß heut' ein Kaiser uns regiert;
Dem Bauern, der stolz so sich nennt —
Als Fürsten Bismarck die Welt ihn kennt —,
Dem wollen ein Lebehoch wir bringen,
Das soll bis Friedrichsruh erklingen.

„Fürst Bismarck, den wir mit Stolz den Unsern nennen und dessen Heldengestalt Gott der Herr noch lange erhalten wolle als Markstein deutscher Einheit, als Mahner zur Einigkeit, als ein Wahrzeichen für unsere Zusammengehörigkeit, Fürst Bismarck lebe hoch!"

Der Fürst hat darauf am 24. April brieflich geantwortet:

„Die warme telegraphische Begrüßung von der Versammlung in Mainz hat mich hochgeehrt und erfreut. Ich verfolge mit Befriedigung die Entwickelung des Bundes und hoffe, daß er zu einem dauernden Schutzmittel der deutschen Landwirthschaft werden wird.

v. Bismarck."

* * *

In der Münchener „Allg. Ztg." finden wir am 26. März (M.-A.) von demselben Mitarbeiter folgenden nicht minder zuverlässigen Artikel:

„Unité et sagesse, surtout sagesse!" — Wie glaubwürdig berichtet wird, bilden die vorstehenden Worte die politische Mitgift des Papstes an den Grafen Ballestrem. Der Führer des Centrums, richtiger vielleicht des rechten Flügels des Centrums, hat seiner Partei aus dem Munde Leo's XIII. diese Directive mitgebracht: „Einheit und Weisheit, besonders Weisheit!" Unverkennbar zeugt die Mahnung zur Einheit an die deutschen Katholiken von der großen politischen Weisheit ihres kirchlichen Oberhaupts und beweist, daß der Papst genaue Kenntniß von der Lage hat, in welche die Centrumspartei in Deutschland nach dem Tode Windthorst's trotz oder wegen der damaligen deutlichen Gunst der obersten Stellen im Deutschen Reich gerathen ist. War schon die Kehlheimer Reichstagswahl in dieser Beziehung von schwerwiegender Bedeutung — die Thatsache der Wahl Fusangel's gegen den ausgesprochenen Willen der Centrumsführer macht den klaffenden Riß offenkundig, der nach dem Ableben der Abgeordneten Windthorst und von Frankenstein durch die katholischen Wähler geht.

Mit seinem Schöpfer ist die Unerschütterlichkeit des Centrums zu Grabe getragen worden. Was selbst dem Abgeordneten Windthorst von Jahr zu Jahr schwerer wurde, die Fraction zu einheitlichem Handeln zusammenzuhalten, von seinen Nachfolgern ist keiner dieser Aufgabe gewachsen. Von seinem Alter, seiner überlegenen Begabung und seinem hohen Ansehen in der

katholischen Wählerschaft ließen die von einer Reichstagswahl zur andern stärker anschwellenden demokratischen Elemente sich noch in die Fesseln des Gehorsams schlagen, wußten sie doch, daß sie in Windthorst einen Führer hatten, der allein fähig gewesen war, die Partei in Deutschland zu organisiren, sie großen politischen Zwecken einheitlich dienstbar zu machen und den nicht immer erfolglosen Kampf mit dem bedeutendsten Staatsmanne unseres Jahrhunderts aufzunehmen und durch Jahrzehnte fortzuführen. Nur ein Windthorst hat es wagen können, am 12. März 1890 vor den Fürsten Bismarck zu treten und mit dürren Worten die restitutio in integrum, die Wiederherstellung des status quo anto 1870 zu fordern, d. h. Aufhebung aller kirchenpolitischen Gesetze und Forderungen der katholischen Abtheilung im preußischen Cultusministerium. Welch einladender Vorgang für andere Leute, welche gleichfalls auf den status quo ante 1870 warten! Die Antwort des Reichskanzlers war ein rundes Nein.

Daß Windthorst es unternehmen konnte, dem Fürsten Bismarck die Schlüssel eines seit 20 Jahren mühsam erkämpften und behaupteten Besitzstandes des deutschen Volkes abzufordern, beweist, daß der Führer des Centrums so wenig ohne Selbstvertrauen wie ohne Kenntniß der damaligen Lage war, wohl aber sich in der Beurtheilung des Fürsten Bismarck gewaltig irrte und damit die große Inferiorität des eigenen politischen Urtheils bekundete. Fürst Bismarck gehört nicht zu den Staatsmännern, welche „herausgeben". Mit Bezug auf die Herausgabe Korfu's an Griechenland von Seiten Englands bezeichnete Fürst Bismarck es einst als „Sympton des Niedergangs eines Staates, wenn er anfängt herauszugeben, anstatt einzunehmen".

Die Versuchung liegt nahe, an der Hand dieses Wortes die Meilensteine der preußischen und deutschen Politik seit 1890 prüfend zu betrachten: Socialistengesetz, Sperrgeldergesetz, Welfenfonds, Polenthum, Afrika, die Handelsverträge — überall ein Herausgeben oder ein Zurückweichen, der unverkennbare Eindruck eines Rückzugs auf der gesammten Linie der Politik. Windthorst war klug genug, um vorauszusehen, was kommen würde; aber er irrte in der Annahme, daß dem Fürsten Bismarck das Amt höher stehe als die mittelst dieses Amtes erreichte und behauptete Linie.

Genau ein Jahr nach jener letzten Unterredung des Abgeordneten Windthorst mit dem Fürsten Bismarck fuhr der Kaiser vor der Wohnung des schwer erkrankten Abgeordneten vor, um sich nach seinem Befinden zu erkundigen; sechs Tage später wohnten Vertreter des Kaisers und der Kaiserin der Trauerfeier bei, und in Hannover legte ein Flügeladjutant im Namen des Monarchen einen Kranz auf den Sarg dessen, der lebend stets der größte Widersacher des durch Kaiser Wilhelm I. geschaffenen Reiches war. Nur das Leben haßt, der Tod versöhnt.

Ob Kaiser Wilhelm II. bei den Ehren, die er dem sterbenden und dem

todten Windthorst zollte, nur seinem eigenen Empfinden oder den nämlichen Rathschlägen gefolgt war, welche am 1. April 1891 die beabsichtigte Absendung eines Glückwunschtelegramms an den Fürsten Bismarck verhinderten, wird eine spätere Geschichtschreibung klarstellen. Jedenfalls war die Ueberraschung groß bei den Katholiken wie bei den Protestanten, und Windthorst selbst hätte es sich schwerlich jemals träumen lassen, daß er einst mit Ehren bestattet werden würde, als ob er zu den Begründern des Reichs gehört hätte.

Mit dem neuen Course freilich hatte er seinen Frieden, oder vielmehr der neue Cours hatte seinen Frieden mit ihm gemacht. Windthorst's Rede vom 24. Juni 1890, als er die damalige Militairvorlage bewilligte, ist in dieser Beziehung außerordentlich lehrreich. An jenem Johannistage empfing Graf Caprivi aus der Hand des Abg. Windthorst die Bewilligung der damaligen Militairforderungen, freilich mit dem Danaergeschenk der Resolutionen, welche der Reichskanzler seitdem der jetzigen Vorlage zu Grunde gelegt hat; die Vermehrung der Dispositionsurlauber und die zweijährige Dienstzeit. Sollte dereinst die deutsche Armee an den Folgen jener Resolutionen und ihrer Verwirklichung schwer zu tragen haben, so wird man sich in Deutschland daran erinnern, daß dies eine der Hauptfrüchte des neuen Courses und seiner Abbröckelungspolitik, ein Vermächtniß des verstorbenen Abgeordneten Windthorst ist.

„Unité et sagesse, surtout sagesse.“ In der Person Windthorst's war dieses päpstliche Desiderium zur That geworden. Die Einheit der Centrumspartei hatte Windthorst unter den wechselndsten politischen Strömungen zu wahren verstanden, und von einer gewissen Weisheit war die Leitung, welcher das in solcher Weise gelang, zweifellos getragen. Heute ist es mit dieser Einheit vorbei, weil es mit der Weisheit vorbei ist. Schon die beiden Namen Graf Ballestrem und Dr. Lieber repräsentiren weit divergirende Richtungen. Dazu gesellt sich nun Hr. Fusangel, der, wenn nicht Mitglied der Centrumsfraction, so doch unbestreitbar der Vertrauensmann katholischer Wähler ist; eine Reichstagsauflösung wird dann der Volksvertretung des Deutschen Reiches noch andere Elemente beigesellen, welche den „festen Thurm“ des Centrums vollends zerspalten.

Zunächst in ihrer praktischen Bedeutung auf die große Frage des Tages, die Militairvorlage, angewandt, ist die päpstliche Mahnung wohl dahin zu verstehen: das Centrum soll der Einheit seiner Action jeden andern Gesichtspunkt unterordnen: d. h. gegen die Vorlage stimmen, wenn die Mehrheit der Fraction dagegen ist, für die Vorlage, beziehungsweise eine an diese heranreichende Verständigung, wenn sie in der Fraction die Majorität hat. Wie das zu machen, bleibt der Weisheit der Führer anheimgestellt. In der Hauptsache aber beweist die päpstliche Directive, daß Leo XIII. weder in die Lage und die Führung des Centrums, noch in die Situation des Deutschen

Reiches dasjenige Vertrauen hat, welches ihn bestimmte, im Jahre 1887 zu Gunsten der damaligen Militairvorlage zu interveniren. Man wird sich darüber nicht wundern dürfen angesichts eines anderen im vorigen Sommer bekannt gewordenen päpstlichen Wortes: Mi manca Bismarck.

Bezüglich der Authenticität der beiden Citate am Anfang und am Ende des Artikels heißt es in der „Allg. Ztg." vom 28. März weiter:

Die „Nat.-Ztg." citirt den Berliner Brief unserer Sonntagsnummer und namentlich auch die päpstliche Aeußerung: Mi manca Bismarck. Wir erlauben uns, die Berliner Collegen darauf aufmerksam zu machen, daß dieser päpstliche Ausspruch uns von derselben Seite bereits im August v. J. berichtet wurde. Er ist uns seitdem mehrfach bestätigt worden. Der „Nordd. Allg. Ztg.", welche eine Beglaubigung des Ausspruchs „Unité et sagesse, surtout sagesse" wünscht, bemerken wir, daß die Richtigkeit dieser Mittheilung eine absolute ist und einer Beglaubigung nicht bedarf. Letztere sollte übrigens die „Nordd. Allg. Ztg." sich doch in nächster Nähe beschaffen können.

* * *

Unter der Ueberschrift „Militairvorlage und Handelsverträge" bringen die „Hamb. Nachr." am 31. März (M.-A.) folgende Betrachtung:

> Was wir in der Action der Regierung vermissen, das ist die rechtzeitige und zusammenhängende Erwägung der Unternehmungen, die sie vorhat. Die Militairvorlage ist offenbar das Wichtigste, was uns für den Augenblick beschäftigt. Wenn man sie durchführen wollte, sei es in der Richtung der Massenverstärkung, sei es in der von uns vertretenen Richtung der Verbesserung der Qualität des Heeres, so mußte man sich doch vorher sagen, daß eine Hauptschwierigkeit, vielleicht die Hauptschwierigkeit in der Zustimmung der Abgeordneten zu der so ungewöhnlich vermehrten Finanzleistung liegen werde. Wie konnte man dann aber die Handelsverträge, ganz abgesehen von ihrer schädlichen Wirkung für unser wirthschaftliches Leben, auch nur aus finanziellen Gesichtspunkten abschließen? Wie konnte der preußische Finanzminister seine Zustimmung dazu geben, daß man auf durchschnittlich 43 Millionen und — wenn man den leichtfertig erstrebten russischen Vertrag dazu rechnet — auf einige 50 Millionen flüssiger Reichseinnahmen verzichtete, wenn man eine so gewaltige Inanspruchnahme der Reichsfinanzen, wie die Militairvorlage sie mit sich bringt, beabsichtigte? Ein Bedürfniß, Handelsverträge abzuschließen, hat außerhalb des Kreises officiöser Ignoranten und fanatischer Freihändler Niemand gefühlt; keinesfalls war es dringlich. Ist bei Ablehnung der Militairvorlage unsere Unabhängigkeit in der That via Belfort oder sonstwie schwer bedroht; liegt die Wahrscheinlichkeit vor, daß wir Milliardencontributionen zahlen müssen, wenn die

Kopfzahl der Rekruten nicht gesteigert wird; ist es wahr, daß unsere Frauen der Brutalität fremder Truppen ausgesetzt sein würden, wenn die jetzige Militairvorlage abgelehnt, oder nur mit dem Zweidrittel der Benningsen'schen Vermittelung angenommen würde — ist das Alles richtig, wie konnte man dann die Gefahr unserer heutigen Situation durch eine so leichtfertige Verminderung der Finanzeinnahmen des Reiches steigern, wie sie durch den Abschluß der Handelsverträge eingetreten ist? Bei überfließendem Schatz würden die Bedenken der Gegner der Militairvorlage, soweit sie nicht die Befürchtung der Verschlechterung der Qualität unserer Truppe zum Gegenstand hatten, doch erheblich vermindert worden sein.

Wir vermissen, wie gesagt, die Logik und den Zusammenhang in dem Gesammtvorgehen der Regierung. Die Steigerung der Militairausgaben wurde seinerzeit schon durch die Verdy'schen Pläne angeregt, der Glaube an die Nothwendigkeit der Handelsverträge trat erst später zu Tage, nach dem Kanzlerwechsel. Beide Pläne aber machen einander Concurrenz, wenn sie gleichzeitig betrieben werden, und die Hastigkeit, mit welcher beim Durchdrücken der Handelsverträge auf ungezählte Millionen Zolleinnahmen verzichtet wurde, ist unverständlich, wenn man annimmt, daß die Unerläßlichkeit einer Verstärkung unserer Wehrkraft unter erheblichen finanziellen Leistungen schon damals Regierungsprogramm gewesen sei. Wir können aber doch kaum glauben, daß zwischen der Verdy'schen und der neuesten Militairvorlage ein Zwischenact eingetreten sei, welcher die Nothwendigkeit weiterer Verstärkung unserer Wehrkraft gänzlich in Vergessenheit gebracht hätte. Die Fortschritte der französischen und russischen Heeresentwicklung haben dies wenigstens in der Zeit des Abschlusses der Handelsverträge nicht erkennen lassen. Wir können uns den Widerspruch, der unserer Meinung nach zwischen einem Verzicht auf vorhandene Einnahmen und der Neuforderung von hohen ungedeckten Mehrleistungen für das Heer besteht, nicht anders erklären, als durch die Annahme, daß die Trennung zwischen der militairischen und wirthschaftlichen Politik und zwischen der Reichspolitik und der des preußischen Staatsministeriums, welche äußerlich in der Loslösung des Reichskanzleramtes von dem preußischen Ministerpräsidium sich kenntlich macht, reell und meritorisch — wie man in Oesterreich sagt — erheblich ins Gewicht fällt. Auf diesen bedauerlichen Umstand kommen wir zurück.

* * *

An gleicher Stelle findet sich ein warmer Appell an Volk und Reichstag zu Gunsten der **dreijährigen Dienstzeit**:

Neben den finanziellen Bedenken, die gegen die Militairvor
sprechen, bestehen die sachlichen Einwände, welche wir gegen

erhoben haben, unwiderlegt fort, und wir empfhelen ihre wiederholte Erwägung den Abgeordneten wie den Wählern als angemessene politische Beschäftigung während der parlamentarischen Osterpause. In erster Linie steht hierbei die Gefahr, die für unser Heer mit der Abschaffung der dreijährigen Dienstzeit verknüpft ist. Daß Kaiser Wilhelm I., Moltke und Roon ihr Geschäft verstanden, daran hat wohl noch Niemand gezweifelt, und wagt auch heute noch Niemand daran zu zweifeln. Diese Männer aber haben, so lange sie lebten, für die dreijährige Dienstzeit gekämpft, und die Leistungen des von Kaiser Wilhelm I. gebildeten Heeres haben seine Sachkunde in das hellste Licht gestellt. Glaubt man nun, daß Kaiser Wilhelm I., wenn es ihm vergönnt wäre, heute wieder unter den Lebenden zu erscheinen, und die jetzige Vorlage zu beurtheilen hätte, sie billigen würde? Wir unsererseits sind der Ansicht, daß der alte Herr an der Auffassung, für die er so lange gekämpft hat und auf Grund deren er im Jahre 1862 bereit war, lieber der Krone zu entsagen, als sein Heer durch Verkürzung der Dienstzeit zu schädigen, auch den Vertretern der jetzigen Vorlage gegenüber festhalten würde.

Aber seine Verwunderung darüber würde groß sein, daß der heutige Kriegsminister seines Nachfolgers und dessen heutiger Generalstab eine Vorlage wie die jetzige eingebracht haben, und daß es im Reichstage die Socialdemokraten, die Fortschrittler und die Centrumsleute sind, die indirect für die dreijährige Dienstzeit eintreten, indem sie das Gesetz, welches die zweijährige bringen soll, bekämpfen, allerdings aus anderen Gründen, als die der alte Kaiser dagegen anführen würde. Mit Befremden würde er andererseits gewahren, daß seine conservativen Kampfgenossen, die noch vor wenigen Monaten an der dreijährigen Dienstzeit festhielten, für die Massenarmee, für die rage des nombres und für die annerkannte Verminderung der Qualität der Armee mit Energie eintreten.

* * *

Warum die „Hamb. Nachr." jetzt von der Auflösung des Reichstags abrathen (vgl. Band IV, S. 345 ff. und 360 ff.), während doch Fürst Bismarck früher in ähnlichen Fällen zur Auflösung geschritten sei — so fragen manche Blätter. Darauf wird hier geantwortet:

Bei Besprechung der Frage, ob der Reichstag aufgelöst, oder Verständigung mit demselben auf einer anderen Basis gesucht werden soll, wird auf Grund unserer Artikel dem Fürsten Bismarck zum Vorwurf gemacht, daß er der jetzigen Regierung das gerade Gegentheil von dem zu thun anrathe, was er selbst „unter ähnlichen Verhältnissen" im Jahre 1887 gethan habe. Wir bestreiten, daß dies zutrifft. Einmal ist die Lage heute durchaus nicht dieselbe, wie sie damals war; aber

wenn sie es wäre, so träte immer noch das Wort: si duo faciunt idem, non est idem in sein Recht. Die damalige Vorlage, für welche Fürst Bismarck auflöste, enthielt eine Verstärkung der Wehrkraft, die jetzige hält Fürst Bismarck für eine Schwächung und würde ihre Annahme bedauern, namentlich wenn sie durch Drohung mit Auflösung erzwungen würde. Wir halten die jetzige Vorlage des Risicos einer Auflösung nicht werth im Vergleich mit der von 1887, für welche damals aufgelöst wurde. Die Auflösung aber erachten wir in der heutigen Situation für ein Unternehmen, das Consequenzen nach sich ziehen würde, die vor sechs Jahren aus verschiedenen Gründen nicht zu befürchten standen.

* * *

Der Tag, an dem Fürst Bismarck sein 78. Lebensjahr vollendet, fällt auf den Sonnabend der Charwoche. Deshalb wird er meist durch Vor- oder Nachfeiern festlich begangen. In Friedrichsruh selbst aber verläuft des Fürsten Geburtstag ebenso wie in anderen Jahren: die Musik der Ratzeburger Jäger, Besuche, Deputationen, Geschenke, Adressen, Briefe, Depeschen in ungezählter Menge. An erster Stelle wird genannt das Glückwunsch-Telegramm des Prinzregenten von Bayern. Von Corporationen führen wir besonders die treu dankbaren Verehrer des Fürsten aus dem rheinisch-westfälischen Industriegebiet an: mit längeren Depeschen sind vertreten der Centralverband deutscher Industrieller, der Verein zur Wahrung der gemeinsamen wirthschaftlichen Interessen in Rheinland und Westfalen, die nordwestliche Gruppe des Vereins deutscher Eisen- und Stahlindustrieller und der Verein deutscher Eisenhüttenleute.

Im Laufe des Vormittags trafen die Verehrer des Fürsten aus Hamburg ein; der Handelskammerpräsident Crasemann begrüßte den Fürsten mit einer herzlichen Ansprache. Der Fürst dankte herzlich, indem er ausführte,

> daß gewöhnlich die größten Verehrer am weitesten entfernt wohnten, in Australien oder Amerika. Wenn aber der nächste Nachbar auch gute Freundschaft halte, so sei das immer ein doppelt gutes Zeichen. Die Hamburger hätten ihn nicht immer so gern gehabt, früher hätten sie ihm particularistische Bestrebungen vorgeworfen, aber seit den zwanzig Jahren, daß er jetzt als Nachbar in der Nähe Hamburgs wohne, seien doch die Gefühle andere geworden. Man habe sich gegenseitig kennen und schätzen gelernt, ebenso wie Hamburg und Preußen jetzt wüßten, wie sie miteinander arbeiten und leben könnten. Deshalb danke er herzlich für den schönen nachbarlichen Glückwunsch, und was den Fackelzug betreffe, so sei er ihm am 11. April nicht weniger lieb als am 1., denn der 11. sei ja der Geburtstag seiner Frau, ohne die er den heutigen Tag auch nicht feiern würde.

Aus Bonn erschienen Vertreter der Burschenschaften und einiger wissenschaftlichen Vereinigungen und überbrachten dem Fürsten eine Adresse. Dieser richtete folgende Worte an die Abordnung (nach den „Hamb. Nachr." vom 6. April, A.-A.):

Ich danke Ihnen herzlich für Ihre guten Wünsche, die Sie mir im Namen der Bonner Studentenschaft entgegenbringen, und ich bin eigennützig genug, um mich über das Wohlwollen der Jugend mehr zu freuen als über das meiner Altersgenossen. Meine Altersgenossen sterben mit mir ab, die Jugend aber überlebt mich und bringt ihre Gesinnung auf fernere Nachkommen. Ich bin satt an Ehren und Auszeichnungen, welche die Menschen im Leben erstreben können, aber ich bin nicht gleichgültig gegen das, was man nach meinem Tode von mir sagt. Deshalb ist es mir eine besondere Freude, wenn Sie mich begrüßen, und wenn die Frauen, die Mütter unserer Zukunft, mir so viel Anerkennung beweisen, wie ich gerade in den letzten Tagen empfangen habe.

Ich brauche Ihnen wohl nicht erst ausdrücklich zu empfehlen: Halten Sie fest an dem nationalen Geiste! Halten Sie sich immer gegenwärtig, daß dieser mehr durch Charakter als durch Wissen gewonnen wird. Die gelehrtesten sind nicht immer die sichersten Stützen des Staates, deshalb will ich aber nicht empfehlen, die Wege zu gehen, die ich damals gegangen bin, nämlich das Studium zu vernachlässigen. Das Einzige, was mir im Hinblick auf meine damalige Zeit noch immer leid thut, ist, daß ich später das nicht in dem Maaße habe nachholen können, was ich damals zum Theil versäumt habe. Das Gelernte haftet später nicht so in dem Gedächtniß.

Also Arbeit und Pflege unserer Bildung, davon mahne ich nicht ab, aber es erschreckt mich auch nicht, wenn meine Söhne studentische Excesse begehen, und vor allem glaube ich, daß das studentische Leben in den Corporationen den Vortheil hat, daß es den Charakter einigermaßen dadurch stählt, daß es den Einzelnen der Kritik Gleichgesinnter unterwirft. Das ist eine große Sache. So lange Jemand einer Corporation angehört, auf deren Meinung von ihm er Gewicht legt, kommt er nicht so leicht auf Abwege. Aehnliches spielt auch im späteren Leben eine wichtige Rolle. Was ist es denn, was den deutschen Beamten hält? Die Universität und das Portepee, zwei Imponderabilien zwar, aber doch gewichtig durch ihren gewaltigen Einfluß. Das habe ich besonders in Rußland zu sehen Gelegenheit gehabt; ihr tüchtigstes Beamtenmaterial beziehen die Russen aus den baltischen Provinzen, weil diese Menschen Werth darauf legen, wenn sie pensionirt sind und in ihre Heimath zurückkommen, dort unbescholten zu sein.

Nehmen Sie nochmals meinen herzlichsten Dank und sprechen Sie ihn — bitte — Ihren Herren Commilitonen aus, die mich in dieser Adresse mit Ihnen so freundlich begrüßen.

Das imposanteste Ereigniß des Tages war aber eine Huldigung von 1500 Schleswig-Holsteinern, unter denen sich auch einige Damen befanden. Sie versammelten sich vor der bekannten Altane des Hauses; auf dieser erschien, jubelnd begrüßt, inmitten des Familienkreises der Fürst und erwiderte die Huldigungsrede des Gymnasialdirectors Professors Dr. Wallichs mit folgender Ansprache:

Ehe ich antworte, meine Herren, bitte ich Sie, sich zu bedecken. Zwar haben wir noch die März- oder Aprilsonne, aber sie blendet doch schon.

Es ist für mich eine hohe Freude, aus der Provinz, der ich seit zwei Jahrzehnten angehöre, eine so herzliche Begrüßung zu erhalten. Sie müssen uns Lauenburger doch schon mit einrechnen zu Schleswig-Holstein. Ich habe mich nicht nur nach meinem Besitz, sondern nach meinen ganzen Gewohnheiten in meinem Privatleben als Ihren provinziellen Landsmann aufgefaßt. So ist es mir besonders erfreulich, daß mir solche Kundgebungen hier zu Theil werden. Auch hier gilt das Wort: „Der Prophet gilt nichts in seinem Vaterlande"; in der Ferne findet man mehr Beachtung als in der näheren Nachbarschaft.

Um so wohlthuender ist mir es, daß man mir im nachbarlichen Lande solches Wohlwollen erzeigt. Ich bin ja in Schleswig-Holsteinischen Angelegenheiten kein Neuling. In der Zeit, wo meine politische Laufbahn anfing, waren es die Schleswig-Holsteinische Frage und die Frage der deutschen Flotte, die ich nie von einander zu trennen vermochte. In Altpreußen herrschte wohl damals nicht das allgemeine Reichsinteresse vor, und Mancher war sich nicht klar über den Vorzug unserer heutigen Situation zu der damaligen.

Auf dem Frankfurter Bundestage hatte ich Gelegenheit, in den Acten die Schleswig-Holsteinische Frage kennen zu lernen als einen „Wurm, der nicht lebt und nicht stirbt". Man wollte wohl Ergebnisse, aber man war nicht gewillt, für sie einzutreten. Schon damals hatte ich das Gefühl, daß die Schleswig-Holsteinische Frage nicht gelöst werden konnte ohne Schwertstreich; und bei der Ordnung meiner Papiere fand ich eine darauf bezügliche plattdeutsche Niederschrift, die lautet: „Dat walt Gott und kolt Isen". An eine andere Lösung habe ich nie geglaubt. Sie herbeizuführen, konnte mir zwar als Bundesdelegirter in Frankfurt nicht gelingen. Preußen war auch nicht gekräftigt genug; es stand allein da und war nicht stark genug, um ohne Bundesgenossen kämpfen zu können.

Als ich darauf Minister wurde, mußte ich alle diplomatische Kunst

anwenden, um die Sache nicht zu verderben, um sie lebendig zu erhalten und ein Ergebniß herbeizuführen. Die Einverleibung in Preußen war dann gewissermaßen eine Annexion, aber Sie müssen mir diese Handlung nicht als eine Vergewaltigung, sondern als eine Handlung aus Liebe zum Reiche, zu Land und Leuten anrechnen; es war ein Raub, der dem glich, wie die Römer die Sabinerinnen raubten. Damals freilich fand die Einverleibung in manchen Kreisen noch wenig Anklang, aber mit der Zeit brach sich die Ansicht Bahn: „Dat Land und Lüde möt wi hebben". Und schließlich erfüllte sich auch die Hoffnung auf die Einsicht bei Jedem, daß Schleswig-Holstein zu Preußen gehöre, „up ewig ungedeelt". Und so wird es jetzt und in aller Zukunft bleiben, ist es doch ein so natürliches Verhältniß. Wie stets unter natürlichen Verhältnissen auch in politischer Beziehung Alles zu erreichen ist, so ist es auch hier; wer aber Unnatürliches zwingen will, der leidet Schiffbruch.

In dem Liede, das Sie bei Ihrem Anmarsch sangen, heißt es: „Schleswig-Holstein stammverwandt". Aber nicht nur zwischen Schleswig und Holstein soll Stammverwandtschaft herrschen, sondern allgemein im Deutschen Reich soll sie sein, von den Alpen bis zum Meer, nicht particularistisch, sondern unter Allen, die mit uns Schulter an Schulter stehen, mit uns kämpfen wollen, wenn wir vom Auslande her bedroht und bekämpft werden. Um diesen Begriff der Stammverwandtschaft einheitlich zum Ausdruck zu bringen, weiß ich keine andere Form, als indem wir in ein Hoch einstimmen auf das Oberhaupt des Reichs, Seine Majestät den Kaiser, den Vertreter der deutschen Einheitsbestrebungen dem Inlande und Auslande gegenüber!

* * *

Der anhaltische Staatsminister Dr. von Koseritz hatte dem Landtage des Herzogthums gegenüber die nachtheiligen Wirkungen der Handelsverträge erwähnt und war deshalb von der officiösen Presse angegriffen worden, als ob er einen groben Verstoß gegen die Reichsverfassung sich hätte zu Schulden kommen lassen. Darauf bezieht sich die folgende Aeußerung der „Hamb. Nachr." vom 4. April (A.-A.):

Die officiöse Presse beruft sich zur Rechtfertigung des Verfahrens gegen den anhaltischen Minister von Koseritz darauf, daß in einem solchen Falle sich auch Fürst Bismarck zu Beschwerden berechtigt gehalten habe, wie das Beispiel des Herrn von Rudhardt zeige, dem Aeußerungen, die er seiner Zeit über die Zolleinverleibungen im Bundesrathe gethan habe, schließlich seine Stellung gekostet hätten. Diese Berufung trifft nicht zu. Die Sache lag im Rudhardt'schen Falle ganz

anders als im Koseritz'schen.[1]) Der anhaltische Minister hat die Ansicht seiner Regierung vertreten, während Herr von Rudhardt Ansichten kundgegeben hat, die nicht die der bayerischen Regierung waren, wenigstens nicht in dieser Form. Das Vorgehen gegen ihn erfolgte also nicht, obwohl er die Ansichten seiner Regierung zur Geltung brachte, sondern weil er sie nicht, oder nicht in dem gewollten Maaße vertrat und seinen Sympathien für die Delbrück'schen Auffassungen weiter nachgab, als in seinen Instructionen lag.

* * *

Ueber den Rückgang der deutschen Bevölkerung in Posen und Westpreußen heißt es an demselben Orte:

Die „Kreuz-Ztg." constatirt die Abnahme der deutschen Bevölkerung in den Provinzen Preußen und Posen im Verhältnisse zu der polnischen. Dieser Rückschritt des deutschen Theils der Bevölkerung war schon in den sechziger Jahren von der Regierung beobachtet worden, und die Aufzählungen der „Kreuz-Ztg." aus dem Jahre 1886 geben nur das Resultat einer über ein Menschenalter wirksam gewesenen Entwickelung. Gerade diese Wahrnehmung hatte bei der preußischen Regierung unter dem alten Course das Bedürfniß einer Gegenwirkung erzeugt.

Die Polonisirung der Deutschen unter entscheidender Mitwirkung der katholischen Geistlichkeit hatte schon seit dem Umschwunge der preußisch-polnischen Politik in den vierziger Jahren erhebliche Fortschritte gemacht, namentlich aber seit Errichtung der katholischen Abtheilung im Cultusministerium, welche sich bis zu der Zeit, wo sie aufgelöst wurde, allmählich in eine polnische Abtheilung verwandelt hatte, ohne deren Mitwirkung der Polonisirung der deutschen Elemente in den betreffenden Provinzen unter dem Drucke der damaligen Schuleinrichtungen nicht entgegengewirkt werden konnte. Die Abtheilung hatte selbständige Berechtigung innerhalb des Ressorts des Cultusministeriums, und es war nicht möglich, ohne Beseitigung dieser Berechtigungen, resp. der Abtheilung selbst den Kampf gegen die fortschreitende Polonisirung deutscher Kinder aufzunehmen. Die Ziffern, welche die „Kreuz-Ztg." jetzt wieder veröffentlicht, waren mutatis mutandis seit Jahrzehnten der Regierung bekannt und ließen derselben das legislative Einschreiten zum Schutze der deutschen Nationalität in den Provinzen Preußen und Posen als unabweisbare Pflicht erscheinen.

* * *

---

[1]) Die Sache spielte am 3. und 4. Mai 1880 und betraf den Zollanschluß Hamburgs. Die genaueste und zuverlässigste Darstellung der ganzen Angelegenheit giebt H. von Poschinger in seinem neuesten Werk „Fürst Bismarck und der Bundesrath" Band III, Seite 404—409.

Am gleichen Orte finden wir folgende Notiz:

In einem Referate über die Gespräche, welche Fürst Bismarck unlängst mit Besuchern aus seinem Wahlkreise geführt hat (vergl. oben S. 13 ff.), war u. A. eine Aeußerung des früheren Reichskanzlers so wiedergegeben worden, als ob dieser als Beispiel dafür, wie wenig die politischen Gegner oft wüßten, was sie von einander trenne, angeführt habe, daß im kirchlichen Leben die Meisten nicht bestimmt zu sagen vermöchten, was Orthodoxie und Mittelpartei unterscheide. Bei der Bekanntheit dieses Unterschiedes, die auch in Laienkreisen herrscht, ist es selbstverständlich, daß Fürst Bismarck nicht ihn als Paradigma angezogen haben kann, sondern daß eine Verwechselung vorliegt. Der Fürst hat von dem Unterschiede in den Lehrbegriffen der verschiedenen Confessionen gesprochen und die Ansicht aufgestellt, daß es nicht sehr viele Leute gäbe, die, wenn sie katechisirt würden, die Unterschiede genau zu entwickeln im Stande seien, welche das reformirte Dogma von dem lutherischen, resp. von dem griechischen, ja sogar von dem katholischen trennen.

Ganz evident ergiebt sich die Richtigkeit dieser Berichtigung aus der Rede des Fürsten bei der Huldigung der Süddeutschen in Kissingen am 24. Juli 1892, wo er in analogem Zusammenhange wörtlich von dem „Unterschied zwischen der reformirten und evangelischen Confession“ sprach (vgl. Band IV, S. 88).

* * *

Aus den zahllosen Kundgebungen der Presse zum diesjährigen Geburtstage des Fürsten führen wir nur wenige besonders markante Sätze hier an.

Der „Pfälzische Courier“ schreibt:

„Wer es geschaut, wie wir Pfälzer an jenem herrlichen Julitage des Jahres 1892, da mit uns Tausende unserer süddeutschen Brüder gen Kissingen gezogen waren, um ihm zu huldigen, dem Herrlichsten von Allen, der konnte frohen Muthes zum Rhein und zu den Bergen der Haardt zurückkehren, dorthin die Kunde tragend: der ‚alte‘ Bismarck lebt noch!

Jawohl, er lebt noch! Uns leuchtet seines Geistes Sonne, und seinen Widersachern droht seines Wortes Blitz. Heute wie je ist er der ‚alte‘ Bismarck, das Herz voll Liebe zu Volk und Vaterland, voll treuer Ergebenheit dem Kaiser und dem Reich. Und in dem wuchtigen Haupte, da thronen noch die hehren Gedanken, welche, in das zündende Wort übersetzt, einst in deutscher Brust den Feuerbrand heiliger Gefühle entfachten, aus deren flammender Lohe die ‚Kaiserkrone‘ erstand. Und dennoch war Undank sein Lohn, und die ihn einst umbuhlten, meiden ihn jetzt!“

Die „Berliner Börsen-Zeitung":

„Je kläglicher es um die Ideale der Volksseele in Deutschland bestellt ist, um so bedeutsamer wird das Vorbild Bismarck's in die fernste Zukunft hinein wirken. Und Geschlechter werden sich noch an dem Gedanken, daß er lebte, erbauen, die es nicht begreifen werden, daß seine Zeitgenossen ihn mißzuverstehen vermochten."

In der Münchener „Allg. Ztg." heißt es:

„Je trauriger und bedrohlicher die Verhältnisse sich in Deutschland entwickeln, je ärmer und beklemmender die Gegenwart ist, um so sehnsüchtiger richten die Blicke sich rückwärts zu jenen Tagen nationaler Größe, um aus ihnen den Glauben an unsere nationalen Ideale in die Zukunft hinüber zu retten, jene Ideale, ohne deren Besitz ein Volk rettungslos untergehen muß. Möge Fürst Bismarck, und das wird ihm der willkommenste Geburtstagsgruß sein, aufs Neue von Millionen Deutschen das Gelübde entgegennehmen, den Dank gegen ihn bethätigen und künftigen Geschlechtern vererben zu wollen in der Festigung des von seinem Namen unzertrennlichen Werkes seines Lebens. Dieser Dank des deutschen Volkes wird nimmer verlöschen!"

In der „Nord-Ostsee-Zeitung":

„Viel Schweres und Niederdrückendes hat des Reiches ‚treuer Eckart' erleben müssen, und wer mag es ihm verdenken, wenn mitunter bittere Empfindungen sich in ihm regten! Aber der Dank, die Liebe und Verehrung des Volkes in seinen besten Schichten ist ihm unwandelbar bewahrt worden und wird ihm erhalten werden bis an seines Lebens Ende. Wie oft richten sich in diesen wirren, bösen Zeiten die Blicke der Patrioten auf den alten Kanzler, der des Reiches fester Steuermann und getreuer Bannerträger gewesen!"

Der „Hannov. Courier" sagt:

„In der Ungunst der Zeiten ist dem Patrioten Halt und Trost, daß er noch unter uns weilt wie ein mächtiger Denkstein aus vergangenen großen Tagen, ein Mahner und Warner zugleich, daß die Nation nicht durch Uneinigkeit und Kurzsichtigkeit die Errungenschaften verscherze, die es nur unter der Führung außerordentlicher Männer erkämpfen konnte. Möge das unerbittliche Urtheil der Geschichte niemals dahin lauten, daß dem deutschen Volke dauernd nicht zu helfen war, da ihm selbst ein Bismarck Dauerndes nicht zu schaffen vermochte!"

Eines vortrefflichen Bildes bedient sich der „Graudenzer Gesellige":

„Es ist in unserm lieben Deutschland wie auf einem großen Gute: die Hofeleute haben nun einmal mehr Zutrauen zu einem alten Inspector, der so und soviel Jahre die schönsten Zuckerrüben producirt hat, als zu studirten oder militairischen Herren, die in Berlin oder Halle auf der hohen Schule allerlei schöne Bücher gelesen haben, in denen steht, wie man möglicherweise gute Zuckerrüben bauen kann."

Mit besonderem Freimuth erklären die „Augsburger Neuesten Nachrichten“:

„Die Regierung, durch welche sein geniales und reich gesegnetes Walten abgelöst wurde, sorgt reichlich dafür, daß dem scharfsichtigen und treubesorgten Warner die von höchster Hand bescheerte unfreiwillige Muße nicht zur Muße werde. Wir, in Erkenntniß der verhängnißvoll dilettirenden Politik des Grafen Caprivi, in Erkenntniß der schweren Schädigung, welche sie dem Reich von Anfang an und fortgesetzt zugefügt, sind dem Fürsten Bismarck auch für diese unerquickliche, aber wichtige und unentbehrliche Thätigkeit, die im Dienste des Vaterlandes auszuüben ihm noch vergönnt ist, von Herzen dankbar. Heute, an seinem 78. Geburtstag, betonen wir gerade dies, da viele und zwar gerade ‚große‘ deutsche Blätter mit einem ehrfurchtsvollen Blick nach ‚oben‘ sich begnügen, dem Fürsten für seine Reichsbaumeisterschaft und sein vergangenes amtliches Wirken den ebenso ungefährlichen als selbstverständlichen Zoll der Dankbarkeit darzubringen.“

Wohlthuend klingt eine deutsche Stimme aus dem Auslande herüber; die „Deutsche Wochenschrift in den Niederlanden“ schreibt:

„Ein guter Deutscher sieht in der Reckengestalt nur den Vater, der ängstlich den Schritten seines Kindes folgt, dem ein Fehltritt seines Lieblings einen Angstruf entlockt, der, in herzzerreißender Weise einem gequälten Herzen entquellend, tausendfaches Echo findet. In solcher Weise hören die Deutschen im Auslande diese Stimme. Sie, die den Parteikämpfen fernstehen und unbefangen die Pfade beobachten, die ihre Brüder beschreiten, die tausend Abgründe bemerken, zu welchen einzelne Führer viele durch Classen- und Rassenhaß durchsetzte Brüderschaaren führen, sehen im Geiste die eiserne Hand zucken, die häufig die hochgehenden wirren Geistesfluthen des deutschen Volkes eindämmte; sie hören aus den Worten des eisernen Mannes nicht allein den Groll über sein Schicksal heraus, sondern fühlen den tiefen Schmerz über so manche Fehltritte des Volkes, der in den Worten verborgen liegt.“

* * *

Am 6. April (M.-A.) erörtern die „Hamb. Nachr.“ Folgendes:

Das Centrum und seine Wähler. Das Centrum hat in der letzten Zeit Wahlniederlagen zu erleiden gehabt, welche beweisen, daß die frühere Zufriedenheit der Wähler mit der Centrumspolitik nicht mehr vorhanden ist. Vielfach scheint man sich einer Täuschung über den Grund dieser Erscheinung hinzugeben. So hat man die Vorgänge vielfach unter dem Gesichtspunkte der Militairvorlage zu erklären versucht. Wir können dem nicht zustimmen. Wenn Candidaten von der Qualität Sigl's und Fusangel's sich der Autorität des Centrums entgegenstellen, so betrachten wir dies — ebenso wie den Ahlwardt'schen Fall, wo die

conservative Richtung in eine antisemitische umschlug — nicht als einen Ausdruck bestimmter politischer Ziele, welche die Wähler sich aufstellen, sondern als ein Ergebniß des Bedürfnisses, ihre Unzufriedenheit mit dem Gegebenen und Vorhandenen in der Form der Wahl kundzugeben. Unserer Ansicht nach liegt die Sache genau so wie bei der Zunahme der socialdemokratischen Stimmen und Wahlen. Man würde sich täuschen, wenn man meinte, daß die anderthalb Millionen Wähler, welche für socialdemokratische Candidaten gestimmt haben, sämmtlich das Programm der Leiter der Socialdemokratie in allen seinen Consequenzen acceptiren und dessen Verwirklichung erstreben wollten. Wer unzufrieden ist und eine Verbesserung seiner Lage wünscht, wird dieser Stimmung stets durch ein Votum Ausdruck zu geben suchen, das den Widerspruch gegen die Gegenwart, mit der er unzufrieden ist, deutlich in sich trägt. So fassen wir auch die Auflehnung bisher gesicherter Centrumswahlkreise gegen die eigene Fraction auf und sehen darin noch eine specielle Kritik der neuesten Haltung der Centrumspolitik, verbunden mit dem Ausdrucke allgemeiner Unzufriedenheit über die schlechte wirthschaftliche Lage.

Zu den Fundamenten des Centrums-„Thurmes", auf dessen Festigkeit der selige Windthorst so stolz war, gehörte u. A. auch das Vertrauen der ländlichen Bevölkerung katholischer Confession zur Vertretung ihrer Interessen durch das Centrum, zu dessen Unabhängigkeit, sowie die Ueberzeugung, daß sich gerade diese Partei frei von Streberei und Servilismus halten werde. Wir glauben nicht, daß die Stimme der Centrumsfraction in der Fusangel'schen Wahl durch die eigenen Wähler verkümmert und mißachtet worden sein würde, wenn das Centrum seiner früheren Tradition entsprechend den Neigungen des neuen Courses nach der freihändlerischen Seite hin, wie sie in Gestalt der Handelsverträge auftritt, mit derselben Energie widersprochen hätte, mit der die Fraction seiner Zeit für die Einführung der Zölle zum Schutze der nationalen Arbeit und Production eingetreten ist. Der Wähler in seiner großen Masse, namentlich in ländlichen Kreisen, macht Schwenkungen, wie sie in der Tactik einer strebenden Fraction liegen können, in seinem Innern nicht mit; er erkennt sein Centrum nicht wieder, wenn es ähnlich wie andere Fractionen, deren Führer Ministerstellen ambiren, sich dem jedesmaligen officiösen Winde beugt.

Das Windthorst-Schorlemer'sche Centrum hatte bei seinen großen Wählermassen volles Vertrauen gewonnen. Dasselbe beruhte gewiß in erster Linie, aber doch nicht ausschließlich, auf der gemeinschaftlichen confessionellen Vertretung, sondern auch auf der Wahrnehmung der materiellen Interessen der Wähler und besonders auf dem Glauben an die Unabhängigkeit des Centrums nach oben. Dieser Glaube scheint er-

schüttert zu sein. Inwieweit dies der Fall ist, kann nur eine Neuwahl zur Klarheit bringen; aber das Centrum scheint zu den Ergebnissen einer solchen kein so starkes Vertrauen zu haben, daß es nicht wünschen sollte, die Auflösung auch seinerseits zu vermeiden. Ob die Centrumspolitik in dieser Besorgniß einen Anlaß finden wird, es auf die Verstärkung der Unzufriedenheit seiner Wähler durch neue Abstimmungen im Reichstage ankommen zu lassen, um auf diese Weise wenigstens für die Dauer der jetzigen Mandate sich den Genuß derselben zu erhalten und zu sichern, aber die Unwahrscheinlichkeit der Wiederwahl in zwei Jahren zu steigern, das ist die Frage, mit der die Gelehrten des Centrums heute wahrscheinlich beschäftigt sein werden. Daß diese Partei, die in der Opposition groß geworden ist, bei Gelegenheit der Handelsverträge und bei ähnlichen Anlässen die Festigkeit des Fundaments ihres Thurmes verstärken werde, glauben wir jedenfalls nicht.

Wir gehören nicht zu den Gegnern des Centrums, so lange dasselbe seiner von der „Germania“ inzwischen allerdings gelöschten Devise „Freiheit, Wahrheit und Recht!“ treu bleibt, aber wenn es sich in ein Consortium handeltreibender Streber verwandelt, dann würden wir einen Wechsel der Constellation vorziehen, auch wenn dabei Kräfte in den Vordergrund gebracht würden, deren Feindschaft gegen die frühere Centrumsdevise offenkundig genug ist, um sie unter allen Umständen mit Entschiedenheit zu bekämpfen.

* * *

Mit der „Officiösen Presse einst und jetzt“ beschäftigen sich die „Hamb. Nachr.“ am 7. April (M.-A.):

Die „Voss. Ztg.“ bespricht die Thätigkeit der officiösen Presse und führt zum Nachtheile derselben aus der Vergangenheit an, daß sie nicht im Stande gewesen sei, den Fürsten Bismarck vor unfreiwilliger Entlassung zu schützen, trotz aller Millionen, welche sie gekostet habe. Das ist auch gar nicht ihr Zweck gewesen. Wenn wirklich Millionen für sie verwendet worden sind, was wir bestreiten, so war ihre Aufgabe, die jedesmaligen Vorlagen der Regierung und deren politische Intentionen zu empfehlen und, wenn sie angegriffen wurden, zu vertreten.

Die Verwendungen für Preßzwecke im alten Course werden von den Gegnern desselben mit Bewußtsein überschätzt; der damalige officiöse Apparat war weit entfernt, der Stärke und Ausdehnung desjenigen, der heute in der Militairvorlage in Anwendung gebracht wird, auch nur annähernd gleich zu kommen. Kreisblätter und Amtsblätter hingen damals wie jetzt vom Minister des Innern ab; der leitende Minister hatte weder mit ihnen, noch mit anderen Provinzialzeitungen irgend-

welche Beziehungen, am allerwenigsten dauernde. Die officiöse Preßthätigkeit unter dem alten Course beschränkte sich der Hauptsache nach auf Artikel der „Nordd. Allg. Ztg.“, welche damals wie jetzt dem Reichskanzler zur Verfügung gestellt war, aber gratis, so daß nicht nur keine Millionen, sondern überhaupt keine Mark dafür verausgabt wurde.

Die „Voss. Ztg.“ führt einen conservativen Politiker aus dem Jahre 1870 an, um die officiöse Presse als eine der schlimmsten Krankheiten zu schildern. Dieser ihr Gewährsmann nimmt als Hauptzweck der officiösen Presse die Erzeugung regierungsfreundlicher Gesinnung an. Wir glauben, wie schon gesagt, daß ihr Hauptzweck immer nur in der Vertretung einzelner Maßregeln der Regierung bestand, und in dieser Richtung halten wir es auch für ganz richtig und geboten, daß, wie der Gewährsmann der „Voss. Ztg.“ sagt, die Regierung „in den Kampf der Presse hinabsteigt“; die Geringschätzung der Presse, die hierin liegt, haben nicht wir, sondern die „Voss. Ztg.“ zu vertreten. Ebenso unwahr ist es, daß diese Thätigkeit der Presse so drückend sei, daß selten tüchtige, fast niemals ehrenwerthe Männer sich zu den damit verbundenen Demüthigungen verständen, und daß daher die officiöse Presse fast immer in schlechten Händen sei. Die schlechten Hände waren früher ausnahmsweise die des betheiligten Ministers selbst, in der Regel aber die eines vortragenden Rathes, der die Artikel schwerlich im Widerspruche mit der eigenen Ueberzeugung zu Papier brachte und der „Nordd. Allg. Ztg.“ oder einer anderen, die weißes Papier zur Verfügung stellte, übermittelte. Die Redensart, daß solche Blätter nichts nützen, weil ihr Charakter rasch bekannt werde, trifft nicht zu, denn dieser Charakter, d. h. der officiöse, wie ihn die „Nordd. Allg. Ztg.“ hatte, war für Niemanden zweifelhaft, und von der Regierung nicht abgeleugnet. Analoge Einrichtungen bestehen auch heute, nur mit verstärkten Arbeitskräften, welche dazu kommandirt werden.

Die Zumuthung, daß eine Regierung sich an der Presse nicht betheiligen solle, halten wir für unverständlich und schädlich. Ob die Betheiligung nennenswerthen Nutzen früher gebracht hat, lassen wir dahingestellt, aber wir halten sie im gewissen Sinne für eine Pflicht der Regierung und würden es mit Genugthuung begrüßen, wenn dieser Pflicht unter dem neuen Course stets rechtzeitig entsprochen und die öffentliche Meinung von den legislativen Absichten der Regierung unterrichtet würde, bevor dieselben in Gestalt von Zwangsvorlagen dem Parlament zur kurzhändigen Abstimmung zugefertigt werden. Wir glauben, daß die Regierung nicht nur eine in den verfassungsmäßigen Verhältnissen beruhende Pflicht erfüllen, sondern sich selbst ihre Aufgabe erheblich erleichtern würde, wenn sie ihre Absichten, bevor sich dieselben zu amt-

lichen und unwiderruflichen Kundgebungen verdichten, der öffentlichen Kritik aussetzte und sich auf diesem Wege darüber orientirte, welche Seiten ihrer Auffassung die schwächeren sind.

* * *

Wort für Wort zutreffend sagt in einem Rückblick auf den Geburtstag des Fürsten Bismarck am 7. April die Münchener „Allg. Ztg.":

Selbst Graf Caprivi, der bisher die Verhinderung jeder Annäherung als eine Art Pflicht und Verdienst für sich in Anspruch nahm, dürfte sich heute der Einsicht nicht mehr verschließen, daß in Bezug auf das unermeßliche politische Capital, welches Fürst Bismarck auch in seiner ländlichen Zurückgezogenheit noch darstellt, Fehler über Fehler, und zwar Fehler der allerschwersten Art, gemacht worden sind. Einen Einfluß auf die Gemüther der Nation, der heute immer noch mindestens zehnmal größer ist, als der der jetzigen Regierung, proscribiren und auf den Index setzen zu wollen — war ein Unternehmen, an welchem auch eine befähigtere Regierung, als die der Nachfolger des Fürsten Bismarck, hätte scheitern müssen.

Es war, selbst vom Standpunkt nüchternster geschäftlicher Erwägung aus, ein unkluges, von geringer politischer Befähigung zeugendes Beginnen. Die Ovation der Schleswig-Holsteiner, die Einladung des Oberbürgermeisters von Köln Namens der Stadt — sie reden die Sprache von Dresden, Kissingen und Jena, sie alle klingen den Gedanken des Dresdener Begrüßungsliedes wider: „Wie könnt' ich Dein vergessen, ich weiß, was Du mir bist."

Daß Fürst Bismarck die Begrüßung der Schleswig-Holsteiner mit einem Hoch auf den Kaiser, als den Schirmherrn der deutschen Stämme, beantwortete, beweist, wie hoch er über Vielem steht, was Kleinlichkeit und Unfähigkeit ihm in den letzten Jahren unterstellt haben. Und wenn die „Kreuz-Zeitung" in einer sonst sympathisch gehaltenen Geburtstagsbetrachtung ausspricht: „sie wolle einen Schleier werfen über das, was geschehen ist, seit der Fürst als ein grollender Ajax bei Seite steht," und ein ähnlicher Gedanke in einem Artikel wiederkehrt, mit welchem die „Köln. Ztg." ihre Leser überrascht hat, so ist darauf nur zu erwidern, daß Fürst Bismarck für Alles, „was geschehen ist", so weit es seinen Ansichten und Absichten entsprach, auch voll eintritt und den verhüllenden Schleier von Feind und Freund ablehnt.

Wenn Fürst Bismarck, wie die „Kreuz-Ztg." weiter ausführt, in der That „die Staatsidee zu sehr mit seiner Person identificirt hätte" — würde ihm der Lauf der Dinge seit dem 20. März 1890 nicht schon zehnmal Recht gegeben haben?

* * *

An der Spitze ihrer M.-A. vom 11. April bringen die „Hamb. Nachr." folgenden Dank:

Friedrichsruh, den 10. April 1893.

Aus Anlaß meines Geburtstags habe ich aus allen Theilen des Reichs und von Deutschen im Auslande eine große Zahl von Glückwünschen erhalten, in denen ein hohes Maaß patriotischen Gefühls und persönlichen Wohlwollens für mich zum Ausdruck kommt. Es ist mir schmerzlich, auf die Einzelbeantwortung verzichten zu müssen, weil das Mißverhältniß zwischen der so erfreulich großen Zahl und meinen Arbeitskräften sich zu sehr geltend macht.

Ich bitte alle meine Freunde, welche mich durch ihre Theilnahme an meiner Feier geehrt und durch den erneuten Beweis ihres Wohlwollens hoch erfreut haben, meinen herzlichsten Dank durch diese Veröffentlichung entgegenzunehmen.

v. Bismarck.

* * *

In der A.-A. desselben Tages bringen die „Hamb. Nachr." dann den nachstehenden Artikel:

Fürst Bismarck. Der „Hamb. Corresp." spricht davon, wie schwer es dem Fürsten Bismarck geworden sei, von seinem Posten zurückzutreten, seine ganze Natur sträube und wehre sich gegen die ihm aufgedrungene Resignation. Wir sind entgegengesetzter Ansicht und glauben, daß Fürst Bismarck mit Dank gegen Gott den Augenblick begrüßt hat, wo es feststand, daß er gehen konnte, ohne daß ihm selbst für seinen Rücktritt eine Verantwortlichkeit oblag, die zu übernehmen er sich gescheut haben würde. Pflicht und Ehrgefühl hielten ihn an der Stelle fest, an der ihn die wechselnden Verhältnisse fanden; er würde es als eine Feigheit betrachtet haben, wenn er sich den wesentlich erschwerten Aufgaben, die ihm entgegentraten, hätte entziehen wollen. Weit entfernt, sich zu sträuben und gegen die aufgedrungene Resignation zu wehren, ist sein Gefühl immer dasselbe geblieben, dem er bei seiner Abreise aus Berlin im März 1890 Ausdruck verlieh, als er beim Betreten des Coupés, das ihn nach Friedrichsruh bringen sollte, zu den Anwesenden sagte: „Na, ich bin schön raus." Er würde nach seinem Ehrgefühl sich dies Zeugniß nicht haben geben können, wenn er sich selbst die Verantwortlichkeit für sein Ausscheiden hätte zuschreiben müssen, wenn er das Gefühl gehabt hätte, daß die Schwierigkeiten der ihm bevorstehenden Aufgabe ihn schwach gefunden hätten. Er hat mit dem Ausspruche seine Genugthuung über die endliche Erlösung von dem Gefühl äußern wollen, durch Pflicht und Ehre zumAusharren in einer außerordentlich schwierigen, anstrengenden und unerwünschten Situation gezwungen zu sein.

Die Form und die Nebenumstände, womit sich die Entlassung vollzog, haben allerdings ihr Verletzendes gehabt, aber die Sache selbst war in ihrem Zusammentreffen mit dem Umstande, daß der Fürst keine Verantwortlichkeit für sein Ausscheiden zu tragen hatte, eine große Erleichterung für ihn. Das Verletzende lag auch mehr in der Boycottirung, die vom 18. März 1890 ab ihm gegenüber stattgefunden hat nicht bloß an allen amtlichen Stellen, sondern auch selbst in persönlichen Beziehungen, die er zu früheren Amtsgenossen gehabt hat. Namentlich lag dies Verletzende aber auch in dem Verhalten der parlamentarischen Vertretungen, die es nicht der Mühe werth hielten, als in einer 28jährigen Amtsführung eine durchgreifende Veränderung stattfand, dies auch nur historisch zu erwähnen. Aber die Bitterkeit, die ein natürliches Ergebniß dieser Wahrnehmungen war, ist längst verschwunden. Der Fürst lebt behaglich und zufrieden und hat keinen anderen Wunsch als den, daß es dem Deutschen Reiche gut gehen möge. Er ist auch nicht der „zornige Mann", als den ihn die „Frankf. Ztg." ihren Lesern vorzuführen pflegt. Er ist vollständig frei von Zorn und hegt die Auffassung des alten Metternich — mit dem er sonst in der Politik wenig Sympathien hat —, der, als er zurücktrat, sagte: „Ich bin von der Bühne in eine Prosceniums-Loge gegangen und sehe mir nun an, wie Andere in meiner Rolle auf der Bühne agiren!" Nur des Rechtes zur Kritik hat sich der Fürst nicht begeben.

* * *

An eine Auflösung des Reichstages wegen Ablehnung der Militairvorlage wollen die „Hamb. Nachr." noch nicht glauben. So sagen sie der „Nat.-Ztg." gegenüber:

Die „Nat.-Ztg." schreibt zur Militairvorlage:

„Die Auflösung des Reichstages, die wir für unausbleiblich halten, da den neuerdings auftauchenden Preßandeutungen über eine Verständigung keinerlei Bedeutung beizumessen ist, dürfte Anfang Mai erfolgen."

Wir glauben, die „Nat.-Ztg." täuscht sich; wir halten es für sehr viel wahrscheinlicher, daß das Centrum die erste beste Gelegenheit, vielleicht eine, die ihm der vaticanische Besuch[1]) bietet, ergreifen wird, um mit Anstand umzufallen. Dann wird die Neuwahl, vor der das Centrum nicht ohne Grund große Scheu trägt, für's Erste unterbleiben und das Gros der Centrumswähler erst $1^1/_2$ Jahr später Gelegenheit

[1]) Im April begaben sich Vertreter der deutschen clericalen Presse nach Rom. Der Papst betonte in seiner Antwort auf die Ansprache des Dr. Cardauns (Chefredacteurs der „Köln. Volks-Zeitung") die Nothwendigkeit friedlichen Zusammengehens von Kirche und bürgerlicher Gewalt.

haben, seine Rechnung mit der Fraction zu begleichen. Dieselbe wird freilich bis dahin noch mehr anwachsen, wenn zu dem Schaden der Handelsverträge auch noch die Neubelastung der Wähler durch die Militairvorlage getreten sein wird.

* * *

Am 11. April, dem Geburtstage der Frau Fürstin, brachte die Bürgerschaft Hamburgs den Fackelzug, der am 1. April des stillen Sonnabends wegen verschoben worden war, nun dem fürstlichen Paare gemeinsam dar. Zwei Extrazüge waren nöthig, um die große Zahl der Theilnehmer nach Friedrichsruh zu befördern. Die Festansprache hielt Herr Lutteroth aus Hamburg. Der Fürst antwortete etwa Folgendes (nach den „Hamb. Nachr." vom 12. April, M.-A.):

Ein Gefühl der Verlassenheit habe ich nicht, am allerwenigsten, wenn Sie in meiner Nähe sind am heutigen Tage.

Wenn man ein Jahr zurückblickt, so muß man sagen, daß es ein hartes Jahr war, welches über Sie, über uns ergangen ist. Schwer haben Sie durch die Choleraseuche in Hamburg, der Stadt, wo wir leben, an der wir hängen, zu leiden gehabt. Aber es war nicht die erste Calamität derart. Denken Sie an das Jahr 1842, wo der große Brand über Hamburg hereinbrach. Ich war damals dort und habe die Trümmer rauchen sehen. Denken Sie ein weiteres Menschenalter zurück, an die Zeit der Fremdherrschaft. Aber alles wurde überwunden, und sie sollen fortan vergessen sein die schweren Leiden, die Hamburg im letzten Jahrhundert dreimal gehabt hat.

Die schwere Heimsuchung des letzten Jahres ist in Hamburg noch nicht in Vergessenheit gerathen. Die Hamburger Bürgerschaft ist keinen Augenblick zurückgeschreckt vor der Plötzlichkeit, mit welcher die Cholera hereinbrach. Wenn aber Hamburg diese schweren Verhältnisse mit Leichtigkeit zu überwinden wußte, so ersehe ich daraus, daß in der Hamburger Bürgerschaft eine Triebkraft stecken muß, die nicht überall zu finden ist. Die Stadt liegt in einer günstigen Lage für den Verkehr, aber es giebt doch noch günstiger gelegene Städte, wie Altona, Glückstadt, Harburg. Warum schritt Hamburg vor, während die anderen Städte zurückblieben? Es muß in der ersten Ansiedelung dieses hanseatischen Gemeinwesens eine besonders lebhafte Triebkraft geherrscht haben, welche Hamburg zu allen Zeiten hoch gehalten hat.

Vor Hamburg hatte ich stets eine besondere Achtung, und deshalb bin ich namentlich erfreut darüber, daß es mir gelungen ist, in dieser tapferen, leistungsfähigen, in ihren Erfolgen glücklichen Bürgerschaft mir Wohlwollen zu erringen. Es ist für mich nicht leicht gewesen,

mir dieses Wohlwollen zu erwerben. Ich war verantwortlicher Minister, und es ist das ein übles Gewerbe, wo man mehr Feindschaft, wie Freundschaft findet. Daß mir aber dennoch ein so erheblicher Antheil von Wohlwollen ward, erfreut mich von Herzen und ist mir gewissermaßen eine Quittung über meine Thätigkeit während der dreißig Jahre meiner Laufbahn als Minister, und daß Sie mir heute Ihr Wohlwollen in solcher Weise kundgeben, gereicht mir zur besonderen Freude.

Nach kurzer Pause fuhr der Fürst fort:

Ich danke Ihnen, daß Sie gekommen sind gerade am Geburtstage meiner Frau. Gott hat mir ein gesegnetes, glückliches Familienleben geschenkt, und ich würde wohl nicht ein so hohes Alter erreicht haben ohne meine Frau. Ich bin überzeugt, daß Sie bereitwillig einstimmen werden in ein Hoch auf meine Frau.

Wie der Fürst in seiner Erwiderung der an ihn gerichteten Ansprache auf das ihm beschiedene Familienglück hingewiesen hatte, so brachte er, bevor er ins Schloß zurückging, in wenigen Worten, aber in unendlich rührender Weise nochmals zum Ausdruck,

daß Gott ihm ein ungewöhnlich gesegnetes Familienglück geschenkt habe. Besonders hob er hervor, welches Glücksgefühl er und seine Gattin empfinde, indem keines ihrer Kinder ihm durch den Tod entrissen worden sei. „Manche von Ihnen," so wandte er sich an die Umstehenden, „werden mir nachfühlen, was das zu bedeuten hat."

* * *

Am 12. April (A.=A.) wird dem „Berl. Tagebl." auf den Vorwurf der „Wortklauberei" mit folgenden Sätzen geantwortet:

Das officiöse „Berl. Tgbl." bezeichnet es als einen Verstoß gegen die Logik, daß wir die „Reichsregierung", die nach unserer Auffassung gar nicht existire, eifrig bekämpfen. Das ist Wortklauberei. Wir bekämpfen nicht die Reichsregierung, sofern unter dieser verleitlichen Bezeichnung die verbündeten Regierungen verstanden werden, sondern nach dem Grundsatz principiis obsta das Platzgreifen der verfassungswidrigen Auffassung, daß es eine „Reichsregierung" gäbe, die auf die zwei Augen des jedesmaligen Reichskanzlers, des kaiserlichen Verwaltungsbeamten, und, wenn derselbe gerade Soldat ist, auf dessen militairischen Gehorsam gestellt sei. Die in Preußen zunächst verantwortliche Vertretung der „Reichsregierung" ist das preußische Staatsministerium. Es kann für preußische Minister recht bequem sein, sich der Verantwortlichkeit für die Reichspolitik zu entziehen und sie auf den Kanzler allein abzuwälzen, aber verfassungsmäßig ist es nicht.

Daß es so erscheint, liegt nur an der Zurückhaltung, welche der preußische Landtag bisher gegenüber dem Verhalten Preußens bei seinen Abstimmungen im Bundesrathe beobachtet hat, zu der er aber ebenso wenig verpflichtet ist, wie der Landtag jedes anderen Bundesstaates. In militairischen Verhältnissen hat man für derartige Zurückhaltungen das Wort „sich drücken", man spricht von „Drückebergern". Solche Drückeberger können sich im preußischen Landtage und im preußischen Staatsministerium natürlich nur in Folge irrthümlicher Auslegung der Verfassung finden. Das preußische Volk kann aber damit nicht zufrieden sein, daß das dem Landtage verantwortliche preußische Staatsministerium sich einer verantwortlichen Mitwirkung an der Reichspolitik enthält. Gewiß hat Friedrich II. sein Handwerk verstanden; es war das des absoluten Monarchen. Aber für die Landesinteressen ist der reine Absolutismus noch ungefährlicher als der durch Parlamentsabstimmung sanctionirte. Der erstere hat das Bedürfniß, daß seine Politik logisch und vernunftgemäß von den Unterthanen richtig beurtheilt wird; ist er durch Majoritätsabstimmung des Parlaments gedeckt, so fällt dies Bedürfniß zum Theil fort.

* * *

An dieselbe Adresse:

Das nämliche Berliner Organ des Grafen Caprivi sagt, die Handelsverträge würden der deutschen Industrie neue Absatzgebiete erschließen. Es wäre sehr dankenswerth, wenn das officiöse Blatt diese Gebiete näher bezeichnete; die deutsche Industrie würde sie gewiß mit Begierde aufsuchen. Bisher ist nichts über sie bekannt. So lange diese Angabe nicht erfolgt, halten wir die allgemeinen Redensarten des Blattes für nichts anderes als officiöse Deckmäntel der Unfruchtbarkeit der Handelsvertragspolitik, welche sich in Wahrheit nicht befähigt erwiesen hat, der Industrie neue Absatzgebiete zu eröffnen.

* * *

Der M.-A. der „Hamb. Nachr." vom 13. April entnehmen wir Folgendes:

Fürst Bismarck und Herr Stöcker. Der Hofprediger Stöcker hat nach einem Berichte des „Reichsboten" in einer Sitzung der christlich-socialen Partei in Bezug auf den Fürsten Bismarck geäußert, dieser habe „sich mit allen Parteien gerieben"; er habe den Fortschritt bekämpft, die Nationalliberalen an die Wand gedrückt, daß sie quietschten, die Conservativen sehr unliebenswürdig behandelt, aber Eins habe er, Stöcker, nie von dem Fürsten gehört: ein Wort gegen die Judenpresse, gegen die Uebermacht des Judenthums.

Herr Stöcker erneuert hier die alte Unwahrheit, Fürst Bismarck habe die Nationalliberalen im Jahre 1878 an die Wand gedrückt, während sich der damalige Reichskanzler nur gegen den Versuch der Nationalliberalen auf der Defensive befand, ihn mit Hülfe einiger ihnen näher als ihm stehenden Minister-Collegen an die Wand zu drücken. Alsdann aber ist es eine Zumuthung, die man sich an eine Parteiagitation wohl erlauben kann, aber nicht an einen leitenden Minister: daß Jemand in der Stellung des Letzteren sich zum Hatzhund für Fractionsinteressen hergeben soll. Glaubt denn Herr Stöcker, wenn er plötzlich an die Spitze der deutschen Politik gestellt würde, daß er seinerseits den Antisemitismus in dem bisher von ihm betriebenen Maaße fortsetzen könnte? Wir erinnern uns im Augenblick keines Wortes des Fürsten Bismarck gegen die Judenpresse, und es ist auch ganz gleichgültig, ob er ein solches gesprochen hat oder nicht. Wir erinnern uns aber auch nicht, daß er, so lange er im Amte war, gegen Herrn Stöcker sich geäußert hat; im Gegentheil, als bei dem Regierungsantritte Kaiser Friedrich's eine Stöckerhetze in Scene gesetzt werden sollte, ist der damalige Ministerpräsident in den sehr zahlreichen Charlottenburger Conseils der Einzige gewesen, der mit Rücksicht auf die Tapferkeit, die Herr Stöcker im Kampfe gegen die Demokratie bewiesen hatte, ein milderes Verfahren gegen ihn als das beabsichtigte beim Kaiser Friedrich zur Annahme brachte.

Es ist nicht Aufgabe eines leitenden Ministers, einer Partei anzugehören und sich zu deren Organ herzugeben, sondern es ist seine Aufgabe, sich aus der Gesammtwirkung der verschiedenen Parteien, aus der Diagonale der Kräfte, welche aus derselben hervorgeht, den Durchschnitt zu ziehen, soweit das monarchische Staatsprincip darunter nicht leidet.

Der Vorwurf, daß Fürst Bismarck als Minister nicht hinreichend Parteimann gewesen sei, kann dem Temperament des Herrn Stöcker zu Gute gehalten werden, eine praktische Bedeutung für die Beurtheilung der ministeriellen Thätigkeit des ersten Kanzlers wird ihm nicht beigemessen werden. Wir glauben, daß Herr Stöcker schlimmere Feinde des christlichen Monarchismus bekämpfen könnte, als gerade den früheren Kanzler. Wir wissen nicht, wie alt Herr Stöcker ist, aber wir glauben doch, daß er sich den Jahren nähert, in welchen er seine Leidenschaftlichkeit mäßigen könnte. Es thut uns leid, daß die Fähigkeiten und die Energie, welche Herr Stöcker besitzt, in Folge seiner Characterfehler ohne Nutzen für das Staatswesen verbraucht werden.

* * *

An derselben Stelle lesen wir:

Die „Magdeb. Ztg." wirft die Frage auf: gegen wen sich die Candidatur des Grafen Herbert Bismarck richte. Wir können darauf nur antworten: gegen Niemanden. Seine Aufstellung hat keine Tendenz gegen irgend eine Fraction; sie gilt der Wahrung landwirthschaftlicher Interessen und ist ein Symptom des Bestrebens, der Interessenvertretung bei den nächsten Wahlen den Vorrang vor den politischen Programmen einzuräumen. Die Unterschiede der politischen Fractionen und die feineren Nüancen innerhalb derselben schweben den Wählern kaum in voller Klarheit vor, aber der Zwang der Interessen und die Noth des Lebens treten, je stärker sie werden, ihnen desto deutlicher vor Augen. Die Divergenzen der parlamentarischen Fractionen sind im Ganzen, wenn man vom Fortschritt und der Socialdemokratie absieht, doch mehr personelle als sachliche, und die Wähler empfinden nach den Erfahrungen der letzten Zeit mehr Bedürfniß nach einer unabhängigen Vertretung als nach Förderung der Fractionsstrebereien. Wir glauben deshalb, daß bei der Neuwahl, mag sie nun bald oder nach zwei Jahren stattfinden, die Neigung, Beamte zu wählen, die von der Regierung abhängig sind, nicht mehr so stark sein wird, wie früher. Beamte im Dienst, die von der Regierung Beförderung oder deren Gegentheil zu erwarten oder zu befürchten haben, bedürfen einer großen Selbstständigkeit des Charakters, wenn sie sich ohne Abhängigkeitsgefühl von ihrem vorgesetzten Minister ihre sachliche Ueberzeugung und das Interesse ihrer Wähler ausschließlich zur Richtschnur nehmen sollen.

* * *

Die Berliner Blätter veröffentlichen am 15. April übereinstimmend folgende Zuschrift, die der „Nat.-Lib. Corr." in Sachen des Bismarck-Denkmales zugegangen ist:

Die jüngste Feier des Geburtstages des Fürsten Bismarck hat vielfach Anlaß gegeben, nach dem gegenwärtigen Stand des Bismarck-Denkmals zu fragen. In zahlreichen Festreden und Zeitungsartikeln ist die Sache berührt worden. Bekanntlich ist schon vor drei Jahren durch freiwillige Beiträge der Verehrer des großen Staatsmannes ein Fonds von über 1 Million Mark zu dem gedachten Zweck gesammelt worden. Seit der Zeit liegt das Geld im Kasten, von irgend welchen weiteren Maßnahmen des Comités an dessen Spitze der Reichstagspräsident von Levetzow steht, ist nichts zu hören.

„Wo bleibt das Denkmal?" fragen viele Tausende, die ihrer Verehrung für den alten Reichskanzler einen sichtbaren Ausdruck geben wollten. Es wurde als selbstverständlich betrachtet, daß das Denkmal noch bei Lebzeiten des Fürsten Bismarck errichtet werden sollte; nur unter dieser Voraussetzung

sind viele und große Beiträge gezeichnet worden. Für ein vielleicht nach Jahrzehnten zu errichtendes, einer historischen Erinnerung gewidmetes Denkmal würden sich in der Gegenwart viele der Theilnehmer nicht erwärmt haben.

Es mag anerkannt werden, daß so lange die Frage über den Platz für das Kaiser Wilhelm-Denkmal noch nicht entschieden war, auch kein definitiver Beschluß über einen Platz für das Kanzlerdenkmal gelöst werden konnte. Nachdem nun aber jene Frage im Wesentlichen gefaßt ist und jedenfalls feststeht, daß das Kaiser Wilhelm-Denkmal nicht auf den Wilhelmsplatz kommt, welcher in erster Linie für das Bismarck-Denkmal in Aussicht genommen war und wie kaum ein anderer Platz in Berlin dafür geeignet erscheint, dürfte es wohl an der Zeit sein, die Frage der Aufstellung des Bismarck-Denkmals energischer in die Hand zu nehmen. Wenn in der Reichshauptstadt kein Raum für ein solches Denkmal sein sollte, so giebt es genug andere Städte und Plätze in Deutschland, an denen das Monument eine würdige Aufstellung finden und willkommen geheißen würde. Es wäre in der That einem vielfach laut werdenden Unwillen gegenüber Zeit, daß das Comité sich endlich äußerte, worauf es noch wartet.

* * *

Auf das Glückwunschschreiben der Stadt Köln zum Geburtstage des Fürsten Bismarck antwortete dieser:

Friedrichsruh, 20. April 1893.

Geehrter Herr Oberbürgermeister! Die ehrenvollen Worte, mit denen Ew. Hochwohlgeboren mich zu meinem Geburtstage begrüßten, haben mich sehr wohlthuend berührt als Zeichen, daß meine Kölner Mitbürger mir die freundlichen Gesinnungen bewahrt haben, auf welche ich stolz bin. Ich würde es als eine besondere Freude empfinden, wenn es mir vergönnt wäre, Ihnen meinen Dank dort persönlich zu wiederholen; aber bei meinem Gesundheitszustand darf ich leider Versprechungen auf längere Zeit hinaus nicht geben. Ich danke Ihnen von Herzen für Ihre so warme Begrüßung und die herrliche Blumengabe, mit welcher sie meinen Geburtstagstisch schmückten. Mit der Bitte, diesen Dank meinen Herren Mitbürgern auszusprechen, der Ihrige; v. Bismarck.

* * *

Die „Hamb. Nachr." bringen am 23. April (M.-A.) Folgendes:

Aus der Zeit der „Reichsglocke". Wir haben im Juli vorigen Jahres unter dem Titel „Fürst Bismarck und Graf Caprivi"[1]) einen Artikel veröffentlicht, worin in Veranlassung der damaligen amtlichen Publicationen u. A. ausgeführt war, die Ernennung des Generals Caprivi

[1]) Vgl. Band IV, Seite 38 ff.

zum Chef der Admiralität sei seiner Zeit auf Militairbefehl Kaiser Wilhelm's I. erfolgt; der damalige Reichskanzler Fürst Bismarck habe seinen Erinnerungen an Caprivi's frühere Beziehungen zu seinen reichsglöcknerischen Gegnern keinen Grund entnommen, die Entscheidung des Kaisers in Zweifel zu ziehen. Die „Reichsglocke" sei ein wesentlich vom Centrum gefördertes Unternehmen gewesen, bei dem der Ultramontanismus Beistand von Seiten der Feinde des ersten Kanzler im Lager der „Kreuz-Ztg." gefunden habe und zwar in der Richtung Diest-Daber und in der Richtung des damaligen vortragenden Rathes im Ministerium des Innern von Lebbin. Es sei versucht worden, zu dieser Opposition auch den verstorbenen Feldmarschall v. Manteuffel heranzuziehen und namentlich dessen unmittelbare Beziehungen zum König Wilhelm I. zur Fructificirung der Fiction in Mitwirkung zu nehmen, als ob die kanzlerische Thätigkeit der Armee schade. Die Verdächtigungen seien so weit gegangen, daß dem Kanzler eine unerklärliche Feindschaft gegen die Armee zugeschrieben worden sei. Der Feldmarschall von Manteuffel habe sich geweigert, beim König gegen den Fürsten Bismarck thätig zu sein und habe Letzterem nähere Mittheilungen über die betreffende Angelegenheit und den Versuch, ihn, Manteuffel dafür zu gewinnen, gemacht. Der Verkehr mit markanten Trägern dieser reichsglöcknerischen Bestrebungen, wie z. B. der mit dem verstorbenen Geheimrath Lebbin und dem neuerdings militairisch rehabilitirten Major von Diest-Daber, involvire noch nicht nothwendig die Annahme eines gleichen Maaßes von Feindschaft gegen den Fürsten Bismarck, welches die genannten Herren diesem gewidmet hätten....

Seit Erscheinen dieses Artikels hat uns Herr von Diest mit einer wahren Hochfluth von Berichtigungen überschüttet, deren Aufnahme wir bisher unterlassen haben, weil wir in ihnen keine thatsächlichen Berichtigungen unserer Behauptungen, sondern nur einen Ausdruck des Wunsches des Herrn von Diest sahen, seinen Namen in Verbindung mit dem des Fürsten Bismarck gedruckt zu sehen. Wenn wir diese Zurückhaltung jetzt aufgeben, so geschieht es, weil Herr von Diest den Versuch gemacht hat, die Aufnahme der Berichtigung auf Grund des Preßgesetzes zu erzwingen. Die allgemeine Fassung des betreffenden Paragraphen dieses Gesetzes nöthigt uns, die mit dem Anspruch auf Berichtigung auftretende Mittheilung einstweilen abzudrucken, obwohl wir auch in ihr eine Widerlegung der von uns aufgestellten Behauptungen nicht erkennen können. Sie lautet in ihrem sachlichen Theile:

Nachdem ich die Chef-Redaction der „Hamburger Nachrichten" wiederholt vergeblich ersucht habe, eine eingehende Widerlegung der in Nr. 163 des dortigen Blattes vom 11. Juli 1892 in dem Leitartikel „Fürst

Bismarck und Graf Caprivi" gegen mich gerichteten Angriffe zu bewirken, ohne Antwort darauf zu erhalten, fordere ich dieselbe unter Hinweis auf § 11 des Gesetzes über die Presse vom 7. Mai 1874 auf, die nachstehende Berichtigung in der nächstfolgenden Nummer des Blattes an der Spitze desselben, wo auch die Angriffe gestanden haben, aufzunehmen:

1) Es ist unwahr, daß ich in früheren Beziehungen zu der Reichsglocke mit dem Herrn von Caprivi und Herrn von Lebbin gestanden hätte.

Ersteren kenne ich garnicht und habe niemals ein Wort mit ihm gesprochen. Auch Herrn von Lebbin habe ich nur ganz oberflächlich gekannt, und es ist unwahr, daß ich jemals in Beziehung mit ihm in obiger Richtung gestanden habe.

2) „Es ist, was meine Person betrifft, unwahr, daß Herr von Lebbin und ich den Feldmarschall Freiherrn von Manteuffel vergeblich für ihre reichsglöcknerischen Bestrebungen zu gewinnen gesucht hätten.

Für die „Reichsglocke" habe ich niemals einen Artikel geschrieben oder ihr irgendwelche Subvention zugewendet. Was Herr von Lebbin gethan hat, ist mir unbekannt, und ebenso was Freiherr von Manteuffel angeblich dem Fürsten Bismarck gesagt haben soll. Eingehende mündliche Besprechungen mit dem Feldmarschall Freiherrn von Manteuffel und Briefe desselben bestätigen, daß er mein Bundesgenosse war.

3) Jener Artikel sagt:

„Der Verkehr des Grafen Caprivi mit markanten Trägern dieser reichsglöcknerischen Bestrebungen involvirt noch nicht nothwendig die Annahme eines gleichen Maaßes von Feindschaft gegen den Fürsten Bismarck, welches die genannten Herren diesem widmeten."

Diese Angaben sind, soweit sie mich betreffen, unwahr. Das Maaß der Feindschaft des Herrn Grafen Caprivi kenne ich nicht, ich habe keine Feindschaft gegen den Fürsten Bismarck gehabt.

Daber, den 22. Februar 1893.

von Diest,
Landrath a. D.

Wir wollen uns auf einige kurze Bemerkungen hierzu beschränken. Wir haben nicht behauptet oder geglaubt, daß Herr von Diest es gewesen sei, der den Feldmarschall Manteuffel für die reichsglöcknerischen Bestrebungen zu gewinnen versucht, noch daß Herr von Diest Artikel für die „Reichsglocke" geschrieben habe. Feldmarschall von Manteuffel hat über Beziehungen zu Herrn von Diest mit dem damaligen Reichskanzler niemals gesprochen, sondern nur von Bestrebungen des jetzigen Grafen Caprivi, ihn, Herrn von Manteuffel, zum Bundesgenossen gegen

den Fürsten Bismarck zu gewinnen. Veröffentlichungen des Herrn von Diest, die seiner Zeit zu dessen Verurtheilung führten, waren zwar selbständige Erzeugnisse, beruhten aber auf der nämlichen Basis, wie der Artikel in der „Reichsglocke". Wenn Herr von Diest behauptet, daß Feldmarschall von Manteuffel sein Verbündeter gegen den Fürsten Bismarck war, so wäre es interessant, zu erfahren, zu welchem Zweck er dies gewesen sein sollte, und diese Angabe contrastirt einigermaßen mit der weiteren Versicherung des Herrn von Diest, daß er selbst keine Feindschaft gegen den Fürsten Bismarck gehegt habe. Letzteres ist für uns „überraschend". Wenn wir uns des Processes gegen Herrn von Diest und der Zeugenaussagen darüber, die öffentlich gedruckt worden sind, erinnern, so müssen wir sogar annehmen, daß das Wohlwollen, dessen sich Herr von Diest heute erfreut, mit dessen Eigenschaft als Feind des Fürsten Bismarck nicht ganz außer Zusammenhang steht. Wenn uns Herr von Diest das Gegentheil versichert, so ist dies ebenso neu als erfreulich.

* * *

In derselben Nummer heißt es:

Der Pariser „Times"-Correspondent berichtet seinem Blatte aus Paris vom 17. April, Fürst Bismarck behandele zwar das Fürstenthum Bulgarien als „negligeable quantity", das habe ihn aber nicht abgehalten, einen Theil seines Vermögens in der bulgarischen Anleihe anzulegen. Der Pariser „Times"-Correspondent scheint zu den Affiliirten der Berliner officiösen Presse zu gehören, welche vor keiner Erfindung zurückschreckt, wenn es gilt, dem früheren Reichskanzler etwas anzuhängen. Die Behauptung, daß Fürst Bismarck jemals für eine bulgarische Anleihe gezeichnet oder ein bulgarisches Papier in seinem Besitze gehabt habe, ist eine willkürliche Erfindung.

In dieselbe Rubrik gehört die dem General Brialmont — wie wir überzeugt sind, mit Unrecht — zugeschriebene Behauptung, Fürst Bismarck solle einmal gesagt haben: „Belgien ist ein Wespennest von Demokraten, auf das man den Fuß setzen muß." Wir erklären es für eine grundlos erfundene Unwahrheit, daß Fürst Bismarck jemals eine Aeußerung derart gethan haben soll.

* * *

Ueber das körperliche Befinden des Fürsten Bismarck wird mitgetheilt:

In der Presse waren dieser Tage mehr oder weniger beunruhigende Berichte über das Befinden des Fürsten Bismarck verbreitet. Dem gegenüber theilen wir mit, daß ein ernsthaftes Unwohlsein nicht vorgelegen hat, sondern nur — was nach dem strengen Winter und bei den in der Umgebung von Friedrichsruh grassirenden epidemischen Krank-

heiten, wie Influenza, Augenentzündungen u. s. w., um so weniger Wunder nehmen kann — ein Bronchialkatarrh, der aber bereits wieder überwunden ist. Um bedenkliche Erscheinungen hat es sich keinen Augenblick gehandelt, sondern in der Hauptsache um Husten und Schnupfen, die einige Schlafstörungen zur Folge hatten. Anderweitige Nachrichten sind unbegründet, ebenso wie alle Hoffnungen und Befürchtungen, die sich an dieses Unwohlsein knüpften.

* * *

Das Verhältniß zwischen „Militairvorlage und Socialdemokratie" behandeln die „Hamb. Nachr." am 26. April (M.-A.):

Wenn wir in der Lage wären, allen zu Gunsten der Militairvorlage ins Feld geführten Argumenten zuzustimmen und in ihr eine Panacee zu erblicken, die es vermöchte, unser Heer, aus dem Gesichtspunkt der Technik des Waffenhandwerks betrachtet, auf die höchste Stufe der Schlagfertigkeit emporzuheben, so würden wir auch dann noch eines Bedenkens nicht entledigt sein, mit dem jeden Unbefangenen die Eventualität der Durchführung der Vorlage erfüllen muß. Wir meinen die nachtheilige Rückwirkung, welche die projectirte Reform auf die Tüchtigkeit des Heeres als Schutzwehr gegen den innern Feind aller Voraussicht nach mit sich bringen würde.

Die mustergültigste Heeresorganisation, die vollkommenste Ausbildung der Truppen, die besten Waffen, kurz alles, was die materielle Ueberlegenheit über einen Gegner gewährleistet, bleibt fruchtlos, wenn die Armee an dem guten Geiste, der ihre Reihen beseelen soll, Schaden nimmt, wenn die Disciplin versagt, wenn das soldatische Pflichtgefühl unterminirt, wenn Hingebung und Gehorsam durch unbotmäßige Reflexionen im Geiste der von Bebel erfundenen Insubordinations-Nothwehrtheorie angekränkelt sind.

Wer sehen und hören kann und will, weiß, daß unser Heer durch die socialistische Agitation mit diesen Gefahren bedroht ist. Es gilt, ihre Verwirklichung nach Kräften zu verhüten. Daß dies für die nächste Zukunft mit gutem Erfolg geschehen wird, deswegen machen wir uns keine Sorge. Zur Stunde ist auch die moralische Constitution unserer Armee, vom General bis zum Gemeinen herab, durchgehends von so kräftiger Gesundheit, daß sie hinlänglich im Stande ist, den socialistischen Bacillus, so wenig dessen sporadisches Auftreten in ihrem Bereich sich verkennen läßt, zu neutralisiren und unschädlich zu machen. Darüber darf indeß die stetige Drohung nicht vergessen werden, welche die Anwesenheit dieses gefährlichsten aller Bacillen im Heereskörper in sich birgt. Offenbar aber würde die Durchführung der jetzigen Militair-

vorlage mit einer erheblichen Verbesserung seines Nährbodens gleichbedeutend sein, einestheils weil sich in diesem Falle die Rekrutirung auf einer breitern Basis vollziehen würde als bisher, anderntheils weil die Verkürzung der Dienstzeit der Consolidirung des soldatischen Geistes Abbruch thun würde, dessen Heranbildung zu den wichtigsten Aufgaben der militairischen Erziehung gehört.

Die von der Militairvorlage verheißenen Vortheile mögen daher noch so verlockend sein — wer mit uns darin einig ist, daß es unklug sein würde, in der Heereseinrichtung die Quantität auf Kosten der Qualität zu begünstigen, und wer sich vergegenwärtigt, daß letztere nicht am wenigsten durch die Widerstandsfähigkeit des Soldaten gegen revolutionäre Einflüsse bedingt ist; wer sich nicht darüber täuscht, daß diese Einflüsse in stetiger Zunahme begriffen sind, und daher für wünschenswerth erachtet, daß alles aufgeboten werde, sie zu mindern, alles vermieden werde, was ihnen Vorschub leisten kann, der wird es sich zweimal überlegen, die relative Immunität gegen socialistische und anarchistische Ansteckung, der sich unsere Armee heute noch erfreut, einer kostspieligen Reform zu Liebe aufs Spiel zu setzen, vollends, wenn jene angeblichen Vortheile in Wirklichkeit recht problematischer Natur oder überhaupt nicht vorhanden sind. Er wird sich darin auch durch das Verhalten der Socialdemokratie der Militairvorlage gegenüber nicht beirren lassen. Die reservatio mentalis, mit der dieses Verhalten verbunden ist, läßt sich, wenn unser Bedenken begründet ist, ohne Schwierigkeit errathen.

* * *

Ueber die etwaige Aufhebung des Petroleumfaßzolles angesichts der Ansprüche der Militairvorlage wird ausgeführt:

In der Presse ist letzter Tage mehrfach von einer bevorstehenden Aufhebung des Petroleumfaßzolles die Rede gewesen. Wenn eine solche wirklich beabsichtigt würde, so läge darin wiederum ein Verzicht auf eine Einnahme des Reichs, durch welche die Fähigkeit desselben, den aus Anlaß der Militairvorlage bevorstehenden großen Ausgaben zu genügen, abermals geschmälert und aufs Neue die Nothwendigkeit hervorgerufen würde, für den Ausfall Deckung durch neue Steuern zu suchen. Es handelte sich in diesem Falle freilich nur um eine Summe, die gering im Vergleiche mit vielen Millionen zu nennen wäre, die durch Handelsverträge nutzlos geopfert worden sind und die durch den mit Rußland beabsichtigten Vertrag noch eine Vermehrung erfahren werden, wenn der Abschluß desselben gelingt; darüber, daß er erstrebt wird, kann ja kein Zweifel sein.

Wir finden in der Leichtigkeit, mit der auf vorhandene Einnahmen Verzicht geleistet wird, einen Widerspruch gegen den finanziellen Grund-

satz, daß bei einer bevorstehenden Vermehrung der Ausgaben im großen Stile und über die bisherige Leistungsfähigkeit der Staatscasse hinaus zunächst alle Einnahmen, in deren Besitz man sich befindet, zusammengehalten und Fragen des Verzichts auf irgendwelchen beträchtlichen Theil derselben bis zu dem Zeitpunkte verschoben werden müssen, wo man den vollen neuen Bedarf und die Leistungsfähigkeit der Staatscasse ihnen gegenüber mit Sicherheit übersehen kann. Der Verzicht auf den Petroleumfaßzoll hat unter diesem Gesichtspunkte zwar keine so schwere materielle, aber die nämliche principielle Bedeutung wie die Preisgabe der 40 Millionen Zolleinnahmen durch die Handelsverträge, deren Ausfall nun durch neue, die Zufriedenheit der Bevölkerung schwerlich fördernde Steuern gedeckt werden muß.

* * *

Weiter heißt es dort über Centrum und süddeutsche Bauernbewegung:

Aus den Kundgebungen der süddeutschen katholischen Bauern, die immer zahlreicher werden und für die wir jüngst die Straubinger als Paradigma angeführt haben, geht hervor, daß das Centrum die Fundamente seines Thurmes wesentlich erschüttert hat und zwar durch Abweichen von seiner früheren der Landwirthschaft freundlichen Haltung, mit anderen Worten: durch seinen Mangel an Selbstständigkeit solchen Regierungsmaßregeln gegenüber, durch welche die Landwirthschaft geschädigt wird. Es wird durch die Demonstration bewiesen, daß die süddeutschen Bauern katholischer Confession die Haltung des Centrums nicht mit dem früheren Glauben an die Zuverlässigkeit dieser Fraction beurtheilen und daß die Stellungnahme der Partei in Sachen der Militairvorlage trotz aller parteiofficiösen Festigkeitserklärungen mit Mißtrauen betrachtet wird. Es ist sonach eingetreten, was wir bei der Abstimmung des Centrums für die Handelsverträge vorausgesagt haben: die Fraction hat ihre Annäherung an die Regierungsvorlagen mit dem Verlust ihrer Stellung in der bäuerlichen Bevölkerung im Süden und Westen des Reiches erkauft. Der Glaube an die Unabhängigkeit des Centrums hat einen starken Stoß erlitten; an Stelle der bisherigen Hingabe an die Autorität der Führer des Centrums ist Mißtrauen und der Verdacht getreten, daß persönliche Beziehungen auf Kosten der Wähler cultivirt werden.

* * *

Auf die am 1. April von Dessau nach Friedrichsruh gesandte, mit 500 Unterschriften bedeckte Adresse dankte der Fürst mit folgendem Schreiben:

Friedrichsruh, 30. April 1893.

Seiner Hochwohlgeboren Herrn Dr. C. Heyer

Dessau, Kaiserstr. 1.

Die Adresse, welche Sie mir zu meinem Geburtstage übersandten, hat mich durch ihre patriotische Wärme, durch ihre künstlerische Ausstattung und durch ihre Unterschriften recht erfreut. Ich bitte Sie und alle mitbetheiligten Damen — auf einem Bogen hatten, obwohl die Adresse nur von „vaterländisch gesinnten Männern" redete, einige Damen ihre Namen eingeschrieben — und Herren, meinen Dank entgegenzunehmen für die liebenswürdigen Worte, mit welchen Sie mich darin begrüßt haben.

v. Bismarck.

* * *

In den „Leipz. Neuesten Nachr." finden wir am 30. April folgende zutreffende Notiz:

Das Depeschenbureau Herold und das Hirsch'sche Telegraphenbureau versandten gestern einen von uns wiedergegebenen langen Auszug aus einem in der Wochenschrift „Zukunft" enthaltenen angeblichen Interview des Herausgebers Maximilian Harden mit dem Fürsten Bismarck über den Antisemitismus. Das uns heute zugegangene Heft der „Zukunft" bringt nun allerdings einen Artikel des Herrn Harden: „Fürst Bismarck und der Antisemitismus". Allein an keiner Stelle verräth auch nur ein Wort, daß es sich um ein Interview handelt. Die genannten Bureaus werden sich nun darüber zu äußern haben, wodurch sie veranlaßt wurden, von einem Interview des Herrn Harden mit dem Fürsten Bismarck in die Welt hinaus zu telegraphiren, obgleich ein solches der in Rede stehenden Veröffentlichung offenbar gar nicht zu Grunde liegt.

Die „Schles. Ztg." schließt eine ganz ähnliche Notiz mit folgender Bemerkung:

Die Ankündigung des Depeschenbureaus „Herold" charakterisirt sich als ein neuer Beleg für die Gewissenlosigkeit, mit der heutzutage die politische und journalistische Reclame arbeitet.

* * *

Am 8. Mai kam die Lübecker Gewerbegesellschaft nach Friedrichsruh zur Besichtigung der dortigen gewerblichen Anlagen. Im Walde traf und begrüßte man den Fürsten. Die „Hamb. Nachr." vom 9. Mai (M.-A.) erzählen darüber:

Der Fürst, seine beiden großen Doggen zur Seite, trat hierauf noch weiter in den Kreis und begann sodann, Allen verständlich, zu sprechen:

Er freue sich, die Vertreter der Stadt Lübeck in Friedrichsruh zu sehen. Er könne sagen, er habe sich von Jugend auf, seitdem er Ge-

schichte studirt habe, für unsere Vaterstadt interessirt. Vor mehreren hundert Jahren schon, als man von einem einigen Deutschland noch nicht reden konnte, wehten die Flaggen der alten Hansestadt in allen nordischen Meeren; Lübeck habe damals eine Seemacht entfaltet, wie sie heute das mächtige Deutsche Reich kaum aufzuweisen habe. „Ich reise, sobald ich kann und ich dazu fähig bin, nach Lübeck," so sprach der Fürst weiter, „ich habe die feste Absicht hierzu und freue mich auch, daß gerade die Handwerker Ihrer Stadt hergekommen sind, denn ich habe für den Handwerkerstand ein reges Interesse. Ich habe dasselbe auch schon gehabt, als ich mitten in der Politik stand und dort noch etwas zu sagen hatte, allein die auswärtigen Zänkereien und das ständig mit zwei gespannten Pistolen Auf=dem=Posten=stehen hielten mich davon ab, mehr zu thun.

Im Mittelalter waren die Handwerker durch die Zünfte eine Macht, was ja auch besonders in Lübeck der Fall war. Ich stelle mir vor, daß heute noch solcher Einfluß möglich ist. Obwohl Dampfkraft und Elektricität und die Großindustrie herrscht, so ist doch noch Raum genug für das Handwerk. Wenn demnächst die Reichstagswahl stattfindet, so werden Sie dort doch wohl einen Handwerker als Candidaten aufstellen, speciell in Lübeck müßte das doch möglich sein; wenn es aber nicht gelingen sollte, einen solchen durchzubringen, so muß doch wohl das heutige Wahlgesetz hierzu nicht passen. Handwerker und Landwirthe müssen ihre Interessen vertreten und dürfen das nicht den Gelehrten überlassen; vor Allem dürfen wir nicht Noth leiden — ich wollte sagen, wir müssen stets für unseren Mittagstisch sorgen. (Heiterkeit.) Ein Jeder mag für sich durch die Gesetzgebung sorgen."

Darauf sprach Fürst Bismarck über den Ausflug der Gewerbegesellschaft selbst und machte auf Einiges bezüglich der im Sachsenwalde einzuschlagenden Wege aufmerksam.

Zum Ingenieur Aug. Moll gewandt, lobte der Fürst die von demselben für ihn in Varzin und Friedrichsruh ausgeführten Mühlenbauten.

Schon zum Gehen gewendet, forderte der Fürst noch zu einem Hoch auf Lübeck auf, in welches die Anwesenden jubelnd einstimmten, und reichte alsdann zwei in der Nähe stehenden Damen die Hand mit der Frage, ob sie auch Lübeckerinnen seien. Auf die Einwendung der Damen, sie seien Hamburgerinnen, gab der Fürst scherzhaft zurück: „Nun, die sind auch nicht übel." — In militairisch straffer Haltung und mit elastischem Schritte setzte alsbald der Fürst seinen Weg fort.

* * *

Am 9. Mai (M.=A.) melden die „Hamb. Nachr.":

Wie schon im gestrigen Abendblatt mitgetheilt wurde, ist der ältere

Bruder des Fürsten Bismarck, Bernhard von Bismarck, im 83. Lebensjahre auf seinem Gute Külz bei Naugard in Pommern gestorben. Bereits im vorigen Jahre wurde der Dahingeschiedene von einer Lungenentzündung befallen, welche Besorgniß hervorrief und jedenfalls zu dem Entschlusse des Fürsten beitrug, seinem fünf Jahre älteren Bruder noch im nämlichen Jahre einen Besuch abzustatten. Derselbe fand auf der Reise von Kissingen nach Varzin in der Zeit vom 6.—8. August statt. Kurz zuvor hatte die Stadt Naugard den Fürsten Bismarck und dessen Bruder, der 50 Jahre lang Landrath des Kreises war, zu Ehrenbürgern ernannt. (Vgl. Band IV, S. 141.) Von den Geschwistern des Fürsten ist nun nur noch seine jüngere Schwester Malwine, Gemahlin des Kammerherrn von Arnim-Kröchlendorf, am Leben.

* * *

Der Reichstag ist am 6. Mai wegen Ablehnung der Militairvorlage geschlossen, Neuwahlen sind für den 15. Juni ausgeschrieben worden. Inmitten der Wahlaufrufe der Parteien erheben am 10. Mai (M.-A.) die „Hamb. Nachr." warnend ihre Stimme gegen Beamtenwahlen (vgl. Bd. III, S. 51 ff. und S. 65):

Beamte als Abgeordnete. Wir haben vor einigen Tagen einen Zeitungsartikel mitgetheilt, worin an der Hand von Thatsachen Klage über den Mangel an Selbstständigkeit geführt wurde, dessen sich solche Abgeordnete, die zugleich Staatsbeamte seien, der Regierung gegenüber zum Schaden der Wähler schuldig gemacht hätten. Es läßt sich nicht verkennen, daß diese Frage bei den bevorstehenden Wahlen eine erhebliche Rolle spielen wird. Wir sehen voraus, daß für manche Abgeordnete nicht bloß der conservativen, sondern auch jeder anderen Partei, der Verdacht eines Mangels an Unabhängigkeit, in den sie durch ihre Abstimmungen während der letzten Sessionen gerathen sind, ein Hinderniß der Wiederwahl werden wird. Wenn eine Hebung des reichstäglichen Ansehens ein Bedürfniß unserer politischen Situation ist, so wird das Mittel zu derselben vielleicht nicht in der Tendenz liegen, vorzugsweise Beamte zu Abgeordneten zu wählen, namentlich solche, die nach ihren Aussichten und Wünschen schon einen erheblichen Grad von persönlichem Unabhängigkeitsgefühl als Mitgift bei der Geburt mitbekommen haben müssen, um von ihren Abstimmungen über die Bedürfnisse der Nation den rein ministeriellen Einfluß fernzuhalten.

Das Vorgewicht der gesammten Bureaukratie in der legislativen Thätigkeit des Staates hat sich in der letzten Zeit wesentlich gesteigert, namentlich seit Herstellung des bureaukratischen Einflusses, welchen die Behörden, in oberster Instanz die Ministerien, durch die Gestalt gewonnen haben, zu welcher sich das Selfgovernment entwickelt hat. Ver-

möge derselben reicht der beamtliche, vom Ministerium abhängige Einfluß tiefer und breiter in die Schichten der Bevölkerung hinein, als es früher der Fall war. Die Localbeamten der Selbstverwaltung, die Amtsvorstände, sind der Mehrzahl nach der Kategorie der Subalternbeamten verfallen, welche im Disciplinarwege zur Ausführung jedes Regierungsbefehls angehalten werden können; ganz abgesehen davon, daß durch das gegenwärtige System die Arbeitslast, welche ihnen die Selbstverwaltung auferlegt, weit über ihre Leistungsfähigkeit hinaus gesteigert wird. Insbesondere sind die Arbeiten nicht nur der Orts- und Amtsvorstände, sondern auch der Landräthe durch Heranziehung zu steuerlichen Einschätzungszwecken in einem Maaße gesteigert worden, daß schon die Landräthe die ihnen und ihren großen Bureaus zugemutheten Aufgaben nicht mehr bewältigen können. In solchem Falle wird dem hülfsbedürftigen Landrathe für die steuerlichen Arbeiten ein sogen. „Steuer-Vampyr" beigegeben, der dann seine Aufgabe noch eingehender, als der Landrath es thun würde, ausführt und die weniger routinirten Localbeamten durch das Detail der Fragen, welche er ihnen amtlich stellt, und durch den Wust von Listen, die er von ihnen fordert, zum Bankerott ihrer Arbeitsfähigkeit bringt. Tritt dieser Bankerott ein, so wird in die Gemeinde ein geeigneter Regierungsbeamter geschickt, dessen Besoldung von der Gemeinde beigetrieben wird, ein Ergebniß, dem die Gemeinde sich natürlich so lange entzieht, als ihr derzeitiges geschäftsführendes Mitglied die auf ihm lastende übermäßige Arbeit noch zu tragen sich entschließt.

Es liegt auf der Hand, daß unter diesen Umständen der ministerielle, bureaukratische Einfluß in den Kreisen und Gemeinden bei den Wahlen weit unmittelbarer zur Wirksamkeit gebracht werden kann als früher. Ein prophylaktischer Schritt gegen die Mißstände, die aus diesem System hervorgehen, wird zunächst darin liegen, bei den politischen Wahlen die Wahl von Beamten, deren Zukunft und Gegenwart vom Ministerium abhängig ist, nach Möglichkeit zu vermeiden.

* * *

Gegen die „Kreuz-Ztg." wird bemerkt:

Die „Kreuz-Ztg." theilt einen Artikel des Pritzwalker „Amtlichen Kreisblattes" mit, worin anläßlich der dortigen Ersatzwahl dem Bunde der Landwirthe der Vorwurf gemacht wird, bewährte politische Parteien zurückzudrängen. Bewährte politische Parteien lassen sich nicht zurückdrängen; am wenigsten hat sich die conservative Partei „bewährt", sondern im Gegentheil jeden ministeriellen Irrthum mitgemacht.

* * *

Das Programm des Bundes der Landwirthe wird mitgetheilt und besprochen:

Auf der Ende April in Hannover stattgehabten Versammlung der Landwirthe der Provinz Hannover hat Herr von Plötz nach einem Bericht der „Kreuz-Ztg." zur Erläuterung des Programms des Bundes der Landwirthe folgende Punkte aufgestellt, welche „die Landwirthe" gleichmäßig interessirten:

1) der Zollschutz für die Landwirthschaft, ohne den das Gleichgewicht zwischen den Productionskosten und den Preisen nicht hergestellt werden kann;

2) keine Ermäßigung der bestehenden Zölle, wie sie den Untergang der Landwirthschaft herbeiführen würde, und kein Handelsvertrag mit Rußland, der eine Zollherabsetzung mit sich brächte;

3) Schonung der Betriebe, welche für die Landwirthschaft Bedeutung haben;

4) Absperrung der Vieheinfuhr aus seuchenverdächtigen Ländern, ohne welche die Viehzucht dem Verderben entgegengeht;

5) Einführung der Doppelwährung zum Schutze landwirthschaftlicher Erzeugnisse;

6) gesetzliche Vertretung der Landwirthschaft durch Förderung der Landwirthschaftskammern, damit die Interessen der Landwirthschaft bei öffentlichen Fragen verfochten werden;

7) anderweitige Regelung der Gesetze über den Unterstützungswohnsitz und die Freizügigkeit, die dem Lande seine Kräfte rauben;

8) Revision der socialen Gesetzgebung, damit die Landwirthschaft die damit verbundenen Lasten tragen kann;

9) schärfere staatliche Berücksichtigung der Productenbörse mit ihren oft verderblichen Wirkungen;

10) Ausbildung des privaten und öffentlichen Rechtes auf Grund des deutschen Rechtsbewußtseins;

11) möglichste Befreiung der ländlichen Organe der Selbstverwaltung von der jetzigen Ueberlastung.

Mit den Punkten 1 bis 4 kann man einverstanden sein; Punkt 5, Einführung der Doppelwährung, leidet an Unausführbarkeit; der Baum ist zu dick, als daß durch fortwährendes Schütteln daran Früchte abfallen könnten. Punkt 6 entspricht einem Bedürfniß; Punkt 7 geht in seiner allgemeinen Fassung zu weit. Punkt 8 leidet unter Mangel an Substantiirung. Punkt 9 läßt sich in thesi hören, bietet aber in praxi so viel Schwierigkeiten, daß nicht viel zu hoffen sein wird. Punkt 10 ist völlig phrasenhaft. Punkt 11 dagegen verdient volle Unterstützung.

Im Ganzen haben wir den Eindruck, daß weniger mehr und Beschränkung auf die nächstliegenden praktisch erreichbaren Ziele vorzuziehen gewesen wäre.

* * *

Zum Beweis, wie auch im Auslande die Caprivi'sche Behandlung der Landwirthschaft beurtheilt wird, theilen die „Hamb. Nachr." in derselben Nummer Folgendes mit:

Die in Buenos Aires erscheinende „Deutsche La Plata-Ztg." bringt in ihrer Nummer vom 26. März einen Artikel betitelt: Caprivi gegen die Agrarier. Wir theilen aus der Einleitung ein paar Sätze mit, um zu zeigen, wie die Deutschen in Südamerika unsere Verhältnisse auffassen. Es heißt a. a. O.:

Am Tage vor der Versammlung der 7000 Landwirthe in den Sälen der Tivoli-Brauerei in Berlin, worüber wir ausführlich berichteten, hielt der Reichskanzler im Reichstage gelegentlich der Debatte über die Agrarfrage eine Rede, welche Aufsehen machte. In Bezug auf politische Tactik halten wir dieselbe für nicht gut angebracht, denn in derselben Zeit, in welcher die Verhandlungen mit der russischen Regierung wegen Abschluß eines Handels- und Zollvertrages im Zuge sind, soll der Reichskanzler nicht urbi et orbi erklären, daß die Stimme der heftigsten Gegner des Vertrages im Innern des Reiches von der Regierung nicht berücksichtigt werden kann oder will. Herr von Caprivi hat mit dieser Erklärung nach unserer Ansicht eine sehr scharfe Waffe aus der Hand gegeben.

* * *

Endlich wird auch noch ein fortschrittliches Urtheil über die Polenpolitik des neuen Courses wiedergegeben:

Die „Weser-Ztg.", die als fortschrittliches Blatt sich sonst nicht leicht dazu entschließt, politische Gegner des Fürsten Bismarck zu dessen Gunsten anzufassen, schreibt über die Polen-Politik sonst und jetzt:

Fürst Bismarck hat nie darin geschwankt, daß er den Polonismus mit allen Kräften zurückweisen müsse. Er war überzeugt davon, daß der preußische Staat mit den national-polnischen Schwärmereien schon um seiner selbst willen niemals Frieden schließen könne, und daß er sich, wenn er es versuche, in ärgerliche Mißhelligkeiten mit Rußland stürzen werde; Rußland sei gegen jede Begünstigung des Polenthums äußerst empfindlich, da es weit mehr als Preußen die Wiederherstellung Polens oder wenigstens die Erregung von Aufruhr zu fürchten habe. Die Nachfolger Bismarck's haben den Polen bereits viel zu Gefallen gethan. Der Religionsunterricht in den Volksschulen wird wieder in polnischer

Sprache ertheilt, in den Schulen wird Polnisch als nicht obligatorischer Unterrichtsgegenstand gepflegt, nach dem Tode Dinder's ist ein als eifriger Ultramontaner bekannter Nationalpole zum Erzbischof von Posen-Gnesen ernannt. Die polnischen Fractionen des Reichstags und des Abgeordnetenhauses sind von auffallender Regierungsfreundlichkeit. Es ist daraus sogar schon geschlossen worden, daß der Kaiser sich der nationalpolnischen Leidenschaften, den Träumereien von einem neuen Königreich Polen als eines Mittels im Falle eines Krieges mit Rußland bedienen werde.

Unserer Ansicht nach schießt diese Deutung weit übers Ziel. Aber die veränderten Beziehungen zwischen der Regierung und dem Polenthum sind Thatsache, und in derselben Richtung liegt auch die Auszeichnung Ledochowski's durch den Kaiser. Das Urtheil darüber, ob diese neue Polenpolitik weise ist oder nicht, behalten sich die Thatsachen der Weltgeschichte vor. Daß wir unser jetziges Urtheil dem ihrigen unterwerfen, versteht sich ganz von selbst. Gleichwohl glauben wir nicht verschweigen zu sollen, daß uns jetzt die Sache als in hohem Grade bedenklich, ja gefährlich vorkommt, und daß wir in diesem Puncte mehr auf der Seite Bismarck's stehen, zu dessen blinden Anhängern uns niemand zählen wird.

* * *

Ueber die Behandlung der Militairvorlage seitens der Regierung sagen die „Hamb. Nachr." am 11. Mai (M.-A.):

Wir haben in unserer gestrigen Abendnummer eine Auslassung der „Allgemeinen Zeitung" mitgetheilt, worin gesagt war, daß die Militairvorlage durch Schuld der Regierung gefallen sei; wenn sie durch die Neuwahlen nichts anderes erreichen wolle als Annahme des Antrages Huene, so hätte sie das bei geschickter Behandlung der Sache schon vor Monaten ohne Auflösung haben können. Das mag zutreffen, aber es fragt sich, ob das, was die Regierung auf diesem Wege hätte erreichen können, besser gewesen wäre als ihre eigene Vorlage.

Die „Allg. Ztg." erwähnt im weiteren Verlaufe ihres Artikels die Auffassung, daß die Regierungsvorlage nicht eine Verbesserung, sondern eine Verschlechterung der Qualität des Heeres enthalte, der Antrag Huene aber wiederum eine Verschlechterung der Regierungsvorlage. Beim Antrage Bennigsen wäre dies in noch höherem Grade der Fall gewesen. Unter diesen Umständen glauben wir, daß die Regierung nicht in der Lage war, das Proton Pseudos der Kopfzahlvorlage durch Nachgiebigkeit auf diesem Gebiete zu beseitigen.

Wir sind im Gegentheil der Ansicht, daß die conservative und die nationalliberale Partei der Vorwurf trifft, die Regierung nicht genöthigt

zu haben, einen besseren Weg einzuschlagen, indem sie bei ihrem Widerspruche gegen die Regierungsvorlage verharrten. Die Schuld der Regierung sehen wir nicht in dem Mangel an Concessionen auf einem an sich bedenklichen Gebiete, sondern in der Thatsache der Auflösung. Wir bleiben bei unserer Meinung, daß die Auflösung ein Sprung ins Dunkle und ein tactischer Fehler war, namentlich wenn für die Neuwahl eine articulirte und detaillirte Vorlage, wie der Huene'sche Antrag als Wahlparole dienen sollte. Wären die beiden Parteien fest geblieben, so glauben wir nicht, daß die Regierung aufgelöst hätte, sondern sie würde angesichts der Ablehnung ihrer Vorlage durch alle Parteien wahrscheinlich zur Revision derselben geschritten sein. Die Auflösung ist psychologisch hauptsächlich aus der Wahrnehmung zu begründen, daß die Regierung nach dem Umfalle der Conservativen und Nationalliberalen dicht davor zu sein schien, etwas ihr Annehmbares zu erreichen, ohne einen anderen Weg einzuschlagen.

* * *

Hier folgt auch wieder eine Auseinandersetzung aus der „Kreuz-Ztg.":

Wir hatten es neulich beanstandet, daß die „Kreuz-Ztg." die abgelehnte Militairvorlage mit der Ehre der deutschen Nation identificirte und hatten zugleich constatirt, daß die Mehrheit des deutschen Volkes eine Verstärkung der Wehrkraft wolle, nur auf anderem Wege als die Vorlage oder der Antrag Huene. Dafür beschuldigt uns die „Kreuz-Ztg." freisinniger Gesinnung. Die „Kreuz-Ztg." übersieht, daß sie selbst und die ganze conservative Partei im vorigen Herbst unsere Bedenken gegen die Vorlage getheilt hat und daß sie mit ihrer heutigen Bemerkung gegen uns, die wir die bisherigen Einrichtungen der Armee aufrecht erhalten wollen, die Urheber derselben, Kaiser Wilhelm I., Moltke und Roon, zu Landesverräthern stempelt. Selbst in einem Blatte, das, wie die „Münch. Neuest. Nachr.", der Regierung so oft gegen uns zu Willen gewesen ist, wird es heute als ein Umstand von „untergeordneter Bedeutung" bezeichnet, „ob die nothwendige Stärkung unserer Wehrkraft in dieser oder jener Form zur Durchführung gelangt, ob ein paar Tausend Mann mehr oder weniger bewilligt, ein paar Millionen mehr oder weniger ausgegeben werden". Nach Ansicht der „Kreuz.-Ztg." aber ist es „schmachvolle Bethätigung eines unerhörten Mangels an nationalem Sinn", wenn man die verschiedenen Positionen und Ziffern des Antrages Huene nicht mit der Ehre der deutschen Nation identificirt.

* * *

In der Münch. „Allg. Ztg." vom 11. Mai finden wir folgende auf den Fürsten Bismarck bezügliche Gegenüberstellung von Aeußerungen und Handlungen des Grafen Caprivi:

Graf Caprivi sagte in der Sitzung vom 3. d. M.:

„Ich nehme an, es ist Niemand in diesem Hause, der den Fürsten Bismarck nicht für eine diplomatische Autorität hält, wie sie in Jahrhunderten nur selten vorkommt."

Durch die gesammte Nation zieht als Echo dieser durchaus zutreffenden Worte die Empfindung: Wenn man einen solchen Schatz besitzt, um welchen alle Völker uns beneiden, weshalb beraubt man sich selbst seiner Wirksamkeit? Und wenn Graf Caprivi am 3. Mai 1893 sich zu einer solchen Einschätzung seines Vorgängers entschloß, wie konnte er am 9. Juni 1892, ein Jahr zuvor, an den Botschafter in Wien schreiben:

„Die Annäherung würde aber, selbst wenn ein solcher Schritt geschähe, niemals so weit gehen können, daß die öffentliche Meinung das Recht zur Annahme erhielte, Fürst Bismarck hätte wieder auf die Leitung der Geschäfte irgend welchen Einfluß gewonnen."

Also: Die deutsche Nation besitzt im Fürsten Bismarck eine diplomatische Autorität, „wie sie in Jahrhunderten nur selten vorkommt", aber diese diplomatische Autorität wird „niemals auf die Leitung der Geschäfte wieder irgend welchen Einfluß gewinnen". Es genügt, diese Sätze einander näher zu rücken, um den Verlauf zu verstehen, welchen die deutschen Geschicke seit 1890 genommen haben. Das Scheitern dieses Reichstages und seine Auflösung ist nur ein neues Glied in der Kette, die sich unheilvoll weiter und weiter zu verlängern droht, wenn nicht die Wähler endlich die Zeichen der Zeit verstehen.

* * *

Am 14. Mai schickt aus Düsseldorf die Hauptversammlung deutscher Eisenhüttenleute folgendes Telegramm an den Fürsten Bismarck:

„Vierhundert in der städtischen Tonhalle versammelte deutsche Eisenhüttenleute senden Eurer Durchlaucht den ehrerbietigsten Gruß und die Versicherung unwandelbarer Treue und Dankbarkeit."

* * *

Der Himmelfahrtstag, der 11. Mai, lockte eine große Menge von Fremden nach Friedrichsruh, darunter auch die Lübecker Turnerschaft. Vom Oberförster Lange in den Park geführt, nahm sie dort Aufstellung. Bald erschien der Fürst; er wurde mit begeistertem „Gut Heil" begrüßt. Auf die an ihn gerichtete Ansprache antwortete er nach den „Hamb. Nachr." vom 12. Mai (A.-A.) etwa Folgendes:

Ich danke Ihnen herzlichst für die freundliche Begrüßung und sehe in Ihnen und allen Turnern Mitarbeiter auf dem Felde nationaler

Arbeit. Ich bin auch in einer Turnerschaft in Berlin gewesen, bei Jahn und Eiselen; Arndt stand auch in Verbindung damit. Da ging's hart her mit dem Stoßfechten. Das hat bei dem leinenen Hemde zuweilen nicht wohlgethan, aber es hat gekräftigt, wie überhaupt die Turnerei die Nationen auch in ihrem geistigen und politischen Leben hebt. Die Völker, die körperlich zurückgehen, bringen das Verlorene auch geistig nicht wieder ein. Im classischen Alterthum pflegten die Hellenen die körperlichen Uebungen in hohem Maaße: Mens sana in corpore sano. Unsere germanischen Vorfahren, die Vandalen, sind nach ihrem Zuge nach Nord-Afrika auch nicht so kräftig geblieben.

Wenn wir auch manchmal hier über den Nordostwind klagen, würden wir das Klima von Neapel haben, so wären wir körperlich nicht so tüchtig geblieben. Ich erinnere Sie an die Normannen, auch sie sind im Süden nicht so kräftig geblieben, trotzdem sie ein durchaus kräftiger nordischer Stamm waren. Wir dürfen unserm Gott dafür danken, daß dieses Klima unsere körperliche und geistige Energie im fortwährenden Kampfe erhält.

Ich wollte nur motiviren, inwiefern die Turnerei mitgewirkt hat als Trägerin des deutschen nationalen Gedankens. Wenn auch die Burschenschaftler sich mehr den Büchern zuwendeten, so ist doch die Turnerei geblieben und immer kräftig geübt worden. Die Turnerschaft ist es mit gewesen, welche das nationale Gefühl gepflegt hat, und ich glaube, wir leben in einer Zeit und gehen einer Zeit entgegen, wo jeder solche Beitrag von der Nation nur dankbar anerkannt werden kann. Ich freue mich in Folge dessen, daß ich Sie begrüßen kann, und bitte Sie, einzustimmen in ein Hoch auf die deutsche Turnerschaft als Trägerin des deutschen Einheitsgedankens.

Ein mächtig widerhallendes „Hoch" ertönte auf die mit fester Stimme gehaltene Ansprache des Fürsten.

* * *

Am 18. Mai lesen wir in den „Hamb. Nachr.":

Der „Vorwärts" in Berlin, das Hauptorgan der Socialdemokratie, beschwört seine Anhänger, am 15. Juni durch ein Millionenvotum die letzte Möglichkeit der Rückkehr des Fürsten Bismarck zu seinem früheren Amt als Kanzler des Deutschen Reiches zu beseitigen. Die „Rheinisch-Westf. Ztg." bemerkt dazu:

Jeder Patriot muß dem „Vorwärts" für diese, allerdings wider seine Absicht, dem Fürsten Bismarck dargebrachte Huldigung dankbar sein. Durch nichts anderes konnte der „Vorwärts" besser verrathen, daß der Socialdemokratie noch immer der bald 80jährige Fürst Bismarck als gefährlichster Gegner gilt, und daß die Socialdemokraten nichts mehr fürchten,

als daß Fürst Bismarck trotz seines hohen Alters und trotz der traurigen Erfahrungen, die er hat machen müssen, noch geneigt sein könnte, sich an der activen Politik wieder zu betheiligen . . . Daß der „Vorwärts“ das Letztere immerhin doch wenigstens für möglich hält, zeigt wenigstens, daß die Socialdemokraten wissen, was sie wollen. Sie wollen im Deutschen Reiche Zustände heraufführen, die so geartet sind, daß aus ihnen ein Weg zur Rettung der bestehenden Gesellschaftsordnung nur von einem Manne wie Bismarck gewiesen werden könnte, und sie hoffen offenbar schon sehr bald das Ziel ihrer Bestrebungen erreichen zu können, da sie die Möglichkeit annehmen, daß in der entscheidenden Stunde Fürst Bismarck, der jetzt doch schon im 79. Lebensjahre steht, noch leben könnte. Daß in jener Stunde nun aber der Krone der Rath ihres gefürchtetsten Gegners, des Fürsten Bismarck, fehlen möge, dafür wollen sie durch ihr Millionenvotum am 15. Juni sorgen.

Leider fürchten wir, daß die Socialdemokraten allerdings am 15. Juni ein Millionenvotum zu Stande bringen werden. Denn sie wissen, wie gesagt, was sie wollen. Daß aber dieses Millionenvotum, das nach dem Willen seiner Urheber ausdrücklich gegen Bismarck zeugen soll, bei den zum Verständniß Berufenen das richtige Verständniß finden möge, dies ist unser Wunsch und unsere Hoffnung für die Zukunft des Vaterlandes. Erst wenn an berufener Stelle die Ueberzeugung sich Bahn gebrochen haben wird, daß die Politik, welche im Deutschen Reiche theils ohne den Rath des Fürsten Bismarck zu befragen, theils gegen den ausdrücklich ausgesprochenen Rath desselben getrieben worden ist, nur Wasser auf die Mühlen der Socialdemokratie geliefert hat, wird eine Besserung der politischen Lage des Deutschen Reiches, die jetzt kaum drei Jahre nach dem unglücklichen 20. März 1890 nach außen wie im Innern gleich traurig ist, angebahnt werden können.

* * *

Lehrer und Schüler des Gymnasiums in Plön kommen auf einer Turnfahrt am 19. Mai nach Friedrichsruh und gelangen unter den Klängen des Hohenfriedberger Marsches an das Wohnhaus des Fürsten, der auf der Altane erscheint. Der Director richtet eine kurze Ansprache an ihn, die Schüler bringen ihm ein Hoch. Dann dankt der Fürst mit etwa folgenden Worten:

> Ich danke Ihnen und Ihren Herren Collegen und Schülern für Ihren freundlichen Besuch, und es ist mir lieb gewesen, daß Sie mich mit einem altpreußischen Marsch begrüßt haben. Ich sehe darin den Entschluß ausgedrückt, daß Sie, die hier anwesenden Vertreter der Schleswig-Holsteiner, an der Landsmannschaft, die seit mehr als vierzig Jahren zwischen uns mit Blut gekittet ist, festhalten wollen und sich

ebenso gut als Preußen fühlen wie ich, der ich in einer alten Provinz der Monarchie geboren bin. Dann freue ich mich hauptsächlich der Begrüßung der Jugend und hoffe, daß Sie, wenn Sie erwachsen sein werden, dieses geistige Band, nicht nur mit den Brandenburgern und sonstigen Preußen vereint zu sein, sondern der gesammten deutschen Nation anzugehören, diesem größten und hervorragendsten Volke in in Europa, mit Sorgfalt pflegen werden, ja, daß Sie sich auf Tod und Leben dafür hingeben werden.

Es sind — wenn mich mein historisches Gedächtniß hierbei nicht im Stiche läßt — zuletzt sächsische und fränkische Kaiser Herren in Schleswig-Holstein gewesen, die Hohenstaufen kaum noch; aber nach jener großen Zeit haben Schleswig-Holsteiner und Schwaben kaum wieder einem Herrn auf Krieg und Frieden gehorcht, und es ist eine große Gnade von Gott, daß die Gesammtheit unserer deutschen Nation jetzt wieder einen so festen Zusammenhang gefunden hat, wie er ihr seit den Zeiten der alten deutschen Kaiser gefehlt hatte. Es ist nicht gut, in Europa einer kleinen Nation anzugehören, und Mitglied einer so großen, so starken und so ausgezeichneten Nation von fünfzig Millionen zu sein, das ist ein Vorzug, für den wir alle Gott dankbar sein wollen, so lange wir leben; und ich bitte Sie, mit mir einzustimmen in den Ruf: Unser gesammtes deutsches Vaterland — up ewig ungedeelt, wie man in Holstein sagt — es lebe hoch!

In der späteren Unterhaltung äußert der Fürst:

Wenn ich noch einmal jung wäre und einen Beruf wählen sollte, so würde ich das Baufach wählen. Es giebt genug zu bauen in der Welt, und wer was Ordentliches gelernt hat, der kann überall durchkommen.

Zum Schluß sagte der Fürst noch etwa Folgendes:

Wenn Sie so alt sein werden wie ich, so hoffe ich, daß Sie auf Ihr Leben mit Befriedigung werden zurückblicken können. Ich habe ja viel erlebt in meinem Leben. Bis 1848 war es mein stiller Schmerz, daß ich keine Gelegenheit hatte, etwas zu erleben. Dreißig Jahre hindurch war nichts Wesentliches geschehen; es war mir nicht Unruhe genug in Europa für die Unruhe in meinem Inneren, und ich glaubte, die stille Zeit würde andauern. Nachher aber kam eine größere Fülle geschichtlicher Ereignisse, als man es vorher erwarten konnte, Krieg und Lärm in Europa.

Umgekehrt leben wir jetzt in einer Zeit voll Unruhe, und die Schwierigkeiten scheinen sich oft zu häufen; aber es kann doch sein, daß das Wasser wieder abläuft, und daß es ohne Ueberschwemmung und Erschütterung abgeht. Das wollen wir ja hoffen. Ich weiß auch

nicht, ob es ein Glück ist, so viel zu erleben, wie ich erlebt habe; jedenfalls wünsche ich es Ihnen nicht. Wir wollen hoffen, daß die Wissenschaft, daß Handel und Industrie und Arbeit blühen; denn das Blutvergießen ist ein unfruchtbares Gewerbe.

Ich danke Ihnen nochmals und bitte Sie, wenn Sie einmal alt sein werden, mich nicht zu vergessen.

* * *

Der Wittwe des bayrischen Reichstagsabgeordneten Dr. von Schauß sendet der Fürst folgendes Beileidsschreiben:

> Friedrichsruh, 24. Mai 1893. Geehrte Frau! Die Nachricht vom Hinscheiden Ihres Herrn Gemahls hat mich sehr betrübt, da ich in ihm einen langjährigen und erfolgreichen Mitarbeiter am nationalen Werke und meinen persönlichen Freund verliere. Ich gedenke gern der letzten Begegnung mit ihm im vorigen Sommer,[1]) und bitte Sie den Ausdruck meiner herzlichen Theilnahme entgegenzunehmen.
>
> v. Bismarck.

* * *

Den „Hamb. Nachr." vom 23. Mai (A.-A.) entnehmen wir Folgendes:

Ueber eine Begegnung mit dem Fürsten Bismarck erhalten die „Lübecker Anzeigen" von sehr geschätzter Seite die nachstehende Zuschrift:

In der Nummer der „Eisenbahn-Zeitung" vom 18. d. M. ist ein Artikel über eine Begegnung mit dem Fürsten Bismarck enthalten, der aus der „Neuen Züricher Zeitung" entnommen ist, aber so viel Unrichtiges enthält, daß ich mich als Mitbetheiligter bei der Begegnung veranlaßt fühle, die Erzählung des Herrn Redacteurs aus Zürich zu berichtigen.

Es war am 3. Mai d. J., als ich mit meiner Frau, meiner Schwägerin und meiner kleinen Tochter von Hamburg nach Friedrichsruh fuhr, um den Fürsten Bismarck zu sehen. Wir stellten uns gegen zwölf Uhr Mittags an der bekannten Pforte auf, und der Redacteur, der, wie wir gesehen hatten, kurz vorher im Schlosse abgewiesen worden war, kam auch dorthin, begleitet von einem Herrn, der sich bald von ihm verabschiedete. Andere Leute waren nicht zugegen. Bald darauf trat der Fürst durch die Pforte auf uns zu und wurde von uns ehrfurchtsvoll begrüßt. Als er sich erkundigte, ob wir aus Hamburg kämen, bekannte ich mich als Lübecker, meine Schwägerin als Hamburgerin. Mein Töchterchen übergab dem Fürsten ein kleines Bouquet, wobei er freundlich sagte: „Soll ich das haben? Ich danke dir, mein Kind. Du hast schöne Augen, mache ihnen später keine Schande." Der Redacteur bezeichnete sich als Schweizer, dessen Vater zwar in Süddeutschland geboren,

[1]) Band III, Seite 328.

aber vor vielen Jahren nach der Schweiz übergesiedelt sei. — Die Beschreibung, die er von dem Aeußeren des Fürsten giebt, stimmt mit der Wirklichkeit nicht überein. Zwar trug der Fürst den bekannten großen Filzhut, ein weißes Halstuch und auch einen langen Ueberrock — keinen Mantel —, aber seine Brille war durchaus nicht „großmächtig", sondern eine sehr einfache Stahlbrille, die mir fast zu klein für die großen, noch immer scharf und durchdringend blickenden Augen vorkam. Stramm und aufrecht schritt der Fürst einher, nicht „schleifend" und „nervös hastig", sondern für einen 78er außerordentlich rüstig. Ich bestreite entschieden, daß Fürst Bismarck den Eindruck eines „müden Greises" macht. Freilich zeigte sein Gesicht die Furchen, die ein hohes Alter und ein bewegtes Leben zu ziehen pflegen, aber von Spuren „körperlicher Leiden und schweren Seelengrams" war nichts zu bemerken. Die „leichte Röthe" war nicht „aus den Wangen geflohen", und der Eindruck, den das Antlitz des Fürsten machte, war keineswegs „überraschend greisenhaft". Der schneeweiße Schnurrbart stach ordentlich von der frischen, gesunden Farbe des Antlitzes ab, und auf mich und meine Angehörigen machte die ganze ehrwürdige Erscheinung des Fürsten den Eindruck körperlichen Wohlbefindens und heiterer Ruhe.

Als die Rede auf die Weltausstellung in Chicago kam und der Fürst schließlich meinte, der Besuch derselben sei etwas für Leute, die nichts mehr zu thun hätten, wie z. B. er selbst und — zu dem Reporter gewandt — „vermuthlich auch Sie", beeilte dieser sich, zu erwidern, daß er als Reporter der „Neuen Züricher Zeitung" hinreise und mit der Berichterstattung wohl viel zu thun haben werde. Der „durchdringende mißtrauische Blick" und das „boshafte Lächeln", mit dem Fürst Bismarck ihn darauf von Kopf bis zu den Füßen gemessen haben soll, sind erfunden. Ich habe trotz recht genauer Beobachtung nichts davon bemerkt. Ueber die „Neue Züricher Zeitung" äußerte der Fürst, sie werde gut geschrieben, er bekäme sie wohl zugeschickt, worauf der Redacteur erwiderte, sie habe sich stets angelegen sein lassen, die Politik Sr. Durchlaucht zu unterstützen und gegen Radicale und Demokraten zu kämpfen. Die Reise des Kaisers durch die Schweiz ist mit keiner Silbe auch nur andeutungsweise erwähnt worden, ebenso wenig schweizerische oder Züricher oder sonstige Politik. Leicht an das Brückengeländer gelehnt, sprach der Fürst über näher liegende Sachen, freute sich über den gerade beginnenden Regen, erzählte, sein Schwiegersohn im Haag habe ihm geschrieben, daß dort schon die Eichen grünten, worüber hier noch mindestens vierzehn Tage hingehen würden, bezeichnete ein in der Nähe der Brücke gelegenes Wirthschaftsgebäude als Gensdarmeriekaserne, deren beide Bewohner hier aber nichts zu thun fänden, und machte uns auf einen schönen Hahn aufmerksam, der von seinen Hühnern verlassen, wetterlaunisch im Regen umherlief.

Als ich mir die Frage erlaubte, ob er bald nach Lübeck kommen werde,

antwortete der Fürst, er käme gerne hin, sobald er reisen könne; das hinge aber von seinem Befinden ab; er leide zuweilen an Muskelrheumatismus im Kreuz.

Etwa zehn Minuten, nicht eine halbe Stunde, mochten wir wohl so in nächster Nähe des Fürsten geweilt haben, als er sich von uns verabschiedete und jedem die Hand reichte. Zu meinem Töchterchen beugte er sich nieder, klopfte ihm die Wange und sagte: „Und Dir, mein Kind, danke ich nochmals für das schöne Bouquetchen." Seinen Hut lüftend, ging er gefolgt von seinen Doggen rüstigen Schrittes den Weg an der Oberförsterei entlang. Dort blieb er bei einem Forstbeamten und noch einem anderen Herren stehen und unterhielt sich mit diesen kurze Zeit. Unterdessen verweilten wir unweit der Brücke und warteten, bis der Fürst wieder in den Park gegangen war. Dann wandten wir uns dem Walde zu, während der Redacteur sich in der Richtung zum Bahnhof entfernte. Von der angeblichen Bemerkung des Fürsten: „Bewahren Sie sich in Ihrer Zeitung immer die Unabhängigkeit und Selbstständigkeit des Urtheils" habe ich nichts gehört, obgleich ich während der ganzen Unterredung unmittelbar neben dem Fürsten stand.

* * *

Eine Huldigung von etwa 800 Oldenburgern fand am 25. Mai in Friedrichsruh statt. Die Begrüßungsansprache des Professors Hullmann aus Oldenburg beantwortete der Fürst mit etwa folgender Rede:

> Ich habe Ihnen meinen Dank auszusprechen für die hohe Ehre, die Sie mir durch Ihre Begrüßung hier erweisen, indem Sie von der Unterweser nach der Unterelbe gefahren sind, um mir Ihr Wohlwollen und Ihre politischen Sympathien kund zu geben. Ich bin im vorigen Jahre über Wien nach den bayrischen, schwäbischen und fränkischen Stämmen des Deutschen Reichs gekommen und habe mich überzeugen dürfen, daß ich unter ihnen viele Freunde besitze.
>
> Meine Heimat ist in den niedersächsischen Landen. Dem niedersächsischen Volksstamme gehöre ich nach meiner Abstammung und nach meiner Geburt an, und bei aller Achtung, die wir vor den anderen Stämmen und Landsleuten haben, ist es mir doch ein Bedürfniß, die Stellung der Niedersachsen zum Deutschen Reiche und dem heutigen Ansehen desselben mit wenigen Worten hervorzuheben, nachdem in letzter Zeit wiederholt meine eigenen, näheren Landsleute und heute die Oldenburger mir ihre Begrüßung hier zu Theil werden ließen, während vor Kurzem die Schleswig-Holsteiner[1]) hier waren und ihnen analog die Mecklenburger[2]) sich angemeldet haben. Alle drei, die Oldenburger, die

[1]) Am 1. April 1893, vgl. oben S. 27 f. — [2]) Am 18. Juni 1893, vgl. unten S. 74 ff.

Schleswig-Holsteiner und die Mecklenburger, entstammen den plattdeutschen Landestheilen.

Was die Niedersachsen dem Deutschen Reiche sind, welchen Ruhm sie sich erworben, sehen wir, wenn wir zurückblicken auf die ersten Wanderungen der ersten Sachsen. Die aus dem Stamm der Niedersachsen erstandenen Kaiser herrschten vom Belt bis zum Meer, bis Sicilien, mit einer Sicherheit, wie sie nachher nicht mehr erreicht wurde. Die Sprache dieser Kaiser war plattdeutsch, sie wurden von plattdeutschen Ammen aufgezogen. In unseren Landen an der Elbe und Weser haben wir den Ausgangspunkt großer weltbeherrschender Fürstengeschlechter. Gerade Oldenburg war es, welches dem dänischen Reich,[1]) Schweden vorübergehend, Rußland[2]) bis zur Behringstraße Herrscher geliefert hat. Dicht daneben liegt der Ursprung des Geschlechts, welches in allen Welttheilen herrscht und dem die Kaiserin von Indien, die Königin von England angehört.[3]) Unser Hohenzollernhaus, das jetzt die Führung in Deutschland in der Hand hat, nahm seinen Aufschwung, als es sich in dem plattdeutschen Lande Brandenburg naturalisirt hatte.

Deshalb darf ich wohl sagen, wir haben allen Grund, uns zu freuen, der für alle Welttheile so bedeutsamen, tüchtigen Race anzugehören. Ich bedaure, daß die plattdeutsche Sprache so in den Hintergrund gerückt worden ist. Zu Luthers Zeiten stand sie in Blüthe, und ich besitze noch eine Bibel in plattdeutscher Schriftart aus der damaligen Zeit. Seitdem hat es dem Plattdeutschen an einer Sprachcultur gefehlt. Aber die Erkennungszeichen des Niedersächsischen bleiben dennoch. Wir wollen uns ja nicht überheben, ich habe auch nicht gesprochen um zu rühmen, was die Niedersachsen Großes geleistet haben, sondern um das Bewußtsein der Stammeszusammengehörigkeit zu kräftigen, und auch um das Selbstgefühl zu heben. Dasselbe mag ja innerlich stark und kräftig sein, aber es kommt nur selten zum Ausbruch; wir Niederdeutschen reden nicht viel, in Thaten sind wir stärker als in Worten.

Darum sollen wir auch nicht vergessen, was die Tüchtigkeit unseres Stammes uns bedeutet. Wir sind dynastisch sehr zerrissen gewesen, aber auch vor der Begründung des deutschen Kaiserreichs hat jedem, mochte er Ostpreuße oder Pommer sein, wenn er über See einem Landsmann begegnete und von ihm in plattdeutscher Mundart angeredet wurde, das Herz höher geschlagen. Möge es so auch in Zukunft bleiben und halten wir Niedersachsen fest zusammen. Auch die Obersachsen gehören ja zum

[1]) König Friedrich VII. von Dänemark aus dem Hause Oldenburg (geb. 6. Oct. 1808, gest. 15. Nov. 1863). — [2]) Haus Romanow-Holstein-Gottorp. — [3]) Braunschweig-Lüneburgisches Haus.

Reiche, und wir dürfen unsere Sonderstellung nicht zu fest betonen, die Bayern, Schwaben, Franken, sie alle haben für Deutschland ihr Blut fließen lassen, und wir gehören mit ihnen unter einen Hut.

Ich habe mich gefreut, als der Redner vorher betonte, mit der Reichsverfassung sei das Richtige getroffen und Deutschland seine Macht und Größe wiedergegeben worden. Es giebt wohl Viele, die mehr verlangten, die wollten, daß alles von einem Centrum ausgehen sollte und alle über einen Kamm geschoren würden. Ich halte es aber für ein Glück, daß wir viele Centren und mehr wie eine Residenz, mehr wie eine Dynastie bekommen haben. Es ist das ein von Gott vorgesehenes Culturmittel. Wer je in einer französischen mittleren Provinzialhauptstadt — mag sie auch 200000 Einwohner haben — gelebt, der wird finden, daß dort eine viel kleinere Kleinstädterei herrscht als in einer .deutschen Residenz von 10000 Einwohnern. Das Gefühl, der Mittelpunkt zu sein in einem abgeschlossenen Staatswesen, giebt ein größeres Gefühl der Sicherheit gegenüber dem Gesammtwesen der Einzelstaaten. Deshalb bedaure ich auch den früheren Zustand der Kleinstaaterei nicht und billige nicht die Bestrebungen, die auf eine Einschränkung des Rechtes unserer Bundesstaaten hinausgehen.

Ihr Landesherr in Oldenburg hat uns stets treu beigestanden, und seine Unterthanen sind ihm dankbar, sie theilen die nationalen Gesinnungen, die dieser Repräsentant des oldenburgischen Regierungshauses dem Vaterlande entgegenbringt. In Rücksicht darauf bitte ich Sie, mit mir einzustimmen in den Ruf: „Der Großherzog von Oldenburg lebe hoch!"

* * *

Die *westfälischen Nationalliberalen* halten am 3. Juni einen Parteitag in Dortmund. In dem vom Landgerichtsrath Schmieding in Dortmund ausgebrachten Trinkspruch auf den Fürsten Bismarck findet sich nachfolgender Passus:

„Nicht zu verstehen und tief beschämend für das deutsche Volk ist es, wenn auch heute noch, nachdem der Altreichskanzler leider dauernd das Steuerruder aus der Hand gelegt hat, sich Stimmen finden, welche den größten deutschen Mann, um den uns alle Nationen beneiden, persönlich verunglimpfen. Als der Begründer der italienischen Einheit Graf Cavour aus dem Amte schied, schrieb ein deutscher Publicist: ‚*Beim Ende dieser Laufbahn ist kein niederträchtiges Wort gefallen.*' Möchte man dieses doch auch beim Ausscheiden des Fürsten Bismarck aus dem Amte haben sagen können; aber leider ist dies nicht der Fall, und auch heute fehlt es nicht an Schmähungen und Verdächtigungen gegen den großen Mann."

* * *

In der Wahlbewegung ist häufig die Frage aufgeworfen, ob der neue Reichstag im Falle wiederholter Ablehnung der Militairvorlage noch einmal aufgelöst werden könnte. Dazu nehmen am 9. Juni (M.=A.) auch die „Hamb. Nachr." das Wort:

> Wiederholte Auflösung? Die „Nordd. Allg. Ztg." polemisirt gegen unseren Artikel über die Zulässigkeit wiederholter Auflösungen des Reichstages und klammert sich dabei an die von uns gebrachte rhetorische Wendung ne bis in idem. Wir sind so wenig wie die „Nordd. Allg. Ztg." darüber im Zweifel, daß ein ausdrückliches Verbot einer fortdauernden Serie von Auflösungen des Parlamentes in der Reichsverfassung so wenig wie in der preußischen enthalten ist, und haben nicht die Absicht gehabt, mit dem ne bis in idem eine Gesetzstelle zu citiren, sondern unsere Ansicht über das, was politisch rathsam ist, auszusprechen. Gewiß steht kein Artikel der Reichsverfassung den verbündeten Regierungen im Wege, wenn sie nach etwaiger Ablehnung einer neuen Militairvorlage den Reichstag nochmals, und wenn das nicht hilft, wiederum auflösen; aber es erinnert uns dies Recept etwas an die Molière'sche Comödie, wo der Candidat, von dem Aerztecollegium befragt, was er im vorliegenden Falle mit dem Kranken thun würde, antwortet: saignare, purgare etc., et si non sufficit, iterum saignare, purgare und zum dritten Male resaignare, repurgare, worauf die Molière'sche Facultät antwortet: dignus es, intrare in nostro docto corpore.
>
> Die Berechtigung der verbündeten Regierungen zur Wiederholung ihres Heilmittels der Auflösung ist im formalen Sinne unanfechtbar. Um zu ermitteln, ob die Anwendung für das kranke Reich therapeutisch sich empfiehlt, muß man sich die Wirkung klar machen, und wenn die Regierungen nach dem Grundsatze, daß Probiren über Studiren geht, handeln wollen, so werden sie diese Klarheit bald genug gewinnen. Wir glauben, daß der erste Effect einer Wiederholung der Auflösung sich an der Börse kenntlich machen würde; die auf dem Reichscredit basirten Papiere würden, wie wir vermuthen, einen Coursrückgang und mit jeder ferneren Auflösung einen verstärkten erleiden. Dieser Rückgang würde ein Symptom des verminderten Glaubens an die Festigkeit unserer Reichsinstitutionen und an die Einsicht der leitenden Personen in die Natur der ihnen gestellten Aufgaben sein. Würde sich aber diese Abschwächung des Vertrauens zu den bestehenden Einrichtungen auf die Börse beschränken? Was würde die Wirkung eines Auflösungskampfes, von den verbündeten Regierungen gegen die Wählermassen ins Werk gesetzt, auf politischem Gebiete im In= und Auslande sein? Würde die Autorität des Reichs, der Glaube an den Bestand und die Festigkeit seines Zusammenhanges gesteigert werden? Diese Fragen würden für

die Dauer doch einen sehr ernsthaften Charakter annehmen, und wir überlassen ihre Beantwortung jedem an der deutschen Politik betheiligten Staatsmanne.

Wenn es selbst bei rasch aufeinander folgenden Auflösungen mit den kürzesten Wahlterminen nicht gelingen sollte, ein befriedigendes Ergebniß vor Ablauf des gültigen Budgetgesetzes zu erreichen, so complicirte sich die Sache nach mehreren Seiten hin. Zunächst gegenüber den einzelnen Bundesregierungen, von denen Zahlungen zur Erfüllung des Reichsbedarfs verlangt würden, zu denen sie der Zustimmung ihrer Landesvertretungen benöthigten. Es widerstrebt uns, die sich hieran knüpfenden Möglichkeiten in ihre äußersten Consequenzen hinein zu entwickeln. Der Fall würde keine Analogie des preußischen Conflictes aus den 60er Jahren bieten; eine nicht ganz zutreffende Analogie würde erst eintreten, wenn der Reichstag ein dem anderen gesetzgebenden Körper, dem Bundesrathe, unannehmbares Budget lieferte. In Preußen flossen im analogen Falle die Landessteuern gesetzmäßig weiter in die Staatscasse, das Ministerium verwandte sie ex bono et aequo den früheren Bewilligungen entsprechend und enthielt sich neuer Ausgaben und neuer Einrichtungen; es regierte vier Jahre hindurch ohne landtägliche Mitwirkung. Wenn der Bundesrath die entsprechende Aufgabe in der Reichspolitik übernehmen wollte, so würde er damit ziemlich genau die Competenz des alten Frankfurter Bundestages auf sich nehmen, eine Institution aus der Vergangenheit, deren Schäden hauptsächlich durch die parlamentarische Mitwirkung der Volksvertretung zu paralysiren bei Herstellung der bestehenden Reichsverfassung die Absicht war.

Wir glauben nicht, daß eine Entwickelung in dieser Richtung in der Absicht der verbündeten Regierungen liegen kann, und haben mit vollem Rechte behauptet, daß sie, wenn sie stattfände, dem Geiste der Verfassung widersprechen würde. Die Verfassung enthält auch für den Reichstag kein Verbot einer dauernden Versagung seiner Mitwirkung, wenn seine Majorität die Absicht hätte, auf diesem Wege irgendwelche Veränderung der Gesetzgebung, der Verfassung, oder im amtlichen Personalstande des Reichs zu erzwingen; nichtsdestoweniger würde der Reichstag, wie wir hoffen, sein Ansehen im Lande verlieren, wenn er bei Ausübung seines Bewilligungsrechts Ziele der Art ins Auge fassen und dauernd verfolgen wollte. Er würde die Haltbarkeit des verfassungsmäßigen Rechtsbodens damit auf eine harte Probe stellen, obschon man ihm keinen Verfassungsartikel entgegenhalten könnte, der sein Verhalten als formalen Verfassungsbruch qualificirte. Der Reichstag würde aber gegen den Geist der Verfassung handeln, welcher neben dem Buchstaben derselben doch auch nicht ganz bedeutungslos ist, und vergessen, daß das ver-

fassungsmäßige Leben sich aus einer Reihe von Compromissen zusammensetzt, daß die gesetzgebenden Factoren nicht ausdrücklich, aber durch die Natur des Verfassungslebens darauf angewiesen sind, ihre gegenseitige Zustimmung als Gleichberechtigte nicht zu erzwingen, sondern durch Compromisse zu erstreben, und daß Entwürfe, für die auf diesem gütlichen Wege eine Uebereinstimmung nicht zu gewinnen ist, abzuändern oder zu vertagen sind.

* * *

Am 11. Juni (M.-A.) bringen die „Hamb. Nachr." folgende Erörterung:

Deckungsfrage und Verschiebung nach links. Wenn die Zusammensetzung des neuen Reichstages, wie wir hoffen, eine solche ist, daß für nachgewiesene militairische Bedürfnisse die erforderlichen Geldmittel entgegenkommend bewilligt werden, so glauben wir, wird es für die verbündeten Regierungen geboten sein, daß sie gleichzeitig mit der finanziellen Forderung, die sie zu diesem Behufe stellen, auch die Anträge bezüglich der Quellen verbinden, aus welchen die Kosten aufgebracht werden sollen. Es ist kein durch die Erfahrung bewährter Grundsatz, ungedeckte Ausgaben zu verlangen; geschieht es, so ist das Auskunftsmittel eine Anleihe, auf diesem Wege aber können in geordneten Staaten dauernde Ausgaben nicht gedeckt werden. Ebenso wenig wird es sich empfehlen, zu dem mechanischen Hülfsmittel der Erhöhung der Matricular-Umlagen zu greifen, aus Gründen, die wir nicht weiter entwickeln, weil sie in jedem Theile des Reiches hinreichend erkannt sind. Der Reichstag kommt in eine Zwangslage, wenn er die Ausgaben bewilligt hat und die Einnahmen dann schaffen muß, aus denen sie gedeckt werden sollen. Will er sich seine Unabhängigkeit bewahren, so muß er nothwendig verlangen, daß die Deckungsvorlage ihm gleichzeitig mit der Forderung der Ausgaben gemacht werde.

Wenn die neue Vorlage, welche die verbündeten Regierungen dem neuen Reichstage zu machen haben werden, im Princip dem alten, resp. dem Inhalte des im aufgelösten Reichstage gestellten Huene'schen Antrages entspricht, so wird durch Annahme derselben eine Zwangslage für zukünftige weitere Bewilligungen ohnehin geschaffen werden, um unsere Inferiorität gegen Frankreich bezüglich der vom Huene'schen Antrage noch heruntergedrückten bespannten Artillerie und unser Manco an Officieren und Unterofficieren zu decken, das bei der Vermehrung der Kopfzahl und der Verkürzung der Dienstzeit ein stärkeres, als es bisher war, sein wird, und welches auch für den bisherigen geringeren Stand der Kopfzahl immer noch ungedeckt geblieben ist. Wir glauben unter diesen Umständen, daß bei Gelegenheit der Wahlen Wähler und Candidaten sich über die Frage werden klar werden müssen, wie die Quellen

zu eröffnen seien, aus denen die unabweislichen Mehrausgaben bei Annahme der neuen Militairvorlage gedeckt werden sollen. Daß die Aufgabe, welche der Regierung und dem Reichstage gestellt ist, dadurch complicirt wird, ist ja ohne Zweifel, aber trennbar sind Ausgaben und Einnahmen auf die Dauer nicht, und die Natur der Aufbringung wird unter allen Umständen auf die Bewilligung einer Ausgabe, die daraus bestritten werden soll, nicht ohne Einfluß bleiben.

Die Stellung, welche die neu zu wählenden Abgeordneten in dieser Hinsicht einnehmen, wird außerdem nicht bloß für die voraussichtlich im Laufe des nächsten Monats zur Entscheidung kommende Militairvorlage der Regierung von Bedeutung sein, sondern von sehr viel schwerer wiegender für die weiteren fünf Jahre, welche bis zum Jahre 1898 den jetzt zu wählenden Reichstag in gesetzgeberischer Thätigkeit sehen werden. Wenn wir annehmen, daß die Regierungsvorlage den früheren Antrag Huene in ihrem Inhalt resumirt, und daß derselbe hauptsächlich durch das Verdienst der neuen Secessionen aus dem Centrum und aus der Fortschrittspartei, wenn überhaupt, zur Annahme gelangen wird, so ist die unvermeidliche Folge davon, daß die weitere Entwickelung unserer Reichspolitik die Signatur eines Zusammenwirkens Derer um Huene und Derer um Rickert-Hänel tragen wird. Es wäre mit den constitutionellen Erfahrungen aller Länder nicht in Einklang zu bringen, wenn die politischen Nuancen, die durch einen energischen Bruch mit ihren alten traditionellen Fractionen der Regierung zum Siege verhelfen, nicht einen maßgebenden Einfluß auf die Politik derselben durch ihr Verhalten erwerben sollten. Es ist aber außer Zweifel, daß die neuen Freunde der Regierungspolitik, die Secessionisten aus den früher oppositionellen Lagern, nicht allein dieser Politik zum Siege verhelfen können, sondern daß dazu die geschlossene Mitwirkung der früheren Cartellparteien, der Conservativen und Nationalliberalen, das nothwendige Supplement bildet.

Aber, fragen wir dagegen, haben die verbündeten Regierungen nach den bisherigen Erlebnissen der jüngsten Zeit ein Bedürfniß, die Mitwirkung der früheren Cartellparteien durch Concessionen zu erkaufen, wenn sie darauf rechnen können, daß ihnen diese Mitwirkung gratis gesichert ist, auch in solchen Fällen, wo die gouvernementale Vorlage prima facie einer geschlossenen, man kann sagen entrüsteten Opposition dieser Parteien begegnet? Wenn diese Frage vom Standpunkte praktischer Politik verneint wird, so ist wohl die Voraussetzung berechtigt, daß in Folge der Annahme eines Analogons der jüngsten Militairvorlage mit Hülfe der katholischen und fortschrittlichen Secessionen den letzteren eine leitende Stellung in der Politik unserer Zukunft zufallen wird. Wahr-

scheinlich ist für solche Eventualität die Neigung der erwähnten Secessionisten, im weiteren Laufe der Dinge die ihnen zur Gewohnheit gewordenen und auch heute schwerlich definitiv gelösten Beziehungen zu ihren alten Fractionsgenossen von Neuem zu beleben und zu pflegen. Wir glauben, daß die ganze Situation sich im Falle der Annahme dessen, was man bisher unter der Militairvorlage versteht, als eine Verschiebung unseres parlamentarischen Gesammtlebens nach links hin wird charakterisiren lassen. Die bisher ministeriellen Parteien werden freilich deshalb schwerlich aufhören, ministeriell zu sein, um den Schein oppositioneller Politik zu meiden.

* * *

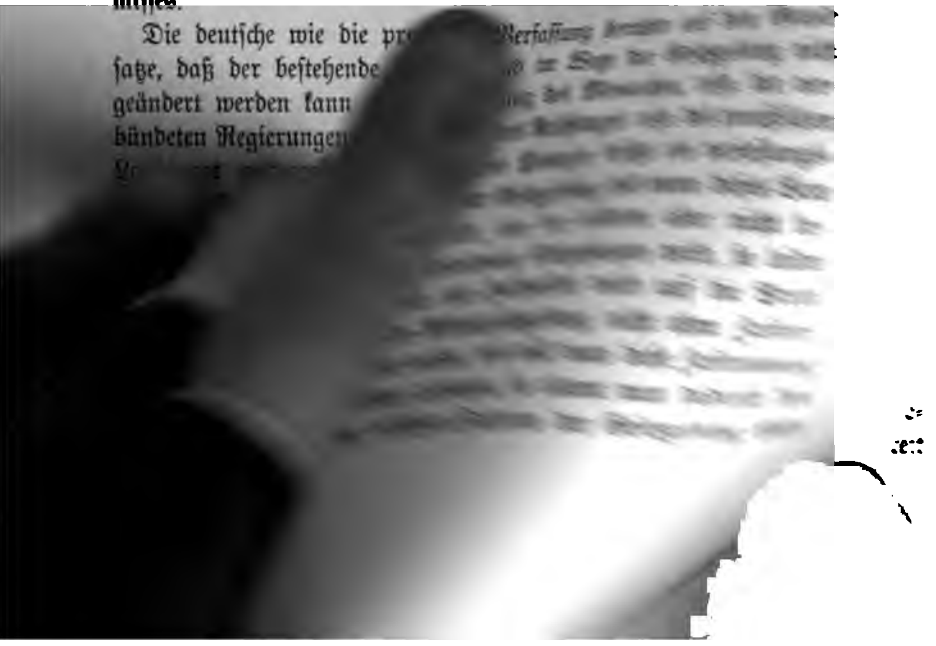
An gleicher Stelle finden wir eine längere Auseinandersetzung mit der „Nordd. Allg. Ztg.":

Die „Nordd. Allg. Ztg." erwidert auf unseren neulichen Artikel über die Gefahren, die mit einer wiederholten Auflösung des Reichstages verknüpft seien, diese politischen Nachtheile und Gefahren würden nicht erst eintreten, wenn die Regierung zu einer zweiten Auflösung schreite, sondern schon von dem Augenblicke an zur vollen Geltung gelangen, in welchem der neue Reichstag die Militairvorlage verwerfe.

Die „Nordd. Allg. Ztg." stellt damit eine petitio principii auf und eine Verdunkelung der Situation. Nicht die Ablehnung der Militairvorlage würde die von uns geschilderte Wirkung auf die Börse und die deutschen Werthpapiere ausüben, sondern die Wiederholung der Auflösung im Falle der Ablehnung der Militairvorlage würde diesen Effect haben, vielleicht auch die Annahme der Militairvorlage in ihrer jetzigen Gestalt, wenn auch nicht eben so schnell. Wir können das ja in Ruhe abwarten; aber wir glauben, daß die deutschen Werthe an der Börse steigen würden, wenn nicht allein schon durch die Ablehnung der Vorlage, so doch jedenfalls durch die Politik der Regierung, falls diese sich der zweiten Auflösung enthielte und sich zur Aufgabe stellte, anderweite für den Reichstag annehmbare Vorlagen einzubringen. Wir wollen beide Wege nicht wiederholt auf ihre verfassungsmäßige Bedeutung und die Beruhigung, die der eine von ihnen nach dieser Richtung üben würde, nochmals prüfen, sondern nur unsere Ueberzeugung wiederholt aussprechen, daß eine neue Auflösung beunruhigen, ein Zurückziehen der Vorlage nach wiederholter Ablehnung unter Einbringung einer neuen und leichter annehmbaren nicht nur den finanziellen, sondern auch den politischen Credit des Deutschen Reiches und seiner Einrichtungen wesentlich stärken würde. Die Zurückziehung der alten Vorlage nach einer neuen Ablehnung würde im Inlande wie im Auslande den Eindruck

machen, daß die Regierungspolitik die staatsmännische Ruhe wieder erlangt hat, welche ihr in der Agitation für die Annahme der jetzigen Vorlage einigermaßen verloren gegangen ist. Die Welt würde sich eben überzeugen, daß die deutsche Regierungspolitik fern davon ist, einem rechthaberischen Festhalten an dem einmal Ausgesprochenen und Vorgelegten den inneren Frieden des Landes zu opfern.

Es giebt in jedem Lande Staatsmänner, welche nicht bloß gläubige Zeitungsleser, sondern sich selbst an ihren eigenen Preßelaboraten aufregen, und das Verhalten unserer officiösen Presse in der jüngsten Zeit beweist, daß es auch bei uns nicht daran fehlt. Der ganze Artikel der „Nordd. Allg. Ztg." beruht auf der Voraussetzung, die wir nicht theilen, daß für die „Erhaltung der Sicherheit Deutschlands" gerade diese Caprivi'sche oder Huene'sche Vorlage unentbehrlich sei. Wir glauben im Gegentheil, daß durch die Annahme dieser Vorlage einstweilen die „Sicherheit Deutschlands" vermindert werden würde, namentlich so lange nicht die nothwendige Vervollständigung an Lehrpersonal des Heeres und an bespannter Artillerie nachgeholt sein wird. Wenn wir mit der Deckung unserer Lücken in dieser Beziehung begonnen hätten, so würden wir in der That militairisch stärker sein und zwar sofort, in [illegible] und Tag. Daß die Regierungsvorlage vor der Hand eine mili[illegible] Schwächung in Aussicht stellt, bestreiten selbst deren amtliche [illegible] nicht, und die Wahrnehmung, daß die Regierungspolitik auf [illegible] [illegible]thümlichen Wege bis zu einer zweiten Auflösung beharre, [illegible] [illegible] die Autorität des Reiches und den Glauben an die [illegible] unserer Reichsinstitutionen in stärkerem Maaße erschüttern [illegible] [illegible] lehnung der Vorlage und die verfassungstreue [illegible] der [illegible]rung zur Umarbeitung derselben behufs [illegible] [illegible] [illegible]misses.


Die deutsche wie die pr[illegible]
satze, daß der bestehende [illegible]
geändert werden kann [illegible]
bündeten Regierungen [illegible]

gewissen Anspruch ein, auch ihrerseits in der Verfassung nach Mitteln zu suchen, durch welche sie einen Zwang zur Durchsetzung eigener Wünsche auf die zur Mitwirkung berechtigten Factoren der Gesetzgebung ausüben können, einem Zwang, bei dem nicht mehr die Interessen des Landes sondern die Machtbedürfnisse der einzelnen Factoren der Gesetzgebung die leitende Rolle übernehmen. Jede directe oder indirecte Vergewaltigung beider berechtigten Organe wirkt auf das Verfassungsleben lockernd und störend, sie fordert eine Reaction heraus, die ebenso gut von unten wie von oben versucht werden kann. Ihr vorzubeugen ist die Aufgabe parlamentarischer Compromisse, und selbst berechtigte Wünsche einer Regierung sollen in Verfassungsstaaten lieber in der Ausführung vertagt werden, als daß man ihre Durchsetzung zu erzwingen sucht.

* * *

Folgendes gilt der „Frankf. Ztg.“:

In einem Artikel der „Frankfurter Zeitung“ über die Lauheit der jetzigen Wahlbewegung wird mit Bezug auf den Fürsten Bismarck gesagt:

„Der Nachfolger des Fürsten Bismarck ist ja auch nicht unthätig, er entwickelt eine Preßthätigkeit in Zeitungen und Broschüren, wie sie gleich umfangreich selbst unter dem Fürsten Bismarck kaum gewesen ist, aber er hat sich, bis jetzt wenigstens, das muß von seinen Gegnern anerkannt werden, jener schlimmen Bismarck'schen Praktiken behufs Irreleitung und Fälschung der öffentlichen Meinung entschlagen, die zu der politischen Brunnenvergiftung so viel beigetragen haben. Graf Caprivi hat noch kein ‚Fürst wünscht Sabor‘ veranlaßt, und es ist zu vermuthen, daß er das auch bis zum 15. Juni nicht thun werde.“

Mit diesem Passus scheint der Patron der „Frankf. Ztg.“, Herr Sonnemann, die Niederlage entschuldigen zu wollen, die er bei der vorletzten Wahl gegen den socialdemokratischen Gegencandidaten Sabor erlitten hat. Wir bedauern, daß ein Blatt, welches in Handelskreisen so viel Credit genießt, sich zur Verbreitung so wahrheitswidriger Angaben mißbrauchen läßt, wie die, daß Fürst Bismarck auf Anfrage Herrn Sabor empfohlen habe. Die Sache, um die es sich handelt, ist ja sonst ganz gleichgültig, aber jedenfalls ist die Behauptung der „Frankf. Ztg.“ eine Lüge.

* * *

Sonntag, den 18. Juni sah Friedrichsruh wieder große Schaaren von Menschen: 3000 Mecklenburger, Männer und Frauen, brachten dem Fürsten ihre Huldigung dar. Rechtsanwalt Dr. Stichert aus Wismar und der Vorsitzende der Landsmannschaft der Mecklenburger in Hamburg-Altona,

Grospitz, richteten Ansprachen an den Fürsten, der an zweiter Stelle Genannte platt. Die Rede des Fürsten hatte nach den „Hamb. Nachr.“ vom 19. Juni (A.-A.) folgenden Wortlaut:

Meine Damen und Herren! Ich danke Ihnen, daß Sie den weiten Weg, den Staub und den Wind nicht gescheut haben, um mir heute die Ehre zu erzeigen, Sie hier zu sehen. Ich danke Ihnen von Herzen dafür, und ich danke Ihnen insbesondere, daß Sie gerade den heutigen Tag zur Begrüßung gewählt haben, der für unsere heimische Geschichte vielfach ein bedeutsamer gewesen ist. Vor 200 — ich weiß nicht genau wieviel — Jahren war die Schlacht bei Fehrbellin, die auch dazu beigetragen hat, Deutschlands Unabhängigkeit herbeizuführen, wenn nicht vollständig, so doch vorbereitend. Vor 78 Jahren, gerade am heutigen Tage, war die Schlacht bei Waterloo, die uns von der Fremdherrschaft im eigenen Lande befreit hat und der sich die Aelteren unter uns noch erinnern, während den Jüngeren davon erzählt worden ist.

Außer diesen historischen Erinnerungen, die sich an den heutigen Tag knüpfen, hat der 18. Juni für mich noch eine andere persönliche Bedeutung. Es war heute vor einem Jahre, als ich die Reise zur Hochzeit meines Sohnes antrat und nach Dresden abreiste, wo mir ein in hohem Maaße ehrenvoller Empfang von meinen sächsischen Landsleuten zu Theil wurde, nicht minder demnächst in Bayern, in München, Augsburg; in Schwaben, in Kissingen, in Thüringen, in Jena. Daran haben sich jetzt die Begrüßungen meiner norddeutschen Landsleute angeschlossen, zuerst aus der Provinz, der ich jetzt angehöre, aus Schleswig-Holstein, dann die Oldenburger, die vom Westen her nach Friedrichsruh gefahren waren, und nun heute meine östlichen und, meinem Gefühl als Brandenburger nach, auch nördlichen Nachbarn, die Mecklenburger. Ich bin Ihnen ganz besonders dankbar für diesen Abschluß in der Vollständigkeit der Huldigungen der deutschen Stämme, den Sie mir heute gewähren, und ich sehe darin eine Anerkennung der Mitarbeit, die ich im Stande gewesen bin, durch die Gnade meines alten Herrn, des Kaisers Wilhelm I. bei der Wiederherstellung der deutschen Einigkeit zu leisten.

Es war das Werk im Ganzen kein leichtes. Wir Deutschen hängen unserer Natur nach inniger und enger an unseren heimischen Verbänden, als an der Allgemeinheit, namentlich, da durch die Ungunst der Jahrhunderte das Gefühl einer größeren Allgemeinheit und festen Zusammengehörigkeit unterdrückt worden war. Der Particularismus jener Zeiten liegt uns einigermaßen im Blute, und nach meiner Erfahrung kann ich nicht einmal sagen, daß man da viel ändern kann; dieses Gefühl hat immer im Landesherrn seinen Schwerpunkt gehabt. Ich kann auch kaum behaupten, daß Alle immer das rechte Gefühl der Zusammengehörigkeit

gehabt haben. Nach meiner Erfahrung ist der Widerstand gegen dieselbe immer ausgegangen von den Beamtendynastien am Hofe und im Staate, und dieses Conglomerat hat bis auf den heutigen Tag die locale Erinnerung an früher nicht verloren. Es war zwar schwer, die richtigen Wege und Grenzen zu finden. Es würde meines Erachtens eine große Thorheit sein, wenn man einen engeren Verband, seine engere Heimath aufgeben oder zerstören wollte. Die Mecklenburger sollen Mecklenburger und ihr Großherzog soll in seinem Lande der Herr bleiben und in seiner selbstständigen Existenz nicht erschüttert werden. Aber darunter darf das Reich nicht zu leiden haben; freiwillig müssen die Beziehungen zu demselben sein, freiwillig die Mitwirkung an der Einigkeit der deutschen Nationalität. Das Gefühl, zur deutschen Nationalität zu gehören, muß sich im Localpatriotismus lebendig erhalten.

Die unitarischen Bestrebungen, die manche meiner Landsleute gepflegt haben, mögen für Theoretiker und andere Nationen sich eignen; für den germanischen Charakter halte ich sie nicht für praktisch. Ohne mir ein Verdienst daraus zu machen, wenn das Resultat schließlich ein befriedigendes für die Gesammtheit gewesen ist, kann ich sagen, daß die Gesammtleitung die deutsche Nation in Europa so zusammengebracht hat, wie sie jetzt besteht, um damit das, was andere Nationen, England und Italien, längst genossen hatten, auch uns anzueignen. — An diesen Grenzlinien zwischen Heimathsgefühl und Vaterlandsgefühl zu rütteln, halte ich nicht für nützlich, sondern gefährlich, und ich glaube, daß derjenige, der es thut, nicht viel zu thun, aber viele Muße haben muß, um allerlei Experimente zu machen. Sie wissen, das Beste ist des Guten Feind, aber ich möchte hier sagen, das scheinbar Beste ist des Guten Feind. Sehen Sie nach Rußland und England, wo die Unitarität herrscht — ist das Land dadurch glücklicher geworden? Wären diese großen Länder nicht viel zufriedener in sich, wenn sie mehr als ein Centrum hätten?

Das Bedürfniß nach Particularismus ist bei uns Deutschen so groß, daß, nachdem der geographische Particularismus überwunden war, soweit es nöthig war, der Particularismus in anderer Form sofort wieder auftauchte. Der Deutsche braucht engere Verbände; geht ihm der geographische Particularismus verloren, so schafft er sich Fractionsparticularismus. Man geht in Fractionen über und vergißt die Allgemeinheit; das ist die schwere Krankheit, an der wir heutigen Tages leiden, denn unsere heutigen Fractionen sind in ihrem Particularismus viel schlimmer, als alle Sachsen und Bayern dem Reichsgedanken gegenüber jemals gewesen sind. Ich weiß nicht, ob es uns gelingt, diese Krankheit bei wiederholten Wahlen zu bekämpfen. Ich glaube nicht, daß es jetzt schon gelungen ist, das Fractionswesen zu classificiren nach den

Dynastien und Ortschaften, sondern daß es aufgeht in den Bestrebungen der Fractionsleiter. Das sind die Werber, die Condottieri, von denen Jeder sich seine Schaar anwirbt, an deren Spitze er hofft, die Herrschaft zu erlangen über den von ihm nicht beliebten Nebenbuhler. Die Eifersucht der Fractionen ist der Krebsschaden in unserem Lande. Das Deutsche Reich ist angewiesen auf die Gesammtheit der Intelligenz und des Vertrauens, welches Ministerium und Parlament gemeinsam aufbringen können. Und wenn die Intelligenz und das Vertrauen auf der einen Seite fehlt, nehmen wir an, auf der ministeriellen, so muß auf der anderen Seite das Minus gedeckt werden und die Thätigkeit der Volksvertretung hervortreten; wenn aber der Volksvertretung das richtige Vertrauen verloren geht, so muß die staatliche Leitung das Steuerruder fester in die Hand nehmen. Sie müssen sich gegenseitig ergänzen zur Gesammtheit von Einsicht, Tapferkeit, Vaterlandsliebe und Heimathsliebe. Darin wird nach mancher Richtung hin gesündigt, was ich aber hier in Gegenwart der Damen nicht weiter ausführen will.

Wenn von dem Redner vorhin meine Mitwirkung an dem Erreichten, an der Herbeiführung der Zustände, mit welchen wir im Großen und Ganzen zufrieden sind, hervorgehoben wurde, so erwähne ich meinerseits, daß auch Mecklenburg daran Antheil hat; es wäre unrecht, wenn ich dies verschweigen wollte. Die Mutter des Kaisers Wilhelm I. war eine mecklenburgische Prinzessin, sie war aber durch und durch eine Deutsche und hat ihre Gefühle auf ihren Sohn — ihren Lieblingssohn glaube ich wohl sagen zu können — vererbt. Insofern hat sie an der Vorbereitung des deutschen Einheitsgedankens ein wesentliches Verdienst. Auch den alten Blücher will ich nicht vergessen. Nehmen Sie an, daß wir anno 1815 bei Waterloo nicht gesiegt, daß wir den alten Blücher nicht gehabt. Wie es dann gekommen wäre, ist schwer zu sagen; aber daß es, wie es gekommen wäre, nicht zum Nutzen Deutschlands gereicht hätte, dessen werden Sie alle wohl sicher sein.

Hier möchte ich dem Hamburger Redner sagen, daß auch damals, beim alten Blücher, de mecklenborgsche Fixigkeit nich utbläwen is, und demnächst auch bei Ligny nicht. Dann möchte ich vor Allem noch meines verstorbenen Freundes und Mitarbeiters Moltke gedenken, auf den Sie als Landsmann nach seiner Abstammung und Geburt Anspruch haben. Und deshalb darf ich wohl, ohne der Wahrheit zu nahe zu treten, sagen, daß der Antheil Mecklenburgs an der Wiederherstellung der Einheit Deutschlands in den Gestalten dieser Personen kein geringer ist.

Ich habe als Brandenburger, als altmärkischer Nachbar des mecklenburgischen Landes und demnächst als preußischer und als Reichsbeamter mit vielen Mecklenburgern Beziehungen gehabt und habe sie hervor-

ragend an Tüchtigkeit und Arbeitsamkeit gefunden. Da sind vor Allen die Bülows und die Bernstorffs, die wir in unserem Militair- und Civildienst gehabt haben und die sich wie ein rother Faden durch dieses gesegnete Land zwischen der Elbe und der Ostsee ziehen.

Bei der Aufzählung der Verdienste Ihrer Landsleute komme ich schließlich auf die Fürsten der Neuzeit. Ihr hochseliger Großherzog ist mir immer ein sehr gnädiger Herr gewesen. Ich habe in Krieg und Frieden seine Mitarbeit an der deutschen Politik beobachten können und kann ihn als Muster eines deutschen Reichsfürsten anerkennen, der nur leider zu früh seinem Lande und dem Deutschen Reich entrissen ist.[1]) Sein regierender Herr Sohn hat die Gesinnungen seines Vaters geerbt, leider nicht seine Gesundheit. In der Zeit, wo ich im französischen Kriege schlechte Nachtquartiere und schlechte Verpflegung mit ihm zu theilen die Ehre gehabt habe, da war er immer kerngesund, mobil und kräftig, und ich kann nur zu Gott wünschen, daß er wieder so werden möge, wie ich ihn damals gekannt habe. Und ich kann Ihnen meinen Dank für Ihre Begrüßung und meine Gesinnungen für Ihr engeres Heimathsland nicht kürzer und besser ausdrücken, als indem ich Sie bitte, mit mir zusammen ein Hoch auf Ihren Landesherrn, den Großherzog von Mecklenburg-Schwerin, auszubringen.

Nach dem üblichen Rundgang durch die Reihen der Gäste trat der Fürst wieder auf die Altane, nahm ein Glas Wein zur Hand und trank es auf das Wohl der Mecklenburger mit den Worten:

Ich bringe Ihnen dieses Glas mit dem herzlichsten Dank für alles Wohlwollen, das Sie mir heute kundgegeben haben; es schmerzt mich, daß ich nicht jedem Einzelnen für die mir erzeigte Ehre persönlich danken kann, aber ich trinke aller Anwesenden Wohl mit einem alten plattdeutschen Sprichwort:

Uns' Woll un kein Uewel,
Wer dat nich will, is en Düwel.

Mit diesem scherzhaften Citat, das große Heiterkeit und stürmisches Hurrahrufen zur Folge hatte, leerte der alte Herr sein Glas und zog sich dann unter fortgesetzten „Hochs“ der Menge mit der Fürstin in das Entree zurück.

* * *

Aus Stade wird am 23. Juni berichtet:

Die Primaner und Secundaner des hiesigen Königl. Gymnasiums hatten bei ihrem gestrigen Ausflug nach Friedrichsruh das Glück, den Altreichs-

[1]) Großherzog Friedrich Franz II. starb am 15. April 1883.

kanzler, Fürsten von Bismarck, zu sehen und von ihm angesprochen zu werden. Die Schüler hatten am Vormittag kurz nach ihrer Ankunft in Friedrichsruh die stattliche Gestalt des Fürsten bemerkt, als derselbe sich nach seinem Haus begab; sie eilten dem Fürsten nach und brachten auf ihn in dem Moment, als er zum Balcon heraustrat, ein kräftiges Hurrah aus. Fürst Bismarck betrachtete sich die jugendlich-frische Schaar mit Wohlgefallen und richtete an die Schüler die Frage, woher sie wären. Nachdem ein Primaner die Antwort ertheilt hatte, daß sie aus Stade seien, erkundigte sich der Altreichskanzler nach dem hiesigen Gymnasium, nach der Zahl der Abiturienten und der Schüler. Auf die Antwort, daß die Anstalt 140 Schüler zähle, erwiderte der Fürst, das seien nicht viele, aber hoffentlich recht gute. Zum Schluß bemerkte Se. Durchlaucht etwa Folgendes:

Ihm sei wohl nur noch eine kurze Spanne Lebens vergönnt, und er freue sich, die jungen Leute, vor denen noch ein langes Leben und eine hoffnungsfreudige Zukunst läge, kennen gelernt zu haben.

Am Nachmittag hatten die Schüler nochmals das Vergnügen, den Fürsten, als derselbe im Begriff stand, auszufahren, zu sehen und von ihm angesprochen zu werden.

* * *

Eine neue Volkshuldigung fand am 8. Juli in Friedrichsruh statt. Diesmal wurde sie von 400 Bewohnern des Fürstenthums Lippe dargebracht. Die Begrüßungsansprache hielt Gutsbesitzer Busse aus Wittinghausen. Dann ergriff der Fürst das Wort zu folgender Antwort:

Meine Herren, ich danke Ihnen von Herzen für Ihre Begrüßung, die von Herzen kommt, und dafür, daß Sie den weiten staubigen und heißen Weg nicht gescheut haben, um mir Ihre Gefühle persönlich zum Ausdruck zu bringen, umsomehr, als Ihr Gruß von der Stelle kommt, welche die älteste Malstätte der deutsch-nationalen Entwickelung ist, gegenüber der Fremdherrschaft — der Fremdherrschaft, ich möchte damit sagen, nicht nur der äußeren Eroberung, sondern auch der Zerrüttung des inneren nationalen Lebens. Dieser ist damals ein fester Damm entgegengesetzt und das Land bis an den Rhein gesäubert worden nicht allein von den ausländischen Präfekten, sondern auch von den römischen Bureaukraten. Wer die damalige deutsche Geschichte studirt, der wird finden, wie gerade das Eindringen römischen Wesens in das Familienleben, das Eindringen römischen Rechts in private Verhältnisse, unsere Vorfahren so erbittert hatte, daß sie einig wurden, wozu schon damals viel gehörte, und die römische Bureaukratie zum Lande hinauswarfen.

Es ist mir eine besondere Genugthuung, daß Sie von dort gekommen sind, wo dies geschah. Die Gelehrten streiten ja über den Platz, aber die Volksmeinung ist darüber einig, daß es der Teutoburger Wald

war. Einer Ihrer Landsleute hat mir vor einigen Monaten einen recht schweren Boten von da hergesandt, einen Fels von der Grotenburg. Dementsprechend fasse ich Ihre Begrüßung auf als von der dortigen Malstatt des Teutoburger Waldes kommend, aus einem stets ungemischt gebliebenen Gebiete Deutschlands.

Das Fürstenthum Lippe gehört ja zu den kleinen Bundesstaaten des Reiches, aber ich möchte Sie doch bitten, die Thatsache seiner Zugehörigkeit, seine Stellung zum Reiche ebensowenig zu unterschätzen, als ich die Stellung der Kleinstaaten und ihren Nutzen für den nationalen Gedanken unterschätzt habe. Ich kann meinen Gedanken dahin ausdrücken, daß zwischen wenigen mittelgroßen Staaten schwerer als bei den 25 jetzt bestehenden, unter denen 17, 18 von der Größe sind, daß sie nur eine Stimme im Bundesrathe haben, Einigkeit zu erzielen und zu behaupten sein würde. Sie bilden gewissermaßen den Mörtel zwischen den Quadern; hätten wir nur Staaten von der Größe wie Sachsen und Bayern, so würde die heutige Verfassung schwerer anzuwenden sein.

Ich weiß nicht, ob Sie in Ihrem Lande sich die Privilegien, welche die Reichsverfassung gerade den kleineren Staaten verleiht, vergegenwärtigt haben; wenn nicht, so erwarte ich es von der Zukunft. Es wäre ein großes Privilegium, wenn Ihr Fürst einen Reichstagsabgeordneten zu entsenden hätte. Er hat aber, was als viel schwererwiegend zu veranschlagen ist, ein Mitglied zum Bundesrathe zu ernennen. Dies ist der 58ste Theil der Gesetzgebung, während die Ernennung eines Reichstagsabgeordneten nur den 397sten Theil an der Gesetzgebungskörperschaft bedeuten würde. Außerdem steht den Bundesrathsmitgliedern das Recht zu, im Reichstage jederzeit in jeder Sache das Wort zu ergreifen, ohne daß der Reichstagspräsident es hindern könnte, und selbst wenn das Bundesrathsmitglied für eine Sache spricht, die im Bundesrath in der Minorität geblieben ist. Dem Bundesrathe ist die Möglichkeit der Mitwirkung im nationalen Leben gegeben, und es hat mir eine Enttäuschung bereitet, daß von diesem Rechte bisher nicht mehr Gebrauch gemacht worden ist. Wie die Verfassung in ihren Grundzügen angelegt wurde, hatte ich mir gedacht, daß die Bundesbevollmächtigten auch im Reichstage mehr sprechen würden, und daß jeder Staat von den Intelligenzen, die er zur Verfügung hat, abgesehen von denjenigen, welche in seinen ministeriellen Aemtern sind, auch im Reichstag Gebrauch machen würde. Ich dachte mir außerdem, daß die Landtage der einzelnen Staaten sich an der Reichspolitik lebhafter, als bisher geschehen, betheiligen würden, daß die Reichspolitik auch der Kritik der particularistischen Landtage unterzogen werden würde. Da-

für weiß ich bisher kein Beispiel; nichtsdestoweniger bin ich mit dieser Meinung im verfassungsmäßigen Rechte. Ich hatte mir bei der Aufstellung der Verfassung ein reicheres Orchester der Mitwirkung in den nationalen Dingen gedacht, als es sich bisher bethätigt hat, weil die Neigung zur Mitwirkung in den einzelnen Staaten nicht in dem Maaße, wie vorausgesetzt worden, vorhanden war.

Denken Sie, daß die nationalen Interessen nicht nur in unserem Bundesrathe und im Reichstage discutirt, sondern auch in den einzelnen Landtagen vertreten und besprochen würden: würde die Theilnahme dafür nicht lebhafter werden? Ich fürchte, es zeigt nicht einen Fortschritt, sondern eine Rückentwickelung, wenn die große Zahl der Landtage, die zur Mitarbeit berufen waren, von diesen ihren Mitteln keinen Gebrauch macht und sich keine Geltung verschafft; in Folge dessen durchdringt das nationale Gefühl nicht alle Poren, alle Adern in dem Maaße, wie ich gehofft hatte, und wie es wünschenswerth wäre und in Zukunft der Fall sein möge. Das Blut concentrirt sich jetzt in Kopf und Herz, in Bundesrath und Reichstag. Wenn der Bundesrath *öffentlich* in seinen Sitzungen wäre, so würde er wirksamer sein. Wenn die Abgeordneten für den Bundesrath danach ausgesucht würden, daß man Gewißheit hätte darüber, daß sie auch im Reichstag sprechen würden, so wäre es besser. In der Zeit, wo die Verfassung entstand, pulsirte das nationale Leben so stark, daß Jeder, der auch nur einen Zipfel davon erfaßte, sich der Strömung hingab. Ich kann nicht sagen, daß die Hoffnung, dies würde andauern, sich bestätigt hat. Es ist eine alte deutsche Neigung, zu warten, daß Andere das machen möchten, wobei man selbst Hand anlegen sollte.

Ich hoffe auf andere Zeiten, wo das nationale Gefühl wieder stärker sein und man zum Nachdenken darüber kommen wird, welche Mittel wir haben, es lebendig zu erhalten.

Solche Mittel sind zunächst in der Institution der Landtage, dann in der des Bundesraths vorhanden. Der Bundesrath hat in seinen Beschlüssen eine amtliche Gültigkeit, aber in der öffentlichen Meinung hat er nicht die Bedeutung erreicht, wie ich es mir gedacht hatte. Es kann ihm auf die Weise ergehen, wie dem preußischen Herrenhause, welches auch aus Mangel an initiativer und bemerkbarer Thätigkeit nicht die Autorität hat, die ein Oberhaus haben sollte. Und Gott möge verhüten, daß der obere Factor unserer Gesetzgebung, der Bundesrath, in der öffentlichen Meinung Deutschlands die Gleichberechtigung mit dem Reichstage verliere.

Ich bin da, wie es einem natürlich ergehen wird, der zeitlebens Politik getrieben hat und der nichts zu thun hat, als über die Vergangenheit

nachzudenken, in eine weitläuftige Erörterung gekommen, von der ich hoffe, daß, sie Ihnen nicht ohne Interesse war, und die dazu beitragen möge, daß wenn Sie nach Hause kommen, Sie dafür wirken werden, daß die Betheiligung an der Reichspolitik auch in der Diaspora der Landtage lebhafter werden wird.

Es ist ein Irrthum, wenn Staatsrechtslehrer behaupten, die Landtage seien dazu nicht berechtigt; sie sind immer befugt, das Auftreten ihrer Minister in Bezug auf die Reichspolitik vor ihr Forum zu ziehen und ihre Wünsche den Ministern kund zu thun.

Ich halte es für eine ungeschickte Tendenz, einen Mangel an Verständniß des deutsch-nationalen Lebens, wenn viele unserer Staatsrechtslehrer — Theoretiker, keine Praktiker — es für einen Gewinn erklären, wenn die Zahl der Kleinstaaten sich verringere, und ich bin bemüht, diesem zu widersprechen, wo ich kann. Gerade die Zahl der Stimmen im Bundesrathe sollte nicht verringert werden. Würde sie das, so kämen wir wieder in die Gefahr, welche ich von Anfang an zu bekämpfen gehabt habe, nämlich die, an Stelle des deutsch-nationalen Reiches ein Großpreußen zu bekommen. Es giebt viele, die gern deutsche Reichsangehörige sein wollen, aber nicht Preußen, und ich habe immer gefürchtet, daß sich das Reich nach der großpreußischen Seite hin entwickeln würde.

Die Bundesstaaten, die nur je eine Stimme im Bundesrathe führen, sind siebzehn, und wenn ich die Hansestädte, die im Vergleich zu den anderen eigenartig sind, abziehe, so sind es vierzehn. Und vierzehn Stimmen im Bundesrathe sind eine gewichtige Stimmenzahl, wenn sie sich zusammenhalten. Vierzehn Stimmen zu den preußischen geben Preußen immer die Majorität; die übrigen nach Abzug der preußischen betragen vierundzwanzig. Der Bundesrat, ist also gewissermaßen in drei Kategorien geteilt, erstens in die kleinen Staaten mit je einer Stimme, Preußen mit siebzehn Stimmen und die Mittelstaaten mit vierundzwanzig Stimmen. Welches Gewicht liegt also in den kleinen Staaten, und ich wundere mich, daß sich in ihnen allen kein Politiker fand, der sich dasselbe zu Nutzen gemacht hätte.

Alles, was ich Ihnen eben vortrage, ist, wenn Sie wollen, ein Klagelied darüber, daß der nationale Gedanke in den Landtagen und Einzelregierungen nicht derart gezündet hat, wie ich vor 20 oder 25 Jahren gehofft hatte, und ich bin leider körperlich nicht mehr kräftig genug, um im Reichstage aufzutreten. Ich könnte dort wohl einmal eine Rede halten; aber die Gesammtheit der Leistungen, die für mich mit einem Mandat verknüpft sein würden, bin ich nicht mehr im Stande körperlich durchzuführen. Deshalb entschuldigen Sie mich, wenn ich bei diesem politischen Anlaß, der Ihre Begrüßung doch ist, diese meine Klagelieder

Ihnen vortrage. (Lebhaftes Bravo.) Aber ich hoffe, es wird mit der Zeit anders werden, und es werden die Bureaukraten, welche Hermann im Teutoburger Walde erschlug, die „Procuratoren“, wie sie damals genannt wurden, nicht wieder die Alleinherrscher werden. Zur Zeit besteht noch die Gefahr, daß sie in unblutiger, aber erstickender Weise die Herrschaft wieder über uns gewinnen werden, und daß die Errungenschaften des Schwertes, ich will nicht sagen durch die Feder der Diplomaten, aber durch Bureauwesen, Beamtenherrschaft und das träge Zuschauen in Erwartung, daß Andere das Nöthige schon thun werden, zu Grunde gehen. „Die Regierung wird es schon machen!“ Wer ist denn die „Regierung“? Ja, wenn die Fürsten es selbst besorgen könnten, sie sind alle wohlwollende Herren, aber sie sind nothwendiger Weise angewiesen auf ihre Beamten, ihre Minister, Vortragenden und Geheimen Räthe.

Meine Befürchtung und Sorge für die Zukunft ist die, daß das nationale Bewußtsein erstickt wird in den Umschlingungen der Boa constrictor der Bureaukratie, die in den letzten Jahren reißende Fortschritte gemacht hat. Hier können nur Bundesrath und Reichstag helfen; auch Ersterer hat das Recht, sich geltend zu machen. Wenn die staatsmännische Einsicht der Bureaukratie nicht ausreicht, so ist gerade den Bundesrathsmitgliedern und dem Parlament Gelegenheit gegeben, ihr zu Hülfe zu kommen, so daß die Intelligenzen im Bundesrath und Reichstag zusammenwirken.

Ich wiederhole, daß ich nicht auf das Reden im Bundesrathe selbst, sondern auf das Recht der Bundesrathsmitglieder, im Reichstage jederzeit das Wort zu erhalten, das Hauptgewicht lege. Ich meinerseits bin zu alt und zu matt, um ins Gefecht zu gehen. Nehmen Sie aber an, daß das nicht der Fall wäre, daß ich als Bundesrathsgesandter eines der deutschen Fürsten, sei es des Ihrigen, in Berlin wäre, und ich spräche meine Ueberzeugung auch dann im Bundesrathe und Reichstage aus, wenn sie nicht im Einklange der Majorität des Reichstages stände. Würde das nicht einen Eindruck machen, weil es von einer Persönlichkeit ausginge, die bekannt, und deren Vorleben bekannt ist? Solche Persönlichkeiten sind aber doch nicht ausgestorben, und es wäre auf diesem Wege auch für die Regierungen der kleineren Staaten die Möglichkeit gegeben, den gravaminibus öffentlichen Ausdruck zu geben, welche amtlich keine Berücksichtigung gefunden haben.

Die Ergebnisse all dieser Betrachtungen resumire ich dahin: Gott erhalte uns die Reichsverfassung wie sie besteht, und Gott erhalte uns die Zahl der Bundesregierungen, die den Bundesrath bilden, damit dieser dem Reichstage als vollständig ebenbürtiger und gleichberechtigter Coefficient unsrer Gesetzgebung stets zur Seite steht.

Dazu ist nothwendig, daß Gott auch das Haus Ihres Fürsten erhalte, und ich bitte Sie, mit mir dem Wunsche Ausdruck zu geben, daß er Seiner Durchlaucht dem Fürsten Woldemar ein langes und gesundes Leben verleihen möge.

Seine Durchlaucht Fürst Woldemar lebe hoch!

* * *

Tags darauf, am 9. Juli, empfing der Fürst eine größere Zahl von Handelskammer- und Gewerbekammer-Secretairen, die in Kiel eine Versammlung gehabt hatten. Etwa fünfzig Theilnehmer hatten sich zur Begrüßung des Fürsten nach Friedrichsruh begeben. Der Fürst hielt folgende Ansprache.

Meine Herren, ich danke Ihnen für Ihre Begrüßung, die für mich um so ehrenvoller ist, als Sie so vielen Bezirken unseres Vaterlandes angehören, und um so erfreulicher, als Sie in Ihrer Gesammtheit den Nährstand, d. h. den Lebensnerv des deutschen Volkes vertreten, dem ich auch von Jugend auf angehört habe und noch angehöre. Ich sehe als den Nährstand an die Gesammtheit der productiven Bevölkerung. „Reine Consumenten" giebt es eigentlich nur in Gestalt festbesoldeter Beamten und Honorarempfänger — ich kann den Begriff hier nicht sofort erschöpfen.

Aber im Herzen hat es mich jedesmal gefreut, wenn ich in Ihrem Verzeichnisse den Ausdruck gefunden habe: „Handels- und Gewerbekammer". Sie gehören beide nothwendig zusammen, und unter Gewerbe begreife ich die Landwirthschaft, der ich selbst angehöre, unbedingt mit. Man kann unterscheiden, zwischen dem Gewerbe im engeren Sinne und dem Grundbesitze, der bei aller Fruchtbarkeit des Bodens aber nicht productiv wird, wenn nicht das Gewerbe der Landwirthschaft auf ihm mit Geschick betrieben wird.

Die Trennung der Gewerbe, Handel und Landwirthschaft, halte ich für eine irrige und irreführende. Der Handel kann in einem verarmenden Lande nicht gedeihen, der Kaufmann steht sich unzweifelhaft besser, wenn er die Geschäfte eines wohlhabenden Hinterlandes und einer reichen Heimath zu besorgen hat, als wenn er nur einer armen und verarmenden Bevölkerung den Austausch und Verkehr der Waaren vermitteln soll.

Es ist also nicht richtig, wenn man annimmt, daß die Länder, in denen das Getreide am wohlfeilsten ist, die glücklichsten und prosperirendsten sind. Ich will nicht auf das Innere von Rußland hinweisen, wo der Roggenpreis unter Umständen nur noch dreißig bis vierzig Procent von dem unserigen beträgt; und doch ist das Land deshalb nicht reich, es hat zwar reiche Leute, aber die Bevölkerung ist doch arm.

Ich will auf meine eigenen Erinnerungen aus früher Jugendzeit zurückgreifen. In Hinterpommern kostete damals der Wispel Roggen elf Thaler, das sind dreiunddreißig Mark. Dafür schickte mein Vater acht Pferde und drei Menschen, mit zwei Wispel Roggen acht Meilen über sandige Berge. Die Leute kamen zurück mit einer Tonne Salz und einer Tonne Hering und hatten zwei Thaler zugezahlt als Reisekosten. Die Tonne Salz kosteste fünfzehn Thaler, die Tonne Heringe sieben Thaler, und die Reisekosten mit zwei Thalern hatten sie noch zuschießen müssen. So waren damals die Verhältnisse. War das ein Glück für das Land? Nein, in der ganzen Gegend waren kaum zwei Häuser, in denen Wein getrunken wurde, weißer und rother. Der Weinhändler und andere Kaufleute hatten keinen Verdienst. Jetzt ist es anders.

Es ist ein Irrthum, wenn man Handel und Gewerbe und Landwirthschaft von einander trennen will. Wir müssen zusammen gedeihen, oder wir gehen zusammen zu Grunde. Ein durch ungeschickte Gesetzgebung und ungeschickte Handelsverträge verarmendes Land kann einen potenten Kaufmannsstand nicht ernähren, weder gegenüber dem Auslande, noch im inländischen Verkehr. Arme Gewerbe, arme Kaufleute! Damals in der Zeit, von der ich sprach, hatten wir eigentlich gar keine Kaufleute. Was war Stettin damals für ein Nest! Das bischen Kornausfuhr, das bei diesen niedrigen Preisen von dort nach England ging, wo noch die Kornbill bestand, war das einzige, und es war charakteristisch, daß es kaum eine Firma gab, die nicht drei Namen führte, weil Einer das Capital nicht zusammen bringen konnte. Wie ist es jetzt geworden, wo die Kornpreise vier bis sechs mal so hoch sind oder sein könnten wie damals.

Ich möchte, da ich Vertreter beider Richtungen vor mir habe, Ihnen diese Gedanken ans Herz legen, daß Handel und Production unmittelbar zusammengehen müssen, daß beide sich schädigen, wenn sie sich trennen. Es ist ja früher von meinen Gewerbsgenossen, den Landwirthen, viel auf die Industrie und deren Förderung gescholten worden; aber ich habe in meiner eigenen Landwirthschaft gesehen, welche Wohlthat für den Landwirth es ist, eine reiche Industrie in der Nähe zu haben. Ich erfahre das selber, weil auf meinen pommerschen Gütern eine erhebliche Industrie besteht, die ich nicht selbst betreibe, die aber dort betrieben wird. In Folge dessen hat jeder Bauer und Arbeiter, soweit die Fürsorge der Regierung für die Arbeiter ihn nicht daran hindert, die Möglichkeit, auf diese oder jene Weise sich und seine Kinder zu beschäftigen und zu ernähren. Landwirthschaft und Industrie gehören zusammen und dürfen sich nicht entgegenarbeiten in der Gesetzgebung.

Wo eine prosperirende Industrie ist, wie in den westlichen Provinzen,

da hat die Landwirthschaft noch zu leben. Wo das nicht ist, sollte Industrie nach Möglichkeit geschaffen werden, und die Landwirthe sollten sich zur Aufgabe stellen, sie zu pflegen. Umgekehrt ist der wohlhabende Landwirth ihr bester Abnehmer. Der beste Absatz ist doch immer der an Inländer; die ganze Ausfuhr tritt gegen den inländischen Absatz sehr zurück. Wir müssen ja den ausländischen Absatz haben, aber wenn der inländische fehlte, so würde das noch schlimmer sein. Die Erzeugnisse der Industrie nimmt eine prosperirende Landwirthschaft bereitwillig auf.

Viel näher liegt der Gedanke, daß der Handel im Gegensatz zur Production stände. Auch das halte ich für einen Irrthum, in den nur Diejenigen verfallen, die an der Oberfläche haften, und ich glaube, daß die Kaufmannschaft eines armen, verarmten und besonders eines verarmenden Landes schlechter daran ist als die eines reichen. Kaufleute in England, Amerika und überhaupt in Ländern, die im Aufschwunge begriffen sind, sind die gesegnetsten Leute. Dagegen wird eine Kaufmannschaft in Ländern mit rückläufiger Entwicklung nicht nur eine Ueberzahl von unversorgten Kaufmannslehrlingen liefern, sondern auch später keine Millionaire. Die Millionaire werden heutzutage ja mit einer gewissen Bitterkeit betrachtet; das ist nicht berechtigt, und ich glaube, wir wären Alle, auch die, welche es nicht sind, besser daran, wenn wir noch zehnmal mehr Millionaire hätten, als wir haben, wie es in England und Amerika der Fall ist.

Der reiche Mann behält ja sein Geld nicht, er giebt es aus, klug oder verrückt, und von diesen Ausgaben leben viele andere Leute. Wenn wir keine Leute hätten, die aus Ueberfluß ausgeben, so würden Alle, die vom Luxus leben: die Künstler, die Verfertiger von Modewaaren, Confection u. s. w. nicht existiren; wovon sollen sie leben, wenn Jeder nur knapp hat, seinen Hunger zu stillen? Es ist nothwendig, daß es Leute und Familien giebt, die auch für Luxus ausgeben können: Millionen leben davon. Schaffen Sie den Luxus ab, so zerstören Sie eine Menge Existenzen. Schaffen Sie den wohlhabenden Mann ab, der etwas mehr hat, als sich satt zu essen, und überlegen Sie sich einmal, was für Productionen, was für Gewerbe und Industrien dann nichts mehr zu thun haben. Wenn alle Leute aufhören wollten, andere Ausgaben als die für ihre einfache Ernährung zu machen, müßten viele Gewerbe ausfallen.

Deshalb, meine Herren, möchte ich Ihnen empfehlen: halten wir Alle zusammen, Producenten jeder Art, Industrielle, Handwerker, Landwirthe, aber auch Kaufleute! Auch dem Kaufmann kann eine verarmende Landwirthschaft nicht helfen, er bleibt bei rückläufiger Fluth auf dem trockenen Sande, mit kümmerlichen Erwerbsverhältnissen.

Es ist mir erfreulich, auch einmal als Theoretiker vor sachkundigen Leuten diese schwierigen Dinge zu besprechen; früher als Handelsminister hatte ich mich damit amtlich zu beschäftigen, und ich bin außerordentlich froh, daß ich nichts mehr damit zu thun habe. In der heutigen Welt ist für mich kein Platz für amtliche Thätigkeit. Das aber hindert mich nicht, bei Gelegenheit meine Meinung offen auszusprechen, selbst wenn ich dabei im Sinne des alten Textes Prediger in der Wüste bleiben sollte. Ich hoffe, Sie beherzigen die Empfehlung zur Einigkeit zwischen allen productiven Ständen, die bei wachsender Wohlhabenheit der Bevölkerung interessirt sind, für die es nicht gleichgültig ist, ob die Bevölkerung arm oder wohlhabend ist.

Der Fürst lud danach die Anwesenden zu einem Frühstück in das Innere des Schlosses ein. An dem Frühstück nahmen auch die Damen des Hauses Theil. Der Fürst unterhielt sich in lebhafter und oft humorvoller Weise mit den Gästen.

Ernst Scherenberg-Elberfeld drückte die Gefühle der Anwesenden durch die nachstehenden, mit echter Begeisterung gesprochenen Worte aus:

Als Kämpen des Handels im Völkerverkehr —
Vom Schlachtfeld der Arbeit, da kamen wir her;

Wir senken die Waffen von links und von rechts:
Hier hat zu verstummen der Lärm des Gefechts.

Als deutsche Bürger nur stehen wir hier,
Zu grüßen den ersten Bürger in Dir!

Du gabst Deinem Volke, in Leiden erschlafft,
Den Glauben zurück an die eigene Kraft.

In gewaltigem Ringen dann hast Du's gestellt
In die erste Reihe der Völker der Welt.

Drum sei uns gesegnet, Du eiserne Hand,
Der das Höchste wir danken: ein Vaterland!

Sei gesegnet, Du Auge voll göttlicher Macht,
Das in Nächten und Stürmen am Steuer gewacht!

Sei gesegnet, Du Stirn, die der Lorbeer umlaubt!
Sei dreifach gesegnet, unsterbliches Haupt!

Dank, ewigen Dank Dir im Jubelgebraus:
Heil, Bismarck, Heil! und Heil Deinem Haus!

Ein dreifach begeistertes Hoch schloß sich an den Vortrag des Gedichtes an. Der Fürst erwiderte unmittelbar darauf mit nachfolgenden Worten:

Ich danke Ihnen für die so warmen Worte und für die hohe Vollendung der Form, in welche Sie sie gefaßt haben. Ich habe in meinem Leben oft ein Uebermaß des Hasses erfahren und acceptire deshalb auch gern, was mir von Seiten der Liebe Ueberschuß gegeben wird. Ich danke Ihnen von Herzen. Mein Verdienst an der Herstellung des gegenwärtigen Zustandes beruht darauf, daß es mir gelungen ist, den alten Kaiser für die Sache zu gewinnen, mit ihm die militairische Kraft nicht bloß Preußens, sondern auch des Deutschen Reiches zu stärken. Das war es, was allen früheren Bestrebungen des alten Königs fehlte. Die militairische Macht, das Regiment, hatten sie nicht zur Verfügung, und das für den deutschen Gedanken zu gewinnen, ist mir möglich geworden, sowohl durch Vertrauen zu mir, als auch im Appell an seine deutsche Gesinnung. Er fühlte durch und durch deutsch, und gerade weil er ein Deutscher war, so war er ein seiner Armee, seiner Fahne und seinem Portepee unbedingt ergebener Officier. Wenn er in seinen Ideen sein Ziel als richtig erkannt hatte, so ging er fest und unbeirrt seinen Weg. Ich bitte Sie, mit mir ein stilles Glas im Andenken an Ihn zu leeren.

Tiefbewegt folgten die Anwesenden der Aufforderung.

* * *

Am 13. Juli hatten sich über 200 Mitglieder des landwirthschaftlichen Vereins für Hamburg und Umgegend nach Friedrichsruh begeben, um dem Fürsten Bismarck ihre Huldigungen darzubringen. Auf eine Ansprache des Pastor Stüven aus Moorburg antwortete der Fürst nach dem Berichte der „Harburger Anzeigen und Nachrichten“ (wiedergegeben von den „Hamb. Nachr.“ am 15. Juli, A.-A.):

Zunächst danke ich Ihnen, meine Herren und Damen, für Ihre freundliche Begrüßung und für die wohlwollende Beurtheilung meiner früheren Thätigkeit.

Sie haben, Herr Pfarrer, des 13. Juli Erwähnung gethan, des Tages, an dem das Attentat in Kissingen auf mich gemacht wurde. Dieser Tag ist auch sonst ein bemerkenswerthes Datum. 1870 war es dieser Tag, an dem sich die Situation zum Kriege entschied. Am 12. schien der Friede gesichert, am 13. war der Krieg gesichert. Am 13. Juli war auch der Abschluß des Berliner Congresses, auf dem Deutschland die Stellung eingenommen hatte, die eine natürliche Folge seiner Einheit und seiner Kraftentwicklung war, auf dem es die Leitung der europäischen Politik in die Hand nahm und dieselbe in friedliche Bahnen

lenkte. So kam es, daß also der 13. Juli in mehrfacher Beziehung in meinem Gedenkbuch mit einem starken Kreuz bezeichnet ist, nicht mit dem Kreuz des Leidens, sondern des Vertrauens und des Glaubens an Gottes Fürsorge, die uns bisher geleitet hat. Ich erinnere an die alte, oft in frivoler Weise gebrauchte Redensart, daß Gott keinen Deutschen verläßt. Daß er unser gesammtes Deutschland nicht verläßt, nachdem er uns so weit gebracht, ist einer meiner Glaubenssätze, von dessen Wahrheit ich fest überzeugt bin, wenn er auch nicht im Katechismus steht.

Besonders wir Landwirthe stehen, ebenso wie die Seeleute, Gott näher als die Bewohner der Städte. Wir spüren Regen und Sonne mehr an unserer eigenen Haut und sehen von der Gotteswelt mehr als die Städter, die kaum etwas Anderes als Häuser, Pflastersteine und Papier zu Gesicht bekommen.

Es hat mich gefreut, in Ihnen einen landwirthschaftlichen Verein begrüßen zu können, denn gerade wir Landwirthe sind darauf angewiesen, zusammen zu halten. Es hat mich früher oft gewundert, daß neben den vielen Fractionen und Parteien, die sich durch die verwickeltesten und verzwicktesten Programme von einander unterschieden, keine Fraction existirte, die die speciellen Interessen der Landwirthe vertrat. Jetzt ist ja in dieser Beziehung ein Anfang gemacht, ich möchte Sie aber davor warnen, sich bei zu einseitiger Wahrung Ihrer Interessen mit den übrigen productiven Ständen zu verfeinden.

Es ist gewiß richtig das alte Wort: „Hat der Bauer Geld, so hat es die ganze Welt“, es ist aber zu bedenken, daß die Industrie z. B. eine gute Abnehmerin unserer landwirthschaftlichen Producte ist. Auch der Kaufmannstand steht sich schlechter, wenn die Landwirthschaft nicht gedeiht. Die gesammte vaterländische Production muß unter allen Umständen gesichert werden. Regen und rühren Sie sich deshalb und nehmen Sie das nicht unbesehen hin, was die Schriftgelehrten und Pharisäer unter den Gesetzgebern Ihnen bieten. Vielfach glaubt man, nur die Regierung sei dazu da, für uns zu sorgen. Die ganze Entwickelung des politischen Lebens hat aber dazu geführt, daß wir heute der Regierung helfen müssen, uns zu regieren. Dazu ist es aber nothwendig, fest seinen Willen auszusprechen und geltend zu machen und sich in keinen Handel einzulassen aus Fractions- oder persönlichem Interesse.

Ich bin als Landwirth geboren, und stets waren meine Träume und Wünsche nach einem Leben auf dem Lande gerichtet, selbst in der Zeit, als ich lange Jahre hindurch im Staats- und Hofdienst stand. Leider verbietet mir das Alter, noch selbst zu wirthschaften, meine Gedanken sind aber stets bei der Landwirthschaft, die ich noch immer gerne unter-

stütze. Es ist dies eine der wenigen Arten, wie ich mich noch am öffentlichen Leben betheiligen kann. Hier lebe ich im Walde, unter Bäumen, Sie finden hier also keine Felder. Ich höre aber, daß Sie sich Schönau[1]) besehen wollen; hoffentlich bestehe ich nicht zu schlecht vor Ihnen, denn Schönau hat theilweise geringen Boden. Ich will deshalb nur wünschen, daß Ihnen der Inspector nicht das Schlechteste zeigen wird.

Zum Schluß danke ich noch besonders den Damen für ihre Begrüßung und ihr Erscheinen und wünsche nur in deren Interesse, daß der Regen, der augenblicklich fällt und den wir Landwirthe ja recht gut gebrauchen können, nicht allzu stark wird und allzulange anhält.

* * *

Bei der Berathung der Militairvorlage im neuen Reichstage hatte am 14. Juli auch Graf Herbert Bismarck das Wort ergriffen. Der Reichskanzler antwortete ihm etwas gereizt; das Rencontre erregte die allgemeine Aufmerksamkeit. Die „Hamb. Nachr." äußern sich am 17. Juli (M.-A.) folgendermaßen darüber:

Graf Bismarck und Graf Caprivi. Die letzte Sitzung dieses kurzen Sommerreichstages verlief am letzten Tage der Woche sozusagen bei gepackten Koffern der Reichsboten, mit ähnlicher hastiger Geschäftigkeit, wie die Schlußnotirungen nach einer, allgemeiner Voraussicht entsprechenden Ultimoregulirung gebucht zu werden pflegen.

Selbst Kardorff's treffliche Rede vermochte die Aufmerksamkeit nicht ihrem sachlichen Verdienste entsprechend zu fesseln; man sah Bundesräthe und Parlamentarier secundi ordinis wie Boursicotiers, das Blatt und den Stift in der Hand, die Chancen der Abstimmung escomptiren — ob drei Antisemiten mit „Ja" stimmen, ob einige negative Centrumsleute abgereist sein würden, erregte bei diesen Adepten des neuen Courses scheinbar mehr Interesse als der große historische Moment, der die alten Traditionen auch in militairischer Beziehung durch Herrn von Levetzow's Glocke zu Grabe läuten sollte.

In den Couloirs und zwischen den Berichterstattern wurde aber die gestrige Debatte noch emsig besprochen und dabei die Thatsache, wie weit doch der Einfluß der officiösen Preßmache bis in die nationalliberalen und freiconservativen Organe hineinreicht. Die Art, wie selbst „Post" und „National-Ztg." das Auftreten des Grafen Bismarck, das Verhalten der vereinigten Linken und des Grafen Caprivi im Sinne des Leitmotivs aus der Wilhelmstraße besprochen hatten, fand mancherlei

[1] Ein in der Nähe von Friedrichsruh liegendes Gut des Fürsten Bismarck.

Ausstellungen selbst von Seiten, von denen wir es kaum erwartet hatten.

Soviel können wir jedenfalls sagen, daß die Referate der „Kreuz-Ztg.“, der „Allg. Ztg.“, des „Frankf. Journals“ 2c. über die Rede des Grafen Bismarck durchaus dem Eindrucke entsprachen, den unabhängige Zuhörer von der Debatte hatten.

Die Geduld, mit der Graf Bismarck den unqualificirbaren Unterbrechungen von links begegnete, machte einen guten Eindruck, vor Allem die Thatsache, daß ein neuer frischer Luftzug durch das Haus wehte: es war nach den letzten drei Jahren des verhaltenen Athmens und der Leisetreterei ein Labsal, wieder einmal eine unabhängige, von Angst und Streberei freie Rede zu hören in dieser Zeit des Servilismus. Graf Bismarck hatte es nicht leicht, bei den lärmenden Zwischenrufen innerhalb des engen Rahmens der Specialdiscussion seine militair-politischen Bedenken gegen das Caprivi-Goßler'sche Experiment der zweijährigen Dienstzeit, dieser alten fortschrittlichen Forderung, zu formuliren. Er erreichte es trotzdem in einer Weise, daß die Mehrzahl seiner früheren Bekannten aus den konservativen Fractionen ihm gleich nach Schluß seiner Rede mit Wärme gratulirte. Wie wir hören, sind dem Grafen seitdem zahlreiche telegraphische Beglückwünschungen aus dem Lande zugegangen.

Was bei der Rede des Grafen Caprivi unangenehm berührte, war die Gehässigkeit, mit der er die Redewendungen des Grafen Bismarck zu entstellen und anzufechten versuchte. Der Passus, bei welchem Graf Caprivi den Präsidenten um Schutz anrief, war besonders unberechtigt. Graf Bismarck hatte gesagt: „Niemand könne garantiren, daß wir fünf Jahre Frieden behalten würden“ und Graf Caprivi drehte diese Worte so um, „als ob Graf Bismarck auf Grund seiner politischen Erfahrungen den Krieg in einem Jahr erwartete“. Diese Verdrehung war gegenstandslos, denn daran wird kein sachkundiger Urtheiler zweifeln, daß Graf Bismarck nach seinem Vorleben mehr Erfahrung in auswärtiger Politik besitzt, als der vor drei Jahren aus dem militairischen Frontdienst in den auswärtigen versetzte Graf Caprivi. Der Letztere hat seine politische Vorschule als Officier einige vierzig Jahre hindurch tadellos gemacht und hat in Bezug auf Truppenführung seine Autorität; die giebt ihm aber auf dem ihm absolut fremden Gebiete der europäischen Politik kein Recht, dem im Centrum derselben geschulten Grafen Bismarck gegenüber den hohen Ton überlegener Erfahrung anzuschlagen. Die bisherigen Leistungen des heutigen Reichskanzlers auf diesem ihm fremden Manöverfelde haben ihm die dazu erforderliche Ueberlegenheit staatsmännischer Autorität noch nicht gewonnen.

* * *

Der „Voss. Ztg." wird am 21. Juli (M.=A.) Folgendes entgegengehalten:

Die „Voss. Ztg." schreibt über den Grafen Herbert Bismarck:

„Wenn der Satz, ‚daß wir uns mit Samoa im Kriegszustande befinden', wenn die unglückliche Expedition auf Samoa, bei der eine Anzahl braver Marinesoldaten ihr Leben ohne Nutzen für das Reich gelassen haben, auf seine Rechnung kommen, so würde das Urteil über ihn ungünstig beeinflußt sein."

Es ist eine Verdrehung der Thatsachen, wenn man an dem Unglück in Samoa, soweit es überhaupt vom menschlichen Verhalten und nicht von vis major herrührt, die Schuld in Berlin suchen wollte und insbesondere im auswärtigen Amte. Wir sind mit den damaligen Vorgängen vertraut genug, um zu wissen, daß der Verlust „einer Anzahl braver Marinesoldaten" nicht Folge von Instructionen war, die von Berlin gegeben waren, sondern lediglich das Ergebniß von Vorkommnissen an Ort und Stelle. Wenn das Consulat sich innerhalb seiner völkerrechtlichen Befugniß gehalten hätte, so wäre Anlaß zu den damaligen bedauerlichen Ereignissen voraussichtlich nicht gegeben worden, und wenn das Eingreifen der Marine so rechtzeitig stattgefunden hätte, wie es möglich war, wenn das Schiffscommando die von ihm entsandten Streitkräfte und deren Schicksal keinen Moment aus den Augen verloren hätte, so hätte unser Verlust die betrübende Höhe nicht erreicht. Sobald die ersten Schüsse unserer Marine den ausgeschifften Soldaten zu Hülfe kamen, war der Kampf entschieden und beendet, und diese Unterstützung hätte früher eintreten können, wenn das Commando der Operation unserer Streitkräfte von dem Augenblick an, wo sie von Bord gingen, mit seinen Beobachtungen gefolgt wäre, soweit die Localität es zuließ, um zu sehen was aus den Mannschaften wurde.

Die in Samoa an Ort und Stelle geschehenen Irrungen, bei monatlanger Entfernung, dem damaligen Unterstaatssecretair in Berlin zur Last zu legen, ist eine Ungerechtigkeit, welche ihre Entschuldigung in der Unbekanntschaft mit den amtlichen Vorgängen nicht ausreichend findet; man muß das Uebelwollen des Parteihasses zu Hülfe rufen, um sie zu erklären.

* * *

Am 21. Juli waren es über 1000 Braunschweiger, die sich unter der Altane des Herrenhauses in Friedrichsruh sammelten, um dem Fürsten ihre dankbare Ehrerbietung zu bezeugen. Auf die Begrüßungsansprache des Justizraths Semler antwortete der Fürst:

Meine Herren und Damen! Ich danke Ihnen herzlich für die große Ehre und das Wohlwollen, welches Sie mir erzeigen durch ihren Be-

gesprochen,[1]) festzuhalten an der Verfassung und an den Rechten, welche dieselbe jedem Einzelnen verleiht. In demselben Sinne habe ich mich vor einem Jahre in Jena ausgesprochen, daß wir in heutigen Zeiten das Bedürfniß fühlen, daß die parlamentarische Mitwirkung sich schärfer accentuire. Statt dessen ist diese einigermaßen rückläufig geworden von dem Augenblick an, wo der Reichstag auf die Autorität, welche ihm die Verfassung verleiht, verzichtete und gewissermaßen abdicirte. Es war das in dem Moment, als er sich gefallen ließ, eine so wichtige Vorlage, wie die Handelsverträge, die vorher ganz geheim gehalten wurden und ihm gänzlich unbekannt waren, obgleich sie für ein längeres Stadium gelten sollten, in acht Tagen zu erledigen. Die Volksvertreter waren nicht im Stande, sich zu überzeugen, wofür sie ihre Stimme abgaben, noch sich von der Nothwendigkeit einer so einschneidenden Vorlage zu überzeugen, die auf zwölf Jahre festgelegt wurde. Der Reichstag hätte sie prüfen können und dann annehmen, aber auf die Prüfung solcher Vorlage zu verzichten, das nenne ich eine Abdication. Wie kam der Reichstag dazu? Ich darf wohl behaupten, in Folge der Parteiungen.

Die Fractionen stellten ihre Interessen in den Vordergrund und verzichteten auf eine Prüfung der Reichsinteressen gegenüber den Parteiinteressen, jede in der Furcht, daß eine andere Fraction ihr den Rang ablaufen könne. Es wurde von ministerieller Seite nach dem Grundsatze divide et impera verfahren, und das Gewicht, welches der Reichstag in die Wagschale hätte einsetzen können, zerbröckelt, nullificirt, so daß der Reichstag einer großen und entscheidenden Maßregel ohne Prüfung zustimmte und dies nach Maßgabe der Frist der Verhandlung offen erkennbar machte. Jede Fraction hatte dieselben Befürchtungen, und wenn ich daran denke, so erinnere ich mich an eine Scene aus Schiller's Wallenstein: „Willst Du's nicht, so thut's der Pestaluzz." Davor ängstigte sich jede Fraction und sagte: Ich bin ja ganz bereit. So kam es, daß das Gewicht des Parlamentarismus aufgehoben wurde. Nun, das Vacuum, welches die parlamentarischen Einflüsse bei uns lassen, wenn sie sich nicht genügend geltend machen, wird ja nicht von dem Monarchen, dem Könige, eingenommen, sondern thatsächlich von der Bureaukratie, der Beamtenhierarchie. Sie füllt das Leere aus, die Bureaukratie, die nicht zu verwechseln ist mit dem Monarchismus, dieselbe Bureaukratie, die 1806 und 1807 dem französischen Siegeszuge die Wege ebnete und die 1848 den Barrikaden gegenüber haltlos zusammenbrach. Kein Oberpräsident war damals da, der nicht abwartete, was aus der Revolution in Berlin wurde. Das bureaukratische Zimmer-

[1]) Am 10. August 1891. Vgl. Band II des vorliegenden Werkes, Seite 190 f.

werk ist so construirt, daß es ein Holzbau ist, kein Granitbau. Darauf können wir nicht sicher bauen. Die Volksvertretung ist dazu da, die Bureaukratie zu corrigiren, zu censuriren, ihr zu Hülfe zu kommen und sie vor Uebergriffen zu bewahren. Dazu ist erforderlich, daß die Gesetzgebung das System der Geheimhaltung aufgiebt. Wenn Niemand weiß, was die Regierung beabsichtigt, und sie die Durchführung ihrer Absichten nicht vorbereitet, so kann keine Landesvertretung und kein Abgeordneter rechtzeitig ein Urtheil gewinnen. Ich halte für richtig und habe als Minister danach gehandelt, daß die neuen Vorlagen ohne Rücksicht darauf, ob sie populair waren oder nicht, in der officiösen und amtlichen Presse zunächst bekannt gegeben wurden; von Ueberraschung und Zwangslage war dann auch keine Rede. Wenn dann vom Reichstag die Vorlagen abgelehnt wurden, so haben wir diese Ausübung seiner Berechtigung oft zwar mit bitterem Herzen, aber doch angenommen und uns auf eine andere Vorlage besonnen (Heiterkeit), durch welche wir unseren Zwecken näher zu kommen glaubten. Das, glaube ich, ist auch für die Zukunft der richtige Weg; dazu ist aber nothwendig, daß die Betheiligung an den Regierungsgeschäften und an dem Schicksale der großen gesammten Nation nicht nur eine innere, gemüthliche, sondern auch äußerlich erkennbarere wird, als es heute der Fall ist.

In diesem Sinne habe ich auch unseren Landsleuten aus dem Fürstenthum Lippe, welche neulich hier waren, empfohlen, doch auch in ihrem kleinen Kreise mehr sich mit der Reichspolitik zu beschäftigen; diese gehört doch zu den Landesinteressen. Die deutsche Frage müßte in kleinen und großen Reichsländern stets die oberste Frage sein, über welche die Minister wegen ihrer Haltung im Bundesrathe interpellirt werden sollten. Für manchen Minister mag es ja sehr bequem sein, wenn die Verhandlungen heimlich sind und er sich über sie nicht zu äußern braucht, aber für das gesammte Volksinteresse ist es nicht nützlich; da sollte immer Karten auf den Tisch gespielt werden. Es ist eine falsche Behauptung, wenn einige Blätter mir entgegenhalten, ich hätte dem Particularismus das Wort geredet. Das Gegentheil ist richtig, dem Patriotismus habe ich das Wort geredet, der auch in den kleineren Parlamenten seine Blüthen treiben sollte. Das ist nationaler Patriotismus, den ich auch Ihnen empfehle. Wenn ich damit Erfolg im Lande hätte, wäre es auch ausgeschlossen, daß die nationale Begeisterung rückgängig würde, und es würde auch im Auslande die Hoffnung verschwinden, daß sie in Dunst verfliegt.

Sie, meine Herren, tragen ja dazu bei, den Patriotismus im Lande zu stärken, und man muß es so genau nicht nehmen mit dem, was ausländische Zeitungen über unsere inländischen Zustände bringen.

Die Aeußerungen darüber sind zweifelhaft. Es ist aber doch in der Politik eine große Sache, die Autorität, die moralische, zu besitzen. Es gehört dies zu den Imponderabilien, es genügt nicht, daß man eine große Kriegsmacht hat, um den Krieg zu vermeiden, und daß die schweren Lasten, die ein auch noch so siegreicher Krieg auferlegt, dem Lande erspart werden. Deshalb lege ich Werth auf das Ansehen des Reiches, dessen wir uns in der außerdeutschen Welt erfreuen. Es ist dies eine Sache nicht bloß nationaler Eitelkeit und Ehrgeizes, sondern ein seltenes und außerordentlich nützliches Capital, mit dem man wuchern kann, und wenn eine Verminderung in unserem Ansehen nach außen eintritt, so leiden wir Schaden; wenn man in jedem Provinziallandtage, in jeder Versammlung in Stadt und Land, sich für die Entwicklung des Reiches nicht nur gemüthlich interessirt, sondern wenn dem Interesse auch Worte gegeben würden, so würde dem Schaden vorgebeugt werden, der daraus entsteht, daß man es todtschweigt. Aus meinen jungen Jahren ist mir erinnerlich, daß überall, wo damals Deutsche zusammen waren, die deutsche Frage immer zuerst und am meisten erörtert wurde. Damals hatten wir die Einheit nicht, jetzt haben wir sie. Sollte sie dadurch, daß wir sie besitzen, an Werth für uns verloren haben? Ich kann es nicht denken. Aber es mindert den Glauben des Auslandes an die Festigkeit unseres Zusammenhanges, wenn wir die nationale Sache scheinbar mit Gleichgiltigkeit behandeln.

Einen äußerlich erkennbaren Fortschritt hat das Interesse für unser deutsches Gesammtwesen nur an einer Stelle gemacht, wo wir es früher nicht suchen durften: das ist bei unseren Landsleuten polnischer Zunge. Die sind heute ministeriell geworden, was seit einem Jahrhundert nicht der Fall gewesen ist. Was sie damit erstreben, weiß ich nicht, aber ein altes Sprichwort lautet: timeo dona ferentes. Ich glaube nicht, daß sie auf die Dauer ministeriell sein werden, wenigstens nicht diejenigen, welche die Träger der polnischen Bewegungen sind, der polnische Adel und die polnische Geistlichkeit. Das ist mir nach meiner fünfzigjährigen Erfahrung doch mehr als zweifelhaft. Deshalb frage ich mich, wie beim Tode Talleyrand's Jemand fragte: „Was hat wohl der alte Fuchs damit beabsichtigt, daß er jetzt starb?“ So stehe ich der polnischen Bewegung und dem „deutschen Patriotismus“ der polnischen Edelleute gegenüber. Der Herr Vorredner hat die Versicherung gegeben, daß in Braunschweig die nationale Gesinnung unter allen Umständen lebendig geblieben sei, und ich kann dies Zeugniß aus meiner langjährigen amtlichen Thätigkeit nur bestätigen. Das ganze Volk der Braunschweiger, das bei uns nicht nur seit dem braunschweigischen Feldherrn im siebenjährigen Kriege, seit dem Herzog, der den unglücklichen Zug durch das

nördliche deutsche Land machte und bei Quatrebras den Heldentod starb, sondern zu allen Zeiten hervorragend war — Braunschweigs Name hat immer einen guten Klang gehabt; die braunschweigischen Husaren und Infanteristen haben 1870 demselben eine brillante Auffrischung zu verleihen gewußt, und in ganz Preußen ist die Sympathie mit Braunschweig vielleicht lebhafter als mit irgend einem andern Reichslande, es sei denn die Erinnerung an den alten Dessauer. Aber der Name Braunschweig ist seit einem Jahrhundert in Preußen immer ein populairer gewesen, und die braunschweigische Politik hat dem Verlangen der Bevölkerung nach dem größeren Nachbarland immer Rechnung getragen.

Ich benutze diese Gelegenheit, um dem persönlichen Gefühle Ausdruck zu geben, welches mich an den Regenten Ihres Landes, den Prinzen Albrecht von Preußen, knüpft. Schon sein Vater ist mir stets ein gnädiger Herr gewesen. Der jetzige Regent hat seine Ansicht nicht geändert, er machte, ob ich Minister oder Privatmann war, keinen Unterschied, und es ist meinem Herzen eine Wohlthat, wenn Sie mit mir auf das Wohl Ihres Regenten, des Prinzen Albrecht, ein Hoch ausbringen.

IX. Periode:

Kissingen, 29. Juli — 7. October 1893.

Die „Hamb. Nachr." melden am 29. Juli (A.-A.) aus Friedrichsruh:

Der Fürst und die Fürstin Bismarck haben heute Morgen um 8,55 Uhr die Reise nach Kissingen angetreten. In ihrer Begleitung befanden sich Frau Priorin von Reckow-Stolp i./P., welche in der letzten Zeit im Schlosse zum Besuch weilte, Herr Prof. Dr. Schweninger, der in der letzten Nacht wieder hier eingetroffen war, und Herr Dr. Chrysander. Kurz vor der bezeichneten Zeit traf der Salonwagen ein, in welchem die Herrschaften die Reise antraten. Vor der Pforte zum Herrenhause hatten sich Einwohner von der Aumühle, Reinbeck und Bergedorf in größerer Anzahl eingefunden, um den Fürsten vor seiner Abreise nochmals zu begrüßen. Eine junge Dame überreichte Sr. Durchlaucht kurz vorm Besteigen des Salonwagens, der auf dem Geleise bis vor das Herrenhaus gefahren war, einen reizenden Rosenstrauß, den der Fürst mit den Worten: „Keine Rose ohne Dornen" dankend entgegennahm. Die Abfahrt erfolgte unter lebhaften Hochrufen und Tücherschwenken seitens des Publicums. Der Fürst, welcher schwarzen Gehrock und den gewohnten Schlapphut trug, und die Fürstin waren am Fenster erschienen und dankten für die freundliche Ovation. — Die Fahrt geht zunächst bis Büchen und wird von dort mittelst fahrplanmäßiger Züge über Hannover, Göttingen, Eisenach, Meiningen fortgesetzt.

Ein großartiger Empfang wurde dem Fürsten in Hannover bereitet. Auf die Begrüßungsansprache des Stadtdirectors Tramm, der an der Spitze sämmtlicher in der Stadt anwesenden Mitglieder des Magistrats auf dem Bahnhofe erschienen war, antwortete der Fürst (nach den „Hamb. Nachr." vom 30. Juli, M.-A.):

Ich danke verbindlichst für Ihre freundliche Begrüßung, meine Herren. Es ist nach zehn Jahren das erste Mal wieder, daß ich die

Hauptstadt Niedersachsens wiedersehe. Als ich seinerzeit das erste Mal hierher kam, glaubte ich kaum, daß ich den Tag noch erleben würde, den wir heute schreiben. Jetzt, wo ich weniger krank nach Kissingen fahre, als damals, bin ich ja von der Bühne zurückgetreten und habe mich in den Zuschauerraum zurückgezogen, von wo ich mir erlaube, mitunter eine Kritik, aber immer eine wohlwollende und vom nationalen Gesichtspunkte, der auch meine Politik durchsetzt hat, ausgehende zu geben! — — Für mich war die Herstellung der deutschen Einheit Lebenszweck; ich habe dieselbe ja auch bis zu einem Grade erreicht, der höher ist, als ich zu jener Zeit voraussetzen konnte. Damals war es kaum anzunehmen, daß ein preußischer Minister und Kanzler in Hannover so aufgenommen, so empfangen würde, wie es jetzt geschehen ist! Es ist das ein reiner und uninteressirter Zug der Dankbarkeit und des Wohlwollens, den ich hier wahrnehme. Daß ich hier und in den meisten deutschen Ländern so geehrt werde, thut mir wohl, und ich werde darauf bis ans Ende meiner Tage mit Befriedigung zurückblicken. Für Ihre herzliche Begrüßung nehmen Sie meinen besten Dank.

In Göttingen war es der Prorector der Universität, Professor Dr. Merkel, der begrüßende Worte an den Fürsten richtete. Dieser, das Haupt mit der grünen Mütze seines alten Göttinger Corps Hannovera bedeckt, erwiderte:

Er danke herzlich für die freundliche Begrüßung in der alten Musenstadt. Vor sechzig Jahren sei er in die Thore von Göttingen eingezogen als flotter, frischer Student, und er müsse sagen, von allen den Orten, denen er seine Bildung verdanke, sei ihm Göttingen noch jetzt der liebste, da so schöne Jugenderinnerungen ihn an unsere Stadt bänden. Zu viel gearbeitet freilich habe er hier nicht. Jetzt sei die Zeit eine andere, sie erfordere auch von der studirenden Jugend ernsten Fleiß. Man rede jetzt so viel von einem Normalarbeitstage. Auch der Student möge sich einen solchen angewöhnen. Das mache in vier Studienjahren mehr als 4000 Arbeitsstunden, und in solchen könne man recht viel lernen. Er erwiderte die freundliche Begrüßung mit einem Hoch auf Göttingen und die Studentenschaft.

Auch in Eisenach und Meiningen fanden festliche Begrüßungen statt. Hier hielt Steuerrath Ginsberg (vgl. Band IV, S. 107) wieder die Ansprache.

Fürst Bismarck sagte herzlichen Dank. Es freue ihn, daß keine Aenderung in der wohlwollenden Anerkennung seiner Dienste eingetreten sei. Wenn auch nicht mehr an der Spitze stehend und jetzt Privatmann, habe er doch heute überall Wohlwollen und Liebe gefunden. Es sei ein wohlthuendes Gefühl, diese mit hinüber zu nehmen.

Die Rede wurde oft jubelnd durch Hochrufe unterbrochen. Auch der Frau Fürstin wurde ein donnerndes Hoch gebracht, und zahlreiche Blumenspenden wurden ihr überreicht. Der Fürst und die Fürstin unterhielten sich mit dem Publicum. Der Fürst war äußerst frisch und wohl. Bei der Abfahrt erschollen wieder stürmische Hochrufe.

In Kissingen bekundete die ungeschminkte Herzlichkeit des Empfanges die aufrichtige Freude der Bewohner und der Fremden über die Wiederkehr der hohen Gäste. Bis zur oberen Saline hinauf erstrahlte der Ort im prächtigsten Lichterglanz.

Der Prinzregent hatte königliche Dienerschaft und Geschirre dem Fürsten wie in allen früheren Jahren auch diesmal wieder zur Verfügung gestellt.

* * *

Am 4. August empfing der Fürst eine Abordnung aus Heidelberg — an ihrer Spitze der Reichstagsabgeordnete Consul Weber —, die eine Einladung dorthin überbrachte. Der Fürst sprach zwar seine Geneigtheit aus, Heidelberg zu besuchen, erklärte aber doch, daß er vorläufig über die Zeit und den Weg der Rückreise noch gar nichts bestimmen könnte. Aehnlich hatte er sich auch schon in Göttingen geäußert, dort aber besonders betont, daß er zunächst Leipzig einen Besuch schuldig wäre und zugedacht hätte.

Der 6. August brachte den Grafen Herbert und seine junge Gemahlin als Gäste des fürstlichen Paares nach Kissingen; am folgenden Tage trafen Graf und Gräfin Hoyos dort ein.

* * *

Etwa sechshundert Mitglieder des bayrischen Volksschullehrervereins, die an dessen 12. Hauptversammlung in Würzburg Theil genommen hatten, kamen am 11. August mit zahlreichen Damen nach Kissingen, um dem Fürsten ihre Huldigung darzubringen. Lehrer Dittmar aus Nürnberg begrüßte den Fürsten und schloß mit einem begeistert aufgenommenen Hoch auf ihn. Der Fürst dankte in folgender Ansprache:

> Ich danke Ihnen für die freundliche Begrüßung. Es ist richtig, daß ich auch in diesem Jahre in Kissingen, wohin ich nun seit bald zwanzig Jahren komme, Gesundheit und Heilung von mancherlei Leiden gefunden habe. Ich habe immer hier und in anderen bayrischen Landen eine freundliche Aufnahme gefunden und freue mich auch besonders Ihrer Begrüßung, sowohl im Rückblick auf die Vergangenheit, als im Ausblick auf die Zukunft; im Rückblick auf die Vergangenheit insofern, als Ihr Erscheinen mir wohl einen Antheil an der Urheberschaft der Beziehungen Bayerns und der Bundesstaaten zum Deutschen Reich zuerkennt; im Ausblick auf die Zukunft insofern, als unsere nationale Zukunft zu einem großen Theil in den Händen der deutschen Lehrerschaft liegt.
>
> Die Schule hat an unseren nationalen Institutionen einen erheblichen

Antheil, und unsere Schule — und darin macht wohl der kleinste Staat keine Ausnahme — ist wie unser deutsches Officiercorps eine specifisch deutsche Einrichtung, welche uns andere Nationen so leicht und so rasch nicht nachmachen werden. Im Laufe der letzten Jahrzehnte haben die von der Schule in die Jugend gesenkten Keime Früchte getragen und uns ein nationales politisches Bewußtsein und eine politische Besonnenheit gebracht, welche uns früher nicht eigenthümlich war.

Der mächtige Einfluß, welchen die Gesammtheit der Lehrer auf die nationale Erziehung nimmt, besteht darin, daß das deutsche Kind gleichsam wie ein unbeschriebenes Blatt dem Lehrer in die Hand gegeben wird, und was dieser zuerst im primären Unterricht darauf schreibt, bleibt mit unzerstörbarer Schrift fürs ganze Leben. Die jugendliche Seele ist ja weich und empfänglich, und jeder erfährt es, daß das, was er vom siebenten bis zum fünfzehnten Jahre gelernt hat, ihm auch unvergessen ist bis ins Greisenalter, daß es ihm klarer und verfügbarer bleibt, als später Erworbenes. In dieser Bildsamkeit der Jugend, in dem Festwachsen der Kindheitseindrücke liegt die Gewalt des deutschen Lehrerstandes über die deutsche Zukunft. Ich habe schon bei früherer Gelegenheit gesagt: Wer die Schule hat, hat die Zukunft.

Welchen Einfluß die Schule auf den nationalen Charakter zu üben vermag, dafür giebt uns Frankreich ein Beispiel. Ich habe bei meinem Aufenthalte daselbst, im Krieg und Frieden, die dortigen Schuleinrichtungen kennen zu lernen Gelegenheit gehabt, und man hat dort einen Weg eingeschlagen, der für unsere deutsche Heimat nicht zu empfehlen wäre. Die sonst hochgebildete Nation wird uns nicht zum wenigsten zu einem unbequemen Nachbar durch den Einfluß ihrer Schule, welche den Chauvinismus, die nationale Eitelkeit, die Unwissenheit in Geographie und Geschichte anderer Völker groß zieht. Seit Napoleon I. ist insbesondere der französische Geschichtsunterricht eine große Geschichtsfälschung, die nicht ohne schädigenden Einfluß bleiben kann. Aus diesen Thatsachen, wie wir sie in Frankreich beobachten, sollte man Anlaß nehmen, nach den Worten „Erkenne Dich selbst“ die minderglücklichen Eigenschaften unserer Nation durch die Schule zu bekämpfen. Aufgabe der Schule ist es z. B., dem früheren Hang unserer Landsleute zu Sonderverbindungen, welche von dem Nationalgedanken ableiteten, entgegen zu treten. Ein Blick auf jede alte Karte vor 1800 mit den vielen Reichsdörfern, Reichsstädten, Reichsklöstern zeigt, wohin diese Neigung zum Zerreißen des Ganzen führte; jeder wollte von dem Mantel der kaiserlichen Nation einen Fetzen sich aneignen. Schon für die Schule ist es eine dankbare Aufgabe, auf die Festigkeit des Gefühls, daß wir alle Deutsche sind, hinzuwirken.

Ich spreche hier nicht gegen den Particularismus, wie er von centralisirenden Interessen bekämpft wird. Der Particularismus ist durch die Vervielfältigung höfischer wie parlamentarischer Bildungsstätten im nationalen Conto ein wertvolles Saldo, das keine Gefahr, sondern eher eine Stütze für unser Zusammenhalten ist. Mit dem Particularismus verbindet sich Treue und Anhänglichkeit an die einzelne Dynastie, und das ist nothwendig. Denken wir uns als Fiction, alle Dynastien Deutschlands verschwänden, glauben Sie, wir blieben einig? Ich glaube nein. Selbst von Preußen, so fest es gefügt ist, glaube ich nicht, daß es ohne Dynastie so fortbestehen würde. Die Dynastien sind der Senat der Nation, und sie sind als Bindemittel zur Einigkeit der Nation nothwendig. Die Dynastien haben sich früher heftig bekämpft, und wir selbst, wenn ich als Preuße spreche, haben mit Bayern und gerade auch hier in Kissingen Krieg geführt. Das war ein Unglück, auf das ich nicht gerechnet hatte, aber mit dem ich schließlich rechnen mußte. Der Gedanke war ursprünglich der, daß, als Preußen und Oesterreich wegen des Dualismus stritten, aus dem einer ausscheiden sollte — das war der Zweck des Krieges, — die anderen Staaten unparteiisch bleiben würden. Die anderen Staaten griffen aber in den Kampf mit ein. Jene Zeit ist heute, nach fast dreißig Jahren, ein überwundener Standpunkt, und schon 1870, vier Jahre nach dem Bruderkriege, als manche von deutscher Kugel geschlagene Wunde noch nicht geheilt war, war jene unglückliche Zeit vergessen. Nicht nur der König von Bayern, das ganze bayrische Volk trat mit Begeisterung, als es die deutsche Grenze bedroht sah, für den Krieg ein. Als man sah, wie tapfer Bayern auf dem Schlachtfelde sich schlug, wie gute Kameradschaft es hielt, da hatte man das tröstliche Gefühl, daß die Tage von 1866 keine unheilbaren Wunden geschlagen.

Wir sind nun eine einheitliche, große Nation geworden, und haben die Einrichtungen gefunden, als Nation zu leben und zu athmen und eine gleichberechtigte Rolle neben England, Rußland und Frankreich zu spielen, welche ihre Einheit früher begründeten.

In diese Zusammengehörigkeit sind wir so fest verwachsen, daß es schwer sein wird, uns auseinander zu bringen, und selbst wenn Mißgriffe in der Politik gemacht werden sollten, so werden die einzelnen Stämme sich darob nicht bekriegen, sondern diese Mißverständnisse auszugleichen sich bemühen. Ich habe schon früher einmal gesagt, uns auseinander zu bringen würde schwieriger sein, als uns zusammenzubringen, eine Aufgabe, an der ich auch mitgearbeitet habe. Es wird unsere Aufgabe nicht erschweren, wenn wir gute Bayern und gute Sachsen haben, ich wünsche jedem Staat so viel Freiheit als möglich, insofern nicht unsere militairischen

und Zolleinrichtungen leiden. Wir sollen, wo es nothwendig ist, zusammengehen, sonst aber nachsichtig gegen die Eigenthümlichkeiten der einzelnen Staaten sein, in denen diese groß geworden sind und sich wohl befinden. Zu diesen Eigenarten tragen die Dynastien wesentlich bei. Die bayrische Dynastie war früher und jetzt eine mächtige und starke Stütze des Reiches, und ich bitte Sie in Anerkennung dieser Thatsache mit mir einzustimmen in den Ruf: Seine Königliche Hoheit Prinz Luitpold, unser gnädigster Herr, er lebe hoch!

* * *

Auf die ursprüngliche Anregung Kissinger Bürger, eine jenseits der Saale gelegene Straße Bismarck-Straße zu benennen, kam der Magistrat zu dem Beschlusse, der Saalestraße, in welcher seiner Zeit Kullmann auf den Reichskanzler schoß, den Namen Bismarck-Straße beizulegen. Bürgermeister Fuchs ließ sich in Folge dessen am 16. August beim Fürsten melden und überreichte ihm ein darauf bezügliches Schreiben:

Fürst Bismarck gab gern seine Einwilligung zur Neubenennung der Straße. Er äußerte u. A.:

> Gerade diese Straße könne dem deutschen Volke sagen, daß er um dasselbe auch Manches gelitten, denn das Kissinger Attentat sei ihm in unauslöschlicher Erinnerung.

Der Fürst behielt Herrn Bürgermeister Fuchs zum Frühstück, in dessen Verlauf der Fürst sich sehr aufgeräumt zeigte. Unter Anderm gedachte der Fürst eines familiären Erinnerungstages: Am 16. August wurde nämlich Graf Herbert Bismarck in den Reiterangriffen bei Mars-la-Tour verwundet. Die Taschenuhr, die Graf Herbert an diesem Tage trug, milderte die Kraft der Gewehrkugel, die ihm gegen die Brust flog, so daß er, dem sicheren Tode entgangen, mit einer Verwundung davonkam.

* * *

Die Münchener „Allg. Ztg.“ bringt am 17. August (A.-A.) folgenden Artikel:

> Die Stellung des Reichsschatzsecretairs. Gelegentlich der Erörterungen in der Presse über die Frage der Reichsfinanzreform und den Personenwechsel im Reichsschatzamt ist mehrfach auch die Stellung des Reichsschatzsecretairs zum Gegenstand der Betrachtung gemacht worden. Eine unrichtige Folgerung aus der Stellung der Finanzminister der Einzelstaaten stellt den Reichsschatzsecretair als ein wichtiges Mitglied der „Reichsregierung“ hin, welche bekanntlich verfassungsmäßig garnicht existirt. Man sollte in der Presse und im Parlament mehr Acht darauf geben, dieses aus sprachlichem Bequemlichkeitsbedürfniß entstandene Wort nicht einbürgern zu lassen, weil es geeignet ist, im deutschen Publicum

völlig unzutreffende Begriffe von unsern verfassungsmäßigen Einrichtungen festzulegen; dies umsomehr, als bekanntlich der Kreis von Personen, welche die Verfassung kennen oder sich nur die Mühe geben, sie aufmerksam zu lesen, leider ein recht kleiner ist.

Wir haben dies erst kürzlich angesehenen Zeitungen gegenüber gelegentlich des Verzichtes des Herrn Reichskanzlers auf die Biersteuer festzustellen vermocht, eines Verzichtes, zu welchem er ohne Beschluß des Bundesraths nicht im Namen des Reiches, und ohne Beschluß des preußischen Staatsministeriums auch nicht im Namen Preußens berechtigt war. Da, soviel bekannt, beide Beschlüsse aber weder beantragt noch gefaßt worden sind, so ist jener Verzicht im Widerspruch mit der Verfassung erfolgt. Derartige Widersprüche hatten wir in den letzten Jahren mehrfach zu verzeichnen. Im Widerspruch mit der Verfassung, zum mindesten mit der preußischen, war es jedenfalls, daß beim Abschluß der Handelsverträge das preußische Finanzministerium in keiner Weise zugezogen und über die voraussichtliche finanzielle Wirkung der Verträge auf Preußen nicht einmal befragt worden war. Das preußische Finanzressort hat sich ebenso wie Bundesrath und Reichstag vor das fait accompli von Rohnstock gestellt. Welche Schritte der preußische Finanzminister in dem einen wie in dem anderen Falle etwa gethan hat, um die Rechte und Pflichten seiner Stellung derartigen Uebergriffen gegenüber zu wahren, ist uns nicht bekannt, in die Oeffentlichkeit ist nichts darüber gelangt. In der Biersteuerfrage z. B. wäre er, unseres Erachtens, berechtigt und verpflichtet gewesen, seinen preußischen Collegen für das Auswärtige, Herrn von Caprivi, sofort amtlich darauf aufmerksam zu machen und dies auch in der Presse zu vertreten, daß für Regierungsacte des Königs von Preußen in Steuersachen der Finanzminister die Verantwortung trägt, und daß daher der Minister des Auswärtigen für eine derartige Erklärung in keiner Weise zuständig ist. Angesichts des mit der Verfassung in so auffälliger Weise nicht übereinstimmenden Verfahrens des Herrn Reichskanzlers hätte somit von Rechtswegen dieser und nicht der gleich fast allen anderen Mitgliedern des Bundesraths davon überraschte Schatzsecretair seinen Abschied einreichen müssen.

Dieser Fall ist in der That recht geeignet, an einem eclatanten Beispiel darzuthun, daß wir eine „Reichsregierung“ nicht nur nicht haben, sondern auch gar nicht haben können, so häufig dieses Wort sich neuerdings auch im officiösen Sprachgebrauch finden mag. Der Reichsschatzsecretair ist gegenwärtig thatsächlich der Untergebene des preußischen Ministers des Auswärtigen, denn der Reichskanzler lediglich als solcher hat verfassungsmäßig gar keine Berechtigung zur Gesetzgebung und zur Mitwirkung an derselben. Nun hat aber in Finanzfragen doch nicht

der preußische Minister des Auswärtigen, sondern der preußische Finanzminister den vorwiegenden Einfluß zu üben. Dies war von jeher das leitende Princip. So lange der frühere Reichskanzler in Reichsfinanzsachen durch Herrn Delbrück vertreten war, bestand zwischen diesem und dem preußischen Finanzminister Herrn Camphausen eine reichskundige Uebereinstimmung. Als später, nach dem Ausscheiden Beider, das Reichsschatzamt mit dem Unterstaatssecretair Scholz an der Spitze gebildet wurde, war dieses Amt lediglich zur technischen Unterstützung des Reichskanzlers in den Verhandlungen mit dem preußischen Finanzministerium gedacht, dessen Superiorität damit ausdrücklich anerkannt wurde. Dieser Ursprung des Reichsschatzamts ist durch die an das letztere geknüpften Unificationsbestrebungen, durch den im Parlament hervorgetretenen Wunsch, das Amt zu einem Reichsfinanzministerium auszubauen, in Vergessenheit gerathen. Aber der preußische Finanzminister kann und soll die Interessen von 30 Millionen Preußen nicht dem Reichsschatzamt überlassen, welches ohne Fühlung mit dem praktischen Leben ist, weil es keine mit diesem im Zusammenhange stehende Verwaltung hat. Der Leiter der directen Steuern muß auch vollen Einfluß auf die indirecten Steuern haben. Die gesammte Regierung des Reiches war seiner Zeit so gedacht, daß preußische Ressortminister mit den anderen deutschen Ministern theilen, nicht mit dem Reichskanzler, oder daß dieser gar ohne sie regiert. Letzteres, die sogenannte „Reichsregierung", wäre durchaus verfassungswidrig. Ein General, der der maßgebende und befehlende Vorgesetzte des Reichsschatzsecretairs ist, kann nicht die indirecte Besteuerung Preußens leiten; das ist Sache des preußischen Finanzministers, und jedes Vorgehen ohne Berathung mit dem letzteren liefe der Verfassung zuwider.

Ein Artikel im „Hamb. Corresp." vom 9. d. Mon. versucht nun in auffälliger Absichtlichkeit, die Verfassung nach dieser Richtung zu fälschen. Es heißt darin, nachdem ausgeführt worden, daß „zur Zeit keiner der Wege gangbar ist, auf denen eine entsprechende Erhöhung der Stellung des Schatzsecretairs im Reichsschatzamt, beziehungsweise die Herstellung der vollen persönlichen Verantwortlichkeit möglich ist".

„Die Verwandlung des Reichsschatzamts in ein selbstständiges Reichsfinanzministerium wird auch in solchen Kreisen, die von particularistischen Tendenzen ganz frei sind, als politisch und gesetztechnisch ganz unausführbar angesehen. Dasselbe würde von dem Gedanken gelten, der Reichsfinanzverwaltung das Rückgrat selbstständiger Verantwortlichkeit durch organisatorische Verbindung mit dem preußischen Finanzministerium zu verschaffen. Nicht in dem gleichen Maaße wirksam, aber doch nicht ganz von der Hand zu weisen, ist ein weiterer Gedanke, dem Leiter der

Reichsfinanzen eine autoritative und mit persönlicher ministerieller Verantwortlichkeit ausgestattete Stellung zu geben, und zwar auf dem bereits mit dem Staatssecretair im Reichsamt des Innern und zeitweilig mit dem Staatssecretair im Auswärtigen Amt eingeschlagenen Wege der Ernennung zum preußischen Staatsminister. Nach beiden Richtungen würde damit ohne Zweifel, wenn auch auf einem Umwege, eine erhebliche Besserung in der Stellung der Leitung der Reichsfinanzverwaltung und zugleich der Vortheil erzielt, daß etwaigen Meinungsverschiedenheiten zwischen diesem und dem preußischen Finanzminister im Entstehen vorgebeugt werden kann."

Nach diesem Vorschlage würden wir also künftig im preußischen Staatsministerium zwei Finanzminister, einen für die directen und einen für die indirecten Steuern haben! Wie der Verfasser dieses seltsamen Vorschlages sich die organische Verbindung dieser beiden Finanzminister denkt, führt er leider nicht weiter aus. Er gelangt von unrichtigen Voraussetzungen zu unrichtigen Schlüssen. Der Staatssecretair des Auswärtigen (Herr von Bülow) ist seiner Zeit zum preußischen Staatsminister ernannt worden, weil er neben dem Reichsamt zugleich preußischer Minister des Auswärtigen war, ein Amt, welches bekanntlich der jetzige Staatssecretair des Auswärtigen nicht bekleidet, sondern welches von Herrn von Caprivi selbst geführt wird. Auf diesem seinem Amt als preußischer Minister des Auswärtigen beruht der Zusammenhang des jetzigen Reichskanzlers mit dem preußischen Staatsministerium. Was den Staatssecretair im Reichsamt des Innern anbelangt, so erfolgte dessen Ernennung zum preußischen Staatsminister theils in Erbschaft der Stellung der früheren Präsidenten des ehemaligen Reichskanzleramts (Delbrück, Hofmann), welche den Reichskanzler im preußischen Staatsministerium zu vertreten hatten; theils weil der jetzige Inhaber dieses Postens die Vertretung des Fürsten Bismarck als preußischer Handelsminister zu führen hatte. Mit dem Allem aber hat die Stellung des Reichsschatzsecretairs nichts zu thun, und es ist uns unverständlich, wie der in diesem Fall völlig inhaltleere Titel eines preußischen Staatsministers seinem Träger dem Bundesrath und Reichstag gegenüber „eine autoritative und mit persönlicher ministerieller Verantwortlichkeit ausgestattete Stellung" zu geben vermöchte. Oder will man den Reichsschatzsecretair einfach zum preußischen Finanzminister machen, so wäre eben der Untergebene des Reichskanzlers zugleich sein in preußischen Dingen sehr maßgebender College, bekanntlich der Grund, aus welchem Herr Miquel das Reichsschatzamt nicht übernehmen konnte. Aus dieser gänzlich haltlosen Combination eines unserer officiösesten Blätter ergiebt sich eben nur das absolute Bestreben, alle verfassungsmäßigen Factoren einem Willen zu

unterwerfen. Für das Reich als ausschlaggebend zu brauchen ist nur die Autorität des preußischen Finanzministers auch in den Reichsfinanzfragen.

* * *

Der Männer-Gesangverein „Orpheus“ aus Barmen, der soeben eine Kunstreise durch Thüringen beendet hat, sang am 18. August vor dem Fürsten Bismarck, den Namens der Sänger Professor Hörter-Barmen begrüßte, in begeisterten Worten auf die Bedeutung des deutschen Liedes verweisend, das im Fürsten Bismarck, dem Begründer deutscher Einheit, einen mächtigen Förderer gefunden habe. Redner schloß mit einem Hoch auf den Fürsten.

Fürst Bismarck erwiderte u. A., das deutsche Lied zähle er mit zu den Imponderabilien, die unseren Einigkeitsbestrebungen Erfolg und Verbreitung verschafft. Wenige der Herren dürften alt genug sein sich der Erfolge zu erinnern, die schon im Jahre 1841 Becker's Rheinlied in dem damals in viele particularistischen Einzelstaaten getheilten Deutschland erzielte; man gewann damals, als die Franzosen Uebergriffs-Gelüste zeigten, den Eindruck, als stünden einige Armeecorps mehr an der Grenze, als es thatsächlich der Fall war. Der Erfolg der „Wacht am Rhein“ liegt uns näher. In winterlichen Bivouacs, wo es oft an ordentlicher Nahrung fehlte, war das Singen dieses Liedes den Soldaten doch eine Herzstärkung, und diese ist wichtig fürs Gefecht. Numerische Mehrheit thut es im Kriege nicht, moralischer Halt ist nothwendig, und dieser erhielt 1870 auch unseren Soldaten den Muth aufrecht.

Auch die Beziehungen zu unseren Bundesgenossen, so zum mächtigsten, Oesterreich, liegen mehr auf culturellem als anderem Gebiete, und die Musik hat an diesen Beziehungen redlichen Antheil. Wir hätten kaum so oft nach Wien geblickt, hätten nicht Haydn, Mozart und Beethoven dort gelebt und die Beziehungen zwischen Niederrhein und Wien gefestigt. Auch in unseren Beziehungen zu Italien hat die Musik ihre Verdienste. Die Musik wäre bei uns wohl nicht so entwickelt, fände sie nicht auch an den einzelnen Höfen rege Pflege — und von den herrschenden Familien in Deutschland ist ja keine musikfeindlich. Ich danke Ihnen, sprach der Fürst gegen Schluß seiner Ansprache, für die Förderung des deutschen Liedes, pflegen Sie es auch ferner. Das deutsche Lied klingt, wo es ernst wird, an das deutsche Vaterland und die Einheit an, bis in die Studentengelage hinein kommt immer dieser Grundgedanke — der Deutsche kann diese Eigenschaft nicht verschweigen, Das deutsche Lied hält auch die deutsche Einheit wach — die Deutschen

sind wie ein Ehepaar, in stillen Zeiten zankt man sich wohl tüchtig, will aber ein dritter sich darein mischen, so fallen Mann und Frau einig über ihn her! (Heiterkeit.)

Die Sänger, welche eine prächtige Fahne mit sich führten, brachten „Deutschland, dein Volk es singt“ von Hermes, den „Weihegesang“ von Abt und dann Volkslieder: „In einem kühlen Grunde“, „Jetzt gang i ans Brünnele“ und „Ach, wie ist's möglich dann“ zum Vortrag. Besonders die Volkslieder wurden meisterlich gesungen. Der Fürst richtete des Oefteren an die Sänger, von denen einer auch auf die Fürstin und die fürstliche Familie ein Hoch ausbrachte, freundliche Worte und meinte einmal bei den Volksliedern:

„Die gehen meistens aufs Sterben aus, mit dem Sterben wollen wir aber noch nicht so schnell bei der Hand sein.“

* * *

Am Sonntag, den 20. August, kamen etwa 1000 Thüringer nach Kissingen, um dem Fürsten ihre Huldigung darzubringen. Die große Rede, die der Fürst bei dieser Gelegenheit auf die Ansprache des Bauraths Fritze aus Meiningen hielt, lautete nach den „Hamb. Nachr.“ vom 24. August (M.-A.):

Meine Herren und Damen! Ich danke Ihnen, daß Sie gekommen sind, mich zu begrüßen und mir die wohlthuende Anerkennung, die in dem Liede lag, das Sie gesungen haben und das ich schon in Eisenach bei meiner Ankunft in Thüringen gehört habe,[1]) durch ihre Gegenwart zu bestätigen und zum Ausdruck zu bringen.

Sie kommen hierher zu einer Zeit, in welcher für mich historische Erinnerungen immer besonders lebendig sind: die Erinnerungen an die großen geschichtlichen Begebenheiten der Augustwoche, wo in der Nähe von Metz vor nunmehr 23 Jahren die Siege erfochten wurden, welche die Grundlage gebildet haben zur Einigung und Entstehung des Deutschen Reiches, zu unserer heutigen nationalen Existenz.

Es ist heute der 20. August, der Jahrestag eines schmerzlichen Rückblicks auf die Verluste, die unser Heer in jener Woche erlitten hatte, die unsere Befürchtungen weit überstiegen und die damals eine niederschlagende Wirkung der Trauer auf uns übten.

Die Opfer, welche die Woche vor Metz gefordert, sind im weiteren Verlaufe des Feldzuges ja noch schwerer geworden. Nichtsdestoweniger werden wir im Rückblick auf die Erfolge von heute den Preis, den wir für die Errungenschaften bezahlt haben, nicht zu hoch finden, und mit Ausnahme derjenigen, die schwere Verluste ihrer Angehörigen oder Ver-

[1]) Bismarckhymne nach der Melodie des alten Thüringer Volksliedes: „Ach, wie ist's möglich dann.“

wundungen erlitten haben, muß heutzutage Jeder sagen: Das Erworbene war der Opfer werth; wir betrauern die Opfer, aber wir sehen, daß sie nicht umsonst waren.

Daraus dürfen wir eine Schätzung des Werthes der Errungenschaften entnehmen, die solcher Opfer werth waren, eine Schätzung, die uns verpflichtet, das Errungene mit großer Sorgfalt zu hegen und zu pflegen (Bravo!) und stets eingedenk zu sein der Größe der Opfer, die dafür gefallen sind, und es als eine Sünde gegen die Manen der Geschiedenen ansehen, wenn wir in jetziger Friedenszeit nicht thun, was wir können, um zu erhalten, was sie uns erkämpft haben, was durch sie uns erworben worden ist. (Bravo!)

Was uns erworben worden, ist in erster Linie die nationale deutsche Einheit, die im Laufe der Jahrhunderte wiederholt zu Stande kommen sollte, aber trotz der Bemühung Aller niemals erreicht wurde und nur unter der Asche fortglomm.

Dieses Gefühl der Einheit, das Nationalgefühl, ist ja nicht wägbar und kein materielles, man kann nicht davon essen und trinken, es auch nicht in Geldwerth umsetzen. Aber wie hoch wir es halten, das zeigt die Stimmung der ganzen Nation, so oft von der Einheit die Rede ist; das zeigt der Besuch, den Sie mir heute machen, und das zeigen die Besuche der anderen deutschen Stämme, die in der Hauptsache doch Anerkennung des Erworbenen und Zufriedenheit mit demselben bekunden.

Und in dieser Auffassung ist mir eine Begrüßung wie die Ihrige heute von hohem Werth, indem ich darin nicht nur die Anerkennung der Vergangenheit und der Leistungen der einzelnen Personen erblicke, sondern zugleich eine Bürgschaft der Dauer, daß Sie das Errungene nicht wieder loslassen wollen. (Beifall.)

Nächst dem Gefühl der nationalen Zusammengehörigkeit ist eine zweite Errungenschaft die erhöhte Sicherheit gegen äußere Angriffe und Kriege. Die Sicherung der nationalen Unabhängigkeit wird dadurch erhöht, daß wir zusammenstehen und auf diesem Wege die Kraft, die in der Nation steckt, zur vollen Geltung bringen.

Außerdem haben wir ein materielles Unterpfand unserer nationalen Sicherheit in der Vorrückung unserer Grenze nach Westen auf den alten Grenzzug der Vogesen erworben. Dadurch sind wir gegen die seit Ludwig XIV. ununterbrochenen Bedrohungen gedeckter. Durch Vorschiebung des französischen Gebietes nach Metz und Straßburg war gleichsam ein Keil in das deutsche Land getrieben worden, und die Franzosen konnten immer schneller in Stuttgart sein als die Norddeutschen. Durch die Siege bei Weißenburg und Wörth ist der Zusammenhang

zwischen Nord und Süd sichergestellt worden. Daß dieser materielle Uebelstand gehoben wurde, ist besonders für die früheren Grenzländer Baden und Württemberg wesentlich und von beruhigender Wirkung. Halten wir nicht aneinander fest, so werden wir auch nicht im Stande sein, die Bollwerke festzuhalten, die wir an Metz und Straßburg gewonnen haben. Daher möchte ich vor Allem strenges Festhalten an Einheit und Einigkeit allerseits empfehlen.

Es ist uns, seit wir einig sind, gelungen, den Frieden nunmehr 22 Jahre zu erhalten; ein annähernd ähnliches Resultat ist ein Menschenalter früher vom gesammten Europa, von Moskau bis Spanien erreicht worden, doch nicht so dauerhaft. Die Ergebnisse des Wiener Congresses und des zweimaligen siegreichen Einrückens des verbündeten Europa in Paris wurden wesentlich bedroht durch die Julirevolution 1830, und sie brachen zusammen mit dem Jahre 1848.

Daß wir nun mit diesem Nachbarn, den wir nun einmal haben und den uns Gott gegeben, um uns wachsam zu erhalten und uns vor dem Einschlafen auf unseren Lorbern zu bewahren — daß wir mit diesem 22 Jahre in Frieden gelebt haben, obschon inzwischen die Republik, also eine schwerer regierbare Form, dort zur Herrschaft gelangt ist, das beruht doch wesentlich auf dem Schwergewicht, das Deutschland durch seine Einigkeit erworben. Es ist nicht mehr so leicht, Deutschland anzugreifen, man würde in Paris nicht mehr mit sicherem Gefühle „à Berlin!“ schreien, wie zu einer Vergnügungsreise. Es ist ihnen zum Bewußtsein gekommen, welche Macht in unserm Volke steckt.

Darum möchte ich bitten, allen Anwandlungen zu widerstehen, die von verschiedenen Seiten an uns herantreten, an dem, was wir haben, zu nörgeln und bröckeln. Manches wird vorgebracht, was darauf abzielt, an unserer Verfassung zu bröckeln, ohne daß man weiß, was man an seine Stelle setzen soll. Officiöse Preßblätter machen heute Versuche, an unsern verfassungsmäßigen Einrichtungen im Sinne des Unitarismus zu verbessern. Das Bessere ist des Guten Feind.

Meine Freunde, ich meine die Nationalliberalen, hatten im Jahre 1848 andere mehr unitarische Gedanken über die deutsche Zukunft, aber sie kamen damit nicht zum Ziel, und zwar weil ihre Durchführung in dieser Form den uns gemeinsamen Empfindungen nicht entsprochen hatte, und mehr nach der Schablone als nach dem deutschen Gemüthsleben gerechnet war. Sie hatten nicht gewußt oder nicht für wichtig gehalten, daß die materielle Macht in Deutschland bei den Dynastieen lag. Sie hatten die Einheit ohne diese geplant und machten sie sich zu Gegnern, während wir doch Feinde genug in Europa hatten, wir brauchten sie nicht zu suchen. Ich glaube, es war richtig, Alles zu schonen, was

in der Richtung des Einheitsgedankens dem Ausland gegenüber irgend zu ertragen war. In diesem Sinn ist es mir eine besondere Freude, daß die Kundgebungen des Wohlwollens und die Anerkennung der Vergangenheit mir namentlich auch außerhalb des größten deutschen Staates zu Theil wurde. So lange Sie alle damit zufrieden sind, steht die deutsche Einigkeit auch fest.

Wenn ich mit meinen preußischen Landsleuten spreche, und sie damit nicht zufrieden sind, so sage ich ihnen: „Ihr seid Particularisten und kennt nicht, was außerhalb Preußens ist."

Ich habe eben noch Caricaturen gefunden, wo mir ein eifriger Feind die Pflege der Kleinstaaten zum Vorwurf macht. Ich habe das mit Vergnügen und Genugthuung gesehen: ich bin niemals Unitarier gewesen. In derselben Caricatur wurde mir vorgeworfen, ich hätte in dieser Beziehung meine Gesinnung geändert: das ist eine frivole Beschuldigung. Ich habe von Anfang an gesagt: Wir müssen unsre Kleinstaaten, mit denen wir leben, schonen und erhalten, wir müssen sie heranziehen zu dem gemeinsamen Werke, und wenn man das Gegentheil thun wollte, wie heute in mehr oder weniger officiösen Kreisen angedeutet wird, wenn man eine unitarische Centralmacht, eine kaiserliche Regierung in Deutschland schaffen will, die bisher verfassungsmäßig nicht existirt, dann sehe ich mit Besorgniß auf diese Symptome hin. (Beifall.)

Für Ihre Zufriedenheit als Thüringer würde es kaum förderlich sein, wenn Ihre acht freundlichen Fürstenresidenzen verschwänden aus Ihrem Berglande und deren Macht sich concentrirte in einem kaiserlichen Oberpräsidium, das in Erfurt residirte. Der Deutsche hängt an seinen Dynastien (lebhaftes Bravo), und die Dynastien haben gezeigt, daß sie auch an Deutschland hängen; sie sind mit den Rechten und Bürgschaften, die ihnen geblieben, zufrieden, mehr als ich erwartet hätte. Das ist ein positiver Werth. Die Dynastien, welche wir haben, müssen wir nicht bekämpfen, sondern pflegen.

Die Vorwürfe, die man mir macht, ich hätte früher anders gedacht, sind vollständig aus der Luft gegriffen; es ist die heute so übliche Verwechslung des Sachlichen mit dem Persönlichen. Man wirft mir vor, daß ich der Regierung Opposition mache. Ich fürchte diesen Vorwurf nicht. Wenn ich agitiren wollte, so brauchte ich nur eine Rundreise in Deutschland zu machen (Heiterkeit), Volksversammlungen abzuhalten und breit zu drücken, was ich an den Maßnahmen auszusetzen habe. Das ist mir nie im Traume eingefallen. Wenn mich aber politische Freunde besuchen, so mache ich aus meinem Herzen keine Mördergrube. Das Lügen habe ich auch als Diplomat nicht gelernt. (Lebhaftes

Bravo.) Und ich betrachte einen Besuch, wie den Ihrigen, doch als eine stumme Frage, wie ich über Menschen und Dinge denke. Deshalb spreche ich mich darüber aus.

Seit meinem Austritt aus dem Amt habe ich die erste politische Aeußerung hierüber einer Studenten-Deputation hier in meinem Saal gethan, die etwas verwundert war über den Accent, den ich auf die Erhaltung der Reichsverfassung legte.[1])

Ich bedauere in hohem Grade die Trennung des Reichskanzleramtes von dem preußischen Ministerpräsidium. Die Aemter der Verwaltungsbeamten des Reiches, von denen der Kanzler der erste ist, sind lediglich executive und entbehren auf dem Gebiete der Gesetzgebung der Berechtigung zur Mitwirkung. Ich habe mit Verwunderung gelesen, daß in Frankfurt der preußische und der bayrische Minister und andere unter dem Vorsitze des „Reichsschatzsekretairs“, eines Unterbeamten des preußischen Ministers der auswärtigen Angelegenheiten in dessen Eigenschaft als Reichskanzler, getagt haben. Die Bedeutung des Reichskanzlers beruht auf seiner Stellung als preußischer Minister der auswärtigen Angelegenheiten, als welcher er die 17 preußischen Stimmen im Bundesrath zu instruiren berechtigt ist. Als Reichskanzler selbst ist er Vorgesetzter derjenigen Verwaltungen, die im Besitze des Reiches sind, als Post u. s. w. In der Gesetzgebung der Bundesländer hat er nicht weiter mitzuwirken, als die Vorlagen des Bundesraths an den Reichstag zu bringen. Aber innerhalb der Gesetzgebung hat weder Se. Maj. der Kaiser noch der Reichskanzler eine andere Thätigkeit zu entfalten, als die Publicirung der vom Bundesrath und Reichstag votirten Gesetze. Der Kaiser hat im Bundesrath keine Stimme, sondern nur der König von Preußen. Und deshalb ist nothwendig, daß im Bundesrath nichts vorgebracht werde, was nicht vorher die Zustimmung des preußischen Staatsministeriums gefunden hat. Alle an den Bundesrath gehenden Vorlagen des „Präsidiums“ sind verfassungsmäßig vorher der Kritik des preußischen Ministeriums zu unterstellen; dies ist in der letzten Zeit nicht immer mit der nöthigen Genauigkeit beobachtet worden. Ich habe im Dienst ja vorzugsweise den Titel „Reichskanzler“ geführt, das war aber ursprünglich nicht meine Absicht, indem der Reichskanzler zuerst nichts Anderes als der frühere preußische Bundestagsgesandte im alten Sinne sein sollte mit dem Titel eines Präsidialgesandten, und es war beabsichtigt, ihm zugleich die Leitung der deutschen Abtheilung im preußischen auswärtigen Ministerium zu übertragen.

---

[1]) Am 10. August 1891. Vgl. Band II, Seite 190 f.

Dieser Entwurf änderte sich, nachdem der Reichstag beschlossen hatte, daß der Bundeskanzler der verantwortlich contrasignirende Beamte für die Anordnungen des Präsidiums, heute des „Kaisers", sein sollte. Nachdem dies rechtsbeständig geworden, mußten der auswärtige Minister und der Kanzler combinirt werden, da der König nicht zwei concurrirende auswärtige Rathgeber haben konnte. Es war rein zufällig, daß ich den Titel Reichskanzler gewohnheitsmäßig führte, meine Competenz lag in der Eigenschaft des leitenden preußischen Ministers, dessen Organ ich selbst als Reichskanzler war. Ich möchte nicht, daß meine Titelwahl zum Schaden in der Entwicklung des Reichs durch Uebertreibung der Stellung des Reichskanzlers wird; der Reichskanzler mit den wenigen Räthen, die er um sich hat, kann die Thätigkeit des preußischen Gesammtministeriums nicht ersetzen mit dessen hundert oder tausend eingeübten Räthen, die mit dem Volksleben durch ihren täglichen Dienst in Fühlung stehen und damit sachkundig vertraut sind. Es ist eine verfassungswidrige Künstelei, wenn man den Reichskanzler in seiner militairischen Person als verantwortlichen Träger unserer Gesetzgebung, oder wenn man den Reichsschatzsecretair als eine verantwortliche Persönlichkeit hinstellen will, während er nur Untergebener des Reichskanzlers ist. Ob er nun Posadowsky oder Schraut heißt, ist ganz gleichgültig; er ist nur ausführender Beamter, hat keine Verantwortung für unsere Gesetzgebung, und sie ihm beilegen, ist eine tendenziöse Abweichung von der Verfassung. Ich halte die Tendenz dazu, wie sie in officiösen Blättern Ausdruck gefunden hat, für schädlich und gefährlich. Wir dürfen im Unitarismus nicht über die Verfassung hinausgehen. Die Verfassung hat nicht nur der Opfer an Blut und Leben genug gekostet und ist deren werth gewesen, sondern es war auch eine außerordentlich schwere Arbeit, die seit Jahrhunderten kämpfenden divergirenden Interessen unter einen Hut zu bringen, und zwar in der Weise, daß schließlich Alle zwar nicht zufrieden waren, aber doch zustimmten. Wenn daran gerüttelt wird, so macht mir das für mein Alter schwere Sorgen. Ich bin ja nicht mehr verantwortlich, aber ich würde ein Gefühl der Feigheit haben, wenn ich dazu schweigen wollte (Beifall), wenn sich die Dinge so gestalten, daß sie ein Abbröckeln der Verfassung bedeuten.

Aber ich bin der Meinung, daß jeder meiner Landsleute dasselbe Bedürfniß hat, die Reichsverfassung aufrechtzuhalten, und dieselbe Pflicht, wie ich, dafür einzutreten. Es ist ja ganz natürlich, daß die leitenden Persönlichkeiten des neuen Courses nicht dieselbe Vertrautheit mit der Situation und Stimmung in Deutschland und im Ausland besitzen, wie sie beim alten Cours und unter dem alten Kaiser durch vierzigjährige

Erfahrung gewonnen worden waren (lebhaftes Bravo!) im Frontdienste des diplomatischen und parlamentarischen Lebens.

In solchen Fällen muß jeder seinen Theil zur Richtigstellung unserer Politik beitragen und dazu mitwirken, daß die Regierungen davon Kenntniß erhalten; darunter verstehe ich die Regierungen Preußens sowohl wie der nichtpreußischen Bundesstaaten. Alle deutschen Landtage sollten sich in dieser Hinsicht thätiger zeigen; die Sorge für die deutsche Sache sollte in jedem deutschen Landtage die erste Nummer der Tagesordnung sein; das heißt die Frage: Geschieht, was unser schwer erkämpftes Gut schädigen kann oder nicht?

Ich hatte erwartet, daß Anträge in dieser Richtung bis zum Bundesrathe gelangen würden, aber die lebhafte Betheiligung an den nationalen Fragen hat abgenommen, weil man die Einheit jetzt als einen Besitz betrachtet, der immer war, und nicht mehr verloren gehen kann. Die alten Leute, die das erlebt haben, wie ich zum Beispiel 1833 auf einer Fußwanderung durch die thüringischen Staaten viele Unannehmlichkeiten mit Paß und Zoll erfuhr, werden immer seltener. Das ist jetzt anders geworden, aber man bildet sich ein, es sei immer so wie heute gewesen.

Man wirft mir vor, ich hätte früher jeden Widerstand gegen die Centralisation bekämpft. Das ist eine Verwechslung zwischen der Sache und Person. Ich bin mit den Vorlagen, die ich als Minister selbst eingebracht hatte, natürlich einverstanden gewesen und habe die Opposition dagegen bekämpft mit mehr oder weniger Heftigkeit, wie sie eben in der Persönlichkeit liegt. Es ist aber etwas ganz Anderes, wenn ich mit einer ministeriellen Vorlage nicht einverstanden bin, wenn ich sie schädlich finde, wie das heute mitunter vorkommt. Als Minister konnte ich die Vorlagen, die ich einbrachte, nicht bekämpfen; soll ich deshalb über Vorlagen, die ich mißbillige, jetzt schweigen, bloß weil sie ministerielle sind? Wenn ich von der höchsten Geschäftsleitung auch für unfähig gehalten worden bin, so kann ich doch dadurch, daß ich ein Menschenalter hindurch die Staatsgeschäfte nicht ohne Erfolg geleitet habe, nicht meine angeborenen staatsbürgerlichen Rechte der freien Meinungsäußerung verloren haben. (Anhaltendes Bravo!) Die werde ich mir nicht nehmen lassen, so lange ich lebe, und ich habe keine Bedürfnisse und Bestrebungen, die mich auf diesem Wege irre machen könnten. (Bravo!) Aber wenn die Herren, wie ich aus Ihrem Zurufe entnehme, mit mir einig sind, daß der Weg des Unitarismus bedenklich ist, und daß unsere Dynastien nicht Gegner, sondern starke Hülfsmittel für die Einigkeit und Erhaltung des Reiches sind, so bitte ich Sie, mit mir ein Hoch auf die Thüringer Landesherren, die Wettiner sowohl als die anderen, auf alle acht auszubringen: Sie leben hoch!

Nachdem die stürmischen Hoch- und Bravorufe verklungen waren, fügte der Fürst hinzu:

Ich danke Ihnen, meine Herren, daß Sie mir so lange Gehör geschenkt haben. Weß das Herz voll ist, deß geht der Mund über. Ich stehe heutzutage mit keinem einzigen Blatt in Verbindung. Ich zahle mit derselben Münze, mit der mir gezahlt wird. Wenn Sie kommen, um mich zu besuchen, als politische Freunde, so habe ich Grund, meine Dankbarkeit auszusprechen und Ihnen zu sagen, was ich über die heutige Lage denke.

* * *

Graf und Gräfin Herbert Bismarck kehren am 20. August wieder nach Schönhausen zurück.

* * *

In einer Betrachtung über „die Stellung des Reichsschatzsecretairs“ hatte die Münch. „Allg. Ztg.“ am 17. August (M.-A.) auf die irrthümliche Anwendung des Wortes wie des Begriffes „Reichsregierung“ hingewiesen. Der Gegenstand erscheint dem genannten Blatte wichtig genug, um noch einmal eingehender darauf zurückzukommen und namentlich an der historischen Entwicklung zu zeigen, daß die Errichtung einer „Reichsregierung“ so wenig im Wortlaut wie in der Absicht der Reichsverfassung gelegen ist. Das Blatt schreibt am 22. August (M.-A.):

Die Neigung zum Schematismus, eines der Hauptübel unserer Zeit, kann sich noch immer nicht damit befreunden, daß die Bundes- und spätere Reichsverfassung nicht ein Formular war, welches die verbündeten Fürsten und Freien Städte einfach zu unterschreiben hatten, daß es sich weder 1867 noch 1870 darum handeln konnte, eine Verfassung zu octroyiren, wie sie etwa dem preußischen Bedürfniß für die Regierung des Reichs entsprochen haben würde, sondern daß die Verfassung zwischen Verbündeten unter vollem Einfluß der in den einzelnen deutschen Ländern wirksamen dynastischen, politischen und militairischen Factoren zu vereinbaren war. Gemeinsam anerkannt wurde 1867 wie 1870 die Führung Preußens in Deutschland, aus politischen Gründen wie dem nationalen Gedanken zu Liebe ward sie mit dem Glanze der Kaiserwürde umgeben, aber man war nicht gemeint, damit ein gleichsam in der Luft schwebendes Reichsregiment zu schaffen, eine „Reichsregierung“, welche, losgelöst von den starken Wurzeln des mächtigsten Einzelstaates, thatsächlich nichts zu regieren hätte, da die einzelnen deutschen Bundesfürsten Souveraine ihrer Länder blieben und bleiben sollen. Unter der Fiction der Reichsregierung geht uns die gesammte nationale Bewegung, wie sie sich von 1859 bis 1870 in steigendem Maaße die

Bahn brach, geht uns der nationale Gedanke verloren, der für ein „Deutschland unter Preußens Führung" stritt, es hatte eine hohe symbolische Bedeutung, daß bei der Eröffnung des ersten deutschen Reichstages am 21. März 1871 dem ersten deutschen Kaiser — die preußische Königskrone vorangetragen wurde.

Auf die „Reichsregierung" läßt sich treffend das bekannte Citat anwenden: Wo die Begriffe fehlen, da stellt zur rechten Zeit das Wort sich ein. Die Regierung des Reichs soll durch den Bundesrath als Vertretung der Gesammtheit der Regierungen mit dem darin vorwiegenden Einfluß Preußens geschehen, und alle Reichsämter sind nur Mittel und Organe zu diesem Zweck. Je mehr die Reichsämter sich zu selbstständigeren Behörden auswachsen, desto mehr geht ihnen und damit der Regierung über das Reich auf dem Wege der Ressortgegensätze und des Ressortparticularismus der innere Zusammenhang mit Preußen verloren. Zum Theil vollzieht sich diese unorganische Umgestaltung der Reichsämter unter einem parlamentarischen Bestreben, auf diesem Wege zu den durchaus verfassungswidrigen und in den Rahmen unserer Verfassung nicht passenden „Reichsministerien" zu gelangen, zum andern Theil dadurch, daß der Nachfolger des Fürsten Bismarck diese Reichsämter als gegebene Größen vorfand, die er nicht — wie ihr Schöpfer — zu übersehen und zu beherrschen vermochte, so daß er in Folge dessen geschehen lassen mußte, daß sie aus der Stellung *unter* ihm zu einer Stellung fast *neben* ihm emporwuchsen. Diesem Entwickelungsgange sich entgegenzustellen, war Graf Caprivi wohl um so weniger geneigt, als er persönlich eines jener Reichsämter, die damals noch ungetheilte Admiralität, bekleidet hatte und somit für das durchaus verfassungswidrige Streben des Ressorts nach Selbstständigkeit volles Verständniß mitbrachte. Ja, man darf annehmen, daß die Rede, mit welcher der neue Ministerpräsident und Reichskanzler sich am 15. April 1890 im preußischen Abgeordnetenhause einführte und worin er sagte: „Es wird die erste Folge des Personenwechsels in Bezug auf die Regierung selbst die sein, daß *die einzelnen Ressorts einen größeren Spielraum gewinnen und mehr hervortreten als bisher*" .... auch den Reichsämtern galt und auch nach dieser Richtung hin programmatisch war. Freilich fehlte diesem Programm dann die Einheit des Gedankens, denn der Redner hatte kurz zuvor den Satz ausgesprochen: „Ich habe einen unverwüstlichen Glauben an die Zukunft Preußens; ich glaube, daß die Fortdauer des preußischen Staates und *des an seine Schulter gelehnten Deutschen Reiches* noch auf lange eine welthistorische Nothwendigkeit ist ...." Mit der größeren Selbstständigkeit der Reichsämter hört das Reich eben auf, „sich an die Schulter Preußens zu

lehnen", und je mehr es sich von dieser entfernt, in desto höherem Grade verliert es den festen Halt, mit welchem und an welchem es geschaffen wurde. Damit verschieben sich die Fundamente der Verfassung, und es entsteht ein wesentlich anderes Gebilde als dasjenige, welches durch die Bundesverträge der deutschen Fürsten und Freien Städte und in weiterer Folge durch Bundes- und Reichsverfassung in das Dasein gerufen worden ist. Wie weit wir in dieser Beziehung bereits gelangt sind, erhellt aus einem neueren Artikel des officiösen „Hamb. Corresp." über das deutsche Kaiserthum und seine staatsrechtliche Entwicklung in der Gegenwart, worin es wörtlich heißt:

„Thatsächlich sind heute die Vorstände der einzelnen Reichsämter nicht mehr persönliche Stellvertreter des Reichskanzlers, wie es das Gesetz vom 17. März 1878 über die Stellvertretung des letzteren ausspricht, sondern die Aemter sind sachlich begrenzte Stellvertretungen, die eine gewisse Aehnlichkeit mit verantwortlichen Reichsministerien haben: eine Entwicklung, zu welcher von vornherein der Keim in dem angeführten Gesetze lag. Dieses hat Fürst Bismarck selbst ausgesprochen, insofern er in dem Gesetze nicht einen Abschluß für immer erblickte, sondern anerkannte, daß mit ihm ‚die Möglichkeit einer langsamen Fortbildung unserer Institutionen in allen Verwaltungszweigen gegeben sei'."

Diese letztere Auffassung müssen wir auf das allerentschiedenste bestreiten. Fürst Bismarck hat niemals eine Entwicklung der Reichsämter zu selbstständigen Ministerien ins Auge gefaßt. Er hat im Gegentheil ausdrücklich ausgesprochen: „Mein College würde zugleich mein Nachfolger sein müssen," und in der Rede vom 5. März 1878, auf welche der „Hamb. Corresp." in seinem Citat Bezug nimmt, sagte Fürst Bismarck ausdrücklich:

„Also ich möchte bitten .... überzeugt zu sein, daß mit dieser Vorlage ja kein Abschluß geschaffen ist, sondern daß eine langsame Fortbildung, vielleicht nicht nach der Richtung verantwortlicher Reichsminister, vielleicht nach Besserem gegeben ist, daß eine langsame Fortbildung unserer Institutionen, namentlich in all den Verwaltungszweigen, die hier behandelt werden, ja an jedem Tage erstrebt wird, und ich glaube, daß Sie die Maschine mit der Zeit weicher, nachgiebiger und elastischer finden werden, als bei einer einheitlichen Monarchie mit verantwortlichen Ministern ...."

Die Entwicklung in der Richtung, welche der „Hamb. Corresp." als selbstverständlich annimmt, hat Fürst Bismarck mithin ausdrücklich abgelehnt, der Versuch, den Fürsten Bismarck für das heutige Augenblicksbedürfniß, für eine unserer Verfassung entgegenstrebende und von

ihr abführende Tendenz gegen ihn selbst zu citiren, ist somit ein sehr unglücklicher. Der „Hamb. Corresp." sieht aber des weiteren „diese Fortbildung (also in der Richtung auf verantwortliche Reichsministerien) im vollen Zuge", und „thatsächlich" ist ihm „neben dem König von Preußen im Bundesrath der deutsche Kaiser in der vorangedeuteten Weise zur Geltung gelangt", welchem eine gesetzgeberische Initiative zuzusprechen dem „Hamb. Corresp." „aber doch gewagt erscheint". Diese „präsidiale" Initiative ist indeß thatsächlich in zwei eclatanten Fällen versucht worden. Erstens in der Militairvorlage, welche Graf Caprivi ausdrücklich als „Präsidialvorlage" bezeichnete, zweitens in der von ihm in der letzten Reichstagssession abgegebenen Erklärung über die Biersteuer, welche ohne Zustimmung des preußischen Staatsministeriums und ohne Zustimmung des Bundesraths, also rein „präsidial" erfolgte; der Gedanke jedoch, dem deutschen Kaiser neben dem König von Preußen im Bundesrath einen Platz einzuräumen, steht so vollständig außerhalb der Verfassung, welche dafür nirgends Raum bietet, daß wir in der That nicht recht begreifen, worin die „Geltung des Kaisers" neben dem König von Preußen im Bundesrath beruhen und sich bethätigen soll, wenn nicht etwa durch weitere „präsidiale" Acte, die verfassungswidrig wären. Der „Hamb. Corresp." scheint dies endlich selbst einzusehen, denn er kommt zu dem Schlusse:

„Mag man deshalb das durch eine längere (?) gleichmäßige Praxis eingeführte Einbringen von Gesetzvorschlägen an den Bundesrath von Seiten des Kaisers auch für eine sehr beachtenswerthe reichsstaatsrechtliche Entwicklung halten, im Bundesrath nimmt an der Berathung und Beschlußfassung über die Vorlagen doch nur der König von Preußen durch seinen Stellvertreter, in diesem Falle den Reichskanzler, Theil, denn im Bundesrath ist nach der Verfassung für den Kaiser oder einen kaiserlichen Vertreter kein Raum (!!). Vorsitzender des Bundesraths ist freilich der Reichskanzler kraft kaiserlicher Ernennung, in allem Uebrigen aber nur Vertreter Preußens. Nach Allem läßt sich von einer gesetzgeberischen kaiserlichen Initiative beim Bundesrath heute noch nicht (!) sprechen."

Also „heute noch nicht"! Wir sind der Meinung, daß jede Verdrängung des Königs von Preußen durch den Kaiser — und eine solche Verdrängung läge auch in der „gesetzgeberischen kaiserlichen Initiative", für welche eine Nothwendigkeit nicht nur nicht vorliegt, sondern verfassungsmäßig ausgeschlossen ist — zum Einheitsstaat führen muß, und es ist daher um so auffälliger, daß gerade ein in Hamburg erscheinendes Blatt sich zur Vertretung von Ideen mißbrauchen läßt, deren Verwirklichung wir für völlig unausführbar halten, deren prak-

tisches Zutagetreten aber allein ausreichen würde, für das mühsam erreichte Werk von 1870 tiefe innere Gegensätze und in weiterer Folge schwere Erschütterungen heraufzubeschwören. Wir bezweifeln, daß die innere und auswärtige Situation darnach angethan sei, gegenwärtig auch noch mit solchem Feuer zu spielen und in Deutschland Mißtrauen in die Absichten der kaiserlichen Politik zu verbreiten. Wir halten die letztere ein für alle Mal für festgelegt durch die Worte der Thronrede vom 25. Juni 1888:

„Die wichtigsten Aufgaben des deutschen Kaisers liegen auf dem Gebiete der militairischen und politischen Sicherstellung nach außen, und im Innern in der Ueberwachung der Ausführung der Reichsgesetze. Das oberste dieser Gesetze bildet die Reichsverfassung, sie zu wahren und zu schirmen in allen Rechten, die sie den beiden gesetzgebenden Körpern der Nation und jedem Deutschen, aber auch in denen, welche sie dem Kaiser und jedem der verbündeten Staaten und deren Landesherrn verbürgt, gehört zu den vornehmsten Rechten und Pflichten des Kaisers."

Dieser Erklärung ist durch die Anwesenheit der deutschen Bundesfürsten noch eine besonders feierliche Weihe verliehen worden.

Ein zweiter Artikel der Münch. „Allgem. Ztg." über dasselbe Thema am 24. August (M.-A.) lautet:

Wer sich über die Regierung des Reiches, wie sie verfassungsmäßig zu führen ist, Aufschluß und Rechenschaft geben will, sollte vor allen Dingen die Reden des Fürsten Bismarck vom 5. und 8. März 1878 zum Stellvertretungsgesetz gründlich studiren. Dieses Stellvertretungsgesetz vom 17. März 1878 hat zugleich die Stellung der Reichsämter festgelegt, indem es für diejenigen Amtszweige, welche sich in der eigenen und unmittelbaren Verwaltung des Reiches befinden, eine Vertretung des Reichskanzlers durch die „Vorstände der dem Reichskanzler untergeordneten obersten Reichsbehörden" zuläßt. Der Begriff der Unterordnung der Reichsämter unter den Reichskanzler wurde damals also ausdrücklich festgehalten und ebenso das föderative Princip der Verfassung dadurch, daß für diejenigen Amtszweige, welche sich nicht in der eigenen und unmittelbaren Verwaltung des Reiches befinden, die Stellvertretung ausgeschlossen wurde. Im Laufe der Verhandlungen erklärten die Ministerpräsidenten von Bayern und Württemberg, die Herren von Pfretzschner und von Mittnacht, ausdrücklich den Widerspruch ihrer Regierungen gegen die Einführung von Reichsministerien. Werde Solches durch das Gesetz beabsichtigt, wie namentlich der Abgeordnete Hänel befürwortet hatte, so erlange die Vorlage damit eine

nicht gewollte und nicht annehmbare Bedeutung. Es kann keinem Zweifel unterliegen, daß nicht nur die Regierungen von Bayern und Württemberg, sondern wohl alle deutschen Regierungen noch heute auf diesem, durch eine weitere 15jährige Erfahrung seitdem nur befestigten Standpunkte stehen.

Wenn Fürst Bismarck in seiner am Sonntag an die Thüringer gehaltenen Rede auf die jetzige Trennung des Kanzlerpostens von dem des preußischen Ministerpräsidenten hingewiesen und sie nicht gebilligt hat, so hat er damit keineswegs, wie z. B. die „Frankf. Ztg.“ anzunehmen scheint, etwas Neues gesagt oder, seinen früheren Auffassungen zuwider, eine neue Waffe gegen seine Amtsnachfolger geschmiedet. Die heutige Auffassung des Fürsten Bismarck ist vielmehr genau die nämliche, wie am 5. März 1878, als er wörtlich sagte:

„Meines Erachtens soll der jedesmalige Gesammtvertreter des Kanzlers jederzeit derselbe sein, der den Ministerpräsidenten im preußischen Ministerium vertritt. Wenn überhaupt die Nothwendigkeit, die Zweckmäßigkeit vorgelegen hat, daß der Posten eines Reichskanzlers und der Posten eines preußischen Ministerpräsidenten in derselben Hand sei; wenn ich mich durch Enthaltung während eines Jahres von der Annahme preußischer Geschäfte davon überzeugt habe, daß dies absolut nothwendig ist, nicht weil der preußische Einfluß auf das Reich verloren geht, sondern weil der deutsche Einfluß auf Preußen verloren geht, weil die Vertretung des Reichs in Preußen eine so starke sein muß, wie sie nur der leitende Minister und nicht ein beisitzender Minister ohne Ressort ausüben kann; deshalb bin ich der Ueberzeugung, daß der regelmäßige Stellvertreter des Reichskanzlers jederzeit derjenige sein soll, der dieselbe Persönlichkeit in ihrer Eigenschaft eines preußischen Ministerpräsidenten innerhalb des preußischen Staatsministeriums vertritt . . .“

Des Weiteren bezeichnete Fürst Bismarck den preußischen Finanzminister als den natürlichen und geborenen Vertreter des Ministerpräsidenten, mithin auch des Reichskanzlers. Gerade dieser Theil der Rede liest sich, als wäre er nicht am 5. März 1878, sondern am 5. März 1893 gehalten. Die Kissinger Ausführungen des Fürsten sind somit nicht eine neue ersonnene „Bosheit“, sondern sie befinden sich in vollster Uebereinstimmung mit der vor 15 Jahren amtlich vor Bundesrath und Reichstag ausgesprochenen Ansicht.

Um die heutigen Verhältnisse zu prüfen, wird man immer auf die Zeit zurückgreifen müssen, in welcher die Fundamente des Reichs gelegt wurden. Wir haben vor kurzem gelegentlich einer Betrachtung über die Stellung des Reichsschatzsecretairs, welchen Fürst Bismarck sich nur

als „den Unterstaatssecretair für die indirecten Steuern" dachte, bereits hervorgehoben, daß der Reichskanzler als solcher seine Berechtigung zur Gesetzgebung hat. „Präsidial" ist derselbe nur innerhalb des Bundesraths, wo und weil er den Vorsitz führt. Die Bedeutung des Reichskanzlers beruht vielmehr lediglich darauf, daß er die preußische Stimme führt, ein Umstand, der ihn wiederum zwingend auf ein Einverständniß mit dem preußischen Staatsministerium hinweist. Es wäre aus diesem Grunde fast natürlicher, daß bei einer Trennung der Aemter der preußische Ministerpräsident die Stimme Preußens im Bundesrath führte, um so den legitimen Einfluß des preußischen Staatsministeriums zur Geltung und zum Ausdruck zu bringen.

Es ist lehrreich, hierbei auf den Ursprung des Kanzlerpostens zurückzugreifen. Der Bundeskanzler war anfänglich nur als ein preußischer Bundes-Präsidialgesandter gedacht, als ein preußischer Diplomat, der nach Instructionen abzustimmen und die Verhandlungen im Bundesrath zu leiten hätte. Nebenher sollte mit diesem Posten — schon um dem leeren Titel „Bundeskanzler" einigen Inhalt zu geben — die Stellung eines Unterstaatssecretairs für Preußens deutsche Geschäfte verbunden werden. Während der Berathung der Verfassung im norddeutschen Reichstage verschob sich jedoch durch Anträge aus dem letzteren diese Stellung des Bundeskanzlers zu der eines contrasignirenden Ministers. Dadurch entstand für Preußen neben dem preußischen Minister des Auswärtigen, der damals Ministerpräsident war, ein concurrirender preußischer Minister für deutsche Angelegenheiten, der seine Contrasignatur ohne den preußischen Minister des Auswärtigen vollzog, und in allen deutschen, also in allen wichtigsten Angelegenheiten den Vortrag bei dem König gehabt haben würde. Da nun auch die außerdeutschen internationalen Beziehungen Preußens verfassungsmäßig auf den Bund übergingen, so würde der Bundeskanzler damit aus einem Untergebenen des Ministers des Auswärtigen — der Leiter der auswärtigen Politik Preußens und deren eigentlicher Vertreter im preußischen Staatsministerium geworden sein als Träger des Contrasignaturrechts präsidialer, später kaiserlicher Entschließungen im auswärtigen Dienst.

Es würde auf diesem Wege schon damals die heute bestehende äußere Arbeitstheilung zwischen dem preußischen Ministerium des Auswärtigen und der Reichspolitik hergestellt worden sein, nur mit dem Unterschiede, daß der Bundeskanzler und Träger der Verantwortlichkeit für die auswärtige Präsidialpolitik nicht mit Nothwendigkeit Mitglied des preußischen Staatsministeriums hätte sein müssen.

Zu der Stelle eines Bundeskanzlers, bezw. Präsidial-Gesandten, war Herr von Savigny, der letzte preußische Bundestagsgesandte, in Aus-

sicht genommen gewesen. Herr von Savigny hatte diese Stellung angenommen und bereits den Einzug seines Mobiliars in die ihm zugewiesene Dienstwohnung, das jetzige Reichsamt des Innern in Berlin, bewerkstelligt. Da selbstredend der preußische Ministerpräsident und Minister des Auswärtigen nach der vom Reichstage beschlossenen Umgestaltung des Bundeskanzlerpostens angesichts der Gesammtlage der Verhältnisse verpflichtet und gezwungen war, diesen Posten, der ursprünglich als eine Arbeitshülfe für ihn gedacht war, selbst zu übernehmen, so wurden Herrn von Savigny die Stellung und die Geschäfte, die nunmehr in der Verfassung für den Bundeskanzler in Aussicht genommen waren, unter dem Titel eines Bundes-Vicekanzlers angeboten, der erste Keim zu dem späteren Stellvertretungsgesetz. Aber Herr von Savigny lehnte dieses Anerbieten ab und betrachtete die durch die Amendirung der Verfassung gebotene Personalveränderung als Anlaß zum Bruch mit der damaligen Regierung, der erst nach 1870 als Mitglied und Mitbegründer der Centrumsfraction und als Gegner wieder in den Gesichtskreis trat.

Seit jener Zeit also schon wurde es als Nothwendigket angesehen, das Präsidium des preußischen Staatsministeriums, das preußische Ministerium des Auswärtigen und den Reichskanzlerposten ungetrennt in einer Hand zu lassen, und der spätere Versuch, zur Schonung der Arbeitskräfte des damaligen Ministerpräsidenten die preußische Seite dieser Trias von Aemtern, das Ministerpräsidium, getrennt vom auswärtigen Dienst auf den General von Roon zu übertragen, verlief geschäftlich nicht besser als die heutige Erneuerung desselben und wurde deshalb auch nach Jahresfrist wieder aufgegeben. Von einer vom preußischen Staatsministerium unabhängigen Function des Reichskanzlers auf dem Gebiet der Gesetzgebung ist aber auch während jener Episode niemals die Rede gewesen. Dem Fürsten Bismarck hat während jenes Jahres der Gedanke völlig fern gelegen, daß er als Reichskanzler berechtigt sein könne, legislative sogenannte „Präsidialanträge“ im Bundesrathe zu stellen, und auch nachdem er das Ministerpräsidium wieder übernommen hatte, hat er Anträge im Bundesrathe nie eingebracht, ohne daß er in seiner Eigenschaft als preußischer Minister des Auswärtigen die Zustimmung der Mehrheit seiner Collegen vorher festgestellt hatte, wenn er derselben nicht im Voraus und ohne besonderen Beschluß sicher sein konnte.

Präsidiale Anträge des Reichskanzlers im Bundesrath, die nicht auf preußischer ministerieller Instruction beruhten, galten zur Amtszeit des Fürsten Bismarck für verfassungswidrig und sind es noch heute. Der Reichskanzler, getrennt vom preußischen Staatsministerium, ist noch

heute nichts weiter, als ein preußisches, von den Beschlüssen dieses Staatsministeriums abhängiges Organ im Bundesrath; ein Organ, dem nebenher verfassungsmäßig der Vorsitz obliegt; vermöge seiner Contrasignirungsbefugniß ein kaiserlich deutscher Verwaltungsbeamter, dem aber selbstständige Einwirkung auf die Gesetzgebung des Deutschen Reichs bis zur Publication des Gesetzes nicht zusteht, weil die kaiserlichen Berechtigungen, innerhalb deren er kaiserliche Anordnungen zu contrasigniren hat, auch ihrerseits nicht weiter reichen. Dem Kaiser steht die Publication der Gesetze zu, sobald die Majoritäten der beiden gesetzgebenden Körperschaften den Antrag einer der Regierungen genehmigt haben, aber eine Stimme in der Gesetzgebung und ein Votum im Bundesrath legt die Verfassung dem Kaiser als solchem nicht bei, sondern nur dem König von Preußen, der dieses Recht unter der verfassungsmäßigen Verantwortlichkeit seiner Minister im Bundesrath ausübt.

Wenn es vorgekommen, daß der Reichskanzler im Bundesrathe legislative Anträge eingebracht oder perhorrescirt hat, ohne dafür das Einverständniß seiner preußischen Collegen im Ministerium zu besitzen, so hat er damit seine verfassungsmäßigen Befugnisse unberechtigter Weise überschritten. Es fällt indeß fast schwer, zu glauben, daß dies der Fall gewesen, weil es schwer fällt, anzunehmen, daß die übrigen preußischen Minister es sich hätten gefallen lassen, von ihrem Collegen und Organ im Bundesrath auf diese Weise — ignorirt und bei Seite geschoben zu werden. Der Reichskanzler ist nicht berechtigt, im Bundesrath irgend welche Erklärung abzugeben, in Betreff deren er seinen bundesräthlichen Collegen nicht den Nachweis zu liefern vermag, daß er im Namen und im ausdrücklichen oder mit Recht präsumirten Auftrage der preußischen Regierung spricht.

Wenn ein Reichskanzler für sich oder seinen Kaiser nach größerer Unabhängigkeit in der politischen Bewegungsfreiheit strebt, als die Verfassung ihm beilegt, so kann allerdin[illegible]s der Versuch, eine „Reichsregierung“ zu fingiren, für [illegible]en Han[illegible]lungen der Reichskanzler allein die Verantwortlichkeit trüge, e[illegible]fendes für ihn haben; es kann unbequem für ihn sein, die [illegible] von fünf oder sechs Collegen unter den zehn preußis[illegible] gewinnen und [illegible] erscheinen, zunächst den [illegible]d nach[illegible] durch das fait accompli [illegible] lage zu bringen. A[illegible] deutsche Nation oder [illegible] welchen die Erhaltu[illegible] wiegender Zweck ist,

in welchem unsere Gesetzgebung sich bewegt, so verengt wird, daß diese Bewegung sich der Wahrnehmung und Kritik der öffentlichen Meinung entzieht, und zwar in der Regel so lange, bis es zu spät ist, eine Kritik zur Geltung zu bringen. Das Schwinden der Wahrnehmbarkeit unserer nationalen Thätigkeit auf legislativem Gebiete trägt, wie wir glauben, einen wesentlichen Theil der Schuld an der Erkaltung des Interesses für unsere nationale Arbeit und für die Errungenschaften der großen Zeit des ersten Kaisers, die heute nicht mehr als ein Begehrenswerthes erscheinen, weil wir sie besitzen, die aber doch in ihrer Lebenskraft sich allmählich vermindern werden, wenn wir sie nicht pflegen.

Die Verantwortlichkeit für die deutsche Gesetzgebung wurde bis vor drei Jahren niemals bei dem Reichskanzler als solchem gesucht, sondern in der Hauptsache bei den Ministern entweder der preußischen oder einer anderen antragstellenden Regierung. Sie beruhte in Betreff der Beschlüsse des Bundesraths staatsrechtlich auf der Gesammtheit der verantwortlichen und im Bundesrath beschließenden Minister und wurde thatsächlich in der Regel bei dem betreffenden preußischen Ressortminister, also in Finanzgesetzen bei dem preußischen Finanzminister gesucht. Daß daneben dem Reichskanzler als solchem eine Verantwortlichkeit und eine Initiative für Finanzgesetzgebung neben und außerhalb der Verfassung zugeschrieben werden könnte, fiel Niemandem ein; der mit dieser staatsrechtlichen Auffassung im Widerspruch stehende Begriff von Präsidialanträgen, welche vor ihrer Einbringung keiner anderen Zustimmung als der persönlichen des Reichskanzlers bedurft hätten, hat in unserem Staatsleben erst Platz gegriffen, seit die Mehrzahl der preußischen Minister, frei von jedem ehrgeizigen Streben, ihre eigene Ueberzeugung zur Geltung zu bringen, damit zufrieden ist, wenn ein bereitwilliger Kanzler ihnen selbst jede Verantwortlichkeit abnimmt und ihnen das Beneficium der Nothlage überläßt, in welche er sie durch seine Initiativanträge versetzt hat.

Es wäre Aufgabe der deutschen Landtage, die Verantwortlichkeit ihrer Minister für die Reichsgesetzgebung und deren Consequenzen nicht in desuetudinem gerathen zu lassen und sich zu vergegenwärtigen, daß ihr eigenes Wohl und Wehe und das jedes einzelnen Bundeslandes von der Reichsgesetzgebung gerade so und häufig stärker beeinflußt wird als von der eigenen Landesgesetzgebung. Die Mitglieder der Landtage vertreten untrennbare Bruchtheile des deutschen Volkes, die Preußens und der drei anderen Königreiche weit über die Hälfte desselben, ihnen liegt also doch wenigstens pro rata parte die Verpflichtung ob, ihre landtäglichen Rechte zum Nutzen ihrer doch auch deutschen Wähler dahin geltend zu machen, daß ihre engeren Lands-



leute nicht durch die Ergebnisse der Reichsgesetzgebung geschädigt werden, und daß die ihnen verantwortlichen Landesminister ihre Stimmen im Bundesrath gegen solche Schädigungen geltend machen und sich durch keine künstlich herbeigeführte Nothlage das verfassungsmäßige Recht auf Prüfung jeder Vorlage verkürzen lassen. Bisher stellen unsere Landtage sich fast ohne Ausnahme so, als ob ihr Geschick und das ihrer Wähler von der Reichsgesetzgebung gar nicht berührt würde, und schieben die Schuld auf Reichstag und Präsidialvorlagen nach dem Vorbilde jenes Jungen, der fand, daß seinem Vater ganz recht geschähe, wenn ihm die Hände frieren. Die schwächlichen Versuche, die im preußischen Abgeordnetenhause gemacht worden sind, die Minister wegen der Handelsverträge zur Rechenschaft zu ziehen, geben gerade in ihrer Schwäche den unwiderstehlichsten Beweis, wie wenig unsere Volksvertretungen sich ihrer eigentlichen Aufgabe und Pflicht gewachsen erweisen, und die leider mit Erfolg vertretene Tendenz, derartige Dinge als zur Competenz des Reichs gehörig zu erklären und sie damit dem Forum des Landtags zu entziehen, bewegt sich in directem Widerspruch nicht nur zur preußischen Verfassung, sondern auch zu dem ureigenen Geiste der Reichsverfassung und erweist sich als eine bedauerliche Fälschung sowohl der einen wie der anderen.

* * *

Am 26. August empfängt der Fürst als Gast den württembergischen Minister-Präsidenten von Mittnacht.

* * *

Am Sonntag, den 27. August brachte ein Extrazug mehr als 900 Personen, Damen und Herren, aus Frankfurt am Main nach Kissingen. Sie zogen nach der oberen Saline, Justizrath Dr. Humser begrüßte den Fürsten in einer kurzen Ansprache, und dieser antwortete Folgendes („Hamb. Nachr." vom 4. September, A.-A.):

Meine Herren aus Frankfurt! Ich danke Ihnen von Herzen, daß Sie gekommen sind, mich hier zu begrüßen, und bitte um Ihre Nachsicht, weil ich in meinem Verkehr mit Ihnen behindert bin durch einen Besuch alter Gäste, welcher mir diese Nacht zu Theil geworden ist. Das sind die ischiatischen Schmerzen. Ich wünsche Niemand von Ihnen, daß er sie kennen lerne; ich kenne sie seit 34 Jahren. Ich habe sie zuerst in St. Petersburg in Folge des dortigen Klimas und der dortigen Aerzte (Heiterkeit) bekommen und habe in meinem Leben unter schwerer Arbeit harte Kämpfe damit gehabt und diese Kämpfe überstanden. Ich hoffe also auch mit diesem verspäteten Anfall fertig zu werden.

Ich habe mich durch dieses Hinderniß doch nicht abhalten lassen

wollen, gerade diesen Besuch aus Frankfurt selbst entgegenzunehmen. Frankfurt ist die Stadt, in der ich mich, nächst Berlin, am längsten und am liebsten aufgehalten und gewohnt habe, nicht nur ich, sondern auch meine Frau und Familie. Ich bin von 1851 bis 1859 dort wohnhaft gewesen und hätte kaum geglaubt, daß ich nochmals in meinem Leben wo anders wohnen würde. Ich hatte mir schon auf Ihrem schönen Friedhof die Stelle ausgesucht, wo ich, sehr spät, zu liegen wünschte. Aber es kam anders. Ich wurde plötzlich nach dem Norden geschickt und habe dann Frankfurt zuerst wieder politisch ins Auge zu fassen gehabt im Jahre 1863, wie der Fürstencongreß dort tagte. Es ist ja natürlich, daß eine so alte Krönungsstadt etwas Anziehendes hat für jede politische Entwickelung, die im ehemaligen und im jetzigen Deutschen Reich stattfand und stattfindet. Ich glaube, es war ein Glück für unsere weitere Entwickelung, daß dieser damalige Versuch, den Bundestag in einer anderen Form, in einer handlicheren, geschickteren, schneidigeren Form zu erneuern, mißlang. Ich glaube, daß meine früheren Collegen die größere Beweglichkeit, die ihnen das damalige Project verlieh, kaum im Sinne des deutschen Volkes benutzt haben würden für die Thätigkeit des Bundestages.

Ich bin dann mit Frankfurt wieder in Berührung gekommen im Jahre 1866, und zwar zu meiner Betrübniß als Gegner durch die Verschiebung der Situation, die sich im Lande gebildet hatte. Ich kann nicht leugnen, daß ich in dem Kriege 1866 nie frei geworden bin von der Versuchung, daß Frankfurt zum preußischen Staate in ein näheres Verhältniß treten müsse. Ich hatte aber nicht in Gedanken, daß dieses in einer widerwilligen Weise zu geschehen hätte. Es hat mich damals in Brünn Senator Müller besucht, und ich hatte ihn gebeten, zu Hause zu bestellen, daß, sowie der Krieg verlaufen wäre, Frankfurt unbedingt preußisch werden würde, daß uns aber doch sehr viel daran läge, in der damaligen Zeit, wenn eine freiwillige Anregung von Seiten der Stadt käme. Ich sagte ihm damals: Es giebt ja viel mediatisirte Fürsten, warum soll es nicht auch mediatisirte Freie Städte geben, die, ohne ihre Selbstständigkeit zu verlieren, dem Reiche gewisse Rechte übertragen? (Zustimmung.) Der Senator Müller hat, wie ich nachher gehört habe, diesen Auftrag von mir zu Hause nicht bestellt oder ihn nicht so ernst genommen, und dieser ist nicht zur Erörterung gekommen; dadurch erschien er als abgelehnt, und es machte im Hauptquartier den Eindruck, als wenn Frankfurt noch auf eine andere Wendung des Krieges rechnete, als auf die, welche im Juli in Brünn bereits vorlag.

Das war ein Mißverständniß damals, das ja zwischen guten Freunden und wohlwollenden Mitbürgern zu manchem Verdrusse geführt hat.

Ich bin aber dann wiederum und zuletzt nach Frankfurt gekommen 1871, um dort den Frieden mit Frankreich abzuschließen, und da erlaubte ich mir, dem regierenden Bürgermeister zu sagen, daß ich wünschte, den Frieden nicht nur in Frankfurt, sondern auch mit Frankfurt nach Hause zu bringen. (Lebhaftes Bravo.)

Wenn wir 1866 nach dem Besitz von Frankfurt strebten, so war das nicht bloß ein preußisches Eroberungsbedürfniß in dem Sinne, wie Friedrich der Große Schlesien eroberte, sondern es war für Jemand, der als letztes Ziel der damaligen Einheitsbewegung die Brücke über den Main betrachtete, von außerordentlicher Bedeutung; es war der Brückenkopf über den Main, nicht in militairischer, sondern in geistiger und handelspolitischer Beziehung. Wenn Frankfurt, die geborene Hauptstadt des Mittelrheins, beim Süden blieb, wenn Frankfurt nicht norddeutsch geworden wäre, so weiß ich nicht, ob die nächstliegenden größeren Staaten nach Süden hin ganz ebenso bereit gewesen sein würden, dem Beispiel dieses großen Handelsemporiums zu folgen. Das ist doch zu erwägen und zur Entschuldigung unserer Annexionsgelüste im nationalen Sinne anzuführen: Frankfurt war eine Anweisung, eine Anwartschaft auf die Herstellung der Verbindung zwischen dem Norden und Süden Deutschlands. (Bravo!)

Als ich nachher im Jahre 1871 wieder nach Frankfurt gekommen bin, waren noch manche Wunden unvernarbt, die der Krieg geschlagen hatte, aber ich freue mich, daß die Stimmung sich geändert hat, wie ich seitdem stets gehört habe — und ihr heutiger, so zahlreicher Besuch ist mir ein erneuter Beweis dafür.

Es ist lange Zeit, daß ich nicht so viel Frankfurter auf einer Stelle versammelt gesehen haben. (Heiterkeit.) Zuletzt glaube ich, im Jahre 1890 wie ich von Homburg über den Frankfurter Bahnhof nach Hause fuhr (vgl. Band I, S. 245); aber Ihr Besuch ist für mich doch ein Zeugniß, daß Sie mit den Dingen, wie sie geworden sind, zufrieden sind und mir, der ich bei der Herstellung und Herbeiführung erheblich mitgewirkt habe, nicht böse sind darüber, daß es so gekommen ist. (Lebhaftes Bravo.) Und deshalb danke ich Ihnen nochmals herzlich, daß Sie hergekommen sind, um Zeugniß abzulegen.

Ich bin ja daran gewöhnt, schon wie ich Minister war, und heute noch mehr, daß meine Bestrebungen und Ueberzeugungen in demjenigen Theile unserer Presse, der bei Herstellung des Deutschen Reichs nicht mitgewirkt hat, wenigstens nicht activ und wahrnehmbar (Heiterkeit), angegriffen und entstellt werden. So sehe ich mich täglich in Blättern, die mir zugeschickt werden, ohne daß ich sie bestellt habe (Heiterkeit), als Particularisten hingestellt. Nun ist das im Rückblick auf meine bisherige

Lebensthätigkeit, auf meine ganze Lebensstellung ja eine ziemlich komische Anklage. Man beschuldigt mich, ich hetze die Particularisten gegen das Reich. Umgekehrt: wer das, was ich gesagt habe, ich will nicht sagen, mit Wohlwollen, aber mit Aufmerksamkeit betrachtet, der wird wissen, daß ich nur wünsche, daß die Einzelstaaten ihre Kräfte im Interesse unserer nationalen Einrichtungen und für unsere Reichspolitik bethätigen. Ich habe bei anderer Gelegenheit — ich glaube, als die Herren aus Thüringen hier waren — gesagt, daß die Landtage sich mehr mit der Reichspolitik beschäftigen sollten. Ich kann ja damit nicht gemeint haben, daß die Landtage dem Reichstage vorgreifen, auch nicht, daß sie dem Bundesrathe das Concept corrigiren sollten, sondern ich meine damit nur, daß in den Landtagen das Schweigen über das Reich zu todt ist. Ich habe nie den Gedanken gehabt, daß in den Landtagen die deutsche Politik gemacht werden sollte, aber die Landtage sollt meines Erachtens doch ihre Minister fragen: Wie habt Ihr sie gemacht und warum habt Ihr sie so gemacht? (Bravo), damit das Interesse an den gemeinsamen Dingen erhalten bleibe. Es ist ja zweifellos, daß hier den Angehörigen eines jeden Einzelstaates die Fragen, die in der Reichspolitik zu entscheiden sind, zum großen Theil wichtiger sind und schwerer wiegen, als diejenigen, über die ein Landtag Beschluß fassen darf. Kann der Einzelne sich theilen, etwa in einen vom Reiche indirect und vom Landesherrn direct besteuerten Bürger? Ich nenne die Besteuerung hier nur als ein Beispiel; es giebt unzählige andere Dinge, die nur der Reichsgesetzgebung unterliegen; aber diese greift so in unser Leben ein, daß es von erheblicher Wichtigkeit ist, diese Gesetzgebung mit der der Einzelstaaten in Uebereinstimmung zu halten.

Ich sehe dabei in dem Landtage etwas Aehnliches, ungefähr wie in Preußen dem Ministerium gegenüber die Oberrechnungskammer. Die Landtage sollten, wenn ihre Regierungen im Bundesrathe eine nicht ganz durchsichtige Haltung zeigten, sich doch so viel für die deutsche Hälfte ihres Wohlergehens interessieren, daß sie die Minister fragen: Was habt Ihr dabei gedacht, was für Gründe führt Ihr an, daß Ihr so gehandelt habt?

Es ist ja dies die einzige Art von Ministerverantwortlichkeit, die wir überhaupt besitzen. Wir haben keine gesetzliche, keine juristische. Die einzige, die wir haben, ist, daß einem Minister, der etwas gethan hat, von seinen Landsleuten gesagt werden kann: Da hast Du Dich ungeschickt, um nicht zu sagen, recht dumm benommen. (Heiterkeit.)

Die Auffassung im Lande von dem, was ein Minister thut, sein guter Ruf und seine Ehrlichkeit sind die einzigen Factoren, welche einen Minister in seiner Verantwortlichkeit bestimmen; etwas Anderes haben wir nicht.

Wie steht es denn mit unsern Ministern im Bundesrathe in dieser Hinsicht? Wer kritisirt denn das, wer weiß denn, was hier bei verschlossenen Thüren verhandelt ist? Der Einzige, der darnach zu fragen hat, ist der Landtag. Also, wenn das Particularismus ist, dann verdreht man die Worte. Im Gegentheil, ich wünsche die particularen Landtage mehr, als bisher der Fall gewesen ist, von den großen nationalen Interessen durchsetzt, belebt, begeistert zu sehen.

Vor dreißig Jahren war die deutsche Frage in allen Landtagen die erste. Jetzt ist es anders, jetzt sagt man dort: Diese Sache geht uns nichts mehr an. Ja, darauf ist unsere ganze Einrichtung, unsere deutsche Verfassung nicht berechnet, sondern auf das Ineinandergreifen aller amtlich berechtigten Factoren im nationalen und einheitlichen Sinne. Und wenn wir das nicht erreichen, so fürchte ich, geht es rückwärts mit unserm Nationalgefühl, und das kann unter Umständen bei wechselnder europäischer Constellation eine betrübte Sache sein.

Es kann auch nicht sein, wie man mich anklagt, daß ich an Stelle einer Reichsregierung die Preußens setzen wolle. Eine Reichsregierung kann nach unsrer Verfassung überhaupt nicht anders ausgeübt werden, als von den fünfundzwanzig einzelnen Staaten zusammen.

Dabei halte ich für dringend nothwendig, daß die äußere Spitze, wie sie sich heute in der Person des Reichskanzlers als Reichsregierung darbietet, sich nicht emancipire von der Controle des preußischen Staatsministeriums, das collegial zusammengesetzt ist von zehn sachverständigen Ministern, die in den Sachen meist besser Bescheid wissen. Ich ängstige mich vor einem Kanzler, der handelt und dabei Niemand gefragt hat, als sich selbst und seinen Adjutanten. (Heiterkeit.) Ich wünschte, daß er einigermaßen am Gängelbande seiner preußischen Collegen bleibe — er ist doch auch preußischer Minister; seine Hauptbedeutung liegt im preußischen Ministerium — und daß dieses sich mehr in directer Fühlung mit den übrigen deutschen Ministerien, dem bayrischen, württembergischen, sächsischen u. s. w. hält. Ich habe mir gedacht, wenn unser Reich erst in Ordnung wäre, so würde die Reichspost schweres Geld verdienen durch die Correspondenz der Ministerien untereinander. (Heiterkeit.) Die Hoffnung ist uns bisher nicht erfüllt worden.

Nun, meine Herren, ich fürchte, Sie und noch mehr die Damen durch weitere politische Erörterung zu ermüden, wenn ich meine Gedanken so auf politischem Gebiet spazieren lasse. (Lebhafte Zurufe: Nein! aus den Reihen der Damen.)

Ich bitte Sie, mit mir auf meine langjährige Heimath ein Hoch auszubringen. Meine Frau ist oben, sie hängt ebenso an Frankfurt wie ich selbst, und wir haben beide einen angenehmen Rückblick auf die dort

verlebten Jahre von 1851 bis 1859. Man hatte dort mit der Politik genug zu thun, ohne davon überwältigt zu werden; man lebte in der Mitte Deutschlands in schöner Gegend; kurz es war ein Herrenleben, ganz abgesehen davon, daß man zwei bis drei Monate Ferien hatte. Im Andenken an Ihre freundliche und glänzende Vaterstadt bitte ich Sie, mit mir der Anhänglichkeit an sie Ausdruck zu geben durch den Ruf: „Die Stadt Frankfurt, sie lebe hoch! Et qui illam regit!“ [1])

* * *

Die „Voss. Ztg.“ berichtet am 29. August aus Berlin Folgendes:

In der Erwartung, den Fürsten Bismarck auf seiner Durchreise nach Varzin begrüßen zu können, hatten sich gestern Abend gegen 600 Personen auf dem Anhalter Bahnhof eingefunden, darunter sehr viele Damen. Es wurde ihnen eine arge Enttäuschung zu Theil. Der Zug, der den Fürsten bringen sollte, war um 10 Uhr 40 Minuten fällig und lief mit einer Verspätung von 15 Minuten in die Bahnhalle, aber ohne den Altreichskanzler, der in Folge seines letzten rheumatischen Anfalles die Abreise von Kissingen verschoben haben soll, voraussichtlich aber noch in diesem Monat die Reise nach Varzin machen wird.

* * *

Graf Wilhelm Bismarck und seine Gemahlin kommen am 3. September zum Besuch der fürstlichen Eltern in Kissingen an.

* * *

Am 7. September lesen wir in den „Hamb. Nachr.“ (A.-A.):

Bei einem kürzlich auf der Elbinsel Krautsand von den früheren Wählern des Fürsten Bismarck veranstalteten Volksfeste zur Feier des Sieges bei der letzten Reichstagswahl hatte man an den Fürsten ein Huldigungstelegramm abgesandt. An den Gemeindevorsteher von Krautsand, Herrn A. von Borstel, hat der Fürst nun aus Kissingen folgende Antwort gesandt:

Euer Hochwohlgeboren telegraphische Begrüßung hat mich besonders erfreut, weil sie von meinen früheren Wählern kommt, mit denen ich mich noch jetzt politisch verbunden fühle. Ich bin Ihnen für den warmen Ausdruck des Wohlwollens, welches sie mir bewahren, herzlich dankbar und bitte Sie, den Herren, welche mit Ihnen mich so freundlich begrüßten, davon Kenntniß geben zu wollen.‘

v. Bismarck.“

* * *

[1]) Oberbürgermeister von Frankfurt war damals seit 1890 Dr. Adickes.

Vom 7. September wird den „Hamb. Nachr." aus Kissingen gemeldet:

Die Abreise des Fürsten Bismarck aus Kissingen hat sich durch seine Erkrankung verzögert, und ihr Tag ist auch jetzt noch unbestimmt. Die jetzt, vor zwei Tagen, eingetretene Besserung hält an.

* * *

Am 13. September lesen wir in den „Hamb. Nachr." (A.=A.):

Die Presse beschäftigt sich fortgesetzt mit einem neulichen Besuche des württembergischen Ministerpräsidenten von Mittnacht bei dem Fürsten Bismarck in Kissingen. Nachdem zuerst die Vermuthung aufgestellt worden war, Herr von Mittnacht habe, angeblich in höherem Auftrage, auf den Fürsten Bismarck in Anlaß seiner Aeußerungen über Reichspolitik in den Landtagen der Einzelstaaten einwirken wollen, äußerte kürzlich die „Frkf. Ztg.":

„Es ist bekannt, daß Bismarck seinen Stuttgarter Verehrern mündlich und schriftlich einen Besuch von Kissingen aus Ende dieses Jahres versprochen hat. Eben so steht fest, daß dieser Besuch nicht zur Ausführung kommt. Nichts liegt näher als die Annahme, daß Herr von Mittnacht sich mit Erfolg bemüht habe, dem Altreichskanzler den beabsichtigten Besuch auszureden, der der württembergischen Regierung und dem Hof zumal unmittelbar vor der Anwesenheit des Kaisers anläßlich der Manöver peinlich gewesen wäre."

Dem gegenüber schreibt die „Allg. Ztg.":

„Wir können der ‚Frkf. Ztg.' die Versicherung geben, daß zu der Zeit, als Herr von Mittnacht nach Kissingen kam, bereits seit vierzehn Tagen feststand, daß Fürst Bismarck weder Leipzig, noch Stuttgart noch Heidelberg in diesem Sommer besuchen würde. Dies war in Stuttgart auch außerhalb der Regierungskreise so zur Genüge bekannt, daß absolut keine Veranlassung bestand, den höchsten Beamten des Staates zum Abwinken nach Kissingen zu entsenden, selbst wenn — was zu bezweifeln wir allen Grund haben — König Wilhelm[1]) und sein Ministerpräsident überhaupt von einem so seltsamen Byzantinismus befangen wären, wie er aus naheliegenden Gründen nur den kleinen Geistern der ‚demokratischen' ‚Frankfurter Zeitung' verständlich — oder wünschenswerth ist. Wir glauben im Gegentheil viel eher, daß Herr von Mittnacht nach Kissingen ging, weil feststand, daß Fürst Bismarck nicht nach Stuttgart kommen würde. Mit dieser ‚Combination' ist es also auch nichts."

Der „Schwäb. Merkur" fügt bei, daß auf eine am 5. August von privater Seite aus Stuttgart an Dr. Chrysander gerichtete Anfrage sofort die Antwort gekommen war, der Fürst werde diesmal voraussichtlich Stuttgart nicht

[1]) Gemeint ist selbstverständlich König Wilhelm II. von Württemberg.

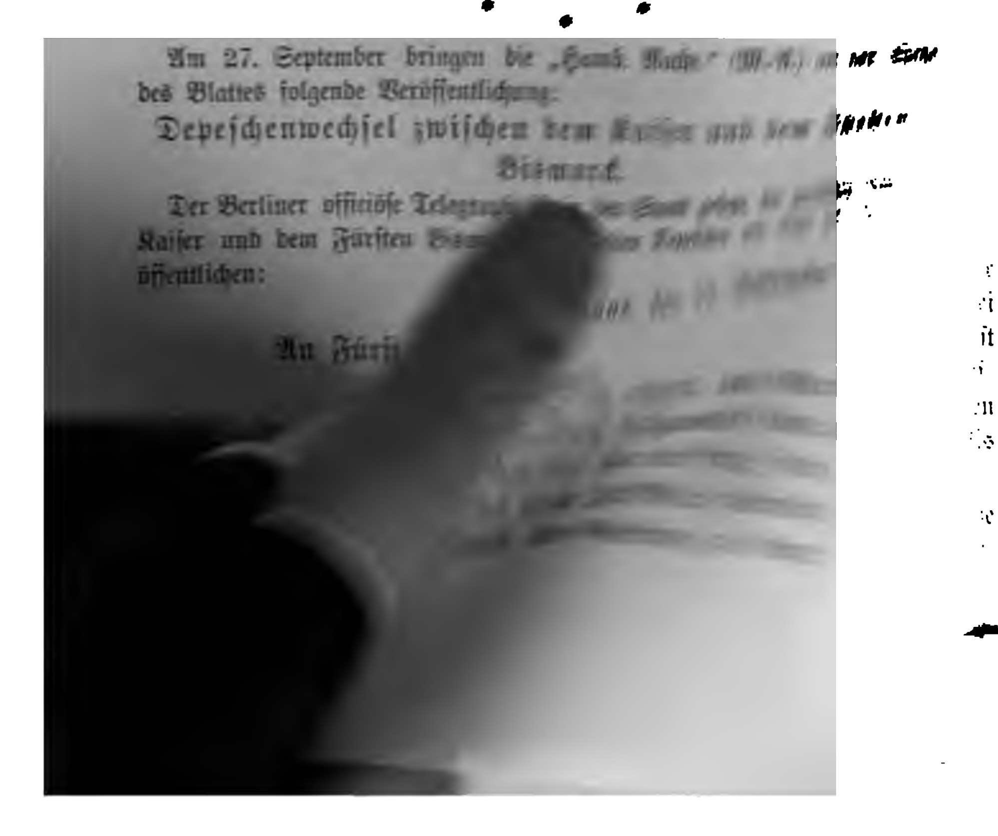
berühren. Der Besuch des Ministers von Mittnacht in Kissingen fand aber erst am 26. August statt.

* * *

Am Schlusse eines Artikels über die Reden des Kaisers äußern die „Dresdener Nachrichten":

„Unbewußt schwebt Kaiser Wilhelm ein großes Vorbild bei seinen Reden vor. Auch seine Reden sind voll von Erinnerungen geschichtlicher Art, gleich den Reden jenes anderen Großen. Eifrig gedenkt der Kaiser seines Großvaters, des „Einigers des Reiches"; pietätvoll gedenkt er der „Siegfriedgestalt" des Kaisers Friedrich; seiner Großmutter, der Kaiserin Augusta, erinnert er sich, da sie zu Coblenz eine Parade abnahm; unvergeßlich ist in seinem Gedächtniß die Gestalt des großen, unheimlichen Schweigers Moltke, mit bewunderungswürdiger Klarheit schweben ihm die Lichtgestalten all der Männer vor, welche sich um die Gründung des Reiches verdient gemacht — nur die Erinnerung an Einen fehlt. Nur eine Gestalt [illegible] wie ein Schatten in der Unterwelt, wie jene Schatten, die Blut trinken müssen, damit sie reden. Nur Einer fehlt. Was er dem Reiche war, was er ist, was die Väter und Großväter des kaiserlichen Redners ihm verdankten, was den Mann zum Vorbilde des Sprechers selber macht, keine Silbe verräth, daß noch ein Bewußtsein hiervon lebendig ist. Alle Heldengestalten ziehen in dem Gedächtniß des Kaisers vorüber — wo aber bleibt der Recke, den jeder kennt, der weiße Achilles, der einsam in seinen Zelten haust? Sollte er wirklich schon bei den Schatten weilen? — — —"

* * *


Am 27. September bringen die „Hamb. Nachr." (M.-A.) an der Spitze des Blattes folgende Veröffentlichung:

Depeschenwechsel zwischen dem Kaiser und dem Fürsten Bismarck.

Der Berliner officiöse Telegraph [illegible] Kaiser und dem Fürsten Bismarck [illegible] öffentlichen:

An Fürst [illegible]

recht vollständigen zu gestalten, bitte Ich Eure Durchlaucht bei der klimatisch wenig günstigen Lage von Varzin und Friedrichsruh, für die Winterzeiten in einem Meiner in Mittel-Deutschland gelegenen Schlösser Ihr Quartier aufzuschlagen. Ich werde nach Rücksprache mit Meinem Hofmarschall das geeignete Schloß Eurer Durchlaucht namhaft machen.

Wilhelm.

Kissingen, den 19. September.

An Seine Majestät den Deutschen Kaiser!

Güns.

Eurer Majestät danke ich in tiefster Ehrfurcht für Allerhöchstdero huldreichen Ausdruck der Theilnahme an meiner Erkrankung und neuerlich eingetretener Besserung, nicht minder für die Absicht gnädiger Fürsorge für die Förderung meiner Genesung durch Gewährung eines klimatisch günstigen Wohnsitzes. Meine ehrfurchtsvolle Dankbarkeit für diese huldreiche Intention wird durch die Ueberzeugung nicht abgeschwächt, daß ich meine Herstellung, wenn sie mir nach Gottes Willen überhaupt in Aussicht steht, am wahrscheinlichsten in der altgewohnten Häuslichkeit und deren Zubehör an Einrichtung und Umgebung zu finden glaube. Da mein Leiden nervöser Natur ist, so glaube ich mit meinem Arzte, daß das ruhige Weiterleben[1]) in den gewohnten Umgebungen und Beschäftigungen das Förderlichste für meine Genesung sein würde und daß ein Uebergang in neue, mir bisher fremde Umgebungen und Verkehrskreise, wie es die Folge einer Verwirklichung der huldreichen Absicht Eurer Majestät sein würde, in meinem hohen Alter im Interesse der Beseitigung der vorhandenen Störungen meines Nervensystems zu vermeiden sein würde. Professor Schweninger behält sich vor, diese seine und meine Ueberzeugung in schriftlichem Bericht eingehend zu begründen.

v. Bismarck.

[1]) In den ersten Veröffentlichungen stand irrthümlich „Winterleben"; merkwürdiger Weise hat diesen Fehler sogar Horst Kohl übernommen (Bismarck-Jahrbuch 1894, S. 260).

Die Thatsache selbst war schon am 19. und 20. September bekannt geworden; die Veröffentlichung erfolgte erst jetzt. Aus der Hochfluth von Preßäußerungen geben wir hier nur kurze Stellen und Auszüge wieder.

Von den größeren deutschen Blättern geben vorläufig am 20. und 21. September „Köln. Ztg.", „Nordd. Allg. Ztg." und „Kreuz-Ztg." die Depesche ohne Commentar wieder.

Die „Nat.-Ztg." bemerkt dazu:

„Der Initiative des Kaisers zur Wiederherstellung derjenigen persönlichen Beziehungen, welche zwischen dem Träger der Kaiserkrone und dem Staatsmanne, der sie geschmiedet hat, niemals hätten gestört werden sollen, ist die freudige Zustimmung der großen Mehrheit des deutschen Volkes gewiß. Ueberall, wo man das bisherige Verhältniß zwischen dem Kaiser und dem Fürsten Bismarck schmerzlich empfunden hat, wird man an den ersten Schritt des Monarchen die Hoffnung knüpfen, daß er bald zur vollen Ausgleichung trauriger Irrungen führen möge."

Die „Voss. Ztg." schreibt:

„Es muß Wunder nehmen, daß die Umgebung des Kaisers nicht für nöthig gehalten hat, ihn früher von der ernsten Erkrankung des Fürsten Bismarck, die doch in der ganzen Presse besprochen wurde, zu unterrichten."

Das „Berl. Tgbl." äußert sich wie folgt:

„Wer da glauben sollte, daß damit der erste Schritt zu einer Rückkehr des Fürsten Bismarck zur Regierungsgewalt gethan sei, wird sich freilich schwerer Täuschung hingeben. Aber für das deutsche Volk ist und bleibt es ein beruhigendes Bewußtsein, durch dies Entgegenkommen des Monarchen einem Conflict die Spitze abgebrochen zu sehen, dessen Fortdauer nicht dazu angethan sein konnte, das Ansehen des Reiches nach außen zu stärken."

Der „Weser-Ztg." wird aus Berlin geschrieben:

„Die Correspondenz zwischen dem Kaiser und dem Fürsten Bismarck bildet selbstverständlich das allgemeinste Gesprächsthema. Es herrscht viel Neigung, die Bedeutung zu überschätzen; Enthusiasten sehen beide Männer bereits wieder Arm in Arm und verkennen, welche Berge die hinter uns liegenden drei Jahre zwischen ihnen aufgethürmt haben. Sie übersehen, daß es sich zunächst nur um einen Act der Höflichkeit handelt; das freundliche Anerbieten ist höflich oder freundlich beantwortet — aber abgelehnt. Ob damit die Sachen in Wahrheit anders stehen als zuvor, das wird sich erst zeigen müssen. Bis jetzt thut man gut, zu weit gehende Erwartungen zurückzuhalten."

Gerechtes Befremden hat das „jetzt erst" in der kaiserlichen Depesche hervorgerufen. Die „Voss. Ztg." läßt sich darüber folgendermaßen vernehmen:

„Wie ist es erklärlich, daß auch die nicht ausschließlich militairische Umgebung des Kaisers ihm nicht unverzüglich eine immerhin so wichtige Nachricht überbrachte, wie die schwere Erkrankung des früheren Reichskanzlers? Diese Nachricht war unanfechtbar. Die Blätter veröffentlichen im Wortlaute eine Auslassung des Professors Schweninger, daß jetzt die Gefahr beseitigt scheine. Ueberall wurde gemeldet, daß Fürst Bismarck die Abreise von Kissingen nach Berlin in letzter Stunde aufgeben mußte, weil er nicht reisefähig war. Der Ernst der Lage sprach aus allen Meldungen. Und da fanden sich die politischen und höfischen Stellen, deren Aufgabe es ist, den Kaiser über die Vorgänge von Belang zu unterrichten, nicht gemüßigt, ihn von der Erkrankung des Fürsten Bismarck zu unterrichten? Oder hatten sie selbst von ihr keine Ahnung? Es kann nicht Wunder nehmen, wenn angesichts einer solchen bedauerlichen Thatsache die öffentliche Meinung fragt, was alles nicht dem Kaiser verborgen bleiben müsse, wenn er selbst von der Erkrankung eines Mannes wie Bismarck erst nachträglich Kenntniß erhält."

Die „Westd. Ztg." schreibt in gleicher Richtung:

„War und ist der Kaiser nicht umgeben von seinen ersten Räthen und haben auch sie nichts erfahren von jener schweren Erkrankung? Es ist doch undenkbar, daß sie davon gewußt und es doch Seiner Majestät verschwiegen hätten! daß sie es hätten darauf ankommen lassen, daß im Falle des schlimmen Ausgangs der Krankheit die Geschichte von einer ungelösten Entfremdung des edlen Kaisers und des großen Kanzlers, des Mitbegründers des Reichs, hätte berichten müssen! Wir verstehen das nicht, aber wir glauben, daß das deutsche Volk eine Aufklärung darüber erwarten darf. Oder sollten jene Gerüchte wahr sein, die behaupten, daß es im Deutschen Reiche Stellen giebt, die jene Versöhnung nicht nur nicht fördern, sondern sie zu verhindern suchen?"

Die „Neue Züricher Zeitung" äußert sich u. A. wie folgt:

„Wenn der Kaiser heute dem Fürsten Bismarck die Hand reicht, so begeht er damit, ganz abgesehen von der moralischen Würdigung der That, eine Handlung der Herrscherklugheit, welche die besten Früchte tragen muß, ohne dem Urheber viel zu kosten. Die Classen, die den Zwiespalt zwischen Kaiser und Kanzler aufs Schmerzlichste empfanden, sind gerade die der Monarchie ergebensten, und es ist nicht ohne Grund in der Presse wiederholt davor gewarnt, worden, den hier aufgespeicherten Fonds von monarchischer Treue gering zu schätzen und sich verzetteln zu lassen. Durch eine Versöhnung mit dem großen Diener seines Hauses, dem Abgott seines Volkes, schafft sich darum der Kaiser keine neue Schwierigkeit, er entfernt bestehende Schwierigkeiten aus seinem Wege, und das freundliche Abendroth, das in das Leben des alten Ministers scheint, fällt verschönend auf das Haupt des Herrschers zurück."

* * *

Die „Hamb. Nachr.“ schreiben am 25. September (A.=A.):

Wir sind heute in der Lage, unseren Lesern die freudige Mittheilung machen zu können, daß Fürst Bismarck wieder hergestellt ist und bereits in den nächsten Tagen in Friedrichsruh eintreffen dürfte. Der Fürst hat der ihm lieb gewordenen Gewohnheit, den Herbst in Varzin zu verleben, für diesmal entsagt, weil die Reise dorthin nach eben beendeter Reconvalescenz ärztlicherseits als zu weit und zu anstrengend widerrathen wurde. In Friedrichsruh wird der Empfang des Fürsten, der Frau Fürstin, sowie der gräflich Herbert'schen und der gräflich Rantzau'schen Familie, welche zum Besuch eintreffen, eifrig vorbereitet. Wir beschränken uns für heute darauf, dem in ganz Deutschland und darüber hinaus verbreiteten Wunsche Ausdruck zu geben, daß der wiedergenesene greise Fürst die Fahrt von Kissingen glücklich zurücklegen und in Friedrichsruh die frühere Frische und Gesundheit recht bald und auf hoffentlich lange Jahre hinaus wiedererlangen möge!

* * *

Ueber die Krankheitsgeschichte des Fürsten Bismarck bringt die Münchener „Allg. Ztg.“ am 25. September (A.=A.) folgende zuverlässige Mittheilungen:

Der Depeschenwechsel zwischen Güns und Kissingen hält noch immer das Interesse des Publicums gefangen, welches der weiteren Entwicklung der Dinge mit größter Spannung folgt; namentlich spielen die Erörterungen darüber, ob der Kaiser den Fürsten Bismarck in Kissingen besuchen werde, eine große Rolle. Auf der Rückfahrt von Wien nach Berlin, die am Dienstag Nachmittag angetreten werden soll, würde ein Besuch in Kissingen einen großen Umweg bedeuten, dennoch erhält sich hier der Glaube daran. Wahrscheinlicher ist wohl, daß, wenn überhaupt ein Besuch stattfinden soll, dieser — auch mit Rücksicht auf die Reconvalescenz des Fürsten — später in Friedrichsruh erfolgt. Die Uebersiedelung dahin darf in der letzten Septemberwoche wohl mit einiger Sicherheit erwartet werden. Das Gerücht von einer Nachcur in Wiesbaden auf Anrathen des Professors Schweninger beruht auf einem Irrthum und war von vornherein um so unglaublicher, als Fürst Bismarck in seiner Antwort an den Kaiser die Ablehnung des kaiserlichen Anerbietens ausdrücklich mit der Ansicht des Professors Schweninger motivirt hatte, welcher sich gegen Aenderung des gewohnten Aufenthalts ausgesprochen habe.

Die Frage, wie es möglich war, daß die schwere Erkrankung des Fürsten verschwiegen bleiben konnte, beantwortet sich einfach dahin, daß dies aus Rücksicht auf den Fürsten und die Fürstin selbst geschah, um bei den ohnehin vorhandenen Krankheitscomplicationen jede Besorgniß, die nur ungünstig wirken konnte, vom Fürsten und seiner Gemahlin fern zu halten. Deshalb unterblieb auch jede Meldung an den Kaiser, die zu zahlreichen Erkundigungsanfragen geführt hätte, und nur die nächsten Familienmitglieder wurden

brieflich benachrichtigt, sich zur Abreise nach Kissingen auf telegraphische Berufung bereit zu halten. Die Constatirung einer linksseitigen Lungenentzündung dürfte am Morgen des 31. August erfolgt sein; Fürst Bismarck blieb, wie gesagt, ohne Kenntniß davon, empfand jedoch Schmerzen, die ihn, wie er im Laufe des Tages äußerte, an Lungenentzündung erinnerten. (Der Fürst hat eine solche bekanntlich schon einmal, im November 1859, durchgemacht, als er auf der Reise von Pommern nach St. Petersburg in Hohendorf bei Elbing erkrankte und dort bis in den Anfang März des folgenden Jahres verweilen mußte.)

Am 2. September traf Graf Wilhelm Bismarck auf der Reise nach München zu einem ohnehin projectirten kurzen Besuch in Kissingen ein. In Folge der schmerzhaften Erscheinungen der Ischias und der Gürtelrose waren die Nächte schlaflos, und nur die Morgenstunden gewährten einen leichten Schlummer, Tags über blieb der Fürst außer Bett. Zur höchsten Befriedigung des sorgsam beobachtenden Arztes nahm das Lungenleiden nicht zu; bereits in den Tagen vom 2.—4. September war eine leichte Besserung erkennbar, die Gefahr aber noch keineswegs beseitigt, am 6. September konnte die Besserung als „langsam, aber sicher" bezeichnet werden, wenngleich die Schlaflosigkeit noch andauerte. Der Fürst begann allmählich, sich in den Zimmern zu bewegen, und die unmittelbare Gefahr konnte als überwunden gelten. Professor Schweninger verließ auf wenige Tage Kissingen zum Besuche anderer Patienten, kehrte am 14. dorthin zurück, worauf dann am 15. September die erste Ausfahrt erfolgte. Diese bekam dem Fürsten gut, und am 16. September konnte Professor Schweninger den Erfolg als durchschlagend und fortschreitend bezeichnen.

Die Andeutungen von einer ernsteren Erkrankung des Fürsten gelangten in die Presse erst, als die eigentliche Gefahr vorüber war. Der Kreis von Personen, welche über den bedenklichen Charakter der Erkrankung und namentlich über die Lungenentzündung in den kritischen Tagen unterrichtet waren, war ein sehr kleiner, und diese schwiegen aus Rücksicht auf den Fürsten selbst, welcher auf die Zeitungslectüre nie ganz verzichtet hatte, sowie auf seine ohnehin sehr besorgte Gemahlin. Jetzt dürfen wir uns freuen, daß Dank der hingebenden und unausgesetzten Aufmerksamkeit des Arztes und bei den sonst durchaus gesunden Organen des Fürsten die Genesung auf einen Punkt gediehen ist, in welchem auch die Kräftigung wieder eintritt, die den Augenblick des Aufbruchs von Kissingen naherückt. Der Fürst hat bis vor Kurzem noch an Varzin festgehalten, doch die kühler gewordene Jahreszeit und die Unbequemlichkeit der weiten Reise haben ihn darauf verzichten lassen, und er wird nun sofort sein Winterquartier in Friedrichsruh beziehen. Dies ist — in großen Zügen — die Geschichte der Krankheit, bei deren Ausgang das Telegramm des Kaisers der gesammten Nation noch einmal den Werth

des großen Besitzes vor Augen rückte, welchen das Leben des Fürsten Bismarck für Deutschland darstellt.

* * *

Die „Hamb. Nachr." äußern am 28. September (A.=A.):

Der Depeschenwechsel zwischen dem Kaiser und dem Fürsten Bismarck wird nach Veröffentlichung des Wortlauts in der Presse einer erneuten Erörterung unterzogen. Die fortschrittlichen Organe suchen natürlich auch bei dieser Gelegenheit ihrem alten Groll gegen den Fürsten Bismarck Genüge zu thun, indem sie seiner Ablehnung des kaiserlichen Anerbietens Gründe suppeditiren, die nicht vorhanden und darauf berechnet sind, ihm in der öffentlichen Meinung zu schaden. Es lohnt nicht, auf diese Thorheiten weiter einzugehen. Die Ansichten der übrigen Presse glauben wir in der Hauptsache in nachstehendem Citat aus der „Tägl. Rundschau" zusammenzufassen. Das Blatt schreibt:

„Der Wortlaut der Telegramme von Güns und Kissingen, der uns jetzt vorliegt, kann nur den Eindruck verstärken, daß es sich dabei um einen Vorgang handelt, der zwar vom rein menschlichen Gesichtspunkt aus als erfreulich bezeichnet zu werden verdient, aber als politisch wichtiges Ereigniß nicht betrachtet werden kann. Wir sehen einerseits den sorgsam bemessenen Ausdruck natürlicher Antheilnahme an dem Befinden eines hochverdienten, großen Mannes, anderseits den in höfische, wenn nicht gar diplomatische Form gekleideten Dank dieses Mannes für die huldvolle Aufmerksamkeit seines Fürsten, nicht mehr, nicht weniger."

* * *

Ihre Mittheilung vom 25. September (A.=A.) über Befinden und Rückkehr des Fürsten ergänzen die „Hamb. Nachr." am 30. September (A.=A.) folgendermaßen:

Unsere neuliche Mittheilung über die bevorstehende Rückkehr des Fürsten Bismarck haben wir heute dahin zu ergänzen, daß der Fürst nach seiner Erkrankung noch immer nicht die Körperkräfte wieder gewonnen hat, die zu einer so langen Reise wie von Kissingen nach Friedrichsruh nothwendig sind. Sobald die Reise irgendwie thunlich ist, wird sie erfolgen. Der Fürst dürfte voraussichtlich denselben Weg nehmen wie auf der Hinreise. Es wird aus ärztlichen Gründen dringend gebeten, von Ovationen und privaten Begrüßungen auf den Stationen sowie am Ankunftsorte abzusehen.

* * *

Am 2. October (A.=A.) heißt es dann weiter:

In Uebereinstimmung mit unseren eigenen Nachrichten über die Abreise des Fürsten Bismarck aus Kissingen berichtet die dortige „Saale=Ztg." in ihrer letzten Sonnabend=Nummer:

„Wie wir bereits gestern mitgetheilt haben, wird die Abreise des Fürsten Bismarck, der heute neun Wochen hier weilt, in den ersten Tagen der nächsten Woche erfolgen — falls es sein Kräftezustand erlaubt. Seit zwei Tagen haben wir plötzlich wieder sehr warme Temperatur, welche dem greisen Alt-reichskanzler gestattete, gestern und vorgestern Spazierfahrten zu unternehmen. Prof. Schweninger ist gestern Nachmittag wieder hier eingetroffen. Die Reise nach Friedrichsruh geht über Eisenach-Bebra-Göttingen-Hannover. Es liegt in der Natur der Sache, daß der Fürst sich nach der schweren Erkrankung vor jedem unnöthigen Verbrauch seiner Kräfte hüten muß; das Publicum wird deshalb gebeten, bei der Abreise hierauf Rücksicht zu nehmen und stürmische Kundgebungen zu unterlassen."

Dieses Ersuchen an die Kissinger veranlaßt uns, die Mahnung zu wiederholen, die wir am Sonnabend an das Publicum der verschiedenen Stationen, die der Fürst auf seiner Reise passirt, gerichtet haben: sich aller Ovationen und privaten Begrüßungen aus ärztlichen Gründen thunlichst zu enthalten. Es ist mit Bestimmtheit darauf zu rechnen, daß der Fürst während der Reise dem Publicum kaum sichtbar werden wird. Wir glauben noch besonders hervorheben zu sollen, daß sich der Fürst nach seiner Ankunft in Friedrichsruh nach der anstrengenden Reise sogleich ins Haus und in seine Zimmer begeben, mithin Begrüßungen nicht gut entgegennehmen können wird.

* * *

Am 4. October (A.-A.) lesen wir in den „Hamb. Nachr.":

Welchen Eindruck die Kunde von der Erkrankung des Fürsten Bismarck im Auslande hervorgerufen hat, erhellt aus dem folgenden Telegramm aus Chicago, welches, wie die Münch. „Allg. Ztg." mittheilt, am 28. September in Kissingen einlief:

„Fürst Bismarck. Kissingen.

Hunderte deutscher und deutsch-amerikanischer Männer, in Chicago zum Commers versammelt, gedenken in inniger Theilnahme ihres Bismarck und bitten Gott, daß er ihm Genesung und lange Jahre schenke. Professor Wätzoldt."

* * *

Da die Rückkehr nach Friedrichsruh noch immer nicht erfolgt, kommt die ängstliche Sorge um das Leben des Fürsten in allen möglichen Alarmnachrichten zum Ausdruck. Ihnen gegenüber erklären die „Hamb. Nachr." am 6. October (M.-A.):

Die in der Presse verbreiteten beunruhigenden Gerüchte über das Befinden des Fürsten Bismarck sind unbegründet. Die Uebersiedelung des Fürsten nach Friedrichsruh erfolgt demnächst.

In der A.=A. desselben Tages heißt es dann weiter:

In Ergänzung unserer Notiz von heute früh, daß die beunruhigenden Zeitungsmeldungen über das Befinden des Fürsten Bismarck gänzlich unbegründet seien und die Uebersiedelung nach Friedrichsruh bevorstehe, theilen wir noch mit, daß der Fürst gestern in Kissingen die gewohnte Ausfahrt unternommen hat. Danach wird es den Zeitungsredactionen, welche die besorgnißerregenden Depeschen über den Zustand des Fürsten aufgenommen haben, selbst rathsam erscheinen, sich für die Zukunft in solchen Dingen vorsichtiger zu verhalten. Sie sollten sich sagen, daß, wenn im Befinden des Fürsten Bismarck irgend eine kritische Wendung wirklich eingetreten wäre, sich Niemand berechtigt glauben würde, diese Thatsache der Oeffentlichkeit auch nur auf einige Stunden vorzuenthalten.

Das Befinden des Fürsten bessert sich von Tag zu Tag, aber es ist naturgemäß, daß die Wiederherstellung des früheren Kräftezustandes Zeit braucht. Es ist anzunehmen, daß die Abreise aus Kissingen sehr bald erfolgt, wahrscheinlich an einem Tage, wo das Befinden des Fürsten und die Witterungsverhältnisse die Vornahme der Uebersiedelung besonders indicirt erscheinen lassen.

* * *

Endlich erfolgt am 7. October (A.=A.) die erlösende Nachricht:

Fürst Bismarck hat heute Vormittag 11¾ Uhr seine Reise von Kissingen nach Friedrichsruh angetreten. Der Fürst, der im offenen Wagen zur Bahn fuhr, wurde von der in den Straßen versammelten Menschenmenge enthusiastisch begrüßt. In Friedrichsruh wird das Eintreffen des Fürsten für heute Abend 11 Uhr erwartet. Wie schon früher mitgetheilt wurde, hat sich der Fürst jeden Empfang, auch von befreundeter Seite, dringend verbeten. Sein Befinden ist nach den letzten Nachrichten zufriedenstellend, und man darf hoffen, daß er die lange Fahrt von Kissingen ohne jeden Nachtheil für seine Gesundheit zurücklegen wird.

* * *

Aus Kissingen wird noch berichtet:

Schon um 11 Uhr hatte sich heute viel Publicum auf dem Bahnhof eingefunden: um ½12 Uhr war der Perron dicht gefüllt von einer großen Menschenmenge, meistens hiesige Einwohner, die den Fürsten Bismarck nach seiner schweren Krankheit noch einmal sehen wollten.

Kurz nach ½12 Uhr fuhren die königlichen Hofequipagen an der Rampe des Königssalons vor; in der ersten saß Fürst Bismarck und Professor Schweninger, in der zweiten die Fürstin mit Frau v. Reckow. Im Königssalon waren zur Begrüßung und Verabschiedung erschienen: der königliche Bezirkshauptmann und Badecommissar Regierungsrath Baron v. Bechtols=

heim, die königlichen Bezirks-Assessoren v. Baumer und Frhr. v. Thüngen, Oberst und Bezirkscommandeur Frhr. v. Poißl mit Adjutant Sec.-Lt. Passavant; die Stadt war vertreten durch Herrn Magistratsrath Hofrath Dr. Ising und den Vorstand des Gem.-Collegiums Herrn Leop. Balling; ferner waren anwesend Herr geistl. Rath und Stadtpfarrer Krug, Herr Geheimer Hofrath Dr. Diruf, Herr Postmeister Stahl und Herr Bahnverwalter Uhl. Die Fürstin wurde von Herrn Oberst Freiherrn von Poißl zum Waggon geführt. Als Fürst Bismarck den Perron betrat, erschollen stürmische Hochrufe und Rufe: „Auf Wiedersehen!"

Sein Aussehen zeigte die Spuren des erlittenen schweren Krankheitsfalles, gleichwohl war die Haltung ganz aufrecht, und merkwürdig rasch bestieg er den Salonwagen, wo er sich nochmals am offenen Fenster zeigte.

Der Salonwagen des Fürsten war im Auftrage von Berliner Kurgästen reich mit Kränzen und Guirlanden von Tannengrün und Eichenlaub, sowie mit schwarzweißrothem Flaggentuch durch Herrn Hofgärtner Singer geschmückt worden. Eine große Zahl gespendeter, prachtvoller Bouquets wurde im Wagen untergebracht. Der Sonderzug, der den Fürsten nach Göttingen bringt, wo Anschluß an den Schnellzug nach Hamburg erreicht wird,[1]) bestand aus der Locomotive, dem Gepäckwagen, dem Salonwagen, einem Personenwagen 1. und 2. Classe und dem Dienstwagen. Als Reisecommissare begleiteten den Zug Inspector Freiherr v. Schacky vom Oberbahnamt Bamberg und Maschineningenieur Kuffer von Schweinfurt.

* * *

Einem Kissinger Bericht der Münchener „Allg. Ztg." über die Krankheit des Fürsten Bismarck entnehmen wir noch Folgendes:

Die Complication durch den Mückenstich hat Anlaß zu zahllosen „Originalberichten" gegeben, deren thörichtsten jedenfalls die Wiener „N. Fr. Pr." veröffentlicht hat. Der „Ueberfall" erfolgte Nachts. Der Fürst empfand den Stich, der ihn aus dem Schlaf weckte und sofort ein zunehmendes Schmerzgefühl verursachte. Am Morgen war bereits eine Geschwulst von der Größe eines Taubeneies constatirt, die sich, weiter zunehmend, in bedenklicher Aufschwellung ausdehnte. Dem Professor Schweninger, der nach Berlin gefahren und telegraphisch zurückgerufen war, gelang es, auch diese Gefahr zu beschwören. Da die Anschwellung sich bis tief in den Oberarm erstreckte, war der Fürst auch am Treppensteigen verhindert, weil er sich des Stockes nicht bedienen konnte, später aus Schonung für den Arm nicht bedienen wollte, und darauf ist es zurückzuführen, daß einzelne Berichterstatter in der Behutsamkeit, mit der er bei seinen Ausfahrten die Treppe hinabstieg und

[1]) Der Fürst ist aber mit dem Zuge nur bis Lüneburg und von dort mit Extrazug nach Friedrichsruh gefahren.

den Wagen bestieg, „Zeichen des Verfalls“ constatiren zu müssen glaubten. Zu „Unterschriften“, die er angeblich auch nicht geben konnte, hatte der Fürst bei seiner ohnehin sehr umfangreichen Correspondenz gerade in der letzten Zeit recht viel Gelegenheit, denn zahlreiche Städte und Corporationen, deren Ehrenbürger oder Ehrenmitglied er ist, sandten ihre Glückwunschadressen zur Genesung.

Was in Kissingen besonders erfreut hat, war die Antheilnahme der bayrischen Regierung, die durch die dortigen amtlichen Organe täglich Erkundigungen einziehen ließ. Der Prinzregent hat der Fürstin in einem sehr huldvollen Telegramm seine tiefen Empfindungen für das Wohlergehen ihres Gemahls mit den wärmsten Wünschen für die völlige Genesung ausgesprochen. Möge sie dem Fürsten in dem traulichen Heim seines Sachsenwaldes bald und in ganzer Fülle zu Theil werden!

* * *

In Eisenach ließ der Großherzog den Fürsten durch den Bezirksdirector Dr. Eulen begrüßen und ihm baldige völlige Genesung wünschen. Der Fürst trat hier auch an das Fenster seines Salonwagens und begrüßte das ihm voll dankbarer Freude zujubelnde Publicum.

X. Periode:

Friedrichsruh, 8. October 1893 — 12. Juli 1894.

Ueber die Ankunft in Friedrichsruh wird den „Hamb. Nachr." von dort Folgendes berichtet:

Als der Sonderzug, in welchem sich der Fürst und seine Begleitung befanden, vorgestern Abend zu der schon angegebenen Zeit hier einlief, gewahrte man den Fürsten inmitten des Salons stehend, in einen Reisemantel gehüllt und die graue Mütze auf dem Haupte. Als der Zug hielt, öffnete sich die Coupéthür, und Prof. Schweninger entstieg dem Wagen, ihm folgend die Frau Fürstin. Als nun der Fürst selbst aussteigen wollte, bot ihm Herr Oberförster Lange seine Hülfe an, doch lehnte der Fürst sie freundlich dankend ab, stieg allein die ziemlich hohen Wagenstufen herab und seinem Oberförster die Hand reichend fragte er diesen: „Ist denn hier Alles gesund?" Nachdem der Gefragte bejahend geantwortet hatte, legte der Fürst die kurze Strecke Weges bis zu der beim Bahnhof haltenden Equipage leicht und hochaufgerichtet zurück. Das fürstliche Paar und Prof. Schweninger nahmen Platz, dann ging es in rascher Fahrt nach dem Herrenhause. Dort unterhielt sich der Fürst noch eine Weile mit seiner Umgebung, um dann — um $11^3/_4$ Uhr — zur Ruhe zu gehen.

Der Salonwagen des Fürsten war schon in Kissingen von dem dortigen Hofgärtner mit Guirlanden prächtig geschmückt worden; bei der Abfahrt aber und auf den Stationen (Eisenach, Göttingen, Hannover) waren noch zahlreiche Bouquets in den Wagen gereicht worden. Mit Rücksicht auf das Befinden des Fürsten, der, wenn auch wieder rüstig und munter, doch, namentlich auf der Reise, noch der Ruhe und Schonung bedarf, war auf den Bahnhöfen, die passirt werden mußten, dem Andrange des Publicums vorgebeugt worden. Die Reise erfolgte von Kissingen bis Göttingen mittelst Sonderzuges; dann wurde der Salonwagen des Fürsten dem aus Frankfurt a. M. kommenden Schnellzuge nach Hamburg angehängt und von diesem

bis Lüneburg mitgeführt, während die Weiterreise von dort bis Friedrichsruh über Büchen wiederum mittelst Sonderzuges erfolgte.

Schon Sonnabend Abend waren von Verehrern des Fürsten Blumenspenden eingetroffen, so z. B. vom Hamburger Verein für Kunst und Wissenschaft ein wunderhübscher großer Korb mit Orchideen und Rosen nebst einer Karte mit der Aufschrift: „Willkommen in Friedrichsruh", von Herrn Andreas Meyer und Frau ein kleinerer, ebenfalls äußerst geschmackvoller Blumenkorb nebst einer Karte mit den Worten: „Mit innigem Glückwunsch zur Genesung." Gestern Morgen trafen nebst vielen Begrüßungstelegrammen weitere Blumengaben ein. Frau Baronin Merck (Sachsenwaldau) sandte einen Blumenkorb mit dem Wunsch: „Gott segne Ihren Einzug", sowie einen hübschen Rosenstrauß, Herr Emil Voigt und Frau (Hamburg) eine Staffelei mit geschmackvoll arrangirten Orchideenblüthen, die Herren Gebrüder Seyderhelm (Hamburg) eine Cocospalme, der Afrikareisende Herr Eugen Wolf (z. Zt. in München) einen Strauß rosarother Rosen, Frl. von Bremen (Hamburg) einen hübschen Kornblumenstrauß.

Die Nacht von Sonnabend (7.) zum Sonntag (8. October) verlief vortrefflich; der Fürst erfreute sich gestern (Sonntag) Morgen des besten Wohlseins. Nachmittags gegen 3 Uhr unternahm der Fürst in Begleitung des Professors Schweninger eine fast zweistündige Ausfahrt bis nach Schönau, wobei er heiterster Laune war und sich mit dem Inspector des genannten Gutes aufs liebenswürdigste und humorvoll unterhielt. Auch heute (Montag) wird der Fürst eine Spazierfahrt machen. Graf Rantzau nebst Familie wird heute Nachmittag hier erwartet.

* * *

Die Uebersiedelung des Fürsten Bismarck von Kissingen nach Friedrichsruh giebt der „Voss. Ztg." Anlaß zu einem Artikel, dessen Erscheinen gerade in diesem Blatte beweist, wie tief das Gefühl der Beunruhigung durch Erkrankung des Fürsten Bismarck auch in solchen Kreisen war, aus denen er sonst bekämpft worden ist. Das freisinnige Blatt schreibt:

„Düstere Nachrichten haben in den jüngsten Tagen das deutsche Volk beunruhigt. Was auch immer man mit dem gewaltigen Staatsmanne auszufechten hatte, gerade wenn die Gefahr seines gänzlichen Verlustes drohte, fühlte man seinen Werth doppelt. Er ist und bleibt eine titanenhafte Gestalt, an der sich der Blick auch des politischen Gegners erhebt.

„Wer Gefühl für die Größe einer in sich geschlossenen Persönlichkeit hegt, wer mit warmem Herzen die Geschichte des Vaterlandes verfolgt hat, der wird heute den Wunsch nicht zurückhalten, daß dem Manne, der an der Wiege des neuen Reiches gestanden, noch freundliche Jahre ruhigen Alters beschieden seien. Die mächtige Eiche ist von dem mächtigeren Forstmanne

angeschlagen und gezeichnet worden. Möge der Tag noch fern sein, an dem sie gefällt wird!

„So weit die deutsche Zunge klingt und noch viel weiter hat man in den letzten Wochen mit banger Erwartung den Nachrichten von Kissingen entgegengesehen. Kein anderes Ereigniß fesselte in gleichem Maaße die öffentliche Aufmerksamkeit wie der Depeschenwechsel zwischen dem Kaiser und seinem früheren Rathgeber. Aber längst war die Erörterung über diesen Zwischenfall geschlossen, die Ansicht über seine Bedeutung gefestigt, und immer wieder wandte sich das Auge nach dem bayrischen Badeorte. Wird Fürst Bismarck noch einmal genesen? Wird er noch lebend nach seinem Tusculum zurückkehren?" ....

„Der greise Staatsmann, der sein Haupt lieber in dem eigenen Heim als in einem kaiserlichen Schlosse bettet, der mag heute seine Fahrt nach dem Sachsenwalde glücklich und heiter vollenden und aus dem Hauch der rauschenden Buchen neue Lebenskraft saugen. Daß Fürst Bismarck noch lange Zeit dem deutschen Volke erhalten bleibe, das ist der Wunsch auch seiner politischen Gegner, die, wenn sie mit ihm Lanzen brachen, seine volle Kraft zu erkennen nicht minder als seine Freunde Gelegenheit hatten."

* * *

Kaum ein anderer Umstand ist so bezeichnend für die Lebensgefahr, in welcher der Fürst geschwebt hat, wie die Sorgfalt der darin sonst so vornehm schweigsamen „Hamb. Nachr." in der Berichterstattung über sein Befinden nach der Rückkehr. So melden sie vom 10. October (M.-A.):

Die in der gestrigen Abendausgabe erwähnte Spazierfahrt des Fürsten Bismarck erfolgte gegen 3 Uhr Nachmittags. Der Fürst schritt allein nach der im Hofe des Herrenhauses bereitstehenden Equipage und bestieg dieselbe ohne Schwierigkeiten, worauf Herr Prof. Schweninger neben ihm Platz nahm. — Auf seiner Ausfahrt am Sonntag gab der Fürst seiner Freude darüber Ausdruck, wieder im prächtigen Sachsenwalde weilen zu können. — Mit dem um 3 Uhr 29 Minuten in Friedrichsruh von Berlin ankommenden Zuge traf heute die gräflich Rantzau'sche Familie ein. Die Frau Fürstin, die sich jetzt wieder eines vortrefflichen Befindens erfreut, hatte sich in Begleitung von Frau v. Reckow und Herrn Dr. Chrysander nach dem Bahnhofe begeben, um die Ankommenden zu begrüßen. — Der Gesundheitszustand des Fürsten ist, wie nochmals betont sein mag, den Umständen nach ausgezeichnet; nichtsdestoweniger bedarf aber Se. Durchlaucht mit Rücksicht auf die kaum überstandene Krankheit größter Schonung, so daß für die nächste Zeit von Besuchen abzusehen sein dürfte.

* * *

Weiter erfahren wir am 11. October aus der A.-A. der „Hamb. Nachr.“: Mit dem Befinden des Fürsten Bismarck geht es, wie es in der Natur der Sache liegt, nur langsam besser; aber täglich ist ein kleiner Schritt vorwärts zu verzeichnen. Gestern, Dienstag, hat der Fürst ebenso wie an den vorhergehenden Tagen eine Ausfahrt gemacht. Im Uebrigen ist Ruhe jetzt das erste Bedürfniß des hohen Herrn, und deshalb ist im Interesse seiner baldigen vollen Wiederherstellung zu wünschen, daß die dankenswerthe Zurückhaltung, die bisher von Seiten der Freunde des fürstlichen Hauses bezüglich der Abstattung von Besuchen u. dergl. geübt worden ist, auch für die nächste Zeit noch beibehalten werde.

* * *

Am 18. October wurde in Bremen in Gegenwart des Kaisers das dem Kaiser Wilhelm I. errichtete Denkmal enthüllt. Auch Graf Wilhelm Bismarck nahm an der Feier Theil. Der Kaiser fragte ihn nach dem Ergehen seines Vaters. Als das nach Friedrichsruh berichtet wurde, hat der Fürst, „der niemals ein Höfling, aber immer ein höflicher Mann war,“ dem Kaiser sofort in eigenhändigem Briefe für diesen neuen Beweis kaiserlicher Antheilnahme seinen Dank ausgesprochen.

* * *

Eine geschichtliche Richtigstellung begegnet uns in den „Hamb. Nachr.“ nach langer Zeit zum ersten Mal wieder am 23. October (A.-A.):

Die „Frankf. Ztg.“ bringt einen Artikel aus der „Zürcher Post“, nach welchem Kaiser Wilhelm I. nach dem Nobiling'schen Attentate lebhaft gewünscht haben soll, die Regierungswürde auf seinen Sohn zu übertragen, und es schwer gehalten hätte, ihn von diesem Entschlusse abzubringen. Diese Angabe ist vollständig erfunden und zwar im Gegensatz zu der geschichtlichen Wahrheit. Kaiser Wilhelm hat niemals energischer, soweit es seine Verwundung erlaubte, den Wunsch, weiter zu regieren, kundgegeben, als damals. Wie frisch er sich auch körperlich gerade nach dem Attentate fühlte, geht u. A. daraus hervor, daß er über den „Aderlaß“ scherzte und sagte, Nobiling habe besser als seine Aerzte gewußt, welches Mittel zur Herstellung seiner, des Kaisers, Gesundheit indicirt gewesen sei.

Es ist daher eine willkürliche Erfindung des demokratischen Blattes, daß das preußische Staatsministerium oder Fürst Bismarck in die Lage gekommen wäre, den Kaiser um Ausharren in seiner Stellung zu bitten, ihn „einmüthig zu ersuchen, das deutsche Volk nicht des Herrschers zu berauben“. Es ist schwer, diese Behauptung einem freiwilligen Irrthum zuzuschreiben. Es handelte sich nur darum, die Abneigung des damaligen Kronprinzen gegen die Anordnungen seines

10*

Vaters über die provisorische Stellvertretung zu überwinden, was ohne Schwierigkeit der Fall war. Damit fällt die tendenziöse Erfindung über das angebliche Wort des Fürsten Bismarck: „Ich brauche ihn noch" und von der angeblichen Verstimmung des regierenden Kaisers über eine solche Aeußerung.

* * *

Am 9. November (A.=A.) melden die „Hamb. Nachr.":

Fürst Bismarck hat an Dr. H. Robolsky, welcher ihm sein Buch: „Der deutsche Reichstag. Geschichte seines fünfundzwanzigjährigen Bestehens 1867—1892" geschickt hat, folgendes Schreiben gerichtet:

Bei der Fülle der neu eingetroffenen Bücher, welche ich mir zur Lectüre zurückgelegt habe, bin ich erst jetzt dazu gekommen, einzelne mich besonders interessirende Episoden aus Ihrem Buche zu lesen, und habe mich namentlich gefreut, in demselben eine sachkundige Darstellung der parlamentarischen Geschichte der Jahre 1877 bis 1879 und des Ursprungs der Divergenzen mit der nationalliberalen Partei zu finden. Meine bisherigen Stichproben aus dem Werke geben mir Veranlassung, das Ganze mit vermehrtem Interesse im Zusammenhange zu lesen, und bitte ich Sie, für die Zusendung der mit so viel Fleiß und Sachkenntniß hergestellten Arbeit meinen verbindlichsten Dank entgegenzunehmen.[1])

* * *

Die „Hamb. Nachr." bringen am 12. November (M.=A.) folgende Notiz:

Fürst Bismarck hat es erlebt, daß seine langjährigen Feinde ihn als den einzigen Mann hinstellen, der Deutschlands Interessen mit Macht zu wahren wüßte, wenn es gälte, für sie einzutreten. An die Capstadter Meldung von angeblich erfolglosen Kämpfen der deutschen Schutztruppe in Deutsch=Südwestafrika gegen Hendrik Witboi knüpft die „Voss. Ztg." folgende Bemerkungen:

„Major von François hat an Mannschaften erhalten, was er verlangte; der Reichsregierung ist daher kein Vorwurf zu machen. Der Vorwurf trifft aber ihn, der so lange im Lande ist und die Verhältnisse kennen mußte. War mit Gewalt nichts auszurichten, so mußte ein friedliches Abkommen getroffen werden, und daß ein solches zu erzielen war, wissen wir aus den Vorkommnissen früherer Jahre. Gerade jetzt wird für den Reichstag eine Nachtragsforderung für Südwestafrika angekündigt, die Alles übersteigt, was bisher gefürchtet wurde. Für diese neuen Lasten aber können die deutschen Steuerzahler verlangen, daß ihren dort dienenden Söhnen nicht

[1]) Vgl. im Gegensatz zu diesem freundlichen Urtheil des Fürsten Bismarck die Auslassungen von Horst Kohl im Bismarck=Jahrbuch 1894, S. 499—503, in denen S. 502 auch dies Buch mit aufgezählt wird.

die Hälse abgeschnitten, daß die Ansiedler geschützt werden, und daß überhaupt endlich Ordnung geschaffen wird. Ist Major von François dazu nicht im Stande, dann weg mit ihm! Ist die in englischen Händen befindliche Walfischbai ein Hinderniß, weil sie Witboi einen festen Rückhalt bietet, dann müssen Verhandlungen mit Großbritannien eingeleitet werden, um diesen Capstädtischen Pfahl aus unserem Fleische zu entfernen. Mit gutem Willen und der nöthigen Energie geht Alles; wenn heute Fürst Bismarck am Ruder wäre, würde er schon um des deutschen Ansehens willen dafür sorgen, daß England in die Abtretung willigte. Es giebt unzählige streitige Punkte in den exotischen Ländern, in denen das allmächtige Albion auf die freundschaftliche Unterstützung des Deutschen Reiches angewiesen ist."

* * *

Unter der Ueberschrift „Die Beziehungen zu Rußland im alten und neuen Course" enthalten die „Hamb. Nachr." vom 22. November (M.-A.) nachstehende Ausführungen:

Die Beziehungen des Deutschen Reiches zu Rußland sind für Ersteres nächst denen zu den engeren Verbündeten, Oesterreich und Italien, die wichtigsten, erstens wegen der Größe der russischen Macht und der Beschaffenheit unserer Grenzen, zweitens, weil sie im höheren Maaße als die Beziehungen zu Frankreich und England der Einwirkung einer geschickten diplomatischen Behandlung zugänglich bleiben und es stets gewesen sind. In Frankreich wird die geschickteste Diplomatie gegen die herrschende Volksstimmung nichts ausrichten und in England nichts Dauerndes. Bei dieser Wichtigkeit unseres Verhältnisses zu Rußland ist es erklärlich, daß die Frage, wer die Wandlung unserer Beziehungen zu Rußland herbeigeführt hat, in der Publicistik lebhaft erörtert wird. Daß eine Wandlung stattgefunden hat in der Zeit seit der Entrevue von Skiernewice bis zu dem Flottenbesuche in Toulon, springt in die Augen; aber wer die Schuld daran trägt, das ist die Frage.

Wenn die Diplomatie des alten Courses für unsere heutigen Beziehungen zu Rußland die Verantwortung zu tragen hätte, so könnte dies doch nur als Ergebniß des Berliner Congresses und des österreichischen Defensivbündnisses von 1879 angesehen werden. Daß Kaiser Alexander II. zu seiner Zeit verstimmt darüber war, daß die Freundschaft Deutschlands für Rußland zu „platonisch" sei und sich zu wenig praktisch bethätige, ist bekannt. Diese Verstimmung hat zu den bedrohlichen Auslassungen geführt, welche bei uns das Bedürfniß erzeugten, das bis dahin gleich gute Verhältniß zu Oesterreich zu einem intimeren zu gestalten.

Diese wesentlich unter dem Einflusse des Fürsten Gortschakow erwachsene Verstimmung hat sich aber auf den Kaiser Alexander III. nicht vererbt. Sein erster Besuch in Danzig am 9. September 1881 legte den Grund zur Herstellung vertrauensvoller Beziehungen, die sich demnächst durch ununterbrochenen persönlichen Verkehr der beiderseitigen Minister und Monarchen intimer entwickelten. Der Besuch in Danzig fand zwei Jahre nach dem Abschlusse des österreichischen Bündnisses statt und in voller Kenntniß des Inhaltes dieses Bündnisses. Ihm folgte im Jahre 1882 am 18. und 19. November der Besuch des die russische Politik leitenden Ministers von Giers in Varzin, und dieser Besuch bei dem deutschen Kanzler wiederholte sich am 14. und 15. November 1883 in Friedrichsruh. Im September 1884 fand die Zusammenkunft der Monarchen und ihrer Minister in Skiernewice statt, wo unter allen Anwesenden volles und herzliches Einverständniß herrschte. Im Anfang October 1885 besuchte der russische Minister den deutschen Kanzler wiederum in Friedrichsruh. Im August 1886 verkehrten beide Minister in voller Intimität in Franzensbad, und am 3. September desselben Jahres war Herr von Giers wiederum in der Wilhelmstraße in Berlin beim Reichskanzler zu Besuch. Daß die vertrauensvollen Beziehungen, welche diesem persönlichen Verkehre zu Grunde lagen, bis zum November 1889 andauerten, bezeugen die beiden Besuche Kaiser Alexander's III. — der eine mit, der andere ohne seine Gemahlin — in Berlin und die rückhaltslose Kundgebung des Vertrauens, welches der russische Monarch in die deutsche Politik zu setzen erklärte, so lange Fürst Bismarck dieselbe leite.

Wenn verschiedene Zeitungen neuerdings sich auf die Rede des Fürsten Bismarck vom 6. Februar 1888 berufen, um aus ihr den Schluß zu ziehen, daß unsere Beziehungen zu Rußland schon damals nicht besser gewesen seien als heute, so ist das doch eine in der Luft schwebende Behauptung. Die Blätter führen dafür das Schlagwort an: „Wir laufen Niemandem nach!" Ja, liegt es denn in der Politik einer unabhängigen Großmacht, jemals irgend Jemandem nachzulaufen? Haben die Officiösen des neuen Courses vielleicht das Gefühl, daß wir heute anderen Mächten nachlaufen? Wir würden bedauern, wenn dies der Fall wäre, und halten die Annahme, daß dem so sei, doch für eine mißverständliche Folgerung aus unüberlegten Aeußerungen berufener Vertreter des neuen Courses. Unter dem alten Cours ist die deutsche Politik Niemandem nachgelaufen, weder den Russen, noch unseren intimeren Verbündeten, noch irgend einer der herkömmlich oppositionellen Parteien im Parlamente; deshalb aber waren wir mit Rußland in keinen schlechteren Beziehungen als mit England, dem wir auch nicht nachliefen.

Wenn die Beziehungen zwischen uns und Rußland sich inzwischen weniger intim und vertrauensvoll gestaltet haben sollten, als sie bis zur Aenderung des Courses waren, so kann dieser Wechsel auf mannigfachen Ursachen beruhen, die sich heute noch der öffentlichen Beurtheilung entziehen; aber einige giebt es doch, die schon jetzt publici juris sind. Das sind unsere Handelsverträge und unsere heutige polnische Politik. Bei Abschluß der Handelsverträge war vorauszusehen, daß vermöge derselben und vermöge der Meistbegünstigungsverträge Rußland so gut wie allein als nichtbegünstigt übrig bleiben würde. Der Entschluß, in Deutschland alle fremden Staaten günstiger zu stellen als nur Rußland, konnte nicht als Beweis diesseitigen Wohlwollens aufgefaßt werden. Wenn in Rußland ein Ukas erschienen wäre, wonach allen anderen fremden Staaten mit alleinigem Ausschluß des Deutschen Reiches erhebliche Zollvortheile bewilligt würden, so steht es doch außer Zweifel, daß ein solches Vorgehen Rußlands bei uns den Eindruck einer absichtlichen Feindseligkeit machen würde. Das Gegenargument, daß unsere Unterhändler sich beim Abschluß der Handelsverträge nicht klar gemacht hätten, wie weit die Wirkung derselben vermöge der bestehenden Meistbegünstigungsverträge sich erstrecke, wird in Rußland keinen Glauben finden. Man wird dort annehmen, daß die Herren an der Spitze der deutschen Wirthschaftspolitik zu umsichtig und zu wohl informirt waren, um sich diese Folge nicht ebensogut klar zu machen, als wenn der alleinige Ausschluß Rußlands in den Verträgen gestanden hätte. Hätte man die Handelsverträge von 1891 nicht abgeschlossen, so ist anzunehmen, daß die feindseligen Schritte, die Rußland in seiner Zollgesetzgebung demnächst that, unterblieben wären und wir mit ihm wirthschaftlich heute im status quo ante lebten. Der heutige Zollkampf ist nichts als eine logische Folge unserer Handelsverträge, eine Folge, die sachkundige Geschäftsleute voraussehen mußten und wirklich vorausgesehen haben.

Ein weiteres Mißtrauen gegen die Absichten Deutschlands in Betreff Rußlands mußten, wie gesagt, die verschiedenen Erscheinungen auf dem Gebiete unserer polnischen Politik hervorrufen, die mit der des alten Courses im directesten Widerspruch steht. Es lag in der Politik des Grafen Taaffe, momentane parlamentarische Erfolge mit Concessionen an nationale und politische Parteien zu erkaufen. Unser Ideal auf dem Gebiete der inneren Politik einer europäischen Großmacht ist Graf Taaffe nie gewesen, und nur der Wille seines Monarchen hat ihm die Möglichkeit einer so langen Dauer seiner Wirthschaft auf Kosten des Capitals der Monarchie gewährt. Graf Taaffe ist jetzt vacant, aber wir hoffen, daß er anderweitige Verwendung nicht finden werde.

Wir haben in diesem Artikel nur nachweisen wollen, daß die officiösen Blätter sich irren, wenn sie annehmen, daß 1879 die Drähte zwischen Berlin und St. Petersburg vom Fürsten Bismarck schroff durchschnitten worden seien; sie wurden es damals nicht und haben sich unter der Regierung Kaiser Alexander's III. bis 1890 vollkommen haltbar und zuverlässig erwiesen. Die Situation, welche der alte Cours zwischen Deutschland und Rußland hinterließ, war nach der Richtung des gegenseitigen Vertrauens und Wohlwollens ebenso entwicklungsfähig wie die in Bezug auf England bestehende Situation, und sie war es in höherem Maaße, da in Rußland nicht wie in England jeder Cabinetswechsel die Gesammtpolitik des Landes in Frage stellen kann.

* * *

Ueber das Befinden des Fürsten enthält dieselbe Nummer des Blattes folgende Mittheilung:

Fürst Bismarck, der die letzten drei Monate in Folge seiner Erkrankung vorwiegend liegend hat zubringen müssen, ist jetzt so weit hergestellt, daß er wieder regelmäßige Spaziergänge unternehmen kann. Die Wiedererlangung des früheren Kräftezustandes macht unter dem Einfluß der Jahreszeit nur allmähliche Fortschritte. Die Schonungsbedürftigkeit besteht innerhalb der gegebenen Grenzen noch fort, andererseits ist die Hoffnung berechtigt, daß der Winteraufenthalt in Friedrichsruh den Fürsten gesundheitlich soweit fördert, daß er im Frühjahr wieder in den Vollbesitz der früheren Kräfte gelangt sein wird.

* * *

Die „Voss. Ztg." schreibt in einem Artikel über die Schutzzollpolitik des Fürsten Bismarck:

„Die Schutzzollpolitik, die seit dem Jahre 1879 fast in der ganzen Welt zum Durchbruch gekommen ist, hat überall unheilvoll gewirkt, am unheilvollsten aber in Deutschland ... Die Regierung hat erreicht, was bei der Lage der Verhältnisse erreicht werden konnte. Daß sie nicht mehr erreicht hat, dafür trifft der Vorwurf nicht sie, sondern die Politik, die der ihrigen vorherging und die die Voraussetzungen für den Abschluß günstiger Handelsverträge zerstört hatte."

Hierauf wird in der „Allgem. Ztg." sehr zutreffend erwidert:

Beide Sätze sind barer Unsinn. Wenn Fürst Bismarck die Schutzpolitik nicht eingeführt hätte, würde erstlich Deutschland verarmt sein, anstatt daß der Wohlstand sich in der Zeit von 1880—1890 ganz gewaltig gehoben hat. Zweitens aber hat er mit den Schutzzöllen erst die Waffen geschaffen, die seinen Nachfolgern den Abschluß von Handelsverträgen überhaupt ermöglichten.

* * *

In den M.-A. vom 23. und 24. November bringen die „Hamb. Nachr.“ folgende längere Ausführung:

Die Ueberhandnahme des bureaukratischen Einflusses. I. In einer Polemik gegen die „Kreuz-Ztg.“, welche Mißstände der Bureaukratie zur Sprache gebracht hatte, schreibt die „Nordd. Allg. Ztg.“, die Bureaukratie sei ehrenwerth, kenntnißreich und arbeitsam geblieben. Dies Zeugniß wird ihr Jedermann geben; es fragt sich hier und im Sinne der „Kreuz-Ztg.“ ausschließlich nur, ob sie mächtiger geworden ist, und wenn dies der Fall ist, ob diese Machtvergrößerung bei der engeren Betheiligung der Bureaukratie am wirthschaftlichen Leben des Volkes für letzteres nützlich geworden ist.

Daß die Bureaukratie eine mehr oder weniger geschlossene Kaste von Gelehrten bildet, welche die Kunst, ihre Mitbürger zu regieren, zum Gegenstande ihres Studiums und ihres Berufes gemacht haben; daß in dieser Kaste die ehrenwerthe Gesinnung der preußischen Beamten, namentlich die im Universitätsleben und in der wissenschaftlichen Bildung gewonnene, vorherrscht, ist einer der Vorzüge, aber auch eine der Gefahren der Bureaukratie. Ihre Intelligenz — wir verstehen darunter die Fähigkeit, sich zu unterrichten — muß eine sehr hohe sein, wenn sie, unabhängig von der Universitätsbildung, ihr ein Verständniß verschafft für die Bedürfnisse und Interessen ihrer Mitmenschen und für alle Zweige des wirthschaftlichen Gebietes, auf welche sie Einfluß zu üben gesetzlich berufen ist. Ihr Interesse leitet sie nicht auf die Allgemeinheit der wirthschaftlichen und Staatsverhältnisse hin, nur ihr Pflichtgefühl ohne den Sporn dieses Interesses. Die Bureaukratie ist in der Regel ohne Ar und ohne Halm, sie säet nicht und erntet nicht; ihr Gehalt ist nicht groß, aber er bleibt immer flüssig und sicher zu jeder Zeit und wird vorweg genommen von dem Bruttoertrage der Volkswirthschaft, die Zeiten mögen gut oder schlecht sein.

Die „Nordd. Allg. Ztg.“ sagt, in Wahrheit sei, seitdem eine Bureaukratie bei uns bestehe, ihr Einfluß nie so gering gewesen wie jetzt. Diese Ansicht kann man allerdings am grünen Tisch haben, von dessen Standpunkte aus Einem der Einfluß der Bureaukratie immer noch geringer erscheint, als er es von Rechts wegen sein sollte. Aber vom Standpunkte der Regierten aus sieht sich die Sache doch anders an. Die neuere Gesetzgebung hat namentlich auf technischem Gebiete den Einfluß der Bureaukratie wesentlich erweitert. Die heutigen statistischen Ansprüche, die Arbeitergesetzgebung, die Fabrikinspection, die Bestimmungen über Sonntagsarbeit, die Seuchengesetzgebung, die Einrichtungen der angeblichen „Selbstverwaltung“ — das Alles sind Gebiete, auf denen neuerdings eine discretionaire Einwirkung der Bureaukratie geschaffen

ist, wie sie früher nicht bestand und welche den Landwirth, den Industriellen nöthigt, sich mit den vorgesetzten Behörden, von denen die auf den genannten Gebieten thätigen Beamten ressortiren, in gutem Einvernehmen zu erhalten. Die heutigen Verwaltungsbehörden haben auch mehr Mittel als die früheren, den ihrer Aufsicht unterstellten Einwohnern das Leben schwer zu machen.

Ganz besonders ist die angebliche Selbstverwaltung eine Einrichtung, vermöge derer dem persönlichen Willen der Administrativbeamten ein sehr breiter Spielraum gewährt worden ist. Die Ortsvorstände, die durch diese Gesetzgebung geschaffen worden sind, haben nicht die Selbstständigkeit der städtischen Communalbeamten, sondern unterliegen unmittelbar der Disciplinargewalt der vom Ministerium abhängigen Landräthe; sie bilden einen Vertheilungsapparat, mit dem der ministerielle Wille und die Eingebungen der Mußestunden eines maßgebenden Ministerialrathes mit großer Beschleunigung in allen entlegenen Wohnorten des platten Landes verkündet werden. Die Folge davon ist zunächst eine Ueberlastung der Beamten der sogenannten Selbstverwaltung, durch welche diese ursprünglich communal gedachte Institution im schlimmsten Sinne, im Sinne der Schreiberbureaukratie, bureaukratisirt wird. Ein Privatmann, und namentlich, wie er auf dem Lande am häufigsten vorkommt, ein wohlhabender Bauer, kann neben der Besorgung seiner eigenen Berufsgeschäfte, den Zumuthungen, die ihm als Ortsvorstand von oben gemacht werden, nicht gerecht werden, und wird genöthigt, wenn er die Mittel dazu hat, einen Secretair anzunehmen, um durch diesen seinen bäuerlichen Antheil an den Staatsgeschäften besorgen zu lassen; oder er strikt. Findet er dann keinen Nachfolger, so tritt der Fall ein, daß auf Kosten der Gemeinde ein Regierungsbeamter aus der Schreiberclasse mit den Functionen des Ortsvorstandes beauftragt wird.

Früher hatten die Dorfverwaltungen in ihren Verlegenheiten einen Rückhalt am Landrathe, der damals die Zeit hatte, sich um das Wohl und Wehe seiner Kreisinsassen zu bekümmern. Wir erinnern uns der goldenen Zeit, wo ein preußischer Landrath mit einem Secretair und einem Hülfsschreiber auskam. Das Bedürfniß stieg in einem Menschenalter von 2 auf 12—14 landräthliche Beamte aus der Schreiberclasse. Dagegen hat der Landrath heutzutage nicht mehr das gleiche Interesse am Wohl und Wehe der eigenen Kreiseingesessenen; sein Beruf ist nicht, die Interessen seines Kreises der Regierung gegenüber, sondern die Interessen der Staatsregierung dem Kreise gegenüber wahrzunehmen und zwar in einem Umfange, daß die Kräfte eines gut ausgebildeten und arbeitsamen Landraths auch zu den wichtigsten Leistungen im Kreisgeschäfte nicht mehr ausreichen. Wir wissen nicht, wieviel Kreise es jetzt

in Preußen giebt, wo nicht der Landrath einen ja zwei Assessoren als Hülfsarbeiter zugewiesen erhalten hat, weil er selbst der Geschäfte nicht mehr Herr werden konnte. Dabei wechseln die Landräthe jetzt viel häufiger als früher. Während sonst der eingesessene Landrath seinen Posten gewöhnlich bis an sein Lebensende wahrnahm, ohne den Ehrgeiz einer weiteren Carriere im Staatsdienste, ist der Landrathsposten heutzutage nur die Ausgangsstelle eines Verwaltungsbeamten, der die höhere Staatscarriere machen will und seine Aufgabe daher darin sieht, sich seinen Vorgesetzten so angenehm zu machen, daß sein Verbleiben auf dieser letzten Stufe abgekürzt wird. Es ist also naturgemäß, daß der heutige Landrath nicht mehr den Kreis, sondern die Regierung vertritt, und daß er in höheren Maaßen Beamter geworden ist als er früher war.

II. Als die Selbstverwaltung geplant wurde, war der Gedanke vorherrschend, daß durch diese Institution hohe Staatsbeamte namentlich in Kreisen der Regierungscollegien entbehrlich werden würden. Das wirkliche Ergebniß ist umgekehrt eine starke Vermehrung der Beamten auf allen Stufen der Bureaukratie gewesen, und es scheint, daß die vorhandenen Beamten seitdem mehr Zeit haben, darüber nachzudenken, was sie ihren Untergebenen an Arbeiten aufgeben könnten. Wenn man ein Kreisblatt liest, so ist man erstaunt über die Zumuthungen, welche durch Ministerial-Rescript, verbreitert durch Regierungs-Verfügungen, sich als Niederschlag landräthlicher Anordnungen lediglich auf dem Gebiete der Statistik vorfinden. Die statistischen und die Schulbehörden werden als die anspruchsvollsten in Bezug auf Listenwesen den Augen der Amtsvorsteher und Gutsvorstände vorschweben. Es kann dies Listenwesen zu einer Art von Sport, namentlich in der Statistik werden. Man kommt auf diesen Gedanken, wenn man z. B. liest, daß eine Revision der Viehzählung für 1892 schon jetzt stattfinden soll, um darnach zu ermessen, ob der Futtermangel dieses Jahres Einfluß auf den Bestand an Rindvieh und Schweinen gehabt hat. Jeder Localbeamte auf dem Lande weiß, mit welchen Schwierigkeiten und mit welcher Arbeit solche Viehzählungen verbunden sind; welchen Nutzen es aber haben kann, festzustellen, ob seit dem vorigen Jahre eine Vermehrung oder Verminderung des Viehbestandes stattgefunden hat, das wird den bäuerlichen Amtsvorständen schwer verständlich sein. Wenn sich eine Verminderung herausstellt, kann das statistische Amt daraus mit Sicherheit schließen, daß dies am Futtermangel liegt? Es kann viele andere Gründe haben. Wenn sich keine Verminderung ergiebt, wie es wahrscheinlich ist, wird die Ursache davon auf dem Gebiete der Surrogate zu suchen sein, die

für das ausgefallene Futter Verwendung gefunden haben. Und falls ermittelt wird, daß in Folge Futtermangels eine Veränderung des Viehstandes nicht stattgefunden hat, welchen Nutzen hat dann die nachträgliche Feststellung dieser Thatsache für das Deutsche Reich, der in irgend einem Verhältnisse zu der schwierigen und verstimmenden Arbeit stände, die damit nach dem Belieben eines statistischen Beamten in Berlin Tausenden von Localbeamten auferlegt wird?

Wir haben einstweilen nur die Absicht, festzustellen, daß die Ansicht der „Nordd. Allgem. Ztg.", die Bureaukratie habe keine Fortschritte gemacht, unrichtig ist. Ob eine Gefahr darin liegt, daß der Einfluß der Verwaltungsbeamten hoch und niedrig im Lande ein mächtigerer wird, das wollen wir heute nicht untersuchen. Die „Kreuz-Ztg." nimmt offenbar an, daß die wucherische Entwickelung der Bureaukratie ein Nachtheil für das Land und dessen Zukunft sei. Wir stimmen dem insoweit bei, als das Correctiv für die der Bureaukratie unter Umständen anhaftenden Mängel in den parlamentarischen Institutionen liegen soll und als gerade in diesen eine Vermehrung der von der Regierung abhängigen Verwaltungsbeamten neuerdings unzweifelhaft ist. Die Gesammtheit der Landräthe, Regierungs-Präsidenten und sonstigen Verwaltungsbeamten haben nicht die Majorität in der Volksvertretung, aber ihr Einfluß wird doch der vorwiegende sein, und kann regelrechter Weise nicht in einer anderen Richtung ausfallen, als in der ministeriellen. Es ist unnatürlich, wenn ein Beamter von der absetzbaren Kategorie die Regierung im Parlamente bekämpft, und es wird in dieser Kategorie schwerlich Viele geben, die das nachhaltig thun. Es ist wahrscheinlich, daß das Gewicht der Beamten im Parlamente schließlich sehr wesentlich dazu beitragen wird, das herbeizuführen, was man den „Umfall" der Fractionen und in Folge dessen des Parlaments nennt, und was sich in einer für unsere parlamentarischen Aussichten sehr betrübenden Weise bei der „Durchpeitschung" der Handelsverträge offenbart hat.

Es war bei Vorbereitung der deutschen Reichsverfassung beabsichtigt gewesen, zur Vermeidung jedes Gewissensconflicts Staatsbeamte von der Wählbarkeit überhaupt auszuschließen. Dem wurde von Seiten der liberalen Partei selbst entgegengehalten, daß die Beamten zur Herstellung der Referate absolut unentbehrlich seien, und diese Ueberzeugung war so stark, daß der Gedanke fiel, und daß nach wie vor die parlamentarische Leistung für einen strebsamen Verwaltungsbeamten das Mittel bleibt, seine Carriere zu fördern, sobald sie ihm mehr am Herzen liegt als die Interessen, zu deren Vertretung er gewählt ist. Wenn die Bureaukratie und ihr Einfluß, wie die „Kreuz-Ztg." annimmt, eine Gefahr für unsere Zukunft birgt, so liegt die Remedur einstweilen in den Händen der

Wähler. So lange die Wähler aber abhängige Beamte wählen, und so lange die Parlamente selbst die Arbeitskraft der Beamten zur Vorbereitung ihrer Abstimmungen nicht entbehren können, wird man zu der Ueberzeugung gelangen müssen, daß der heutige Standpunkt unserer politischen Bildung uns noch nicht befähigt, die bureaukratische Leitung unseres öffentlichen Lebens zu entbehren. Man kann dies beklagen, aber in der Klage allein liegt noch keine Abhülfe. Vielleicht wird durch die weitere Entwickelung der Uebel, die den Staat in Gestalt der neuen Dorf- und Schreiberbureaukratie überkommen können, schließlich der Anstoß zur Abhülfe gegeben werden. Die ungesunden Zustände, welche aus der Bureaukratisirung der Selbstverwaltung in Verbindung mit dem Ausbau der neuen Gemeinde-Ordnung erwachsen werden, bringen uns wahrscheinlich zu der Erkenntniß, daß wir auf falsche Wege gerathen sind.

* * *

Mit Bezug auf das Werk von Hans Blum „Das Deutsche Reich zur Zeit Bismarck's" führen die „Hamb. Nachr." am 24. November (A.-A.) gegen die „Köln. Ztg." Folgendes aus:

Legendenbildung. Die „Köln. Ztg." bringt über das Geschichtswerk von Hans Blum folgenden Artikel:

„Das neueste Geschichtswerk von Dr. Hans Blum über ‚Das Deutsche Reich zur Zeit Bismarck's' giebt von Neuem einen Beweis dafür, wie rasch sich selbst in der modernen Zeit einer weitgreifenden Oeffentlichkeit eine Legendenbildung vollzieht. Das zeigt sich aufs Deutlichste bei der Darstellung, die Hans Blum über die Geschichte des Rücktritts des Fürsten Bismarck giebt. Selbst seine Mittheilungen über die thatsächlichen Hergänge sind zum Theil falsch. So berichtet er z. B.: Am frühen Morgen des 17. März habe der Kaiser den General von Hahnke zu Bismarck mit dem Auftrage gesandt, der Kaiser erwarte das Entlassungsgesuch des Fürsten. Nun weiß jeder, der sich um die Geschichte jener Zeit bekümmert hat, daß an jenem Morgen nicht General von Hahnke, sondern der Chef des Civilcabinets Wirklicher Geheimer Rath Dr. von Lucanus im Auftrage des Kaisers beim Fürsten war, und sein Antrag ging nicht darauf hin, die Entlassung des Fürsten zu betreiben, sondern ihn zu einem Entwurf zur Aufhebung der damals neu ausgegrabenen Cabinetsordre Friedrich Wilhelm's IV. vom 8. September 1852 zu veranlassen. Ebenso vergißt Dr. Blum die wichtige Sitzung des Staatsministeriums zu erwähnen, die im Reichskanzlerpalais in den Nachmittagsstunden von 3—5 Uhr am 17. März stattfand, in der Fürst Bismarck seinen endgültigen Entschluß mittheilte und

begründete, von allen seinen Aemtern zurückzutreten. Erst nach dieser Sitzung erhielt der Kaiser von diesem Schritte des Fürsten Kenntniß, und erst dann traf er seinerseits diejenigen Maßregeln, die sich für ihn aus diesem Entschluß des Reichskanzlers ergaben."[1])

Dieser Artikel des officiösen Blattes enthält eine Reihe von Irrthümern und keine einzige richtige Angabe. Das Werk des Dr. Hans Blum entspricht insoweit den Thatsachen, daß am 17. März früh nicht, wie die „Köln. Ztg." meint, der Geheime Rath von Lucanus, sondern in der That der General von Hahnke zum Fürsten Bismarck kam, um Letzterem in Anknüpfung an eine Besprechung vom Tage zuvor mitzutheilen, daß Seine Majestät der Kaiser das Entlassungsgesuch des Kanzlers erwarte, und denselben zu diesem Behufe um 2 Uhr desselben Tages zu empfangen bereit sei. Der Fürst erklärte, nach seinem augenblicklichen Gesundheitszustande nicht ausgehen zu können und um Frist zur schriftlichen Eingabe bitten zu müssen.

Hierdurch berichtigt sich der erste Irrthum des Artikel der „Köln. Ztg.". In Folge dieser durch den General von Hahnke erhaltenen allerhöchsten Eröffnung berief Fürst Bismarck die Staatsministerialsitzung, deren die „Köln. Ztg." gedenkt, auf 3 Uhr Nachmittags, um seinen Collegen die Mittheilungen zu machen, welche durch die Situation geboten waren.

Einige Stunden nach dieser Sitzung, am Abend des Tages, erschien erst der Cabinetsrath von Lucanus im Reichskanzlerpalais, nicht wie die „Köln. Ztg." in weiterem Irrthum angiebt, um den Fürsten zu einem Entwurfe der Aufhebung der Cabinetsordre vom 8. September 1852 zu veranlassen, sondern ausschließlich mit einem Excitatorium wegen des Abschiedsgesuchs des Fürsten, und mit dem Ausdrucke der Verwunderung, daß dasselbe noch nicht eingegangen sei.

Der dritte Irrthum der „Köln. Ztg." liegt in der Annahme, daß die Initiative zum Ausscheiden des Kanzlers aus dem Dienste vom Letzteren

---

[1]) Hier brachten die „Hamb. Nachr." am 24. November auch den zweiten Theil des Artikels der „Köln. Ztg.", obgleich sich gegen den diese Ausführung gar nicht richtet. Sie erklären am 26. November (M.-A.) selbst: „In unserem Leitartikel vom vorgestrigen Abendblatte ist versehentlich der ganze Artikel der ‚Köln. Ztg.', von dem wir nur die erste Hälfte zu besprechen beabsichtigten, reproducirt worden. Da hierdurch dem Leser zweifelhaft werden könnte, ob unser Widerspruch gegen den officiösen Artikel der ‚Köln. Ztg.' sich auch gegen dessen Angaben über den Minister von Boetticher richte, erklären wir, daß dies nicht der Fall ist, und daß auch wir nicht glauben, daß die auf Friedrich den Großen Bezug nehmende Aeußerung von Herrn von Boetticher herrührt." („Wenn Majestät dem Großen Friedrich nachstreben, so müssen Sie vor Allem den Fürsten Bismarck beseitigen.") Horst Kohl ist diese Selbstberichtigung der „Hamb. Nachr." entgangen; er druckt im Jahrgang 1894 seines Bismarck-Jahrbuches S. 335 f. den ganzen Artikel ab.

ausgegangen sei, und der Kaiser erst durch Mittheilungen, welche Seiner Majestät über die Ministerialsitzung geworden wären, Kenntniß von der Situation erhalten habe, welche durch die dem Kanzler durch General von Hahnke im Namen des Kaisers gemachten Eröffnungen geschaffen war.

Man kann hiernach der „Köln. Ztg." und ihrem officiösen Berichterstatter nur den Vorwurf der „Legendenbildung in Wiedergabe geschichtlicher Vorgänge" zurückgeben.

Die Blum'sche Darstellung enthält in Bezug auf die Chronologie und einzelne Details jener Vorgänge ebenfalls Unrichtigkeiten, aber doch keine tendenziösen und officiösen. Die „Braunschweigische Landes-Ztg." ist im Irrthum mit ihrer Annahme, das Blum'sche Buch habe vorher dem Fürsten „zur Verbesserung und Vervollständigung" vorgelegen.

* * *

Die „Hamb. Nachr." kommen am 2. December (M.-A.) auf ihre deutsch-russischen Ausführungen vom 22. November (vgl. oben S. 149 ff.) zurück in folgendem Artikel:

Nochmals unser Verhältniß zu Rußland im alten und neuen Course. Wir haben in unserer Morgenausgabe vom 22. November die Beziehungen Deutschlands zu Rußland unter dem alten und dem neuen Course besprochen und die Frage erörtert, wen die Schuld an der Verschlechterung treffe, die sich in unseren Beziehungen zu Rußland in den letzten Jahren vollzogen habe. Die englischen und die österreichischen Blätter haben unsere Ausführungen reproducirt, im Gegensatz zu den Berliner Organen, die sie todtschweigen und nach dem Vorgange der „Münchener Neuesten Nachrichten" unentwegt fortfahren, unser heutiges Verhältniß zu Rußland auf den Berliner Congreß und das österreichische Bündniß zurückzuführen. Das genannte Münchener Blatt behauptet, vom Berliner Congreß bis zum Rücktritt des Fürsten Bismarck sei keine Periode nachzuweisen, wo dieses Verhältniß wesentlich besser als in den Jahren 1878/79 gewesen sei. Die „Münchener Neuesten Nachrichten" ignoriren also die Aenderung, die in Rußland mit dem Thronwechsel im Jahre 1881 eintrat, sie ignoriren das Verhalten Kaiser Alexander's III. bei der Entrevue von Danzig 1881 und Skiernewice 1884, die vertraulichen Besuche des russischen Ministers von Giers beim Fürsten Bismarck in Varzin 1882, in Friedrichsruh 1883 und 1885, in Franzensbad und Berlin 1886 und endlich die im November 1889 bei Gelegenheit der damaligen Anwesenheit des Zaren in Berlin erfolgte Bekundung des Vertrauens, welches Alexander III. in die deutsche Politik zu setzen erklärte, so lange Fürst Bismarck die-

selbe leite. Wir können den „Münchener Neuesten Nachrichten“ nur empfehlen, unsern Artikel vom 22. v. M. mit Aufmerksamkeit zu lesen und die darin angeführten Thatsachen zu erwägen.

Aus den bekannten Gründen war in den letzten Jahren Kaiser Alexander's II. und des Fürsten Gortschakow eine Verstimmung zwar nicht zwischen den beiden Monarchen von Deutschland und Rußland, aber doch zwischen den Cabinetten vorhanden; wir sagen Verstimmung, heute ist es Mißtrauen auf russischer Seite. Die damalige Verstimmung hat sich aber auf Kaiser Alexander III. nicht vererbt; er ist jederzeit friedliebend geblieben und hat bis 1890 auch kein Mißtrauen in die deutsche Politik gesetzt; die Möglichkeit der Pflege der deutsch-russischen Beziehungen war zwischen den beiderseitigen Monarchen und Ministern ungestört, jede wohlwollende Entwickelung war an jedem Tage herbeizuführen. Wir wiederholen hiermit die Quintessenz unserer neulichen Ausführungen, unterstreichen dabei den Unterschied zwischen der Stimmung Kaiser Alexander's II. gegen Deutschland zu Ende der siebziger Jahre und der seines Nachfolgers, wie er sie in Danzig 1881 und von da ab bis zum Jahre 1889 bei jeder sich darbietenden Gelegenheit offen und vertrauensvoll kundgegeben hat.

Wir behalten uns vor, diese Daten zu wiederholen, so oft in den officiösen Blättern die Behauptung auftritt, daß die heutige Entfremdung zwischen Deutschland und Rußland eine Folge der Verstimmung Kaiser Alexander's II. über unsern Bündnißvertrag mit Oesterreich bilde und der neue Cours nichts gethan habe, was in Rußland unnöthige Verstimmung und unnöthiges Mißtrauen hervorrufen könne. Unsere polnische Politik allein wäre dazu hinreichend gewesen.

* * *

Ueber die deutsch-französischen Beziehungen im Jahre 1875 heißt es an derselben Stelle:

In der „Voss. Ztg.“ finden wir einen Pariser Artikel, worin berichtet wird, ganz Frankreich glaube noch immer daran, daß Deutschland 1875 über Frankreich habe herfallen wollen, um es zu vernichten, daß es aber daran durch Rußland verhindert worden sei. Die „Voss. Ztg.“ beruft sich dafür auf Veröffentlichungen in den Pariser Blättern und namentlich auf eine solche, die unter der Ueberschrift „Die Ueberrumpelung von 1875“ nach Aufzeichnungen des verstorbenen C. Gavard, der in jenem Jahre französischer Geschäftsträger in London war, erfolgt ist. Nach dem Inhalte dieser Aufzeichnungen müssen wir annehmen, daß bei dem Worte Gavard der Anfangsbuchstabe verwechselt ist und es Bavard heißen soll; wir hätten nicht geglaubt, daß ein so

ernsthaftes Blatt, wie die „Voss. Ztg.“, eine ganze Spalte ihres Druckes diesem Unsinn widmen würde. Allerdings sagt das Blatt am Schlusse selbst: „Alle diese Enthüllungen beweisen nur, welchen großen Theil der diplomatischen Thätigkeit leeres Geschwätz und Kannegießerei ausmachen.“

Dafür möchten wir andererseits das, was die „Voss. Ztg.“ citirt, doch nicht ausschließlich halten, sondern für eifriges Bestreben, Irrthümer, die politisch nützlich sind, von Neuem hervorzurufen und festzuhalten. Wenn es gelingt, in der öffentlichen russischen Meinung die Unwahrheit zu accreditiren, daß Rußland 1875 Frankreich geschützt habe, so entspricht es der psychologischen Entwicklung menschlicher Empfindung, daß Rußland sich in der Rolle, Frankreich zu schützen, gefällt und seinen Schützling auch für die Zukunft dementsprechend zu behandeln geneigt ist. Es liegt in der menschlichen Natur, Wohlwollen für Diejenigen zu haben, denen wir Wohlthaten erweisen, wie Abneigung gegen Diejenigen, von denen wir sie empfangen haben. Jedenfalls ist es für die französischen Bündnißbestrebungen nützlich, die Solidarität beider Länder schon von 1875 zu datiren. Daß die Legende, wenn sie sich in Frankreich und Rußland festsetzt, der Intimität zwischen beiden Ländern, so unnatürlich sie ist, förderlich sein muß, ist klar auch für weniger einsichtige Politiker, und wenn wir auch das russisch-französische Bündniß nicht fürchten, so liegt es doch in unserem Interesse, zu thun, was mit Anstand und Wahrheit geschehen kann, um dasselbe zu verhindern. Die Regierung hat das actenmäßige Material in den Händen, um die 1875er Legende vollständig zu entkräften.

* * *

Am 26. November waren an die Adresse des deutschen Kaisers und an die des Reichskanzlers Sprengstoffsendungen mit dem Poststempel Orléans eingegangen. Darauf bezieht sich folgende Notiz in derselben Nummer der „Hamb. Nachr.“:

Von Pariser Blättern wird berichtet, die Postbeamten in Orléans hätten in Abrede gestellt, Sendungen an den deutschen Kaiser und den deutschen Reichskanzler expedirt zu haben; sonst wäre es ihnen wegen der Auffälligkeit der Sache im Gedächtniß geblieben. Wenn diese Meldung der Wahrheit entspricht, so ist das Bedürfniß nach einer diesseitigen amtlichen Ermittelung über die Herkunft der beiden Sprengkistchen kaum abzuweisen. Sie können doch nicht irgendwo in den Briefkasten geworfen sein, sondern müssen irgendwo aufgeliefert worden sein. Wenn die Berliner Post die beiden Packete postalisch übernommen hat, so müssen dieselben auf dem Wege in ihre Hände gelangt sein, welche

den französischen resp. Orléans'schen Ursprung außer Zweifel stellen. An Stempelfälschungen und Einschmuggelungen ist bei der strengen Diensthandhabung der deutschen Post nicht zu denken, und sonach muß durch Vernehmung der Beamten, welche die Packete bis zu ihrer Bestellung ins kaiserliche Palais und ins Reichskanzleramt postalisch behandelt haben, die Herkunft der Sendung leicht festzustellen sein. Eine weitere Frage ist, ob Postpackete, die aus dem Auslande kommen, einerlei ob groß oder klein, einer zollamtlichen Controle unterliegen; Sendungen an den Monarchen wahrscheinlich nicht, aber sonst pflegt es der Fall zu sein. Jedenfalls werden sich auch hier Anhaltspunkte dafür auffinden lassen, woher die beiden Packete stammen.

Wenn übrigens, wie in dem amtlichen Berichte über die stattgehabte Untersuchung der beiden Sprengstoffkistchen angeführt wird, das Pulver in denselben naß gewesen ist, so berechtigt dies dazu, den Absender und seine Tendenzen noch niedriger einzuschätzen, als wir dies schon in unserem Artikel von vorgestern Abend gethan haben. Wenn ausschließlich Schießpulver schlechter Qualität den Inhalt der Kistchen bildete, dasselbe sich bei seiner Verpackung in nassem Zustand befunden hat, wenn die Zündvorrichtung so unvollkommen war, wie der erwähnte Bericht constatirt, so hat man es kaum mit einem lebensgefährlichen Attentate, sondern wenn nicht mit einem Dummenjungen-Streiche, so mit einem Unfuge zu thun, dessen Urheber das ziellose Bedürfniß hatte, seine schlechte Gesinnung irgendwie zu bethätigen.

* * *

Ueber irrthümliche Auffassungen von der Bedeutung des Parlaments und der Parlamentarier einst und jetzt führen die „Hamb. Nachr." am 3. December (M.-A.) Folgendes aus:

Irrthümer. Ein freisinniges Blatt hatte kürzlich geäußert, daß erst nach dem Rücktritte des Fürsten Bismarck die Parlamentarier die ihnen zukommende Geltung im öffentlichen Leben erlangt hätten. Hierzu bemerkt die „Schles. Ztg.": „Das ist allerdings in gewissem Sinne richtig. Jede einzelne parlamentarische Stimme wiegt jetzt schwerer in der Wagschale der Entscheidung als ehemals. Das Parlament ist zu größerer Geltung gelangt." Wir finden, daß diese Ansicht zu dem, was wir neuerdings an Umfall der Parteien, an Abdication des Reichstages bei wichtigen Angelegenheiten, z. B. bei Durchpeitschung der Handelsverträge erlebt haben, in auffälligem Widerspruche steht. Alle diese Vorgänge erwecken nicht den Eindruck, daß das Parlament jetzt zu größerer Geltung als früher gelangt ist und daß die einzelnen Stimmen schwerer wiegen als sonst.

Kaiser Wilhelm I. in aller seiner Machtvollkommenheit und sein Kanzler mit allen Erfolgen, die er hinter sich hatte, haben in viel berechtigterer Stellung, als die der jetzigen Regierung bei den Handelsverträgen war, die schwersten Niederlagen erlitten. Das Parlament hatte den Muth, der damaligen Regierung fest entgegenzutreten. Ist dieser Muth in demselben Maaße jetzt noch vorhanden? Und wenn nicht, warum nicht? Es sind ja in der Hauptsache dieselben Fractionen und Persönlichkeiten im Reichstage, vorhanden, aber sie sind nicht mehr in demselben Maaße widerstandsfähig wie früher. Ein Theil dieser Erscheinung mag in dem Streberthum seine Erklärung finden, das nach dem Ausscheiden des Fürsten Bismarck lebendig geworden ist, in der Hoffnung der Parteien, die Gunst der Regierung zu gewinnen und selbst mit der Zeit Regierung zu werden. Ein noch größerer Theil der Verminderung der parlamentarischen Tapferkeit hat die Befürchtung der einzelnen Fractionen zur Ursache, daß eine andere Fraction als die eigene zur leitenden werden könnte; im Allgemeinen aber lag der früheren Tapferkeit der Parlamente wohl die Ueberzeugung zu Grunde, daß man auf einem festen Boden stand, auf dem man sich Kämpfe, Excesse und Kraftproben erlauben könne. Wenn heute in den Parlamenten diese Ueberzeugung nicht mehr in demselben Maaße vorhanden ist, so begreift man, daß sie in ihren Bewegungen vorsichtiger und ängstlicher werden. Wir wundern uns darüber nicht, aber wir wundern uns über die Behauptung, daß das Parlament jetzt zu höherer Geltung gelangt sei und daß jede einzelne Stimme schwerer wiege als sonst. Nur das ist es, was uns in Erstaunen setzt.

Am Schlusse ihres Artikels sagt die „Schlesische Zeitung“: „Schwer ist die Verantwortung, welche dem Reichstage zugefallen ist.“ Im alten Course fand man sie, obschon doch auch sehr ernsthafte Sachen verhandelt wurden, nicht so schwer, weil man die Ueberzeugung hatte, daß, wenn man in falsche Wege gerieth, die Regierung für den Riß stehen werde.

Einer irrigen Anschauung begegnen wir ferner in der „Nordd. Allg. Ztg.“. Das Blatt erkennt in einer Polemik gegen die landwirthschaftliche Bewegung den daran betheiligten Führern den Anspruch ab, als conservativ zu gelten. Das Berliner officiöse Blatt verwechselt hierbei „conservativ“ mit „ministeriell“. Die „Nordd. Allg. Ztg.“ würde die conservative Partei conservativ finden, wenn diese sich unbedingt den ministeriellen Ansichten fügte. Wenn aber die Regierung aufhört conservativ zu sein, ist es dann die Aufgabe der conservativen Partei sich mit derselben zu identificiren? Was die „Nordd. Allg. Ztg.“ ihrerseits für conservativ hält, wissen wir nicht; früher war es das, was Fürst Bismarck that, heute ist es das, was Graf Caprivi thut. Aber wenn das

conservativ ist, so ist auch der Abgeordnete Rickert den Conservativen zuzuzählen; denn der geht mit der jetzigen Regierung unter allen Umständen. Wir könnten dasselbe von Eugen Richter und von der Socialdemokratie sagen, aber wir finden es beweiskräftiger, uns an Herrn Rickert zu halten. Die heutige Regierung steht auf dem Rickert'schen Standpunkte. Ist der ein conservativer, dann ist es auch der der Regierung, und dann würde die Argumentation der „Nordd. Allg. Ztg." zutreffen. Vor dem Beifall aber, den Herr Rickert der Regierung spendet, man kann sagen vor dem Weihrauche, kann sie mit ihrer Argumentation nicht bestehen und muß ihre eigene Frage, was conservativ ist, dahin beantworten: Conservativ ist, was Herr Rickert will.

* * *

Gegen den Staatssecretair Freiherrn von Marschall als Vertheidiger der Regierung besonders in Sachen der Handelsverträge richtet sich folgende Auseinandersetzung:

In der Reichstagssitzung vom 25. November hat der Staatssecretair von Marschall die Regierung gegen den Vorwurf der Unfähigkeit in Schutz genommen, der ihr gemacht sei, weil sie schädliche Handelsverträge abgeschlossen habe:

„Man spricht — fuhr Herr v. Marschall fort — von Tribut an Oesterreich und Italien, man spricht sogar von ungezählten Millionen, die wir den beiden Ländern schenken auf Kosten des erwerbenden deutschen Volkes. Meine Herren, wer solche Dinge in die Massen des Volkes hineinwirft, der hat die Pflicht, die Behauptungen zu beweisen."

Beweisen im juristischen oder mathematischen Sinne läßt sich die Fähigkeit oder Unfähigkeit einer Regierung nicht; die Ueberzeugung von der einen wie der anderen beruht auf Wahrnehmungen, auf Thatsachen und Erfahrungen. Hat die Politik der Regierung Erfolg und Nutzen für das Land, so ist damit die Befähigung der Regierung erwiesen; ist das Gegentheil der Fall, so ist der Vorwurf der Unfähigkeit vollberechtigt.

Wenn die „Kreuz-Ztg." von einer Tributzahlung Deutschlands an Oesterreich und Italien durch die Handelsverträge gesprochen hat, so kann sie sich dafür auf die Autorität der jetzigen Regierung berufen. Graf Caprivi hat sich bei Berathung der Handelsverträge im Reichstage offen in dem Sinne ausgesprochen, daß es ihre Aufgabe sei, unsre „Bundesgenossen wirthschaftlich zu kräftigen". Der Unterschied zwischen „die Bundesgenossen wirthschaftlich kräftigen" und „Tribut an sie zahlen", geht nicht sehr tief; es handelt sich lediglich um verschiedene Worte für denselben Gedanken, ähnlich wie es bei den verschiedenen Angaben über

die Aeußerung der Fall ist, die Graf Caprivi im Gespräch mit dem Abg. von Manteuffel über die Abschreibungen gethan hat, welche die Landwirthschaft bei sich vornehmen müsse. Es wirkt deshalb komisch, wenn in einem officiösen Blatte des neuen Courses, in der „Köln. Ztg.", der „Kreuz-Ztg." gegenüber geschrieben wird:

„Welcher Mangel an Selbstbewußtsein und nationalem Stolze liegt darin, wenn in einem großen Blatte (eben der „Kreuz-Ztg.") geschrieben werden kann, daß wir die Handelsverträge mit Oesterreich und Italien nur abgeschlossen haben, um uns ihre Unterstützung zu erkaufen."

Das rheinische Blatt hat übersehen, daß die „Kreuz-Ztg." mit anderen Worten nur einem Caprivi'schen Gedanken Ausdruck gegeben hat.

In der nämlichen Rede, auf die oben Bezug genommen ist, hat Herr von Marschall zur Rechtfertigung des Vertrages mit Rumänien geäußert, daß größere Concessionen als die erlangten, nicht zu erreichen gewesen seien, weil die rumänischen Unterhändler sie als unvereinbar mit den Interessen ihrer heimischen Industrie bezeichnet hätten. Das ist das alte Lied, das wir schon beim schweizer Handelsvertrage und anderen Gelegenheiten gehört haben. Ja, wenn „größere" Concessionen nicht zu erlangen sind, dann soll man aber überhaupt keinen Handelsvertrag abschließen und es den fremden Staaten überlassen, für ihre Staatsangehörigen auf andere Weise als auf Kosten Deutschlands zu sorgen. Man muß doch annehmen, daß die deutsche Regierung den Willen hat, bei Abschluß von Handelsverträgen die wirthschaftlichen Interessen des eigenen Landes wahrzunehmen und nicht die anderer Staaten! Es kommt nicht, wie wir schon oft auseinandergesetzt haben, darauf an, überhaupt Handelsverträge abzuschließen, sondern gute und dem eigenen Lande nützliche. Sind diese nicht zu erreichen, so soll man die Hand davon lassen. Besser keine als nachtheilige Verträge.

* * *

An derselben Stelle wird ein an den Fürsten Bismarck aus Arbeiterkreisen ergangenes Telegramm mitgetheilt:

Als neuen Beweis dafür, wie die Bemühungen Kaiser Wilhelm's I. um das Wohl der arbeitenden Classen auch im Auslande Anklang gefunden haben, theilen wir nachstehendes Telegramm mit, das der deutschnationale Arbeiterbund in Wien am 18. Nov. d. J. an den Fürsten Bismarck nach Friedrichsruh gerichtet hat:

An Se. Durchlaucht den Fürsten
Otto von Bismarck, Friedrichsruh.

Wien, 18. November.

Die zur Feier des Gedenktages der Botschaft vom 18. November 1881 in Wien versammelten deutschnationalen Arbeiter und deren Gäste senden

Ew. Durchlaucht, dem Bahnbrecher wirthschaftlicher Wohlfahrtsgesetze für das arbeitende deutsche Volk, donnernden Heilruf!

Für den deutschnationalen Arbeiterbund
Franz Stein, Obm., Stellvertr.,
Friedr. Decker, Schriftführer.

* * *

Auch eine interessante Notiz zur Geschichte des Unfehlbarkeitsdogmas finden wir hier:

Daß es sich bei der Annahme des Unfehlbarkeits-Dogmas durch das römische Concil vom Jahre 1870 weniger um eine kirchliche Angelegenheit, als darum gehandelt hat, die Macht des Papstthums für Frankreich gegen das protestantische Deutschland nützbar zu machen, ist bekannt. Aehnliches wiederholt sich jetzt unter veränderten Umständen. Das alte Wort Gesta Dei per Francos hat noch immer seine Gültigkeit; die französischen Bayonette werden nach wie vor als weltliche Grundlage der römisch-katholischen Kirche betrachtet.

Dieser Sachlage gegenüber ist es von Interesse, daß Emile Ollivier, der bekannte Minister Napoleon's III., kürzlich in einer Unterredung mit einem römischen Berichterstatter des „Figaro" geäußert hat, man habe es ihm, Ollivier, zu danken, wenn das Dogma der päpstlichen Unfehlbarkeit vor 23 Jahren habe proclamirt werden können; denn Graf Bismarck, Graf Beust, Lord Clarendon und eine mächtige französiche Partei hätten das begonnene Werk durch Auflösung des Concils zu hindern versucht. Daß Emile Ollivier in dieser Weise jetzt die wahre Bedeutung des Infallibilitätsdogmas und seine eigene Betheiligung an der Sache offen bekennt, ist doch sehr spaßhaft.

1894.

Am 3. Januar meldet die Münchener „Allg. Ztg.", daß zu Neujahr der Prinzregent nicht nur mit den deutschen Fürsten, sondern auch mit dem Fürsten Bismarck telegraphische Glückwünsche gewechselt hat.

* * *

In seinem Buche „Das Deutsche Reich zur Zeit Bismarck's" behandelt Hans Blum S. 184 bis 194 und 234 bis 241 den Fall Arnim. Daraufhin richtet der Sohn des verstorbenen Grafen am 8. December 1893 einen Brief an den Fürsten Bismarck mit der Anfrage, wie er sich zu der Blum'schen Darstellung stelle. Ueber diesen Brief äußern die „Hamb. Nachr." am 6. Januar (M.-A.):

> Die Blätter veröffentlichen einen Brief des Grafen Arnim-Schlagenthin an den Fürsten Bismarck. Wir haben das Schriftstück gelesen und sind erstaunt über die Unhöflichkeit der Sprache. Aber auch wenn dieses Hinderniß der Beantwortung nicht vorläge, glauben wir doch kaum, daß Fürst Bismarck den Beruf in sich fühlen würde, die Erledigung der Beschwerden des Grafen Arnim gegen Herrn Dr. Hans Blum zu übernehmen und mit dem Sohne den Kampf fortzuführen, den er vor 20 Jahren dem Vater gegenüber hat führen müssen. Der Fürst wird schwerlich geneigt sein, den Streit auf sich zu nehmen und sich in den Dienst des Reclamebedürfnisses zu stellen, das dem Briefe zu Grunde liegt.

* * *

Ein anderer Brief wird als Erfindung entlarvt:

> Die Londoner Zeitschrift „Ladyland" hat kürzlich einen angeblichen Brief der Frau Fürstin von Bismarck veröffentlicht, welchen diese an eine ihr befreundete englische Dame in Brighton gerichtet und in dem sie ihrer Bewunderung Englands Ausdruck gegeben haben soll.

Wir sind zu der Erklärung ermächtigt, daß ein solcher Brief nie geschrieben worden ist. **Weder** hat die Frau Fürstin Bismarck in England Correspondenten, noch ist sie jemals dort gewesen, und kann sich mithin auch nicht mit Begeisterung über ihren Aufenthalt daselbst geäußert haben, wie in dem apokryphen Schriftstücke behauptet wird.

* * *

Eine kleine, recht prätentiös auftretende Broschüre „Fürst Bismarck und die Hamburger Nachrichten“ hat hier und da einiges Aufsehen erregt, aber ganz unberechtigter Weise. Die „Hamb. Nachr.“ sagen darüber:

Ueber die schon erwähnte Broschüre „Die Beziehungen des Fürsten Bismarck zu den Hamburger Nachrichten“ schreibt der „Pfälz. Cour.“:

„Der Mann, welcher diese Schrift verfaßt, giebt vor, ‚an der Hand unwiderlegbarer Beweise und authentischer Aufzeichnungen die thatsächlichen Beziehungen des Fürsten Bismarck zu den Hamb. Nachr. dargestellt zu haben.‘ Was er damit eigentlich Besonderes sagen will, ist nicht recht klar, denn es ist doch eine längst bekannte Thatsache, daß Fürst Bismarck die „Hamb. Nachr.“ inspirirt. Ob er das nun bei dieser Gelegenheit brieflich oder bei jener mündlich oder ein ander Mal durch Dr. Chrysander bewerkstelligt, das sind Nebensächlichkeiten, welche die Veröffentlichung einer Broschüre namentlich dann nicht rechtfertigen können, wenn das Material zu derselben offenbar durch einen Vertrauensbruch gewonnen ist. Der Verfasser scheint seinem Werke eine eminente Bedeutung beizulegen, denn er glaubt, daß ganze Salven von Dementis aus den Hamb. Nachr., der Nordd. Allgem. und dem Reichsanzeiger gegen dasselbe losbrennen werden. Wenn die Broschüre jedoch Bedeutenderes nicht enthält, als bereits auf dem Aushängebogen verzeichnet ist, könnte dem Verfasser höchstens passiren, daß man ihn für einen Reclamehelden modernster Sorte erklärt.“

Uns ist das Aufsehen, das die Broschüre erregt hat, ganz unverständlich. Ihre Angaben sind in den Einzelheiten entweder falsch, oder sie berichten über irrelevante alltägliche Dinge vielfach unterstrichen, als ob es sich um außergewöhnliche Vorgänge oder hochpolitische Enthüllungen handelte. Eine der leichtsinnigsten Erfindungen der Broschüre ist jedenfalls die unter dem Datum des 14. März 1892 eingetragene, wonach an diesem Tage „anknüpfend an die Verlobung des Grafen Herbert Bismarck“ ein sehr energischer Artikel in den „Hamb. Nachr.“ erschienen wäre, der vom Fürsten Bismarck selbst geschrieben sei. Die Verlobung des Grafen Herbert hat bekanntlich erst am 4. Mai 1892 in Fiume stattgefunden.

* * *

Gegen die „Nordd. Allg. Ztg." richten die „Hamb. Nachr." am 7. Januar (M.-A.) den nachstehenden Artikel:

Irreleitungen. Die „Nordd. Allg. Ztg." sucht die conservativ-landwirthschaftliche Opposition mit allen Mitteln zu bekämpfen und zu verwirren. Wir finden dies bei dem Caprivi'schen Organ natürlich, aber einigen unzutreffenden Auffassungen und üblen Absichten des officiösen Blattes möchten wir entgegentreten.

Die „Kreuz-Ztg." hatte neulich von imperativen Mandaten in dem Sinne gesprochen, daß es erlaubt sei, trotz der Bestimmung des Art. 29 der Reichsverfassung, wonach die Reichstagsabgeordneten an Aufträge und Instructionen nicht gebunden sind, bestimmte von den Wählern an den Candidaten gestellte Fragen zu beantworten; nur fehle die Möglichkeit, die Erfüllung etwa ertheilter Zusagen ernstlich zu erzwingen. Diesen Ausführungen der „Kreuz-Ztg." ist die „Nordd. Allg. Ztg." mit der Behauptung entgegengetreten, daß man jenes Erzwingen mit politischen Mitteln versucht habe, was mit dem Art. 30 der Reichsverfassung im Widerspruch stehe, wo bestimmt werde, daß kein Reichstagsmitglied wegen seiner Abstimmung außerhalb des Hauses zur Verantwortung gezogen werden dürfe.

Die Absicht der „Nordd. Allg. Ztg." geht offenbar dahin, unter dem Vorwande der Verfassungsmäßigkeit die conservativen Abgeordneten, die sich auf das landwirthschaftliche Programm haben wählen lassen, dazu zu bewegen, die moralischen Verpflichtungen zu ignoriren, die sie ihren Wählern gegenüber übernommen haben.

So einfach wie die „Nordd. Allg. Ztg." und Graf Caprivi in seiner Reichstagsrede vom 14. December die Sachlage bezüglich des Verhältnisses zwischen Abgeordneten und Wählern hinstellte, ist sie nicht.

Imperative Mandate giebt es allerdings nicht und kann es verfassungsmäßig nicht geben. Dies hindert aber nicht, daß es eine imperative Ehrlichkeit giebt, die dem Abgeordneten die Pflicht auferlegt, die politischen Zusagen, die er freiwillig und aus eigener Initiative gemacht hat mit der Wirkung und auch wohl in der Absicht, dadurch die Wähler für seine Wahl günstig zu disponiren, zu halten, wenn er auf politischem Gebiete als ehrlicher Mann bestehen will. Es ist nicht zulässig, daß die Wählerschaft ihrerseits dem Abgeordneten Vorschriften macht und Verpflichtungen auferlegt, nach denen er sich zu richten hat; aber wenn der Abgeordnete seinerseits Gesinnungen kundgegeben hat, deren Vorhandensein die Vorbedingung seiner Wahl gebildet hat, und wenn er sich demnächst im Parlament im entgegengesetzten Sinne ausspricht, dann unterliegt er doch dem Verdachte, daß er entweder seine Wähler belogen und fälschlich Gesinnungen vorgeschützt hat, die ihm zu

seiner Wahl verholfen haben, oder daß er in der Zwischenzeit zwischen der Wahl und seinem parlamentarischen Auftreten seine Ueberzeugung geändert hat. Ob es, wenn letzterer Fall, den wir als den milderen ansehen, eintritt, nicht seine Pflicht als Ehrenmann sein würde, sich einer Neuwahl zu unterziehen und zu diesem Behufe sein Mandat niederzulegen, ist eine Frage, deren Beantwortung wir allerdings dem Ehrgefühl eines Jeden überlassen müssen. Unsererseits halten wir das Ehrgefühl für imperativer als das Mandat.

Noch in einem zweiten Punkte giebt uns der Kampf der „Nordd. Allg. Ztg." gegen die conservative Partei Anlaß zu einigen Bemerkungen. Das officiöse Blatt hat kürzlich der conservativen Partei vorgehalten, „daß der Staat doch einen wohlerworbenen Rechtsanspruch darauf hätte, gerade in ihr (der conservativen Partei) eine allzeit bereite und opferwillige Freundin zu finden." Dieser Satz ruft manche Fragen auf. Einmal: wer ist der Staat, der der „Nordd. Allg. Ztg." vorschwebt? Der neue Cours? Das jedesmalige Ministerium? Die Stützen dieses Ministeriums im Reichstage bestehen aus der socialen, clericalen und bürgerlichen Demokratie. Diese parlamentarischen Stützen der Regierung sind von der Definition des jedesmaligen Staatsbegriffes nicht wohl zu trennen. Eine zweite Frage ist die: wie lange kann eine Partei leben, die allezeit opferwillig ist, also voraussichtlich Opfer für Zwecke bringt, die an und für sich nicht die ihrigen sind? Wird ihr nicht sehr bald der Athem ausgehen, und wird nicht in Folge der allzeitigen Opferwilligkeit sehr bald Blutleere bei ihr eintreten? Und wenn sie sich geopfert hat, wer folgt ihr? Wer ist dann im Stande, die Unterstützung einer allzeit der Opfer bedürftigen Regierung fortzusetzen? Die „Nordd. Allg. Ztg." scheint Industrie und Handel dafür ins Auge zu fassen, wenigstens übernimmt sie das Argument der „Magd. Ztg.", daß diese beiden Erwerbszweige als Nährquellen für Millionen von Staatsbürgern für die Gesammtheit von derselben Bedeutung seien, wie die Landwirthschaft. Wir fassen dies als einen weiteren Versuch auf, die Solidarität zwischen Landwirthschaft und Industrie nach dem Recepte divide et impera zu sprengen. Wenn man erst Industrie und Landwirthschaft von einander getrennt, Unfrieden zwischen ihnen gesäet, eine durch die andere bekämpft hat und innerhalb der Landwirthschaft die großen und kleinen Wirthschaften gegen einander eingenommen hat, dann wird man schließlich einen Freibrief haben, zu thun, was man will.

Auf der anderen Seite cumulirt der von der „Nordd. Allg. Ztg." abgedruckte officiöse Artikel ‚Industrie und Handel'. Als ob beide identische Interessen hätten! Es scheint den Officiösen neu zu sein, daß die meisten Kaufleute Freihändler, die meisten Industriellen Schutzzöllner

sind; aber Jedem, der nicht näher darüber nachdenkt, macht es einen ganz geläufigen Eindruck, wenn von „Industrie und Handel" im Gegensatz zu den Agrariern gesprochen wird.

* * *

In derselben Nummer findet sich folgende Bemerkung:

Die Wiederveröffentlichung des königl. Erlasses vom Jahre 1882, betreffend das politische Verhalten der Beamten, veranlaßt uns, darauf hinzuweisen, daß die Umstände zur Zeit des alten und des neuen Courses doch nicht ganz dieselben waren. Zur Zeit des ursprünglichen Erlasses war das Gefühl der ministeriellen Verantwortlichkeit noch lebendig genug, um von den ausführenden Beamten Zumuthungen fern zu halten, welche sie in Conflict mit den eigenen monarchischen Ueberzeugungen hätten bringen können.

Si duo faciunt idem, non est idem. Es kann im Jahre 1882 nicht vorgekommen sein, daß von staatlich geschulten Beamten die Unterstützung einer Politik verlangt worden wäre, welche den Gesinnungen der damaligen Reichsgegner, den Gesinnungen der socialen und clericalen Demokratie, der Polen und des Abgeordneten Richter entsprochen hätten. Diese Gesinnungen mit einem leichten Umschlag zu regierungsfähigen in Deutschland zu machen, ist ein Versuch, der doch noch eingehenderer Proben bedarf, als sie durch einige wirthschaftliche Experimente gewährt werden können.

* * *

Bezüglich des oben (S. 167) erwähnten Graf Arnim'schen Briefes an den Fürsten Bismarck schreiben die „Hamb. Nachr." am 10. Januar (M.-A.):

Wir lesen in der Münchener „Allg. Ztg." über den neulich erwähnten Brief des Grafen Arnim-Schlagenthin:

„Hans Blum hat in seinem jüngst erschienenen Buch ‚Das Deutsche Reich zur Zeit Bismarck's' auf Seite 189 die Verzögerungen in den im Jahre 1873 mit Frankreich schwebenden Verhandlungen über die Zahlung der Kriegsschuld behandelt und darin, nach Constatirung der zwischen dem Fürsten Bismarck und dem Botschafter Harry v. Arnim entstandenen Meinungsverschiedenheiten, gesagt: ‚Da entdeckte Bismarck plötzlich den Grund dieser auffallenden Stockung. Graf Arnim hatte nämlich in Gesellschaft mit dem Baron Hirsch in Paris ein geheimes Speculationsgeschäft unternommen, dessen Gelingen darauf beruhte, daß die letzte Milliarde nicht früher als nach dem Vertrage vom 29. Juni 1872 getilgt würde (d. h. nicht vor dem 1. März 1875), und dieses glänzende Geschäft scheiterte, wenn der neue Vertrag zu Stande kam.'

„Graf Arnim-Schlagenthin, der Sohn des verstorbenen Botschafters,

hat darauf unter dem 8. Dezember an den Fürsten Bismarck einen von Haß und Bosheit strotzenden Brief gerichtet, in welchem er von dem Fürsten Rechenschaft wegen dieser Behauptung verlangt. Fürst Bismarck hat es mit Recht unter seiner Würde gehalten, auf ein in solchem Tone gehaltenes Schreiben eine Antwort zu geben, und Graf Arnim veröffentlicht das Schriftstück nunmehr in einer Reihe von Zeitungen, welche trotz des darin enthaltenen Maaßes von Haß und Bosheit sich den Abdruck nicht versagen.

„Ob Graf Arnim im Interesse seines Vaters handelt, diese Dinge dem Gedächtniß der Mitwelt wieder zu erneuern, das zu ermessen ist seine Sache. Daß der verstorbene Botschafter in zahlreichen Fällen die Unwahrheit gesagt hat, ist theils durch die Gerichtsverhandlungen erwiesen worden, theils durch ihn selbst später eingestanden; es wäre von einem pietätvollen Sohne jedenfalls klüger, daran nicht zu rühren.

„Wenn Graf Arnim sich in seinem Schreiben an den Fürsten Bismarck darauf beruft, daß Letzterer eine solche Behauptung bereits im Jahre 1873 in einem Bericht an den König ausgesprochen und diesen Bericht im Jahre 1876 veröffentlicht habe, so genügt es, daran zu erinnern, daß diese Veröffentlichung mit ausdrücklicher Genehmigung des hochseligen Kaisers erfolgte, der sie schwerlich ertheilt haben würde, wenn er nicht von der Richtigkeit des Inhalts überzeugt gewesen wäre.

„Uebrigens finden sich S. 194 weitere Bezugnahmen auf die Verbindung des Grafen Harry Arnim mit dem Baron Hirsch, so z. B. daß er die Versetzung nach Constantinopel erbat, als Baron Hirsch dorthin übersiedeln wollte, und bald darauf die Versetzung rückgängig zu machen suchte, weil die Uebersiedelung des Barons Hirsch unterblieb. Daß Graf Arnim im legitimistischen Sinne auf den Sturz von Thiers hinarbeitete, welchen Fürst Bismarck mit großer Mühe zu halten suchte, ist notorisch; die damit verknüpften intimen Vorgänge sind aus mancherlei Gründen bisher in der Oeffentlichkeit nur wenig erörtert worden."

Auch die gerichtlichen Erkenntnisse gegen den Grafen Arnim, die von anerkannt unparteiischen preußischen Richtern gefällt worden sind, erschienen 1876 wenn auch hart, so doch nicht im Widerspruche mit der damaligen öffentlichen Meinung. Letztere wird auch heute nicht annehmen, daß die höchsten preußischen Gerichte gegen einen Mann in dieser Stellung pro nihilo so schwere Erkenntnisse gefällt haben würden.

Das Urtheil, welches der damalige Reichskanzler über seinen diplomatischen Collegen gewonnen hatte, ergiebt sich u. A. auch aus einem Immediatberichte des Fürsten Bismarck vom 5. Dezember 1872, den wir in der „Sammlung politischer Briefe Bismarck's 1849—1889" abgedruckt finden. Er lautet:

„Varzin, 5. December 1872.

Indem ich Ew. Majestät die Anlage ehrfurchtsvoll überreiche und um huldreiche Erlaubniß bitte, dieselbe durch mündlichen Vortrag in spätestens 14 Tagen vervollständigen zu dürfen, erlaube ich mir, nur eine Bemerkung allerunterthänigst hinzuzufügen, die ich nicht durch fremde Handschrift gehen lasse. Ew. Majestät wollen Sich allergnädigst erinnern, daß die Leichtigkeit, mit welcher Graf Arnim seinen persönlichen Eindrücken die Herrschaft über sein politisches Urtheil einräumt, ein wesentliches Bedenken gegen seine Ernennung zum Botschafter in Paris bei Ew. Majestät hervorrief. Ich habe allerdings nicht darauf gerechnet, daß auch in Paris sein politisches Urtheil in dem Maaße der Befangenheit unterliegen würde, wie seine durchweg tendenziösen und sachlich widerspruchsvollen Darstellungen es ergeben. Ich hatte gehofft, daß die Wichtigkeit der Stellung und der Ernst der Lage ihm schwerer ins Gewicht fallen würden. Ich wage einstweilen nur Ew. Majestät auf Grund des bisher meinem Urtheile in diesen Angelegenheiten seit so langen Jahren huldreich gewährten Vertrauens ehrfurchtsvoll zu bitten, den Berichten des Grafen Arnim nicht das Gewicht beilegen zu wollen, welches objective und gewissenhafte Darstellungen zu beanspruchen haben würden.

v. Bismarck."

* * *

Im Anschluß an diese Erinnerungen wird in dem „Hamb. Nachr.", vom 11. Januar (A.-A.) bemerkt:

Graf Arnim-Schlagenthin ist unseres Wissens der einzige seines Namens, der der Fortschritts-Partei angehört, wenigstens in Anlehnung an dieselbe sich sowohl in seinem heimathlichen Wahlkreise wie auch in einem pommerschen Wahlkreise beworben hat. Wir können nicht glauben, daß der „Kreuz-Zeitung" diese Thatsache unbekannt sei, und wenn sie sich nichtsdestoweniger herbeigelassen hat, die Invectiven dieses fortschrittlichen Grafen gegen den früheren Reichskanzler unverkürzt in ihr Blatt aufzunehmen, so müssen dieser Parteinahme andere Motive als das des Eintretens für einen politischen Gesinnungsgenossen zu Grunde liegen. Die „Kreuzzeitung" bekundet ihr Wohlwollen für ihren Schützling auch dadurch, daß sie in einem Citate aus der „Rheinisch-Westfälischen Zeitung" mit fettem Druck hervorhebt, Fürst Bismarck selbst solle seine früheren Ansichten für irrthümlich halten, und dann ex propriis die Erfindung hinzufügt, daß diese Angaben der „Rhein.-Westf. Zeitung" von Friedrichsruh aus inspirirt seien.

Wir können dieses Verhalten und diese Parteinahme uns bisher nicht erklären bei einem Blatte, welches darauf hält, als einziges Organ der

conservativen Partei zu gelten und mit dieser die fortschrittlichen Bestrebungen zu bekämpfen.

* * *

In Nr. 68 der „Zukunft" (VI. Band Nr. 15) vom 17. Januar bringt deren Herausgeber Maximilian Harden nach einem Besuche in Friedrichsruh S. 49—61 einen Artikel unter der Ueberschrift „Bismarck und Arnim". Wir entnehmen ihm denselben Abschnitt, den auch die „Hamb. Nachr." am 14. Januar (M.-A.) reproducieren:

Auch Bismarck hielt Arnim für einen ungewöhnlich begabten Diplomaten, aber er erkannte bald auch seine Fehler: einen ungeduldigen Ehrgeiz, eine maßlose Eitelkeit, der es immer unerträglicher wurde, einem Anderen das Recht der Entscheidung zuzugestehen, endlich den Hang, nach persönlichen Sympathien und Neigungen und nach rasch wechselnden Eindrücken Politik zu machen. Wer unbefangen die diplomatische Correspondenz der beiden Männer liest, der kann keinen Augenblick verkennen, wie unvergleichlich Bismarck dem Botschafter überlegen war, der außerdem noch die gefährliche Eigenschaft hatte, in seinen Berichten die Grenzlinie zwischen Wahrheit und Dichtung nicht immer mit der gehörigen Strenge zu respectiren. Arnim wünschte, als er noch in Rom Preußen vertrat, die Entsendung von oratores zum vaticanischen Koncil, Bismarck lehnte jede Betheiligung an den internen Angelegenheiten der katholischen Kirche ab; Arnim bemühte sich, in Frankreich nach dem Kriege der bonapartistischen Monarchie wieder den Boden zu bereiten, weil er das Beispiel einer republikanischen Verfassung als für Deutschland gefährlich ansah, Bismarck hielt dieses Beispiel viel eher für abschreckend und forderte, der Botschafter möge sich von jeder Feindseligkeit gegen Herrn Thiers und die bestehende Staatsform fernhalten; Arnim glaubte, weit zu sehen und sah das Nächste nicht, Bismarck bewahrte sich stets die Nüchternheit der Betrachtung und wies immer wieder darauf hin, daß es nicht unsere Aufgabe sein könne, Frankreich bündnißfähig zu machen, sondern den festen Zusammenhang mit den übrigen großen Monarchien Europas zu bewahren, denen dann keine Republik gefährlich sein könne. Auch wenn die Ereignisse nicht Bismarck Recht gegeben hätten — bis zu seiner Entlassung blieb die französische Republik völlig isoliert und zu jedem Angriff unfähig —, so müßte man doch schon aus dieser Correspondenz ganz klar erkennen, auf welcher Seite die größere staatsmännische Weisheit war. Es wäre ein Unglück für Deutschland gewesen, wenn Graf Harry Arnim die Leitung der Politik übernommen hätte; und sein Scheiden aus dem Dienst wurde zur Nothwendigkeit, als seine Eitelkeit es ihm unmöglich machte, den Weisungen des Leiters der Politik zu folgen, und als er begonnen hatte, auf Schleichwegen dieser Politik entgegen zu arbeiten. Wenn man bedenkt, daß allein zwischen dem 30. December 1873 und dem 21. Januar 1874 vom Aus-

wärtigen Amt acht Erlasse an den Grafen Arnim gerichtet werden mußten, dann wird man sich nicht mehr darüber wundern, daß Bismarck endlich die Geduld verlor und schrieb, er müsse, um die Geschäfte fortführen zu können, von den Agenten des Reiches im Auslande „ein höheres Maaß von Fügsamkeit und ein geringeres Maaß von selbstständiger Initiative und von Fruchtbarkeit an eigenen politischen Ansichten beanspruchen als dasjenige, welches Ew. Excellenz bisher Ihren Berichterstattungen und Ihrem amtlichen Verhalten zu Grunde legen."

Gegen diesen Erlaß — den er in einer ungenauen Abschrift dem Monarchen unterbreitete — legte Arnim beim Kaiser Beschwerde ein; aber noch ehe die Eingabe an ihre Adresse gelangt war, hatte der Kaiser auf den Antrag Bismarck's beschlossen, den Grafen von Paris abzuberufen, und ihm das neu zu errichtende Amt eines Botschafters in Constantinopel zu übertragen. Am 28. April 1874 übergab Arnim dem Präsidenten Mac Mahon sein Abberufungsschreiben; aber schon am 2. April hatte die Wiener „Presse" „Diplomatische Enthüllungen" aus der Zeit des vaticanischen Concils veröffentlicht, die offenbar den Zweck verfolgten, Arnim's politische Fähigkeiten auf Kosten Bismarck's zu verherrlichen. Das „Promemoria" Arnim's, das bei dieser Gelegenheit mitgetheilt wurde, erklärte der Botschafter dann selbst für „ungenau", nachdem die „Nordd. Allg. Ztg." Zweifel an der Echtheit erhoben hatte. Graf Arnim bestritt in einem an das Auswärtige Amt gerichteten Schriftstück, daß er „unter irgend einem Gesichtspunkte" für die Wiener Veröffentlichung „verantwortlich" sei. Er bestritt ferner, daß er im September 1872 in das Brüsseler Echo du Parlement eine Notiz gebracht habe, worin gesagt war, Arnim habe seine Demission gegeben, und Bismarck wolle die laufenden Geschäfte in Paris künftig nur durch einen Consul besorgen lassen. In beiden Fällen hat Graf Arnim in amtlichen Aeußerungen die Unwahrheit gesagt. Er hat die Brüsseler Nachrichten durch den ihm als Preßagenten beigegeben Dr. Beckmann verbreiten lassen, und er hat ganz direct die Wiener Veröffentlichungen veranlaßt. Er hat ferner, ohne das Auswärtige Amt davon zu benachrichtigen, eine große Anzahl amtlicher Actenstücke aus der Pariser Botschaft mit sich genommen und die Rückgabe, trotz der amtlichen Reclamationen, verzögert oder ganz offen verweigert. In der Anklageschrift des jetzigen Oberreichsanwaltes Tessendorf sind die Einzelnheiten der Anschuldigungen zu finden. Arnim, der während der Untersuchungshaft mit jeder erdenklichen Rücksicht behandelt worden war, wurde vom Stadtgericht wegen „Vergehens wider die öffentliche Ordnung" zu drei Monaten Gefängniß und in zweiter Instanz vom Kammergericht wegen „vorsätzlicher Beiseiteschaffung von ihm amtlich anvertrauten Urkunden" zu neun Monaten Gefängniß verurtheilt. Dieses Urtheil wurde vom Criminalsenat des Obertribunals bestätigt. An dem ganzen Verfahren ist nicht das Geringste aus-

zusetzen; es ist nach den Formen des Rechts und ohne jede Beeinflussung von irgend einer Seite zu Ende geführt worden.

Graf Arnim entzog sich der Strafe, er schrieb im Auslande die Broschüre „Pro Nihilo“ und betheiligte sich eifrig an den Verleumdungen der berüchtigten „Reichsglocke“. In der anonymen Broschüre verherrlichte der maskirte Verfasser sich selbst eben so sehr, wie er den Fürsten Bismarck schnöde verdächtigte, dem er, was jetzt, im Vergleich zu den Behauptungen des Herrn Blum, doppelt wichtig erscheint, unter anderen Schandthaten auch geheime Börsenspeculationen mit Bleichröder vorwarf. Erst als eine englische Uebersetzung der Broschüre angekündigt war, veröffentlichte Bismarck den Brief, in dem er von dem Verdacht sprach, Arnim habe gelegentlich seine amtliche Thätigkeit seinen persönlichen Interessen untergeordnet. Am 5. October 1876 verkündete der aus zehn Mitgliedern des Kammergerichtes zusammengesetzte Staatsgerichtshof das Urtheil über die in der Broschüre „Pro Nihilo“ begangenen Strafthaten. Harry Arnim wurde des Landesverrathes, der Majestätsbeleidigung, der wiederholten Beleidigungen des Fürsten Bismarck und des Auswärtigen Amtes für schuldig erklärt und zu fünf Jahren Zuchthaus verurtheilt. Beim Verbrechen des Landesverraths stellte der Gerichtshof ausdrücklich eine „ehrlose Gesinnung“ fest. Das ist der Mann, von dem Graf Arnim-Schlagenthin jetzt behauptet, er habe, „nie etwas Unehrenhaftes gethan.“ Ob solche Darstellung noch mit einem gewiß ehrenwerthen Pietätgefühl zu entschuldigen ist, darüber werden die Ansichten auseinander gehen.

* * *

Unter der Ueberschrift „Fürst Bismarck und die Hamb. Nachr.“ wird in diesem Blatte am 20. Januar (M.-A.) die schon oben (S. 168) auf Grund von Aushängebogen erwähnte Broschüre gleichen Titels noch einmal etwas ausführlicher besprochen:

> Die vor einiger Zeit erwähnte Broschüre „Fürst Bismarck und die Hamb. Nachr.“ liegt jetzt vor. Wir sind dem Verfasser dankbar für die gute Meinung, die er von unserem Blatte, seinen Besitzern und Redacteuren hat, namentlich aber für die Reproduction einer großen Anzahl von Publicationen, die im Sinne der „Hamb. Nachr.“ resp. des alten Courses erschienen sind und die auf diese Weise von Neuem dem öffentlichen Urtheile unterbreitet werden. Wir wollen deshalb auch mit dem Verfasser nicht darüber rechten, wenn er dadurch Leser zu gewinnen versucht hat, daß er seine Zusammenstellung durch einen Zusatz von Anecdoten anziehender zu machen bestrebt gewesen ist, in denen der Name des Fürsten Bismarck den Köder bildet, der Interesse erregen soll. Dies Interesse wird dadurch kaum vermindert werden, daß die Gelegenheiten, bei denen die Person des Fürsten Bismarck aus den Coulissen citirt wird,

theils auf irrthümlicher Darstellung beruhen, theils an sich ohne politisches Interesse sind. Zu den ersteren z. B. gehört es, wenn behauptet wird, daß zwischen Hamburg und Friedrichsruh ein täglicher schriftlicher und Depeschenverkehr eingerichtet sei. Unser Verkehr mit Friedrichsruh besteht lediglich in mündlichen Anfragen und Mittheilungen, welche leider nicht täglich, sondern oft in nur allzulangen Zwischenräumen stattfinden. Wenn der Verfasser ferner berichtet, Dr. Chrysander öffne die von Hamburg einlaufenden Sendungen, so wäre dabei an sich nichts auffällig; wenn er aber weiter erzählt, daß Dr. Chrysander den Inhalt der Zeitungen u. s. w. dem Fürsten vorlese, während dieser auf dem Sopha sitze, so trägt dies für jeden Unterrichteten sofort den Stempel der Erfindung. Es ist bekannt, daß der Fürst seit Jahrzehnten sich weder jemals etwas vorlesen läßt, noch freiwillig auf dem Sopha sitzt.

Ein weiteres Mittel des Verfassers, seine Darstellung durch Zuthaten pikant zu machen, besteht in fingirten Stimmungsberichten, die, wie die Anecdoten, der Darstellung angeheftet sind wie Flitter dem Weihnachtsbaume, um die nackte Kiefer scheinbar begehrenswerther zu machen. Bald soll in unserer Redaction „große Aufregung“ geherrscht haben, an die sich Niemand erinnert, bald soll der Fürst „verstimmt“ und „gereizt“ oder — beispielsweise — schlecht auf Oesterreich zu sprechen gewesen sein wegen dessen Zurückbleiben auf militairischem Gebiete. Das ist pure Erfindung. Wenn Verstimmungen gegen Oesterreich stattgefunden haben, so könnten sie nur an die bekannten Vorgänge bei den Handelsverträgen angeknüpft haben. Auch die Verlobung des Grafen Herbert wird in die Broschüre hineingezogen, um deren Inhalt interessanter zu machen. Wenn dem Verfasser dabei der von uns neulich schon erwähnte chronologische Irrthum unterläuft, daß die Verlobung schon am 16. März 1892 in den Aufzeichnungen des „Tagebuches“ erscheint, während sie erst im Mai stattfand, so kann die am Schlusse der Broschüre nachträglich bewirkte Berichtigung die Zweifel an der Genauigkeit der Aufzeichnungsmethode kaum entkräften.

Bei der „großartigen“ Geburtstagsfeier am 1. April 1892 wird der Verlauf derselben so dargestellt, als ob alle oder viele Theilnehmer mehr getrunken hätten, als sie vertragen konnten. Nachdem Toast auf Toast verklungen wäre, sei die Stimmung „recht animirt“ geworden. Wir glauben, daß eine Situation, die man darunter im Allgemeinen verstehen wird, an dem Tische des Fürsten Bismarck und namentlich in Gegenwart von Damen niemals stattgefunden hat und stattfinden kann.

Zu den Stimmungsberichten, von denen wir eben sprachen, gehört es auch, wenn die Broschüre angiebt, daß der Fürst auf die Minister von Boetticher und Dr. Miquel schlecht zu sprechen gewesen sei. In dieser

Angabe zeichnen sich die beiden Kategorien der anecdotischen Aufputzung deutlich ab: daß der Fürst auf Herrn von Boetticher schlecht zu sprechen sei, wird Niemandem auffallen, daß er es auch auf den dermaligen preußischen Finanzminister sei, beruht auf Erfindung.

Das Gleiche gilt von der Behauptung, daß der Fürst im Juni 1892 durch Nichtempfang seitens des Königs von Sachsen „peinlichst berührt“ gewesen sei. Es ist längst publici juris, daß der Fürst am Tage vor seiner Abreise nach Dresden ein eigenhändiges Schreiben an Seine Majestät den König von Sachsen gerichtet hat, in welchem er um Entschuldigung deswegen bat, daß er sich wegen der Zeitverhältnisse seines nächtlichen Aufenthaltes in Dresden bei Seiner Majestät nicht werde melden können, und daß der Fürst darauf ein sehr gnädiges Antwortschreiben von Seiner Majestät erhalten hat, daß also gar keine Möglichkeit einer „peinlichen Berührung“ für ihn vorlag.

Unterm 29. Juni erwähnt die Broschüre einen Artikel, den die „Nordd. Allg. Ztg.“ an diesem Tage als Einleitung der officiösen Sommercampagne gegen den Fürsten Bismarck brachte, mit folgenden Worten: „Ein endloser telegraphischer Auszug geht den ‚Hamb. Nachr.‘ noch Abends zu und versetzt die Redaction in fürchterliche Aufregung. Namentlich Dr. Hofmann, telephonisch herbeigerufen, ist ganz überwältigt, weil er schwere Folgen und den nahenden Kampf voraussieht.“ Wir bemerken dazu, daß sich der genannte Redacteur nicht erinnert, „überwältigt“ gewesen zu sein und schwere Kämpfe vorausgesehen zu haben.

Auf Erfindung beruht auch die Angabe der Broschüre in Betreff des Dr. Diederich Hahn. Dieser Abgeordnete hat dem Fürsten niemals Anlaß gegeben, „sehr verstimmt“ und durch dessen „Eifer unangenehm berührt“ zu sein.

In das Gebiet der Stimmungsfictionen gehört endlich die Aeußerung der Broschüre (S. 53) über die „Rührung“, mit welcher der Fürst gesagt haben soll, er sei beim Kaiser in Ungnade gefallen. Wir wüßten nicht, wo da der Anlaß zur Rührung liegen sollte!

Wir haben vorstehend en passant einige der auffälligsten Erfindungen charakterisirt, mit denen die Broschüre ausgeschmückt ist, nicht etwa alle. Aber diese Ausstellungen vermindern nicht unsere Befriedigung darüber, daß die Broschüre Gelegenheit genommen hat, die Caprivi'schen Erlasse nach Wien und anderswohin nochmals abzudrucken und der Kritik aufs Neue unter die Augen zu rücken. Man kann dies nicht oft genug thun, um der lesenden Welt die charakteristischen Motive unserer auswärtigen Politik und Diplomatie an einem besonders lehrreichen Beispiele klar zu machen.

* * *

An derselben Stelle finden wir über das körperliche Befinden des Fürsten folgende Notiz:

Der Gesundheitszustand des Fürsten Bismarck hat sich in den letzten Tagen nach Ueberwindung der Influenza wieder gehoben, auch die Schlaflosigkeit der Nächte hat abgenommen. Die rheumatischen Gesichtsschmerzen verursachen dem Fürsten noch Beschwerden, aber das Allgemeinbefinden weist unverkennbare Besserung auf.

*
*   *

Am 20. Januar (A.-A.) veröffentlichen die „Hamb. Nachr." eine ihnen zugegangene Zuschrift über eine Umgestaltung des englischen Oberhauses, die wir hier wegen des redactionellen Zusatzes glauben reproduciren zu müssen. Sie lautet:

„Wenn es sich darum handelte, England eine neue Verfassung zu geben, so könnte man de lege ferenda verschiedener Meinung darüber sein, ob es räthlicher wäre, das Oberhaus aus erblichen oder zu wählenden Mitgliedern zu bilden, oder seine verfassungsrechtliche Competenz gegen ihren jetzigen Umfang zu erweitern oder zu vermindern. Aber rebus sic stantibus, in der Lage, in der sich England zur Zeit thatsächlich befindet, erscheint es doch bedenklich, das englische Oberhaus, seine Zusammensetzung und seinen Widerstand gegen die demokratischen Forderungen in abfälliger Weise zu kritisiren. Unseres Erachtens bildet das englische Oberhaus in den gegenwärtigen Kämpfen des Landes das wichtigste Bollwerk gegen den drohenden Hereinbruch der irisch-liberalen Gladstone'schen Hochfluth. Wer die Letztere als eine Gefahr für das Königreich ansieht, muß bestrebt sein, das Oberhaus und seine Position schützen und festigen zu helfen, nicht aber es anzugreifen. Wer Letzteres thut, macht sich, vielleicht ohne sich dessen bewußt zu werden, zum Genossen Gladstone's und zum Förderer seiner Bestrebungen.

„Eine solche Parteinahme für Gladstone ist mit den deutschen Interessen in ähnlicher Weise unvereinbar wie die Begünstigung der polnischen Bestrebungen. Mit einem ins Deutsche übertragenen Gladstonianismus könnte Deutschland nicht bestehen, sondern würde bald zu einem Spielballe für eitle demokratisch-polnische Regierungs-Künstler nach dem Geschmacke des Herrn Rickert werden und politisch wie wirthschaftlich veröden; wenigstens war dies die Auffassung unter dem alten Course, den die ‚Hamb. Nachr.' doch sonst überall vertreten. Mit Rücksicht darauf, daß die neulichen Aeußerungen Ihres Blattes in England dazu benutzt werden könnten, in der öffentlichen Meinung den Glauben zu erwecken, Fürst Bismarck wollte Gladstone gegen das Oberhaus unterstützen, werden Sie vielleicht bereit sein, diesen Ausführungen Aufnahme zu gewähren, die sicherlich der Auffassung des Fürsten Bismarck entsprechen. Der frühere Reichskanzler ist gewiß nach wie vor der Ansicht, daß

eine verständige deutsche Politik zur Zeit Alles vermeiden muß, was wie Parteinahme gegen das englische Oberhaus aussieht und den Anschein erwecken kann, als ob Herrn Gladstone von deutscher Seite, wenn auch nur indirect, Vorschub geleistet werden solle."

Soweit die Zuschrift an uns. Wir haben Grund zu der Annahme, daß sie sich, wenigstens in der Hauptsache, über die Auffassung des Fürsten Bismarck nicht täuscht.

* * *

Ueber die „Competenz des Reichskanzlers" schreiben die „Hamb. Nachr." vom 21. Januar (M.-A.):

Vor einiger Zeit lasen wir in einem Berliner nationalliberalen Blatte: „Man kommt einigermaßen in Verlegenheit, wenn man den Begriff der leitenden Politik genauer bestimmen will. Wo ist sie? Wer vertritt sie? Der Reichskanzler? Für das Reich gewiß."

Wir würden diesen verfassungsrechtlichen Lapsus nicht releviren, wenn er nicht in nationalliberalen Blättern öfters vorkäme und dort nicht consequent die Theorie aufgestellt würde, daß die Politik für das Deutsche Reich durch den Reichskanzler und nur durch ihn persönlich vertreten werde. Gerade die nationalliberale Richtung sollte solche Verdunkelungen der Verfassung vermeiden und sich an deren klare Bestimmungen halten.

Daß die Verfassung durch irgendwelche verfassungswidrigen Einflüsse alterirt wird, ist doch gewiß leichter, wenn die Verantwortlichkeit für unsere Gesammtpolitik auf einer einzelnen vom Monarchen nach beliebigem Ermessen zu wählenden militairisch geschulten Person ruht, als wenn sie durch ein Collegium von acht bis zehn selbstständigen und durch ihre Thätigkeit mit den Bedürfnissen des Landes vertrauten Männern, wie das preußische Staatsministerium, getragen wird.

Dem Geiste und dem Inhalt der Verfassung entspricht aber allein die letztere Alternative. Die Verantwortlichkeit für unsere Politik beruht auf der Gesammtheit der deutschen Staatsministerien, aber nicht auf der Persönlichkeit des jedesmaligen Reichskanzlers. Die Verantwortlichkeit des Letzteren reicht nicht weiter als die Competenz des Präsidiums, welches vom Könige von Preußen mit dem Kaisertitel geführt wird. Betreffs der Gesetzgebung des Reiches hat der Reichskanzler als solcher nur mitzureden innerhalb des preußischen Staatsministeriums, also so weit er Mitglied des letzteren ist. Er hat die Instruction, welche die preußische Regierung dem stimmenführenden Vertreter Preußens im Bundesrathe ertheilt, mit seinen preußischen Collegen zu berathen und festzustellen.

Die rechtskundigen Mitarbeiter des Reichskanzlers in dessen engerem Geschäftsbereiche scheinen selbst mit unserem Verfassungsrechte nicht vertraut genug zu sein, um dem damit bisher unbekannt gewesenen Reichs-

kanzler die Grenzen seiner Competenz mit Sicherheit angeben zu können, oder sie haben nicht den Muth, Ueberschreitungen dieser Grenzen als solche zu kennzeichnen.

Diese Ueberschreitungen, wir können sagen, die Annectirung erheblicher Theile des Gebiets der preußischen Ministerialcompetenz durch das Reichskanzleramt, hat vielleicht auf Seiten einzelner preußischer Ministerialressorts, die davon betroffen werden, stillschweigende Connivenz gefunden, deren Wurzeln in der heutigen Scheu vor eigener Verantwortlichkeit liegen. Man kann sich denken, daß ein Minister, der seinen Frieden und seinen Posten lieb hat, die Rolle des abwartenden Zuschauers einem Competenzstreite mit dem Reichskanzler vorzieht und in seiner Bescheidenheit nicht darüber verstimmt ist, wenn der Reichskanzler in heiklen Fragen die Verantwortung persönlich übernimmt und seine vorwiegend competenten preußischen Minister-Collegen thatsächlich liberirt, wenn auch nicht rechtlich. Aber wir möchten der nationalliberalen Partei doch empfehlen, das deutsche Verfassungsrecht vor Trübungen zu bewahren und daran festzuhalten, daß der Reichskanzler im Deutschen Reiche zu einer Mitwirkung an der Gesetzgebung nur insoweit berufen ist, als er seine Berechtigung dazu durch das beschlußmäßig festgestellte Einverständniß seiner preußischen Ministercollegen nachweisen kann. Er kann im Reichstage an legislativen Erörterungen sich jederzeit in der Eigenschaft eines preußischen Mitgliedes des Bundesraths betheiligen; aber wenn er letzteres nicht wäre, sondern nur Reichskanzler mit dem Vorsitze im Bundesrathe, so kann man sogar sein Recht, im Reichstage zu erscheinen und das Wort zu ergreifen, in Zweifel ziehen.

Es ist im Interesse unserer verfassungsmäßigen Zukunft dringend zu wünschen, daß sich der jedesmalige Reichskanzler die Grenzen seiner verfassungsmäßigen Competenz klar macht, bevor er in seiner amtlichen Eigenschaft in unsere parlamentarischen Berathungen eingreift.

Das unglaublichste Product von Competenzverirrungen auf diesem Gebiete wird immer das Verbot einer Bierbesteuerung von Seiten des Reichskanzlers auf Grund eines Stimmhandels mit den Antisemiten sein.

* * *

In sonst nicht üblicher Weise werden in der soeben citirten Nummer die Leser der „Hamb. Nachr." auf eine Rede eines Centrums-Mitgliedes empfehlend hingewiesen:

Wir machen nachträglich auf die Rede aufmerksam, die Frhr. von Schorlemer in der Sitzung des preußischen Herrenhauses vom 18. Januar über die agrarischen Tagesfragen in ihrem Zusammen-

hange mit den Handelsverträgen und der Steuerreform gehalten hat. Dieselbe verdient Anerkennung und Beachtung.

* * *

Ein Kreis von zwanzig Leipziger Bürgern, die in der ältesten dortigen Gosenstube „Zum blauen Hecht“ verkehren, hatten aus einer sechspfündigen Kanonenkugel vom Leipziger Schlachtfelde ein kunstvoll gearbeitetes Tintenfaß herstellen lassen und das dem Fürsten Bismarck Anfang März 1893 als Zeichen dankbarer Verehrung zum Geburtstag übersandt. Zu Anfang des Jahres 1894 schickte derselbe Kreis dem Fürsten ein Gruppenbild aller Mitglieder und bat um die ausdrückliche Erlaubniß, den Tisch, an dem sie sich allabendlich zu versammeln pflegten, Bismarck-Tisch nennen zu dürfen. Darauf traf folgende Antwort des Fürsten ein:

„Friedrichsruh, den 22. Januar 1894.

Euer Hochwohlgeboren Zuschrift vom 18. habe ich gern erhalten und wird es mir eine Ehre sein, wenn die Herren Ihren Stammtisch nach mir nennen wollen.

Ich freue mich, meine Freunde wenigstens im Bilde kennen zu lernen, und sage Ihnen für die Zueignung der kunstvoll verarbeiteten Kanonenkugel wiederholt meinen besonderen Dank. v. Bismarck.

Dieser Brief, gewissermaßen die Stiftungsurkunde des Bismarck-Tisches, wird unter Glas und Rahmen sorgfältig aufbewahrt.

* * *

Am 22. Januar trifft im Auftrage des Kaisers dessen Flügeladjutant, Major Graf von Moltke, in Friedrichsruh ein und überbringt dem Fürsten des Kaisers Glückwünsche zur Genesung unter gleichzeitiger Ueberreichung einer Flasche alten Steinbergers. Graf Moltke begleitet den Fürsten auf einer Spazierfahrt, nimmt am Diner im Herrenhause Theil und kehrt dann nach Berlin zurück. Er ist Ueberbringer einer Dankesantwort des Fürsten an den Kaiser. In dem Briefe kündigt der Fürst an, daß er sich so bald als möglich in Berlin bei dem Kaiser melden werde, um ihm für die huldreiche Antheilnahme persönlich seinen Dank abzustatten. Die „Hamb. Nachr.“ bringen hierüber am 24. Januar (M.-A.) folgende Meldungen:

Der Kaiser und Fürst Bismarck. Im Laufe des gestrigen Tages sind uns folgende Telegramme zugegangen, deren Veröffentlichung wir nach eingezogenen Erkundigungen für unbedenklich halten dürfen:

Berlin, den 23. Januar. (Reut. Bur.) Dem Vernehmen nach übergab der Flügeladjutant des Kaisers, von Moltke, dem Fürsten von Bismarck gestern ein Allerhöchstes Handschreiben, worin der Kaiser unter Uebersendung einer Flasche alten Weins den Fürsten zu Reconvalescenz nach der überstandenen Influenza beglückwünscht.

Berlin, den 23. Januar. (Privat-Telegramm.) In Reichstagskreisen erzählt man sich, daß Fürst Bismarck dem Kaiser für die Aufmerksamkeit, die er ihm durch den Grafen Moltke erwiesen, seinen Dank habe übermitteln und gleichzeitig mittheilen lassen, daß er sich beim Kaiser zu dessen Geburtstag melden werde. Die „Köln. Ztg." enthält dieselbe Meldung, nur wird dort als Termin des Besuches in Berlin die Zeit „unmittelbar nach dem Geburtstage" angegeben. Diese Meldung wird vom officiösen Telegraphen mit der folgenden der „Nordd. Allg. Ztg." weiter verbreitet. Das letztgenannte Blatt sagt, man dürfe annehmen, daß die Entsendung des Flügeladjutanten nach Friedrichsruh aus ureigenster Initiative des Kaisers hervorgegangen sei. Nach der „Nat.-Ztg." hat Fürst Bismarck auf die Gratulation des Kaisers zu der Wiedergenesung geantwortet, er werde, sobald es ihm seine Gesundheit gestattet, nach Berlin kommen, um dem Kaiser persönlich seinen Dank auszusprechen. Die „Nat.-Ztg." fügt hinzu: diese hocherfreuliche Nachricht wird in ganz Deutschland die höchste Befriedigung hervorrufen. — Wie dasselbe Blatt meldet, hat Professor Schweninger gestern in Wiesbaden mitgetheilt, daß das Befinden des Fürsten Bismarck zur Zeit ausgezeichnet sei.

Die „Voss. Ztg." schreibt: Mit der an den Grafen Herbert Bismarck ergangenen Einladung zum Ordensfeste steht die Entsendung des Grafen Moltke nach Friedrichsruh in keinerlei Zusammenhang. Alle activen und inactiven in Berlin anwesenden Staatsminister, sowie die Inhaber gewisser Ordensauszeichnungen pflegen regelmäßig zum Ordensfeste eingeladen zu werden. Dem Grafen Bismarck, der sich zur Zeit als Mitglied des Reichstages in Berlin aufhält, stand daher in seiner Eigenschaft sowohl als inactiver Staatsminister, wie als Inhaber der Kette zum Hohenzollernschen Hausorden diese Einladung zu.

In der A.-A. desselben Tages fügen die „Hamb. Nachr." hinzu:

Die im heutigen Morgenblatte mitgetheilte Entsendung des Kaiserlichen Flügeladjutanten von Moltke zum Fürsten Bismarck nach Friedrichsruh wird in der Presse aller Parteirichtungen commentirt. Wir nehmen vorläufig von Reproductionen Abstand und beschränken uns auf die Constatirung der Thatsache, daß in allen nationalgesinnten Blättern das Gefühl großer Befriedigung zum Ausdruck gelangt, unmittelbare Folgen auf politischem Gebiete indessen nicht erwartet zu werden scheinen. Daß es die clericalen, fortschrittlichen und socialdemokratischen Organe an Beschwichtigung ihrer eigenen Beklemmungen durch die bei solchen Gelegenheiten üblichen Glossen auch diesmal nicht fehlen lassen, bedarf kaum der Erwähnung.

Es liegt noch folgende Meldung vor:

Berlin, den 24. Januar. (Reut. Bur.) Fürst Bismarck wird im hie-

sigen Schlosse wohnen. Die Zimmer werden für ihn eingerichtet. Der Tag der Ankunft ist noch unbestimmt.

* * *

Am 25. Januar (M.-A.) erfolgt in dem Hamburger Blatte bereits die Meldung:

Fürst Bismarck wird, wie wir bestätigen können, voraussichtlich morgen früh, den 26. d. M., den von hier um 9 Uhr abgehenden, Friedrichsruh gegen 9½ Uhr passirenden Schnellzug zu seiner Reise nach Berlin benutzen, wo er gegen 1 Uhr eintrifft.

* * *

Charakteristisch sind die Herzbeklemmungen der fortschrittlich-freisinnigen Presse angesichts dieser Vorgänge und ihre Bemühungen, sich selbst Trost und Muth zuzusprechen — wie Kinder, die sich vor Gespenstern fürchten.

Die „Freisinnige Ztg." sagt:

„Irgend eine politische Bedeutung vermögen wir dem jetzigen Vorgang ebensowenig beizumessen, wie dem früheren. Fürst Bismarck befindet sich nach seinen Gesundheitsverhältnissen gar nicht mehr in der Lage, irgendwie noch activ in die Politik einzugreifen. Sein hohes Lebensalter schließt auch die Wiedererlangung der Kräfte hierzu vollständig aus. Wir glauben auch nicht, daß auf Seiten des Kaisers der dem Fürsten Bismarck erwiesenen Freundlichkeit irgend ein politisches Motiv zu Grunde liegt. Der Kaiser hat den menschlich natürlichen Wunsch, mit dem Fürsten Bismarck vor dessen Lebensende wieder freundliche persönliche Beziehungen anzuknüpfen.

„Als Curiosum sei auch noch erwähnt, daß die Nachricht über das Vorkommniß zwischen dem Kaiser und dem Fürsten Bismarck an der Börse stark befestigend gewirkt hat. Was die Herren von der Hausse-Speculation sich dabei gedacht, giebt der Coursbericht nicht an."

In der „Frankfurter Ztg." heißt es:

„Von rein menschlichem Standpunkt aus kann man sich nur darüber freuen, daß die persönliche Aussöhnung zu Stande gekommen ist; aber auch unter politischen Gesichtspunkten giebt das Ereigniß zu Bedenken oder gar zu Befürchtungen keinen Anlaß. Sofern es bewirken muß, daß aus den politischen Kämpfen der Gegenwart ein persönliches Element ausscheidet, das die Geister zu verwirren geeignet war, darf man es sogar willkommen heißen, zumal Consequenzen ernster Natur, wie sie sich vielleicht sanguinischen Gemüthern im ersten Augenblick aufdrängen mögen, nach der Lage der Verhältnisse vollständig ausgeschlossen erscheinen. Obgleich Schweninger jüngst auf eine Anfrage erklärt haben soll, Fürst Bismarck sei geistig und körperlich so disponirt, daß er die Geschäfte an der Spitze der Reichs-

verwaltung und der preußischen Regierung ‚sofort‘ wieder übernehmen könne, denkt wohl Niemand weniger an eine solche Eventualität, als Fürst Bismarck selbst; er weiß, daß sein politisches Wirken abgeschlossen ist und es für dessen Fortsetzung an allen Bedingungen fehlt, an die sie, wenn sie überhaupt ernstlich in Erwägung kommen könnte, geknüpft sein müßte.“

In ähnlichem Sinne äußert sich die „Vossische Ztg.“:

„Der Schritt des Kaisers ist aus dem natürlichen Gefühl so ausreichend zu erklären, daß er einer künstlichen Begründung mit politischen oder persönlichen Absichten nicht bedarf. Wie sollte nicht ein Herrscher den innigsten Antheil an einem Staatsmanne nehmen, der drei Kaisern gedient und seinen Namen mit der Gründung und Größe des neuen Deutschen Reiches untrennbar verknüpft hat? Die Milderung einer Verstimmung zwischen Charakteren, die auf die Dauer nicht gemeinsam zu wirken vermochten, kann nicht anders als angenehm berühren, zumal, da sicherlich dem Fürsten Bismarck heute nichts ferner liegt, als der Ehrgeiz, noch einmal die Bürde des Amtes auf sich zu nehmen. Und die Männer, auf die er seine Pfeile richtete, sind schwerlich so verbissene Hasser, daß sie in einer Auszeichnung des greisen Patienten eine ihnen angethane Unfreundlichkeit sähen.“

Wärmere Töne klingen schon aus den Organen der gemäßigten Mitte heraus, z. B. aus der „Tägl. Rundschau“:

„Mit inniger Freude und aufrichtigem Danke für den Kaiser, dessen eigenstem Antrieb die Versöhnung entspringt, begrüßen alle guten Deutschen die Erfüllung eines Herzenswunsches und die Befreiung von einem Druck, der schwer auf ihnen gelastet hat. Der Jubel, der beim Eintreffen des Fürsten den Kaiser wie den Kanzler umbrausen wird, dürfte vollgültiges Zeugniß davon ablegen.

„So sehr berechtigt indessen diese Freude vom rein menschlichen, wie vom nationalen Standpunkt aus erscheint, so sehr muß davor gewarnt werden, der Aussöhnung zwischen Berlin und Friedrichsruh politische Bedeutung in dem Sinne unterzulegen, daß Fürst Bismarck wieder Einfluß auf die Entschließungen des Kaisers gewinnen werde. Der Fürst denkt selber am allerwenigsten daran, die Rolle eines unverantwortlichen Rathgebers hinter den Coulissen zu spielen, das beweisen zahlreiche Aeußerungen von ihm, und daß er schon mit Rücksicht auf sein hohes Alter endgültig darauf verzichtet hat, noch einmal selber die politische Bühne zu betreten, ist ebenso zweifellos. Andererseits ist es aber auch für jeden Politiker klar, daß der Kaiser nach seinem Charakter stets und immer sein eigener Kanzler sein wird.

* * *

Am 26. Januar (M.-A.) heißt es in den „Hamb. Nachr.“:

Das officiöse „Berliner Tageblatt“ bemüht sich, die Entschließung Sr. Majestät des Kaisers zur Sendung des Flügeladjutanten Grafen Moltke nach Friedrichsruh auf eine Initiative des Staatssecretairs von Marschall zurückzuführen, mit dem der Kaiser am Montag während des Vortrags darüber gesprochen habe. Graf Moltke hat aber Berlin bereits am Montag früh 9 Uhr verlassen und ist um 12 Uhr in Friedrichsruh angekommen; der Vortrag des Herrn von Marschall, wenn nach demselben die Sendung beschlossen und der kaiserliche Brief geschrieben worden wäre, müßte ungewöhnlich früh am Tage stattgefunden haben. Außerdem aber ist der Brief, welchen Graf Moltke nach Friedrichsruh überbrachte, am Sonntag den 21. geschrieben worden und trägt dieses Datum. Damit allein ist die officiöse Erfindung schon widerlegt.

Nicht näher steht der Wahrheit die Angabe desselben Artikels, daß unser Blatt und namentlich der Fürst Bismarck in demselben erst in diesen Tagen den Abschluß des Handelsvertrages mit Rußland für eine politische Nothwendigkeit erklärt habe. Wir bitten das „Berliner Tageblatt“ anzugeben, wo in den „Hamburger Nachrichten“ dieser Satz zu finden ist.

* * *

Ueber die Reise selbst geben wir die von den „Hamb. Nachr.“ mitgetheilten telegraphischen und brieflichen Meldungen wieder. Sie vergegenwärtigen am unmittelbarsten den Eindruck, den der ganze Vorgang damals hervorrief.

Die Reise des Fürsten Bismarck nach Berlin. Friedrichsruh, den 26. Januar. (Reut. Bur.) Fürst Bismarck bestieg um 9 Uhr 15 Min. den Salonwagen. Sechs weißgekleidete Jungfrauen gingen dem Fürsten voraus und streuten Blumen auf den Weg. In der Begleitung des Fürsten befanden sich Graf Herbert Bismarck, Professor Schweninger und Dr. Chrysander. Als der Zug um 9 Uhr 25 Minuten abfuhr, brach das Publicum in stürmische Hochrufe aus.

Friedrichsruh, den 26. Januar Vormittags. Hier herrschte schon in früher Morgenstunde reges Treiben. Das Wetter war herrlich. Schon der Frühzug, der gegen 8½ Uhr in Friedrichsruh eintrifft, war überfüllt und brachte eine große Menge Menschen nach Friedrichsruh, die den Fürsten bei seiner Abfahrt nach Berlin sehen und begrüßen wollten. Kurz nach 9 Uhr wurden sechs weißgekleidete junge Damen aus Friedrichsruh ins Schloß geleitet und überreichten dem Fürsten einen mit einer schwarz-weiß-rothen Schleife geschmückten Lorbeerkranz. Eine von den Damen hielt eine kurze Ansprache und wünschte Sr. Durchlaucht glückliche Reise und frohes Wieder-

sehen. Der Fürst dankte herzlich und gab ihnen die Hand. Als er sich sodann, von der Fürstin begleitet, auf den Bahnhof begab, streuten ihm die Damen, vorangehend, Blumen auf den Weg. Beim Erscheinen Sr. Durchlaucht auf dem Bahnhof brach das Publicum in stürmische Jubelrufe aus. Der Fürst, der Uniform angelegt hatte, blieb noch kurze Zeit auf dem Perron stehen, reichte mehreren Personen die Hand und bestieg dann, nachdem er sich mit einem Kusse von der Fürstin aufs Herzlichste verabschiedet, den bereitstehenden Salonwagen, gefolgt vom Grafen Herbert, Professor Schweninger und Dr. Chrysander. Dann lief der Hamburger Zug ein, der Salonwagen wurde angehängt und unter brausenden Hochs der Menge setzte sich der Zug schnell wieder in Bewegung.

Wittenberge, den 26. Januar, 11 Uhr 26 Min. (Reut. Bur.) Fürst Bismarck ist soeben hier eingetroffen. Der Fürst wurde hier wie auch vorher schon in Ludwigslust mit großartigen Ovationen, Hurrahrufen und Blumen empfangen und grüßte, im Wagen sitzend, kräftig und heiter. Unter erneuten Hurrahrufen fuhr der Zug nach Berlin weiter.

Halberstadt, den 26. Januar. (Reut. Bur.) Von dem Cürassier-Regiment von Seydlitz, à la suite dessen Fürst Bismarck steht, ist heute früh auf telegraphischen Befehl eine Abordnung nach Berlin abgereist, welche aus dem Commandeur des Regiments Oberstlieutenant Graf von Klinckowström, einem Rittmeister, einem Premierlieutenant, einem Secondelieutenant, dem ältesten Wachtmeister und fünf Unterofficieren besteht. Dieselbe hat sich heute Mittag in feldmarschmäßiger Ausrüstung bei dem Kaiser zu melden.

Berlin, 26. Januar, 2½ Uhr Nachmittags. (Privat-Telegramm.) Der Andrang zu dem fahrplanmäßig um 9 Uhr vom Berliner Bahnhof in Hamburg abfahrenden Schnellzuge war so stark, daß der Zug in zwei Hälften getheilt werden mußte. Als der Zug in Friedrichsruh eintraf, hatte der Fürst mit dem Grafen Herbert, Professor Schweninger und Dr. Chrysander bereits den vor dem Schloßthore haltenden Salonwagen bestiegen, vor dem die Fürstin, der Oberförster Lange und einige Freunde des Bismarck'schen Hauses, wie Oberingenieur Andreas Meyer aus Hamburg, ferner, wie es schien, wohl die ganze Einwohnerschaft des Ortes und zahlreiche Damen und Herren aus der näheren Umgebung wie aus Hamburg, des Moments harrten, bis der Zug sich in Bewegung setzen würde. In dem Kreise der Versammelten sah man eine Anzahl weißgekleideter Damen, die, wie ich höre, dem Fürstenpaare auf dem Wege vom Schloß nach dem Bahngeleise Blumen gestreut haben. Der Fürst, der sehr wohl aussieht und zu freundlichen Scherzen aufgelegt war, meinte zu den Damen: „Es ist zu kalt heute Morgen für Ihr Costüm, Sie werden sich alle den Schnupfen holen; die Tracht ist nicht zweckmäßig bei dem jetzigen Wetter, obwohl sie sonst sehr kleidsam ist." Der Fürstin Bismarck schien, was allgemein mit Freuden bemerkt wurde, das längere Stehen

betriebstechnischen Gründen konnte die Bahnverwaltung, die durch die im Zuge mitfahrenden Herren Geheimer Regierungsrath Jungnickel und Regierungsrath Wilke vertreten war, diesem Wunsche nicht Folge leisten. Der Zug brauste durch die Station hindurch und das Donnern der Räder auf den Schienen übertönte die Hochrufe der dort Versammelten. Die Schuljugend war auf dem Bahnsteig in Reih und Glied angetreten. Ein Tücherschwenken, viele fröhlich-sehnsüchtige Blicke, und vorbei war das Bild! In Spandau, wo viele Civilpersonen und Officiere vom Wege aus dem vorbeifahrenden Kanzler-Zug ihren Gruß entboten, war die Zugverspätung bis auf eine Minute wieder gut gemacht worden.

Nachdem, wie schon gesagt, der letzte Passagierwagen abgehängt war und der Betriebsbeamte die Passirbarkeit des Geleises gemeldet hatte, fuhr der Zug auf der Abfahrtsseite der Halle, an der die Empfangs- und Wartesalons für fürstliche Personen liegen, im langsamen Tempo ein. Außer dem Prinzen Heinrich und dem etwa 15 Mann starken militairischen Gefolge war nur die in sehr starker Zahl vertretene Schutzmannschaft in der weiten Halle zu erblicken. Der Fürst entstieg mit leichten Schritten dem Wagen, an den Prinz Heinrich herantrat; dieser sprach mit sehr leiser Stimme einige Worte zum Fürsten, ihm zugleich die Hand reichend und trat dann an dessen Seite, bis der letzte der anwesenden Offiziere zur Meldung an den Fürsten herangetreten war. Alsdann schob er seinen Arm unter den des Fürsten, der zuerst im Gefühl seiner Rüstigkeit jede Stütze abzulehnen schien und schritt mit seinem Gaste der seitlichen Ausgangspforte zu, vor der eine königliche Gala-Equipage hielt. Prinz Heinrich und Fürst Bismarck bestiegen dieselbe zur Fahrt nach dem Schlosse, indeß die übrigen Herren in Hof-Equipagen folgten.

Berlin, den 26. Januar, 1 1/2 Uhr. (Reut. Bur.) Fürst Bismarck ist um 1 Uhr auf dem Lehrter Bahnhof eingetroffen. Von Spandau ab fuhr der Fürst mit einem Separatzuge, dessen Locomotive und zwei Wagen bekränzt waren. Bei der Einfahrt in den Bahnhof stand der Fürst am Fenster. Der Fürst, der sehr gut und heiter aussah, wurde vom Prinzen Heinrich und den befohlenen officiellen Personen empfangen und herzlich begrüßt. Vor dem Bahnhofe waren viele Tausende angesammelt. Bei dem Erscheinen des Fürsten Bismarck, welcher mit dem Prinzen Heinrich fuhr, ertönten brausende Hoch- und Hurrahrufe. Durch die Menge ging die tiefste Bewegung. Der Fürst war sichtlich ergriffen. Der Wagen wurde von einer Cürassierescorte begleitet. Bei dem Vorbeifahren wurden überall Blumen geworfen. Die brausenden Hochrufe pflanzten sich den ganzen Weg bis zum Schlosse fort. Es ist prachtvolles Wetter.

Berlin, den 26. Januar, 1 1/2 Uhr. (Privat-Telegramm.) In ununterbrochener Linie ziehen unabsehbare Menschenmassen durch die den Thiergarten durchschneidenden Straßen dem Lehrter Bahnhof zu; Tausende fassen auf dem

Königsplatz, der Moltkestraße, Moltkebrücke und den Spreeufern Posto; rasch reiht sich Kopf an Kopf auf dem weiten Platze vor dem Bahnhofe. Die Menschenmenge ist unentschlossen, wo sie definitiv Halt machen soll. Die Beamten sind nicht in der Lage, Auskünfte geben zu können und die zahlreich aufgebotene Schutzmannschaft hat ja nur Befehl, die Ordnung aufrecht zu halten. So schwankt die Menge hin und her von der Ankunftsseite der Bahnhofshalle zur Abfahrtsseite wieder zurück, der Lehrter Bahnhof eignet sich weniger als jeder andere Bahnhof in Berlin für festliche Gelegenheiten. Das Tageslicht gelangt nur durch stark vergitterte Seitenfenster in die Halle, die in ihrem größten Theile stetig Halbdunkel aufweist, und wenn die Gaslaternen brennen, so scheint dies nur zu dem Zwecke zu geschehen, um die Düsterkeit des Baues zu zeigen. Der weite Raum ist menschenleer. Selbst die Beamten halten sich nicht auf, um nicht Antwort geben zu müssen, wenn doch so ein Eindringling wie ich sich zu einer Frage entschließt. Schutzleute sind in großer Zahl auf dem Bahnsteig vor dem Fürstenzimmer, was mir bedeutet, daß der Wagen des Fürsten Bismarck auf der Abfahrtsseite halten wird. Das wird für viele, welche heute Morgen mit dem 9 Uhr-Zuge nach Wittenberge fuhren, um dann 11 Uhr 15 Min. mit dem Hamburger Schnellzuge, welchen der Fürst Bismarck benutzt, wieder zurück zu fahren und zugleich mit Seiner Durchlaucht hier einzutreffen und dem Empfange beizuwohnen, eine arge Enttäuschung sein. Der fürstliche Wagen fährt von Spandau aus voraus auf einem besonders frei gemachten Strange nach der Abfahrtsseite der Bahnhofshalle, während die Passagierwagen auf dem gewöhnlichen Geleise nach der Ankunftsseite gelangen. Inzwischen haben die eingeladenen hohen Staatsbeamten, Parlamentarier, Männer der Wissenschaft, Künstler 2c. mit ihren Damen die Wartesäle besetzt; viele haben Fahrkarten gelöst, um den Eintritt sich zu sichern. Ueberall gespannte Erwartung, leuchtende Augen, frohe Kundgebungen der herzlichen Gefühle, die alle beseelen in der Empfindung, in wenigen Minuten den allverehrten und schmerzlich entbehrten Gründer des Deutschen Reichs von Angesicht zu Angesicht zu erschauen. In sinniger Weise haben zahlreiche Damen Kornblumen vorgesteckt; die Lieblingsblume des hochseligen Kaisers Wilhelm I. ist heute wieder zu Ehren gekommen. Die Wartesäle füllten sich immer mehr, der Bahnsteig blieb verödet, bis gegen 12 Uhr 45 Min. der Stadtcommandant General-lieutenant von Schlieffen und bald darauf der Polizeipräsident von Richthofen erschienen. Draußen vor dem Bahnhofe war eine Schwadron Cürassiere in Parade-Uniform aufgezogen und hatte vor dem Eingang zu den Fürstenzimmern Aufstellung genommen. Die Menge verhielt sich ruhig und würdevoll, voll Spannung des großen Momentes harrend. Jetzt kam etwas Bewegung in die Massen. Prinz Heinrich und bald darauf Generalfeldmarschall von Blumenthal fuhren vor und begaben sich in den Bahnhof.

gestellt, um Momentbilder aufzunehmen. Sogar das Dach der „Neuen Wache“ diente einer ganzen Zahl von Menschen als Zuschauerplatz.

Schon um 12 Uhr Mittags hatte sich die Aufstellung des Publicums vollzogen, der Wagenverkehr kam erst um 1 Uhr zum Stillstand, weil ihn die Menschenmassen einfach unmöglich machten. Alles war freudige Erwartung. Um $^{1}/_{2}$1 Uhr fuhr Prinz Heinrich mit einem Adjutanten im offenen zweispännigen Wagen nach dem Lehrter Bahnhof, um den Fürsten abzuholen. Ein freudiges Rauschen ging durch die Menge. Die Einleitung des großen denkwürdigen Vorganges hatte begonnen. Da klangen vom früheren Palais des hochseligen Kaisers Wilhelm I. die Klänge eines Marsches herüber, die Wache zog auf, heute aber in zwei Abtheilungen mit zwei Musikchören. Zuerst eine Abtheilung des zweiten, dann eine solche des vierten Garderegiments zu Fuß. Es war eine Lust, bei dem herrlichen Wetter den Klängen der Militairmusik zu lauschen. Das vierte Garderegiment löste die Alexander auf der Neuen Wache ab, und nachdem die bei diesen Ablösungen üblichen militairischen Commandos verklungen waren, trat eine feierliche Stille auf dem Platze ein.

Nun war die Zeit herangerückt, nun mußte der Fürst auf dem Bahnhofe angekommen sein, und da der Weg vom Lehrter Bahnhof nicht weit ist, so konnte es nur wenige Minuten dauern, bis man ihn, der des Reiches Herrlichkeit in erster Reihe geschaffen, wieder sehen würde. Alles drängte nach dem in der Mitte freigehaltenen Fahrwege; die Schutzmannschaft konnte nur mit Mühe ihres Amtes walten.

Plötzlich erfüllte dumpfes Brausen die Luft. Man hörte die Jubelrufe des Publicums, das sich unter den Linden aufgestellt hatte. Man sah, wie die an den Fenstern der Universität Stehenden die Tücher schwenkten, und jetzt war der Fürst auf dem Opernplatze. Die Cürassiere, die vor dem Galawagen voraufritten, kündigten seine Nähe an, und nun erschallte ein Hurrahrufen, wie es in Berlin selten gehört worden ist, und alle Hüte flogen in die Höhe. Fürst Bismarck fuhr vorüber, nur einen Blick konnte man auf ihn werfen, aber er genügte. Soldatisch aufrecht saß der Fürst zur Linken des Prinzen Heinrich, der sich vollständig in die Wagenecke zurückgezogen hatte, gleichsam um den Anblick des Fürsten dem Publicum zu erleichtern. Beide befanden sich im Gespräch. Der Fürst hatte zum Gegengruß die linke Hand leicht in die Höhe gehoben, so daß sie beinahe den Helmrand berührte. Um so besser konnte man einen Blick auf sein Gesicht werfen. Es zeigte die alte Frische, der Schnurrbart und die Augenbrauen sind weiß, jedoch das Auge des Fürsten leuchtet in alter Kraft, und gerade hieran konnte man erkennen, daß die Gerüchte von der Hinfälligkeit des Fürsten zwar den Wünschen ihrer Verbreiter entsprechen mögen, mit der Wirklichkeit aber im schärfsten Gegensatze stehen.

Jeder, dem es vergönnt war, einen Blick auf die erhabene Gestalt des Reichseinigers zu werfen, wird das Bild für alle Zeiten in seiner Erinnerung aufbewahren. Nur allzuschnell war es den Blicken des Publicums entrückt, rasch folgte dem Gala-Wagen ein offener Zweispänner, in dem sich Graf Herbert Bismarck, ein Marine-Officier und noch zwei Herren befanden, sodann ein solcher mit zwei Officieren, und den Schluß bildete der Wagen des Leibarztes des Fürsten, Professor Schweninger.

Als der Zug sich dem Schlosse näherte, verließen Fürst Bismarck und Prinz Heinrich bei Portal 5 die Galakutsche und schritten die Front der Ehrencompagnie des 2. Garde-Regiments ab, welche mit Musik und Fahne erschienen war. Dann defilirte die Ehrencompagnie und die dieselbe begleitenden Cürassiere. Zahlreiche Officiere mit ihren Damen, die sich auf dem Trottoir aufgestellt hatten, eilten nun auf den Fürsten zu. Dadurch wurde die bisher beobachtete Ordnung aufgelöst, die Reihen wurden durchbrochen, ohne auf den Ruf der Schutzleute zu achten. Männer, Frauen und Kinder stürmten zu dem Fürsten hin, der dichtumdrängt von der begeisterten Volksmenge unablässig dankte und mit der Hand abwehrte. Die Fenster der Balconzimmer und ersten und zweiten Stock des Schlosses waren von zahlreichen Zuschauern besetzt, um Augenzeuge zu sein des begeisterten Empfanges, den die Berliner dem Altreichskanzler bereiteten.

Prinz Heinrich führte darauf den Fürsten Bismarck in seine Gemächer. Drinnen empfing der Kaiser, umgeben vom gesammten Hauptquartier und sämmtlichen Cabinetschefs, den Fürsten Bismarck. Die Begrüßung war äußerst herzlich. Der Fürst war sichtlich gerührt. Auf dem Platz vor dem Schloß wurden andauernd begeisterte Kundgebungen laut. Tausende stimmten Heil Dir im Siegerkranz, die Wacht am Rhein, Deutschland, Deutschland über Alles an. Der Kaiser, die Kaiserin und Fürst Bismarck zeigten sich wiederholt dankend grüßend am Fenster. Auch die drei ältesten Prinzen waren anwesend.

Um 1¾ Uhr fand ein Frühstück bei den Majestäten von nur 3 Gedecken für den Kaiser, die Kaiserin und den Fürsten statt. Der Kaiser trug die Uniform der schlesischen Cürassiere. Die Magdeburgischen Cürassiere, von denen eine Regimentsdeputation eingetroffen war, stellen vor der Wohnung Bismarck's Posten. Nach dem Frühstück begab sich der Fürst Bismarck in seine Gemächer.

Gegen 3 Uhr gab der Reichskanzler, hierauf alle Staatssecretaire ihre Karten bei dem Fürsten ab. Sämmtliche Staatsgebäude und zahlreiche Privatgebäude, auch abseits von den Linden, haben geflaggt.

Ein höchst interessantes Bild bei der Ankunft des Fürsten gewährte das Palais des russischen Botschafters Unter den Linden. Hier hatten sich Prinz und Prinzessin Albrecht und der Herzog Johann Albrecht von Mecklenburg-

Schwerin zum Frühstück anmelden lassen und erwarteten in den Parterregemächern mit dem Grafen und der Gräfin Schuwalow die Vorüberfahrt des Fürsten. Auf dem Außen-Balcon der ersten Etage bemerkte man den Herzog und die Herzogin von Ratibor, den Generaladjutanten von Rauch, Graf und Gräfin zu Hohenau, Prinz und Prinzessin Hohenlohe, den Hofmarschall Freiherrn von Reischach und zahlreiche Damen und Herren der Hofgesellschaft. Außerdem waren die Fenster bis auf den letzten Platz besetzt.

Als Fürst Bismarck vorüberfuhr, winkten die Damen auf dem Balcon mit den Fächern, das Botschafterpaar verneigte sich. Das hatte der Fürst gesehen und grüßte mit Neigung des Kopfes hinüber. Prinz und Prinzessin Albrecht sahen der Vorüberfahrt vom Nebenfenster zu.

Beim Empfang am Bahnhofe war Generaloberst von Pape anwesend, außerdem der Oberst der Magdeburger Cürassiere.

Die „Kreuz-Ztg." meldet, der erste der Staatssecretaire, welche beim Fürsten ihre Karte abgaben, war der Staatssecretair von Boetticher. Fürst Bismarck war verhindert, ihn zu empfangen, da der Kaiser ihn gerade besucht hatte.

Als der Kaiser Nachmittags einen Spazierritt unternahm, wurden demselben seitens der Volksmenge enthusiastische Ovationen dargebracht. Die Menge rief: „Hoch Kaiser, hoch Bismarck!"

Berlin, den 26. Januar. (Privat-Telegramm.) Bald nach dem Frühstück erschienen die zahlreichen Verehrer und Verehrerinnen des Fürsten aus allen Gesellschaftsschichten, um ihre Namen in die in den Vorzimmern der fürstlichen Gemächer liegenden Bücher zu schreiben. Das Einzeichnen dauerte bis zum späten Abend fort. Die Gemächer selbst glichen einem Wundergarten, in welchem die farbenprächtigsten, blüthenreichsten und duftigsten Blumen festlichen Glanz verbreiteten. Was die Treibhäuser unseres Nordens und was die Natur im Süden um diese Jahreszeit an Blüthenpracht erzeugen und schaffen, war hier in den herrlichsten Exemplaren zu einem berückend schönen harmonischen Ensemble vereinigt, um Zeugniß abzulegen für die Liebe und Verehrung, welche die Herzen der Spender und Spenderinnen für den Fürsten Bismarck erfüllen. Daß auch den einfachen bescheidenen Blumenspenden ihr Ehrenplatz eingeräumt war, versteht sich wohl von selbst: sprechen doch gerade diese Spenden oft eine beredtere Sprache des Herzens als die kostbarsten Gaben. Gegen 6 Uhr wurden die Blumen aus den Gemächern entfernt, in einen Hofpackwagen gebracht und nach dem Lehrter Bahnhof befördert, wo sie im Wagen des Fürsten aufgestellt wurden.

An dem Diner, welches im rothen Saale der vom Fürsten bewohnten Gemächer eingenommen wurde und aus elf Gedecken bestand, nahmen Theil der Kaiser und die Kaiserin, der König von Sachsen, der Fürst Bismarck, die Grafen Herbert und Wilhelm Bismarck, Graf Eulenburg, Oberst Klinkowstroem. Kurz nach 7 Uhr war das Diner beendet. Der Fürst

verabschiedete sich von der Kaiserin und den kaiserlichen Prinzen und bestieg mit dem Kaiser einen offenen Wagen, um die Rückfahrt nach Friedrichsruh anzutreten. Die Straße Unter den Linden, den ganzen Nachmittag über schon reich belebt, war, als der Abend nahte, wieder das Ziel vieler Tausende, welche herbeieilten, um dem Fürsten Bismarck ihren Abschiedsgruß zuzurufen. Kopf an Kopf stand die Menge, geduldig des Augenblicks harrend, da der kaiserliche Wagen sichtbar werden sollte. Zu dem reichen Fahnen- und Flaggenschmuck, der am Tage schon der Straße das festliche Gepräge gegeben hatte, gesellte sich jetzt, als die Dunkelheit hereingebrochen war, eine stellenweise feenhafte Beleuchtung einzelner Gebäude. Mit strahlendem Glanze übergossen all' die mannigfachen Beleuchtungskörper die Monumente, Bäume, Menschen und Häuser. Lange bevor die schwarzweißen Fähnlein der Cürassiere sichtbar wurden, welche dem kaiserlichen Wagen, in dem neben dem Kaiser der Fürst Platz genommen hatte, voranritten, kündeten brausende Jubelrufe das Nahen der hohen Herrschaften an. Mit nicht endenwollender Begeisterung begrüßte die Bevölkerung den Monarchen und seinen hohen Gast; patriotische Lieder wurden gesungen, und mit lawinenartiger Gewalt und Schnelligkeit pflanzte sich der Jubel fort durch die lebendige Mauer von Menschen, die bis hinaus vor dem Lehrter Bahnhof sich aufgebaut hatte.

Der Lehrter Bahnhof bot am Abend ein gegen heute Mittag wesentlich verändertes Bild. Das Halbdunkel der Halle war, trotzdem hoch oben an dem Hauptfenster Hunderte von kleinen Gasflammen als Festbeleuchtung brannten, nicht gewichen, aber der Bahnsteig sah so ganz anders aus. Da der Fürst den Hamburger Schnellzug benutzte, hatten viele Hunderte von Herren und Damen sich Billets nach Wittenberge gelöst, um den Bahnsteig betreten zu können. Die Schutzmannschaft verfuhr weniger rigoros in Bezug auf die Annäherung an den fürstlichen Wagen. Vielleicht hatte der die Anordnung inspicirende Polizeipräsident erleichternde Bestimmungen getroffen. — Kurz, es wurde die Möglichkeit geschaffen, wenigstens die Verabschiedung des Fürsten vom Kaiser zu sehen, wenn auch die Entfernung immerhin noch zu groß war, um die Abschiedsworte zu hören.

Kurz vor $^1/_2$8 Uhr fuhr der Wagen vor den Fürstenzimmern des Bahnhofes vor; der Kaiser half dem Fürsten beim Aussteigen, geleitete ihn Arm in Arm über die Treppe, umjubelt von den Menschenschaaren, die da draußen Posto gefaßt hatten, und diesen Jubel nahmen die schnell auf, welche auf dem Bahnsteig harrten, als der Kaiser mit dem Fürsten Bismarck die Treppe zum Perron herabstieg. Während des wiederholten Händeschüttelns zum Abschiede, wurden dem Kaiser und dem Fürsten die lebhaftesten Hochrufe ausgebracht. Dann verneigte sich der Fürst, schritt auf seinen Wagen zu, der Kaiser trat nochmals heran, als Se. Durchlaucht bereits eingestiegen war, noch ein Händedruck und das Signal zur Abfahrt ward gegeben. Der Kaiser

blieb stehen, als der Wagen des Fürsten sich in Bewegung gesetzt hatte und winkte nochmals dem am Fenster stehenden Fürsten zu, während die Menge begeistert „Deutschland, Deutschland über Alles“ sang. Vorbei an den jubelnden Schaaren fuhr der Fürst lebhaft dankend; aufrecht in ihrer ganzen Größe hob sich die mächtige Gestalt von dem beleuchteten Hintergrunde des Coupés ab, und nimmer werden die den Augenblick vergessen, denen es vergönnt ward, die hehre Gestalt dieses treuesten und besten Vasallen der Hohenzollern zu erschauen, als er freundlich und gerührt für die Ovationen dankte, die treue Liebe und innige Verehrung am 26. Januar 1894 ihm dargebracht haben. Der Kaiser wurde auf der Rückfahrt nach dem Schlosse von der Bevölkerung mit Jubel wieder begrüßt.

Berlin, den 26. Januar. (Reut. Bur.) Kurz nach 7½ Uhr erfolgte die Abreise des Fürsten Bismarck, den der Kaiser unter Cürassierescorte nach dem Lehrter Bahnhof geleitet hatte, wo das kaiserliche Hauptquartier und mehrere Generale anwesend waren. Der Kaiser schritt mit dem Fürsten zum Salonwagen, drückte dem Fürsten herzlich die Hand und küßte ihn mehrmals auf beide Wangen. Nach dem Einsteigen des Fürsten wandte der Kaiser sich mit einigen Worten an den Grafen Herbert Bismarck und sprach dann mit dem Fürsten weiter, der sich mit bloßem Haupte aus dem Salonwagen hinauslehnte. Das theilweise auf dem Bahnsteige zugelassene Publicum stimmte „Deutschland, Deutschland über Alles“ an. Bei der Abfahrt des Zuges ertönten abermals lebhafte Hochrufe, worauf Fürst Bismarck, freundlich lächelnd, sich dankend verneigte. In der Begleitung des Fürsten befanden sich die Grafen Herbert und Wilhelm sowie Professor Schweninger. Der Salonwagen war mit reichen Blumenspenden angefüllt. Der Kaiser verließ unter den Hochrufen der Anwesenden die Bahnhofshalle.

Friedrichsruh, den 26. Januar. (Privat-Telegramm.) In dem Salonwagen des Fürsten schien bei der Abfahrt von Berlin kaum noch Platz für ihn und seine Begleiter zu sein, so groß war die Fülle der Blumen, die man darin angehäuft hatte. In Wittenberge war der Jubel wiederum groß, als das daselbst versammelte Publicum des Fürsten ansichtig wurde. Ebenso in Ludwigslust, wo übrigens ein Defect an der Locomotive festgestellt wurde, so daß eine andere Maschine vor den Zug gelegt werden mußte. Die Ankunft in Friedrichsruh erlitt dadurch eine Verspätung von etwa 20 Minuten. Der Empfang hierselbst war so feierlich und herzlich zugleich wie möglich. Die Ortsfeuerwehr bildete mit rothen und weißen, weit in die Nacht erglänzenden Fackeln Spalier vom Bahnhof bis zum Schlosse, und die ganze Einwohnerschaft des Ortes vereinte sich mit vielen Gästen aus der Nachbarschaft zur Begrüßung, bei der die aufrichtige Freude, den Altreichskanzler gesund und frisch nach all' den Strapazen des Tages wieder daheim zu haben, so recht zum Ausdruck kam. Am Arm des Grafen Herbert schritt der Fürst,

nach allen Seiten freundlich grüßend, auf die neben dem Bahnhof haltende Equipage zu und fuhr nach dem Herrenhause.

Ueber die Rückreise und über den Berliner Aufenthalt wird der Münchener „Allg. Ztg." unter dem 27. d. M. von Berlin aus noch gemeldet:

Fürst Bismarck, welcher auf der Fahrt nach Friedrichsruh behaglich seine Pfeife geraucht und von dem Inhalt der Abendblätter Kenntniß genommen hatte, deren Einzelheiten bezüglich seines Einzugs in Berlin ihn interessirten, hatte laut heute Mittag hier eingelaufenen Nachrichten eine recht gute Nacht — ebenso die Fürstin —, so daß die Reise für ihn gesundheitlich ohne nachtheilige Folgen geblieben ist. Während gestern der König von Sachsen bei dem Fürsten verweilte, erschien auch der badische Gesandte, um auf telegraphischen Befehl des Großherzogs dem Bedauern des Letzteren Ausdruck zu geben, daß er den Fürsten nicht in Berlin begrüßen könne. Herr v. Jagemann wurde wegen der Anwesenheit des Königs vom Grafen Herbert Bismarck empfangen. Der Fürst hat dem Großherzog telegraphisch für die gnädigen Gesinnungen gedankt. Graf Herbert Bismarck kehrte mit dem Nachtzuge hierher zurück, um der heutigen Gratulationscour beizuwohnen, bei welcher er von vielen der Anwesenden, namentlich auch dem Kriegsminister General v. Schellendorff und dem Finanzminister Dr. Miquel lebhaft begrüßt wurde, und erschien Abends auch in der Gala-Oper. — Eine besondere Aufmerksamkeit hat der Kaiser dem Fürsten Bismarck dadurch erwiesen, daß er, wie die „Polit. Corresp." erfährt, auf dem Schreibtische eines der dem Fürsten zur Verfügung gestellten Gemächer im königlichen Schlosse die Anordnung treffen ließ, daß sein Bild und dasjenige des Fürsten pendantartige Aufstellung fanden. Fürst Bismarck soll über diese kaiserliche Aufmerksamkeit außerordentlich erfreut gewesen sein.

Ueber die Stimmung in Berlin berichtet die „Nat.-Ztg.":

Seit 12 Uhr 55 Minuten weilt Fürst Bismarck in Berlin, seit 1 Uhr 10 Minuten ist er unter dem Dache des königlichen Schlosses der Gast des Kaisers. Was sich zunächst für die Oeffentlichkeit sichtbar in den dazwischen liegenden fünfzehn Minuten abspielte, stellt ein wenn auch winziges Stück Geschichte dar in der ungekünstelten, alles Erdenkliche übersteigenden, hinreißenden Gewalt der dem Fürsten dargebrachten Ovationen. Sein Besuch war uns gewissermaßen über den Kopf gekommen; Zeit und Möglichkeit, einen Empfang seitens der Bevölkerung zu organisiren, fehlten. An weitgehenden Plänen dazu hatte es freilich nicht gemangelt. Anregungen wurden überall laut. Doch über den guten Willen war es nicht möglich hinauszukommen. Was an Schmuck des Festweges und der angrenzenden Straßen geschehen konnte, war natürlich nicht unterblieben. Die ganze Umgebung des

Lehrter Bahnhofs hatte geflaggt. Die Linden hatten ein Festkleid von Fahnen angelegt, das geradezu strahlend war; in den Schaufenstern sah man die Büsten und Bilder Bismarck's, entweder allein oder neben denen des Kaisers, beide umrankt und umschlungen von Blumen. Aber darüber hinaus verbot die unvermittelte Plötzlichkeit des Besuches besondere Veranstaltungen.

Und es bedurfte derselben nicht. Denn der schönste Schmuck, der aus dem innersten Herzen quellende Jubel der Bevölkerung und die ungeheure, jeder Beschreibung spottende Betheiligung aller Kreise an der Begrüßung Bismarck's hätte durch keine noch so glänzende Aeußerlichkeiten eine Steigerung erfahren können. Ueber die Einzelheiten seiner Ankunft und seiner Fahrt zum Schloß ist oben berichtet. Hier sei nur zusammenfassend gesagt, daß es den Anschein hatte, als ob ganz Berlin hinausgezogen war, als ob jeder Einzelne den Drang hatte, Zeuge eines historischen Momentes zu sein.

An anderer Stelle heißt es:

Das Publicum war ersichtlich ein außerordentlich gutes. Aus Kreisen, in denen man sonst fürchtet, sich in großes Gedränge zu begeben, waren Tausende und Abertausende gekommen. Auch das halbe Parlament säumte die Bordschwellen. Hunderte von hohen Officieren mit ihren Damen standen neben den Großindustriellen, den Handwerkern, den Künstlern, neben der Frau aus dem Volke. Vielleicht, ja wahrscheinlich sind auch an anderen Stellen Studenten gewesen, Unter den Linden machte es den Eindruck, als ob die ganze Universität sich hier zusammengeschaart habe. Daß die Häuser bis unters Dach mit Menschenköpfen wie austapeziert aussahen, daß Momentphotographen in beängstigender Zahl ihre Apparate präparirt hatten, daß fliegende Tribünen von festen Verschlägen bis zu Stehleitern vorhanden waren, ist selbstverständlich.

Und nun kam der Wagen durchs Brandenburger Thor. Allzu schnell trabten die Cürassiere, allzu schnell rollte der leider geschlossene Wagen vorüber, aber was that's schließlich: man war zufrieden, man konnte daheim berichten, er war da, und wenn man auch nur einen Zipfel seines Mantels gesehen, es hatte sich gelohnt, Stunden lang seiner zu harren. Denn wem es nicht vergönnt gewesen, einen Blick des Fürsten Bismarck selbst zu erhaschen, der entschädigte sich wenigstens durch eine Ovation, die seinem improvisirten Standbilde dargebracht wurde und die in ihrer Ursprünglichkeit und in ihrer zwingenden Gewalt an die stolzesten und bewegtesten Tage erinnerte, die Berlin gesehen.

Ueber die *Zahl der Menschen*, die ihr Verlangen, den Fürsten zu sehen, ihre Freude, daß er überhaupt beim Kaiser war, in die Straße Unter den Linden getrieben hatte, sagt die „Nat.-Ztg.“:

Schätzungen von Volksmassen sind ein schwieriges Ding. Aber aus der Vogelperspective betrachtet, ließ sich doch annähernd ein Ueberblick gewinnen. Man kann heute überhaupt nur nach Hunderttausenden rechnen. Vielleicht waren es nur drei Hunderttausende, vielleicht vier, vielleicht auch mehr. Es war jedenfalls die größte Menschenansammlung, die Berlin je gesehen.

Recht beachtenswerth sind auch folgende Sätze, die wir der „Magdeb. Ztg." entnehmen:

Die Reichshauptstadt befindet sich seit der Veröffentlichung jener denkwürdigen Mittheilung von der Entsendung des Flügeladjutanten Grafen Moltke an den Fürsten Bismarck in einer Erregung, wie seit Jahren nicht. Es ist, als ob die Volksmassen von einem unvermutheten elektrischen Schlage durchzuckt wären. Alle öffentliche Theilnahme ist auf das bevorstehende „Ereigniß" gerichtet. Wohin man kommen mag, in allen Gesellschaften, wie am Biertische, überall bildet der feierliche Einzug Bismarck's den beherrschenden Gesprächsstoff, und mit einer gewaltig hervorbrechenden Leidenschaftlichkeit wird „die That" des aus seinem impulsiven Temperament heraus handelnden Kaisers erörtert und gedeutet. Mit einem Male weiß sich die Volksseele wieder völlig eins mit den Empfindungen des Herrschers, und die trübe Verstimmung, welche sich lähmend Aller bemächtigt hatte, weicht dem Gefühle einer Befreiung von einem lastenden Drucke.

Wunderbar, wie sich dieser Stimmungsumschlag vollzog. Die Schaufenster in den Kunsthandlungen sind wie durch Zauberschlag von den Bildnissen des großen ersten Kanzlers bedeckt. Meisterradirungen nach Lenbach's unvergleichlichen Bildnissen, Photographien in allen Größen locken die Straßengänger in Massen heran. Unwillkürlich bleibt fast Jeder stehen, um die Gesichtszüge des Gewaltigen in sich aufzunehmen. Sinnend steht man vor ihnen, denkt vergangener Zeiten dabei und sucht den Schleier der verhüllten Zukunft zu lüften. An sehr vielen Stellen erblicken wir die Kanzlerbilder von frischem grünen Lorbeer umwunden, als zöge er einem Sieger gleich in die ihn umjubelnde Hauptstadt ein.

Welch einen ungeheuren Factor in unserem öffentlichen Leben dieser eiserne Mann bildet, das wird Jedem unwiderleglich klar, der diese gewaltigen Erregungen unserer Volksseele beobachtet und zu deuten weiß. In dieser bewundernden Hingabe der Massen an einen Helden liegt die untrügliche Gewähr dafür, daß der Sinn für die heroischen Kräfte in der Geschichte, die allein noch die Menschheit vorwärts zwingen, nicht verblaßt ist. Noch sind die Massen — und Gott sei Dank, daß dem so ist! — dem echten Pathos zugänglich, das nun einmal von jeder geschichtlichen Größe ausströmt! Vor dieser Thatsache verkriecht sich jede kleinliche Gesinnung in die verborgensten Schlupfwinkel, um sich nicht zu verrathen: die abstumpfende Alltäglichkeit hat

einer erhebenden Festesstimmung weichen müssen. Dieser Stimmungswechsel ist die wahre Signatur dieser Tage.

* * *

Auch einiger Aeußerungen der ausländischen Presse sei noch gedacht.

Die deutsch-liberale „Reichenberger Zeitung“ meint: „Gewiß wird das Erscheinen Bismarck's am Berliner Hofe keine unmittelbaren politischen Folgen nach sich ziehen, allein, die indirecte Wirkung eines solchen Factums auch auf die inneren Verhältnisse des Deutschen Reiches wird wohl bei dem Umstande, daß hierdurch ein Herzenswunsch der Nation erfüllt wird und daß diese Erfüllung auf die unmittelbare Initiative des Kaisers zurückzuführen ist, nicht lange ausbleiben. Vor allem wird dadurch ein großer Theil des unwillkürlichen Bangens und tiefgehender Verstimmung hinweggenommen werden, die in so weiten Kreisen des deutschen Volkes seit dem Abschiede Bismarck's von seiner früheren Stellung Platz gegriffen hatte.“

„Morning Post“ sagt: „Zu einer Zeit, wo die Zukunft Deutschlands mit vielerlei Hindernissen umgeben ist, kann man nur sagen, daß es die höchste politische Weisheit verräth, jedes Mittel zu benutzen, um das Band zwischen Kaiser und Unterthanen fester zu knüpfen. Und das ist sicher der Hauptzweck des Kaisers, wenn er dem Manne, welcher nach seinen eigenen Worten ‚so viel für Preußen und für Deutschland gethan hat‘, seine Rechte zur Versöhnung entgegenstreckt.“

Die „Times“ schließen ihre Betrachtungen mit den folgenden Worten: „Der Fürst weiß jetzt, daß seine Verbannung zu Ende ist, und damit wird auch seine bittere Gemüthsstimmung wegfallen. Der gestrige Besuch beseitigt ein öffentliches Aergerniß. Es war schlimm genug, daß ein fast feindseliges Verhältniß zwischen dem Kaiser und dem Staatsmann, dem er seine Krone verdankt, herrschte. Wie wäre es aber geworden, wenn dieser Zustand fortgedauert hätte, wenn keine Heilung mehr möglich gewesen wäre? Ueber das Ergebniß des gestrigen Besuches ist die deutsche wie die französische Presse einig. Beide entkleiden ihn der directen politischen Bedeutung, und wir bezweifeln nicht, daß diese Ansicht die richtige ist.“

Mit eben so wohlfeiler, wie dünkelhafter Ironie drückt sich der „Temps“ in einem Leitartikel aus: „Im ersten Augenblicke, heißt es da, hatte man in Deutschland diesen Schritt mit Freude begrüßt. Man sah darin — und man wollte darin sehen — das Ende eines widernatürlichen Antagonismus, welcher schmerzlich auf der Seele aller der empfindlichen Germanen lastete, die unfähig waren, zwischen der schuldigen Treue gegen ihren Kaiser und der schuldigen Dankbarkeit für ‚ihren‘ Kanzler zu wählen. Endlich, sagten sie sich, wird es möglich sein, zugleich ein guter Unterthan und ein guter Patriot zu bleiben; das deutsche Herz wird aufhören, zwischen Friedrichsruh und Potsdam zu schwanken, und man weinte zärtliche Thränen bei dem

Gedanken an den schönen Sonnenuntergang, in dessen Glorienschein der Stern des Fürsten Bismarck ganz allmählich verdämmern sollte, anstatt inmitten von Blitz und Donner zu verschwinden."

* * *

Gewissermaßen resumirend über das Ergebniß der letzten bedeutungsvollen Tage schreiben die „Hamb. Nachr." am 29. Januar (A.-A.):

Die Blätter des In- und Auslandes sind angefüllt mit Betrachtungen über die Reise des Fürsten Bismarck nach Berlin. Wir müssen darauf verzichten, auch nur eine kurze Analyse der Erörterungen zu geben, welche dabei in allen Zungen und von allen Standpunkten aus über die Bedeutung des Vorganges stattfinden; dazu ist der Stoff zu umfangreich; wir constatiren nur, daß der Besuch überall als weltgeschichtliches Ereigniß behandelt wird auch von solchen Blättern, die an politische Consequenzen nicht glauben. Wir haben in den letzten Nummern unseres Blattes einige Preßstimmen mitgetheilt, welche diese Auffassung in zum Theil ergreifender Form zum Ausdruck bringen, und fügen heute eine Stelle aus einem Artikel der „Voss. Ztg." an, die sich zu einem Urtheile über den Fürsten Bismarck aufschwingt, wie es sonst in der fortschrittlichen Presse nicht leicht anzutreffen sein wird; sie lautet:

„Die historische Größe des Fürsten Bismarck steht für uns fest; es erregt uns ein widerwärtiges Gefühl, sie bekrittelt oder bespöttelt zu sehen. Die deutschen Verhältnisse waren seit dem Tode Friedrich's des Großen heillos verfahren; nur ein Mann von der Art des Fürsten Bismarck konnte sie wieder in die rechten Geleise bringen. Fürst Bismarck war der eigentliche Begründer der deutschen Einheit. Mit diesem Ausspruch setzen wir weder den Kaiser Wilhelm herab, denn sein Verdienst bestand darin, den Fürsten Bismarck an die Stelle gesetzt zu haben, an der er dem Vaterlande dienen konnte, noch setzen wir den Grafen Moltke herab, denn sein Verdienst war es, die Idee, die Fürst Bismarck in der Stille des Cabinets zur Reife gebracht hatte, auf dem Schlachtfelde zum Siege zu führen. Moltke's Leben liegt klar vor uns ausgebreitet; in acht starken Bänden sind wir darüber belehrt, was er in der langen Zeit seines Lebens empfunden und gedacht hat. Wir bewundern ihn, wir lernen ihn als Menschen lieben, aber wir bezeugen der Wahrheit gemäß, daß ihm niemals der Gedanke gekommen war, das Deutsche Reich an Kopf und Gliedern zu reformiren. Als ihm befohlen worden war, zum Schwerte zu greifen, erfocht er Siege, die beispiellos waren, aber wenn ihm dies nicht befohlen worden wäre, wenn er niemals ein Schlachtfeld gesehen hätte, so wäre er dennoch sanft und zufrieden in dem Bewußtsein gestorben, sein ganzes Leben hindurch seine Pflicht gegen das Vaterland treu erfüllt zu haben.

Fürst Bismarck hat sich zehn Jahre lang in seiner Laufbahn als Gesandter mit Sorgfalt auf die Sendung vorbereitet, die er zu erfüllen hatte; er hat sie in großartigster Weise durchgeführt und hat ein weiteres Jahrzehnt dazu verwendet, sein Werk gegen Rückschläge sicher zu stellen, die er mit scharfem Blick als möglich voraussah; daß es ihm gelang, das Verhältniß zu Oesterreich, nachdem wir dreizehn Jahre zuvor mit diesem Reiche in einem erbitterten Kriege gelegen, zu inniger Freundschaft zu gestalten, zählen wir zu den größten Thaten, die ihm überhaupt gelungen sind."

* * *

Einen schönen Nachklang zu der Berliner Begegnung und zu der tiefgehenden freudigen Bewegung darüber im ganzen deutschen Volke enthält folgende Nachricht aus Essen:

Geheimer Commerzienrath Krupp in Essen hat aus Anlaß des Besuches des Fürsten Bismarck in Berlin eine „Kaiser Wilhelm II.-Fürst Bismarck-Stiftung" gemacht. Die Drahtmeldung des Kaisers, die die Stiftung unter diesem Namen genehmigt, hat folgenden Wortlaut:

Berlin, Schloß, 26. Januar. Geheimrath Krupp, Essen. Aufs angenehmste berührt durch Ihre hochherzige Absicht zur Erinnerung an den heutigen Tag in Ihrer Vaterstadt Essen eine milde Stiftung zu errichten, genehmige ich gern die Benennung derselben als „Kaiser Wilhelm II.-Fürst Bismarck-Stiftung". Wilhelm I. R.

* * *

Endlich noch ein guter Witz der „Frankf. Zeitung". Sie meint, in der vom Kaiser dem Fürsten Bismarck übersandten Flasche Wein seien wohl Lacrimae Caprivi gewesen!

* * *

Ein neuer Beweis königlicher Huld wird den „Hamb. Nachr." am 1. Februar aus Friedrichsruh gemeldet:

Gestern war Flügeladjutant Graf Moltke hier und brachte dem Fürsten Bismarck im Auftrage Sr. Majestät des Kaisers den neuen grauen Militairmantel, der „wie angegossen" paßte. Der Fürst fuhr trotz heftigen Regens Nachmittags mit dem Grafen Moltke im Walde spazieren. Gegen 7 Uhr kehrte der Flügel-Adjutant nach Berlin zurück.

* * *

Am 1. Februar berichtet die „Halberst. Ztg." (in Halberstadt liegt bekanntlich das dem Fürsten verliehene Cürassier-Regiment) über den 26. Januar noch Folgendes:

Am Frühstück nahm außer dem Kaiserpaar und dem Fürsten Bismarck auch noch Prinz Heinrich Theil. Nach dem Frühstück erfolgte die Ueber-

reichung der Cabinetsordre, durch die Fürst Bismarck zum Chef der Seydlitz-Cürassiere ernannt wird, darauf Vorstellung der Deputation des Regiments durch den Commandeur Oberstlieutenant Graf von Klinckowstroem. Der Fürst erwähnte,

> daß er den Wunsch habe, später, wenn er ganz hergestellt, das Regiment in Halberstadt zu besuchen. Vor einem halben Jahre habe er zuletzt geritten; dann sei die langwierige Krankheit gekommen. Er hoffe aber, daß er später, wenn er nach Halberstadt komme, auch als Cavallerist zu Pferde steigen könne.

Dann hielt Commandeur Graf von Klinckowstroem eine Ansprache, die vom Fürsten mit sichtlicher Freude entgegengenommen wurde. Hierauf folgte die Vorstellung der einzelnen Herren, mit deren jedem der Fürst sich unterhielt, ebenso wurden auch die commandirten Unterofficiere vom Regiment durch einige huldvolle Worte erfreut. Von den Herren vom Regiment verblieb nur der Ordonnanzofficier Premierlieutenant von Niesewand im Schlosse.

Als Bismarck erfuhr, daß der König von Sachsen ihm seine Aufwartung machen wolle, wollte er sich zu Sr. Majestät begeben, aber König Albert kam ihm zuvor, da er es dem Fürsten bequemer machen wollte. Bei der Kaiserin Friedrich verweilte Fürst Bismarck 15 Minuten. Nach seiner Rückkehr ins Schloß erhielt er den Besuch des Ministerpräsidenten Grafen zu Eulenburg.

Sonst verblieb der Fürst in ganz engem Kreise bis zum Abendessen in seinen Gemächern. Dieses fand zu zwölf Gedecken statt. In der Mitte der einen Längsseite der Tafel saß der Kaiser, nach rechts folgten Prinz Heinrich und Flügeladjutant Oberst von Moltke, nach links Fürst Bismarck und Graf Klinckowstroem, die andere Längsseite nahmen Flügeladjutant Oberst von Moltke, Graf Herbert Bismarck, Oberhof- und Hausmarschall Graf zu Eulenburg, die Adjutanten des Prinzen Heinrich, von Seckendorff und von Colomb, ein, an den Schmalseiten saßen Graf Wilhelm Bismarck und Premierlieutenant von Niesewand. Bei Tische ging es gänzlich inofficiell zu. Der Kaiser war außerordentlich gnädig zum Fürsten und begrüßte auch Graf von Klinckowstroem sehr huldvoll.

* * *

Gleichzeitig lesen wir in der „Magdeb. Ztg.“:

Es wird jetzt von zwei Seiten bestätigt, daß der Kriegsminister von Bronsart in der That „im Namen der Armee“ dem Kaiser für die Wiederannäherung an den Fürsten **Bismarck** gedankt habe. Nur soll diese Kundgebung nicht nach, sondern am Tage vor dem Besuch des **Fürsten** Bismarck erfolgt sein. Sie würde dadurch aber nur noch bemerkenswerther werden.

Daß in der That in der Armee Stimmungen vorhanden sind, wie sie Herr von Bronsart erwähnt hat, wird durch eine Rede des Generalobersten von Loë in Coblenz bestätigt. Der streng katholische Generaloberst sagte:

„Gott segne Dich, Kaiser — Wir stehen treu zu Dir!“ Das ist der einstimmige Ruf des Heeres und Volkes am heutigen Tage. Und vieltausendstimmig begrüßt dieser Ruf seit gestern und heute den Kaiser in seiner Residenz — widerhallt brausend von dort durch alle deutschen Gaue, eine begeisterte Kundgebung des Dankes für die Hochherzigkeit des Monarchen, der den Vorabend seines eigenen Ehrentages gewählt hat, um seinem Volke eine lang gehegte Hoffnung zu erfüllen. Fürst Bismarck als Gast im Schlosse seines Kaisers, Fürst Bismarck empfangen mit allen jenen Ehren, die der junge Herrscher so gern dem unvergeßlichen, dem ruhmvollen ersten Gehülfen und Rathgeber Kaiser Wilhelm's I., dem größten noch lebenden Repräsentanten einer großen Vergangenheit aus innerstem, eigenem Antriebe spendet, das ist die Kunde, die heute alle Herzen mit Befriedigung erfüllt. Wenn aber die gestrigen Jubelrufe ein Nachklang aus jener großen Zeit sind, da Fürst Bismarck, der erste, der unbesiegte Fahnenträger seines Königs, im Kampfe vorausschritt, dann sollen sie nicht wie ein leerer Schall verklingen. Sie seien nicht bloß eine Kundgebung des Dankes für die Vergangenheit, nein, auch ein Mahnruf an die ganze Nation . . . .“

Als Bannerträger des Reichs war der Fürst auch in der Rede gefeiert worden, die der jetzige Kaiser als Kronprinz zum Geburtstage des Fürsten am 1. April 1888 gehalten hatte.[1]) In dem Munde des Generalobersten von Loë wird die Anspielung auf diese Rede doppelt bedeutungsvoll.

* * *

Nachstehende Sätze von Maximilian Harden finden wir in seiner „Zukunft“ unter der Ueberschrift „Fürst Bismarck im Schloß“. Sie werden von den „Hamb. Nachr.“ ausdrücklich als zutreffend bezeichnet und sind in besonderem Maaße geeignet, die Berliner Begegnung für die allgemeine Beurtheilung in das rechte Licht zu rücken.

Die Theilnahme, die der Kaiser von Güns aus dem Leidenden gezeigt, die Grüße, die er von Bremen aus durch den Grafen Wilhelm Bismarck dem Genesenden gesandt, verpflichteten den preußischen Edelmann und den alten Soldaten, persönlich als Dankender vor dem Souverain zu erscheinen, sobald die physische Verhinderung gewichen war. Und nun sandte nicht nur

[1]) Der Kronprinz war zum Mittagsmahl an der fürstlichen Tafel. Die betreffenden Worte seiner schönen Rede lauteten: „Um mich eines militairischen Bildes zu bedienen, so sehe ich unsere jetzige Lage an als ein Regiment, das zum Sturm schreitet. Der Regimentscommandeur ist gefallen, der Nächste im Commando reitet, obwohl schwer getroffen, noch kühn voran. Da richten sich die Blicke auf die Fahne, die der Träger hoch emporschwenkt. So halten Euer Durchlaucht das Reichspanier empor.“

der Monarch eine Stärkung, nun lud auch, in freundlich drängenden Ausdrücken, der oberste Kriegsherr zweimal in zwei Tagen zu seinem militairischen Jubelfest — nun gab es für den Generalobersten kein Säumen mehr....

Politische Erörterungen haben im Verkehr des Kriegsherrn mit seinem Generaloberst keinen Platz. Es war eine Höflichkeit, daß die höchsten Reichsbeamten und die Minister bei dem hohen Gast ihre Karten abgaben; aber nur die Herzenseinfalt konnte glauben, daß diese Herren empfangen werden wollten oder empfangen werden würden....

Der Kaiser hat deutlicher noch als in der Günser Depesche gezeigt, daß er eine entschlossene und rückhaltlose Opposition gegen die Politik seiner jetzigen Berather nicht als ein persönliches Verschulden oder gar als eine gegen den gekrönten Repräsentanten der Nation gerichtete Gehässigkeit ansieht. Er hat den Generalobersten mit Ehren überhäuft, obwohl er weiß, daß der also Geehrte seine Unzufriedenheit mit fast allen militairischen und civilen Neuerungen des Caprivismus nicht verborgen hat....

Schon auf dem Marktplatz von Jena hat Bismarck sich dem deutschen Ritter verglichen, der im gesudeltsten Conterfei selbst noch immer das Abbild des Kaisers verehrt und der den kaiserlichen Commissaren doch in der unzweideutigsten Form seine Meinung sagt. Jetzt hat er Ehren erlebt, wie sie nie zuvor einem nicht in Königschlössern Geborenen in Preußen erwiesen worden sind, und er hat sein persönliches Verhältniß zum Monarchen über jeden Zweifel hinaus festgestellt. Auch der Böswilligste kann ihn jetzt nicht mehr einen verärgerten Nörgler nennen. Mit ganz anderer Ruhe, mit ganz anderer Offenheit und mit unvergleichlich größerem Nachdruck kann er jetzt seine Stimme erheben, wenn es ihm wieder nöthig scheint, vor falschen und gefährlichen Wegen zu warnen....

Es hieße den Kaiser beleidigen, wenn man ihm die Absicht zutrauen wollte, mit den höchsten Ehren, die er zu vergeben hat, einen unbequemen Mahner zur Ruhe zu bringen; solche fromme Wünsche mögen an untergeordneten Stellen aufgetaucht sein; der höchste Vertreter der Nation aber hat klar und deutlich gesagt: Dieser Mann ist so groß, und so unbedingt zuverlässig sind bei ihm deutscher Patriotismus und kurbrandenburgische Vasallentreue, daß ich niemals glauben werde, er könne anders als im Interesse des Vaterlandes und der Dynastie seine Stimme erheben. Erst dieser zuversichtliche Glaube wird dem Fürsten Bismarck gerecht. Den sachlich begründeten Widerspruch gegen Maßregeln, die er für verhängnißvoll hält, kann er nicht aufgeben. Dem obersten Kriegsherrn wird er in ehrerbietiger Dankbarkeit verpflichtet bleiben; eben so sicher aber wird er den Versuch sich versagen, auf seine alten Tage noch die ragende Reckengestalt in die knappe Uniform des neuen Courses zu kleiden.

* * *

Am 15. Januar ist der Handelsvertrag mit Rußland vereinbart, am 6. Februar im „Reichsanzeiger" veröffentlicht worden. Ueber seinen Inhalt führen die „Hamb. Nachr." am 9. Februar (M.=A.) Folgendes aus:

Zum russischen Handelsvertrage. Wenn der russische Vertrag werthvolle Begünstigungen für unsere Industrie und unseren Exporthandel enthält, so wird durch ihn die mühsam erreichte Einigkeit der productiven Stände auf eine schwere Probe gestellt werden. Wird der Vertrag verworfen und der Industrie die Aussicht auf die Vortheile geraubt, welche er ihr zu versprechen scheint, so wird die Mißstimmung der industriellen Seite gegen die landwirthschaftliche um so tiefer gehen, je mehr die Erwartungen, welche sich an den Vertrag vor seiner Verwirklichung knüpfen, hoch geschraubt und vielleicht übertrieben sind; gelangt der Vertrag aber wegen seiner Begünstigung der deutschen Industrie zur Annahme, so wird Verstimmung in analoger Weise auf Seite der Landwirthschaft, stattfinden. Wenn dem Vertragsentwurfe die Absicht zu Grunde läge, das bisherige Zusammenhalten der productiven Stände zweifelhaft zu machen resp. zu stören, so wäre er ein geschickt zu diesem Zweck eingetriebener Keil.

Die neuliche Publication im „Reichsanzeiger" über die russischen Zollherabsetzungen gestattet an sich kein sicheres Urtheil darüber, was die praktischen Wirkungen des Vertrages zu Gunsten der Industrie sein werden. Um dies genauer abschätzen zu können, ist es nothwendig, die Tarifänderungen mit den Realitäten des deutschen Exportes nach Rußland zusammenzustellen. Wir haben im österreichischen Handelsvertrage scheinbare Concessionen erhalten, welche Gegenstände betrafen, die wir überhaupt nicht nach Oesterreich exportiren, oder solche, für die auch ein verminderter Zoll noch prohibitiv wirkt. Wir erinnern uns der Aeußerung eines Industriellen, der in Bezug auf derartige Positionen des österreichisch=ungarischen Tarifs sagte: „Ob eine Mauer von 12 Fuß Dicke auf 10 oder 8 Fuß herabgemindert wird, ändert nichts an der Thatsache daß ich sie nicht überspringen kann, und daß ein Weg verbessert wird, auf dem ich überhaupt niemals gehe, ist für mich kein Vortheil, für den ich Opfer bringen kann!" Wir wollen damit nicht behaupten, daß die russischen Vertragspositionen überwiegend oder zum großen Theile in diese Kategorie gehören; aber um ein Urtheil darüber zu haben, ist es nothwendig, aus den Listen und Zahlen, des deutschen Exports nach Rußland, wie er sich in den letzten Jahren gestaltet hat, festzustellen, welches die Gegenstände sind, die Deutschland überhaupt nach Rußland ausführt, resp. wieder ausführen kann. So lange nur die Zollsätze vorliegen, werden mehr oder weniger sanguinische Conjecturen zu Erwartungen führen, die nachher von der Wirklichkeit nicht erfüllt werden.

Uns ist augenblicklich das Material nicht zur Hand, um genauer feststellen zu können, wieviele von den 226 Positionen des neuen russischen Vertragstarifs für Deutschland wirklich von Werth sind. Inzwischen halten wir den Bruch zwischen den landwirthschaftlichen und industriellen Interessen, die Erneuerung des Kampfes zwischen beiden, wie er die Folge des russischen Vertrages sein muß, für ein größeres Unglück, als die Annahme des Vertrages oder seine Ablehnung es in den Augen der Betheiligten und Betroffenen sein wird.

Die jetzige Situation ist das nothwendige und mit einigem Nachdenken voraussehbar gewesene Ergebniß der ersten Handelsverträge mit Oesterreich-Ungarn u. s. w. Wir machen der Regierung, namentlich wenn sie verfassungswidriger Weise auf die isolirte Person des Reichskanzlers beschränkt wird, keinen schweren Vorwurf daraus, daß sie auf einem ihr unbekannten Gebiete Fehler begangen hat; jede Regierung, und namentlich soweit sie auf einem einzelnen Kanzler beruht, unterliegt dem Irrthume selbst bei voller Sachkunde. Das Verschulden an dem Entstehen der jetzigen Zwangslage fällt unserer Ansicht nach hauptsächlich dem vorigen Reichstage zur Last, der 1891 mit so großer Bereitwilligkeit die Hand dazu bot, daß eine so hochwichtige und folgenschwere Entschließung wie die über Annahme oder Ablehnung der Handelsverträge in der so kurz bemessenen Frist von wenigen Tagen ohne Prüfung, gewissermaßen ohne Oeffentlichkeit brevi manu erledigt wurde, weil die Fractionen theils aus Eifersucht gegen Streberei Anderer sich zu der bescheidenen Rolle eines Ja-Collegiums hergaben und den zwölfjährigen Verzicht auf unsere Tarifautonomie mit byzantinischer Gefügigkeit aussprachen.

Man hat zur Entschuldigung dieser Handlungsweise den Zwang des „handelspotitischen Kometenjahres 1892" angeführt; die „Voss. Ztg." behauptete sogar noch dieser Tage, wenn Fürst Bismarck am Ruder geblieben wäre, hätte er aller Wahrscheinlichkeit nach die neuen Verträge ebenfalls abgeschlossen. Das ist erstens nicht erwiesen und zweitens nicht einmal wahrscheinlich. Jedenfalls würde Fürst Bismarck, wenn er solche Verträge damals für erforderlich gehalten hätte, Werth darauf gelegt, haben, die Vertragsentwürfe der Discussion und der Prüfung in der Oeffentlichkeit zu unterbreiten, namentlich hätte er nicht den Reichstag in eine Zwangslage gesetzt und dadurch alle Verantwortlichkeit auf die Regierung selbst übernommen. Dieser Fehler ist nun einmal begangen worden, und wir müssen mit den Folgen desselben, fertig zu werden suchen, wie wir es können, vor Allem aber den Bruch zwischen den productiven Ständen des Landes zu verhüten suchen.

Dieser Bruch würde sich nicht bloß auf wirthschaftlichem, sondern auch

auf politischem Gebiete nachtheilig fühlbar machen. Die producirenden Stände sind die sichersten Unterlagen der staatlichen Ordnung und der monarchischen Verfassung, denn in der politischen, socialen und clericalen Demokratie sowie in den anti-deutschen Nationalitätsparteien würden dauernde Stützen der Monarchie schwer zu finden sein. Gerade sie aber bilden den Kern der Gegnerschaft gegen die producirenden Stände, gerade bei ihnen liegt die Leitung des Kampfes der „Nichts-als-Consumenten“ gegen die an der Production des Landes betheiligten Stände. Die Landwirthschaft und Industrie sind Gewerbe, die zu ihrem Gedeihen längerer Zeiträume von Ruhe, Ordnung und Stabilität bedürfen. Sie sind deshalb naturgemäß die Träger jeder erhaltenden und mit Vorsicht reformirenden Politik. Sie leiden unter ungeordneten Zuständen, resp. unter der Besorgniß, daß solche eintreten könnten, bei der langjährigen Natur ihres Betriebes und ihrer Unternehmungen erheblich mehr als ihre Gegner; sie sind aber auch aus dem Grunde, daß sie durch ihre Lebensinteressen an Stabilität und Sicherheit mehr als ihre Gegner gebunden sind, die sichersten Stützen der Monarchie und der staatlichen Ordnung. Ihre Zuverlässigkeit als diese Stützen wird aber gefährdet, wenn sie sich unter einander bekämpfen; und deshalb sehen wir die größte Gefahr, von der wir augenblicklich in unserem inneren Leben bedroht sind, in der Möglichkeit eines Bruches zwischen den verschiedenen Richtungen unserer productiven Bevölkerung.

* * *

In der A.-A. der „Hamb. Nachr.“ von demselben Tage finden wir noch folgende Bemerkungen über die Berliner Reise des Fürsten:

Im Publicum ist vielfach bedauert worden, daß Fürst Bismarck bei seinem neulichen Besuche in Berlin die Fahrt vom Bahnhofe zum Schlosse nicht im offenen Wagen zurückgelegt habe. Dabei wird angeführt, daß dem Fürsten die Wahl zwischen einem offenen und einem geschlossenen Wagen zugestanden habe. Letzteres ist ein Irrthum. Der Fürst konnte nur in den Wagen einsteigen, welchen ihm Se. Maj. der Kaiser geschickt hatte und in welchen in Folge dessen auch Prinz Heinrich einstieg. Der Fürst hatte von dem Vorhandensein eines offenen Wagens überhaupt keine Kenntniß. Hätte er die Wahl gehabt, so würde er eine Höflichkeit gegen das Publicum darin gesehen haben, im offenen Wagen zu fahren.

Ferner geben uns die vielen Berichte, die über die Vorgänge vom 26. vorigen Monats erstattet worden sind, von Neuem Anlaß, der dabei wiederholten Legende zu widersprechen, als habe der Fürst bei seinem Abschiede von Berlin im Jahre 1890 zu irgend Jemandem

das Wort gesprochen: Le roi me reverra![1]) Wir fordern Jeden, der diese Unwahrheit behauptet, auf, näher anzugeben, wo, wann und gegen wen diese Aeußerung gefallen sein sollte. Wir wissen mit Bestimmtheit, daß dem Fürsten der Gedanke eines Wiedersehens in dem Sinne, wie diese Erfindung gemeint ist, sehr fern lag, und daß er ihn, wenn er ihn gehabt hätte, nicht geäußert haben würde, und wenn er ihn geäußert hätte, nicht in der Form, in welche die damit verbundene Tendenz gelegt ist, da diese Form für ihn den Gedanken nicht wiedergegeben hätte. Er hat außerdem in der in Betracht kommenden Zeit Unterhaltungen in französischer Sprache mit Niemandem gehabt. Wir wiederholen also die Erklärung, daß jene Behauptung erfunden und erlogen ist.

* * *

An derselben Stelle wird Folgendes ausgeführt:

Bei Gelegenheit des russischen Handelsvertrages drängt sich die Frage auf, ob die internationale Clausel der Meistbegünstigung bisher eine richtige Anwendung in praxi gefunden hat. Meistbegünstigung kann doch nur bedeuten, daß der sie beanspruchende Staat bei Abschluß von Tarifverträgen mit dritten Staaten eben so günstig gestellt wird wie diese. Wenn ihm aber die Vortheile, die einem dritten Staate gegen äquivalente Concessionen vertragsmäßig bewilligt worden sind, gratis und ohne die Gegenconcessionen, durch die der dritte Staat sie erworben hat, zugestanden werden, so wird er offenbar günstiger gestellt. Der Begriff Meistbegünstigung findet mithin nach seiner logischen Tragweite erst dann richtige Anwendung, wenn der Staat, der sie beansprucht, seinerseits gleichzeitig die Concessionen macht, durch welche der dritte Staat die Vortheile, um die es sich handelt, erkauft hat, oder wenn diese Vortheile bereits früher bewilligt gewesen sind, also wenn beispielsweise die Gegenconcessionen, die Oesterreich-Ungarn, um die Verminderung des Kornzolles zu erreichen, in Bezug auf die industriellen Producte Deutschlands gemacht hat, von dem Meistbegünstigung von uns beanspruchenden Staate ebenfalls bewilligt werden oder es bereits sind. Hat Oesterreich-Ungarn die Zollminderung auf deutsche Industrieproducte erkauft, so geht es über den Begriff der Meistbegünstigungsclausel hinaus, wenn andere Staaten denselben Vortheil gratis bekommen.

Wir halten diese Auslegung der Meistbegünstigung für die allein richtige, wenn sie auch im vorliegenden Falle vielleicht deshalb einen praktischen Werth nicht hat, weil ein solcher den österreichischen Gegenconcessionen nicht beiwohnt. Wir können es nicht für gerecht und billig halten,

[1]) Vgl. die früheren Zurückweisungen dieser angeblichen Aeußerung des Fürsten in Band I des vorliegenden Werkes, Seite 317, 326 f., 335 und 339.

daß ein Staat, der neue Handelsverträge abschließt, sich aus denselben die einzelnen Positionen die er braucht, herauspflückt und die lästige Gegenleistung, durch welche sie von anderen Contrahenten erkauft worden sind, ignorirt. Für die Vergangenheit wird die Vertretung dieser Auffassung ein praktisches Ergebniß schwerlich haben, weil wir durch unsere Handelsverträge Concessionen, die wir von den bei uns meistbegünstigten Staaten fordern könnten, kaum erhalten haben; aber für die Zukunft sollten wir doch die große Wichtigkeit und die Tragweite der Meistbegünstigungsclausel schärfer ins Auge fassen und genauer definiren, als es bisher geschehen ist, um nicht Vortheile, welche durch Gegenconcessionen erkauft sind, unter dem Vorwande der Meistbegünstigung gratis zu bewilligen.

* * *

Für Montag, den 19. Februar, war der Gegenbesuch des Kaisers bei dem Fürsten Bismarck in Friedrichsruh in Aussicht genommen worden. Das Wolff'sche Telegraphen-Bureau verbreitete Tags zuvor darüber folgende Depesche:

Friedrichsruh, den 18. Februar. Dem Vernehmen nach trifft Seine Majestät der Kaiser am Montag um 5 Uhr 57 Min. hier ein und reist kurz nach 9 Uhr nach Hamburg weiter, wo die Ankunft Abends 10 Uhr 24 Min. erfolgt. Von dort setzt Seine Majestät vom Venloer Bahnhofe aus um 10 Uhr 30 Min. die Reise fort und kommt am Dienstag früh 7 Uhr 20 Min. in Bremen an; 7 Uhr 24 Min. erfolgt die Abfahrt nach Oldenburg, woselbst die Ankunft um $8^1/_2$ Uhr stattfindet. Nach zweistündigem Aufenthalte in Oldenburg wird die Reise fortgesetzt, und um $11^1/_2$ Uhr Mittags trifft Seine Majestät in Wilhelmshaven ein.

Ueber den Besuch selbst berichten die „Hamb. Nachr." am 20. Februar (M.-A.):

Der Kaiser in Friedrichsruh. Um 5 Uhr verließ der Fürst, recht wohl aussehend, angethan mit dem neuen grauen Mantel, das Haupt bedeckt mit der weißen Cürassiermütze, das Schloß, um in Begleitung des Professor Schweninger nach dem Bahnhof zu spazieren und die getroffenen Anordnungen zu mustern. Als der Fürst der rigorosen Absperrungsmaßregeln, die schon seit einer Stunde in Kraft waren, ansichtig wurde, meinte er, das sei doch wohl ein wenig zu weitgehend, man könnte das Publicum ganz wohl noch gut 50 Schritte näher herantreten lassen. Es genüge, Anordnungen zu treffen, daß der Kaiser mit seinem Gefolge nicht belästigt werde, und das sei auch auf andere Weise zu erzielen. Als die im Garten des Landhauses stehenden Damen und Herren den Fürsten erblickten, erschollen aus deren Mitte begeisterte Hurrahrufe, ebenso als sich der Fürst auf dem Bahnhofe sehen ließ.

Etwa zehn Minuten vor der für das Eintreffen des Kaiserzuges anberaumten Zeit hatte Fürst Bismarck, nunmehr mit der Generalsuniform angethan, das Haupt mit dem blinkenden Stahlhelm bedeckt und den Mantel leicht über die Schultern geworfen, das Schloß verlassen, um in Begleitung des Professor Schweninger und Dr. Chrysander sich vor das Portal zu begeben, wo der Fürst, den seine beiden Hunde Tyras und Rebekka fröhlich umkreisten, zunächst noch einmal Umschau hielt über die zum Empfang des Kaisers getroffenen Vorbereitungen. Den Anordnungen des Fürsten gemäß war die Strenge der Absperrungsmaßregeln mittlerweile erheblich gemildert worden, und das Publicum, das in großen Schaaren herbeigeströmt war, durfte bis dicht an die ums Schloß führende Fahrstraße herantreten. Sowie der Fürst sichtbar wurde, schallten ihm fröhliche kräftige Hurrahrufe entgegen, wofür er freundlich winkend nach allen Seiten dankte.

Die Schloßthore wurden aufgesperrt, ein Läufer vom äußern Portal bis an das Schienengeleise ausgebreitet, die Gendarmen in Galauniform mit Roßhaarbüschen auf den Czakos, den Carabiner im Arm, waren 13 Mann hoch — die ganze Kreisgendarmerie — in Friedrichsruh angetreten, und die Forstbeamten und Mannschaften der Ortsfeuerwehr stellten sich, Spalier nach dem Schloß bildend, auf. Der Kaiserzug rollte heran. Genau zur festgesetzten Zeit, 5 Uhr 57 Min., hielt der von zwei Locomotiven gezogene Sonderzug, der aus einer Reihe von Salonwagen bestand, vor dem Schloßportal, nachdem er langsam an dem geschmückten Bahnhof vorbeigefahren war. Der Fürst entledigte sich jetzt seines Mantels, den der hinter ihm stehende Kammerdiener in Empfang nahm. Der Kaiser umgeben von einem aus sieben Personen bestehenden Gefolge, trug über der Marineuniform einen dunkeln Kragenmantel und war mit der Mütze bedeckt. Er entstieg dem ersten Wagen des Trains in leichten Schritten und reichte dem Fürsten sofort beide Hände entgegen; wiederholt noch folgte ein herzliches Händeschütteln zwischen dem Kaiser und dem Altreichskanzler. Helle Freude strahlte dem Kaiser aus den Augen beim Anblick des in voller Rüstigkeit, in strammer militairischer Haltung ungebeugt von der Last seiner 79 Jahre vor ihm stehenden Recken, und freundliche, fröhliche Dankesworte waren es, mit denen er den Willkommensgruß des Fürsten entgegennahm. Besorgt um die Gesundheit seines Generalobersten befahl der Kaiser zunächst, daß der Diener wieder den Mantel des Fürsten herbeibrachte, den er selbst mit behülflich war, dem Fürsten um die Schultern zu legen. Erst dann erfolgte die Vorstellung der im Gefolge des Kaisers mitgekommenen Officiere, und als auf dem Gang zum Herrenhause dem Fürsten der Mantel von der Schulter rutschen wollte, sprang der Kaiser sofort hülfsbereit hinzu. Mit militairischem Gruß dankte der Fürst seinem Herrn für die gebotene Hülfeleistung.

Im Vorzimmer rechts vom Hauseingang harrte die Fürstin des Kaisers,

der dieselbe sofort nach der ersten Begrüßung in eine lebhafte Unterhaltung verwickelte und ihr sodann den Arm bot, um die Gemahlin seines Gastgebers in den Salon zu führen. Das Gefolge des Kaisers bestand aus den Herren Commandant des Hauptquartiers Generalmajor von Plessen, Chef des Marine-Cabinets Contre-Admiral Freiherr von Senden-Bibran, Hausmarschall Freiherr von Lyncker, Leibarzt Generalarzt Professor Dr. Leuthold, Flügeladjutant Oberst-Lieutenant von Arnim und Flügeladjutant Graf von Moltke. —

Der Kaiser saß am oberen Ende der Tafel und hatte zur Rechten die Fürstin und links den Fürsten Bismarck; neben der Fürstin saß Herr von Plessen, neben dem Fürsten Herr von Senden-Bibran; dann folgten neben dem Contre-Admiral die beiden von Arnim's und Professor Schweninger, auf Freiherrn von Senden die Herren Professor Leuthold, Freiherr von Lyncker und Graf Moltke, am Ende der Tafel, dem Kaiser vis-à-vis saß Dr. Chrysander. Die Unterhaltung bei Tische war sehr lebhaft; der Kaiser trank dem Fürsten mehrfach zu, sprach besonders viel mit der Fürstin und war ersichtlich in bester Stimmung.

Die Speisenfolge des eingenommenen Mahles war folgende: Austern. — Schildkröten-Suppe. — Forellen. — Hirschrücken mit Gemüse. — Wildschweinskopf mit Cumberlandsauce. — Trüffeln. — Fasanenbraten, Compot. — Straßburger Pastete. — Stangenspargel. — Citroneneis. — Dessert.

Der Kaiser hatte, um dem Generaloberst Fürst Bismarck eine besondere Freude zu machen, zwei Mann vom Kaiser Alexander-Regiment mitgebracht, deren einer die alte noch gebräuchliche feldmarschmäßige Ausrüstung, jedoch mit den jetzt eingeführten Schießschnüren trug, während der andere die neue Adjustirung angelegt hatte. Der Kragen des Rockes ist vorn offen und klappt zu beiden Seiten ähnlich wie beim Civilrock herunter, sodaß dem Träger die Bewegung des Kopfes sehr erleichtert ist. Auf den Tornister ist ein grauer Feldmantel und auf diesen ein braunes, wasserdichtes Zelttuch, sowie der Kochkessel aufgeschnallt. Die Sohlen der Stiefel sind mit Aluminiumnägeln beschlagen. Die beiden Soldaten wurden nach Beendigung des Diners in den Speisesaal befohlen und wurden vom Fürsten einer eingehenden Besichtigung unterzogen.

Während des Aufenthalts des Kaisers im fürstlichen Schlosse entwickelte sich in der Umgebung desselben ein reges Leben. Der Bahnhof zeigte an allen Seiten eine prächtige Illumination. Auch einzelne benachbarte Häuser hatten illuminirt. Durch eine besonders glänzende Beleuchtung zeichnete sich, wie immer bei festlichen Anlässen in Friedrichsruh, das Gewese des Herrn Specht aus; auf dem vor dem Specht'schen Wohnhause befindlichen Rasen las man in buntfarbiger Zusammensetzung von Lampions die Worte: „Kaiser Wilhelm. Fürst Bismarck.“

Bereits längere Zeit vor Abfahrt des Kaisers versammelte sich in der Umgebung des Schloßportals wiederum ein zahlreiches Publicum.

Um neun Uhr stellten sich die Mannschaften der Feuerwehr mit lodernden Petroleumfackeln am Parkweg zwischen Hauseingang und Bahngeleise auf. Etwa acht Minuten darauf erschien der Kaiser, dem ein Feldjäger nach dem Zuge hin voraufschritt. In schnellem Gange eilte der Kaiser dem vor dem Schloß haltenden Sonderzuge zu, bei seinem Erscheinen von der draußen harrenden Menge mit lebhaften Hochrufen begrüßt, die Hurrahs erneuerten sich im verstärkten Maaße, als man auch des Fürsten Bismarck ansichtig wurde, der, umgeben von den Officieren des Gefolges, seinen kaiserlichen Gast bis an die Thür des Salonwagens begleitete. Ein kurzer Händedruck ward noch zwischen dem Kaiser und dem Fürsten gewechselt, dann beeilten sich die Officiere die Wagen zu besteigen, und eine Minute später dampfte der Kaiserliche Train in der Richtung nach Hamburg ab.

* * *

„Zum russischen Handelsvertrag" schreiben die „Hamb. Nachr." am 20. Februar (A.-A.):

In dem Schlußprotocoll zum russischen Handelsvertrage ist zu Art. 19 die Bestimmung enthalten:

„Zugleich sollen die Frachtsätze für die im russischen Eisenbahntarif zum Getreide gerechneten Artikel sowie für Flachs und Hanf von den russischen Aufgabestationen bis zu den oben erwähnten Hafenstädten nach denjenigen Bestimmungen gebildet und unter die am Transport betheiligten deutschen und russischen Bahnen vertheilt werden, welche für die nach den Hafenstädten Libau und Riga führenden russischen Eisenbahnen jetzt in Kraft sind oder in Kraft treten werden. Die außer den Frachtsätzen erhobenen Zuschläge (Nebengebühren) sollen in gleicher Weise gebildet und der Betrag derselben nach den russischen Vorschriften unter die betheiligten Linien vertheilt werden, wobei man darüber einverstanden ist, daß nur eine einzige Grenzgebühr, die den russischen und den deutschen zur Grenze führenden Bahnen zu gleichen Theilen zufällt, erhoben werden darf."

Uns scheint, daß die Verpflichtung, welche Deutschland in diesem Absatz übernimmt, nicht mit der wünschenswerthen Präcision gefaßt ist. Sie geht dahin, daß auf den preußischen Staatsbahnen der russische Getreidetransport zu den Frachtsätzen befördert werden solle, welche auf den russischen Bahnen nach Libau und Riga in Kraft sind oder in Kraft treten werden. Damit wird ein Frachtsatz zugesagt, welchen man noch nicht kennt, vielleicht in der Absicht, die preußischen Häfen für den Export russischen Getreides concurrenzfähig zu erhalten. Es ist nicht gesagt,

daß diese Bestimmung nur für den Transitverkehr und den Export gelten soll, sondern sie ist allgemein, und verschärft die Concurrenz des russischen Getreides gegenüber den Vortheilen, welche die preußische Landwirthschaft sich von Aufhebung des Identitätsnachweises verspricht.

Der russische Getreidetarif vom 1. August 1893 beträgt: 2,5 Kopeken bis 180 Werst pro Tonnenkilometer, 0,9 Kopeken von 181 bis 980 Werst, 0,5 Kopeken über 980 Werst. Die Kopeke gilt heute etwa 2,2 Pfennig. Diese Sätze würden also dem russischen Getreidetransport nach Danzig, Memel zu Gute kommen.

Der preußische Tarif hat für die ersten 300 Kilometer 3,5 Pfennig, für 600 3 Pfennig, für 800 2,75 Pfennig, für 1000 2,6 Pfennig, ist also sehr viel höher als der russische, letzterer aber würde dem russischen Getreide zu Gute kommen, und wenn dasselbe nach Riga und Libau gratis gefahren würde, so wäre es fraglich, ob ihm dieselbe Begünstigung nach dem vorliegenden Wortlaute nicht auch zwischen der russischen Grenze und den preußischen Häfen Danzig, Pillau und Memel zu Theil werden müßte.

Als Zweck der vorgeschlagenen Bestimmungen läßt sich annehmen, daß den Häfen Danzig, Königsberg und Memel die Concurrenzfähigkeit mit Libau und Riga im Handel mit russischem Getreide gesichert werden soll. Ob die Bestimmung, welche die preußischen Tarifsätze für russisches Getreide auf den fraglichen Linien von der russischen Beschlußnahme abhängig macht, diesen Zweck ohne Schädigung der preußischen Interessen erreichen wird, ist eine technische Frage; dieselbe kann nur deshalb von größerer Wichtigkeit werden, als ihr vielleicht bei Fassung des Entwurfs beigelegt worden ist, wenn der Reichstag das Bedürfniß einer genaueren Redaction als die vorliegende durch ein Amendement zum Ausdruck bringt. Es würde ein solches immer den Effect haben, daß eine Aenderung des mit Rußland vereinbarten Textes nothwendig wird. Der jetzige leidet an Unbestimmtheit, nicht bloß, weil die maßgebenden Entschließungen der russischen Regierung unbekannt sind und für die Zeit bleiben, sondern auch, weil der Wortlaut nicht klarstellt, ob die Begünstigung der russischen Transporte nur für den Transitverkehr oder generell gelten soll, und weil er nicht feststellt, welches der Anfangspunkt und die Länge der russischen Eisenbahnen ist, welche unter der allgemeinen Bezeichnung: „Nach den Hafenstädten Libau und Riga führend“ zu verstehen sind. Es bleibt sonach ungewiß, ob diese russischen Strecken unter den Tarif von 2,5 Kopeken fallen, der bis 180 Werst gilt, oder unter den von 0,9 bezw. 0,5 für die Bahnen von 181 Werst aufwärts.

* * *

Ueber den kaiserlichen Besuch theilen die „Hamb. Nachr." am 22. Februar (M.=A.) noch folgende beiden Thatsachen mit:

Der Kaiser hatte die Gnade, den Fürsten Bismarck über die wichtige Frage der Gewichtsverminderung des feldmarschmäßig bepackten Infanterie=Soldaten näher zu informiren durch Vorstellung von zwei Grenadieren, von denen der eine die alte Uniform und das alte Gepäck trug, der andere die beabsichtigten Verbesserungen beider. Aus der Prüfung im Detail ergab sich, daß die neue Einrichtung den unschätzbaren Vortheil haben würde, das zu tragende Gewicht bedeutend zu erleichtern. Jeder Soldat und jeder Arzt wird leicht ermessen, welche große Verbesserung in dieser Maßnahme liegen würde. Ein weiteres Ergebniß in dieser Richtung wird durch die Aenderung im Tragen des Tornisters und der äußeren Belastung desselben bezweckt und dasselbe System der Entlastung der Blutbewegung verfolgt die Aenderung des Kragens, der zum Umklappen und Aufschlagen eingerichtet und mit einer Vorrichtung versehen ist, welche unter dem Kinne den Zusammenschluß des aufgeklappten Kragens möglich macht.

Eine besondere Aufmerksamkeit widmet der Kaiser der vergleichenden Statistik der europäischen Marinen; Seine Majestät hat in dieser Beziehung eigenhändig Zeichnungen der wichtigeren Schlachtschiffe der deutschen und der übrigen Flotten entworfen, aus denen zugleich die Ausdehnung, welche der Panzer auf jedem einzelnen Schiffe einnimmt — ob voll, ob theilweise, und ob zur Deckung der Maschinenräume —, übersichtlich dargestellt ist. Von diesen kaiserlichen Handzeichnungen sind heliographische Vervielfältigungen hergestellt, von denen der Kaiser dem Fürsten Bismarck ein Exemplar zur näheren Kenntnißnahme überließ.

* * *

Ueber den auf dem Hainberge bei Göttingen begründeten Bismarckthurm berichten die „Hamb. Nachr." am 27. Februar (M.=A.):

Im Anfange des Jahres 1892 gründete man in Göttingen einen Verein, welcher bezweckte, dem Ehrenbürger der Stadt, Fürst Bismarck ein Denkmal in der Gestalt zu errichten, daß man auf der Spitze des durch den „Hainbund" bekannten Hainberges bei Göttingen einen mächtigen Aussichtsthurm erbaute, und demselben den Namen des „Bismarck-Thurmes" beilegte. Fürst Bismarck hat diese Benennung des Thurmes mittelst Dankschreibens genehmigt, in welchem er der Zeit gedachte, in der er selbst als fröhlicher Student den Hainberg bestiegen hätte. Der Bismarck=Thurmbau=Verein hatte die Bestimmung getroffen, daß wer die auf 500 Mark fixirten Kosten des Aufbaues von einem Meter der Umfassungsmauer zum Baufonds spendet, das

Recht hat, eine Widmungstafel mit Sinnspruch im Innern des Thurmes anzubringen. Solche Ringe waren bislang außer von verschiedenen Verehrern des Fürsten in Göttingen selbst und von dem Corps „Hannovera", dem der Fürst s. Z. angehörte, gestiftet von den Deutschen in Newyork und San Francisco. Weitere Ringe sind in Hannover und Hamburg gesichert. Das Unternehmen des Bismarck=Thurmes hat nunmehr, wie die „Nat.=Ztg." berichtet, eine weitere Bedeutung dadurch gewonnen, daß auch der Kaiser einen Ring gespendet hat. Wegen der Widmungstafel hat Seine Majestät sich Inhalts des folgenden Schreibens des Wirkl. Geheimen Rath von Lucanus an den Bürgermeister Merkel die Bestimmung vorbehalten:

Berlin, 8. Februar 1894.

Ew. Hochwohlgeboren theile ich in Erwiderung des gefälligen Schreibens vom 1. d. M. ergebenst mit, daß Seine Majestät der Kaiser und König Allerhöchst sich an der Errichtung des dortigen „Bismarck=Thurmes" durch Stiftung eines sogenannten Ringes gern zu betheiligen geruht haben und den hierzu erforderlichen Betrag von 500 Mark Ew. Hochwohlgeboren hierneben zugehen lassen. Wegen der Widmungstafel wollen Seine Majestät Allerhöchst sich die Bestimmung noch vorbehalten und einer Meldung Ew. Hochwohlgeboren entgegensehen, sobald der Zeitpunkt zur Anbringung der Tafel gekommen sein wird.

* * *

Die erste Lesung des russischen Handelsvertrages im Reichstage findet am 26. und 27. Februar und 1. März statt. Der Entwurf stößt auf mancherlei Widerstand. Da ist es bezeichnend, daß in der officiösen Presse schon wieder Stimmen laut werden von der Auflösung des Reichstages im Falle der Ablehnung des Vertrages. Darüber äußern sich die „Hamb. Nachr." am 1. März (M.=A.):

> Zur Frage der Auflösung. In der officiösen Presse wird die Auflösung des Reichstages für den Fall des Scheiterns des russischen Handelsvertrages als wahrscheinlich behandelt.
>
> Wenn die Vorlage abgelehnt wird und die verbündeten Regierungen dann zur Auflösung schreiten, so ist das ja ihr zweifelloses Recht, und wir sind vollständig bereit, uns auf die Wirkungen der Ausübung dieses Rechtes vorzubereiten. Diese Wirkungen mögen zunächst erfolgreich sein für die Bestrebungen, welche darauf ausgehen, die vom alten Course bezweckte Solidarität der productiven Stände im großen Umfange der Landwirthschaft und der Industrie zu zerstören. Die verbündeten Regierungen werden selbst ermessen können, ob und inwieweit die Zerstörung dieser Solidarität in ihrem Interesse liegt und welche Vortheile sich davon für die nationale und monarchische Weiterentwickelung der deutschen

Reichsverhältnisse erwarten lassen. Eine Neuwahl wird zu der Klärung der Frage, auf welchen Grundlagen die nationale und monarchische deutsche Einheitspolitik sich am solidesten einrichten läßt, erheblich beitragen und mehr als alle politischen Conjecturen und Zukunftsbetrachtungen einen sicheren status bonorum für die zukünftige Weiterführung der monarchischen Reichspolitik gewähren. Wir haben die analoge Erscheinung in der Zeit der neuen Aera unter Kaiser Wilhelm I., damaligem Prinzregenten, vor Augen und müssen es dem Nachdenken jedes Einzelnen überlassen, die Lehre daraus zu ziehen. Es muß der Weisheit der verbündeten Regierungen anheimgestellt bleiben, ob sie es auf eine Wiederholung der damaligen Erfahrungen ankommen lassen wollen, oder nicht.

Für uns fällt die Annahme oder Ablehnung des Handelsvertrages mit Rußland nicht so schwer ins Gewicht, wie die Frage der zukünftigen Gestaltung unserer neuen deutschen Reichsbildung. Wir möchten unsere Ansicht dahin zusammenfassen, daß es sich in dem einen Falle um die Ueberwindung einer chronischen Krankheit, im anderen um die einer acuten Krankheit der einheitlichen Weiterentwickelung der deutschen monarchischen Einrichtungen handelt. Wir glauben mit allen Aerzten, daß der Kampf gegen eine acute Krankheit bei sachverständiger und energischer Behandlung für den Patienten schließlich bessere Prognosen bietet, als der gegen eine chronische.

Wenn die conservative Partei dieser Ansicht schon vor drei Jahren gefolgt wäre, so glauben wir, daß der Genesungsproceß unserer politischen und wirthschaftlichen Zustände schon weiter gediehen sein würde, als dies jetzt der Fall ist. Zur Zeit der neuen Aera und des Conflictes war die conservative Partei auf elf Stimmen reducirt; sie ließ sich dadurch in der Verfolgung ihrer monarchischen Politik nicht irre machen, sie suchte nicht, sich durch politische Wechselreiterei und Gefälligkeitsaccepte in Geltung zu erhalten, sondern durch festes Beharren auf ihren Principien.

Wenn es jetzt zu einer neuen Auflösung des Reichstages kommen sollte, würden wir in den wahrscheinlichen Ergebnissen derselben die Symptome des beginnenden Heilungsprocesses erblicken.

* * *

Am 2. März (M.-A.) wird die Angelegenheit des bayrischen Freiherrn von Thüngen, die so viel Staub aufgewirbelt hat, nicht sowohl vom juristischen als vom politischen Standpunkte aus einer Erörterung unterzogen. Die „Hamb. Nachr.“ schreiben darüber:

Der Fall Thüngen. Die Berliner Staatsanwaltschaft hat gegen den Freiherrn von Thüngen, den Präsidenten des fränkischen Bauern-

bundes, Anklage erhoben wegen Beleidigung des Grafen Caprivi, begangen in der „Neuen Bayer. Landes-Ztg.“, und hat deßhalb sowohl den bayrischen Verfasser als den bayrischen Redacteur vor das Berliner Gericht geladen. Begründet ist dieses Vorgehen mit dem Hinweise darauf, daß die „Neue Bayer. Landes-Ztg.“ auch in Berlin gelesen werde.

Wir enthalten uns über dieses Vorgehen der Berliner Staatsanwaltschaft des juristischen Urtheils, politisch aber scheint es uns nicht geeignet, das Vertrauen und die Zufriedenheit unserer süddeutschen Landsleute mit unseren neuen Reichseinrichtungen zu fördern. Wenn durch eine künstliche Deduction, wie die der Berliner Staatsanwaltschaft, der bayrische Staatsangehörige seinem angeborenen Gerichtsstande entzogen werden und der Bürgschaft, die ihm derselbe gewährt, verlustig gehen kann, so liegt es in der Hand jedes preußischen Staatsanwaltes, in dessen Bezirk bayrische Blätter gelesen werden, die Garantien der bayrischen Preßgesetzgebung illusorisch zu machen und bayrische Preßvergehen nach preußischem Rechte und Gerichtsbrauch zu behandeln. Wir lassen, wie gesagt, unerörtert, ob diese künstliche Deduction rechtlich haltbar ist, wir erachten es nur für politisch ungeschickt, das Vertrauen unserer bayrischen Landsleute auf das Maaß von Unabhängigkeit, welches sie sich in ihren Verträgen hatten reserviren wollen und in dessen Besitz sie sich wohl fühlen, zu erschüttern.

Die „Münch. Neuest. Nachr.“ sagen in einem Artikel, der das Verfahren des Berliner Staatsanwalts im Uebrigen verurtheilt, man habe es bei diesem neuen sonderbaren Schritte zweifellos mit der Auffassung eines „einzelnen Staatsanwaltes“ zu thun, die direct dem klaren Wortlaute des Gesetzes widerspreche oder wenigstens eine so verkünstelte Interpretation desselben liefere, daß ihr schwerlich irgend ein Richtercollegium in Deutschland zustimmen werde. Demgegenüber drängt sich die Frage auf, wie weit die Unabhängigkeit eines „einzelnen Staatsanwaltes“ überhaupt geht. Die Staatsanwaltschaft ist im Gesetz als eine derjenigen „politischen Behörden“ behandelt worden, deren Mitglieder ohne Angabe von Gründen jederzeit beseitigt und anderweitig ersetzt werden können. Es ist dies ein Ausfluß der Thatsache, daß im verfassungsmäßigen Staate der Justizminister die Verantwortlichkeit für das Verhalten der Staatsanwälte trägt; er kann jeden einzelnen Staatsanwalt anweisen auffordernd sowohl wie verbietend. Für ängstliche Justizminister, die sich scheuen, eine eigene Meinung öffentlich kund zu geben, ist es allerdings bequemer, die Theorie aufzustellen, als ob jeder Staatsanwalt mit richterlicher Selbstständigkeit ausgestattet sei und der Justizminister rechtlich oder doch gewohnheitsmäßig nicht in jedem Staatsanwalt sein eigenes Organ anzuerkennen habe, was er nach Belieben wechseln könne.

Selbstverständlich ist der Justizminister nicht in der Lage, die Thätigkeit jedes einzelnen Saatsanwaltes dergestalt zu controliren, daß er alle Mißgriffe verhindert: es würde dazu ein ungewöhnlich arbeitsamer und diensteifriger Justizminister gehören, und selbst für einen solchen wäre es schwierig. Wenn aber Handlungen eines Staatsanwaltes, die eine stark politische Beimischung haben und zu einer solchen Notorietät gelangen, wie der vorliegende Fall des Freiherrn von Thüngen, dann kann unserer Ansicht nach auch der schüchternste Justizminister sich nicht enthalten, den betreffenden Staatsanwalt darüber zu verständigen, ob er mit seinem Verfahren einverstanden ist oder nicht. Sobald das Verhalten einer Staatsanwaltschaft eine politische Färbung annimmt und noch dazu wie hier eine solche, die nicht ohne Anklang an die divergirenden Interessen der einzelnen Bundesstaaten ist, so gebietet unserer Ansicht nach die ministerielle Pflicht dem Justizminister, offen mit seiner Ueberzeugung darüber vorzutreten, ob die Thätigkeit der Berliner Staatsanwaltschaft auf dem bayerischen Gerichtsgebiete mit seinem Einverständnisse erfolgt, und ob er die Verantwortlichkeit dafür übernimmt.

* * *

Nachdem Fürst Bismarck zum Chef des in Halberstadt garnisonirenden Cürassier-Regiments ernannt worden war, trug ihm die Stadt auch das Ehrenbürgerrecht an. Der Fürst antwortete darauf:

Euer Hochwohlgeboren Antrag, Bürger Ihres altberühmten Gemeinwesens zu werden, hat mich hoch geehrt. Ich bitte Euer Hochwohlgeboren und die Herren Mitglieder der städtischen Collegien, für die mir durch Ihren Beschluß gewährte Auszeichnung meinen verbindlichsten Dank entgegen zu nehmen; sie ist mir um so werthvoller, als ich mit der Stadt durch provinzielle Landsmannschaft, durch meine militairische Stellung zu dem heimischen Regiment und durch persönliche Erinnerungen in alter Beziehung stehe. Den Wunsch und die Hoffnung, mit meinen neuen Herren Mitbürgern persönlich bekannt zu werden, hoffe ich zu verwirklichen, sobald mein körperliches Befinden es mir erlauben wird. Bis dahin bitte ich Euer Hochwohlgeboren, den Ausdruck meines herzlichen Dankes auf diesem Wege entgegegen zu nehmen.

v. Bismarck.

* * *

Gegen die „Voss. Ztg." führen die „Hamb. Nachr." vom 3. März (M.-A.) Folgendes aus:

Fürst Bismarck. Die „Voss. Ztg.", welche in Wohlwollen und Bitterkeit für den Fürsten Bismarck wechselt, hat kürzlich einen Artikel gebracht, worin sie sagt, „wenn der Fürst auch mit einem heftigen Gefühle des Unmuthes sich die Versetzung in den Ruhestand habe auf-

drängen lassen, weil sie ihn der süßen Gewohnheit des Befehlens entrissen habe, so würde ihm doch ein abermaliger Wechsel noch mehr zuwider sein." So richtig der letzte Theil des Satzes ist und gerade weil er richtig ist, möchten wir uns doch gegen die Voraussetzung eines heftigen Gefühles des Unmuthes verwahren, mit dem der Fürst sich die Versetzung in den Ruhestand hätte aufdrängen lassen. Die Gewohnheit des Befehlens dürfte kaum für einen preußischen Minister, der seine Aufgabe ernst und gewissenhaft auffaßt, eine „süße" jemals gewesen sein. Wer an Rang, Orden und Dienstwohnung hängt, für den mag es zutreffen; wir glauben aber nicht, daß dies bei dem Fürsten Bismarck jemals der Fall gewesen ist. Wir erinnern uns einer früheren Aeußerung von ihm, die dahin ging, sein Wunsch sei weniger der, Anderen zu befehlen, als der, Niemandem zu gehorchen, ein, wenn man will, in einer Monarchie wie die preußische, jedenfalls unerfüllbarer Wunsch. Vollständig Recht hat die „Voss. Ztg." auch mit dem Satze, es sei eine Träumerei, daß Fürst Bismarck wieder Einfluß auf die Verwaltung der Staatsgeschäfte gewinnen könnte. Wir möchten statt dessen lieber sagen „nehmen könnte", denn in dem Worte „gewinnen" liegt eine Andeutung von Streberei, die damit nicht übereinstimmt, daß die „Voss. Ztg." es ebenfalls als Träumerei bezeichnet, wenn angenommen werde, der Fürst sehne sich darnach, einen solchen Einfluß zu erlangen. Wir möchten unsererseits letztere psychologisch richtige Aeußerung doppelt unterstreichen.

Es ist außerdem in dem sonst wohlwollend geschriebenen Artikel der „Voss. Ztg." nicht richtig, daß der Gesundheitszustand des Fürsten ihn veranlaßt habe, einen großen Theil des Jahres auf seinem entlegenen (!) Gute zuzubringen. Das entlegene Gut ist in drei Stunden von Berlin aus mit vielen täglichen Zügen zu erreichen, und der Fürst war in Friedrichsruh nicht gesünder als er es in Berlin hätte werden können. Nicht der Gesundheitszustand veranlaßte ihn, einen Theil seiner Zeit auf dem Lande zu verleben, oder doch höchstens in soweit, als er sich dadurch einem übertriebenen Besuchsandrange entziehen konnte; in der Hauptsache war es das Bedürfniß, eine Zeit lang die Wirkung seiner Abwesenheit auf die Verwaltung seiner Güter zu controliren. Die derzeitigen Mitarbeiter des früheren Kanzlers haben die Erinnerung, daß die laufenden Geschäfte sich zwischen Friedrichsruh und Berlin schneller erledigten als innerhalb Berlin zwischen den betheiligten Ministerialabtheilungen. Es kann daher auch nicht die Abwesenheit des Fürsten Bismarck von Berlin, deren Dauer auf Tag und Stunde vom Kaiser abhing, das schließliche Ausscheiden des Fürsten aus dem Dienste veranlaßt haben.

* * *

Ueber die Handelsvertragsverhandlungen mit Rußland wird am 3. März (A.-A.) gesagt:

Die „Kreuz-Ztg." bemerkt in einem Artikel über den Werth, den die russischen Zollherabsetzungen für den deutschen Export haben, Rußlands größte Zollherabsetzung betreffe Kragen, Manchetten und Vorhemden aus Papier. Aus Interessentenkreisen wird uns mitgetheilt, daß diese Artikel auch bei den Verhandlungen mit Oesterreich-Ungarn und Italien eine Rolle gespielt haben. Unseren Berichten zufolge haben sich damals die österreichischen Unterhändler sehr nachgiebig gezeigt in Bezug auf Schwarzwälder Uhren und Papierkragen. Diese Nachgiebigkeit erklären sich die Betheiligten aus der Thatsache, daß im Verbrauche dieser beiden Artikel seit Jahren ein Wechsel eingetreten war, über den die österreichischen Bevollmächtigten vollständig informirt gewesen seien, die deutschen aber nicht.

Wir können uns das kaum denken; es wird uns aber von Geschäfsleuten in diesen Branchen gesagt, daß die österreichischen Concessionen sich auf solche Kragen, Manchetten und Vorhemden bezogen, die ausschließlich aus Papier gemacht, und in Betreff der Schwarzwälder Uhren nur auf solche, welche lediglich aus Holz hergestellt sind, während schon seit langer Zeit nur solche Papierkragen verkäuflich waren, die eine leichte Deckung von Gewebe haben und nur solche Schwarzwalduhren, welche zum erheblichen Theile aus Metall fabricirt sind, auf die also die österreichische Tarifermäßigung keine Anwendung finden konnte. Wir zweifeln nicht, daß die österreichischen Unterhändler über das praktische Leben, über das sie zu verhandeln hatten, sehr gut unterrichtet waren, und es würde uns leid thun, wenn die deutschen es, wie von dem exportbedürftigen Producenten behauptet wird, im geringeren Maaße gewesen wären. In allen gegenwärtigen parlamentarischen Streitfragen handelt es sich stets um die Alternative men or measures. Letztere können unter Umständen sehr praktisch scheinen und es auch sein, wenn sie aber von unpraktischen Männern ausgeführt werden, so verlieren sie diese Eigenschaft.

* * *

Die „Hamb. Nachr." bringen in der A.-A. des 5. März folgende Erklärung:

In der zu Königsberg erscheinenden „Ostpreußischen Zeitung" wird gemeldet, daß Graf Dönhoff-Friedrichstein am 2. d. M. in einer dortigen Wählerversammlung Nachstehendes geäußert hat:

Fürst Bismarck habe jüngst zu einem seiner nächsten Bekannten geäußert: Ja, ich muß doch fürchten, daß aus der Ablehnung des Handelsvertrages ein Krieg folgen wird.

Wir sind vom Fürsten Bismarck ermächtigt, diese Mittheilung für eine Unwahrheit zu erklären, über deren Urheber der Fürst durch directe Schritte beim Grafen Dönhoff Auskunft erbeten hat.

* * *

Dasselbe Blatt meldet am 6. März (M.-A.):

In der „Neuen Freien Presse" vom 1. März wird aus Berliner parlamentarischen Kreisen berichtet, der W. G. L.-Rath von Holstein habe dieser Tage zwei hochadlige Cartellträger zu dem Grafen H. Bismarck geschickt, mit der Aufforderung, zu erklären, ob er der Urheber der Angriffe des „Kladderadatsch" sei, bezw. eine Forderung annehme. Graf H. Bismarck habe darauf erklärt, er habe mit dieser Sache nichts zu schaffen.

Wir sind ermächtigt zu constatiren, daß diese Darstellung unrichtig ist. Der Sachverhalt ist vielmehr der, daß vor mehreren Wochen in Folge von Preßangriffen gegen Herrn von Holstein Freunde desselben auf seine Veranlassung mit dem Grafen H. Bismarck in Besprechungen eingetreten sind. Diese Besprechungen haben, da Graf H. Bismarck aus eigener Initiative versicherte, daß er in keinerlei Beziehung zu jenen Preßangriffen stehe, zu einer zufriedenstellenden Erledigung der Angelegenheit geführt.

* * *

Zu der in der soeben mitgetheilten Erklärung erwähnten Berufung des Grafen Dönhoff-Friedrichstein schreiben die „Hamb. Nachr." weiter am 9. März (M.-A.):

Die „Königsberger Allg. Ztg." vom 6. d. M. enthält die Erklärung des Grafen Dönhoff, Herr Geh. Commerzienrath Krupp habe ihm und anderen Herren erzählt, Professor Schweninger habe gesagt, Fürst Bismarck habe kürzlich geäußert: „Ja, ich fürchte doch, daß nach Ablehnung des Handelsvertrages wir schließlich in einen Krieg hineintreiben werden."

Das Material, welches Graf Dönhoff benutzt hat, um bei seinen Wählern die Autorität des Fürsten Bismarck für die Kriegsgefahr geltend zu machen, entstammt also vertraulichen Unterhaltungen, welche Fürst Bismarck im Laufe des Winters mit seinem Hausarzte bei dessen wiederholtem Aufenthalte in Friedrichsruh gehabt haben soll. Dieses Material dürfte auf den Umwegen, mit denen es in etwa sechs Wochen von Friedrichsruh nach Königsberg gelangt sein mag, an Wortlaut, Inhalt und Tragweite im Vergleiche mit dem ursprünglichen Hausgespräche von Friedrichsruh Wandlungen und Mißverständnisse erfahren haben; denn es ist nicht einzusehen, was den Fürsten Bismarck bestimmt haben könnte,

gegen seinen langjährigen und befreundeten Hausarzt in vertraulicher Unterhaltung das Gegentheil der eigenen Ueberzeugung auszusprechen. Durch dritte und vierte Hand mitgetheilt, verlieren zwischen zwei Hausgenossen auf dem Lande geführte Privatgespräche ihren Charakter und werden zu politischer Verwendung brauchbarer.

Fürst Bismarck hat niemals die Ansicht gehabt, daß ein Krieg Rußlands uns in Folge etwaiger Ablehnung des Handelsvertrages bedrohe. Der Fürst hat stets und gegen Jedermann die entgegengesetzte Ueberzeugung vertreten. Wir glauben, daß er auch, wenn er die Möglichkeit angenommen hätte, daß Rußland durch Kriegsdrohung auf unsere Gesetzgebung einwirken könne, diese Besorgniß selbst seinem vertrauten Freunde, Herrn Professor Schweninger, gegenüber nicht ausgesprochen haben würde. Nachdem seine Autorität in Königsberg für eine Ansicht aufgeführt worden ist, welche niemals die seinige gewesen ist, constatiren wir letzteres im Interesse der öffentlichen Meinung über die politische Urtheilsfähigkeit des früheren Kanzlers.

* * *

Am 14. März wird aus der Pfalz gemeldet:

Die Glückwunschadresse, welche die Frauen und Jungfrauen aus Hessen, Baden und der Pfalz dem Fürsten Bismarck zum Geburtstag am 1. April überreichen, hat allerorts, in Stadt und Land, in Palästen und in Hütten, zahlreiche Unterschriften gefunden. Die Ausstattung der Adresse zeugt von vornehmem Geschmack. Die Einzeichnungslisten werden morgen geschlossen. Am Montag tritt nach der „B. B.-Z.“ das Damencomité in Mannheim zusammen, um die Abordnung zu wählen, welche dem Fürsten das Angebinde zu überbringen hat. Der Alt-Kanzler hat sich zum Empfang der Vertreterinnen der huldigenden Frauen bereit erklärt.

* * *

Am 14. März (A.-A.) lesen wir in den „Hamb. Nachr.“:

In der „Königsb. Allg. Ztg.“ lesen wir einen übelwollenden polemischen Artikel in Anknüpfung an die bekannte Aeußerung des Grafen Dönhoff. Nachdem bereits aus den im Namen der betheiligten Herren erschienenen Veröffentlichungen hervorgeht, daß die „Königsb. Allg. Ztg.“ in der That, wie unsere erste Angabe war, eine „Unwahrheit“ gedruckt hat, halten wir uns des näheren Eingehens auf diese neue Anzapfung überhoben.

* * *

Die nachstehenden drei Mittheilungen entnehmen wir den „Hamb. Nachr.“ vom 15. März (A.-A.). Die erste betrifft ein unbegründetes Gerücht aus der Berliner Gesellschaft:

[illegible]

[illegible]

[illegible]

[illegible] berg, wo seit einigen Wochen ein [illegible] nach der „N. W. Z." die [illegible] des Fürsten verbunden werden. [illegible] das Denkmal am 1. April mit [illegible] Auf der höchsten Erhebung des badischen [illegible] auch beide Jahre, wie seit mehreren [illegible] begangen werden. [illegible]

es möchte doch auch, wie auf dem Feldberg, für den unteren Schwarzwald eine Bismarck-Feier ins Leben gerufen werden, soll auch in dem Luftkurort Sand ein derartiges Fest veranstaltet werden. Am Vorabend des Geburtstages soll auf dem Mehliskopf ein großes Freudenfeuer angezündet werden.

* * *

Am 21. März (M.-A.) schreiben die „Hamb. Nachr.“:

Aus der Vergangenheit. In einem „Diplomaticus“ gezeichneten Artikel des „Deutschen Wochenblattes“ wird u. A. gesagt:

„Nach dem letzten russisch-türkischen Kriege zerriß Fürst Bismarck dem Grafen Ignatjeff den Präliminar-Vertrag von San Stefano aus Entgegenkommen gegen Disraeli und aus persönlicher Gegenstellung gegen den Fürsten Gortschakow. Die Wahrung der Interessen Oesterreichs an der unteren Donau stand zweifellos erst in zweiter Linie. Freilich kann Fürst Bismarck allein nur entscheiden, ob diese Meinung richtig ist; jedenfalls glaube ich, daß der Fürst sich heute, bei der ganz veränderten Lage am Balkan, hüten würde, dem russischen Andrängen auf das Aegäische Meer in derselben Weise wieder in den Weg zu treten.“

Der erste Satz des „Deutschen Wochenblattes“ enthält an sich eine unrichtige historische Auffassung. Nicht Fürst Bismarck zerriß dem Grafen Ignatjeff den Präliminarvertrag von San Stefano, und nicht er zeigte Entgegenkommen gegen Disraeli, sondern beides that Rußland. Die Betheiligung Englands an einem Congresse zur Revision des Vertrages von San Stefano wurde nicht durch den Fürsten Bismarck herbeigeführt und er hat keinen diplomatischen Schritt zu diesem Behufe in London gethan; lediglich durch russische Einwirkung wurde England bestimmt, sich am Berliner Congresse zu betheiligen. Nur die Aufgabe, die Theilnahme Oesterreichs an den Verhandlungen des Congresses sicher zu stellen, hat Fürst Bismarck übernommen und in Wien durchführen können. Dabei war von persönlicher Gegenstellung gegen den Fürsten Gortschakow nicht die Rede, denn es lag ursprünglich nicht in der Absicht, daß Fürst Gortschakow auf dem Congresse erscheinen sollte, und der deutschfeindliche Einfluß dieses russischen Staatsmannes ist auch nicht auf dem Congreß zum Ausdruck gekommen, sondern hat erst nach Schluß des Congresses in St. Petersburg mit Hülfe der politischen Freunde des Fürsten Gortschakow sich geltend machen können. Man kann zugeben, daß der Einfluß, den Fürst Gortschakow seinem damaligen geistigen und körperlichen Gesundheitszustande nach auf die russische Politik üben konnte, zu jener Zeit in Berlin unterschätzt worden ist. Der Kaiser Alexander ist schwer zu bewegen gewesen, dem Fürsten Gortschakow die persönliche Betheiligung an dem Congreß zu gestatten und gab ihm auch nicht die

kaiserliche Vollmacht zu den Congreßverhandlungen. Der Träger der russischen Vollmacht an dem Congresse war Graf Schuwalow und nicht Fürst Gortschakow. Nur die Weichheit, die in den russischen Gewohnheiten liegt, und namentlich dem Charakter Kaiser Alexander's hervorragend verdienten Staatsmännern, wie Fürst Gortschakow, gegenüber innewohnte, verbunden mit den Bemühungen der Freunde des Fürsten Gortschakow zwecks Erlangung der kaiserlichen Erlaubniß für den Letzteren zur Theilnahme an den Verhandlungen des Berliner Congresses, haben letztere schließlich ermöglicht.

Fürst Bismarck hat auf dem Congresse keinerlei Initiative genommen zu dem Zwecke, irgendwelche Nachgiebigkeit Rußlands herbeizuführen, und wir haben nicht nöthig, zu entscheiden, ob er damals geneigt gewesen sein würde, dem russischen „Andrängen auf das Aegäische Meer in den Weg zu treten". Dies Andrängen lag eben nicht vor. Rußland war zu solcher Politik nach dem türkischen Kriege militairisch nicht stark genug, und nachdem der vielleicht vorhanden gewesene Moment, Konstantinopel zu besetzen, versäumt war, hielt Rußland die Situation nicht für derart, daß es sich empfohlen hätte, seine im Balkankriege gewonnenen Erfolge in einem europäischen Kriege mit England, vielleicht auch mit Oesterreich, aufs Spiel zu setzen. So weit Rußland selbst seine Ansprüche aufrecht hielt und geltend machte, haben sie sich auf dem Congresse auch der deutschen Unterstützung erfreut und sind nicht weiter zurückgedrängt worden, als bis zu den Beschneidungen des Friedens von San Stefano, zu denen Rußland in den Verhandlungen über Englands Theilnahme am Congresse den Engländern bereit erschienen war.

Die Wahrung der Interessen Oesterreichs an der unteren Donau stand auf dem Congreß allerdings zweifellos erst in zweiter Linie für Deutschland, und die deutsche Politik war weder durch ein Entgegenkommen gegen Disraeli noch durch eine persönliche Gegenstellung gegen den Fürsten Gortschakow motivirt. Die deutsche Politik hatte damals in erster Linie den Wunsch, Rußlands Interessen insoweit mit zu vertreten, als dieselben von Rußland selbst aufrecht erhalten wurden. Sie ist genau in dieser Linie geblieben und alles, was Rußland im eigenen Namen ernsthaft gefordert hat, ist vom Congresse bewilligt worden. Ueber die Forderungen, welche Rußland im eigenen Interesse geltend machte hinauszugehen, konnte nicht Aufgabe der deutschen Politik sein. Letztere hatte nur den Zweck, ihre freundschaftlichen Beziehungen zu Rußland dadurch zu pflegen, daß sie alle russischen Forderungen vertrat, welche von Rußland selbst aufrecht erhalten wurden.

Der Artikel des „Deutschen Wochenblattes" spricht die Ueberzeugung aus, daß Fürst Bismarck sich heute bei der ganz veränderten Lage am

Balkan hüten würde, dem russischen Andrängen auf das Aegäische Meer in derselben Weise wieder entgegenzutreten. Wir erwidern darauf, daß, wenn er, wie schon oben festgestellt wurde, zur Zeit des Congresses niemals auf den Gedanken gekommen ist, diesem Andrängen auf das Aegäische Meer entgegenzutreten, er heute schwerlich geneigt sein würde, die gestellte Doctorfrage befriedigend zu beantworten, da er gewiß ist, nicht in die Lage zu kommen, dieselbe praktisch entscheiden zu müssen.

* * *

Ueber die Stellung der socialdemokratischen Partei des Reichstages zu den Regierungsmaßnahmen des Reichskanzlers Grafen Caprivi sagen die „Hamb. Nachr." am 21. März (A.-A.):

Die „Voss. Ztg." sucht die Thatsache der socialdemokratischen Zustimmung zu den meisten Maßregeln des Grafen Caprivi, zuletzt zum russischen Vertrage, mit dem Hinweise darauf zu entkräften, daß die Socialdemokraten dennoch den jetzigen Reichskanzler nicht „liebten" und sich für die Fortdauer seiner Regierung nicht „begeisterten". Daß Herr Bebel und Herr Liebknecht den Grafen Caprivi lieben, glauben wir auch nicht, und ob sie sich für die Fortdauer seiner Regierung gerade begeistern, darauf kommt es nicht an; sie sind überhaupt der Begeisterung nicht sehr zugänglich. Aber daß ihnen die Fortdauer des Caprivi'schen Regiments nützlich erscheint, glauben wir mit jedem ruhigen Beobachter der Situation annehmen zu dürfen. Sie meinen für ihre Bestrebungen bessere Aussichten auf Erfolg zu haben, wenn der jetzige Cours der Regierung beibehalten wird, weil sie in der Wirksamkeit desselben eine Vorbereitung und Ebnung der Wege zu eigenem Ziele erblicken. Wenn sie die Monarchie und die jetzigen Reichseinrichtungen bekämpfen, wenn sie offen erklären, daß die sociale Republik ihr Ziel bildet, so verlieren sie an Wahrscheinlichkeit, dies Ziel zu erreichen, wenn ihnen eine kräftige und consequente Regierung, gestützt auf die erhaltenden Parteien, gegenüber steht; dagegen gewinnen sie an Aussicht auf Erfolg, wenn die Regierung weniger energisch ist, wenn sie eine solche ist, die auf den Beistand der Socialdemokratie und der nationalen Gegner des Reiches, der Polen und Franzosenfreunde, angewiesen ist. Unter diesem Gesichtspunkte erscheint die Unterstützung der Caprivi'schen Politik durch die Socialdemokratie verständlich und frei von inneren Widersprüchen.

* * *

Auf eine früher öfter behandelte (vgl. besonders Band III), aber durch die Verhältnisse immer wieder nahe gelegte Frage gehen die „Hamb. Nachr." am 22. März (M.-A.) einmal wieder ein:

Die Trennung der obersten Aemter. Wie wenig die gegenwärtige Trennung des Reichskanzlerpostens von dem des preußischen Ministerpräsidenten in der Reichsverfassung einen Anhalt findet und bei Erlaß derselben als Zukunftsbild vorgeschwebt hat, tritt zu Tage, wenn man sich klar macht, daß an der Spitze der preußischen Regierung und derjenigen Institutionen, die man neuerdings als „Reichsregierung" zu bezeichnen liebt, dieselbe Allerhöchste Persönlichkeit steht. Was in Preußen geschieht, geschieht auf Befehl des Königs, und was im Bereiche des Reichskanzlers geschieht, ist der Ausdruck des Willens derselben hohen Persönlichkeit mit dem Namen Kaiser. Wenn also officiöse Zeitungen sich darin gefallen, die Uebereinstimmung der preußischen Staatsregierung mit der „Reichsregierung" als besondere Empfehlung für Maßregeln der letzteren hervorzuheben; wenn man, wie dies neulich im officiösen „Hamb. Corr." geschah, glaubt ausdrücklich constatiren zu müssen, daß das Auftreten des preußischen Handelsministers „auch" von der „Reichsregierung" im vollen Umfange gebilligt werde; wenn man, wie dies ebenfalls im officiösen „Hamb. Corr." geschah, das preußische Staatsministerium für incompetent hält, sich um die Versorgung der Hinterbliebenen der auf der „Brandenburg" Verunglückten zu bekümmern, weil diese Fürsorge nicht zur Competenz der preußischen Staatsbehörden stehe, sondern wie alle Marineangelegenheiten Reichssache sei — ja, dann fingirt man schon eine Scheidung zwischen der obersten Reichsbehörde und dem preußischen Staatsministerium, welche der Autorität beider zum Schaden gereicht; man verfällt in die Fiction, daß es sich hier um zwei unabhängig nebeneinander stehende höchste Behörden handele. Diese Fiction können wir nicht oft genug für verfassungswidrig und für objectiv reichsfeindlich erklären; sie ist geeignet, die Festigkeit der Reichsinstitutionen zu lockern. Wir können eine Zeit erleben, wo die Nothwendigkeit ihres ungeschwächten Fortbestandes noch dringender einleuchtet als heute.

Als höchsten Chef beider obersten Behörden erkennt die reichszerspaltende Richtung zweifellos den König von Preußen an, der in seiner präsidialen Reichsstellung den Kaisertitel führt; aber diese Anerkennung darf doch nicht im Sinne einer Personal-Union erfolgen, etwa wie sie zwischen Schweden und Norwegen besteht, wo der Monarch von einem gesonderten schwedischen und von einem gesonderten norwegischen Ministerium berathen wird und wo also eine Zweiseelentheorie in der Person des Monarchen gewissermaßen eine verfassungsmäßige Institution bildet. Das schwedische und das norwegische Staatsleben berühren sich weder vielfach noch nothwendig, und die Gesetzgebung beider Länder berührt sich gar nicht; schwedische Gesetze haben in Norwegen und norwegische

in Schweden keine Geltung. In Deutschland aber durchsetzen sich die preußischen und die Reichsverhältnisse in allen Einzelheiten, in jedem Theile der Verwaltung wie der Gesetzgebung; sie können daher, wenn keine Frictionen zwischen ihnen entstehen sollen, absolut nur einheitlich geleitet werden.

Verfassungsmäßig ist der Reichskanzler oberster Chef der Reichsverwaltung und aller Aemter derselben; in der Gesetzgebung aber hat er gar nichts zu sagen, soweit er nicht als Bevollmächtigter der preußischen Staatsregierung spricht. Wenn er diese Vollmacht nicht besitzt, sondern nur den Reichskanzlerposten hat, dann steht ihm nichts als der formale Vorsitz und die Geschäftsleitung im Bundesrathe zu; in Fragen der Gesetzgebung hat er zu schweigen. Der Mund auf diesem Gebiete wird ihm erst geöffnet, wenn er als Bevollmächtigter des preußischen Staatsministeriums spricht. In dieser Eigenschaft aber ist er nicht berechtigt, eine andere Meinung als die des preußischen Staatsministeriums auszusprechen, und er muß entweder der Zustimmung seiner preußischen Collegen, wie das in den einfacheren Dingen regelmäßig der Fall sein wird, ohne Rückfrage gewiß sein, oder er muß mit einem Conclusum der Majorität des preußischen Staatsministeriums im Bundesrathe sitzen, respective dort mit den übrigen deutschen Regierungen in seiner Eigenschaft als preußischer Minister des Auswärtigen, d. h. für deutsche Angelegenheiten verhandeln. Wie kann man da von einer Reichsregierung überhaupt reden?

Als Träger derselben wird da, wo sich nicht wegen Fehlens des Gedankens ein Wort zur rechten Zeit einstellt, doch nur der Reichskanzler gedacht werden können ohne Hinzurechnung seiner ihm untergebenen Reichsverwaltungsämter. Die ganze legislative Bedeutung des Reichskanzlers steht und fällt aber mit seiner Eigenschaft als Mitglied des preußischen Staatsministeriums. Sobald er sich von diesem geschäftlich trennt, dessen Instructionen weder kennt noch einholt, sondern dem Bundesrathe und den deutschen Regierungen selbstständig als Reichskanzler gegenübertritt, ohne das preußische Staatsministerium hinter sich zu haben, verläßt er den Boden seiner verfassungsmäßigen Competenz und würde, wenn ein Minister-Verantwortlichkeits-Gesetz auch nur in Preußen bestände, nach Maßgabe desselben gerichtlich zur Verantwortung gezogen werden können.

Die Beispiele, daß die „Reichsregierung" „einhertritt auf der eigenen Spur" als freie Tochter nicht der Natur, sondern der eigenen staatsrechtlichen Auffassung, sind, wie wir gern einräumen, in den letzten Monaten schon seltener geworden; wir haben den Eindruck, daß man im Schooße der „Reichsregierung" doch die Verfassung genauer geprüft

hat als früher, vielleicht auch Gelehrte über ihre Tragweite gehört hat; dafür wird in officiösen Blättern um so öfter und mit gewissem Eifer festgestellt, daß über wichtige Materien der Reichsgesetzgebung das preußische Staatsministerium gehört worden sei; ebenso ist Werth darauf gelegt worden, daß einzelne Mitglieder des preußischen Staatsministeriums im Reichstage ihr Einverständniß mit ihrem Collegen, dem Reichskanzler, ausdrücklich aussprachen. Aber für Jeden, der an der Wiege der deutschen Verfassung gestanden hat, hat es doch immer noch etwas Auffälliges und Beunruhigendes, wenn diese selbstverständliche volle und absolute Uebereinstimmung zwischen der Majorität des preußischen Staatsministeriums und dem preußischen Minister für die auswärtigen, d. h. die deutschen Angelegenheiten, der nebenbei Reichskanzler ist, ausdrücklich hervorgehoben und constatirt werden muß, anstatt a priori unbedingt und jeder Zeit als vorhanden aufgefaßt zu werden, wie es der Reichsverfassung und unseren staatsrechtlichen Einrichtungen entspricht.

* * *

Aus Erfurt berichtet die „Magdeb. Ztg.“:

Der Chef der hiesigen Gartenfirma J. C. Schmidt (Blumenschmidt), Herr Ernst Müller, hatte die Absicht ausgesprochen, dem Fürsten Bismarck eine Reihe von Stämmen des neuen Bismarckapfels, der in den Obstgärten des Fürsten noch fehlt, zu schenken. Es war ihm die Antwort zu Theil geworden, daß der Fürst es gern sehen würde, wenn der Spender selbst erscheinen und die Pflanzung vornehmen würde. Letzteres geschah am Dienstag, den 27. März.

Ueber die Begegnung mit dem Fürsten wird von Herrn Müller mitgetheilt, daß der Fürst selbst in den Obstgarten kam und dann seinen Gast zur Begleitung durch einen Theil des Parkes aufforderte, wobei sich ein lebhaftes Gespräch über landwirthschaftliche und gärtnerische Angelegenheiten entwickelte. Sodann lud der Fürst Herrn Müller zum Frühstück um 12 Uhr ein, das, da daran außer dem Erfurter Gast nur der Fürst und seine Gemahlin, sowie Frau Gräfin Wilhelm Bismarck und Dr. Chrysander Theil nahmen, zu einer gemüthlichen und interessanten Plauderstunde wurde. Der Fürst war bei vorzüglicher Laune und scherzte viel. Er hatte sich von seiner letzten Krankheit so wunderbar erholt, daß er das alte Bild unerschütterlicher Kraft und Gesundheit bot. Auch auf dem Wege durch den Park ging er zeitweise ohne Stock, den er unter dem Arm trug, mit rüstigen, fast schnellen Schritten vorwärts. Beim Abschied trug der Fürst die besten Grüße an seine Freunde in Erfurt auf.

* * *

Am 29. März Mittags empfängt der Fürst in Friedrichsruh eine zur Vorfeier seines Geburtstages aus Düsseldorf eingetroffene Abordnung von zwölf Mitgliedern des dortigen Stammtisches „Zum Fürsten Bismarck“ (vgl. Band I, S. 340). Die Abordnung überreicht dem Fürsten eine Adresse und eine Erklärung des Vorstandes der Gesellschaft zur Rettung Schiffbrüchiger (in Bremen), daß der genannte Stammtisch den Betrag von 2850 Mark zum Bau und zur Ausrüstung eines Rettungsbootes „Fürst Bismarck“ gestiftet hat. Auf die Ansprache des Führers der Abordnung, des Dr. Beumer, antwortet der Fürst nach den „Hamb. Nachr.“ vom 30. März (A.-A.) Folgendes:

Ich danke Ihnen für Ihren freundlichen Besuch und für das Wohlwollen, welches Sie mir bei vielen Gelegenheiten schon bethätigt haben, und besonders bei diesem Anlasse, daß Sie meinen Namen verknüpft haben mit einem Werke der Menschenliebe, so daß es selbst der Kritik der Gegner nicht ausgesetzt sein kann. Ich freue mich auch darüber, daß Sie das Boot gerade nach Norderney gestiftet haben, an einen Ort, wo ich oft und mit vielem Vergnügen in der See schwamm — jetzt kann ich das allerdings nicht mehr. Damals, als ich dort war, habe ich mich gewundert, wie leicht Einer, wenn er auch schwimmt, bei zu weitem Vorwagen zu Schaden kommen konnte, es dauerte mit der ganzen Mobilmachung des Rettungsapparates vom Lande aus immer lange. In Biarritz, wo ich in den sechziger Jahren mehrmals gewesen bin, hatte man die Einrichtung, daß ein Boot etwa 200 Schritt vom Ufer entfernt während der Badezeit mit Mannschaft belegt war; von dort konnten die Gefährdeten gesehen und schnell aufgenommen werden. Es wird in Norderney nicht leicht sein, das Boot zu stationiren am Badestrande. Einige von Ihnen sind jedenfalls in Norderney gewesen; sonst wären Sie nicht auf den Plan gekommen, das Boot gerade dorthin zu stiften. Es wird eine außerordentliche Verbesserung dieses Seebades sein, welches ich nur aus den vierziger Jahren kenne.

Wie Norderney erst 1866 an Preußen gekommen ist, so sind wir Altpreußen mit dem Düsseldorfer Lande erst seit 1815 in Beziehung gekommen, und jetzt denkt Niemand daran, daß es auch den Rheinländern 1815 nicht angenehm war, preußisch zu werden; sie hatten früher in Düsseldorf eine Zeit der Blüthe unter den bayrischen Statthaltern gehabt, und die Entwicklung des Düsseldorfer Kunstlebens ist von bayrischen Ursprüngen ausgegangen.

Dieser frühere Gegensatz zwischen den Rheinlanden und den alten preußischen Provinzen war noch in den dreißiger Jahren, als ich in Aachen war, lebendig, und die beiden verschiedenartigen Ströme des preußischen Staatslebens flossen nebeneinander, ohne sich zunächst zu mischen wie

Rhein und Main bei ihrer Vereinigung, wo man das Wasser beider Flüsse noch lange getrennt erkennen kann. Der Preuße hatte beim Rheinländer allerlei üble Beinamen; wer als Soldat einberufen wurde, ging zu den „Prüß“, und wenn ein Mann von so uraltdeutschem Namen wie zum Beispiel Graf Hompesch über den Rhein verreiste, so sagte er mir ohne Arg: „Ich reise nach Deutschland.“

So war es noch in den dreißiger Jahren. Die ersten Beziehungen gegenseitigen Wohlwollens kamen in künstlerischen Kreisen auf, und die Düsseldorfer Malerschule hat daran hervorragenden Antheil. Die Anerkennung, welche ihre Kunstschöpfungen im übrigen Deutschland, besonders in Berlin fanden, berührte wiederum in den Rheinlanden angenehm. 1847 bei dem vereinigten Landtage und später bei größerer Leichtigkeit des Verkehrs kamen mehr Rheinländer als früher nach Osten und sahen mit einem gewissen Erstaunen, daß wir so wild und uncivilisirt nicht waren, wie man ihnen zu Hause erzählt hatte. Mir sind besonders die Herren, welche als Abgeordnete nach Berlin kamen, in Erinnerung; von der Heydt-Elberfeld war schon mehr gereist und welterfahrener; aber Leute wie Beckerath kamen mit Vorurtheilen nach Berlin. Ich erinnere mich, daß ich mit einem Abgeordneten aus dem Trierschen Lande, einem alten würdigen Herrn auf das Schloßdach in Berlin gestiegen war, von wo wir Aussicht auf die im Bau begriffenen Werder'schen Mühlen hatten, die im alten Burgstil, wie er damals vom Könige gepflegt wurde, aufgeführt wurden. „Das wird nun auch wieder so ein Zwing-Uri“, sagte mein Begleiter. „Wie so?“ „Ja, sehen Sie nicht: Bastionen, Thürme, Laufbrücken, doch natürlich um Kanonen oben aufzupflanzen und Vertheidigung gegen Volksaufstand vorzubereiten.“ Aber das sind ja Mühlen, und der König baut rein künstlerisch nach diesem Stile. Er blieb dabei, es sei ein Zwing-Uri.

Nun, seitdem sind wir im gegenseitigen Verständniß erheblich fortgeschritten. Ich bin ja in der Lage gewesen, diese Veränderung aus der Vogelperspective zu beobachten. Die parlamentarische Gemeinschaft ist besonders von Gewicht gewesen, diese heterogenen und, wie man zuerst allgemein geglaubt hatte, incommensurablen Elemente der altpreußischen Militairdressur und der rheinischen Behaglichkeit zur Verschmelzung zu bringen. Dieses parlamentarische Amalgam ist ja viel wirksamer geworden heute, wo wir statt Preußen Deutschland schreiben können, und auch die früher den Preußen minder günstigen Elemente werden die nationale Gemeinsamkeit der westdeutschen und ostdeutschen Denkweise nicht leugnen können. Deshalb freue ich mich über jeden Anlaß, der die Vertiefung des Gefühls der Gemeinsamkeit darthut.

Meine Landsleute, westliche wie östliche, sind beide Träger der deut-

schen Charaktereigenschaften des Ehrgefühls, der Treue und des Mangels an Streberei, wie sie in romanischen Ländern üblich ist. Unsere deutsche Zukunft ist wesentlich auf unserer Verfassung und auf dem parlamentarischen Leben basirt, lassen Sie uns dieses daher vor Allem pflegen und uns auch nicht einreden, daß es mit einer monarchischen Gesinnung unvereinbar sei, wenn wir Kritik und Verwahrung gegen Regierungsmaßregeln einlegen, die wir nicht billigen. Im Gegentheil, eine ehrlich monarchische Gesinnung wird auf diesem Wege Förderung finden, und für die Beziehungen des Bürgers zum Monarchen ist es klärend und nützlich, wenn die Kritik durch Parlament und Presse stattfindet. Ich habe gegen das Uebergewicht desselben im Beginn meiner amtlichen Zeit zu kämpfen gehabt, das war im Anfang der sechziger Jahre, wo das Element der Kritik nach meiner Meinung zu stark wurde und die Stellung des Monarchen zu schwach. Nun, ich habe das Meinige gethan, um das Mißverhältniß auszugleichen, vielleicht etwas zu wirksam nach der anderen Seite hin; ich habe dem monarchischen Reiter in den Sattel geholfen, vielleicht war die Hilfe zu lebhaft im Eindruck des Kampfes. Es bleibt immer Hauptsache, daß wir einig bleiben in monarchischer und deutscher Gesinnung, und ich freue mich, daß Ihr Besuch bei mir, einem langjährigen Minister, ebenfalls bekundet, daß Düsseldorf und Friedrichsruh nicht mehr durch Grenzen getrennt sind. Und dazu helfe uns Gott, daß wir das Band immer fester machen, welches große Kriege uns zu schmieden geholfen haben. Die Einigkeit von Ost und West ist die Grundlage der neueren preußischen Entwickelung gewesen. Sie haben in Düsseldorf die Industrie, den Handel und die Kunst, wir im Osten haben wenig mehr als den Ackerbau, aber wir dürfen uns durch diese verschiedenartigen wirthschaftlichen Interessen nicht in unseren gemeinsamen nationalen trennen lassen. Die Maler wollen wir dabei nicht vergessen und sie nicht als inproductiv betrachten; wir haben nationale Kunst und Wissenschaft, und gerade auch in ihrer nationalen Bedeutung ist die Kunst productiv. Also auf dauernde Einigkeit aller productiven Stände!

* * *

Eine weitere und zwar ganz eigenartige Deputation erscheint am 30. März in Friedrichsruh, um dem großen Fürsten zu huldigen; es waren die **Frauen und Jungfrauen aus Baden, Hessen und der Rheinpfalz**, die eine mit mehr als hunderttausend Unterschriften ihrer süddeutschen Landsmänninnen bedeckte Adresse in kunstvoll gearbeiteter Truhe dem Fürsten überbrachten. Fräulein **Böcking** aus Mannheim trug den poetischen Inhalt der Adresse — gedichtet von Frau Louise **Berthold** in Speyer — aus dem Gedächtniß frei vor.

„Nimm Gruß und Wünsche freundlich von uns an,
Ein Hoch zum Wiegenfeste! Nun wohlan:
‚Zur frohen Wiederkehr von neuen Lenzen‘
Laß Dir, o Fürst, den Ehrentrunk credenzen!“

So schloß die sinnige und schön vorgetragene Dichtung.

Stehend hatte der Fürst diese poetische Ansprache angehört, und freudig wurde wahrgenommen, daß auch die Fürstin ersichtlich ohne jede Beschwerden während der Dauer des ganzen Empfanges demselben stehend beiwohnen konnte, ein Zeichen erfreulicher Rüstigkeit und völligen Wohlbefindens. Bei den letzten Worten der Rednerin war aus einer Flasche 1874er Liebfrauenmilch en clos Klostergarten-Auslese ein mit künstlichen Weinranken und Seidenbändern geschmückter Römer zur Hälfte gefüllt und von Freifrau von Heyl zum Trunke dem Fürsten dargereicht, der den Pokal jedoch mit den lächelnd gesprochenen Worten: „Aber credenzen!“ der Dame zurückgab, die der Aufforderung Folge leistend, dem Fürsten mit artiger Verbeugung zutrank, worauf dieser das Glas zum Munde führte und in drei Absätzen — für einen Zug war die Menge des edlen Nasses zu groß — gewissenhaft bis zum Grunde leerte und dann im Tone aufrichtiger Befriedigung in die Worte ausbrach: „Wunderbar ist Bachus' Gabe!“ Darauf betrachtete der Fürst die kostbare Truhe, die kunstvolle Arbeit lobend, und wandte sich mit folgenden Worten an die Versammelten:

Ich danke Ihnen, mein gnädiges Fräulein, für die warme und herzliche Ansprache, und ich danke Ihnen Allen, meine Damen, für die hohe Ehre und Freude, die Sie mir durch Ihren Besuch und die Ueberbringung des Grußes erweisen, dessen Trägerinnen Sie sind. Ich erfahre damit eine Auszeichnung, die meines Wissens noch niemals einem deutschen Minister widerfahren ist und die einmal für mich persönlich ein Gegengewicht der gehässigen Anfeindungen meiner Gegner, ich kann wohl sagen der Gegner des Deutschen Reiches, in die Wagschale wirft und die jene reichlich aufwiegt. Sie haben mir zu Ehren und zur Freude eine große Anstrengung gemacht. Es ist eine weite Reise, die Sie zurückgelegt haben, nicht ohne Unbequemlichkeiten, deren ich mich in meinen Jahren als Mann kaum mehr aussetzen würde mit auswärtigen Nachtquartieren und Nachtfahrten; ich empfinde fast ein Gefühl der Beschämung, daß Sie so viel für mich gethan haben. Aber es ist für mich nicht nur eine persönliche Freude, die Damen hier zu sehen, es ist mir auch eine große politische Genugthuung, denn Sie kommen ja doch nicht meiner Person wegen, sondern meiner Arbeit wegen, die hinter mir liegt, und der Sache wegen, der sie gegolten hat. In Ihrer Begrüßung liegt ein volles und freies Anerkenntniß für das Deutsche Reich,

wie es unter Kaiser Wilhelm I. entstanden ist, eine Anerkennung der Wohlthaten, die uns Deutschen dadurch zu Theil geworden sind, ich will nicht sagen, der alten Herrlichkeit des Reiches, aber doch des Ansehens, zu welchem wir im Bewußtsein des Gewichtes einer großen Nation in Europa heute berechtigt sind. Gerade diese Kundgebung der Damen, wie ich sie heute erlebe, ist mir in der Richtung besonders werthvoll; ich habe früher wohl geäußert, wenn mich eine Deputation meiner Mitbürger begrüßte, es sei mir zu Muthe, als hätte ich einen hohen Orden empfangen. Der Orden, welchen Sie mir bringen, meine Damen, ist ein Orden mit Eichenlaub und Brillanten, möchte ich sagen, zugleich aber eine Bürgschaft für unsere politische Zukunft.

Was bei uns bis in die Häuslichkeit der Frau durchgedrungen ist, das sitzt fest, viel fester als das aus Parteikämpfen im öffentlichen Leben hervorgehende und mit der Kampfstellung wechselnde Urtheil der Männer; es ist, ich möchte sagen, der Reinertrag des ganzen politischen Geschäfts, was sich im häuslichen Leben niederschlägt; es überträgt sich auf die Kinder, ist dauerhafter, und auch im Fall der Gefährdung hält es fester. Hat der deutsche Reichsgedanke einmal die Anerkennung der deutschen Weiblichkeit gewonnen, dann ist er unzerstörbar und wird es bleiben ich sehe in der häuslichen Tradition der deutschen Mutter und Frau eine festere Bürgschaft für unsere politische Zukunft, als in irgend einer Bastion unserer Festungen. Die Ueberzeugung, welche einmal in die Familie durchgedrungen ist, hält die Weiblichkeit strammer fest, als Wehr und Waffen, und wenn wir je das Unglück hätten, einen ungünstigen Krieg zu führen, Schlachten zu verlieren oder ungeschickt regiert zu werden: die Thatsache, daß der Glaube zu unserer politischen Einheit bis in die Frauengemächer gedrungen ist, wird uns immer wieder zusammenbringen, und im Fall der Entscheidung wird es sich herausstellen, daß in der elementaren Herzensbewegung — gestatten Sie mir den scherzhaften Ausdruck — des „ewig Weiblichen“, eine stärkere Macht steckt, als in den zersetzenden Säuren, die unsere Männerparteien auseinanderbringen.

Mein Vertrauen in die Zukunft beruht auf der Stellung, welche die deutsche Frau genommen hat. Die Ueberzeugung einer Frau ist nicht so veränderlich, sie entsteht langsam, nicht leicht, entstand sie aber einmal, so ist sie weniger leicht zu erschüttern. Wie lange ist es her, da man gegenüber Altpreußen, „Berliner Pflanzen“, keine ernsthaft wohlwollende Stimmung im südwestlichen Deutschland hegte. Und jetzt kommen Sie aus dem Südwesten zu mir, aus dem Nordosten, und wer von uns hat nicht das Gefühl, daß wir zusammengehören zu demselben Stamme, keine Landesgrenze zwischen uns liegt. Wir sind ein einig Volk von Brüdern und Schwestern, und auf die Schwestern ist unter Umständen

noch mehr Verlaß als auf die Brüder, in der Politik und auch zuweilen im Privatleben. Und deshalb, meine Damen, nehmen Sie herzlichsten Dank. Mir fehlen die Worte, ihn voll auszudrücken und ihn jeder Einzelnen von Ihnen, so wie ich es möchte, auszusprechen. Ich kann nur sagen, es ist so was noch gar nicht dagewesen. Herzlichen Dank!

Nun entwickelte sich eine reizende Scene, der die Frau Fürstin mit freundlichem Lächeln zuschaute: jede der Damen wollte dem Fürsten die Hand küssen; er wehrte ab mit dem Bemerken, das wäre doch verkehrte Welt. Aber fast bei keiner Dame hatte sein Streben Erfolg, und so dankte er mit Küssen auf Mund und Wange. Endlich fragte er die Damen über ihre weitere Zeiteintheilung. Als er vernahm, daß noch nichts Festes verabredet war, lud er sie sämmtlich zu der bereit stehenden Familien-Frühstückstafel ein, bot der ihm zunächst stehenden Dame — es was Fräulein Kuby, die Urheberin der ganzen Huldigung — den Arm und forderte mit den Worten: „Bitte, ohne Rangordnung!“ zum Mitgehen auf.

* * *

Schon am Vorabend seines Geburtstages, am 31. März, wurde dem Fürsten der altgewohnte Fackelzug der Hamburger Bürgerschaft dargebracht. Die Ansprache an den Fürsten hielt Herr Carl Woermann; die dankende Antwort des Fürsten lautete:

Meine Herren! Ich fühle mich hochgeehrt durch die Begrüßung, die Sie mir heute, wie in früheren Jahren, von Hamburg aus darbringen; aber nicht nur geehrt fühle ich mich, sondern ebenso herzlich freue ich mich über diese nicht bloß nationale, sondern auch nachbarliche Begrüßung. Ich habe den Eindruck, daß, seit ich nicht mehr im Amte bin, das Wohlwollen, dessen Kundgebung mich heute so sehr erfreut eher im Wachsen als im Abnehmen begriffen ist. Es macht mir natürlich die herzlichste Freude und wirkt erhebend auf mich, wenn ich mir sage, daß die amtliche Stellung in Bezug auf das Wohlwollen, welches für mich gehegt wird, ganz ohne Einfluß blieb, sondern daß es eine rein persönliche Kundgebung der landsmannschaftlichen Liebe ist die ich durch Vermittlung Ihrer Organe entgegennehme.

Es ist in unserer politischen Welt nicht oft vorgekommen, daß man von einem Minister, der vier Jahre von der amtlichen Bildfläche verschwunden war und der nur noch Privatmann ist, überhaupt noch den Geburtstag gewußt hat, noch viel weniger, daß man ihm Kundgebungen des Wohlwollens darbringt. Daß mir diese Auszeichnung im Leben widerfährt, ist zum Theil eine Folge der historischen Entwickelungen, bei denen ich mitgewirkt habe, nicht sie zu schaffen, sondern zu leiten.

Die Masse zur deutschen Einigkeit war flüssig und gußbereit. Ich habe gethan, was ich konnte, ohne Menschenfurcht und ohne Selbstsucht, daß der Guß rasch, sicher und glücklich vollzogen wurde. Die Erinnerung hieran allein reicht jedoch nicht hin, um mir das Wohlwollen meiner Landsleute so zu sichern, daß ich Sie hier an meinem Geburtstage begrüßen kann. Es gehört dazu noch ein Element, das besonders bei uns Deutschen speciell ausgeprägt ist, es ist das Gefühl der Gegenseitigkeit. Ein altes Wort schon sagt, es gäbe keine lange Liebe ohne Gegenseitigkeit, und wenn ich nicht meinerseits beseelt, getragen und geführt worden wäre durch die Liebe zum Vaterland und zu meinen Landsleuten, so glaube ich nicht, daß mir die Genugthuung widerfahren würde, so viele Gegenliebe zu finden, welche meine amtliche Thätigkeit überdauert. Ich erwidere diese Liebe als Nachbar und Ehrenbürger von Hamburg. Ich habe im vorigen Jahre die Cholerazeit mit Ihnen empfunden und auch das frühere Leid vor mehr als fünfzig Jahren, sowie die Leiden aller Deutschen als eigenes stets empfunden. Meine Mitbürger haben erkannt, ich lebe und empfinde mit ihnen. Es gereicht mir zur besonderen Freude, daß man in Hamburg meiner in dieser Weise gedacht hat.

Lassen Sie mich schließen mit dem herzlichen Wunsche für das Floriren und Gedeihen unserer größten deutschen Handelsstadt, welche mit den Interessen der ganzen deutschen Nation auf das Innigste verknüpft ist. Blüht diese, so blüht ganz Deutschland, geht sie unter, so geht ganz Deutschland unter. Ich bitte daher, mit mir einzustimmen in den Ruf: Hamburg lebe hoch, hoch, hoch!

* * *

An demselben Tage wird der „Post" telegraphisch berichtet:

Fürst Bismarck geht in seltenem Wohlsein in sein neues Lebensjahr; das zeigte sich besonders beim gestrigen Frühstück mit der Damen-Deputation in seiner lebhaften und geistessprudelnden Unterhaltung.

Um 12 Uhr (31.) machte Fürst Bismarck mit den Grafen Herbert und Wilhelm Bismarck und Graf Rantzau den gewohnten Spaziergang am Fürstendeich. An der Brücke überreichten drei junge Damen aus Hamburg ihm Blumensträuße. Dankend lächelnd bemerkte der Fürst: „Die wachsen bei mir nicht." Zu einer Gruppe Herren gewandt, fragte der Fürst einen von ihnen, ob er aus Hamburg sei. Der Gefragte stellte sich als Vertreter einer Berliner Zeitung vor, und der Fürst bemerkte, es komme nicht immer darauf an, ob die Nachrichten die neuesten seien, sondern auf ihre Bedeutung.

Auf die Bemerkung, daß Se. Durchlaucht auch schönes Geburtstagswetter habe, erwiderte der Fürst:

andere Interessen als Deutschland — und oft diesen geradezu entgegengesetzte — hat. Im Uebrigen empfand er für keine europäische Macht eine grundsätzliche Sympathie oder Antipathie und gab immer der Meinung Ausdruck, Preußen müsse seine volle Freiheit und Unabhängigkeit bewahren, um im gegebenen Falle mit Allen politische Geschäfte machen zu können, mit Frankreich, England, Rußland, sogar mit Oesterreich.

„Sieben Jahre lang hat Herr von Bismarck mit Ehren die harte Schule in Frankfurt besucht, wo er unter den schwierigsten Verhältnissen — und namentlich auch während des Krimkrieges — die preußischen Ansprüche zu vertreten hatte. Keine Complication blieb ihm erspart, denn Preußen mußte sich gleichzeitig gegen Rußlands drängendes Werben, gegen die mehr oder minder offen ausgesprochenen Wünsche Frankreichs und Englands und gegen die arglistigen Zumuthungen Oesterreichs zur Wehr setzen, das bei jeder Gelegenheit den preußischen Einfluß im Bundestage zu schwächen suchte.

„Im März 1859 wurde Herr von Bismarck nach St. Petersburg geschickt, wo er einen großen Erfolg hatte, weil es ihm gelang, zugleich die Achtung und das Vertrauen des Kaisers Alexander und seines Ministers, des Fürsten Gortschakow, zu gewinnen. Nun ist Herr von Bismarck in Paris ....

„Abgesehen von der Persönlichkeit des Gesandten, geben auch die besonderen Umstände seiner Ernennung eine ungewöhnliche Bedeutung. Wie viele und wie wichtige Fragen harren gerade jetzt der Beantwortung! Frankreich ist zum politischen Centrum Europas, fast möchte man sagen: der Welt, geworden, und Preußen ist durch seine Stellung und seine bewährte Eigenart berufen, an der Lösung dieser gewichtigen Probleme einen erheblichen Antheil zu nehmen. Alle, die Herrn von Bismarck kennen, sind überzeugt, daß er seiner großen Aufgabe gewachsen sein wird, daß die Interessen Preußens nicht geeigneteren Händen anvertraut werden konnten, daß er von versöhnlicher Gesinnung erfüllt ist und geistige Klarheit und ein ungetrübtes Urtheil besitzt. Besonders rühmt man seine loyale Aufrichtigkeit, seine Abneigung gegen alle Hinterhaltigkeit und gegen die kleinlichen Künste der Intrigue. Er verabscheut die Doppelzüngigkeit, die man so oft manchen deutschen Cabinetten vorzuwerfen hatte, und er besitzt alle Eigenschaften, um auch in Paris den Erfolg zu finden, den er in Petersburg und in Frankfurt an seine Thätigkeit zu fesseln gewußt hat."

Ist es noch nöthig, zu sagen, daß dieser Artikel, obwohl er vom ständigen Redacteur mit seinem Namen unterzeichnet war, von fast allen preußischen Blättern grausam verhöhnt und daß als Verfasser ziemlich unverblümt Herr von Bismarck selbst bezeichnet wurde, weil nur er von seiner Bedeutung überzeugt sein könne? Gewiß nicht; denn dieser liebliche Brauch hat in den vierzig größten Jahren der deutschen Geschichte sich noch nicht verändert.

* * *

Seinen Geburtstag feiert der Fürst rüstig und heiter gestimmt bei herrlichem Wetter im vollzähligen Kreise seiner Familie. Gleich vorweg nehmen wir die Kunde, daß der Kaiser folgendes Geburtstagstelegramm gesandt hat:

Abbazia, 1. April. „Seiner Durchlaucht dem Fürsten Bismarck, Friedrichsruh. Ew. Durchlaucht spreche Ich Meinen herzlichsten Glückwunsch aus. Mein Flügeladjutant Graf Moltke ist beauftragt, Ihnen in Meinem Namen einen Cüraß zu überreichen. Der feste Stahl, der dazu bestimmt ist, sich an Ihre Brust zu legen, mag als Symbol deutschen Dankes gelten, der sich in fester Treue um Sie schließt und dem auch Ich einen beredten Ausdruck Meinerseits verleihen möchte.

Wilhelm. I. R."

Um 10 Uhr Vormittags trifft die Capelle der Ratzeburger Jäger zum Ständchen ein; später trug der Altonaer Gesangverein dem Fürsten einige Lieder vor. Der Fürst stieg von der Altane herab; ein Vorstandsmitglied des Gesangvereins brachte ein Hoch aus. Der Fürst dankte mit folgenden Worten:

Ich danke Ihnen von Herzen für diese freundliche Begrüßung und wollte wünschen, daß ich für den Rest meines Lebens immer solche gute Musik hören könnte. Ich möchte nichts zum Nachtheil der Instrumentalmusik sagen, aber es steht doch fest, daß die Vocalmusik mehr Abwechselung bietet. Ich darf Sie nachbarlich begrüßen, wir sind ja Nachbarn, obwohl das große Hamburg dazwischen liegt; es ist ja kein Ausland mehr. Wir sind seit 20 Jahren mit einander verschmolzen. Altona ist mit Hamburg zusammen die wirthschaftliche Hauptstadt des ganzen niederelbischen Bezirks, und wenn ich wirklich so allmächtig gewesen wäre, wie es mir Manche zuschreiben, so würde der Sitz der Regierung der Provinz Schleswig-Holstein nach Altona gekommen sein. Ich schwankte zwischen Altona und Kiel. Trotz aller Achtung vor den Reizen Schleswigs war diese Wahl doch nicht richtig, geht doch die ganze wirthschaftliche Strömung auf Hamburg herunter. Vor Hamburg liegt Altona, und ich bin heute noch der Meinung, daß es rationell gewesen wäre, Altona zum Sitz zu machen, und daß die Wahl nicht auf Schleswig fiel. Wie dem auch sein mag, es sind vergangene Zeiten; jedenfalls bin ich Ihnen für Ihre Kundgebung dankbar und nehme Ihre Wünsche gerne entgegen.

Ich sehe übrigens einige ältere Kriegskameraden unter Ihnen.

Dann sich an einen decorirten Herrn wendend, fragte er:

„Haben Sie die Unannehmlichkeiten bei Orleans mitgemacht?"

„Nein", antwortete der Angeredete, „ich war bei Le Mans."

„Nun, da haben Sie ja auch schlimme Zeiten erlebt. Dort war es wohl am bösesten, Hunger und dabei blaue Bohnen.“

Ehe er fortging, meinte dann noch der Fürst:

„Es ist doch ein schönes Vergnügen, die Erinnerung an das, was man damals erlebt und durchgemacht hat, wenn man, wie heute, im Sonnenschein steht.“

Um 1 Uhr kam der kaiserliche Abgesandte Graf Moltke an und wurde vom Grafen Wilhelm ins Herrenhaus geleitet. Bald nach ihm traf eine Abordnung des Halberstädter Cürassier-Regiments ein. Eine Abordnung folgte der andern, und zahllose Privatpersonen erschienen zum Besuche.

Von fürstlichen Personen hatten Glückwünsche gesandt:

Außer dem Kaiser die Kaiserin Friedrich, der König von Sachsen, der Prinz-Regent von Bayern, der König von Württemberg, der Prinz-Regent von Braunschweig, der Großherzog und die Großherzogin von Baden, der Großherzog von Mecklenburg-Schwerin, der Großherzog von Sachsen-Weimar, der Großherzog von Oldenburg, der Herzog von Sachsen-Meiningen. Von den Senaten der freien Städte, ebenso von Chemnitz, Cöln und vielen anderen Städten waren Adressen eingelaufen.

Ueberaus groß war auch dies Jahr die Menge der Geschenke von Nah und Fern: Eßwaaren und Getränke, Kunstwerke und gut gemeinte Handarbeiten, Gedichte und Bücher; nicht minder groß war bei dem herrlichen Wetter die Zahl der Menschen, die in freudiger Erwartung vor den Parkausgängen des Fürsten ansichtig zu werden hofften und sich endlich in ihrer Hoffnung auch nicht getäuscht sahen. Alle Anstrengungen aber, die der Tag mit sich brachte, überwand der Fürst vortrefflich.

* * *

Auf das Glückwunschtelegramm des Kaisers antwortete der Fürst:

Seiner Majestät dem deutschen Kaiser, Abbazia.

„Ew. Majestät sage ich meinen ehrfurchtsvollsten Dank für den gnädigen Glückwunsch und für die huldreichen Worte, in denen Eurer Majestät Gnade für mich Ausdruck findet. Den neuen Waffenschmuck werde ich als ein Symbol dieser Gnade anlegen und meinen Kindern als dauerndes Andenken an dieselbe vererben. v. Bismarck.“

* * *

Das conservative Fractionsorgan, die „Conserv. Corr.“ schreibt über die Geburtstagsfeier des Fürsten Bismarck:

„Der Geburtstag des Fürsten Bismarck ist in den deutschen Landen selten mit solcher Begeisterung und unter so reger Theilnahme gefeiert worden wie

diesmal. Selbst die gehässigsten Gegner Bismarck's, die unter dem neuen Course sich so wohl fühlen, vermögen es nicht, die Bedeutung, welche dieser Tag für das deutsche Volk erlangt hat, zu leugnen und insbesondere die Großartigkeit der diesjährigen Ovationen in Abrede zu stellen.

„Es wäre verfehlt, wenn man annehmen wollte, die Wendung, die sich mit dem 26. Januar vollzogen hat, habe die besondere Begeisterung, mit welcher das deutsche Volk diesmal den 1. April begangen, herbeigeführt. Die Bevölkerung Deutschlands ist vielmehr gerade in der letzten Zeit erst recht sich bewußt geworden, was es an dem Eisernen Kanzler gehabt und was es ihm zu verdanken hat. Die gegenwärtige Zeit ist zu dankbar-wehmüthigen Rückblicken auf dessen segensreiche Regierungsleitung besonders angethan."

* * *

Auf das Glückwunschschreiben des Senats von Lübeck zum Geburtstage hat der Fürst dem präsidirenden Bürgermeister folgende Antwort zugehen lassen:

Friedrichsruh, 3. April 1894.

Ew. Magnificenz

und die Herren Mitglieder des Hohen Senatscollegiums bitte ich für die ehrenvolle schriftliche Begrüßung, durch welche Sie mich zu meinem Geburtstage erfreut haben, meinen verbindlichen Dank entgegen zu nehmen.

Die warmen Worte, in denen Ew. Magnificenz meiner durch Krankheit lange beeinträchtigten Gesundheit gedenken, und die freundlichen Wünsche, welche Sie mir in dieser Richtung auszusprechen die Güte haben, berühren mich besonders wohlthuend, wie auch jeder Ausdruck des Wohlwollens, der mir auf privatem Wege von meinen Lübeck'schen Mitbürgern und Nachbarn zu Theil wird, mir stets Freude und Genugthuung gewährt. Ich erinnere mich dann gern meiner früheren kurzen Aufenthalte in der Stadt, deren Anblick in mir den Eindruck ihrer geschichtlichen Größe befestigt und die Hoffnung erweckt hat, daß die günstige geographische Lage Lübecks nach erfolgtem Ausbau der neuen Canal- und Eisenbahnwege in erhöhtem Maaße zur Geltung kommen werde.

v. Bismarck.

* * *

Auf die Geburtstags-Glückwünsche der Stadt Cöln dankte Fürst Bismarck am 3. April mit folgendem Brief an den Oberbürgermeister:

Euer Hochwohlgeboren und meinen Cölner Mitbürgern spreche ich für die mit hoher Kunst gefertigte Blumengabe und für die warmempfundenen Zeilen, mit welchen dieselbe begleitet war, meinen herzlichsten Dank aus. Die Worte ehrenvollen Gedenkens, welche Sie mir

widmen, erfüllen mich mit Freude und machen mich doppelt stolz, einem Gemeinwesen verbunden zu sein, dessen Bürger von jeher, und gerade im neuen Reiche, ein Beispiel vaterländischer Sinnesart und Thatkraft gegeben haben. Ich würde mich gefreut haben, wenn es mir im letzten Sommer vergönnt gewesen wäre, der freundlichen Einladung, nach Cöln zu kommen, folgen zu können; Krankheit hat mich daran verhindert, meinen Wunsch zu verwirklichen; wenn meine Körperkräfte dazu ausreichen, so hoffe ich doch noch einmal in meinem Leben den Rhein wieder entlang zu fahren. Mit der Bitte, den Ausdruck meines Dankes meinen Mitbürgern zur Kenntniß zu bringen

v. Bismarck.

* * *

Im Anschluß an die Geburtstagsfeier schreiben die „Hamb. Nachr." am 7. April (M.-A.):

Fürst Bismarck. Die „Voss. Ztg." brachte in ihrer Abendausgabe vom letzten Montag einen Artikel, der nachträglich registrirt zu werden verdient, weil er dem Fürsten Bismarck in einer Weise gerecht wird, die bei einem fortschrittlichen Blatte immerhin bemerkenswerth erscheint. Der vossische Artikel lautet vollständig:

„Der Geburtstag des Fürsten Bismarck. Der Schloßherr von Friedrichsruh hat gestern sein 79. Lebensjahr vollendet. Von weit und breit sind ihm Glückwünsche und Liebesgaben zugekommen. In vielen Städten haben Festessen und öffentliche Versammlungen stattgefunden, deren Zweck die Verherrlichung des ersten Kanzlers war. Fürst Bismarck hatte Recht, wenn er in einer Ansprache an die Hamburger, die ihm huldigten, die Thatsache erwähnte, daß man sich sonst nicht leicht des Geburtstages eines Ministers erinnert, der schon vor vier Jahren aus dem Amte geschieden ist. Als Fürst Metternich in bewegter Zeit zurücktreten mußte, war er, ob er sich gleich noch lange bereit hielt, an die Spitze der Geschäfte zurückzukehren, für die Völker ein todter Mann. Der Staatsmann, der an der Wiege des neuen Deutschen Reiches gestanden hat, beschäftigt immer noch, wiewohl Niemand an die Möglichkeit seiner Rückkehr in ein Amt glaubt, in hohem Maaße nicht nur die Freunde, sondern auch die Gegner seiner Politik, und Tausende drängen sich, ihm den Hof zu machen und die Hand zu drücken.

„Anders als in dem kritischen Jahre 1890 konnte Fürst Bismarck gestern sein Wiegenfest begehen. Damals rückten manche alten Freunde von ihm ab; viele Personen, die er für treu gehalten hatte, wurden vergebens unter denen gesucht, die ihm Glückwünsche darbrachten. Er selbst klagte (?) später mit bitterem Spott, daß man ihn gemieden habe

wie einen Pestkranken. Vielleicht schämen sich auch einige seiner Schildhalter von gestern, daß sie vier Jahre früher nicht einmal den Muth fanden, im Reichstag und Landtag ein Wort des Dankes für den Mann zu sprechen, dem sie sicher sowohl als Deutsche wie als Parteipolitiker und Erwerbsgenossen zu Dank verpflichtet waren. Inzwischen hat sich Manches geändert im Deutschen Reich. Einzelne Gruppen feiern den Einsiedler vom Sachsenwalde, obwohl sie ihn früher bekämpft haben, weil sie jetzt in ihm einen Gegner des ‚neuen Courses' sehen; andere suchen die Erinnerung an ihre Schwäche von 1890 durch gesteigerte Liebesversicherungen auszuwischen. Immerhin ist unbestreitbar, daß die große Mehrzahl der Aufmerksamkeiten, die dem Fürsten Bismarck in diesen Tagen erwiesen wurden, aus freiem Antriebe und innerem Herzensdrange seiner Bewunderer hervorgegangen ist.

„Dessen können sich auch die Parteien freuen, die oft genöthigt waren, mit dem mächtigen Staatsleiter heftige Fehden auszufechten. Auch sie hatten Anlaß, seinen starken Willen, seine kühne Entschlossenheit, seine packende Beredsamkeit anzuerkennen; auch ihnen mußte die kraftvolle, geschlossene Persönlichkeit des Kanzlers selbst da imponiren, wo sie seinen Maßnahmen entschiedenen Widerstand leisten mußten. Giebt doch Fürst Bismarck heute selbst zu, daß er mitunter zu weit gegangen sei! Einst sah er in jeder Wahrnehmung der natürlichsten Rechte der Volksvertretung eine Untergrabung der Monarchie; jetzt sucht er einmal über das andere dem Parlament das Rückgrat zu stählen. Einst hatte er alles eher als Vorliebe für Hamburg, wie seine Auslassung über den bayrischen Gesandten von Rudhardt und die Geschichte des Freihafens beweist; heute überfließen seine Lippen von Wohlwollen für die Hansestadt. Und diese veränderte Haltung ist ohne Zweifel aufrichtig. Der beschauliche Privatmann sieht viele Dinge anders an als der Kämpfer im Amte.

„Unter den Glückwünschen des gestrigen Tages nimmt der des Kaisers die erste Stelle ein. Seit der Monarch seinem früheren Rathgeber die symbolische Flasche Wein gesandt hat, sind die übereifrigen Sachwalter des Fürsten Bismarck in der Presse in einige Verlegenheit gerathen. Der frühere Kanzler hat im Hohenzollernschlosse an der Spree geweilt, Wilhelm II. hat den Besuch in Friedrichsruh erwidert, und wenn noch einiges Eis das Herz des treuen Vasallen umlagert hätte, es müßte jetzt unter dem schimmernden Cüraß schmelzen, den ihm sein Herrscher zugeschickt hat. Wie man allgemein Befriedigung empfunden hat, daß das Verhältniß zwischen dem Kaiser und dem Fürsten Bismarck sich freundlicher als seit den Iden des März von 1890 gestaltete, so wird man auch mit Genugthuung sehen, daß der greise Staatsmann, dessen Name

unvergänglich mit der Gründung und Größe des neuen Reiches verknüpft ist, nach der schweren Krankheit, die er überwunden hat, seinen Geburtstag in Frische und Freude begehen konnte. Und daß ihm noch ein langer, heiterer Lebensabend beschieden sei, darin stimmen mit den Gratulanten von Friedrichsruh auch Tausende überein, die sich dagegen verwahren, zu den Freunden des ‚alten Courses‘ gerechnet zu werden."

Nur in einigen Punkten möchten wir die Auffassung der „Voss.-Ztg." rectificiren. Daß Fürst Bismarck sich jemals über die Abwendung früherer Freunde im Jahre 1890 „beklagt" habe, ist, wie wir den Fürsten kennen, irrthümlich; die Empfindung, welche das Verhalten der früheren Freunde bei ihm erregte, konnte ihn zu jeder anderen Aeußerung, nur nicht zum „klagen" bestimmen.

Der Wandel, den die „Voss. Ztg." im Urtheile des Fürsten über das Gleichgewicht zwischen Krone und Parlament und über Hamburg constatirt, findet seine Erklärung nicht sowohl, wie das Blatt meint, in der Verschiedenheit der Gesichtswinkel, unter denen der „Kämpfer im Amte" und der „beschauliche Privatmann" die Dinge betrachtet, als vielmehr in den eingetretenen thatsächlichen Umgestaltungen.

Gegenwärtig besteht kein Grund, das Ansehen des Monarchen gegen das Parlament zu vertheidigen, sondern der Reichstag bedarf der Stärkung seiner Position als gleichberechtigter Factor der Gesetzgebung. Ueberdies hat der Fürst in mehr als einer öffentlichen Rede im Landtage und im Reichstage seine Ueberzeugung dahin ausgesprochen, daß es ein Regierungsprogramm, das auf alle Zeiten passe, überhaupt nicht geben könne, weil die Zeiten sich ändern. Es gebe Zeiten, in denen man dictatorisch oder reactionair verfahren müsse, und andere, in denen liberal und progressiv zu regieren sei. Die Geneigtheit der gegnerischen Blätter, gegen den Fürsten geltend zu machen, daß er früher unter anderen Umständen andere Politik empfohlen habe, bildet nur ein neues Zeugniß für die Unfähigkeit aller Principienreiter, die glauben, jedes Land jeder Zeit nach demselben Recepte regieren zu können.

Ebenso entbehrt die Annahme einer früheren Antipathie des Fürsten gegen Hamburg jeder thatsächlichen Begründung. Wenn ihm als leitendem Minister seiner Zeit die Aufgabe zufiel, im Kampfe um den verfassungsmäßigen Zollanschluß der ersten Handelsstadt des Reiches sich aller Mittel und Argumente zu bedienen, die ihm Erfolg versprachen, so können die Aeußerungen aus jener Zeit unmöglich als Zeugnisse der persönlichen Gesinnung des Fürsten gegen Hamburg angeführt werden. Dem entspricht es auch, daß, wenn jetzt ein regerer Verkehr als früher zwischen Hamburg und Friedrichsruh stattfindet, dies mit dem Um-

schwunge der Verhältnisse durch den Zollanschluß, obwohl dieser jetzt von der Bevölkerung gutgeheißen und als Vortheil für die Stadt betrachtet wird, nur in sehr schwachem Zusammenhange steht. Die jetzigen freundnachbarlichen Beziehungen entspringen der Haltung Hamburgs seit dem März 1890, und haben seitdem von hamburgischer Seite durch zahlreiche Bekundungen der Dankbarkeit, Verehrung und Treue gegen den alten Kanzler, sowie durch die Sympathien des Letzteren für die unabhängige, mächtige Handelsstadt eine erfreuliche Entwicklung erfahren.

* * *

Fürst und Fürstin Bismarck bringen gemeinsam ihren Dank zum Ausdruck in den „Hamb. Nachr." vom 17. April (A.-A.). Diese Form, des Dankes macht einen wehmüthigen Eindruck auf den, der rückwärts schaut auf diesen letzten Geburtstag, den zu feiern der fürstlichen Frau beschieden war. Der Dank lautet:

Friedrichsruh, 15. April 1894.

Zu unseren Geburtstagen sind uns zu unserer Freude viele ehrenvolle Glückwünsche zugegangen, deren Anzahl es aber unmöglich macht, den gütigen Absendern einzeln in schriftlicher Antwort auszusprechen, wie sehr sie uns durch den Ausdruck ihres wohlwollenden Gedenkens erfreut haben.

Bei unseren Freunden in guter Erinnerung zu stehen, ist für uns im Alter von besonderem Werthe, und so liebenswürdige Beweise davon zu erhalten, wie am 1. und 11. d. M., ist hoch erfreulich. Wir empfinden es als Herzensbedürfniß, allen Landsleuten und Freunden im Reiche und im Auslande, die unserer freundlich gedacht haben, unseren wärmsten Dank auszusprechen, und mit lebhaftem Bedauern, daß dies nicht den Einzelnen gegenüber möglich ist, bitten wir unsere Freunde, unserer herzlichen Dankbarkeit durch diese Veröffentlichung versichert zu sein.

v. Bismarck. Fürstin von Bismarck.

* * *

In derselben Nummer theilen die „Hamb. Nachr." mit:

Der Post- und Bahnfrachtverkehr an den diesjährigen Geburtstagen des Fürsten und der Fürstin von Bismarck war, wie uns aus Friedrichsruh mitgetheilt wird, dort noch umfangreicher als in früheren Jahren. Bei der Feststellung der Eingänge hat sich ergeben, daß zum 1. April etwas über 11000 einzelne Glückwünsche — Schreiben, Telegramme, Adressen und Geschenke — eingetroffen sind, die Adressen zum Theil in sehr kunstvoll gefertigten Einbänden und mit zahlreichen Unterschriften. Zum Geburtstage der Fürstin wurden besonders viele und herrliche Blumen gesandt in der

mannigfachsten Verwendung zu Aufsätzen, Körben u. s. w., so daß nach erfolgtem Auspacken und Aufstellen die Zimmer des Fürstenhauses den Anblick einer Gartenbau-Ausstellung boten, in der die geschmackvollsten, leider so vergänglichen Werke der hochentwickelten gärtnerischen Bindekunst von Hamburg, Berlin, Frankfurt zur Schau standen.

Aus den obengenannten Ziffern ergiebt sich, daß eine Einzelbeantwortung der Glückwünsche, selbst wenn täglich 100 Antworten expedirt würden, doch erst in mehr als 100 Tagen möglich sein würde.

* * *

Am 20. April bringen achtundzwanzig Mitglieder der nationalliberalen Fraction des Reichstages dem Fürsten Bismarck in Friedrichsruh ihre Huldigung dar. Die „Hamb. Nachr." berichten darüber am 21. April (M.-A.):

Kurz vor ein Uhr brachte der Berliner Schnellzug die dem Fürsten bereits angemeldeten Gäste, die von Herrn Oberförster Lange und Herrn Dr. Chrysander am Bahnhof empfangen wurden. Der Herr Oberförster stellte sich als Führer den Damen zur Verfügung, die sich in Begleitung einiger der Herren Reichstagsabgeordneten befanden und an der beabsichtigten Hafenfahrt in Hamburg theilzunehmen gedachten, indessen Herr Dr. Chrysander die Herren ins Schloß geleitete. Dieselben wurden sofort vom Fürsten empfangen, der seinen Besuchern in dem Vorzimmer der im Erdgeschoß rechts vom Haupteingang befindlichen Wohn- und Empfangsräume entgegentrat.

Aus der Mitte der vom Abgeordneten Placke geführten Deputation trat Herr Prof. Dr. Hasse hervor, um in einer von tiefer patriotischer Empfindung und dankbarer Anhänglichkeit an den Fürsten getragenen Ansprache den Gefühlen seiner Fractionsgenossen Ausdruck zu geben.

Fürst Bismarck antwortete:

Ich danke Ihnen von Herzen für Ihre freundlichen Worte, und Ihnen Allen, meine Herren, danke ich für die hohe Ehre, die Sie mir erzeigen, indem Sie mir durch Ihren Besuch hier in Friedrichsruh bekunden, daß die Reichsverfassung und meine Mitarbeit an derselben Sie noch heute befriedigt und Sie mir wegen dieser Mitarbeit Ihre Anerkennung zollen. Es hieß früher, daß die Verfassung mir persönlich auf den Leib geschnitten sei, und daß ich, wie jener Danziger Uhrmacher, der Einzige sei, der die Uhr im Gange halten könne. Wie unrichtig diese Anschauung ist, beweist die Thatsache, daß auch Graf Caprivi unter zu Zeiten schwierigen Umständen nun doch seit vier Jahren mit dieser Verfassung regiert hat, ohne das Bedürfniß einer Aenderung zu empfinden und ohne in der Verfassung einen Hemmschuh nationaler Thätigkeit zu erblicken, wie dies früher zur Zeit des alten Bundestages der Fall gewesen ist. Ich zweifle nicht daran, daß diese Verfassung, welche

sich anknüpft an historisch Gewordenes, oder wie der Geologe sagt, an „gewachsenen Boden“, ihre Proben auch ferner bestehen wird, so ernsthaft sie auch sein mögen.

Es liegen manche schwere Aufgaben für die nächsten Reichstage vor. Ich nenne in erster Linie die Deckung des finanziellen Ausfalles unter Schonung des guten Einvernehmens der verschiedenen Classen der Contribualen, welche bei der Finanzreform zur Deckung des Ausfalls herbeigezogen werden können, der durch den Verzicht auf erhebliche Beträge der Zölle nöthig geworden ist. In zweiter Linie die Nothlage der Landwirthschaft, die doch einen zu erheblichen Antheil unserer Landsleute betrifft, um von Reichswegen ignorirt werden zu können. Die Annahme, daß die Landwirthschaft die Reichsgesetzgebung nichts anginge, weil sie unter Artikel 4 der Verfassung nicht aufgeführt sei,[1]) zeigt ja doch einen Mangel an Vertrautheit mit unserem Verfassungsleben, mit den Absichten der Gesetzgeber, mit unserem ganzen wirthschaftlichen Leben, wie ich ihn kaum für glaublich hielt, und wie ich ihn nicht an so hoher Stelle gesucht hätte. In jenem Artikel der Verfassung ist auch kein anderes Gewerbe genannt, und man könnte mit demselben Recht sagen, alle Handwerker, seien es Schuhmacher, Schmiede, oder sonst irgendwelche, gingen das Reich und seine wirthschaftliche Gesetzgebung nichts an. Aber der Reichsgesetzgebung können unmöglich die Geschicke von 20 Millionen Reichsbürgern, die Landwirthschaft betreiben, gleichgültig sein. Mag die Landwirthschaft ausdrücklich und formell als zur Competenz des Reiches bezeichnet sein, sie gehört eben zur wirthschaftlichen Pflege der Gesetzgebung.

Wir haben eine weitere schwierige Aufgabe zu lösen auf dem Gebiete der Beziehungen der geordneten staatlichen Gesellschaft zur Socialdemokratie. Ich glaube nicht, daß diese Frage auf die Dauer einfach todtgeschwiegen werden kann, sondern daß man ihr früher oder später activ näher treten muß. Auf welche Weise, darauf will ich heute nicht weiter eingehen. Wir haben ferner speciell bei uns in Preußen neuerdings die polnische Frage wieder beleben sehen, die in ihrer Ausdehnung auf Oberschlesien, wo dieselbe früher nicht bekannt gewesen, schädlicher wird als sie war, für die mühsam errungene Einigkeit der Bevölkerung und für ein günstiges Verhältniß zu unsern polnisch sprechenden Landsleuten. Man hat die polnische Begehrlichkeit neu aufgemuntert, und das ist ein bedenkliches Experiment, zumal in der polnischen Frage eine europäische Frage über Krieg und Frieden liegt.

---

[1]) Vgl. die Rede des Reichskanzlers Grafen Caprivi vom 17. Febr. 1893 (oben Band IV, S. 375 f.) und die Ausführungen des officiösen „Hamb. Corresp.“ ebenda S. 377 f.

Ich glaube ja nicht, daß letztere sehr nahe bevorsteht. Es ist weniger die friedliche Gesinnung aller Regierungen, die den Frieden bisher erhält, als die wissenschaftliche Leistungsfähigkeit der Chemiker in der Erfindung neuer Pulversorten und der Techniker in der Vervollkommnung der militairischen Ballistik und deshalb die für die Leiter eines kriegslustigen Staates unter Umständen entscheidende Erwägung, daß sie es nicht für erfolgreich halten loszuschlagen, wenn ihre Heere nicht im Besitze der neuesten Erfindungen sind. Es klingt fast wie Satyre, ist es aber nicht, daß der Chemiker bisher die Schwerter in der Scheide hält und durch seine Erfindungen über Krieg und Frieden entscheidet. Ich will damit nur aussprechen, daß ich nach meinen politischen Erfahrungen an keine nahe bevorstehenden auswärtigen Verwickelungen glaube, weil keine von den großen europäischen Mächten mit ihren Vorbereitungen fertig ist. Aber immerhin sind die Schwierigkeiten, denen wir entgegengehen, so groß, daß sie uns gebieterisch die Nothwendigkeit nahe legen, wie der Seemann sagt, uns klar zum Gefecht zu halten; dazu rechne ich, daß in den Parteikämpfen Maaß gehalten werde, daß die staatserhaltenden Parteien sich weniger trennen, sondern nach Möglichkeit einander nähern und sich wie früher zu einem Cartell zusammenthun, dem Bedürfnisse geordneter Zustände folgend, welches sie einigt unter Pflege unserer verfassungsmäßigen Einrichtungen. Und daher komme ich auf den Punkt, der mir augenblicklich am Herzen liegt, daß wir uns so einrichten müssen, wie wir auf die Dauer im Geiste und Sinne der Verfassung bestehen können. Die Aemter des Reichskanzlers und des preußischen Ministerpräsidenten können auf die Dauer nicht getrennt sein, ohne die Verfassung zu fälschen, die Autorität des Reiches zu schwächen. Der Gedanke einer Personal-Union zwischen Reich und Preußen, ähnlich derjenigen wie zwischen Schweden und Norwegen, hat niemals in der Verfassung gelegen, und wir haben, wie die Herren von Ihnen, die alt genug sind, um das mit mir erlebt zu haben, bestätigen werden, zwischen Reichspolitik und preußischer Politik an die Möglichkeit eines gegenseitigen Bekämpfens und Rivalisirens niemals gedacht, und wer diesen Gedanken zur Wirklichkeit machen wollte, der, ich will keinen harten Ausdruck gebrauchen, schädigt unwissend vielleicht unsere nationale Existenz, unsere Unabhängigkeit, unsere verfassungsmäßige Sicherheit. Ein Reichskanzler, der nicht auf die Autorität des preußischen Staatsministeriums gestützt ist, schwebt mit der seinigen in der Luft, wie ein Seiltänzer. Die Bedeutung des Reichskanzleramts in unserer Politik im Verhältnisse zu Preußen ist gedacht wie etwa in jenem Beispiele aus der griechischen Mythologie die vom Anthäus, der aus der Berührung mit der vaterländischen Erde immer neue Kräfte

sog, und den Hercules in die Luft heben und isoliren mußte, um ihn zu erwürgen. Es ist ganz einleuchtend, das ein Reichskanzler, der gestützt ist auf das gesammte preußische Staatswesen, mehr Bedeutung hat, als einer, der nur auf seinen persönlichen Wirkungskreis und auf die Erfahrungen, die er persönlich in militairischer Stellung sammeln konnte, angewiesen ist.

Das Reich ist gestützt auf die Ministerien aller verbündeten Staaten, deren jedes seinem Lande verantwortlich ist für die Art, wie es sich im Bundesrath verhält; namentlich trifft dies aber auf das preußische Staatsministerium zu, und ich bedauere, daß meine Landsleute im preußischen Landtage Interpellationen hierüber völlig unterlassen haben, vielleicht in der Hoffnung, daß, wenn sie artige Kinder wären, sie wieder nach vorn kommen würden, und dem Reichskanzler zustimmend ihn seine Politik ohne preußische Controlle betreiben ließen. Ein Reichskanzler, der nicht die Stimmführung für Preußen hat, ist ja in der Gesetzgebung eine ganz ohnmächtige Potenz. Er kommt in der verfassungsmäßigen Ordnung der Dinge gar nicht zur Erscheinung. Er kann die Gesammtpolitik nicht anders vertreten, als in Uebereinstimmung mit der Mehrheit seiner preußischen Ministercollegen. Wenn er sich von denen lossagt, so steht er in der Luft. Im Bundesrath ist er dann nichts Anderes als ein Verwaltungsbeamter des Reichspräsidiums. Setzen wir den Namen einmal für den des Kaisers, wie er es ja ursprünglich war. Das ist meines Erachtens das nächste Bedürfniß der Zukunft, was wir politisch zu erstreben haben, daß diese unnatürliche Trennung zwischen dem Reichskanzleramte und dem preußischen Ministerpräsidium aufhöre, und daß der Reichskanzler in der Lage bleibe, das solide Fundament des preußischen Staates hinter sich zu haben, dadurch kann seine Autorität im Reiche und im Auslande nur wachsen. Wenn die übrigen Bundesgenossen Preußen das Präsidium übertragen haben, so geschah das nicht nur, um einen von Preußen ernannten Reichskanzler zu schaffen, sondern im Vertrauen zu der Tüchtigkeit des preußischen Staates in Civil und Militair. Wenn aber dieses hinter ihm wegfällt, so ist der Reichskanzler Nichts als ein Luftgebilde. Das Gewicht der Reichsvertretung, wie sie der Reichskanzler führen soll, kann sich nur abschwächen, wenn die Autoriät von 10 preußischen Staatsministern mit vielleicht 500 geschulten Beamten und Ministerialräthen hinter ihm fortfällt und der Kanzler einhertritt auf der eigenen Spur als freier Sohn der eigenen Natur, auf Wegen, die Niemand controllirt, als er selbst. Er kann nach seiner Vergangenheit die Erfahrung nicht besitzen, welche die Erfahrung der 10 Minister mit ihrer Gefolgschaft von Räthen aufwiegt. Diese sind der Ballast in unserem Reichsschiffe,

und wenn die wegfielen, so wäre es ein Gewinn, wenn der Ausfall der preußischen Unterlage durch ein bayrisches oder sächsisches Ministerium hinter ihm ersetzt würde. Daran ist ja kein Gedanke. Sein Schiff fährt isolirt, ohne an einen staatlichen Cours gebunden zu sein.

Ich fürchte, meine Herren, daß ich weitschweifig wurde, und Sie haben mir Ihre Zeit nur sehr kurz bemessen. Ich habe mich aber lange nicht politisch ausgesprochen. Es wird Zeit, daß ich Sie noch meiner Frau vorstellen kann, und Sie sich noch durch einen Trunk und kleinen Imbiß stärken können.

Nachdem der Fürst geendet hatte, bat er seine Gäste, ihm in den Speisesaal zu folgen, wo ein Frühstück eingenommen wurde, an dem auch die Frau Fürstin, sowie die Gräfin Rantzau theilnahmen.

Zum ersten Trinkspruch erhob sich der Fürst, um ein Hoch auf den Kaiser auszubringen, in dem er sagte:

Wie auch immer unsere politischen Meinungen auseinandergehen mögen: der Mittelpunkt für uns Alle bleibt der Kaiser.

In dem nächsten Trinkspruch feierte der Abgeordnete Dr. Osann-Darmstadt die Verdienste des Fürsten um die Fortentwicklung und die Kräftigung des Nationalbewußtseins auch in der Zeit seit der Entlassung aus seinen Aemtern. Es bilde einen Ankergrund des nationalen Empfindens, daß der Fürst auch jetzt immer noch seine warnende und mahnende Stimme hören lasse. Er habe der Nation dadurch einen neuen Mittelpunkt gegeben.

In Erwiderung auf die Rede des Herrn Dr. Osann skizzirte der Fürst seine Beziehungen zur nationalliberalen Fraction und trank auf deren Johannistrieb.

Zum Schluß gedachte der Abgeordnete Dr. Pieschel-Erfurt der Damen des fürstlichen Hauses.

Im Laufe des Frühstücksgesprächs kam die Rede auf den verstorbenen Kaiser Friedrich, wobei der Fürst betonte, daß seit dem Ende der vierziger Jahre, wo er dem Kaiser näher getreten sei, es nie ein Moment der Verstimmung zwischen ihm und dem Kaiser gegeben habe.

Der Fürst verweilte länger bei der Erinnerung an die Zeit der 90tägigen Regierung des Kaisers und gab dem Nächstsitzenden in einem Gespräch, an dem sich auch die Frau Fürstin mit Lebhaftigkeit und Wärme betheiligte, eine ergreifende Schilderung der Regierungszeit Kaiser Friedrich's, in der dieser mit aufopfernder Pflichttreue trotz seines schwer leidenden Zustandes mit seinem Kanzler anstrengend gearbeitet habe.

Der Fürst bemerkte ferner im Laufe der Unterhaltung, es sei ihm nicht

eingefallen, jemals das ihm zugeschriebene Wort zu sprechen: „Er habe die Nationalliberalen an die Wand drücken wollen, daß sie quietschen."

Bei den lebhaften und anregenden Gesprächen zwischen dem Fürstenpaar und den Abgeordneten war die zur Abfahrt ursprünglich angesetzte Zeit verpaßt worden, und die Weiterfahrt nach Hamburg erfolgte erst eine Stunde später als ursprünglich beabsichtigt war. Die beiden Sonderwagen, die die Deputation nach Friedrichsruh gebracht hatten, wurden dem 3 Uhr 23 Minuten abgehenden Zuge angehängt, der die Herren Reichsboten mit ihren Damen nach Hamburg führte, wo sie zunächst eine Besichtigung der Hafenanlagen vorzunehmen gedachten.

Zum Schluß lassen wir die interessante Liste der Namen der Reichstags-Abgeordneten folgen, die an der Huldigungsfahrt nach Friedrichsruh theilgenommen haben. Es waren die Herren Abt-Ensheim in der Pfalz; Bantleon, Oeconomierath in Waldhausen in Württemberg; Bassermann, Rechtsanwalt in Mannheim; Dr. Blanckenhorn, Bürgermeister in Müllheim in Baden; Dr. Böhme, Justizrath in Annaberg; Boltz, Justizrath in Saarbrücken; Dresler, Commerzienrath in Creuzthal, Kreis Siegen; Feddersen, Landmann in Südergaarden bei Hoyer; Fink, Landwirth und Kreisdeputirter in Weyer, Reg.-Bez. Wiesbaden; Frank, Landwirth in Pforzheim; Dr. Hasse, Professor in Leipzig; Hische, Director der Zuckerfabrik Bennigsen; Hofmann-Dillenburg, Amtsrichter in Rennerod; Hosang, Gutsbesitzer in Sommersdorf, Reg.-Bez. Magdeburg; Jebsen, Schiffsrheder in Apenrade; Jorns, Fabrikant in Osterode a. H.; Kraemer, Bürgermeister in Kirchen a. d. Sieg; Münch-Ferber, Commerzienrath in Hof in Bayern; Graf von Oriola, Gutsbesitzer in Büdesheim in Oberhessen; Dr. Osann, Rechtsanwalt in Darmstadt; Dr. Pieschel, Amtsgerichtsrath in Erfurt; Placke, Kaufmann in Aken a. Elbe; Rimpau, Rittergutsbesitzer in Emersleben, Kreis Halberstadt; Rothbarth, Oeconomierath in Triangel bei Gifhorn; Schulze-Henne, Gutsbesitzer in Lohne, Kreis Soest; Walter, Mühlenbesitzer in Groß-Heringen i. Thür.; Wamhof, Hofbesitzer in Schledehausen, Kreis Osnabrück; Weber, Viceconsul a. D. in Heidelberg.

* * *

Die Getreuen in Jever hatten zum 1. April wieder ihre hundert Kiebitzeier nach Friedrichsruh gesandt mit folgendem Gedichtchen von Professor Bader:

Wenn Kiewit kummt, makt wi uns prat
To Vörjahrssaat,
Un bidd't um moi Jahr.

Wenn Kiewit röppt, denkt wi an Di
Un dankt wie Di
Vör mannig moi Jahr.

Wenn Kiewit leggt, dann griept wi to
Un grad'leert un wünscht darto
Di mannig moi Jahr!

Darauf erging unter dem 23. April aus Friedrichsruh folgende Antwort des Fürsten:

Ihre freundliche Sendung ist zum 1. April wohlbehalten eingetroffen, und die Eier waren alle vorzüglich.

Die plattdeutschen Begleitverse Ihrer liebenswürdigen Gaben erhalte ich stets mit besonderem Vergnügen und habe in diesem Jahre das lange nicht gehörte Wort „moi" darin wieder begrüßt, welches mir aus einer Reise durch Holland und Friesland lebhaft in Erinnerung ist und sich in Pommern in der Form „moilich" oder „mojelich" wiederfindet. Möchte der beginnende Sommer auch bei Ihnen für Stadt und Land gedeihlich werden, wie der gute Anfang es hoffen läßt. Mit diesem Wunsche verbinde ich den Ausdruck meines herzlichen Dankes für das neue Zeichen Ihrer freundschaftlichen Gesinnung. v. Bismarck.

* * *

Unter dem 23. April wird den „Hamb. Nachr." aus Friedrichsruh gemeldet:

Folgende Depesche ist gestern aus Chicago an den Fürsten Bismarck gerichtet worden:

„Deutsche Verehrer des Schöpfers des Deutschen Reiches senden Durchlaucht bei Einweihung der Bismarckhalle herzlichen Gruß."

Der in San Francisco in englischer Sprache erscheinende „San Francisco Daily Report" brachte in seiner Nummer vom 31. März dieses Jahres eine Schilderung der in Friedrichsruh anläßlich des Geburtstages des Fürsten stattfindenden Huldigungen mit Bildern der fürstlichen Familie. Das Blatt knüpft daran die Bemerkung, daß einem gewesenen Minister noch niemals derartige Ovationen dargebracht worden seien. Die amerikanischen Kundgebungen beweisen aufs Neue das hohe Maaß der Verehrung, das Fürst Bismarck im fernsten Auslande bei den dort lebenden Deutschen genießt, und das große Interesse, das auch fremde Nationen noch immer an ihm nehmen, obwohl er nicht mehr im Amte ist.

* * *

Am 24. April waren 10 Jahre verflossen, seit Deutschland in die Reihe der Colonialmächte eingetreten war. Zur Feier des Tages vereinigten sich

die Mitglieder der Deutschen Colonialgesellschaft, Abtheilung Berlin, zu einem Festmahl und sandten von da aus folgendes Telegramm an den Fürsten Bismarck:

„Die Abtheilung Berlin der deutschen Colonialgesellschaft feiert heute den Tag des zehnjährigen Bestehens deutscher Colonien. Sie gedachte Ew. Durchlaucht nach der warm empfundenen Rede des Vorsitzenden durch einen urkräftigen Salamander, spricht Ihnen in vollster Ehrerbietung ihren tiefempfundenen Dank für die Erwerbung unseres überseeischen Besitzes aus und hofft, daß der Bismarck'sche Geist lebendig bleiben werde im deutschen Volke zum Segen unserer Colonien und unseres deutschen Vaterlandes."

* * *

Am 26. April (M.-A.) schreiben die „Hamb. Nachr.":

Der „Berl. Börs.-Cour." bespricht die neuliche Rede des Fürsten Bismarck (an die national-liberalen Abgeordneten) und sagt mit Bezug auf den Passus derselben über die Trennung der beiden höchsten Aemter im Reiche und in Preußen:

„Die Hauptsache ist, daß sein (also des Kanzlers) Einfluß im preußischen Staatsministerium ein großer ist."

Damit kehrt das Blatt das Verhältniß um. Die Hauptsache ist im Gegentheile, daß der Einfluß des Staatsministeriums auf den Reichskanzler nicht nur ein großer, sondern auch entscheidend sei, indem der Reichskanzler im Bundesrathe lediglich der Bevollmächtigte des preußischen Staatsministeriums ist.

Der Artikel sagt weiter:

„..... und daß das preußische Staatsministerium in keiner wichtigen Frage einen Beschluß faßt, der seinen (des Kanzlers) Intentionen zuwiderläuft."

Gerade umgekehrt würde richtig sein: daß der Reichskanzler als Bevollmächtigter des preußischen Staatsministeriums nichts spricht, was den Intentionen des Letzteren zuwiderläuft.

Der Artikel schließt:

„Im Reiche stehen hinter dem Reichskanzler unter allen Umständen die zehn preußischen Minister und 500 preußische Geheimräthe."

Dies doch nur dann, wenn das preußische Staatsministerium als Vollmachtgeber dem Reichskanzler Instruction und Vollmacht ertheilt hat.

Der Reichskanzler ist verpflichtet, sich in seinen amtlichen Aeußerungen in dem Rahmen dessen zu halten, wozu er vom preußischen Staatsministerium die Vollmacht besitzt oder voraussetzen darf, und er kann über Reichssteuerfragen, wie z. B. über die Biersteuer, sich nicht amtlich aussprechen, ohne das Staatsministerium vorher gefragt zu haben; er

kann auch das Staatsministerium nicht binden durch seine erfolgten selbstständigen Erklärungen in dieser Sache.

Die Umkehr dieser klaren und einfachen Verhältnisse, wie sie in dem oben citirten Artikel des „Berl. Börs.-Cour." und in manchen anderer officiöser Blätter versucht wird, zeugt davon, wie berechtigt der Vorwurf mangelhafter Kenntniß unserer Verfassungsbestimmungen ist.

Im Anschluß hieran theilen wir noch folgende Ausführungen der Münchener „Allg. Ztg." mit:

„Vor sechs Monaten war die Sache noch verhältnißmäßig weniger klar entwickelt, man hatte es anscheinend mehr mit einer Frage der staatsrechtlichen Theorie als der praktischen Bedeutung zu thun. Allerdings war die Militairvorlage als ‚Präsidialvorlage' eingebracht worden, ein Begriff, den die Verfassung gar nicht kennt und der innerhalb derselben auch keinen Raum hat; sodann stand fest, daß der preußische Finanzminister über die Wirkungen, welche der deutsch-österreichische Handelsvertrag auf die Finanzen des Reichs und damit auch Preußens, voraussichtlich üben mußte, nicht befragt worden, ja, daß er bei den Verhandlungen in keiner Weise vertreten gewesen war: die ganze Sache war einfach „von Reichswegen" abgemacht worden. Dann war die Frankfurter Ministerconferenz vom Reichskanzler einberufen und wurde von einem diesem nachgeordneten Beamten präsidirt. War es der genius loci des alten Bundestagspalastes, der diese fast bundestägliche Reminiscenz wieder wachrief? Einer Versammlung, die aus dem preußischen, bayrischen, sächsischen u. s. w. Finanzminister, also aus Collegen des Herrn Reichskanzlers und amtlich ihm völlig gleichberechtigten Persönlichkeiten bestand — präsidirte ein Untergebener des Reichskanzlers, wo Vorsitz und Leitung ausschließlich dem preußischen Finanzminister gebührten. Hier beginnt die Frage schon augenfällig praktisch zu werden, und es enthüllt sich die Thatsache, daß Graf Caprivi, nachdem er von der Leitung Preußens entbunden worden ist, begonnen hat, sich eine neue Regierung, eine ‚Reichsregierung' zurecht zu machen, an deren Spitze er, losgelöst vom preußischen Staatsministerium und ohne dieses zu befragen, Functionen ausübt, die ihm nicht zukommen. Hätte Fürst Bismarck seinerzeit Aehnliches gethan, welche Aufregung wäre in der ganzen oppositionellen Presse entstanden! ‚Hausmeierthum', ‚ministerieller Despotismus', ‚Kanzlerwillkür' und wie alle die Bezeichnungen lauteten, welche die clericale und die demokratische Opposition gegen den alten Kanzler stets in Bereitschaft hatten, die aber seinem Nachfolger gegenüber vollständig verstummen — weil man in jenen Kreisen diesen Nachfolger nicht fürchtet, im Gegentheil, mit ihm die eigenen Parteizwecke am besten zu fördern hofft. Erstaunlich bleibt, daß die einzelnen

Regierungen dazu geschwiegen haben. Vielleicht lüftet einmal eine spätere Zeit den amtlichen Schleier von manchen Vorgängen, thatsächlich aber kann die ‚Kanzlerwillkür' nicht größer, der ‚ministerielle Despotismus' nicht stärker sein, als wenn der Reichskanzler — selbstverständlich bona fide — Befugnisse sich beilegt und ohne jeden Einspruch von anderer Seite ausübt, zu denen er verfassungsmäßig gar nicht berechtigt ist. Auch die Duldung dieses Zustandes von Seiten der Einzelregierungen war und ist durchaus verfassungswidrig. Die Früchte dieses Geschehenlassens von Seiten der einzelnen Regierungen ließen nicht lange auf sich warten: ohne jede Ermächtigung von Seiten des Bundesraths oder auch nur des preußischen Staatsministeriums, ohne den preußischen Finanzminister auch nur befragt zu haben, gab der Herr Reichskanzler in der Sitzung des Reichstages vom 15. Juli v. J. ohne Weiteres jede Erhöhung der Brausteuer in aller Form preis, und wenige Monate später erfuhr man aus den Zeitungen, daß der Abg. v. Jazdzewski auch in Bezug auf die Wünsche der Polen im Besitz von schriftlichen Zusagen des Herrn Reichskanzlers sei. Daß der preußische Ministerpräsident dem Bundesrath nicht angehört, ist ein Zustand, der den Grundgedanken der Reichsverfassung auf den Kopf stellt. Aus dieser Loslösung des Grafen Caprivi vom preußischen Staatsministerium erwächst die ‚Reichsregierung', die wir täglich mehr in den Vordergrund treten sehen, während der berechtigte, verfassungsmäßig nothwendige und gebotene Einfluß Preußens mehr in den Hintergrund tritt."

* * *

Eine Abordnung **bergischer Frauen und Jungfrauen** kommt am 26. April nach Friedrichsruh, um dem Fürsten Bismarck eine kunstvoll ausgestattete Huldigungsadresse zu überreichen. Die „Elberf. Ztg." bringt darüber folgenden von den „Hamb. Nachr." wiedergegebenen Bericht:

Die um 12,33 Uhr vom Hamburg eingetroffene Abordnung der bergischen Frauen und Jungfrauen wurde am Bahnhof durch Dr. Chrysander und Oberförster Lange aufs Liebenswürdigste empfangen und sodann in zwei Wagen zum Schlosse gefahren. Die Art des Empfanges durch den Fürsten Bismarck war für die Damen überwältigend; auch die Fürstin und Gräfin Rantzau waren anwesend. Der Vortrag der poetischen Adresse durch die Verfasserin Frau Eduard Springmann sprach den Fürsten sichtlich durch den warmen Herzenston an.

Der Fürst erwiderte etwa Folgendes:

Ich danke Ihnen, meine Damen, für die hohe Ehre, die Sie mir erzeigen durch Ihren Besuch und durch die Gabe der mit so vollendeter Kunst ausgestatteten Adresse. Nicht mit allen Ehren ist Vergnügen ver-

bunden, diese heutige aber ist mir sicher nicht nur Ehre, sondern auch erfreulich als Unterbrechung meiner Einsamkeit. Wenn ich von Einsamkeit spreche, so nehmen Sie das nicht als eine Klage. Ich bin hier im Walde lange nicht so einsam, wie oft in den vorhergehenden dreißig Jahren. Man ist immer am einsamsten in großen Städten, am Hofe, im Parlamente, unter seinen Collegen; dort fühlt man sich mitunter wie unter Larven die einzig fühlende Brust. Aber im Walde fühle ich mich niemals einsam, das muß in der Natur des Waldes begründet sein. Ich weiß nicht, ob Sie in Ihrem Leben so viele Förster kennen gelernt haben wie ich; aber ich habe vorwiegend zufriedene Förster gekannt. Die Waldeinsamkeit muß für Deutsche etwas Befriedigendes haben, und die amtliche Thätigkeit eines Ministers muß andere Wirkungen haben, denn ich habe nie einen zufriedenen Collegen gekannt, ebensowenig einen zufriedenen Parlamentarier, und ich habe früher, als ich noch im Amte war, immer davon geträumt, daß Gott mir nachher noch ein Jahrzehnt lassen möchte, um meinen Neigungen im Land- und Waldleben wieder nachzugehen. Es ist vielleicht vierzig Jahre her, da fragte mich einmal ein hannöverscher Freund über meine Zukunft, und ich sagte ihm, ich hoffte noch zehn Jahre Gesandter zu sein — das traf zu, denn es war im Jahre 1852. Dann sagte ich weiter: „Und dann zehn Jahre lang Minister, die letzten zehn Jahre aber still zu Hause auf dem Lande." Bei den zehn Jahren Minister ist es nun nicht geblieben, und ob die letzten zehn Jahre mir noch von Gott bewilligt sind, das weiß ich nicht.

Aber es war immer das Ziel, welches ich mir gesteckt hatte, im Landleben zu endigen, und das Pflichtgefühl ist es allein, das mich so lange im Dienste gehalten hat. Meine Gesundheit litt von Anfang an unter dem Widerspruche dessen, was ich machen wollte, und dessen, was ich durchbringen konnte, bei den immerwährenden Intriguen von oben und von unten. Daher war es mir 1877 mit meinem Abschiedsgesuche beim alten Kaiser völlig ernst. Auch vom Hofe und von alten Freunden wurde ich damals im Stiche gelassen. Da kam 1878 nachher das Attentat von Nobiling, und ich sah den alten Herrn in seinem Blute liegen und so verbunden wie ein Kind in seinen Wickeln, und da sagte ich mir: es geht nicht, daß ich weggehe, und da mußte ich bleiben.

Immer Kampf, immer Aerger, immer Intriguen; und dann kam der arme Kaiser Friedrich zur Regierung und verlangte, daß ich bliebe. — Aus alledem werden Sie entnehmen, daß ich zufrieden war, wie ich endlich, ohne Gefühl einer Pflichtverletzung, meiner Neigung folgen konnte, auf dem Lande still zu leben. Und einsam bin ich auch dadurch nicht geworden, weil ich in Deutschland viele Freunde habe und, was noch fester hält, viele politische Freundinnen. Die Frau hält die als richtig

erkannten Meinungen fester, und es ist nicht leicht, eine Frau politisch zu überreden. Um so dankbarer bin ich, daß ich Sie, meine Damen, nicht zu überreden nöthig habe, sondern Ihres Wohlwollens versichert bin. Das ist ein gutes Zeugniß für mich, daß nach dreißigjähriger Wirksamkeit, die von meinen Gegnern stets mit der Lupe betrachtet wurde, und wo meine Fehler gewiß ans Licht gekommen sind, ich doch noch Freunde besitze. Und ich danke Ihnen und allen an der Adresse betheiligten Damen nochmals von Herzen dafür, daß Sie mir hiervon einen erneuten Beweis geben.

Nach Besichtigung der Adresse fügte der Fürst hinzu:

Eine so warme Begrüßung, meine Damen, wie die Ihrige, habe ich aus Preußen bisher noch nicht erhalten. Ueber die Herstellung des Reiches waren die Nichtpreußen in Deutschland im Ganzen mehr erfreut, als viele Preußen — die Rheingegend machte eine Ausnahme. Elberfeld ist der erste preußische Bezirk, aus dem eine so markante Kundgebung des Wohlwollens für mich erfolgt. Ich bin überzeugt, es giebt am Rheine Viele, die so denken wie Sie, und im Osten Manche, aber im Osten ist der preußische Particularismus ziemlich stark, und es giebt Viele, die mir noch immer nicht vergeben können, daß jetzt anstatt der 50 Millionen Deutsche es nicht 50 Millionen Preußen giebt. Aber es wird meinen preußischen Landsleuten doch noch klar werden, daß die Rolle, welche die Regierung Friedrich Wilhelm's III. 1815 übernommen hatte, mit den damals nur 10 Millionen, welche Preußen an Einwohnern zählte, eine Großmacht zu spielen, nicht durchführbar war, und daß es doch etwas Andres ist, wenn 50 Millionen Deutsche zusammenstehen. Mit der Zeit werden auch meine östlichen Landsleute zu der Erkenntniß kommen, daß es auch für sie seit 1866 besser geworden ist.

Hierauf wurde das Schriftstück verlesen, in dem die Abordnung bekundete, daß von den aus allen Kreisen mit Begeisterung dargebrachten Spenden zum dauernden Gedächtniß an den machtvollen Schöpfer der deutschen Einheit in dem wieder aufgerichteten Stammschlosse der bergischen Fürsten zu Burg an der Wupper ein dem Meister Th. Rocholl in Düsseldorf zur Ausführung übertragenes historisches Gemälde gestiftet werden sollte — eine Idee, die der Fürst mit großer Freude aufnahm. An den Empfang schloß sich unter lebhaftester Unterhaltung ein gemeinsames Frühstück im Schlosse, welches $1^1/_2$ Stunden währte. Jede Dame erhielt vom Fürsten ein Autograph und eine Rose, Fürst Bismarck begleitete nach Aufhebung der Tafel die Damen bis zu den für sie bereitstehenden Wagen. Hier erfolgte eine herzliche Verabschiedung, welche in ein Hoch der Frauen auf den Fürsten ausklang. Dieser winkte mit seinem Schlapphut, bis die Wagen verschwanden.

Die Abordnung bestand aus folgenden Damen: die Frauen Eduard Springmann, Ernst Scherenberg aus Elberfeld, Albert Molineus, Heinrich Grote jr. aus Barmen, Landrath Königs, Herm. Schröder aus Lennep, Commerzienrath Hasenclever und Heinrich Böker aus Remscheid.

Die Adresse ist mit zwei künstlerisch ausgeführten Blättern von Th. Rocholl in Düsseldorf geschmückt. Das erste stellt die jubelnde Huldigung der bergischen Frauen und Jungfrauen für den Fürsten dar, das zweite umrahmt ein Gedicht mit überaus charakteristischen Scenerien des bergischen Landes und des Wupperthales, durch volksthümliche Gestalten belebt. Die Einbanddecke ist ein Meisterwerk in Lederpressung mit Silber- und Goldbeschlag, trägt in mattem Silber in der Mitte das erhaben ausgeführte Bismarck'sche Wappen, oben und unten, rechts und links die Wappen von Elberfeld, Barmen, Remscheid und Lennep. Die Bogen mit den zahlreichen Unterschriften aus den großen, kleinen und kleinsten Orten des bergischen Landes sind in der Mappe enthalten.

* * *

Die „Hamb. Nachr." bringen am 27. April (A.-A.) folgende Erörterung:

Die Landwirthschaft und Artikel 4 der Reichsverfassung.

In der „Germania" und in vielen Blättern fortschrittlicher, Richter'scher Färbung wird ein großer Lärm darüber geschlagen, daß Fürst Bismarck in seiner Rede an die nationalliberalen Abgeordneten gesagt habe:

„Die Annahme, daß die Landwirthschaft die Reichsgesetzgebung nichts anginge, weil sie unter Artikel 4 der Verfassung nicht aufgeführt sei, zeigt ja doch einen Mangel an Vertrautheit mit unserem Verfassungsleben, mit den Absichten der Gesetzgeber, mit unserem ganzen wirthschaftlichen Leben, wie ich ihn kaum für glaublich hielt, und wie ich ihn nicht an so hoher Stelle gesucht hätte. In jenem Artikel der Verfassung ist auch kein anderes Gewerbe (ausdrücklich) genannt, und man könnte mit demselben Recht sagen, alle Handwerker, seien es Schuhmacher, Schmiede oder sonst irgendwelche, gingen das Reich und seine wirthschaftliche Gesetzgebung nichts an."

Auf Grund dieses Wortlautes, und indem sie proclamiren, daß in Artikel 4 der Verfassung der Gewerbebetrieb einschließlich des Versicherungswesens angeführt sei, geben sich die genannten Blätter die größte Mühe, den Nachweis der Unbekanntschaft mit der Reichsverfassung bei dem Redner selbst zu führen, und bestreiten dadurch, daß die Landwirthschaft ein Gewerbe sei gleichberechtigt mit den anderen Gewerben. Ebenso wenig aber wie in dem Reichsverfassungstexte Ziegelei- und Brennereigewerbe namentlich aufgeführt sind, ebenso wenig ist dies mit der Landwirthschaft der Fall gewesen.

Der Artikel 4 der Verfassung schließt sogar in dem Gewerbebetrieb ausdrücklich das Versicherungswesen ein, über dessen gewerblichen Charakter man weit eher streiten könnte, als über den der Landwirthschaft.

Wie weit der Ausdruck „Gewerbebetrieb" die Competenz der Reichsgesetzgebung über jedes einzelne Gewerbe begründet, steht hier nicht in Frage, aber jedenfalls ist die Andeutung in der Rede des Fürsten Bismarck vollständig richtig, daß aus der Nichtnamhaftmachung des landwirthschaftlichen Gewerbes dessen Ausschluß aus der Competenz der Reichsgesetzgebung ebenso wenig gefolgert werden kann, wie der jedes anderen Gewerbes, wenn deren keines namhaft gemacht und nur das Versicherungswesen ausdrücklich bezeichnet ist. Der Vorwurf der genannten Blätter, den Artikel 4 nicht gelesen zu haben, dürfte also auf sie selbst zurückfallen, wenn sie nicht die unhaltbare Behauptung aufstellen wollen, daß das landwirthschaftliche Gewerbe, das wichtigste aller in Deutschland betriebenen, überhaupt kein Gewerbe sei, und daß die Theilnahme an den Wohlthaten der Reichsgesetzgebung für den einzelnen Deutschen davon abhängig sei, ob er bei seiner Berufswahl auf dieselbe verzichtete, indem er das landwirthschaftliche Gewerbe erwählte, oder sie sich aneignete, indem er sich ausschließlich dem Berufe der „Aerzte, Thierärzte, Zahnärzte und Apotheker" zuwenden wollte, die in unserer Reichsgesetzgebung unter die Gewerbe ausdrücklich gerechnet sind.

Aus der Nichterwähnung der Landwirthschaft in dem Verzeichnisse der Competenzbestimmungen in Artikel 4 Nr. 1 der Verfassung den Schluß zu ziehen, daß die Reichsverfassung eine Sorge für die Landwirthschaft durch das Reich nicht kenne, das sind wir wohl berechtigt als einen Beweis des Mangels an Vertrautheit mit dem Geiste der deutschen Sprache zu bezeichnen.

Die Landwirthschaft ist ein Gewerbe so gut wie jedes andere, nach unseren sprachlichen und legislativen Gewohnheiten wird sie mit höherem Rechte unter den „Gewerbebetrieb" gerechnet als manche anderen Berufsclassen, welche die Reichsgesetzgebung, seit sie besteht, stets als zu ihrer Competenz gehörig betrachtet hat. Wenn aber die alten Reichs- und Kanzlerfeinde dem Fürsten Bismarck auf anderem Wege nichts anzuhängen wissen, so suchen sie es auf dem der Vergewaltigung unserer Sprache und der Logik.

* * *

Mit einem Sonderzuge trafen am Himmelfahrtstage dem Vormittag des 3. Mai 453 Mitglieder des **Verbandes der Militairvereine des südwestlichen Holsteins** in Friedrichsruh ein, um, begleitet von etwa siebzig Damen, dem **Fürsten Bismarck** ihre Huldigung darzubringen.

Unter Aufsicht des Verbands-Vorstandes, bestehend aus den Herren Bankcassirer L. Weyl, Lehrer M. F. Riecken, Oberpostassistent A. Jensen und Architect H. Wiese, erfolgte die Aufstellung des Zuges, der sich um ein Uhr unter Vorantritt der Damen und unter den Klängen des Preußenmarsches, gespielt von der in Uniform erschienenen Capelle der 16. Lüneburger Dragoner, von dem der Oberförsterei gegenüber liegenden Eingang aus in den Park begab. Dort gruppirten sich die Vereine im Halbkreis um den an der Rückseite des Schlosses befindlichen Altan, auf den Fürst Bismarck beim Nahen des Zuges mit seiner Gemahlin und Tochter, der Gräfin Marie Rantzau, heraustrat.

Der Fürst hatte die Uniform der Halberstädter Cürassiere und den Orden pour le mérite angelegt; sein Haupt war mit der Mütze bedeckt.

In dem Zuge befanden sich etwa 20 Officiere in Uniform, auf die der Fürst alsbald zuschritt, um fast mit jedem einzelnen ein Gespräch zu führen, während die Aufstellung der Vereine ihren Fortgang nahm. Sodann lud der Fürst die Officiere ein, ihm auf den Altan zu folgen, um von dort aus dem Verlaufe der Ovation beizuwohnen.

Nachdem die Fahnenträger der einzelnen Vereine in den inneren Kreis getreten waren, und jeder seinen Platz eingenommen hatte, schwieg die Musik und der Vorsitzende des Verbandes, Herr Ludwig Weyl, trat vor, um eine Ansprache an den hart an der Brüstung des Balcons stehenden Fürsten zu halten, die mit einem Hoch auf den Gefeierten schloß.

In die brausenden Hochrufe der Versammelten mischten sich die Klänge des von der Musik gespielten „Deutschland, Deutschland über Alles", in das Damen wie Herren alsbald einstimmten, so daß das herrliche deutsche Lied, als kräftiger Chorgesang so schön und voll durch den Park klang, als ob ein wohlgeschulter Gesangverein sein Concert abhielte. Weihevolle Stimmung und echt aufrichtige Begeisterung brachten hier offenbar zu Wege, was Fleiß und Uebung oftmals minder gut gelingt.

Der Fürst entgegnete auf die Ansprache des Herrn Weyl Folgendes:

Meine Herren Kameraden und Nachbarn!

Ich danke Ihnen von Herzen für Ihre Begrüßung und dem Herrn Redner für die warmen Worte, in denen er derselben Ausdruck gegeben hat. In dieser doppelten Eigenschaft, wie ich Eingangs mich ausgedrückt habe, danke ich Ihnen als Nachbarn und Kameraden. Als Nachbar einmal als ein verhältnißmäßig neuer Genosse ihres landwirthschaftlichen Verbandes und der Provinz, die wir bewohnen, in der ich erst seit einigen zwanzig Jahren zugezogen bin. Daß Sie mich in so herzlicher Weise willkommen heißen, thut mir wohl und liefert mir den Beweis, daß die Meinungsverschiedenheiten, die bis vor dreißig Jahren über die Zukunft

der Herzogthümer bestanden haben können, heutzutage ausgeglichen sind durch das Gefühl der nationalen Zusammengehörigkeit und des gegenseitigen Wohlwollens. Und das ist immer ein wohlthuendes Zeugniß.

In der Eigenschaft als Kameraden ist mir Ihr Gruß besonders wohlthuend. Er beweist die Erstarkung der Theilnahme an unseren Einrichtungen wie sie in allen Theilen des deutschen Volkes stattfindet. Wenn sich in den drei Kreisen, die hier repräsentirt sind, zwanzig und vielleicht mehr Vereine gebildet haben, welche mit Zufriedenheit an ihren Dienst im preußischen oder sagen wir deutschen Heere denken, so ist das einmal ein Beweis, wie tief die Erkenntniß des Wesens des Heeres, Wächter der Unabhängigkeit, des Friedens der deutschen Nation zu sein, in der Volksstimmung durchgedrungen ist, und wie der militairische Sinn sich bei uns ausgebildet hat. Die Kriegervereine, Militairvereine und welchen Namen Sie sich sonst beilegen mögen, haben sich in erfreulicher Weise über ganz Deutschland, zwischen Ostsee und Bodensee ausgebreitet. Es existiren Hunderte und Tausende wie Sie, die zum Verein zusammengetreten sind, um die kameradschaftlichen Beziehungen fortzusetzen und die Erinnerungen zu pflegen, die ihnen lebendig geblieben sind, seitdem sie bei der Fahne dienten.

Ich habe das selbst in meinem Privatleben ja durchgemacht, wie das Gefühl, in die Armee einzutreten, in Reih und Glied zu stehen, auf den Einzelnen wirkt. Man giebt einen Theil der eigenen Freiheit auf, aber doch nur für den Preis, daß man an dem Schutze, dem Gefühle der Sicherheit, kurz an allen Vortheilen der Waffengenossenschaft theilnimmt.

Ich erinnere mich, daß, als ich als Gardejäger in Reih und Glied eingetreten war, mich ein Gefühl der Sicherheit überkam, auch im eignen Gewissen: Ich hatte nur zu thun, was befohlen war, und war nichts befohlen, so war nichts zu thun. Das ist ein beruhigendes Gefühl, dieser Mangel an Verantwortlichkeit, das ich nachher als Civilist, und am wenigsten als Minister niemals wieder gehabt habe. Das Gefühl, nicht verantwortlich zu sein, sondern durch höheren Befehl bis zur königlichen Unterschrift hinauf gedeckt zu sein, hat etwas Beruhigendes im Gewissen. Wer die Wahl hat, hat die Qual, und wer als Minister die Aufgabe hat, etwas durchzusetzen, der ist für den Erfolg oder Mißerfolg seiner Entschließungen vor seinem eigenen Ehrgefühl und vor der öffentlichen Meinung verantwortlich, wenn das Ehrgefühl so weit reicht, daß selbst die königliche Unterschrift ihn nach seinem eigenen Gefühl noch *nicht* deckt, wenn er nicht Alles gethan hat, was er konnte, und wenn er nicht das Richtige gewählt hat. Ein hohes Ehrgefühl macht die Stellung eines leitenden Ministers außerordentlich schwierig. In den Kämpfen, die wir geführt haben, gewinnt man ja eine große Anzahl

von Gegnern, die mir auch jetzt nach vier Jahren, die ich außer Dienst bin, nicht vergeben, daß ich immer noch lebe und noch keine Buße gethan habe.

Es ist mir eine Genugthuung, daß jetzt in den Zeitungs-Artikeln selten politische Maßregeln aus der Zeit meines Wirkens als Minister getadelt werden, gewöhnlich wird nur mein persönlicher Charakter angegriffen; der wird als übel dargestellt. (Heiterkeit.) Das gebe ich den Herren ja gerne zu, aber es ergiebt sich daraus, daß sachlich nichts zu erinnern war. Mich haben die Urtheile der Gegner niemals irritirt. Wenn Freunde von mir abfielen, so war mir das schmerzlich.

Ein Feind aber kann mir nicht wehe thun. Wenn die Franzosen auf uns schossen, so war uns das selbstverständlich, und wird man verwundet, so geht man ins Lazareth. Wenn aber hinter uns aus dem Gliede auf uns geschossen wird: das ist eine andere Sache. Mir ist das in der Politik mitunter passirt.

Meine Gegner haben jetzt das Bedürfniß, in mir einen Menschen zu sehen, der sich unglücklich fühlt und vor der Begierde brennt, in den alten Arbeitszwang zurückzukehren. Es liegt darin ein Mangel an psychologischem Urtheil. Was sollte mich dazu bewegen, wieder in den Dienst zu treten? Ich bin zehn Jahre länger als mit meinen Wünschen übereinstimmte, lediglich aus Pflichtgefühl im Amte geblieben. Ich konnte die Ansammlung von Erfahrungen und von Vertrauen, welche ich in meinen Beziehungen im In- und Auslande gemacht hatte, Niemandem hinterlassen, und mein Ehrgefühl gebot mir, im Dienst zu bleiben, wenn er auch noch so unbequem war.

Nachdem ich der Ehrenpflicht ledig gesprochen, weiß ich doch nicht, was in der Welt mich bestimmen sollte, in frühere Zwangsverhältnisse zurückzukehren. Ich habe wenig Sinn für äußere Auszeichnungen, für Rang, Titel, Orden; ich bin damit längst übersättigt worden. Ich bin nie herrschsüchtig gewesen, ich bin mit dem, was ich bin, vollständig zufrieden; ich hatte immer mehr das Bedürfniß, nicht zu gehorchen, als das, Andern zu befehlen. Ich habe das Gefühl der Verstimmung, wenn man mich verdächtigt, wieder in die amtliche Stellung eintreten zu wollen. Es erinnert mich das an Hamlet, der, nach dem Grund seiner Verstimmung gefragt, als Kronprinz antwortet: „Es fehlt mir an Beförderung." — Was kann mir in der Richtung fehlen? Ich kann und will nicht mehr werden, als ich bin; ich könnte nur von der Höhe meiner Erinnerungen heruntersteigen, wenn ich irgendwie ehrgeizige Bestrebungen hätte.

Ich würde auf solche Dinge Ihnen gegenüber in befreundetem Kreise, wie ich hier spreche, nicht gekommen sein, wenn meine Gegner sich nicht durch die Sorge vor meiner Wiederkehr aufregten und die Lüge von

meinem unbefriedigten Ehrgeize verbreiteten. Es ist ja rein lächerlich. Was sollte ich in der Welt noch werden im 80. Jahre? Es ist ja mancher Minister vor mir in ähnlicher Lage gewesen. Einer, der mir besonders interessant war, war der Fürst Metternich, mit dem ich in meinen jungen Jahren in nähere Beziehung gekommen bin. Nun, auch der hatte lange Jahre an der Spitze der Politik nicht nur seines Vaterlandes, sondern man kann wohl sagen, Europas gestanden. Er wurde plötzlicher und unerfreulicher als ich abgeschoben und mußte verkleidet fliehen; ein späterer College von mir, als Fiakerkutscher verkleidet, brachte ihn in Sicherheit aus Wien heraus. Nach so großer und glänzender Vergangenheit mußte er das erleben; und als ich ihn bald nachher traf, habe ich ihn heiter und zufrieden gefunden und er sagte: „Ich bin froh, daß ich aus der Galeere heraus bin. Früher war ich ein Schauspieler auf der Bühne, jetzt ein Zuschauer im Parket." Nun Fürst Metternich hatte dagegen nicht einmal das Gegengewicht in dem Wohlwollen seiner Landsleute, wie ich es genieße. Ich habe nie gehört, daß nach dem Jahre 1848 aus Oesterreich Deputationen an den Fürsten Metternich nach Wien gekommen wären, die ihm gedankt hätten für das, was er für das Vaterland gethan hatte. Dies Gegengewicht fehlte ihm, und doch war er glücklich und zufrieden, daß er „raus" war aus dem, was er die Galeere nannte. Und so bitte ich Sie, auch von mir überzeugt zu sein, daß ich nicht unzufrieden, sondern daß ich Gott dankbar bin, daß er mir, bevor er mich abruft aus dieser Welt, eine Zeit beschaulicher Ruhe gewährt. Auf die Aussprache meiner Ansicht über Dinge, die ich 40 Jahre lang amtlich betrieben, brauche ich darum nicht zu verzichten, aber von politischem Ehrgeiz bin ich vollständig frei.

Aber meine Herren, wir begegnen uns heute als Soldaten, und ich will daher auf das politische Gebiet mich nicht begeben. Unsere Politik als Soldaten beschränkt sich auf den Gedankenkreis, dem wir dadurch Ausdruck geben, daß wir zusammen ein Hoch ausbringen auf den Kaiser, unsern gemeinsamen Kriegsherrn. Er lebe hoch!

Zum Hoch der Versammelten setzte die Militaircapelle mit dem „Heil Dir im Siegerkranz" ein. Der Fürst stieg vom Altan herab und begann die Reihen der alten Krieger zu durchschreiten, wobei er sich an viele der zum Theil mit Kriegsdecorationen geschmückten Männer mit Fragen nach ihrer Heimath und ihrer Militairzeit wandte. Wiederholt bediente der Fürst, der vortrefflich aufgelegt schien, sich in scherzhaftem Gespräch der plattdeutschen Sprache; so bemerkte er gegen einen Itzehoer, der auf eine Frage des Fürsten nach dem Alter seiner Heimathstadt mit Stolz geantwortet hatte: „Ueber Tausend Jahre, Durchlaucht!" mit zweifelnder Miene: „Is dat nich to veel?"

Aber der Itzehoer ließ nicht mit sich handeln und gab schlagfertig die Jahreszahl 808 als Gründungsjahr seiner Vaterstadt an, worauf der Fürst einlenkend meinte: „Na, Sie mögen wohl Recht haben.“ —

Einen älteren Biedermann, dessen Garderobe in ihrer schmucklosen Einfachheit mit dem Vorhemd aus schwarzem Stoff und der altväterisch schwarzen Halsbinde ohne jede Spur von städtisch-steifem Halskragen in Verbindung mit der glattrasirten Oberlippe und dem das volle rothe Gesicht freesenartig umrahmenden grauen Bart seinem Besitzer einen seemännischen Anstrich gab, fragte der Fürst: „Sie haben wohl bei der Marine gedient?“ Aber die Antwort lautete: „Nein Durchlaucht, zu Lande“, was den Fürsten zu dem Geständniß veranlaßte: „Ich hätte Sie nach der ‚Waterkant‘ taxirt.“

Ein anderer strammer alter Graubart, den der Fürst nach dem Jahrgang seiner Dienstzeit befragte, gab zur Antwort: 1848/50, und setzte zur näheren Charakterisirung seiner Landsmannschaft hinzu, er stamme aus der Gegend, wo man „Jungs holt fast“ zu sagen pflege. —

Mit einem Landmann aus der Marsch bei Pinneberg ließ sich der Fürst in eine Plauderei über die heurigen Ernte-Aussichten ein, meinte, in der Marsch seien die Leute zu beneiden, da habe man wohl nicht über Dürre zu klagen und fuhr fort: „Hier haben wir noch lange nicht genug Regen. Es ist wie ein Sieb auf unserer trockenen Geest.“ Später kam der Fürst auf die Haltung der Schleswig-Holsteiner im letzten Kriege zu sprechen und äußerte sich sehr lobend über deren militairische Tüchtigkeit:

> Die Regimenter der Provinz Schleswig-Holstein — so meinte der Fürst — haben sich im Kriege brillant benommen. Es waren doch neue Regimenter und viele ungeschulte Rekruten, die an die Strapazen des Feldzuges nicht gewöhnt waren; Schnee und Frost und zerrissene Stiefel waren böse Feinde, aber die jungen Leute thaten, als merkten sie nichts davon, und benahmen sich wie alte langgediente Krieger.

Nachdem der Fürst, leicht auf seinen Knotenstock gestützt, das stark abschüssige Terrain des Parkrasens, ohne beim Auftreten die geringste Unsicherheit zu zeigen, abgeschritten hatte, begab er sich nach dem Altan zurück und richtete von dort aus noch einige freundliche Bemerkungen an den Capellmeister der Lüneburger und an einen mit dem Eisernen Kreuz geschmückten stattlichen Wachtmeister, der bereits, wie er dem Fürsten auf Befragen angab, eine dreißigjährige Dienstzeit hinter sich hat und „dabei bleiben“ will, so lange es geht. „So geht's mir auch“, scherzte der Fürst, „ich verlange auch keine andere Versorgung.“ Die Militaircapelle concertirte noch eine Zeitlang im Park, mit dem schönen Armeemarsch Nr. 9 beginnend, und nachdem die Besucher des Fürsten im Park durch vortreffliches Bier erquickt worden waren, begaben sie sich wieder zum Bahnhof, um hoch befriedigt von dem Verlauf dieses Vormittags gegen drei Uhr die Heimfahrt anzutreten.

* * *

Folgende Berichtigung bringen die „Hamb. Nachr.“ am 5. Mai (M.=A.):

In den in London erschienenen „Diplomatischen Denkwürdigkeiten des Lord Augustus Loftus“, des ehemaligen britischen Botschafters in Berlin, wird, wie wir der Münchener „Allgem. Ztg.“ entnehmen, folgende Episode aus dem Jahre 1866 erzählt:

„Lord Augustus Loftus erhielt von Lord Clarendon, dem damaligen englischen Minister des Auswärtigen, den Auftrag, dem Grafen Bismarck zu erklären, daß es Preußen zu großer Ehre gereichen würde, wenn es, ehe es sich in den Kampf mit Oesterreich einließe, Sachwaltern sich anvertraute, auf deren Unparteilichkeit es sich verlassen könne. Graf Bismarck antwortete höflich, aber nach seiner Gewohnheit etwas ironisch. Er bat Lord Augustus, dem Lord Clarendon seinen Dank für das freundliche Interesse für Preußen zu bezeugen. Er beabsichtige, so versicherte er, keineswegs die Anwendung von Gewalt. Die Lage sei jetzt einfach die, daß das Bündniß zwischen Oesterreich und Preußen aufgehört habe. Er schloß mit der Bemerkung: „Ich möchte die Worte Richelieu's gebrauchen, welcher seiner früheren Geliebten sagte: ‚Nous ne sommes pas ennemis, mais nous ne nous aimons plus.‘ Dann fielen die Würfel.“

Dieses Citat sowohl in seinem französischen Originale wie in seiner damaligen Benutzung durch den Grafen Bismarck hat etwas anders gelautet, nämlich: Nous nous sommes aimés et nous nous aimerons plus; est-ce que c'est une raison pour nous haïr? Il y a tant de monde, qui ne se soient jamais aimés sans être ennemis.

* * *

Am 10. Mai machten die Zöglinge des Seminars in Lüneburg einen Ausflug nach Friedrichsruh, um dem Fürsten ihre Huldigung darzubringen. Der Director der Anstalt Schulrath Bünger hielt eine Ansprache an den Fürsten, die mit dem Segenswunsche schloß: „Der Herr segne Euer Durchlaucht und Ihr ganzes Haus!“

Der Fürst antwortete nach den „Hamb. Nachr.“ vom 16. Mai (M.=A.):

Meine Herren! Ich danke Ihnen und wünsche, daß Gottes Segen Sie auf Ihrer vor dem eigenen Gewissen schweren Bahn leiten und führen möge. Sie treten als Lehrer einer großen Anzahl unserer heranwachsenden Generation gegenüber, zunächst in obrigkeitlichen Verhältnissen. Sie repräsentiren den Schülern gegenüber nicht nur das Unterrichtsministerium, Ihr specielles Ressort, sondern auch zugleich die Regierung selbst, da Ihnen die Schulzucht zufällt. Sie repräsentiren in der Schule das Justizministerium. Sie haben eine gewisse Rechtspflege. Vergessen Sie dabei nicht, daß selbst das königliche Recht der Begnadigung auf

Sie im Schulzimmer übergeht, und lassen Sie diesem immer eine starke Vertretung gegenüber dem Bedürfnisse der Gerechtigkeit und demjenigen, Strafe zu üben.

Es ist im Verkehr mit Kindern in dieser Beziehung leichter, als es später mit erwachsenen Kindern zu sein pflegt. Vergessen Sie nie, daß im Kinde eine scharfe Beobachtungsgabe liegt, die sich allerdings nicht öffentlich dem Lehrer gegenüber ausspricht, aber dann, wenn sie allein unter sich sind oder in Gesellschaft Anderer. Wenn man da zuhört, so ist man oft erstaunt über den natürlichen Einblick in die menschliche Natur, den die Kinder in der Beurtheilung ihrer Eltern und Lehrer entwickeln. Ich will damit nur sagen: Kommen Sie Ihren Zöglingen nicht mit dem vorherrschenden Gefühle der amtlichen Stellung und Würde, sondern mit dem vorherrschenden Gefühle der Liebe zu den Unmündigen entgegen. Ich bin gewiß, daß Sie damit Erwiderung finden werden bei den meisten Kindern, und daß Sie sich dadurch Ihr Geschäft wesentlich erleichtern werden, wenn Sie in den Kindern dieses Gefühl erwecken, daß die Liebe, und ich will sagen: die Achtung, eine gegenseitige ist zwischen Eltern, Lehrern und Schülern. Im Kinde steckt doch ein Mensch, ein Gottesgeschöpf, das seinerseits Anspruch auf Achtung wegen seiner Schwachheit und Hülflosigkeit hat und auch im Herzen im freundlichen Sinne behandelt werden sollte; ich möchte sagen, wie der Mann gegenüber der Frau rücksichtsvoller, höflicher ist, gerade weil er der Stärkere ist. Dieses Verhältniß der Ueberlegenheit ist zwischen Lehrer und Kind noch in größerem Maaße vorhanden. Aber gerade in dieser Ueberlegenheit liegt auch für ein edel denkendes Herz das Interesse für den Schützling, der ihm anvertraut ist. Also möchte ich Ihnen nur ans Herz legen: Fahren Sie säuberlich mit dem Knaben Absalom und seien Sie freundlich und wohlwollend. Für Eltern ist dies kein Verdienst, denn bei ihnen ist es Liebe für das eigene Fleisch und Blut, auch ein Ausfluß des Egoismus. Für den Lehrer aber erfordert es einen gewissen Kampf mit dem Selbstgefühl über das, was er kann und weiß und geleistet hat, um in die amtliche Stellung, die er bekleidet, zu kommen — eine Ueberwindung dieses Selbstgefühls, um in dem kindlichen Elemente eine Pflanze zu erkennen, die besser gedeiht, wenn sie sanft behandelt wird. Also das Gebot der Liebe möge Sie leiten bei Ihrem Berufe!

* * *

Am 19. Mai schreiben die „Hamb. Nachr." (M.-A.):

Wie bereits gestern an dieser Stelle erwähnt wurde, hat das officiöse „Berliner Tageblatt" zu unserer neulichen Darstellung der Gründe, aus

denen Herr von Schlözer[1]) vor zwei Jahren von seinem Posten als preußischer Gesandter beim päpstlichen Stuhle enthoben worden sei (vgl. auch die Ausführungen Band IV, S. 179, 182f. und 204f.), bemerkt, ganz freiwillig sei allerdings der Rücktritt Schlözer's nicht gewesen, aber er sei nicht auf Wunsch des über den Einfluß Schlözer's auf den Papst eifersüchtigen Centrums, sondern auf Wunsch des Papstes selbst erfolgt.

Es liegt ganz im Sinne der Hintermänner des officiösen „Berliner Tageblatts", mit einer solchen Insinuation zu kommen, um politische Mißgriffe zu decken, damit aber sorgfältig zu warten, bis Schlözer, der eine solche Erfindung widerlegen konnte, gestorben ist. Wenn das im „B. T." Gesagte wirklich wahr wäre, so nimmt es Wunder, daß dies so lange verschwiegen worden ist in allen Angriffen, die seit Jahr und Tag von derselben officiösen Seite her auf Schlözer's Leistungsfähigkeit geführt wurden. Nichts wäre einfacher und geeigneter gewesen, mancherlei üble Gerüchte zu zerstreuen, als wenn man schon früher mitgetheilt hätte, daß eine solche Anregung von Rom aus vor Schlözer's Ausscheiden gegeben worden sei. Aber es charakterisirt die Hinterhaltigkeit der officiösen Presse, daß sie jetzt, sobald Schlözer todt ist und Widerspruch nicht mehr erheben kann, solche notorische Lügen in die Welt setzt.

* * *

In derselben Nummer finden wir folgende Mittheilung:

Haderslebener Gymnasiasten bereiteten am 16. Mai dem Fürsten Bismarck in Friedrichsruh eine Ovation. Zunächst begrüßte die Schülercapelle den Fürsten mit einem Ständchen. Hierauf dankte Oberlehrer Dunker dem Fürsten für die Güte, die Schüler des Gymnasiums aus dem äußersten Norden empfangen zu haben. Die Ansprache schloß mit einem Hoch auf den Fürsten. Darauf stimmte die Capelle „Deutschland, Deutschland über Alles" an. Nachdem das Lied beendet, hielt Fürst Bismarck nach dem „Haderslebener Folkebladet" folgende Ansprache:

Ich danke Ihnen herzlich für die freundliche Begrüßung. Vor Kurzem empfing ich eine Abordnung von Damen aus dem äußersten Süden unseres lieben Vaterlandes. Jetzt kommen Sie aus dem hohen Norden. Das erinnert mich recht lebhaft daran, daß wir Alle einem und demselben Ganzen angehören, daß unsere Interessen dieselben sind. Vom Bodensee bis zur Königsau ist eine weite Strecke, und wir Deutsche sind zahlreich genug, aber wir sind nur stark, wenn wir zusammenhalten, wie der Text des von ihnen gespielten Liedes es fordert. Für uns muß das Wort gelten: Nec pluribus impar. Diese Inschrift trugen die

[1]) Kurt von Schlözer war am Pfingstsonntag, den 13. Mai, in Berlin gestorben.

alten französischen Geschütze, und Sie als Lateiner werden wissen, daß es die Bedeutung hat: Wir sind stärker als mehrere. Ja, meine jungen Freunde, nur so lange wir das von uns sagen können, gilt das Wort: „Deutschland, Deutschland über Alles in der Welt", nur so lange herrscht Friede von Hadersleben bis zum Bodensee. Jetzt können wir das mit Recht von uns sagen, das Deutsche Reich ist zu einer Kraft und Größe entstanden, die man früher nie gekannt noch geahnt hat. Aber wir müssen bedenken, daß das, was wir vor uns sehen, nicht von selber und nicht mit eins so geworden ist. Vielmehr hat unter vielen Kämpfen die deutsche Einheit sich erst ausbilden müssen, sie ist lange und lebhaft erstrebt worden, ehe sie Wirklichkeit wurde. Hoffen wir denn, daß diese hohen Güter, die das Lied uns nennt: Einigkeit und Recht und Freiheit, nicht nur mich, sondern auch Sie und Ihre Kinder weit überdauern werden. Trotz dieser deutschen Einheit kann die germanische Selbstständigkeit in den einzelnen Theilen unseres Vaterlandes sehr wohl bestehen und gepflegt werden. Sie, meine Freunde, haben sich die Pflege der Musik angelegen sein lassen. Das wird Ihnen auf Ihrem Lebenswege manchen Genuß erschließen. Ich habe manches gelernt in meiner Jugend, wofür ich später keine Verwendung hatte, aber oft ist mir leid gewesen, daß ich der Pflege der Musik nicht mehr Sorgfalt habe zuwenden können.

Nun wandte sich der Fürst an den Dirigenten der Schülercapelle mit den Fragen: Wie alt sind Sie? Wie lange bleiben Sie noch auf der Schule? Was gedenken Sie zu studiren? Als Theologie geantwortet wurde, da meinte der Fürst:

Da werden Sie Ihre musikalischen Kenntnisse später sehr gut verwenden können; leider ist unserer evangelischen Kirche die katholische an rauschender Kirchenmusik überlegen.

Mit ähnlichen Fragen wandte er sich an mehrere Schüler. Einige wollten Theologie, einer Philologie studiren. „Will denn keiner Jura studiren?" fragte der Fürst. Es meldete sich nur einer.

Da kann man sonst, wenn man Glück hat, viel Geld verdienen; freilich mehr als Rechtsanwalt — denn als Richter, bemerkte der Fürst.

Auf die Bemerkung des Oberlehrers Dunker, daß in Hadersleben die meisten Theologie und Medicin studiren wollen, erwiderte der Fürst:

Ja, die Mediciner können immer fortkommen. Wenn auch Europa zusammenstürzt, können sie noch immer operiren. Die Juristen aber stehen und fallen mit ihrem Staate.

Darauf wandte sich der Fürst seinem Spaziergang zu. Brausende Hochs schallten ihm noch lange nach.

* * *

Mancherlei aus mündlichen Mittheilungen klingt in folgenden Sätzen wieder, die Maximilian Harden in der „Zukunft“ über Herrn von Schlözer veröffentlicht:

Er war mehr als ein gewöhnlicher, mehr sogar als ein ungewöhnlich tüchtiger Diplomat; er war eine kantige, eigenthümlich geprägte Persönlichkeit, ein feiner und starker Mensch, der den Muth hatte, unpopuläre Dinge zu denken und sogar auszusprechen, der menschliche Größe leidenschaftlich liebte und vor menschlicher Erbärmlichkeit einen physischen Ekel empfand. Er hatte viel gelernt und gelesen, über Rußland und die Hansa, über Choiseul, Friedrich und Katharina kluge und unterhaltsame Bücher geschrieben, und als er 1850 in die Politik verschlagen ward, blieb er den literarischen Neigungen doch immer treu und der Lust an den Reizen einer geistreichen Sprachbehandlung. Sein eigener Stil wurde früh berühmt, und Legarde erzählt, daß Bunsen Schlözer für den Verfasser der Depesche hielt, die 1853 von der preußischen Gesandtschaft in St. Petersburg über die deutsche Auswanderung nach Berlin berichtet wurde.

Diesen Ruhm mußte Schlözer nun freilich abtreten, aber an Einen, vor dem er sich willig stets beugte und zu dem er in schwämerisch liebender Bewunderung emporsah, bis zum letzten Wank: an Otto Bismarck. Für Schlözer gab es unter den Lebenden nur einen ganz großen Menschen: ihn, den er in Gedanken nur mit großen Buchstaben schrieb; der hagere Mann, der nur aus Sehnen und Nerven zu bestehen schien, konnte zornig losfahren, wenn irgendwo an seinen Helden ein Zweifel sich wagte, und er konnte Stunden lang, ohne daß man das Schwinden der Zeit dabei merkte, mit tausend reizvollen Details, Erinnerungen, Citaten und Vergleichen von dem Einzigen erzählen.

Aber auch Bismarck wußte den hingebenden Freund zu schätzen, und er hat häufig gesagt, daß er ihn, der mit seinem Junggesellenwitz, seinem scharfen und behenden Verstand und seiner Weinkennerschaft unter den vaticanischen Staatsmännern nahezu unersetzlich war, freiwillig nie aus der Amtspflicht entlassen hätte. Die Segenspender des neuen Courses waren anderer Meinung; Schlözer war als ein intimer Freund des Hauses Bismarck bekannt, er stand nicht im Geruch willfähriger Fügsamkeit — und so wurde er ganz plötzlich und formlos aufgefordert, seinen Abschied zu nehmen, weil ein diplomatisches Revirement nöthig geworden sei.

Schlözer ging, wie die Verhältnisse einmal lagen, sicherlich gern; aber er trug in Berlin, wo er sich nicht mehr acclimatisiren konnte, nicht nur das bittere Gefühl der erlittenen schlechten Behandlung, sondern auch die bange Sorge um die Zukunft des Vaterlandes mit sich herum, und er pflegte zu sagen, daß man in Deutschland noch gar keinen Begriff davon habe, welche

Einbuße an Macht und Ansehen die jähe Entlassung Bismarck's für das Reich bedeute. Das schien Manchem der Ausfluß persönlicher Verbitterung. An demselben Tage aber, da das reiche Leben des guten, klugen und selbstlosen Mannes zur Rüste ging, zählte in der Stadt, an der Schlözer's zärtliche Sehnsucht hing, Herr Crispi die Stimmungen der Völker auf, die für Italien wichtig werden könnten, und als er Deutschland erwähnte, berief er sich nicht auf den leitenden General, sondern auf den machtlosen Mann, der in der weiten Welt noch immer den Genius des Deutschen Reiches verkörpert.

* * *

Ueber die Sitzung des Comités für die Errichtung eines Bismarck-Denkmals in Berlin vom 23. Mai wird der „B. B.-Ztg." berichtet: „Das Comité tagte unter dem Vorsitz des Herrn von Levetzow in dem einen fertigen Commissions-Sitzungssaale des neuen Reichstagsgebäudes. Erschienen waren u. A. der frühere Unterstaatssecretair Herzog, Oberbürgermeister Dr. Georgi von Leipzig, Graf Limburg-Stirum und verschiedene technische Beiräthe. Auch Baurath Walloth wohnte der Sitzung bei. Nach Verlesung eines Schreibens des Kaisers an die Commission, worin er die Aufstellung des Denkmals auf der Rampe des neuen Reichstagsgebäudes bewilligt, erhielt Baurath Wallot das Wort, um sich vom architektonischen Standpunkt aus darüber zu äußern. Wallot betonte, daß er die Rampe für geräumig genug halte, um dort eine größere Statue anzubringen, sie müsse aber in der Mitte unterhalb des Giebelstücks zu stehen kommen. Die Versammlung schloß sich einstimmig dieser Ansicht an.

Nunmehr wurde zur Berathung eines Entwurfs eines solchen Denkmals geschritten. Julius Wolff schlug vor, eine Statue und für die Ausführung derselben Bronze zu verwenden. Hiergegen erhob sich Widerspruch. Consul Weber sprach dann den Wunsch aus, daß bei einer Ausschreibung hauptsächlich deutsche Künstler berücksichtigt werden möchten. Von technischer Seite wurde über die Höhe des Denkmals angeführt, daß dieselbe zur Anpassung an die Größenverhältnisse des Säulenporticus mindestens 10 m hoch und nicht über 12 m sein müsse, namentlich deshalb, daß es auch von den entfernten Punkten des Königsplatzes sichtbar sei.

Nachdem auch dieser Proposition beigestimmt war, schlug Herr von Levetzow vor, einen Ausschuß zur Ausarbeitung der Bedingungen für die Betheiligung an der Concurrenz für den Denkmalsentwurf zu wählen. In diesen Ausschuß wurden gewählt die Herren Graf Limburg-Stirum, Consul Weber, Baumeister Ende und Julius Wolff. Wie verlautet, wird der Ausschuß bereits in nächster Zeit den Aufruf zur Betheiligung an der Concurrenz an die deutschen Künstler erlassen. Die Arbeiten sollen binnen sechs Monaten im Besitz der Commission sein.

* * *

Am 5. Juni melden die „Hamb. Nachr." aus Berlin:

Eine Anzahl Personen der Provinz Posen beabsichtigt, wie gemeldet, dem Fürsten Bismarck einen Besuch abzustatten. Nach der vom Fürsten nunmehr eingetroffenen Antwort muß die Fahrt vorerst unterbleiben. In dem Schreiben heißt es nach dem „Posener Tageblatt":

> .... Ich theile die Empfindungen, die ich bei Ihnen und Ihren Freunden voraussetze, würde aber, wenn ich die Posener Deputation in der kurzen Zeit, die mir bis zu meiner Abreise nach Varzin noch bleibt, empfinge, nach früheren Correspondenzen nicht umhin können, den analogen Wünschen zu entsprechen, die mir von anderen Theilen des Reichs her ausgesprochen sind, wie aus Westpreußen, der Nachbarstadt Lübeck, aus Anhalt, Ostfriesland, Westfalen, Thüringen und anderen. Diesen angemeldeten Wünschen würde ich mich nicht versagen können, wenn ich eine andere größere Deputation empfinge, und die landsmannschaftliche Höflichkeit würde mir nicht erlauben, den Zustand meiner Gesundheit einigen Besuchern gegenüber als Hinderniß anzugeben, während ich andere empfange. Ich muß alle Angemeldeten sehen oder mich überhaupt enthalten, so lange für mich das von ärztlicher Seite geltend gemachte Bedürfniß der Schonung vorliegt, weil der von meinen letzten Krankheiten herrührende Schwächezustand noch nicht gehoben ist Ich bitte Sie, den mitbetheiligten Herren, welche mir die Ehre ihres Besuches zugedacht haben, meine Dankbarkeit und meine Hoffnung auszusprechen, daß ich demnächst mit Gottes Hülfe wieder kräftig genug sein werde, um mir die Begegnung mit gleichgesinnten Landsleuten nach Wunsch zu gestatten.[1])

* * *

Am 17. Juni wird in Rom ein Attentat auf den Ministerpräsidenten Crispi verübt, aber, wie erinnerlich, ohne Erfolg. Fürst Bismarck schickt folgenden telegraphischen Glückwünsch:

> Réunis en famille, nous apprenons avec indignation l'attentat commis contre vous et en même temps contre l'Italie.
>
> Nous vous félicitons sincèrement de la protection par laquelle la Providence vous a sauvegardé.

(Im Familienkreise versammelt erfahren wir mit Entrüstung das gegen Sie und zu gleicher Zeit gegen Italien begangene Attentat. Wir beglückwünschen Sie aufrichtig zu dem Ihnen von der Vorsehung gewährten Schutz.)

* * *

[1]) Der an Herrn E. Fischer in Schloß Tirschtiegel gerichtete Brief ist vollständig mitgetheilt von Horst Kohl im Bismarck-Jahrbuch 1894, Seite 306 f.

Am 18. Juni feierte das Garde-Jägerbataillon, bei dem Fürst Bismarck vom 25. März bis zum Herbst 1838 als Einjähriger gedient hat, sein 150 jähriges Jubiläum. Einer Einladung hat der Fürst nicht folgen können; aber er sendet einen telegraphischen Glückwunsch:

Mit herzlichem Danke und erneutem Bedauern meiner Abwesenheit bei der Feier des Ehrentages erwidere ich den kameradschaftlichen Gruß des Officiercorps. v. Bismarck.

* * *

Unter dem 21. Juni melden die „Hamb. Nachr." aus Berlin:

Die „Gothaische Zeitung" veröffentlicht einen Brief Dr. Chrysander's, wonach Fürst Bismarck die thüringische Kundgebung in Friedrichsruh dankend ablehnt, weil sein Befinden noch nicht völlig befriedigend sei.

Der Brief lautet:

Friedrichsruh, 14. Juni. Sehr geehrter Herr! Auf Ihre letzte Anfrage über die Möglichkeit einer Ovation aus dortiger Gegend hier in Friedrichsruh schulde ich Ihnen die Antwort. Letztere hat sich verzögert, weil der Gesundheitszustand des Fürsten schwankend war und irgend eine Bestimmung über Empfang von Besuchen daher nicht getroffen werden konnte. Auch jetzt ist das Befinden des hohen Herrn noch nicht völlig befriedigend, und außerdem steht die Reise nach Varzin nahe bevor, so daß an die Ausführung des Planes einstweilen wohl nicht gedacht werden kann. Die Reise nach Hinterpommern würde von dort aus zu weit sein.

* * *

Am 1. Juli unternahmen etwa 200 Theilnehmer des in Hamburg tagenden Journalisten- und Schriftstellertages mit ihren Damen einen Ausflug nach Friedrichsruh. Dem darüber veröffentlichten Bericht Eugen Zabels in der „Nat.-Ztg." entnehmen die „Hamb. Nachr." Folgendes:

Der Weg windet sich ein klein wenig und in der Entfernung von etwa zwanzig Schritten sieht man die Gestalt des Fürsten Bismarck emporragen, um den seine zwei Hunde herumspielen. Er trägt einen schwarzen, zugeknöpften langen Gehrock und hat wie auf fast allen Bildern ein weißes Halstuch mehrfach umgeschlungen. Den Kopf bedeckt ein breitkrämpiger hellgrauer Filzhut, der einen guten Schutz gegen die Sonne gewährt. Auf der Nase sitzt eine einfache Stahlbrille, aber viel weiter vom Auge entfernt als bei sonstigen Brillenträgern. In der Hand hält er einen einfachen, derben Spazierstock mit eiserner Spitze. Während er auf die Menge zutritt und von begeisterten Hochs empfangen wird, merkt man ihm von seinen Leiden nur wenig an. Er steht wie in einer dichten Hecke von Menschen und kann sich kaum rühren, erträgt aber Alles mit gutem Humor. Nur, als mehrere Damen ihm die Hand zu küssen versuchen, wehrt er freundlich ab und sagt: „Aber das geht doch nicht, meine Damen!"

Ueber seinem Kopf breitet eine junge Buche ihre Zweige und Blätter aus. Das durch solches Laubdach gedämpfte Sonnenlicht rückt die herrliche Erscheinung in die günstigste Beleuchtung. Es ist ein Moment, wie geschaffen für Lenbach. Seit zwei Jahren seit seiner Triumphreise durch Dresden, Wien und München hatte ich den Fürsten nicht gesehen. Die liebenswürdige Ruhe, Klarheit und Milde des Greises, der mit dem Leben abgeschlossen hat, ist über ihn gekommen. Diese Wunschlosigkeit ist aber in keiner Weise mit irgend welcher Gebrechlichkeit vermischt. Er hält sich im Walde so stolz und grade wie der Jüngste. Besonders ist für die Geistes- und Gemüthsverfassung des Fürsten aber der unvergleichliche Humor charakteristisch, mit dem er jede Situation erfaßt, und die Schlagfertigkeit, mit welcher er auf jedes Thema eingeht und gedankenschwere Bemerkungen daran knüpft.

> Er dankte den Journalisten und Schriftstellern, die zu ihm hinausgepilgert waren, obwohl sie nach seiner eigenen Bemerkung in Hamburg so viel Großes und Schönes zu sehen bekommen hätten. Seine Häuslichkeit sei nur einfach, aber gemüthlich und behaglich, wie es einem Manne zukommt, der in einer nichtofficiellen Stellung nur der Betrachtung lebt. Mit Recht nahm der Fürst an, daß namentlich die Leute der Feder eine solche Erholungszeit zu schätzen wissen würden. Die Journalisten hätten sich ja die Aufgabe erwählt, die Tagesereignisse zu schildern, vorzubereiten und, wie er schalkhaft bemerkte, manchmal wohl auch zu hemmen.

Als aus dem Publicum Jemand die Bemerkung dazwischenwarf, daß auch die Hemmung gewisser Kräfte nothwendig sei, erwiderte der Fürst, indem er sich zu den Nächststehenden gewendet: „Wem sagen Sie das?“ Blumen wurden dem Altreichskanzler gespendet. Er reichte einem kleinen Mädchen die Hand, und als sich dieses in seiner Verlegenheit nicht zu helfen wußte und die Fingernägel mit den Zähnen zu bearbeiten anfing, sagte der Fürst väterlich ermahnend: „Die Finger aus dem Munde.“

Er meinte, er könne nicht lange stehen, da er sich trotz seiner achtzig Jahre in einer Anwandlung von Leichtsinn eine Muskelzerrung zugezogen habe. Dennoch blieb er stehen und setzte das Gespräch mit einer geistigen Frische, die Alle erfreute, fort. Zu Einem, der aus Thüringen zum Schriftstellertage hergekommen war und sich als Sachsen bezeichnete, bemerkte Fürst Bismarck:

> Sachsen ist eigentlich nur hier, wo man plattdeutsch spricht, aber Thüringen ist auch nicht übel.

Am tiefsten gingen seine Bemerkungen, als sich ein Oesterreicher meldete und die Versicherung abgab, daß man auch dort in gleicher Liebe wie in Norddeutschland zu ihm stehe. Da sagte der Kanzler etwa Folgendes:

> Oesterreich gehört allerdings politisch nicht mehr zu uns. Es ist durch einen Krieg, den man mit Recht einen Bruderkrieg nennt, von uns

abgetrennt worden. Aber so, wie es zu Zeiten des Bundestages war, ging es eben nicht länger. Es waren zu jener Zeit eben so viele Pferde hinten wie vorne an den Wagen gespannt, und was dabei zerrissen zu werden drohte, war das Wohl Deutschlands. Oesterreich hat nun sein eigenes politisches Leben, die Angelegenheiten im Donaubecken können nicht von Berlin geleitet werden. Aber wir sehen in den Oesterreichern unsere guten Freunde und Bundesgenossen.

Als er das Schriftstellerabzeichen erblickte, das einen Ritter in kunstvoller Weise darstellt, fragte Bismarck, wo denn der Lindwurm sei, und als man ihm darüber keine Auskunft geben konnte, fügte er hinzu: „Den kann man sich also beliebig denken.“ Der Kanzler ging seinem Hause zu, und wir folgten ihm. Er erklärte ausführlich die ursprüngliche Anlage desselben, die aus einem einfachen Wirthschaftshause bestanden habe, dem nur zwei Seitenflügel angebaut seien. Ursprünglich habe er immer geglaubt, nur als Tourist hier zu wohnen, er ahnte nicht, daß es dauernd sein würde. Er könnte das Ganze wohl umbauen, aber in seinem Alter sehe man nur Kalk und Mörtel, nicht mehr den Neubau. Hinter dem Fenster wurde die Frau Fürstin sichtbar, die mit der rechten Hand die Gardine zurückgeschoben hatte, um besser sehen zu können.

Mittlerweile waren wir bis zu der Stelle gelangt, wo wir uns hätten verabschieden müssen, aber immer lebhafter und anregender plauderte der Fürst. Er deutete mit seinem Spazierstock von seinem Hause nach Norden, dorthin, wo Kiel und das Meer liege. Diese Gelegenheit nahm der Chefredacteur der „Allgemeinen Zeitung“ in München Petzet wahr, den Fürsten Bismarck mit einem kleinen wohlgelungenen Gedichte zu feiern, das mit begeistertem Beifall aufgenommen wurde. Als der Verfasser desselben den Kanzler den besten aller Journalisten nannte, ließ sich dieser auch das erwähnte Abzeichen während des Schriftstellertages, den Ritter Georg, in das Knopfloch stecken. Einer jungen Dame gab er einen kräftigen Kuß.

Wohl gegen eine halbe Stunde hatte die Unterredung gedauert, und die Frau Fürstin war auf der Terrasse erschienen, um nach ihrem Gatten zu sehen. Auch sie wurde mit brausenden Hochs begrüßt. Schweninger war nicht in Friedrichsruh. Er wird aber in einigen Tagen erwartet, bevor Fürst Bismarck seine Reise nach Varzin antritt. Als man ihm von Kissingen sprach und ihn fragte, ob er nicht wieder dorthin gehen wolle, antwortete er: „Um eine Badereise anzutreten, bin ich nicht mehr gesund genug.“ Dann nahmen wir Alle Abschied von ihm, und glücklich war der, dem es beschieden war, dem Gewaltigen die Hand drücken zu dürfen.

* * *

Aus Schlesien wird den „Berl. Neuest. Nachr.“ am 3. Juli von einem Vorgange berichtet, welcher bezeugt, wie wenig oft diejenigen Persönlichkeiten,

welche als Charakterbildner der heranwachsenden Generation dienen sollen, zu einem solchen Amte berufen sind. Der Director eines Gymnasiums in Schlesien wagte es, nach dem Rücktritt des Fürsten Bismarck — die Büste des Begründers des Deutschen Reiches aus der Aula zu entfernen, um sie nach dem 26. Januar d. J. wieder aufzustellen. Welchen Eindruck ein solches Verhalten gegenüber einem Staatsmanne von so weltgeschichtlichen Verdiensten um Preußen und Deutschland auf den patriotischen Sinn der Schüler jener Anstalt machen muß — das zu beurtheilen bleibe den Pädagogen überlassen. Ein geeigneteres Mittel, nicht nur charakterlose Streber, sondern auch eine Generation von Socialdemokraten ohne jedes Vaterlandsgefühl zu züchten, könnte kaum gefunden werden.

* * *

Wie der „Magd. Ztg.“ aus Halberstadt gemeldet wird, hatten die dortigen Stadtbehörden beschlossen, dem Fürsten von Bismarck die Urkunde über die Verleihung des Ehrenbürgerrechts durch eine Deputation überreichen zu lassen. Auf eine Anfrage und nach Entsendung des künstlerisch ausgeführten Ehrenbürgerbriefes ist folgendes Schreiben erfolgt:

Friedrichsruh, 4. Juli 1894.

Ew. Hochwohlgeboren sage ich den verbindlichsten Dank für die ehrenvolle Zusendung des Bürgerbriefes, der durch seine glänzende Ausstattung ein Beweis der Entwickelung des Kunstgewerbes in der Stadt ist. Ich bin hocherfreut, der Nachbarstadt meiner altmärkischen Heimath als Bürger anzugehören, und hoffe Ew. Hochwohlgeboren, sobald meine Gesundheit wieder mehr gefestigt, um die Ehre Ihres Besuchs bitten zu dürfen. Zur Zeit hat mir Herr Professor Schweninger Enthaltung von gesellschaftlichem Verkehr empfohlen, und ich gedenke in den nächsten Tagen in die Ruhe von Varzin überzusiedeln. Nach der Rückkehr wird es mir bei gutem Gesundheitszustande ein Vergnügen sein, die Herren zu begrüßen.

v. Bismarck.

* * *

Die „Hamb. Nachr.“ schreiben am 5. Juli (A.-A.):

Die Wiener „Presse“ gegen den Fürsten Bismarck. Die officiöse Wiener „Presse“ knüpft an einen Bericht, der ihr über die neulichen Aeußerungen des Fürsten Bismarck bei der Begrüßung der österreichischen Journalisten und Schriftsteller zugegangen ist, u. A. folgende Bemerkungen:

„Es muß doch Wunder nehmen, daß Fürst Bismarck zur Begrüßung von ‚Herren aus Oesterreich‘ gar nichts Anderes zu sagen weiß, als sie an den Bruderkrieg von 1866 zu erinnern und ihnen zu erzählen, daß er ‚das Bedürfniß gefühlt habe, Oesterreich wieder stark zu machen‘.

Wir glauben, Oesterreich habe nach 1866 bis weiterhin ausschließlich in sich selbst die Kraft gefunden, wieder stark zu werden, sonst wäre es dem Deutschen Reiche niemals ein werthvoller Bundesgenosse geworden. Man würdigt hier ja vollauf, was Bismarck Gutes und Großes gethan hat, aber es ist doch eigentlich geschichtswidrig, wenn Fürst Bismarck sagt, er habe nach dem Prager Frieden das Bedürfniß gefühlt, Oesterreich stark zu ‚machen'. — ‚Machen' konnte er gar nichts, und er hat auch nichts in diesem Sinne gemacht. Wenn heute das loyale und innige Verhältniß zwischen dem Deutschen Reiche und der österreichisch-ungarischen Monarchie zur Sprache kommt, so kann man sich doch unmöglich im Sommer des Jahres 1894 auf den Standpunkt stellen, als ob seit dem 20. März 1890 die Weltgeschichte stille gestanden wäre. Gerade in diese letzten vier Jahre fallen jene wichtigen Kundgebungen, welche das Bündniß in den Herzen der Nationen vertieft, welche die letzten Zweifel in die beiderseitige unverbrüchliche Loyalität beseitigt, welche auch auf wirthschaftlichem Gebiet eine Gemeinschaft der Interessen geschaffen haben. Man kann heute über die Beziehungen Deutschlands zu Oesterreich-Ungarn gar nicht sprechen, ohne der Handelsverträge, ohne der loyalen Politik des Grafen Caprivi, ohne der hochherzigen und überzeugenden Freundschaftsbethätigungen des deutschen Kaisers für unser Land und unseren geliebten Herrscher zu gedenken."

Wir glauben, daß die letzten Quellen dieses Artikels nicht in der österreichischen, sondern in der Berliner officiösen Presse zu suchen sind. Sein Hauptaccent liegt auf dem angeblich vom Fürsten Bismarck gesprochenen Satze, er habe nach 1866 das Bedürfniß gefühlt, „Oesterreich wieder stark zu machen". Daß der Fürst diesen Ausdruck gebraucht hat, ist unverbürgt und augenscheinlich officiöse Erfindung.

Der Artikel schließt mit einer Verherrlichung der Caprivi'schen Handelsverträge. Wir glauben, daß die „Presse" damit bei den deutschen Lesern starken Widerspruch finden wird. Wir wollen nicht behaupten, daß die Handelsverträge die Festigkeit unseres Bündnisses mit Oesterreich-Ungarn geschädigt haben, wohl aber sind wir der Ueberzeugung, daß, wenn nicht stärkere politische und nationale Gründe für die Zusammengehörigkeit Deutschlands und Oesterreich-Ungarns vorlägen, die Handelsverträge allein keine Basis bilden würden, auf der in Deutschland Befreundung mit dem österreichischen Bündniß erwüchse. Wir glauben, daß in den zehn Jahren, welche die Geltung der Handelsverträge noch dauert, sich unser politisches Bestreben wird dahin richten müssen, die historische und politische Nothwendigkeit des Zusammenhaltens beider Reiche vor dem Schaden zu schützen, dem sie durch Rückblicke auf die Handelsverträge ausgesetzt sein könnte. Wir hätten es für klüger gehalten, wenn der

Artikel des Wiener officiösen Blattes sich mit der tendenziösen Erfindung des angeblichen Ausspruchs des Fürsten Bismarck begnügt und den Hinweis auf die Handelsverträge unterlassen hätte. Die materiellen Interessen sind nicht stark genug, um unsere Liebe und Hinneigung zu dem alten Bundesgenossen zu erschüttern, aber wir halten es nicht für nützlich, zu oft an sie zu erinnern.

* * *

Am 6. Juli lesen wir in den „Hamb. Nachr." (A.=A.):

Der Berichterstatter des „Illustr. Wiener Extrabl.", welcher an der Fahrt der in Hamburg versammelten Schriftsteller nach Friedrichsruh Theil genommen hat, fügt seinem Bericht eine Charakteristik des Fürsten Bismarck ein, die gerade, weil sie von einem Oesterreicher herrührt, werth ist, reproducirt zu werden. Es heißt da u. A.:

Der historische Mann mit dem großen, Alles durchdringenden Blicke stand vor Aller Augen wie eine Granitsäule, welche nur kleine Spuren des hohen Alters zeigt. Aufrecht und gerade erschien er im historischen Schlapphut mit dem langen Rock und dem großen Stock, als wollte und sollte er noch manchen Stürmen der Zeit trotzen; sein Blick ist noch immer der Feuerblick des Jünglings, nur geklärt und gemildert durch die Weisheit und Erfahrung des Alters. Er sprach langsam, und fast stockend begann er, aber nach einer Minute schon belebte sich sein ganzes Wesen, das Auge blitzte und der Mund lächelte, während er — in jedem Worte der ganze Bismarck — seine feinpolirten Sätze, jeder Satz ein geflügeltes Wort, oder zum mindesten werth, es zu werden — hervorbrachte. Er sprach vollkommen improvisirt, an jeden Zwischenruf anknüpfend, mit souverainer Freiheit und Klarheit, förmlich wie durch ein Leuchtfeuer alle Verhältnisse, die er berührte, erhellend.

Was er über Oesterreich sprach, darf als eine geradezu denkwürdige Kundgebung des großen Staatsmannes betrachtet werden. Von besonderem Reiz waren die kleinen genrehaften Züge, die man an ihm beobachten konnte, während er sprach; der Mann, der die europäischen Staatenverhältnisse neugeschmiedet und die politische Erziehung der deutschen Nation ein gutes Stück förderte, duldet auch die Unarten kleiner Kinder nicht, wenn er sie bemerkt. Während der Fürst sprach, hörte ein kleines, ganz vorn stehendes Mädchen andächtig zu und lutschte dabei an dem Daumen. Ohne den Faden zu verlieren, beugte sich Fürst Bismarck zu der Kleinen, drückte ihr sanft das Händchen weg und sagte: „Finger aus dem Mund!" dann setzte er seine Rede fort. Als später beim allgemeinen Abschiednehmen auch ein hübscher Knabe einen Händedruck des Fürsten erhaschen wollte, sagte dieser scherzhaft drohend: „Junge, schreibst Du auch? Du wirst doch nicht!"

Seine Rede zeigt, daß Fürst Bismarck und mehr noch seine Zuhörer eine glückliche Stunde hatten, er ließ die Funken seines großen Humors sprühen,

und da war wohl Niemand, der es nicht als eine besondere Gunst empfunden hätte, daß statt der im Programm vorgesehenen literarischen Matinee ihm diese Begegnung mit Deutschlands großem Alt-Reichskanzler beschieden worden sei.

* * *

Ueber den Fall Haas heißt es am 7. Juli in den „Hamb. Nachr." (M.-A.):

Der Fall Haas beschäftigt noch immer die Presse. Es handelt sich bekanntlich darum, daß der elsaß-lothringische Reichstagsabgeordnete Haas seinen Sohn auf die französische Kriegsschule von St. Cyr gebracht hat, während er seinerseits in der Eigenschaft als Mitglied des deutschen Reichstages Kenntniß von Dingen erlangt, die für seinen Sohn als französischen Officier von Wichtigkeit werden können. In der Presse wird von dem politischen Anstande des Herrn Haas Mandatsniederlegung erwartet, bisher vergeblich. Sollte diese Erwartung bis zum nächsten Zusammentritt des Reichstages unerfüllt bleiben, so wird es Sache des Reichstages sein, gegen Herrn Haas einzuschreiten. Durch behördliches Eingreifen läßt sich in vorliegendem Falle nichts erreichen, und daß die clerical-franzosenfreundlichen Wähler des Herrn Haas ihn bei der nächsten Wahl wegen der Einreihung seines Sohnes in die französische Armee nicht wieder wählen sollten, ist erst recht nicht anzunehmen; außerdem ist Eile nöthig.

Wenn nach dem gegenwärtigen Stande der Gesetzgebung dem Reichstage kein Recht zusteht einem seiner Mitglieder dessen gültiges Mandat zu entziehen, sondern Mandatsverlust nur in den gesetzlich bestimmten Fällen (Ernennung zum Bundesrathsbevollmächtigten, Eintritt resp. Beförderung als Beamter, oder Verlust der bürgerlichen Ehrenrechte und der Wählbarkeit eintritt), so verbietet doch keine Bestimmung der Verfassung oder der Geschäftsordnung den Antrag zu stellen, der Reichstag wolle beschließen, den Abgeordneten Haas aufzufordern, sein Mandat niederzulegen. Dabei ist es gleichgültig, ob ein solcher Antrag eine Majorität erlangt oder nicht; es ist Pflicht des Reichstages, gegen die fernere Zugehörigkeit von Mitgliedern wie Herr Haas Einspruch zu erheben und sie moralisch zum Ausscheiden zu zwingen, wenn dies staatsrechtlich nicht möglich ist.

Wir meinen aber, daß der Fall Haas zur Erwägung der Frage führen sollte, ob es nicht in Anbetracht der Sicherheit des Reiches nothwendig ist, dem Reichstage die gesetzliche Befugniß zur Ausschließung einzelner Mitglieder für gewisse Fälle zu ertheilen. Das Verhalten des Herrn Haas ist ein solches, daß sich der Reichstag unmöglich bei den Zeitungsprotesten dagegen beruhigen kann; er ist es seinem eigenen politischen Ansehen und dem Landesinteresse schuldig, Stellung zu nehmen,

was am besten durch Einbringung von Anträgen im obenerwähnten Sinne geschehen würde. Ob sie durchgehen oder nicht, ist, wie gesagt, gleichgültig; jedenfalls ist es nothwendig, daß sie gestellt und discutirt werden.

* * *

Am 9. Juli wurde aus Hannover folgende Depesche an den Fürsten abgesandt:

„Sr. Durchlaucht dem Fürsten Bismarck,

Friedrichsruh.

Bei den zur Feier des 70. Geburtstages des Herrn Oberpräsidenten von Bennigsen versammelten Parteigenossen und Verehrern desselben erneuert sich das Gedächtniß an die Gründung und den Aufbau des Reiches und die dabei wirksamen Kräfte in vollendeter Stärke. Es drängt sie deshalb, dem Altreichskanzler, als dem großen Führer der Nation zu herrlichem Ziel, den Ausdruck ihrer unauslöschlichen Dankbarkeit darzubringen.

* * *

An demselben Tage schickte Fürst Bismarck noch folgendes Glückwunschschreiben an den Oberpräsidenten von Bennigsen:

Sehr geehrter Freund! Zur Feier Ihres siebzigsten Geburtstages sende ich Ihnen meine herzlichsten Glückwünsche. Wir sind nicht immer in demselben Geleise gefahren, aber unser Ziel war das gleiche. Daß wir die annähernde Erreichung noch Beide erlebt haben und ich Ihnen heute meinen Glückwunsch und meinen Dank für Ihre Mitarbeit noch lebend übermitteln kann, gereicht mir zu besonderer Freude.

Ich bitte Sie, mir auch in der Zukunft, die jedenfalls kürzer sein wird, als die 70 Jahre, die wir gleichzeitig lebten, das Wohlwollen zu bewahren, welches gemeinsame Arbeit und als Ergebniß des Vorlebens gegenseitige Werthschätzung geschaffen hat.

Der Ihrige

v. Bismarck.

* * *

In der M.-A. der „Hamb. Nachr.“ vom 12. Juli finden wir folgende Bemerkung:

In einer Pariser Mittheilung hieß es kürzlich:

„Damit Frau Carnot bei ihrem Umzuge nicht gedrängt werde, will der neue Präsident erst in etwa vierzehn Tagen vom Elysée-Palaste Besitz ergreifen.“

Man sieht daraus, wie rücksichtsvoll die französische Republik für ihre Beamten und deren Angehörige ist. Bei dem Wechsel im Berliner Reichskanzlerpalais 1890 fand eine ähnliche Rücksichtnahme bekanntlich nicht statt.

* * *

In derselben Nummer wird gemeldet:

Fürst **Bismarck** verläßt heute Nachmittag 5 Uhr 12 Minuten Friedrichsruh, um sich zunächst nach Schönhausen zu begeben. Von dort erfolgt in einigen Tagen die Uebersiedelung nach Varzin. Ueber die Länge des Aufenthaltes daselbst steht nichts fest, da es den Gewohnheiten des Fürsten nicht entspricht, sich durch derartige Vorentschließungen zu beschränken; er gedenkt so lange in Varzin zu bleiben, als es ihm dort gefällt und sein Gesundheitszustand es rathsam erscheinen läßt.

* * *

Ueber die Abreise selbst wird dann am 13. Juli (M.-A.) berichtet:

Am Parkthor hatte sich eine zahlreiche Versammlung von Damen und Herren eingefunden, die den Fürsten noch einmal vor seinem Scheiden begrüßen wollten. Kurz nach fünf wurde der Salonwagen vor das Thor geschoben und das Handgepäck von der fürstlichen Dienerschaft im Wagen untergebracht, worauf Herr Regierungsrath **Wilke** ins Schloß ging, um dem Fürsten mitzutheilen, daß es Zeit zum Einsteigen sei. Sobald Fürst Bismarck den draußen Stehenden sichtbar wurde, schollen ihm lebhafte Hochrufe entgegen, für die er mit freundlichem Gruße nach allen Seiten dankte. Viele der anwesenden Damen überreichten Blumensträuße; einen Cadetten, der mit seinen Angehörigen in der vordersten Reihe der vor dem Parkthore Harrenden stand, redete der Fürst an, ihn nach Heimath und Herkunft befragend, worauf ihm mit lauter und deutlicher Stimme von dem jungen Marssohn der Bescheid wurde, daß dessen Heimath Hamburg sei, während er der Plöner Cadettenschule angehöre. Die Zeit drängte und der Fürst konnte sich auf längere Gespräche mit den Einzelnen nicht einlassen. Mit bemerkenswerther Leichtigkeit erklomm er die hohe, mehrstufige, eiserne Falltreppe, die in das Vorcoupée des Salonwagens führt. Die Fürstin nahm im Wagen noch von einigen der Bismarck'schen Familie nahestehenden Damen Abschied, wobei man sehen konnte, wie schwer ihr der Abschied von Friedrichsruh wurde. Das Aussehen der Fürstin ließ auf leidliches Wohlbefinden schließen, während die Haltung und der Blick des Fürsten zeigte, daß das schmerzhafte Leiden, das ihn letzthin wieder weidlich gequält hat, die Kernnatur dieses Recken zu zerrütten oder auch nur hart zu erschüttern Gott sei Dank noch nicht im Stande war. Der Fürst, der am Fenster stand, dankte lebhaft für die immerwährenden Zurufe. „Hoch! Hoch! Glückliche Reise, Durchlaucht! Auf Wiedersehen! Kommen Sie gesund zurück! Hoch!" so scholl es unaufhörlich aus den Reihen der Menge, bis der Salonwagen der Station entgegenfuhr und gleich darauf, mit dem Berliner Zug in Verbindung gebracht, den kleinen historischen Bahnhof im Sachsenwalde verließ.

* * *

Anknüpfend an den oben wiedergegebenen Artikel über den „Fall Haas“ führen die „Hamb. Nachr.“ am 12. Juli (A.=A.) Folgendes aus:

Bill of Attainder. Wir haben neulich zum Fall Haas ausgeführt, daß es nothwendig sei, dem Reichstage die gesetzliche Befugniß zur Ausschließung einzelner Mitglieder für gewisse Fälle zu ertheilen. Daß wir damit auf dem rechten Wege waren, bestätigt eine Polemik der „Frankf. Ztg.“, die früher Jahrzehnte lang alles befürwortete, was für die französischen Interessen nützlich war, und alles bekämpfte, was ihnen nachtheilig erschien, wobei die Abschwächung der deutschen Staatsgewalt immer das Ziel bildete.

Wir möchten kaum annehmen, daß der Reichstag nach der jetzigen Lage sich auf das vorgeschlagene Verfahren zu beschränken hätte. Nach Artikel 27 der Verfassung regelt der Reichstag selbst seine Disciplin, prüft die Legitimation seiner Mitglieder und entscheidet darüber. Eine juristische Frage ist es, ob diese Disciplin des Reichstages die Möglichkeit der Excludirung einzelner Mitglieder des Hauses in sich schließt, wenn die Legitimation, die ihrer Zulassung zu Grunde lag, nicht mehr besteht, sondern durch ihr Verhalten verwirkt ist, ähnlich wie das Mandat bei Verurtheilung wegen gemeiner Verbrechen erlischt.

Ganz unabhängig von dieser Rechtsfrage würde ein Votum des Reichstages auf Ausschließung jedenfalls Gesetzeskraft erlangen, wenn ihm der Bundesrath beistimmte. Nach Artikel 5 der Reichsverfassung läge dann die Uebereinstimmung der Mehrheitsbeschlüsse beider Versammlungen vor, wie sie zu Acten der Gesetzgebung erforderlich und ausreichend ist. Eine solche Uebereinstimmung wird niemals erreichbar sein, wenn es sich um frivole Gründe handelt und um einen Mißbrauch der Majorität. Die Möglichkeit, daß der Reichstag für seine nationale Reinlichkeit Sorge trägt, ist immer vorhanden, wenn auch auf dem Wege, den die englische Verfassung als Bill of Attainder bezeichnet. Eine verfassungsmäßig hergestellte Bill of Attainder hat unter allen Umständen Gesetzeskraft in dem Lande, in dem sie zu Stande kommt, und sie wird nur zu Stande kommen, wenn ihre Nothwendigkeit die Stütze der nationalen Ueberzeugung findet und wenn sie den Zweck hat, internationale Beleidigungen vom deutschen Reichstage abzuwehren.

* * *

Ueber officiösen Optimismus bringen die „Hamb. Nachr.“ am 13. Juli (M.=A.) folgende Erörterung:

Unehrlich oder beschränkt? Wie wir mitgetheilt haben, ist in der Wiener „Pol. Corr.“ unlängst ein Berliner officiöser Bericht erschienen, worin gesagt war, daß die socialdemokratische Bewegung viel ungefähr-

licher geworden sei, und der Heilung, d. h. dem Erlöschen, entgegengehe, seitdem ihr die öffentliche Discussion gestattet und damit auferlegt sei. Dabei wurde hervorgehoben, Graf Caprivi besitze den „Muth der Kaltblütigkeit“ und durchschaue das Unnütze aller Ausnahmemaßregeln gegen die Socialdemokratie.

Man könnte diese Darstellung der „Pol. Corr.“ als eine Singularität und als Auffassung eines in der officiösen Presse arbeitenden Socialdemokraten behandeln, wenn nicht die Gesammthaltung der Regierungsorgane den Eindruck machte, daß die Ueberzeugung, die socialdemokratische Krankheit reife ihrer Heilung entgegen, eine allgemeine und amtliche sei. Wenn wir die officiösen Ausführungen über die Verminderung der socialdemokratischen Gefahr lesen, stellen wir uns die Frage: Glauben die Regierungsblätter, die diese Meinung zu verbreiten suchen, selbst an die Sache? Dann bedauern wir in der Voraussetzung, daß sie wirklich auf Grund amtlicher Instructionen schreiben, das geringe Maaß von Weisheit und von Sachkunde, mit dem wir regiert werden. Werden dergleichen Dinge aber geschrieben in usum Delphini, um an maßgebender Stelle über die wahre Situation im Lande zu täuschen, dann streift ein solches Verhalten doch nahe an Hochverrath, auch wenn es nach unserer Gesetzgebung nicht die nöthige Unterlage bietet, um ein Verfahren darüber beim Reichsgericht anhängig zu machen. Die Methode, an maßgebender Stelle lügenhafte Berichte über die Situation im Lande zu unterbreiten, ist ja eines der bekannten Hülfsmittel, wie sie zur Zeit von Rochow und Hinckeldey im Sinne der Reaction benutzt wurden; hier aber handelt es sich um Täuschung über Zustände, die in der Richtung der Revolution liegen.

Die officiöse Behauptung, daß die Krankheit der Socialdemokratie weit ungefährlicher geworden sei und dem Erlöschen entgegenreife, schlägt der öffentlichen Meinung ins Gesicht. Jeder unbefangene Deutsche, der im Lande lebt, weiß, daß das Gegentheil richtig ist und daß die Socialdemokratie mit Klugheit und Disciplin ihre Duldung und ihre Rolle als parlamentarische Stütze des neuen Courses benutzt, um fortzuschreiten, um sich im Reichstage immer breiter zu entwickeln. Ein schlagender Beweis dafür ist die von uns gestern beleuchtete Heimlichkeit, mit der die Regierung ihre Bemühungen verdeckt, diesen Fortschritt auch nur zu beobachten. Die officiösen Blätter nennen dies den „Muth der Kaltblütigkeit“, wir nennen ihn den Muth des Straußes, der den Kopf in den Sand steckt, um die Gefahren nicht zu sehen, die ihm drohen.

Unehrlich und den Thatsachen zuwiderlaufend ist auch das officiöse Bestreben, die Socialdemokratie von dem Anarchismus loszulösen, dessen Boden sie doch allein gewesen ist. Von Leuten, die sich offen zum

Anarchismus und zum Morde bekennen, ist vor der neueren Entwickelung der Socialdemokratie niemals die Rede gewesen und später auch nur seit der Zeit, wo man die Socialdemokratie, d. h. das offen kundgegebene Bestreben, die bestehende staatliche und gesellschaftliche Ordnung umzustürzen, die herrschende monarchische Staatsform in die socialistische Republik zu verwandeln, das Eigenthum, die Ehe und die häusliche Kindererziehung aus der Welt zu schaffen, in der Theorie als ebenbürtig jeder anderen politischen Auffassung zugelassen und als berechtigt anerkannt hat. Zunächst geschah das im Parlament, weil man die Socialdemokratie zur Verstärkung der Opposition in verschiedenen Parteiinteressen brauchen konnte, schließlich aber auch, wie es scheint, in den Grundprincipien der monarchischen Behörden, die bereit sind, in die Discussion mit Bebel und Liebknecht über die Fortdauer des Königthums und unserer gesellschaftlichen Einrichtungen einzugehen oder sich wenigstens neutral verhalten. Die Unterstützung der 46 socialdemokratischen Abgeordneten wird von der Regierung bereitwillig entgegengenommen, um kleine Majoritäten zu erlangen, und man hüllt sich in den Mantel des lichtscheuen Geheimnisses, wenn es sich darum handelt, die socialdemokratisch-anarchistischen Bestrebungen nicht zu bekämpfen, sondern nur zu beobachten, um sich Rechenschaft über ihre Fortschritte ehrlich abzulegen Diese wunderliche Erscheinung kann denn doch mit der einfachen Bezugnahme der officiösen und demokratischen Blätter auf die „publicistischen Filialen der Friedrichsruher Centrale“ und die „Bismarck-Presse“ nicht erklärt oder aus der Welt geschafft werden.

XI. Periode:

Schönhausen, Varzin, 12. Juli — 21. December 1894.

Ueber die Durchreise des Fürsten Bismarck durch Stendal berichtet der „Hannov. Courier“:

Ein Extrablatt des „Altm. Intell.-Bl.“ verkündete für heute (12. Juli) Nachmittag 4 Uhr 27 Minuten die Ankunft des Fürsten Bismarck. Trotz Bahnsteigsperre war eine sehr große Menschenmenge auf dem Perron versammelt, die der Ankunft des Fürsten harrte. Die Erwartungen wurden jedoch insofern getäuscht, als neuerer Nachricht zufolge die Ankunft erst auf Abends 8,15 gemeldet wurde. Kurz nach 8,15 ist dann der Zug von Wittenberge kommend auch eingetroffen. Wohl an 500 Personen, darunter viel Damen, hatten sich zum zweiten Male eingefunden, den Fürsten zu begrüßen. Schon bei der Einfahrt sah man denselben im Wagen sitzen, die lange Pfeife schmauchend, die ihm sichtlich zu behagen schien. Eine grüne leichte Mütze diente als Kopfbedeckung. Begeisterte Hochs erschallten, und als der Zug zum Stehen gebracht war, öffnete der Altreichskanzler das Coupéfenster, worauf ein Herr nach einer kurzen Ansprache ein dreifaches Hoch auf den Fürsten ausbrachte. Die Menge sang alsdann „Deutschland, Deutschland über Alles“. Der Fürst dankte in einer kurzen Ansprache, die nach dem „Altmärk. Intell.-Blatt“ (wiedergegeben von den „Hamb. Nachr.“ am 16. Juli, A.-A.) ungefähr folgenden Wortlaut hatte:

Hier in der Altmark wurde das Samenkorn gepflanzt, aus dem der herrliche Baum des Deutschen Reiches, dessen wir uns Alle freuen, entsprossen ist. Die Altmark war das erste Gebiet, an das sich die übrigen nach und nach gegliedert haben. Von diesem flachen Lande hier, von der altmärkischen Heimath, die ja auch die meinige ist, ist die Kraft und der Anstoß zur Bildung des brandenburgischen Staates und Preußens und schließlich zur Wiedergeburt des Deutschen Reiches ausgegangen. Ich

freue mich, wieder einmal in der Altmark weilen und hier Stendaler begrüßen zu können. Die Thürme von Stendal erzählen von alten Zeiten, wo die Stadt eine große Handels- und Industriestadt war und wohl an 50000 Einwohner zählte; soweit wird sie nun wohl nicht wieder gelangen. Der Stadt Stendal, der Hauptstadt der altmärkischen Heimath, aus der auch meine Familie stammt, möge es stets gut gehen bis ans Ende aller Tage, und Gott möge sie in Gnaden bewahren.

Viele schöne Blumensträuße wurden dem Fürsten überreicht, der durch diese Spenden und die Ovationen sichtlich erfreut war.

Unter neuen Hurrahrufen setzte sich der Zug in Bewegung, um aufs erste Gleis übergesetzt zu werden. Nun drängte Alles dahin. Als die Hochrufe nicht aufhörten, öffnete der Fürst wieder das Fenster. Er erkundigte sich nach dem Stand des Korns. Auf die befriedigende Antwort, es stände gut und sei schon reif, werde schon geschnitten, meinte der Fürst, in Schleswig sei's noch grün. Ein Herr aus Saarbrücken begrüßte den Fürsten als Ehrenbürger seiner Vaterstadt. „Da war ich zum letzten Mal, als ich aus dem Krieg zurückkam," antwortete der Fürst.

Noch viele Fragen und Antworten Bekannter und Unbekannter gingen hin und her, bis sich der Extrazug in Bewegung setzte, und der Fürst, mit der Mütze freundlichst winkend, der Menge in kräftigen Worten zurief: „Auf Wiedersehen, auf Wiedersehen!" Diese, mit denselben Worten jubelnd erwidernd, stimmte sodann „Es braust ein Ruf" an, und unter abermals begeisterten Hochrufen, Hüte- und Tücherschwenken verschwand der Zug. Der Fürst sah ganz vorzüglich aus.

Dasselbe Blatt meldet über die Ankunft in Schönhausen:

Ein berittener Gendarm, der gestern Abend um acht Uhr vor dem Bahnhof Aufstellung nahm, brachte die Gewißheit, daß die Ankunft des Fürsten Bismarck unmittelbar bevorstehe. Obwohl jeder Empfang verbeten war, fanden sich viele Einwohner zur Begrüßung auf dem Bahnsteig ein. Graf Herbert Bismarck war mit seiner Gemahlin erschienen. Zur festgesetzten Zeit lief der aus Maschine, Salonwagen und Gepäckwagen bestehende Sonderzug ein. Die Frau Fürstin, die zuerst dem Zuge entstieg, wurde von ihren Kindern mit Gruß und Umarmung empfangen. Der Fürst begrüßte vor Allem seine Schwiegertochter, die ihm die Hand küßte. Der Fürst erschien im langen Gehrock, weißer Binde und mit dem Schlapphut. Den Geheimen Regierungsrath Giese aus Berlin, der den Sonderzug geführt hatte, sowie den Pastor Schrader aus Schönhausen zog der Fürst in eine längere Unterhaltung. In zwei Equipagen begaben sich die Herrschaften nach dem Schlosse. Auf dem Wege dorthin wurden sie allenthalben durch lebhaften Zuruf begrüßt.

* * *

Am 16. Juli setzte der Fürst von Schönhausen seine Reise nach Varzin fort. Die „Berliner Neuesten Nachr." erzählen von der Durchreise durch Berlin:

Auf dem Stettiner Bahnhof gestaltete sich der Empfang des Fürsten Bismarck in jener herzlichen gemüthvollen Weise, wie sie noch immer zu beobachten war, sobald der Begründer unserer nationalen Einheit wieder in Berlin erscheint. Schon um 11 Uhr Vormittags hatten sich die Verehrer eingefunden, da man den Fürsten bereits um 12 Uhr erwartete. Sie hielten geduldig fast vier Stunden aus. Um $3^1/_2$ Uhr wurde der Theil des Stettiner Bahnhofes, bezw. Bahnsteigs, vor den der fürstliche Salonwagen zu stehen kommen sollte, von der Polizei abgesperrt. Polizeioberst Krause leitete persönlich die Anordnungen, ihm zur Seite standen ein Hauptmann, zwei Lieutenants und zahlreiche Schutzleute. Auch Schutzmannschaften in Civil waren erschienen. Den Vertretern der Presse wurde bereitwilligst gestattet, die Absperrungslinie zu passiren und sich einen guten Platz auszusuchen. Der gleichen Gunst erfreuten sich die in vollem Wichs erschienenen Chargirten einer Anzahl studentischer Vereine, des Vereins deutscher Studenten, des akademisch-historischen Vereins, des akademischen Gesangvereins, des rechtswissenschaftlichen Vereins Teutonia, des akademisch-theologischen Vereins, der akademischen Liedertafel. des pharmakognostischen Vereins, des akademischen Turnvereins Arminia und des neuphilologischen Vereins. Ihnen war auf directe telegraphische Anfrage die genaue Ankunftszeit, über die sonst auf den Wunsch des Fürsten bis zum letzten Augenblick Stillschweigen beobachtet worden war, bekannt gegeben worden, sie nahmen als Ehrenwache mit blankem Schläger an der Stelle Posto, wo der Salonwagen halten sollte.

Hinter der Polizei sammelte sich allmählich eine dichtgedrängte Menge. Gar Mancher, den irrige Zeitungsnachrichten nach dem Lehrter oder Friedrichstraßen-Bahnhof geführt hatte, war noch, durch diesen oder jenen liebenswürdigen Beamten zurechtgewiesen, zur rechten Zeit gekommen. Nicht Wenige auch hatte die studentische Auffahrt nach dem Stettiner Bahnhof geführt.

Als der Salonwagen sichtbar wurde und die Fürstin zum Fenster hinausschaute, stimmten die Studenten ein dreifaches Hoch und Hurrah an, in das die übrigen Anwesenden begeistert einfielen. Kaum hielt der Zug, als der Fürst am offenen Fenster erschien, die Mütze abnahm und sich mehrmals für das lebhafte Hoch dankend verneigte. Nachdem sich der erste Sturm der Begeisterung gelegt hatte, hielt stud. hist. Cartellieri vom akademisch-historischen Verein folgende Ansprache:

„Durchlauchtigster Fürst! Im Namen der hier versammelten akademischen Vereine sage ich Euer Durchlaucht den ehrerbietigsten Dank und Gruß. Wenn das Alles, was jeder wahrhaft Deutsche für den größten Staatsmann des deutschen Volkes empfindet, auch in den schönsten Tönen, deren die deutsche

Sprache fähig ist, ausgedrückt worden ist, so nimmt doch die akademische Jugend das Recht in Anspruch, ihrer flammenden Begeisterung für Euer Durchlaucht die hellsten Worte zu leihen. Denn jedes studentische Lied, das des Vaterlandes Herrlichkeit preist, erinnert uns an Euer Durchlaucht und an das Bekenntniß, das Euer Durchlaucht vor 34 Jahren niederlegten: ‚Wenn ich mich einem Teufel verschrieben habe, so ist es der teutonische Teufel.‘ Und das Bekenntniß ist der Wahlspruch eines jeden deutschen Studenten. Diesem starken Gefühle Ausdruck zu geben, fordere ich die Herren Commilitonen auf, mit mir einzustimmen in den Ruf: Se. Durchlaucht der Fürst Bismarck, er lebe hoch, hoch, hoch.“

Nachdem dieses begeistert aufgenommene Hoch verklungen, forderte der Reichstagsabgeordnete Dr. Hahn zu einem Hoch auf für „Ihre Durchlaucht, die Frau Fürstin Bismarck, die treue Begleiterin unseres Alt-Reichskanzlers!“ Abermals stimmten die Anwesenden jubelnd ein. Herr Hahn führte dann die Bildhauerin Fräulein Finselberg an den Wagen, die der Fürstin Blumen überreichte. Auch sonst wurden noch von zahlreichen Damen und Herren Blumen dem fürstlichen Paar gewidmet. Inzwischen erscholl das gemeinsam gesungene Lied: „Deutschland, Deutschland über Alles!“

Nun nahm Fürst Bismarck das Wort:

Ich freue mich herzlich, daß ich jedesmal, wenn ich nach Berlin komme, so freundlich begrüßt werde. Und besondere Freude macht es mir, wenn das unter Mitwirkung der Bürger der Universität geschieht, der ich selbst in meiner Jugend eine Zeit lang angehört habe. Ich bin ein halber Berliner. Ich war sieben Jahre alt, als ich zuerst nach Berlin kam. Alle Oertlichkeiten, die ich hier wiedersehe, sind für mich Repräsentanten meiner Vergangenheit. Hier wurde ich als Schuljunge spazieren geführt, hier habe ich als Student, als Referendar, als Minister gelebt.

Und gegenwärtig noch kann ich mir sagen, daß ich immer gern in Berlin gewesen bin, obschon ich auf dem Lande groß geworden war und im Landleben Wurzel geschlagen habe. Aber Berlin ist mir behaglich durch Gewohnheit geworden. Ich kenne es schon aus der Zeit, als es noch keine Trottoirs gab und man noch auf den spitzen Steinen gehen mußte. Damals gab es auf der Friedrichstraße, zwischen Behren- und Kochstraße, noch keinen einzigen Laden. Seitdem ist Berlin mir allerdings über den Kopf gewachsen. Ich habe in Berlin im Jahre 1837 so genau Bescheid gewußt, daß ich hätte Droschkenkutscher werden können, was jetzt freilich nicht mehr geht. (Heiterkeit.)

Berlin ist mir jetzt über den Kopf gewachsen, wirthschaftlich und politisch. Politisch bin ich ja vielleicht in manchen Beziehungen mit der Mehrheit der Berliner auseinander gekommen, aber mein Heimathgefühl für Berlin und seine Umgebung ist immer dasselbe geblieben. Ich bin

ein alter Kurbrandenburger. Und unsere Stadt Berlin, der Sie, meine Herren Studirenden, vorübergehend als Bewohner angehören, der ich den größten Theil meines Lebens als Bürger angehörte, sie mag werden wie sie will — ich wünsche ihr Gedeihen und Wohlergehen. Sie lebe hoch!

Auch dieses Hoch fand natürlich jubelnden Beifall. Der Fürst, sichtlich in bester Stimmung und gutem Befinden, ging nunmehr zu einer Art Plauderton über. So sprach er seine Verwunderung aus, zum ersten Male hier in Berlin bei einzelnen Chargirten Korbschläger zu sehen. Dann wandte er sich an einen derselben mit den Worten:

Sie tragen Roth-Weiß. Das sind ja die alten brandenburgischen Farben. Das wissen Sie wohl gar nicht. (Heiterkeit!) Später, als wir Preußen wurden, haben wir Schwarz-Weiß angenommen, und aus der Combinirung beider ist dann das jetzige Schwarz-Weiß-Roth entstanden. Erst nachdem ich dem alten Kaiser Wilhelm dies auseinandergesetzt hatte, hat er die Annahme der neuen Farben erträglich gefunden.

Die kurze Spanne Zeit, die zur Begrüßung gewährt war (etwa 10 Minuten), war nur zu schnell abgelaufen. Als sich der Zug, dem der fürstliche Train einrangirt war, in Bewegung setzte, streckten sich dem Fürsten von allen Seiten Hände zum Abschiedsdruck entgegen. Unter wiederholten donnernden Hoch- und Hurrahrufen der versammelten Menge und dem Wunsch „Auf Wiedersehen", der von allen Seiten erscholl, verließ der Zug mit dem Fürsten, der noch eine Weile dankend winkte, die Halle. Professor Schweninger blieb seiner Vorlesungen wegen in Berlin zurück.

Im Publicum, unter welchem sich auch mehrere süddeutsche Familien und eine Anzahl Officiere befanden, herrschte über das Aussehen des Fürsten und der Fürstin lebhafte Befriedigung. Auch das taktvolle Verhalten der Polizei fand ungetheilte Anerkennung.

* * *

Am 18. Juli (A.-A.) melden die „Hamb. Nachr." über das Ende der Fahrt:

Fürst **Bismarck** ist zwei Uhr Nachts mittelst Extrapost von Schlawe in Varzin in gutem Befinden eingetroffen. Die Dörfer, durch welche der Weg führte, waren, den „Berl. Neuesten Nachr." zufolge, illuminirt. Der Fürst sowohl als auch die Fürstin haben die anstrengende Reise gut überstanden und fühlen sich durchaus wohl.

* * *

Ueber den Verlauf der Reise nach der Abfahrt aus Berlin bringen die „Hamb. Nachr." noch weitere Mittheilungen; zunächst liegt eine Meldung vor aus **Kolbitzow**, der letzten Station vor Stettin:

Auf seiner Durchreise nach Varzin bereitete dem Fürsten Bismarck die Hauptgruppe Kolbitzow des Bundes der Landwirthe eine begeisterte Huldigung. Beim Einlaufen des Zuges stimmte eine Capelle das Preußenlied an. Die vollzählig erschienenen Mitglieder genannter Hauptgruppe, verstärkt durch solche benachbarter Bezirke, empfingen den am Fenster seines Salonwagens stehenden Fürsten mit stürmischen Hochrufen. Beim Halten des Zuges richtete der Vorsitzende eine kurze Ansprache an den Fürsten. Er erklärte im Namen der Anwesenden, daß alle festhielten an dem, was Se. Durchlaucht geschaffen, daß die Mitglieder des „Bundes der Landwirthe" immerdar feststehen zu Kaiser und Reich, jederzeit bereit wären, Gut und Blut für ihren Kaiser, für Deutschlands Ruhm und Ehre hinzugeben. Er betonte, daß das stolze Wort Bismarck's: „Wir Deutsche fürchten Gott, sonst nichts in dieser Welt", auch ihr Wahlspruch sei und bleiben würde, so lange ein Tropfen Blut noch glüht, noch eine Faust den Degen zieht. Zum Schluß wünscht Redner dem Fürsten auch fernerhin einen sonnigen, friedevollen Lebensabend und daß der Allmächtige ihn noch viele, viele Jahre in körperlicher und geistiger Frische erhalten möge. In das Hoch auf Se. Durchlaucht stimmte die Versammlung jubelnd ein.

Fürst Bismarck erwiderte, nachdem ihm verschiedene Bouquets, theils aus Rosen, theils von Feldblumen, überreicht waren, etwa Folgendes:

> Ich danke Ihnen für Ihre freundliche und herzliche Ansprache und freue mich, hier von meinen pommerschen Landsleuten freudig begrüßt zu werden und noch mehr, von meinen Genossen der Landwirthschaft. Landwirth bin ich gewesen, ehe ich Politiker wurde, und ich habe als Diplomat niemals vergessen den Boden, auf dem ich gewachsen war, und mit dem ich verwachsen geblieben bin. Ich freue mich, daß Sie an dessen Gedeihen, an dessen Pflege festhalten mit der ganzen Energie, die sich in Ihren Worten kundgiebt. Soviel ich zum selben Zwecke in meinem Privatleben zu thun vermag, will ich leisten. Ich bin im Blute Landwirth und gehöre mit meinen Sympathien diesem Stande an. Deswegen danke ich Ihnen von Herzen und wünsche den Bestrebungen des Vereins der Landwirthe das Gedeihen, ohne welches wir schwierigen Verhältnissen entgegen gehen. Denn wenn die Landwirthschaft nicht besteht, kann auch der Staat nicht bestehen. Also die Landwirthschaft hoch!

Beim Abgang des Zuges stimmten sämmtliche Anwesende, zu denen auch die Schuljugend der umliegenden Dörfer zählte, unter Begleitung der Capelle das Lied: „Deutschland, Deutschland über Alles" an. — Einem jeden werden diese Augenblicke, wo es ihm vergönnt war, dem größten Sohne Deutschlands gegenüber zu stehen, für immer unvergessen bleiben.

Dann wird aus Stettin gemeldet:

Auf seiner Reise nach Varzin passirte Fürst Bismarck gestern Nachmittag mit dem Berliner Schnellzuge den hiesigen Bahnhof. Der Zug lief um 6 Uhr 25 Minuten in den Bahnhof ein; auf dem Bahnsteig hatte sich eine große Menschenmenge eingefunden, die den Fürsten, der am Fenster seines Salonwagens stand, mit nicht endenwollenden brausenden Hochs begrüßte. Fürst Bismarck, der außerordentlich wohl und munter aussah, dankte für die ihm erwiesene Liebe und Verehrung in freundlichster Weise; wieder und immer wieder erschollen begeisterte Hoch- und Heilrufe, und der Fürst hatte „alle Hände voll zu thun“, die ihm dargereichten Blumenspenden im Innern des Wagens unterzubringen.

Die dem Wagen zunächst Stehenden wurden vom Fürsten in eine kurze Unterhaltung gezogen, insbesondere Hauptmann von Busse vom hiesigen Grenadierregiment. Der Fürst war, wie sein herzliches Lachen und seine humorvollen Worte bewiesen, in bester Stimmung. Er versicherte (wie die „Pomm. Reichsp.“ berichtet) Herrn von Busse,

> daß es mit seiner Gesundheit gut stehe, nur schlafen könne er sehr schlecht; wenn er von drei Nächten eine schlafe, so sei das schon viel. Seine neuralgischen Gesichtsschmerzen, die ihn hin und wieder und auch gegenwärtig plagten, werde er wohl nicht mehr loswerden. Der Fürstin gehe es nicht gut; sie habe sich wahrscheinlich in Friedrichsruh bei einer Fahrt im offenen Wagen erkältet, und ihr Befinden mache ihm Sorgen. Graf Herbert dagegen, der ihn bis Berlin begleitet habe, erfreue sich der besten Gesundheit und sei in Schönhausen besser eingerichtet wie er (der Fürst) in Friedrichsruh. Am meisten freuten ihn die vergnügten Gesichter von Jung und Alt, die er auf seiner Reise überall erblicke. Herr von Busse möge doch auch seinen Kameraden, die zu dieser Begrüßung erschienen seien, für diese Aufmerksamkeit seinen Dank aussprechen.

Dabei kam des Fürsten militairische Stellung zur Sprache, und Seine Durchlaucht meinte:

> er habe noch fünfunddreißig Vordermänner, aber avanciren werde er nicht mehr. Alle seine Altersgenossen stürben um ihn weg, und er allein bleibe übrig.

Demgegenüber wies Herr von Busse auf die Millionen von Deutschen hin, die in Liebe, Verehrung und Dankbarkeit an dem eisernen Kanzler hingen.

Auf die Bemerkung des Herrn von Busse, daß Stettin in den letzten Jahren sehr verschönert worden, sei, und daß Se. Durchlaucht es sich doch einmal ansehen möge, erwiderte der Fürst, daß er das sehr gern thun würde, wenn nur seine Kräfte ausreichten. Inzwischen war die Zeit zur Weiterfahrt herangekommen. Der Fürst ließ seine klaren hellblitzenden Augen noch ein-

mal über die Menge schweifen und reichte hier und dorthin die Hand zum Abschied — dann setzte sich der Zug in Bewegung. Neue, begeisterte Hochs und zahlreiche Rufe „Auf Wiedersehen!“ ertönten, bis der Zug den Blicken entschwunden war.

In Stargard, Ruhnow, Labes, Schievelbein, Belgard, Köslin und Schlawe fand überall die herzlichste Begrüßung statt; besonders an dem Endpunkte der Eisenbahnfahrt, Schlawe, wo der Zug um $11^1/_2$ Uhr Nachts eintraf, war der Empfang ein geradezu stürmischer. Von da aus wurde — wie bereits gemeldet — dann die Wagenfahrt nach Varzin durch die sehr hübsch illuminirten Dörfer angetreten.

In Ergänzung der bereits veröffentlichten Nachrichten über die Ankunft des Fürsten Bismarck auf seinem hinterpommerschen Landsitz meldet ein Correspondent noch: Der Altreichskanzler traf Abends 11 Uhr 25 Minuten mit dem fahrplanmäßigen Zuge in Schlawe ein. Auf dem Bahnhofe war eine ungeheure Menschenmenge versammelt, die den Fürsten mit einem brausenden Hurrah begrüßte. Oberförster Westfahl aus Varzin bestieg den Salonwagen und meldete, daß eine Locomotive, aber auch mehrere Extraposten zur Weiterfahrt bereit ständen. Die Herrschaften verließen sodann den Wagen. Der Landrath des Schlawer Kreises geleitete die Fürstin zur Extrapost, Fürst Bismarck selbst lehnte jede Hülfe ab, schritt festen Fußes über den Bahnsteig und ging die Treppe hinunter zu seinem Wagen. Vor demselben hielt Pastor Bars aus Schlawe eine kurze kernige Ansprache, die in einem donnernden Hoch ausklang. Der Altreichskanzler hörte die Worte stehend an und dankte herzlich mit bewegter Stimme. Wieder jeden Beistand zurückweisend, bestieg er seinen Halbwagen, in dem auch schon die Fürstin Platz genommen hatte, und fort ging es in die laue, herrliche Sommernacht hinaus. Der Fürst sah ungemein wohl aus und trug zur nächtlichen Fahrt eine graue Reisemütze und einen grauen Mantel. Sein frisches Aussehen zeigte keine Spur einer Müdigkeit. Die Begleitung folgte in zwei anderen Extraposten nach.

Fürst Bismarck hat die Anstrengung der Reise aufs Beste überstanden und bereits am nächsten Tage auf seinem weitverzweigten Gute Umschau gehalten. Mit lebhaftem Interesse nahm er persönlich vom Oberförster den Bericht über den Stand der Ernte entgegen. — Ferner wird der „Ztg. f. Htp.“ noch berichtet: Zur Einfahrt des Fürsten sollte eine Allee, welche die von Schlawe kommende Chaussee mit dem Schloßhof verbindet, benutzt werden. Um 1 Uhr in der Nacht — der Fürst konnte jeden Augenblick eintreffen — vernahm man plötzlich dort, wo die Allee am Schlosse endigt, ein gewaltiges Krachen. Eine ziemlich alte morsche Linde war umgebrochen und hatte sich quer über den Weg gelegt. Nur dadurch konnte ein Unglücksfall verhütet werden, daß der Förster Desens II sofort zur Chaussee lief und die Ankommenden

von dem Vorfall benachrichtigte. Bald darauf rollte der Wagen des Fürsten unter Posthornsignalen in den Schloßhof.

* * *

Am 21. Juli (A.-A.) heißt es in den „Hamb. Nachr.“:

Die „Frankfurter Zeitung“ sagt, wie schon erwähnt, in einem Artikel über den Fürsten Bismarck u. A.:

„Da mag daran erinnert werden, daß Fürst Bismarck sich andauernd, und zwar gerade während der Herrschaft des jetzt so vermißten Socialistengesetzes in der Vorstellung befunden hat, daß er persönlich gefährdet sei. Es ist bekannt, daß sein Haus und sein Garten von allen Seiten durch eine Schaar geheimer Polizisten bewacht war, die ihn, wenn er sich einmal in der Oeffentlichkeit zeigte, wie eine Wolke umgaben.“

Diese Ueberwachung war vom Kaiser aus eigenem Antriebe befohlen worden. Wir haben vom Fürsten Bismarck nie gehört, daß er sich persönlich gefährdet fühlte, als er im Dienste war; er hätte nach den bekannten beiden Attentaten und den ungezählten Drohbriefen alle Veranlassung dazu gehabt. Daß der Kaiser Wilhelm I. für die Sicherheit seines Kanzlers nach solchen Vorkommnissen Sorge trug, erscheint ein nicht unnatürlicher Ausfluß seines monarchischen Berufsgefühls, welches ihm die Vorsorge für die Erhaltung der persönlichen Sicherheit seiner Diener nicht allein, sondern jedes seiner Unterthanen nahe legte. Mit ähnlicher Leichtfertigkeit wie die „Frankf. Ztg.“ könnte man auch über die Sicherheitsmaßregeln spotten, mit denen Monarchen und andere hervorragende Persönlichkeiten im Interesse der öffentlichen Sicherheit umgeben werden. Daß gegenwärtig kein Bedürfniß für ähnliche Ueberwachungen vorliegt, erklärt sich leicht aus der Thatsache, daß Attentate der Regel nach nur von politischen Richtungen ausgehen, welche gegenwärtig für Stützen des neuen Courses gelten und kein Verlangen nach einer Aenderung in der Staatsleitung empfinden.

* * *

Wie der Graudenzer „Gesellige“ meldet, gab Fürst Bismarck am Sonnabend, den 28. Juli, Abends in Varzin seinen gesammten Gutsleuten aus Anlaß der beendeten Roggenernte ein Fest. Nach 8 Uhr Abends zogen alle Erntearbeiter unter dem Gesang „Nun danket alle Gott“ vor das Schloß; der Fürst erschien mit seinen Gästen, darunter das gräflich Rantzau'sche Ehepaar nebst Kindern, auf dem Vorplatz, hörte den Gesang und die verschiedenen Ansprachen mit an und hielt dann eine Rede, worin er bemerkte,

daß er, da die Ernte nun in der Hauptsache beendet sei, den Leuten ein Vergnügen bereiten wolle, bei welchem sie sich so gut wie möglich amüsiren sollten. Er selbst könne leider nicht kommen, da seine Frau krank sei.

Zum Schluß brachte der Fürst ein dreifaches Hoch auf den Kaiser aus, in welches alle begeistert einstimmten. Hierauf verließen die Leute unter Gesang den Schloßhof und begaben sich nach dem Speicher, wo sie nach den Klängen einer Harmonika lange tanzten. Die Gäste aus dem Schloß sowie die jungen Grafen Rantzau erschienen dabei auch.

Das Befinden des Fürsten ist sehr gut, das der Fürstin läßt leider zu wünschen übrig; sie liegt viel zu Bett und muß sich sehr schonen. Fürst Bismarck erklärte, seine Gemahlin habe zum vierten Male Influenza, was sie bei ihren 70 Jahren sehr mitnehme.

* * *

An hervorragender Stelle melden die „Hamb. Nachr." am 29. Juli (M.-A):
Auf Grund eingezogener Erkundigungen sind wir in der Lage, die beunruhigenden Gerüchte, die gestern in Berlin über das Befinden des Fürsten Bismarck verbreitet waren, als gänzlich unbegründet zu bezeichnen.

* * *

Am 29. Juli, zwei Jahre nach den Bismarck-Festtagen in Jena, wird dort der zum Andenken daran errichtete Bismarck-Brunnen enthüllt und gleichzeitig dem Fürsten das Ehrenbürgerrecht verliehen. Der Fürst schreibt in Folge dessen an den Oberbürgermeister Singer:

> Geehrter Herr Oberbürgermeister! Euer Hochwohlgeboren und die Mitglieder der städtischen Collegien haben mir durch Verleihung des Bürgerrechts von Jena einen weiteren Beweis des Wohlwollens gegeben, dessen glänzender und herzlicher Ausdruck mich vor zwei Jahren tief bewegte. Die Erinnerung an diese Tage ist mir ein werthvolles Besitzthum, und ich bin hocherfreut, daß diese Verbindung, in der ich mich mit der Stadt fühle, welche in unserem Jahrhundert eine so hervorragende Stelle unter den Heimstätten deutschen Geisteslebens einnimmt, auch äußerlich eine dauernde Bezeichnung erhalten hat. Euer Hochwohlgeboren bitte ich, meinen Mitbürgern meinen herzlichen Dank für die mir heute in so reichem Maaße zu Theil gewordene Auszeichnung zur Kenntniß zu bringen. v. Bismarck.

Auf das Begrüßungstelegramm des Professors Binswanger in Jena antwortet der Fürst an demselben Tage telegraphisch:

> Ihnen und den betheiligten Damen und Herren, welche ich heute als Ihr Mitbürger zu begrüßen die Ehre habe, sage ich meinen verbindlichsten Dank für Ihr freundliches Telegramm in Anlaß der mir heute von Ihrer Stadt erwiesenen doppelten Auszeichnung. v. Bismarck.

Den Entwurf zu dem Bismarck-Brunnen hat Prof. Hildebrandt in Rom, ein geborener Jenenser, der Stadt Jena geschenkt. Der Entwurf

fand den Beifall des aus Professoren und Bürgern bestehenden Ausschusses, die von verschiedenen Bürgern, u. A. von Herrn Borsdorf veranstalteten Sammlungen hatten ein reiches Erträgniß, und so konnte am 1. Mai d. J. die Grundsteinlegung stattfinden, der heute die Enthüllung folgte. Der Brunnen besteht aus einem auf länglichem Unterbau von Sandstein lagernden mächtigen Wasserbecken, aus dessen Seitenrändern zwei starke Wasserstrahlen in die Höhe springen. In der Mitte erhebt sich ein wuchtiger Aufbau, der auf seiner vorderen, dem Denkmal des Universitätsstifters Johann Friedrich von Sachsen zugewendeten Seite das Reliefbild des Fürsten und auf der Rückseite den Reichsadler in Bronze trägt. Der ganze Brunnen macht, umgeben von mächtigen Gascandelabern, einen massiven, gewaltigen Eindruck.

* * *

Ueber ein damals schon auftauchendes und später wieder aufgefrischtes Gerücht betreffs Transvaals bringen die „Hamb. Nachr." am 31. Juli (A.-A.) folgende Auslassung:

> Zu der Mittheilung, daß der Präsident von Transvaal, Paul Krüger, binnen Kurzem eine Reise nach London machen werde, um mit der englischen Regierung über verschiedene schwebende Fragen unmittelbar zu verhandeln, wurde kürzlich in der „Kreuz-Ztg." bemerkt:
>
> „Im Jahre 1884 war bekanntlich Präsident Krüger schon mit General Smit und dem Unterrichtsminister du Toit in Berlin. Damals trug er dem Deutschen Reiche das Protectorat über die Republik an, ein Vorschlag, der leider nicht angenommen wurde."
>
> Wir sind von compententester Seite zu der Erklärung ermächtigt, daß diese Behauptung vollständig aus der Luft gegriffen ist. Ein Antrag, die Transvaal-Republik unter deutsches Protectorat zu stellen, ist von dem Präsidenten Krüger damals nicht gestellt worden. Seine Besuche hatten nur dem Bedürfnisse entsprochen, freundschaftliche Fühlung mit dem Deutschen Reiche zu nehmen, und dies gelang ihm vollständig. Im Jahre 1884 herrschte bekanntlich zwischen der Transvaal-Republik und England keine Freundschaft, und ein Antrag auf Uebernahme des Schutzes für die Republik wäre deshalb eine Frage von so großer Tragweite gewesen, daß sie sich gründlicher amtlicher Prüfung und Behandlung nicht hätte entziehen können. Wir können mit Bestimmtheit versichern, daß die Frage des Protectorats nicht gestellt wurde, und wir bedauern, daß die „Kreuz-Zeitung" solcher unverbürgten Nachricht Raum in ihren Zeilen gewährt.
>
> Der Präsident Krüger hatte damals eine Audienz bei Kaiser Wilhelm, bei der die Eigenthümlichkeit einer doppelten Verdolmetschung für den mündlichen Verkehr erforderlich war. Der Präsident sprach nur holländisch,

sein Begleiter holländisch und englisch. Letzterer hatte die Aufgabe, die Aeußerungen des Präsidenten für den anwesenden Reichskanzler in das Englische zu übertragen, der sie dann dem Kaiser in deutscher Uebersetzung mittheilte. Von einem Anerbieten in der Richtung des „Kreuz-Zeitung"-Artikels war weder in der Audienz noch in dem späteren Verkehr des Präsidenten mit dem Kanzler Fürsten Bismarck die Rede.

* * *

Gegenüber ungünstigen Nachrichten von dem Befinden des Fürsten Bismarck erfahren die „Berl. Neuesten Nachr." aus Varzin am 11. August Folgendes:

Der Fürst kam wohl und gesund auf seinem Lieblingsgute an. Schon am Nachmittage nach seiner Ankunft fuhr er aus, ein — Zeichen, daß ihn auch die Reise nicht sehr angegriffen hat. Seitdem ist er von irgend einem Unwohlsein nicht befallen worden. Das einzige Vergnügen des Fürsten besteht in den großen täglichen Spazierfahrten durch den Wald. Der Fürst kennt jedes Fleckchen seiner Besitzung, und wo er früher gegangen und geritten ist, da möchte er nun fahren. Viele Wege sind aber im Laufe der Zeit zugepflanzt oder zugewachsen, sodaß das Fahren häufig auf große Schwierigkeit stößt und der Wagen manchmal festsitzt. Für diesen Fall ist der Kutscher Patzke mit einem Beil versehen, und Letzterer bahnt so seinem Herrn die Wege, die oft sehr wunderbar sind.

Der vor einigen Tagen bekannt gewordene Unfall, bei dem ein Pferd in einem Sumpfe ertrank, ging auch sehr natürlich zu, und eine Gefahr für den Fürsten lag durchaus nicht vor. Der Fürst wünschte am Rande eines neu angelegten Fischteichs einen neu aufgeworfenen Wall entlang zu fahren, welcher aber noch nicht fahrbar ist. Der Kutscher meinte indessen, man könnte es einmal versuchen, und so wurde die Fahrt unternommen. Die schweren Pferde sanken jedoch bald bedenklich ein, weshalb der Fürst — ohne jede Gefahr — ausstieg. Als der Kutscher weiter fuhr und der Boden immer weicher wurde, spannte man die Pferde aus und ließ den Wagen durch Arbeiter herausbringen. Hierbei passirte es nun, daß ein Pferd am Rande des Teiches fehltrat und ins Wasser fiel. Der Kutscher entkleidete sich sofort und schwamm, den Cylinderhut auf dem Kopf, dem Pferde nach, konnte es aber nicht mehr retten.

Am Sonnabend (4. August) Nachmittag nahm der Fürst an einer Forellenfischerei im Marienbornbachteich Theil und war vorher wieder durch derartige Dickungen gefahren, daß im Schnurrbart eine Menge trockener Kiefernadeln steckten. Die Stimmung des Fürsten ist übrigens eine sehr gute und wird nur durch die Krankheit der Fürstin beeinträchtigt. Die hohe Frau ist leider viel bettlägerig.

Das Befinden der Frau Fürstin hat sich inzwischen aber soweit gebessert, daß Professor Schweninger Varzin hat verlassen können.

* * *

Am 19. August (M.-A.) heißt es in den „Hamb. Nachr.:

In der „Magdeb. Ztg." hat kürzlich ein Bericht über ein Gespräch gestanden, das ein Mitarbeiter der „Magdeb. Ztg." in Varzin mit dem Fürsten Bismarck gehabt haben will. Der Bericht beruht auf Erfindung. Auch der Vergleich der Anarchisten mit den Schweinen oder irgend ein Wort, an das er sich knüpfen ließe, rührt nicht vom Fürsten Bismarck her; der Gedanke, der einem solchen Vergleich zu Grunde liegen würde, wäre unlogisch. Die zahmen Schweine sind dem Menschen nützlich und Geschöpfe, die ihren Beruf in dieser Welt, wenn nicht vollständig, so doch nach Kräften durch ihre Leistungen erfüllen. Dasselbe kann man von den Anarchisten nicht sagen. Der Fürst hat später, als er von dem „Bericht" Kenntniß erhielt, gesagt: „Diesen Vergleich möchte ich doch meinen Schweinen nicht anthun."

Der Berichterstatter, welcher die betreffende Aeußerung neben anderen gleicherweise „authentischen" der „Magdeb. Ztg." gemeldet hat, hat den Fürsten Bismarck überhaupt nicht gesprochen, sondern nur bei einer Ausfahrt im Vorbeifahren gesehen.

* * *

Die „Hamb. Nachr." verzeichnen am 20. August (A.-A.) folgende Mittheilung:

Nach einer Meldung der „Danz. Ztg." aus Varzin ist der Oberpräsident von Pommern, Herr von Puttkamer, zum Besuche des Fürsten Bismarck dort eingetroffen.

* * *

Am 21. August (A.-A.) wird in demselben Blatte gemeldet:

Die geplante Huldigungsfahrt von Deutschen aus der Provinz Posen zum Fürsten Bismarck nach Varzin soll, wie den „Berl. Neuest. Nachr." gemeldet wird, am 16. September erfolgen. Ein Mitglied des Comités hat sich nach Varzin begeben, um die Genehmigung des Fürsten zur Wahl dieses Tages zu erbitten. Die Theilnahme an der Fahrt dürfte sehr stark werden; schon heute kann auf 1000 Personen gerechnet werden.

* * *

Die „Berl. Neuesten Nachr." schreiben am 21. August:

Obschon es kaum einem Zweifel unterliegen kann, daß im preußischen Landtage sich für eine zeitgemäße Correctur des Vereins- und Versammlungsrechts die alten Cartellparteien bereitwillig zusammenfinden

würden, unternimmt es die „Norddeutsche Allg. Ztg.“, den Kreis der zu erwartenden Mehrheit für gesetzliche Maßnahmen in der bezeichneten Richtung zu erweitern, indem sie den Besorgnissen clericaler Blätter, es könnten die geplanten Verschärfungen des Vereinsrechts eventuell auch gegen das Centrum gerichtet werden, die Zusage entgegenhält, „man werde ohne Zweifel auf eine weitgehende Bereitwilligkeit rechnen dürfen, den Wünschen, die darauf abzielen, diesen Befürchtungen den Boden zu entziehen, Entgegenkommen zu beweisen.“ Zugleich benutzt das Blatt die Gelegenheit, der fable convenue entgegenzutreten, daß die Socialdemokratie in Folge des Socialistengesetzes einen bedeutenden Aufschwung genommen habe, eine Legende, die von den socialdemokratischen Blättern den deutsch-freisinnigen Wortführern nachgebetet wird. „Die Wahlen von 1890“ — so führt die „Norddeutsche“ aus — „erfolgten nach einer Periode außerordentlich milder Handhabung des Socialistengesetzes und unter dem Einfluß der Annahme, daß dieses Gesetz als eine abgethane Sache zu betrachten sei.“ Leider erwies sich ja diese Annahme als vollkommen begründet.

Was seitdem die Socialdemokratie so stark werden ließ, war nicht zum wenigsten die Erscheinung, daß sie ganz wie andere politische Parteien von der Staatsleitung pari passu behandelt worden ist, und sogar zu einer wesentlichen Potenz der „Erfolge“ des neuen Courses auf wirthschaftspolitischem Gebiete in der Praxis sich entwickelt hat, wie eifrig man auch theoretisch jede Gemeinschaft mit ihr verleugnete. Daß diese Auffassung bis in die Kreise der jeder politischen Agitation fernliegenden Wissenschaft eingedrungen ist und dort sogar in Fragen von grundsätzlicher Bedeutung ein entscheidendes Gewicht gewonnen hat, dafür zeugt eine Mittheilung, die, falls sie sich bestätigt, nach mehr als einer Richtung zu denken giebt. Vor einigen Wochen, so wird uns erzählt, soll der Cultusminister Dr. Bosse sich an die philosophische Facultät der Berliner Universität mit einer Vorstellung gewendet haben, die den „Fall Arons“ zum Gegenstande hatte. Die seltsame Erscheinung, daß im Lehrkörper einer königlichen Universität an verantwortlicher und hervorragender Stelle ein Mann wirkt, der die Grundlagen der bestehenden Ordnung des Staates und der Gesellschaft offensiv bekämpft, durfte immerhin den Leiter des Unterrichtswesens der Monarchie mit Zweifel und Sorge erfüllen. Die Commission der Facultät habe nun, so wird uns von hochachtungswerther Seite mitgetheilt, gegenüber der Vorstellung des Ministers den Beschluß gefaßt, von einem Eingriff in die Lehrthätigkeit des genannten Privatdocenten abzusehen, da für die Facultät lediglich die wissenschaftliche Befähigung das Kriterium der Zulassung sei und die socialdemokratische Gesinnung eines Docenten um so weniger

der Gegenstand von Erwägungen der Facultät sein dürfte, als die Regierung die Socialdemokratie für eine gleichberechtigte politische Partei ansehe und mit ihr pactire. Ob eine solche Begründung der Facultät einen richtigen Standpunkt darstellt, soll in diesem Augenblicke nicht erörtert werden; wir neigen allerdings zu einer entschiedenen Verneinung der Frage und sehen in dem Bescheide der Berliner Philosophen nur denselben Geist spuken, der einen Hegel seiner Zeit so sehr allen realen Daseinsbedingungen entrückte, daß er unter dem Donner der Kanonen von Jena seine „Phänomenologie des Geistes“ zu vollenden die Ruhe fand. Seit jenem furchtbaren Octobertage des Jahres 1806 sind am Ende doch einige Ereignisse auch über die Grenzen der Gelehrtenrepublik gefluthet, die das ewig Menschliche auch in den Bannkreis der grauen Theorie hätten eindringen lassen dürfen.

* * *

Die „Berl. Neuesten Nachr.“ berichten am 30. August aus Varzin:

Die Huldigungsfahrt nach Varzin, die der hinterpommersche Turngau auf seinem letzten Gautage beschlossen hatte, muß unterbleiben. Dr. Chrysander theilte dieser Tage dem Vorsitzenden des Gauverbandes in Stolp mit, daß Fürst Bismarck leider genöthigt sei, die Huldigung abzulehnen, da sein Befinden ihm noch einige Schonung auferlege.

Dagegen wird für den Empfang der Posener Gäste alles gerüstet, den Theilnehmern wird auf dem etwa $3^1/_2$ Kilometer von Varzin entfernten Bahnhofe eine entsprechende Zahl von Fuhrwerken zur Verfügung stehen. Sollte das Wetter regnerisch sein, so hat der Fürst sich entschlossen, selbst nach dem Bahnhof Hammermühle zu kommen, um dort die Huldigung entgegenzunehmen.

* * *

Am 31. August (A.-A.) lesen wir in den „Hamb. Nachr.“:

Der „Goniec Wielkopolski“ in Posen schlägt vor, daß an dem Tage, an welchem die Deutschen aus dem Osten dem Fürsten Bismarck ihre Huldigung darbrächten, seitens der Polen recht zahlreiche und opferwillige Beiträge für den Kosciusko-Fonds aufgebracht werden möchten, um an demselben Tage das Andenken an den polnischen Helden zu ehren, welcher eine innige Liebe zu den polnischen Bauern gehabt und es verstanden habe, aus ihnen Vaterlandsvertheidiger zu machen. Der Graudenzer „Gesellige“ bemerkt dazu:

„Nun, der alte Bismarck hat es verstanden, aus den preußischen, sächsischen, württembergischen 2c. Brüdern Deutsche zu machen, hat dem Deutschen Reiche eine Weltmachtstellung errungen, hat dafür gesorgt, daß das große deutsche Vaterland eine kräftige Vertheidigung besitzt, der alte Landwirth im Sachsen-

walde hat den Schutz der Landwirthschaft in Deutschland, zu der auch die polnischen Bauern gehören, aufs Eifrigste betrieben — das Alles sind Gründe, um die Huldigungsfahrt nach Varzin — den polnischen Nationalitätswüthlingen und Bismarckhassern zum Trotz! — so imposant als irgend möglich zu gestalten."

* * *

In demselben Blatte heißt es am 3. September (A.-A.):

Der Graudenzer „Gesellige" theilt die Einladung eines Comités mit zur Betheiligung an einer besonderen Huldigungsfahrt der Westpreußen zum Fürsten Bismarck nach Varzin. Dem Comité ging ein Brief des Herrn Dr. Chrysander zu, wonach Fürst Bismarck die Westpreußen Ende September empfangen werde, falls das Befinden des Fürsten dies zulasse. Wie ferner aus Posen gemeldet wird, beträgt die Zahl der Theilnehmer an der für den 16. September in Aussicht genommenen Huldigungsfahrt der Deutschen aus der Provinz Posen nach den bisherigen Anmeldungen schon fünfzehnhundert.

Weiter wird den „Berl. Neuesten Nachr." geschrieben:

„Die Deutschen der Provinz Posen, die sich voll Begeisterung zur Huldigungsfahrt nach Varzin rüsten, sind aufs Peinlichste betroffen durch die Weigerung des commandirenden Generals Herrn von Seeckt, einer Militaircapelle des V. Armeecorps die Begleitung auf der Fahrt nach Varzin zu gestatten. Wer sich die Huldbezeigungen vergegenwärtigt, mit denen der oberste Kriegsherr, Seine Majestät der Kaiser und König, seinen Generalobersten Fürsten von Bismarck bei seinem unvergeßlichen Besuche in Berlin und nachher überhäufte, wird bezweifeln müssen, ob das jetzige Vorgehen des Generals von Seeckt den Intentionen Seiner Majestät entsprechen kann.

„Im Polenlager herrscht natürlich helle Freude über die Verfügung des Generals, dessen Beliebtheit unter den Polen seit der noch unvergessenen Bevorzugung des polnischen Adels anläßlich des Besuchs der Kaiserin Friedrich in Posen und in Folge der Wiedereinstellung polnischer Rekruten in die Regimenter der Provinz Posen ganz beträchtlich ist und nunmehr eine weitere Steigerung erfahren dürfte."

An die Mittheilung, daß die Theilnahme einer Militaircapelle an der Huldigungsfahrt nach Varzin nicht gestattet worden sei, knüpft eine Berliner Zuschrift der Münchener „Allg. Ztg." folgende Bemerkungen:

> Diese Meldung muß als richtig angesehen werden, da sie bisher weder officiell noch officiös in Abrede gestellt worden ist. Der Vorfall hat auch alle Wahrscheinlichkeit für sich. Von einer Regierung, welche die ihr treuen Bewohner eines vor hundert Jahren mit Preußen vereinigten Gebietstheils aus Schonung für das auf Lostrennung sinnende Element

weit gegangen, zwei Herren, welche bei der Veranstaltung der Kundgebung eine hervorragende Rolle spielen, von der ihnen bisher zugedachten Theilnahme an den Verhandlungen über die Landwirthschaftskammer-Satzungen hinterher in der ausgesprochenen Absicht, die an den Verhandlungen theilnehmenden polnischen Herren nicht zu verletzen, auszuschließen.

Die Erklärung für dieses Vorgehen ist unschwer zu finden. Die leitenden Regierungskreise der Provinz konnten ihre bisherige polenfreundliche Politik so lange ungestört weiter treiben, als sie an höherer Stelle den Glauben aufrecht erhalten konnten, daß die überwiegende Masse des Posener Deutschthums hinter ihnen stehe. Dieser Annahme ist durch die Fahrt nach Varzin, diese gewaltige Kundgebung des deutschnationalen Bewußtseins, der letzte Boden entzogen. Die deutsche Bevölkerung der Provinz Posen will durch die Huldigung für den Schöpfer der deutschen Einheit in keinem anderen als im nationalen Sinne demonstriren, sie läßt sich von keinem Mittel der Ueberredung von ihrem Vorhaben abbringen und weist die von gewisser Seite beliebte Unterstellung, es handle sich um eine Demonstration gegen Seine Majestät den Kaiser und König, als eine niedrige Verleumdung mit Entrüstung und Verachtung von sich. Eine solche Demonstration würde ihrer in guten wie in trüben Tagen stets herrlich bewährten Königstreue und der ganzen Sinnesart der von ihrem Vertrauen getragenen Veranstalter der Fahrt nach Varzin widerstreben.

Die Vorbereitungen zu der Huldigungsfahrt nehmen denn auch ihren rüstigen und verheißungsvollen Fortgang; ihr glänzendes Gelingen kann keinem Zweifel mehr unterliegen. Den leitenden Regierungskreisen in Posen aber kann nicht dringend genug empfohlen werden, ihre Wachsamkeit und Energie nach einer anderen Seite hin zu wenden. Wie uns von durchaus vertrauenswürdiger Seite berichtet wird, veranstaltete vor nicht langer Zeit ein polnischer Edelmann und Rittergutsbesitzer im Regierungsbezirk Bromberg eine öffentliche Kosczinsko-Feier. Der Festraum war mit polnischen Fahnen und Wappen ausgeschmückt und der Veranstalter der Feier hielt eine Rede, in der er u. A. beiläufig Folgendes sagte:

„Ihr sollt Polen sein und bleiben und im Nothfall euch wie früher mit Beil, Axt und Sense vertheidigen. Einen König haben wir jetzt nicht. In früheren Zeiten übernahm in solchen Fällen der Erzbischof die Regierung. So habt ihr jetzt zu diesem zu halten und ihn als euern König zu betrachten.“

Wir wissen nicht, warum die Polizeibehörden von diesen alle Merkmale der Hochverrathsparagraphen aufweisenden Vorgängen nicht die geringste Vormerkung genommen haben. Schreiten die berufenen Behörden gegen derartige aufrührerische Kundgebungen nicht ein, dann müssen in der Bevölkerung und insbesondere auch bei den unteren Beamten Auffassungen entstehen,

die vom staatlichen und nationalen Gesichtspunkte aus sehr beklagt werden müssen. Die Behörden in der Provinz Posen würden der Staatsregierung und dem Staatsinteresse jedenfalls einen besseren Dienst erweisen, wenn sie dem verwegenen Treiben der polnischen Fanatiker einen entschiedenen Dämpfer aufsetzten, als indem sie sich durch ihr Verhalten gegen die Varziner Fahrt in einen Gegensatz zu dem Kern der königs- und reichstreuen deutschen Bevölkerung bringen. Die Posener Deutschen betrachten es als ihr gutes Recht, ebenso wie die Bewohner anderer deutscher Landestheile ihre Huldigung dem großen Staatsmanne zu bereiten, dem sie wie alle übrigen Deutschen ein deutsches Vaterland und ein hohenzollernsches Kaiserhaus danken, und dem vor wenigen Monaten erst Se. Maj. der Kaiser und König selbst seine Huld und verehrungsvolle Dankbarkeit aufs Neue bezeugt hat.

So weit die „Berl. Neuest. Nachr.“; die „Hamb. Nachr.“ bemerken dazu:

Der Huldigungsfahrt nach Varzin widerstreben heißt, wie die Dinge in Posen nun einmal liegen, dem deutschen National- und dem preußischen Staatsgedanken Abbruch thun und jene polnisch-nationalen Bestrebungen fördern, gegen die feierlich zu protestiren der politische Grundgedanke jener Massenfahrt ist.

* * *

Weiter sagen die „Berl. Neuest. Nachr.“ am 13. September:

Die Mittheilungen, die wir über die eifrigen Agitationen der polnischen Wortführer gegen die Huldigungsfahrt der Deutschen aus der Provinz Posen nach Varzin auf Grund zuverlässiger Informationen gemacht haben, wecken in gewissen Organen ein gar seltsames Echo. In dem mit officiösen Beziehungen nicht ganz ohne Berechtigung kokettirenden „Hamb. Corresp.“ und in der — „Danz. Ztg.“ des Herrn Rickert findet sich gleichzeitig und zwar in genau derselben Fassung die Bemerkung, es sei zu wünschen, daß der Drang der Deutschen, dem Altreichskanzler ihre Verehrung zu bezeugen, „nicht zu einer Verschärfung der nationalen Beziehungen führe“. Mit klaren Worten heißt das also: wenn man nicht anders könne, so solle man getrost nach Varzin pilgern, aber bei Leibe nicht die polnischen Brüder durch patriotische Stimmung in ihren „nationalen“ Gefühlen verletzen. Ist es da wirklich noch zu verwundern, wenn der Ton der Polenblätter immer maßloser wird? Ob unsere Informationen richtig waren und ob es von der Wahrheit auch nur im Mindesten abirren heißt, wenn wir, wie in jenen Blättern geschrieben wird, „das Unternehmen dreistweg auf das nationale Gebiet überspielen“, das bezeugt heute ein den Verhältnissen recht nahe stehendes, übrigens seinem politischen Bekenntniß nach von dem „Hamb. Corresp.“ nicht sehr weit getrenntes Organ, das „Posener Tagebl.“ in welchem wir lesen:

„Bedauerlicherweise bemüht man sich von gewissen Seiten, der Huldigungsfahrt der Posener Deutschen zum Fürsten Bismarck den Stempel einer ‚regierungsfeindlichen‘ oder einer ‚agrarischen‘ Demonstration anzuheften, und diese Ausstreuungen sind nicht immer erfolglos geblieben. So hat sich der Herr commandirende General, dem das Unternehmen in dieser tendenziösen Weise geschildert worden war, veranlaßt gesehen, die — allerdings nicht direct bei ihm erbetene — Stellung einer Militaircapelle abzulehnen. Wenn wir recht unterrichtet sind, hat sich Se. Excellenz inzwischen davon überzeugt, daß die Voraussetzung, die das Generalcommando bei seinem Bescheide geleitet hat, nicht zutrifft. Mit besonderer Hartnäckigkeit wird namentlich in der auswärtigen Presse die Huldigungsfahrt als eine Veranstaltung des landwirthschaftlichen Centralvereins oder des Bundes der Landwirthe, kurz als ein speciell landwirthschaftliches Unternehmen bezeichnet. Wer den Unterhandlungen über die Fahrt auch nur mit der geringsten Aufmerksamkeit gefolgt ist, weiß, was er davon zu halten hat. In dem Aufruf zur Betheiligung heißt es, es gelte, ‚durch eine Massenabordnung aus den deutschen Kreisen der Provinz, ohne Unterschied der politischen, wirthschaftlichen oder religiösen Parteistellung, unserem Altreichskanzler einen Beweis der nationalen Verehrung und des Dankes entgegenzubringen‘. Dieses Programm ist von dem vorbereitenden Comité in der loyalsten Weise durchgeführt worden, und die trotz der Unbequemlichkeiten der Fahrt riesige Zahl der Theilnehmer beweist, mit welchem Enthusiasmus der Gedanke einer Bismarck-Ovation von den Deutschen der Provinz aufgenommen ist. Wir weisen alle Unterstellungen der oben angedeuteten Art mit Entschiedenheit zurück und ersuchen alle Fahrtgenossen, mit Verdächtigungen unserer Absichten den allerkürzesten Proceß zu machen."

Die Bestätigung, die hier ein Theil der von uns verzeichneten Symptome für die Gegenströmung wider die nationale Unternehmung erfährt, ist auch allen übrigen von uns veröffentlichten Zeugnissen ohne Einwand gesichert. Besser als durch jene Bekenntnisse der freiwillig gouvernementalen Presse kann aber gar nicht bewiesen werden, wie richtig wir den Charakter des Widerstandes geschätzt haben, der allerdings ohne jede Aussicht auf Erfolg gegen die Huldigungsfahrt nach Varzin geleistet und ermuthigt wird.

* * *

Am 14. September (M.-A.) finden wir in den „Hamb. Nachr." folgende Ausführung:

Fürst Bismarck und das Wahlrecht. Ein Berliner Blatt wirft dem Fürsten Bismarck wiederholt vor, daß er die Mängel des jetzigen Reichswahlgesetzes verschuldet habe. Wenn man die Opportunität der Einführung desselben kritisirt, so sollte man sich doch vor allen Dingen

die Lage vergegenwärtigen, in der wir uns zu jener Zeit befanden. Die damalige Situation war so, daß wir kein Hilfsmittel, welches die Umstände bieten konnten, von Hause aus abschneiden und vernachlässigen durften. Es wäre leichtfertig gewesen, unsere Aufgabe auch nur theoretisch zu erschweren, weil man nicht wissen konnte, ob theoretische Fragen nicht bei dem unsicheren Verlaufe des Krieges von praktischem Gewicht werden konnten. Die Annahme des Frankfurter Wahlgesetzes im Jahre 1866 war aber ein Kampfmittel rebus sic stantibus; der Verzicht auf einen Theil und auf einen so wesentlichen des Frankfurter Programms, welches damals noch die Unterlage für die deutsche Nationalbewegung bildete, konnte als neue Verdächtigung der nationalen Gesinnungen Preußens ausgebeutet werden. Und wenn der Krieg nicht so günstig verlief, wie es der Fall war, so lag in der Entfesselung nationaler Begeisterung des deutschen Volkes ein gegebenes Stadium der weiteren Entwickelung. Noch gegenüber den französischen Zumuthungen und Kriegsdrohungen in den Jahren 1866/67 war eins der Argumente von Gewicht, die Graf Bismarck dem französischen Botschafter im Interesse des Friedens entgegenhielt, in die Worte gefaßt: Qu'une guerre nationale entre les deux nations pourrait facilement dégénérer en guerre à coups de révolution. Es war von Wichtigkeit, auch in Frankreich den Glauben nicht zu beeinträchtigen, daß ein deutsches Kriegsprogramm ein rein nationales sein würde. Selbst bei den Entschließungen der süddeutschen Regierungen, bei denen das entscheidende Gewicht durch die nationale Gesinnung des Königs Ludwig von Bayern gegeben wurde, konnte die Frage nationaler Erhebungen nicht ohne Beachtung bleiben, geradeso wie die Symptome ungarischer nationaler Bewegungen während des Krieges von 1866 nicht ohne Bedeutung für das Wiener Cabinet bleiben konnten.

In der damaligen Situation schien es bedenklich, von den deutschen nationalen Forderungen, so wie sie sich im Frankfurter Parlament gestaltet hatten, weiter als nothwendig abzugehen und namentlich die Betheiligung der deutschen Nation an ihren Wahlen in dem Moment, wo eine entscheidende Erklärung nothwendig war, irgendwie zu verkürzen oder herunter zu handeln. Außerdem war damals die Annahme berechtigt, daß die monarchische Gesinnung und dynastische Anhänglichkeit in den breitesten Schichten der Bevölkerung weniger angekränkelt war als in denjenigen, welche in den Parlamenten von Frankfurt bis zu dem preußischen Conflicte das Wort geführt hatten. Bei Annahme des Frankfurter Programms von 1849 war der Gedanke maßgebend, daß vor Allem zunächst die deutsche Einigkeit und ihre europäische Anerkennung sicherzustellen sei, und daß die Steine, die für den hastigen Bau

des Reiches vorhanden waren, auf ihre Haltbarkeit einstweilen so genau nicht zu prüfen wären, indem die deutsche Nation intelligent und selbstbewußt genug ist, um sich, sobald sie vom Ausland ungestört sich organisiren kann, nach ihrem Ermessen einzurichten. Es war die Ansicht maßgebend, welche sich in dem oft citirten Vergleiche aussprach: „Setzen wir Deutschland nur in den Sattel, reiten wird es schon können!" Es bestand die Ueberzeugung, daß ein Volk, wie das deutsche, wenn es zu der Erkenntniß gelangt, daß bei der ersten Gründung des Deutschen Reiches ihm nicht passende Einrichtungen mit übernommen seien, klug und besonnen genug sein werde, sie nach eigenem Ermessen zu verbessern.

Sollte die Ueberzeugung, daß das heutige Wahlrecht schädlich sei, in der Mehrheit des deutschen Volkes vorhanden sein, so wird sich ein Weg dazu, dieser Ueberzeugung zu ihrem Recht zu verhelfen, finden lassen. Bisher ist eine amtlich erkennbare Anregung in dieser Richtung von keiner Seite erfolgt. Selbst die Heimlichkeit der Stimmabgabe, die ihrer Natur nach wie alle Heimlichkeiten in der Politik das germanische Selbstgefühl zuerst zum Widerspruch reizen kann, ist bisher niemals amtlich angefochten worden. So lange dies nicht geschieht und sogar regierungsseitig nicht geschieht, läßt sich auch die Behauptung, daß Deutschland sein Wahlrecht als verbesserungsbedürftig erkenne, nicht begründen.

* * *

In derselben Nummer heißt es:

Ueber das einstige Project der Errichtung einer Regentschaft in Elsaß-Lothringen unter dem damaligen Kronprinzen Friedrich Wilhelm und dessen Stellung dazu, lesen wir im „Rhein. Cour.":

Ueber ein Project aus dem Jahre 1877, dem jeweiligen deutschen Kronprinzen die Souverainetät über Elsaß-Lothringen zu übertragen, hat in der „Deutschen Revue" der Generalconsul Schneegans in Genua Mittheilung gemacht. Jetzt schreibt der „Straßb. Post" der Rechtsanwalt Dr. Schneegans aus Baden-Baden, daß die Ursprünglichkeit dieses Gedankens nicht dem Fürsten Bismarck, sondern ihm zufalle. Er habe bei einer kurzen Unterredung mit dem Kronprinzen es als die beste Lösung bezeichnet, die Souverainetät des Landes, als eines deutschen Staates, dem jeweiligen Kronprinzen zu übertragen. „Ich erinnere mich noch, daß Kronprinz Friedrich mich bei dieser Eröffnung etwas überrascht besonders ansah, und mir darauf sofort antwortete: ‚Ich begehre nicht mehr.' An demselben Abend hatte ich dann noch die Gelegenheit, dem Kaiser selbst diese Idee nahe zu legen, und Seine Majestät nahm

sie huldvoll auf, und antwortete mir, der Vorschlag scheine ihm bemerkenswerth, doch könnten sich darüber einige Bedenken erheben, die Frage müßte überlegt und geprüft werden. Einige Zeit nachher erfuhr ich, daß der Vorschlag in Berücksichtigung gezogen werde, und Aussicht auf Ausführung desselben bestehe. Dann kamen aber die Attentate, und dem Kronprinzen wurde die Regentschaft übertragen, und dabei scheiterte der Erfolg."

Es ist vollständig unrichtig, daß der damalige Kronprinz gegen die Idee seiner Regentschaft in Elsaß-Lothringen gewesen sei; er ist vielmehr mit Liebe auf den Gedanken, als er vom Fürsten Bismarck angeregt wurde, eingegangen, und dieser würde wahrscheinlich Verwirklichung gefunden haben, wenn nicht Kaiser Wilhelm I. mit Bestimmtheit dagegen gewesen wäre, weil er in seinem Alter wünschte, den Kronprinzen in seiner Nähe, in Berlin zu behalten. Wie er gelegentlich äußerte, überschritt die Abwesenheit seines Nachfolgers von Berlin ohnehin schon das Maaß dessen, was er als Familienvater und als Landesherr in seinen Jahren und bei der Unberechenbarkeit seiner Lebensdauer für richtig hielt. Der Kaiser war damals 80 Jahre alt, und bei gelegentlichen Krankheitsanfällen mit der Möglichkeit eines früheren Ablebens, als später der Fall war, jederzeit vertraut. Lediglich diese berechtigte Auffassung des Kaisers, aber durchaus nicht die Abneigung des Kronprinzen stand der Verwirklichung der elsaß-lothringischen Regentschaft im Wege, und daß die lebensgefährliche Verwundung des Monarchen jeder weiteren Verfolgung der Idee ein Ziel setzte, ist wohl erklärlich. Wir wollen nur feststellen, daß der Kronprinz von Anfang an bereit war, sich der Regierung von Elsaß-Lothringen zu widmen, der abgeschlossenen Vergangenheit gegenüber ist es kein Bedürfniß mehr, die Zweckmäßigkeit jenes Planes, seine Vortheile und Gefahren näher zu erwägen. Wenn der Kronprinz wirklich zu Schneegans gesagt hat: „Ich begehre nicht mehr!" so stimmt das mit unserer Darstellung des Sachverhalts überein.

* * *

Am 16. September fand die Huldigung der Deutschen aus der Provinz Posen statt. Zwei Sonderzüge, der eine Rawitsch-Posen-Schneidemühl, der andere Gnesen-Inowrazlaw-Bromberg-Schneidemühl, führten etwa 2400 Theilnehmer nach Neustettin und wurden da zu einem Zuge vereinigt, der nun weiter nach der 3½ Kilometer von Varzin entfernten Station Hammermühle fuhr. Um ½12 Uhr Mittags kam man dort an. Oberlandesgerichtsrath Dr. Wiesner aus Posen hielt eine Ansprache an die jetzt zum ersten Mal vereinigte Festschaar und brachte ein Hoch auf den Kaiser aus.

Von Hammermühle fuhren die älteren Herren auf Varziner Wagen, die übrigen begaben sich, von den Regimentscapellen des 9. und 49. Infanterie-Regiments begleitet, zu Fuß in geordnetem Zuge nach Varzin. Die Dorfstraße war für so ungewohnten Besuch festlich geschmückt; zahlreiche Menschen waren aus der Umgegend herbeigeströmt.

Unter den Klängen des Pariser Einzugsmarsches lenkte der Festzug in den Gutshof ein. Kaum war die Aufstellung beendet, so erschien der Fürst auf der Veranda des Hauses. Minuten langer Jubel begrüßte ihn, dann wurde die erste Strophe der Wacht am Rhein gesungen.

Nun verlas Landesökonomierath Kennemann aus Klenka eine Adresse, knüpfte daran herzliche Wünsche für Leben und Gesundheit des Fürsten und brachte schließlich ein Hoch auf ihn aus, in das mit gewaltiger Begeisterung eingestimmt wurde. Dann noch Gesang der ersten Strophe des Bismarckliedes von Schwetschke „Bismarck Heil, dem einzig Einen!“ und der Fürst begann seine fast Dreiviertelstunden dauernde Rede.

Hier deren Wortlaut:

Meine Herren! Zunächst muß ich leider Ihre Nachsicht in Anspruch nehmen, weil ich seit zwei Tagen von einem unpolitischen Gegner heimgesucht bin; man nennt ihn Lumbago oder Hexenschuß, ein alter Bekannter von mir seit 60 Jahren, und ich hoffe, ihn in Kurzem zu überwinden und dann wieder nach allen Richtungen hin gerade stehen zu können. Einstweilen aber genirt er mich. Ich beginne mit meiner Aeußerung auf die Worte, mit denen mich mein Herr Vorredner beehrt hat, mit einem Danke, der sich an ihn persönlich und demnächst an Sie Alle richtet. Der Herr Vorredner und ich, wir sind beide 1815 geboren, und verschiedene Lebenswege führen uns hier in Varzin nach fast 80 Jahren wieder zusammen. Das Wiedersehen ist mir eine große Freude, wenn ich auch diesen Lebensweg nicht so unbeschädigt zurückgelegt habe wie der Landesökonomierath. Wenn ich sage, ich bin Invalide der Arbeit, so könnte er das vielleicht auch sagen, nur seine Arbeit war vielleicht gesunder, das ist der Unterschied zwischen dem Landwirth und dem Diplomaten. Die Lebensweise des Letzteren ist ungesunder und fällt mehr auf die Nerven. Zunächst also danke ich Ihnen, meine Herren, und ich würde Ihnen noch dankbarer sein, wenn wir uns alle bedecken wollten (Heiterkeit). Mir ist die natürliche Decke mit der Zeit versagt (Heiterkeit), und ich kann doch nicht bedeckt bleiben, wenn sie es nicht sind.

Ich danke Ihnen, daß Sie keine Anstrengung gescheut haben, um Ihr nationales Gefühl in dieser Weise auszudrücken, und diese Anstrengungen waren nicht ganz geringe. Eine Nachtfahrt, eine zweite Nachtfahrt in der Rückreise, unvollkommene Verpflegung, incommode Coupeebenutzung: daß Sie das alles überwunden haben und nicht davor zurückgeschreckt

sind, das zeugt von der Stärke des nationalen Gefühls, welches Sie trieb, gerade hier Zeugniß abzulegen. Daß es gerade hier geschieht, ist für mich eine hohe Ehre, und ich sehe darin die hohe Anerkennung meiner Mitarbeit an der Herstellung der Zustände, deren wir uns nach langer Zerrissenheit in Deutschland heutzutage erfreuen, Zustände, die immerhin ihre Unvollkommenheiten haben mögen, aber das Beste ist des Guten Feind, und wir haben in der Zeit der Herstellung dieser Zustände uns nie gefragt: was können wir wünschen, sondern: was müssen wir haben?

In diesem Maßhalten der germanischen Einigungsansprüche hat eine Hauptbedingung des Erfolges gelegen, wir sind auf diesem Wege zu dem Ergebniß gekommen, welches eine verstärkte Bürgschaft für die Zugehörigkeit Ihrer Heimath zum Deutschen Reiche und dem Königreich Preußen bietet. Das Verhältniß der Kopfzahl des deutschen Fundaments unseres Gebäudes zu dem, ich will nicht sagen, losen, aber weniger bereitwilligen polnischen ist seitdem für das deutsche Element ein wesentlich günstigeres geworden. Wir stehen in nationaler Beziehung 48 Millionen deutsche Germanen 2 Millionen Polen gegenüber, und daß in einem solchen Verbande die Wünsche der 2 Millionen für die übrigen 48 Millionen nicht maßgebend sein können, liegt auf der Hand, namentlich in einem Zeitalter, wo doch die letzten politischen Entscheidungen auf Majoritätsabstimmungen gestellt sind. Die Kräfte, welche für die Zusammenhaltung aller Landestheile eintreten, sind parlamentarisch sowohl wie militairisch stark genug, um sie zu verbürgen. Aber auch der Entschluß, diese Kräfte rechtzeitig anzuwenden, kann von keiner Seite bezweifelt werden. Niemand hat einen Zweifel, wenn von höchster Stelle erklärt wird: ehe wir das Elsaß wieder aufgeben, müßte unsere Armee vernichtet werden (wie dies in anderen Worten gesagt worden ist),[1]) dasselbe findet aber auch für die Ostgrenze statt und zwar in verstärktem Maaße: Wir können beides nicht missen, Posen noch weniger als das Elsaß, aber Beides niemals. Wir werden uns nach dem Kaiserwort schlagen bis auf den letzten Mann, ehe wir das Elsaß aufgeben, diese Deckung für unsere süddeutschen Landestheile. Aber München und Stuttgart sind durch eine feindliche Position in Straßburg und im Elsaß nicht mehr gefährdet, als Berlin gefährdet sein würde durch eine feindliche Position in der Nähe der Oder; und deshalb ist wohl anzu-

---

[1]) In der Rede, die der Kaiser gelegentlich der Enthüllung des Denkmals des Prinzen Friedrich Karl am 16. August 1888 in Frankfurt a. d. Oder hielt, sagte er u. A.: „Darüber kann nur eine Stimme sein, daß wir lieber unsere gesammten 18 Armeecorps und 42 Millionen Einwohner auf der Wahlstatt liegen lassen, als daß wir einen einzigen Stein von dem, was mein Vater und der Prinz Friedrich Karl errungen haben, abtreten."

nehmen, daß, wenn es je zur Entscheidung kommt, wir entschlossen bleiben werden, den letzten Mann und die letzte Münze in unseren Taschen zu opfern für die Vertheidigung der deutschen Ostgrenze, wie sie seit 80 Jahren besteht. Und diese Bereitwilligkeit wird hinreichen, um die Zugehörigkeit Ihrer Provinz nach irdischen Begriffen als vollständig verbürgt anzusehen. (Bravo.)

Wir haben uns beschränkt in unseren Ansprüchen auf das, was für unsere Existenz, was zum freien Athmen einer großen Nation in Europa, die wir sind, nothwendig ist. Wir haben dabei nicht an das gedacht, was in früheren Zeiten hauptsächlich in Folge der Propaganda von Seiten deutscher Höfe deutsch sprach und deutsch dachte. Man sprach früher im Osten, Nordosten und auch anderswo mehr Deutsch als heutzutage. Man denke nur an unsern Bundesgenossen Oesterreich. Wie geläufig war das dort in den Tagen Joseph's II. und der Kaiserin Maria Theresia, wo das Deutsche in Oesterreich-Ungarn stärker war als heute und als es heute zum Theil sein kann. Aber was wir an dieser sprachlichen Ausdehnung verloren, haben wir an Intensität unserer inneren Zusammengehörigkeit gewonnen. Die älteren Herren, wenn sie zurückdenken an die Zeit vor Kaiser Wilhelm I., werden den Eindruck haben, daß der Mangel an gegenseitiger Liebe zwischen den deutschen Stämmen ein größerer war als heute. Wir haben in dieser Beziehung wesentliche Fortschritte gemacht, und wenn wir heutzutage Aeußerungen unzweideutigster Art aus Bayern und Sachsen vergleichen mit früheren Stimmungen, die uns bekannt sind, so müssen wir uns doch sagen, daß Deutschland in der Entwickelung in nationaler Richtung, welche alle europäischen Völker seit 100 Jahren durchgemacht haben, mit raschen Schritten eingeholt hat, um was es zurückgeblieben war. Wir waren noch vor 40 Jahren in nationaler Stimmung und landsmannschaftlicher Liebe gegen alle anderen Nationen zurück, wir sind es heute nicht mehr, und unsere Landsleute am Rhein, vom Bodensee und von der sächsischen Elbe widerstreben der nationalen Landsmannschaft nicht mehr, sondern sind nicht nur im Auslande, wo sie sich begegnen, sondern auch zu Hause in thatbereiter Liebe einander zugethan. Ein einig Volk ist in merkwürdig kurzer Zeit geschaffen; es ist das der Beweis, daß die ärztliche Cur, welche angewendet wurde, wenn auch mit Blut und Eisen, nur ein Geschwür, das längst reif war, aufgeschnitten hat und uns ein neues Behagen und Wohlbefinden geschaffen hat. (Bravo.) Möge Gott geben, daß es von ewiger Dauer ist und keinem Wechsel unterworfen.

Wie es verbreitet ist, das haben mir gerade in der Zeit, wo ich nicht mehr im Amte war, die Kundgebungen bewiesen, die ich von allen deutschen Volksstämmen aus Baden, Bayern, Sachsen, Schwaben, Hessen

und aus Preußen von allen Landsleuten außerhalb der Provinzen Friedrich's des Großen erfahren habe. Ich habe also das Gefühl einer nationalen Uebereinstimmung aus ganz freiwilligen Kundgebungen, die Niemand gemacht hat, die mir ungesucht gekommen sind, die aber immer mein patriotisches Herz mit Freude erfüllt haben und ein Unisono in allen deutschen Stämmen ergeben. Soviel möchte ich bemerken für das sichere Festhalten des heutigen staatlichen und nationalen Verbandes Ihrer Provinzen. Wir singen: „Fest steht und treu die Wacht am Rhein", aber sie steht an der Warthe und Weichsel ebenso. (Lebhaftes Bravo.) Wir können nach keiner von beiden Seiten hin auch nur einen Morgen Landes missen, und wenn es auch nur des Principes wegen wäre, und die Versuche, auf die in der Ansprache des Herrn Vorredners angespielt wurde, die in Folge der 48er Bewegung gemacht wurden, diesen Verband abzuschütteln, in dem wir damals in Preußen und Deutschland lebten, in Bezug auf die Festhaltung der Grenzen, diese Versuche, die Wünsche unserer polnischen Nachbarn zu befriedigen, haben damit geendet, daß den polnischen Streitkräften, die sich im Vertrauen auf Berliner Zusicherungen gebildet hatten, unter dem preußischen General von Willisen, schließlich von dem preußischen General von Colomb die Thore von Posen verschlossen wurden, und daß wir schließlich mit preußischen Truppen das polnische Insurrectionsheer, welches sich tapfer und ehrlich schlug, im blutigen Kampfe überwinden mußten.

Ich bemerke dabei, daß der Kampf auch damals nicht mit dem polnischen Volke im Großen und Ganzen, sondern doch nur mit dem polnischen Adel und seiner Gefolgschaft geführt wurde; ich erinnere mich, daß polnische Soldaten, ich glaube vom 19. Regiment, die ich damals in Erfurt im Jahre 1850 gesprochen habe, von den Gegnern nur als von den „Komorniks" sprachen. Sie kennen dies polnische Wort für Tagelöhner. So dürfen wir uns auch heute darüber nicht täuschen, daß die Zahl der Gegner eines friedlichen Zusammenlebens beider Stämme in Posen und Westpreußen minder groß ist, als die Statistik angeben kann.

Es bringt mich das auf die zweite Frage, die der Herr Vorredner berührte, auf das Zusammenleben beider Stämme in der Provinz. Ich glaube, viele von Ihnen werden polnisch sprechende Arbeiter und Knechte haben und dabei den Eindruck haben, daß die Gefahr nicht von diesen unteren Schichten der Bevölkerung ausgeht. (Sehr richtig!) Mit denen ist zu leben und von denen geht eine Unruhestiftung nicht aus. Sie sind keine Förderer einer uns feindlichen Bewegung, abgesehen davon, daß sie vielleicht anderen Stammes sind als der Adel, dessen Einwanderung in die slawischen Gaue sich im Dunkel der Vorzeit verliert. Um die ganze große Zahl der arbeitenden und bäuerlichen Volksclasse ver-

mindert sich also die statistische Zahl der Gegner eines friedlichen Zusammenarbeitens beider Stämme. Die Massen der unteren Schichten sind zufrieden mit der preußischen Verwaltung, die vielleicht nicht immer vollkommen sein mag, die aber in jedem Falle besser und gerechter sie behandelt, als sie es in den Zeiten der polnischen Adelsrepublik gewohnt waren. Und damit sind sie zufrieden. Es ist nicht mein Programm gewesen, daß bei der Ansiedelungscommission vorzugsweise auf die Neusiedelung kleiner Leute deutscher Zunge Bedacht genommen würde, die sind polnischen Bauern nicht gefährlich, und es ist nicht entscheidend, ob die Arbeiter polnisch oder deutsch sind. Die Hauptsache war, daß der große Grundbesitz Domaine wurde unter einem Pächter, auf den der Staat fortdauernd Einfluß behält. Das Bedürfniß, rasch zu verkaufen und zu colonisiren, ist von anderer competenter Stelle ausgegangen, aber nicht von mir. Ich habe diese Maßregeln nur anregen, aber nicht überwachen können.

Die Schwierigkeiten, die ich in meiner vierzigjährigen politischen Thätigkeit gefunden habe, sind nicht von den Massen der polnischen Arbeiter und Bauern ausgegangen. Ich glaube, daß diese Schwierigkeiten ausschließlich oder doch wesentlich von dem polnischen Adel gemacht wurden, unterstützt von der polnischen Geistlichkeit. (Zustimmung.) Ich fasse den Begriff vielleicht zu eng: denn mir sind Vorgänge bekannt, wo auch deutsche Geistliche um des lieben Friedens Willen geholfen haben, zu polonisiren. Es ist das eine Eigenschaft unseres Stammes, daß wir die Confession höher stellen als die Nationalität: bei unseren Gegnern, bei Polen und Franzosen, ist das umgekehrt. (Zustimmung.) Darunter leiden wir. Wir haben ein gewisses physisches Gegengewicht, so lange die Staatsregierung das deutsche Element rückhaltlos unterstützt. Das confessionelle Element ist immer im Familienleben und den Frauen gegenüber, namentlich den von mir sehr bewunderten polnischen Frauen gegenüber, von großer Einwirkung; zu denen hat der Geistliche mehr Zutritt als der Landrath und der Richter. (Heiterkeit.) Es bleibt immer ein mächtiges Gewicht in der Waagschale der beiden Nationen, ob die preußische Regierung ihren Einfluß in voller Entschlossenheit und auch mit einer für die Zukunft in keiner Weise anzuzweifelnden Deutlichkeit ausübt. Vestigia terrent kann man sagen, wenn von 1848 in Deutschland die polnische Nation und deren Pflege (nein nicht 48, 31 meine ich) mehr in den Vordergrund tritt als die des Deutschthums. Seitdem ist doch ein Fortschritt in politischer Beziehung zu verzeichnen.

Nun muß ich etwas um Ihre Nachsicht für meinen Lumbago bitten. (Ruf: Setzen, Durchlaucht!) Es wird nicht besser durch Sitzen, ich kenne diesen Gast aus langjähriger Erfahrung. Ich sprach von der Mög-

lichkeit eines friedlichen Zusammenlebens beider Nationalitäten. Nun, unmöglich ist das nicht, sehen wir doch, daß in der Schweiz drei sich gegenüber stehende Nationalitäten, die deutschen, italienischen, französischen Schweizer, ruhig und ohne Bitterkeit über gemeinsame Angelegenheiten berathschlagen. Wir sehen, daß in Belgien die germanischen Fläminge und die gallischen Wallonen im freien Staatsverbande zusammen leben. Wir sehen, daß auch mit Polen zu leben ist, wenn wir an Ostpreußen denken, wo die polnischen Masuren, die Litthauer und die Deutschen friedlich zusammenarbeiten, ohne daß bisher, weil jede Aufhetzung gefehlt hat, eine nationale Verstimmung zu verspüren gewesen ist. Nun kann man zwar sagen, daß dort der katholische Geistliche mit seinen Sonderinteressen fehlt; aber betrachten Sie Ihre Nachbarn in Oberschlesien; haben dort die beiden Nationalitäten nicht Jahrhunderte lang in Frieden gelebt, obwohl auch dort der confessionelle Unterschied vorhanden ist? Was ist es nun, was in Schlesien fehlt, und was hat uns Jahrhunderte lang möglich gemacht, dort in confessioneller Eintracht zu leben? Ja, es thut mir leid, sagen zu müssen, es ist der polnische Adel. Nun kann der polnische Adel ja auf Polen große Autorität üben, noch mehr als auf Deutsche, aber die statistische Ziffer, mit der wir als activ und aggressiv polnischen Gegnern zu rechnen haben, reducirt sich doch erheblich. Der Adel denkt an die Zeit, wo er allein herrschend war, und kann die Erinnerung daran nicht aufgeben, daß er sowohl den König wie den Bauern beherrschte. Nein, der polnische Adel ist doch zu gebildet, als daß er glauben könnte, die Zustände der alten polnischen Adelsrepublik könnten je wiederkehren. Aber ich würde mich wundern, wenn der polnische Bauer die Geschichte Polens so wenig kennen sollte, daß er nicht zurückschreckte vor der möglichen Wiederkehr der alten Zustände. Er wird sich doch sagen, daß dann wieder, wie der Bauer zu sagen pflegt, für ihn ein „nasses Jahr“ bevorstehen würde, wenn der Adel wieder zur Regierung käme. Sie finden unter den nationalpolnischen Abgeordneten, die gewählt werden, in der Regel nur adlige; einen polnischen Bauern erinnere ich mich nicht gekannt zu haben als Abgeordneter im Reichstage oder Landtage. Vergleichen Sie damit die Wahlliste in deutschen Kreisen. Und ob es polnische Bürger und Bürgerinnen in unserem städtischen Sinne dort giebt, weiß ich nicht. Der städtische Mittelstand ist in Polen eine schwache Seite. Wenn man den Gegner auf das richtige Größenverhältniß zurückführt, wird man muthiger in seinen Entschlüssen, und wenn ich Diejenigen entmuthigen könnte, die ihrerseits den polnischen Adel noch mehr ermuthigen, das würde mich freuen. (Lebhaftes Bravo.) Mit Ihnen, meine Herren, die den beschwerlichen Weg hierher gemacht

haben, fühle ich mich einer Meinung; auf andere Elemente habe ich keinen Einfluß, aber die Hoffnung wollen wir trotz aller Wechselfälle nicht aufgeben.

In der Ansprache des Herrn Vorredners war auch von Schwankungen die Rede. Ja, diese Schwankungen bezeichnen unsere ganze Polenpolitik seit 1815 bis heute (sehr richtig), sie traten ein, je nachdem polnische hochstehende Familien am Hofe Einfluß gewannen. Sie kennen Alle die Familie Radziwill und ihren Einfluß auf den Hof Friedrich Wilhelm's IV. Wenn wir in Gedanken eine Stichprobe zwischen der Stimmung von 1831 im Lande und der heutigen machen, so hat in Deutschland das Bewußtsein, im Großherzogthum Posen deutsche Landsleute zu besitzen, doch in hohem Maaße zugenommen. Der alte, ich möchte sagen, kindliche Polencultus wäre jetzt nicht mehr möglich, wie er in meiner Jugendzeit herrschte, wo man uns in der Singstunde polnische Lieder lehrte, allerdings zugleich mit der Marseillaise. Also der polnische Edelmann, eins der reactionärsten Gebilde, die Gott jemals geschaffen hat, war hier zusammengethan mit der französischen Revolution und der Liberalismus durch den Mangel an politischem Blick mit der Sache der Polen. Das saß bei den Bürgern, ich habe die Berliner besonders im Auge, damals sehr tief. Wenn Sie heute die Gesammtheit Ihrer 48 Millionen deutscher Landsleute fragen und deren Urtheil mit dem vergleichen, was zur Zeit der Platen'schen Polenlieder in den deutschen Herzen spukte, so können Sie doch die Hoffnung nicht aufgeben auf weitere Entwickelung im deutschen Sinne. Es ist noch ein, wenn auch langsamer Fortschritt zu verzeichnen mit Rückschritten, als wenn man einen sandigen Berg hinaufsteigt, oder in der Lava des Vesuvs einherschreitet. Oft gleitet man wieder zurück, aber im Ganzen kommt man doch vorwärts, und je stärker sich unser Nationalgefühl entwickelt, desto stärker wird Ihre Stellung werden.

Ich bitte Sie, lassen Sie den Muth nicht sinken, wenn auch Wolken vorhanden sind, namentlich in den regnerischen und für den Landwirth betrübenden Jahren, sie werden verschwinden und die deutsche Zugehörigkeit der Warthe und Weichsel ist unerschütterlich. Wir haben Jahrhunderte gelebt ohne die Reichslande, wie aber unsere Existenz sich gestalten sollte, wenn heute ein neues Königreich Polen sich bildete, das hat noch Niemand auszudenken gewagt. Früher war es eine passive Macht, aber heute, unterstützt von anderen europäischen Mächten, würde es ein activer Feind sein, und so lange es nicht Danzig, Thorn und Westpreußen in seinen Besitz gebracht, abgesehen von dem, was der leicht erregbare polnische Geist noch außerdem erstreben möchte, würde es stets der Bundesgenosse unserer Feinde sein.

Es ist Mangel an politischem Geschick oder politische Unwissenheit, wenn man sich zum Schutz der deutschen Ostgrenze auf den polnischen Adel verlassen wollte, und glaubt denselben irgendwo dafür gewinnen zu können, daß er mit dem Säbel in der Faust für deutschen Besitz eintreten und kämpfen werde. Das ist eine Utopie. Das einzige, was wir und was Sie unter diesen Umständen leisten können und was wir von den Polen lernen können, das ist das feste Zusammenhalten unter uns. (Lebhaftes Bravo.) Die Polen haben auch Parteien, haben das früher fast schlimmer bethätigt als wir, aber wenn nationale Verhältnisse in Frage kommen, schwinden alle Parteifragen. Möchte es bei uns doch eben so werden, daß wir alle in nationalen Fragen in erster Linie nicht einer Partei angehören, sondern der Nation. Und mögen wir untereinander noch so uneinig sein, so muß man in unseren östlichen Grenzländern, so bald es heißt: Deutsch oder Polnisch? die Parteistreitigkeiten mit der alten Berliner Redensart vertagen: davon nach neune später. Jetzt heißt es Fechten und Zusammenstehen, das ist gerade so wie in kriegerischen Verhältnissen. Zu meiner Freude sehe ich ja viele unter den Herren, die dergleichen mitgemacht haben. Ehe man zur Sturmattacke vorgeht, müssen erst die parlamentarischen Parteien sich überlegen, ob man dem fortschrittlichen Nebenmann oder dem Reactionär auch helfen soll; ebenso, wenn wir unter dem Trommelschlag des Sturmmarsches vorgehen, müssen wir an der nationalen Grenze alle Parteiunterschiede vergessen und eine geschlossene Phalanx bilden, innerhalb deren der fortschrittliche Speer dem Feinde entgegengehalten wird gleich wie der reactionäre oder absolutistische. Wenn wir uns darüber einigen, und die Gefahren der Zukunft zwingen uns dazu, dann werden wir auch unsere Frauen und Kinder für dasselbe stramme Nationalgefühl gewinnen. Und haben wir die Frauen erst und die Jugend, dann sind wir gesichert für alle Zeiten, und das gehört zu unseren heutigen Aufgaben, daß wir unsern Kindern eine nationale Erziehung geben.

Ich habe das Vertrauen, die deutsche Frau besitzt hierfür alle Eigenschaften, und ich bitte Sie, mit mir ein Hoch auszubringen auf die deutschen Frauen im Großherzogthum Posen. Hoch! Und möge das Deutschthum immer festere Wurzeln fassen in Ihrem Lande.

Nachdem der Enthusiasmus, der nach der Rede sich Luft machte, sich etwas beruhigt hatte, feierte Gymnasialdirector Dr. Riehl aus Bromberg die Frau Fürstin in einer mit warmer Zustimmung aufgenommenen Rede. Dann wurde noch die zweite Strophe von Deutschland, Deutschland über Alles! gesungen, es wurden dem Fürsten mancherlei Erzeugnisse der Provinz überreicht, und allmählich traten die Theilnehmer in begeisterter Stimmung den Rückweg nach Hammermühle an.

* * *

Kaiser Wilhelm II. hatte am 6. September in Königsberg bei dem Festmahl für die Vertreter der Provinz Ostpreußen eine längere Tischrede gehalten. In dieser kam folgender auf das Denkmal seines Großvaters, das am Tage zuvor enthüllt worden war, bezügliche Satz vor:

„Es mahnt uns alle an andere Pflichten, an den ernsten Kampf wider die Bestrebungen, die sich gegen die Grundlage unseres staatlichen und gesellschaftlichen Lebens richten. Nun, meine Herren, an Sie ergeht jetzt mein Ruf: Auf zum Kampfe für Religion, für Sitte und Ordnung, gegen die Parteien des Umsturzes!"

Dieser Aufruf wurde dann der Anlaß zu der später auch hier zu behandelnden sog. Umsturz-Vorlage.

Die „Hamb. Nachr." bringen nun am 20. September folgende Auslassung:

> Graf Caprivi und die Rede des Kaisers. In der Presse wird bei Besprechung der Königsberger Rede des Kaisers mehrfach die Ansicht vertreten, dieselbe bedeute einen Triumph für den Grafen Caprivi. Darüber müssen wir doch noch unsere Verwunderung aussprechen. Die Rede des Monarchen gipfelte in der Aufforderung an die Conservativen, ihm Heeresfolge zu leisten in dem Kampfe gegen die Umsturzparteien. Es ist bemerkenswerth, daß der Kaiser nicht von einer Umsturzpartei, sondern in der Mehrzahl von Umsturzparteien gesprochen hat. Mag nun eine oder mögen mehrere vorhanden sein: in jedem Falle gehören die betreffenden Elemente zu denjenigen Parteien, die den Grafen Caprivi in seinen parlamentarischen Kämpfen unterstützt und ihm zu seinen Erfolgen im Reichstage verholfen haben. Wenn der Kaiser jetzt zum Kampf gegen die Umsturzparteien auffordert, so kann sich dieser Kampf somit nur gegen eine der verschieden gearteten parlamentarischen Stützen des Grafen Caprivi richten.
>
> Wir haben in unserm ersten Artikel über die Kaiserrede erklärt, daß zu der vom Monarchen geforderten Unterstützung im Kampf gegen die Umsturzparteien nicht nur der ostpreußische Adel, sondern alle staatserhaltenden Parteien bereit sein würden, und es würde einem Verzichte auf conservative Politik gleichkommen, wenn staatserhaltende Parteien sich diesem Aufrufe des Kaisers versagen wollten, wie immer im übrigen ihr Urtheil über die Zweckmäßigkeit der bisherigen wirthschaftlichen Politik beschaffen sein mag. Wenn dem Rufe zum Anschlusse an die kaiserliche Führung im Kampfe gegen die Umsturzparteien bereitwillig Folge geleistet wird, so liegt darin noch kein Anerkenntniß der Richtigkeit der Caprivi'schen Politik, und der Entschluß der Conservativen, der Aufforderung des Monarchen zu entsprechen, bildet keinen Beweis ihres gesteigerten Vertrauens zum Grafen Caprivi.
>
> Wir haben uns dahin ausgesprochen, daß an den Handelsverträgen

im Laufe des nächsten Jahrzehntes nicht zu ändern sein wird. Daraus geht noch nicht hervor, daß wir dieselben nunmehr für zweckmäßig und nützlich erkennen könnten. Wir sagen damit nur, daß wir uns durch Verstimmung über die bisherige Handelsvertragspolitik nicht abhalten lassen werden, der Führung der Regierung auf Wegen in andere Gebiete zu folgen, sobald wir diese Wege als richtig und patriotisch betrachten dürfen. Die Handelsverträge sind ein fait accompli; aus den Wirkungen derselben können wir keinen Anlaß entnehmen, die Unterstützung der Regierung, die dieses fait accompli herbeigeführt hat, abzulehnen, wenn sie staatsgefährliche Bestrebungen zu bekämpfen entschlossen ist. Aus Rancune wegen der einstweilen festliegenden Handelsverträge der Regierung Hindernisse zu bereiten, wenn sie auf anderen Gebieten nützliche Maßregeln ergreifen will, würde weder vernünftig, noch conservativ, noch patriotisch sein. Wir halten nach wie vor die Handelsverträge für eine Schädigung unserer wirthschaftlichen Situation, aber für eine, die der Vergangenheit angehört und an der wir für einen längeren Zeitraum nichts ändern können.

Weder in dieser Haltung noch in der Aufforderung des Kaisers zum Kampfe gegen die Umsturzparteien können wir ein Vertrauensvotum für die Caprivi'sche Politik erblicken, noch einen Beweis für die Weisheit derselben. Wir streben nach wie vor jede Verbesserung an, welche die Regierung ohne Verletzung ihrer in den Handelsverträgen übernommenen Verpflichtungen der Landwirthschaft zu gewähren vermag, und werden, wenn die Initiative der Regierung in dieser Richtung ausbleibt, es für eine Aufgabe der Vertreter der Landwirthschaft halten, eine solche Initiative ihrerseits zu ergreifen.

Um unsere Gefolgschaft auf dem in der Kaiserrede angedeuteten Wege zur Sicherung der gesellschaftlichen Zustände und zur Abwehr der Umsturzbestrebungen zu bethätigen, fehlt uns nichts weiter als die factische Initiative der Staatsregierung, das Voranschreiten derselben in dem Kampfe, den die kaiserlichen Worte in Aussicht stellen. Nach der Kundgebung, welche in der Königsberger Rede liegt, hat nunmehr die Staatsregierung das Wort; sie hat durch ihre Haltung und ihre Vorlagen die Wege praktisch zu bezeichnen, auf denen wir dem kaiserlichen Appell an unsere Gefolgschaft entsprechen können. Erfolgt nach den Kaiserworten keine Bestätigung derselben durch die Haltung der Regierung so tritt letztere mit den Kaiserworten in Widerspruch und hindert die Ausführung der von Seiner Majestät kundgegebenen Absichten durch passiven Widerstand von Seiten der zu ihrer Ausführung berufenen Staatsbehörden.

* * *

Am 23. September, demselben Tage, an dem 32 Jahre zuvor Herr von Bismarck durch Vertrauen des Königs an die Spitze des preußischen Staatsministeriums berufen worden war, folgte auf die Huldigungsfahrt der Deutschen aus Posen die der deutschen Bewohner Westpreußens. Es waren 1400 bis 1500 Herren und etwa 300 Damen, die in zwei Sonderzügen in Hammermühle anlangten. Dort hielt die Ansprache auf den Kaiser Rittergutsbesitzer Heine in Nachgau; dann begab sich — wieder unter Begleitung der Capelle des Kolberger Grenadier-Regiments Nr. 9 — der Festzug wie am vergangenen Sonntage nach Varzin. Nach dem Gesange der Wacht am Rhein begrüßte der Vorsitzende des Comités von Fournier auf Koszielec den Fürsten in längerer Rede. Nach dem Hoch und dem Gesange des Deutschland, Deutschland über Alles! ergriff der Fürst das Wort zu folgender Rede:

Meine Herren und Damen! Ich fühle mich hoch geehrt durch Ihre Begrüßung und erfreut; hoch geehrt, daß Sie die Weite des Weges, die Unbilden des Wetters nicht gescheut haben, um mich hier zu begrüßen, lediglich angezogen durch das Gefühl des gegenseitigen Wohlwollens und der beiderseitigen Liebe zum gemeinsamen Vaterlande. (Bravo!) Keiner von Ihnen hat von mir etwas zu hoffen, zu fürchten oder zu erwarten, was ihn irgendwie dazu treiben könnte, mir die hohe Ehre zu erzeigen, die mir heute widerfährt. — Es ist lediglich das Gefühl der gemeinsamen Liebe zum Vaterlande, was uns heute hier zusammenführt (Bravo) und deshalb um so erhebender für mich, daß meine Person zur Adresse dieser Aeußerung gewählt wird. Es ist das eine Auszeichnung, die, soviel ich weiß, noch keinem meiner Vorgänger und Collegen im preußischen Ministerium widerfahren ist, daß im Dienste oder fünf Jahre nach Ausscheiden aus dem Dienste ihm eine Anerkennung der Art zu Theil wird, wie sie mir vor acht Tagen von unseren Posener Landsleuten zu Theil wurde und wie ich sie aus dem Westen und Süden des Deutschen Reiches fast ausnahmslos erfahren habe. Es ist für mich erhebend, zugleich auch etwas beschämend, daß meine Leistungen eine so hohe Anerkennung finden. Ich habe nichts gethan als meine Schuldigkeit im Dienste eines Herrn, dem ich gern diente und mit dem mich das Gefühl gegenseitiger Treue verband.

Es sind acht Tage her, daß unsere Landsleute aus Posen mich an derselben Stelle hier besuchten, und wir haben seitdem Gelegenheit gehabt, in der deutschen und in der polnischen Presse mannigfache Aeußerungen unserer Feinde und unserer Freunde über diesen Vorgang zu lesen. Im Ganzen kann ich wohl sagen — verzeihen Sie, wenn ich mich bedecke, meine Damen (Zustimmung), ich bin noch nicht ganz so gesund, wie ich gerne sein möchte, und wenn die Herren sich auch bedecken wollten

(Rufe: Nein! nein!), so würde ich mich berechtigter fühlen — ist es mir eine Freude gewesen zu sehen, daß die meisten Aeußerungen in der deutschen Presse auch selbst von solchen Seiten, bei denen ich sonst nicht immer Wohlwollen finde, doch in dieser unserer Begegnung von vor acht Tagen einen Ausbruch nationaler Gesinnung erkannt haben, gegen den das Uebelwollen der Parteiunterschiede nicht Stand hielt, sondern sie haben sich unbedingt dazu bekannt. Die polnische Presse natürlich nicht, sie drückte in erster Linie bei dieser Gelegenheit ihre Verwunderung darüber aus, daß ich mich nicht stärker ausgedrückt hätte heute vor acht Tagen (Heiterkeit), mit anderen Worten: daß ich mich gegen die Bestrebungen des polnischen Junkerthums nicht gröber ausgesprochen habe (lebhafte Heiterkeit). Sie haben also doch das Gefühl, daß das zu erwarten gewesen wäre. (Sehr gut!) Es ist das schlechte Gewissen, was aus ihnen spricht. Sie waren auf eine schärfer Kritik noch gefaßt im Bewußtsein ihrer eigenen Thaten, die sie kürzlich in Lemberg bethätigt und ausgesprochen haben.

Die polnische Szlachta — ich beschränke meine Kritik auf den polnischen Adel — hat mit der Socialdemokratie das gemein, daß sie ihre letzten Ziele nicht offen darlegt. Aber es ist doch wieder ein Unterschied; die Socialdemokratie verschweigt sie, weil sie sie selbst nicht kennt und nicht weiß, was sie darüber sagen soll; die polnischen Herren wissen es aber ganz genau, können aber nicht dicht halten. (Heiterkeit.) Es klingt überall heraus, jetzt neuerdings in Lemberg und sonst auch bei uns in Posen schwebt ihnen immer vor die Wiederherstellung der alten polnischen Adelsrepublik, in einer Ausdehnung vom Schwarzen bis zum Baltischen Meere, 33 Millionen, das ist ihnen ganz geläufig, und wenn es einstweilen auch nur kleine Anfänge sind von einem Pufferstaat, wie sie es nennen, und mit dessen Eventualität manche deutsche Polenfreunde sich befreunden, also entweder ein polnisches Königreich oder eine Republik, wie die alte Bezeichnung lautet, bestehend aus dem heutigen Congreßpolen mit Warschau als Hauptstadt und Lemberg als Zubehör. Ich weiß zwar nicht, wie auch diese geringere und anfängliche Etappe für ein Großpolen erreicht werden sollte ohne einen vollständigen Zusammenbruch aller europäischen Verhältnisse. Ich will mich auch in das „wie“ nicht vertiefen, ebensowenig wie die Polen sich darüber klar sind, wie dies erreicht werden soll. Aber nehmen wir einmal an, daß es auch ohne große europäische Convulsionen möglich wäre, ein vergrößertes Herzogthum Warschau, ein Königreich Polen mit Warschau und Lemberg als Hauptstadt herzustellen — was wäre dann für uns die Folge davon, ich will gar nicht sagen für Oesterreich? Es wäre ein Pfahl im Fleische für Oesterreich und vor allen Dingen ein Verderb

unserer neuen und, wie ich hoffe, dauernden Bundesgenossenschaft mit Oesterreich, wenn unter österreichischer Aegide ein solches neues Congreßpolen geschaffen werden sollte. Die Schwierigkeiten der österreichisch-ungarischen Monarchie würden in einem solchen Falle bis zur Unmöglichkeit complicirt werden durch die nie zu befriedigenden Ansprüche dieser dritten Macht in der Trias Ungarn, Cisleithanien und Polen.

Aber ich spreche über eine Utopie, die ja ganz unerreichbar ist. Wie sollte man dazu kommen? Aber wenn es selbst im Frieden erreichbar wäre, so wäre es für uns ein Unglück. Für uns ist meiner Ueberzeugung nach — und ich stehe seit vierzig Jahren in der großen europäischen Politik — die russische Nachbarschaft zwar oft unbequem und bedenklich, aber doch noch lange nicht in dem Maaße, wie es eine polnische sein würde. (Lebhafter Beifall.) Und wenn ich die Wahl zwischen beiden habe, so ziehe ich immer noch vor, mit dem Zaren in St. Petersburg zu verhandeln zu haben, als mit der Szlachta in Warschau. Es liegt das ja nicht im Bereiche der Wahrscheinlichkeit und Möglichkeiten, und ich spreche von phantastischen Conjecturen, aber die Polen rechnen damit, sprechen davon und glauben daran und werden darin zuweilen ermuthigt durch deutsche Gutmüthigkeit und deutsches Wohlwollen. (Sehr richtig!)

Das ist, was ich hauptsächlich betone, wogegen ich immer kämpfe: gegen den Rest von Glauben an das polnische Junkerthum, der sich bei manchen deutschen Liberalen doch immer noch vorfindet. Es ist immer ein Irrthum: ein Schutzstaat gegen eine russische Invasion ist selbst das starke Großpolen von vor 1772 nie gewesen. Die russischen Armeen marschirten nach Zorndorf und Kunersdorf nach ihrem Belieben quer durch Polen hindurch, und Niemand hielt sie auf. Auch die Franzosen, wie sie sich im Kriege mit Rußland befanden und auf den Rückzug geriethen, haben bei ihren polnischen Freunden durchaus kein Repli und keinen Halt gefunden: sie haben sich nicht aufhalten lassen. Die Polen haben sich in den Jahren 30 und 31 tapfer geschlagen; aber das war eine unter Leitung des Großfürsten Constantin geschulte polnische Armee des Großfürsten, der sich innerlich freute, wenn die von ihm einexercirte, rein polnische Armee den Russen gegenüber Siege gewann, und sich die Hände darüber rieb, daß seine Polen dies thaten (Hört hört!). Ohne eine solche, ein halbes Menschenalter dauernde Schulung, wie sie die polnische Armee damals hatte — und sie war wirklich eine für damals gute Truppe —, wären selbst die Leistungen von 1831 nicht möglich gewesen. Und sie waren doch nicht nachhaltig; die Polen konnten sich selbst in dieser Nothlage unter einander nicht vertragen. Im Frieden, so lange sie dem geduldigen Deutschen gegenüber-

stehen, da sind sie schon einig; aber sowie sie das Terrain frei für sich allein haben, da werden sie uneinig; so würde es auch später sein.

Nun, ich spreche immer nicht in der Hoffnung und in der unfruchtbaren Absicht, den polnischen Adel zu gewinnen und zu bekehren, sondern ich spreche nur in der Hoffnung, bei unsern deutschen Landsleuten den letzten Rest von Polensympathie, von Sympathie für Polonisirung und das polnische Junkerthum zu bekämpfen und auszurotten, und meine deutschen Laudsleute zu bewegen, daß sie gegenüber diesen phantastischen Bestrebungen und Sympathien fest zusammenhalten und sie sich auch nicht bis an den Mantel kommen lassen (Heiterkeit und Beifall), viel weniger bis ins Herz hinein, wie es bei uns mitunter früher geschehen ist (lebhafte Zustimmung). Der deutsche Liberale hat immer für den preußischen Adel, sobald er ihm nicht bequem war, sofort die Bezeichnung „Junkertum“ bereit gehabt; von dem polnischen Adel, der ja viel mehr Junker ist, als der preußische und deutsche je in seinem Leben war und sein konnte, haben sie immer nur von nationalen Bestrebungen gesprochen, während die ganzen polnischen Bestrebungen, gegen die wir zu kämpfen haben, reine Kastenbestrebungen sind, für die Kaste des Adels gegen die anderen. Wir könnten ohne den Adel und die Geistlichkeit mit der Masse der polnischen Bevölkerung vollkommen im Frieden leben; sie würde für die Wohlthaten eines gesetzmäßig lebenden Staates für die Möglichkeit auch gegenüber den stärksten Magnaten Recht zu finden, dankbar sein. Sie verlangen nicht mehr; sie sind auch nicht offensiv gegen das Deutschthum. Offensiv ist nur der Adel, und das Deutschthum hat sich bisher gegen diese Angriffe immer defensiv verhalten.

Wir sind immer defensiv gegenüber den Polen gewesen, und wenn wir einmal einen Vorstoß gemacht haben, wie mit dem Ankaufsgesetz, so haben wir sofort in unseren Reihen Leute gehabt, die ein schlechtes Gewissen hatten. Ob dieses Gesetz den Polen ein Aergerniß ist, darauf kommt es gar nicht an. Dieses Ankaufsgesetz ist ein Bestreben gewesen, mit unserem unversöhnlichen Gegner dort, mit dem Adel, in einer freundlichen Weise aufzuräumen. (Große Heiterkeit.) Es liegt nicht in unserer Sitte, zu confisciren, zu verjagen oder ein Gesetz zu geben, wonach jeder polnische Edelmann nach bestimmter Zeit sein Gut verkaufen muß; sondern wir geben ihnen den Preis ihres Gutes. Wir sind, wie ich glaube, etwas zu eilig in der Sache vorgegangen; daß der Fonds vom Landtage bewilligt wurde, war sehr erfreulich; aber man hatte zu viel Eile, ihn zu verwenden. Man wollte sofort schon am Donnerstag die Früchte von dem sehen, was am Montag gesäet war. Man hätte sich Zeit lassen sollen. Mit der Zeit, auf dem Wege der Rentengüter, fand es sich ja wohl, daß man in Ruhe eine wenn nicht deutsche, so doch deutsch-

treue Bevölkerung allmählich herstellen konnte, und ich glaube, man mußte zuerst das Hauptobject ankaufen, dann den angekauften Besitz des Adels in Händen behalten und sich dann Zeit lassen, ihn nach Umständen zu benutzen. Aber Ueberhastung ist ja immer ein Unglück.

Nun, meine Herren, ich habe vorhin das Phantasiegebilde eines polnischen Staates, wie er, glaube ich, nie entstehen wird, aber ein Phantasiegebilde, mit dem doch manche unserer Landsleute als möglich rechnen, ausgemalt. Wenn das der Fall wäre, so würden gerade Sie in Westpreußen das Hauptobject der Versuchung für polnische Begehrlichkeit sein. Danzig ist für einen polnischen Staat mit Warschau ein noch dringenderes Bedürfniß als Posen. Posen, werden die Polen denken, läuft ihnen nicht weg, denn da ist ein Erzbischof (große Heiterkeit); aber Danzig ist die erste Stadt, die ein Warschauer Staat an der Seeküste überhaupt haben müßte, und er würde nicht eher Ruhe haben. Der Thatsache, daß Westpreußen nie ursprünglich zu Polen gehört hat, während Posen dazu gehörte, steht also das größere Bedürfniß eines polnischen Reiches nach Danzig gegenüber, und Sie würden, wenn wir jemals Schiffbruch mit den bisherigen europäischen Zuständen litten, in Danzig gefährdeter sein als in Posen, obwohl der Anspruch auf Danzig ein minderer ist. Posen ist polnischer Besitz gewesen, Westpreußen ursprünglich nicht. Auf dem rechten Ufer der Weichsel wohnten die Preußen, gegen die Herzog Konrad von Masovien den Deutschen Orden zu Hülfe rief, weil er sich ihrer nicht selbst erwehren konnte, und der Deutsche Orden hat das Land auf dem rechten Ufer der Weichsel den heidnischen Preußen abgewonnen und civilisirt und hat einen Ordensstaat gegründet, der im 14. Jahrhundert von der Neumark bis nach Esthland reichte und eins der mächtigsten und vor allen Dingen eins der blühendsten und civilisirtesten Reiche des damaligen Europa war. Ich brauche Ihnen die Geschichte Ihres Landes nicht zu erzählen, sie ist Ihnen nicht fremd. Auch auf dem linken Weichselufer war kein polnischer Besitz. Pommern reichte bis an die Weichsel; das, was man jetzt Pommerellen nennt, stand unter einer Seitenlinie der pommerschen Herzöge, an der die Polen keinen Antheil hatten, und fiel, als sie ausstarb mit Nestevin und Swantopolk, an die Erblinie von Waldemar, Markgrafen von Brandenburg, als Lehnsherrn zurück. Dieser konnte sich nicht halten in den Kämpfen, die er dort hatte, und trat das Land vertragsmäßig an den Deutschen Orden ab. So ist der Linksweichseltheil von Westpreußen denn schließlich an den Deutschen Orden und mit Westpreußen im Frieden von Thorn an Polen gekommen. Auf diese Weise haben die Polen es erworben. Aber wenn man heute die polnischen Zeitungen liest, so geht daraus hervor, daß man in Polen annimmt, es sei ganz Preußen von Polen bevölkert

gewesen, und als ob Preußen zu Polen gehört hätte und durch das „mörderische Schwert des Deutschen Ordens“ hingeopfert und vernichtet worden wäre. Umgekehrt, Preußen war ein Hort deutscher Cultur, Westpreußen, namentlich am rechten Weichselufer, ein deutsches Land, und die Polen haben es bei der Eroberung verwüstet, erobert theils durch Geld: sie kauften den aufrührerischen Söldnern die Marienburg ab und erstürmten die Stadt Marienburg. Ein Beweis, wie anders die Polen verfahren, als die Deutschen, geht daraus hervor, daß sie den tapferen Bürgermeister von Marienburg, er hieß Blume, gefangen aufs Schaffot brachten und enthaupteten. Sie verwüsteten nachher das östliche Weichselufer in ihren Kriegen mit Schweden, und auf diesen Brandstätten wurden Nationalpolen, entlassene Heercorps, Regimenter mit Officieren und Mannschaften ausgesetzt. Dadurch entstand der Polonismus in diesem ursprünglich deutschen Lande, und daß er so eindringen konnte in dies ursprünglich deutsche Land, war ja nur das Ergebniß der Uneinigkeit innerhalb des Ordenslandes. Der Orden war ein hinreichend mächtiges Gebilde, um sich der Polen mitsammt Jagiello von Litthauen zu erwehren, wenn seine Einsassen und Unterthanen zu ihm hielten. Es war damals der Abfall der Städte und der Ritterschaft unter Johann von Boysen,. die zu den Polen übergingen, ein Abfall, der vielleicht berechtigt war durch die Mißregierung des Ordens; kurz es war Bruch und Zwiespalt innerhalb dieses mächtigen Ordensstaates nothwendig, um den Einbruch der Polen zu gestatten. Polen hat damals diese Länder durch Schwert, Bestechung und inneren Aufruhr gewonnen, es kann sich nicht beklagen, wenn es sie nachher durch das Schwert wieder verloren hat. Wir besitzen sie seit 1815, und werden sie hoffentlich in einigen Jahrhunderten immer noch besitzen. (Beifall.)

Ich habe daran immer geglaubt, aber meine Hoffnung einer günstigen Entwickelung der Sache steht heute um soviel fester, wenn ich mir die Aeußerungen Seiner Majestät des Kaisers in Königsberg und Marienburg zum 17. Armeecorps, zu seinen Officieren und gestern in Thorn (s. u.) vergegenwärtige. (Lebhafter Beifall.) — Ich darf annehmen, daß, was Seine Majestät gestern in Thorn geredet hat, sich mit der Schnelligkeit des Telegraphen hinreichend verbreitet hat, um Ihnen nichts Neues zu sein. Sie wissen es Alle. (Rufe: Jawohl!) Also wenn wir nicht in der Uneinigkeit des Deutschen Ordens vom 15. Jahrhundert, sondern in der Geschlossenheit, die die deutsche Nation mit ihren Fürsten und ihrem Kaiser bildet, dem Polonismus gegenübertreten, so kann eine ernste Gefahr für uns nicht mehr vorliegen. Sie ist überwunden, sobald dieser Einklang der amtlichen und der nationalen Ueberzeugung innerhalb der deutschen Länder den Polen gegenüber constatirt ist. Dann

wird die ganze Polengefahr auf ihr natürliches Verhältniß zurückgeführt, einer bedauerlichen, aber doch gegenüber dem gesammten deutschen Reichskörper schwachen Opposition, und einer Opposition, welche nicht die Aussicht hat, in welcher Seine Majestät in Königsberg ihr Berechtigung zusprach, nämlich, daß sie vielleicht durch den Kaiser genehmigt und rehabilitirt werden könnte. So verstehe ich die Königsberger Aeußerung des Kaisers, in der er sagt: „Eine Opposition ist nur berechtigt, in der der Kaiser an der Spitze steht." Nun, viele Zeitungen halten das für ein contradictio in adjecto, für eine Unmöglichkeit. Wir haben es doch erlebt, ich will nur die Zeiten nennen zur Zeit des Generals York und der preußischen Auflehnung, kann man wohl sagen, gegen Friedrich Wilhelm III., indem die Stände sich constituirten in Königsberg und dadurch den ersten Anstoß zu unseren Freiheitskriegen und zu unserer großartigen Entwicklung von 1813 gaben. Die glorreichste Zeit der Provinz Preußen, auf die Sie auch in Ihrer Anrede an mich eben anspielten, diese Opposition, die darin lag — es war mehr als Opposition, es war Aufstand — war ja ganz unmöglich, wenn man nicht sicher war innerlich, die königliche Zustimmung dazu zu haben und den König in die Lage zu bringen, daß er diese, wie die Engländer sagen, „königliche Opposition" zur amtlichen Auffassung machte, nach Breslau ging und die Sache annahm.

Ich will nicht weiter gehen: wir haben es 1848 und 1849 wieder erlebt mit Friedrich Wilhelm IV., daß Oppositionen stattfanden, die sich bewußt waren, den König entweder als ihren geheimen Oberen zu haben, oder doch überzeugt waren, daß sie ihn gewinnen würden als solchen. Und so kann auch meines Erachtens eine conservative Opposition bei uns nur dann stattfinden, wenn sie immer getragen ist von der Hoffnung, den König für ihre Sache zu gewinnen (Großer Beifall). So kann sie nur gemeint sein, und so sollten wir nicht bloß dem König gegenüber, sondern auch unseren Landsleuten gegenüber uns zur Regel machen, daß wir nicht mit bittern Reden in der Presse und im Parlament gegenseitig uns zu kränken suchen, sondern daß wir immer als letztes Ziel im Auge haben, uns gegenseitig zu gewinnen, und daß wir nie den Gegner so verletzen, daß jedes Band zwischen uns zerrissen ist. Dabei habe ich nur solche Gegner im Sinne, die den Staat und die Monarchie überhaupt wollen, also kurz nach preußischen Begriffen königstreue Gegner, von andern spreche ich nicht, mit denen ist kein Vertrag. (Großer Beifall.)

Ob Seine Majestät der König in dem herzerhebenden Aufruf zum Kampfe gegen die Parteien des Umsturzes auch das polnische Junkerthum mitgemeint hat, das lasse ich unentschieden, aber für uns ist die polnische Adelspartei eine Partei des Umsturzes, denn sie erstrebt den

Umsturz des Bestehenden. Wir können unserseits den Zustand, der den Herren vorschwebt, nicht vertragen. Wir müssen auf Tod und Leben dagegen kämpfen. Es wird dahin nicht kommen, es wird zu keinem Kampfe kommen, sobald wir Deutsche unter uns und mit unserem Kaiser und den deutschen Fürsten einig bleiben. Es ist für uns und die Gesinnung, die Sie hergeführt hat, ein herzerhebender Moment, in dem wir uns zu sagen berechtigt sind, daß seine Majestät der Kaiser und König sie theilt. Gott erhalte sie, Gott fördere sie, Gott gebe dem Kaiser Räthe und Diener, die bereit sind und uns diese Bereitwilligkeit zeigen, im Sinne dieses kaiserlichen Programms zu handeln. (Stürmischer Beifall.)

In diesem Sinne bitte ich Sie, mit mir einzustimmen in ein Hoch auf Seine Majestät den Kaiser. Gott schütze ihn! (Stürmische Hochrufe.)

Das „Heil dir im Siegerkranz" folgte dem begeisterten Hoch. Dann richtete Frau Geheime Legationsrath Gerlich eine poetische Ansprache an die Frau Fürstin; der Text wurde als Adresse in schöner Plüschmappe überreicht. Noch mancherlei Gaben wurden dargeboten. Endlich kehrte der Fürst in das Haus zurück mit den Worten: „Verzeihen Sie, daß ich mich zurückziehe; ich habe seit vierzehn Tagen nicht so lange gestanden."

Die Stelle der vom Kaiser in Thorn gehaltenen Rede, auf die Fürst Bismarck hier Bezug nahm, lautet:

„Es ist zu Meiner Kenntniß gekommen, daß leider die polnischen Mitbürger hierselbst sich nicht so verhalten, wie man es erwarten und wünschen sollte. Sie mögen es sich gesagt sein lassen, daß sie nur dann auf Meine Gnade und Theilnahme in demselben Maaße wie die Deutschen rechnen dürfen, wenn sie sich unbedingt als preußische Unterthanen fühlen. Ich hoffe, daß die Thorner polnischen Mitglieder sich entsprechend dem, was Ich in Königsberg gesagt (vgl. oben S. 320), verhalten werden."

Ueber den Schluß der Huldigung wird den „Berl. Neuest. Nachr." aus Varzin noch geschrieben:

Noch lange standen sie unter dem Banne des Erlebten. Die Menge wollte nicht weichen von der Stätte, wo sie soeben ein großes Stück vaterländischer Zeitgeschichte hatte vorüberziehen sehen und wo sie einen Ausblick auf die großen und kleinen Sorgen des politischen Daseins gewonnen hatte. Erhoben, gestärkt im innersten Empfinden und stolz, ihren Huldigungszug von so herrlichem Erfolge begleitet zu sehen, traten die Theilnehmer endlich den Heimweg an, indem sie an dem wieder auf der Veranda erschienenen Fürsten unter den Klängen des Preußenliedes vorüberzogen, um in Hammermühle die dort harrenden Sonderzüge zu besteigen, welche um 3 Uhr die Rückfahrt antraten.

Das Comité wurde vom Fürsten bei Tische durch eine launige und zum Theil die Eindrücke des Tages weiter spinnende Unterhaltung ausgezeichnet. Die Elbinger Neunaugen probirte er mit bestem Behagen. Vom Rittergut der Gräfin Schwanenfeld bei Schwetz war herrliches Obst gesandt worden, eine Ananas von 5¼ Pfund Gewicht und prachtvolle Trauben aus Sartowitz. Die Frau Fürstin sagte beim Anblick der mächtigen Blumenhügel: „Da ist ja ganz Westpreußen geplündert worden!" Der Fürst befand sich andauernd in bester Stimmung.

* * *

Wir lassen einige Stimmen der Presse über die Rede des Fürsten an die Westpreußen folgen.

Die „Köln. Ztg." sagt:

„Die Rede des Fürsten Bismarck an die Westpreußen übertrifft an Bedeutung diejenige, die er vor acht Tagen an die Posener gehalten hat, und ist eine unerbittliche Verurtheilung der polnischen Bestrebungen, Träume und Machenschaften. Die ganze Rede des Fürsten durchweht eine unverkennbare Zufriedenheit und Zuversichtlichkeit, die sich wohl ‚auf den Einklang der amtlichen und der nationalen Ueberzeugung' stützt, sowie dieser in den verschiedenen Kundgebungen der Deutschen in Posen und des größten Theiles der deutschen Presse, ganz neuerdings aber auch durch die Thorner Rede des Kaisers zum Ausdruck gebracht worden ist."

Aehnlich drückt sich die „Nat.-Ztg." aus:

„Fürst Bismarck hat gestern bei dem Empfang der Westpreußen eine noch viel bedeutsamere Rede gehalten, als eine Woche zuvor an die Posener. War es darauf zurückzuführen, daß der Fürst sich körperlich besser befand, als vor acht Tagen, oder daß die von ihm erwähnte Thorner Rede des Kaisers ihn dazu bewog — gleichviel, die gestrige Ansprache nahm einen ungleich höheren politischen Flug; sie erinnerte durchaus an die großen politischen Reden Bismarck's im Reichstag."

In der „Post" heißt es:

„Neu war die Ausführung über den viel commentirten Satz der Königsberger Rede über die Opposition, an deren Spitze der Kaiser steht. Fürst Bismarck führte aus, daß darunter die Opposition für eine Sache zu verstehen sei, für welche die Conservativen den Herrscher zu gewinnen hoffen dürften, und belegte seine Auffassung mit den historischen Beispielen York's 1813 und der conservativen Partei in den Jahren 1848/49.

„Die praktische Consequenz aus dieser Auffassung des Fürsten Bismarck ergiebt sich von selbst; sie deckt sich mit seiner auch anderwärts bereits kundgegebenen Auffassung, daß betreffs des doch nun einmal für die nächsten zehn

Jahre unfruchtbaren Streits um die Handelsverträge die Streitaxt begraben und statt in Opposition in vertrauensvollem Zusammenwirken mit der Regierung des Kaisers das Ziel der Erhaltung und Sicherung von Staat, Kirche und Sitte im Allgemeinen, wie der Landwirthschaft und des ländlichen Grundbesitzes im Besonderen zu verfolgen sei."

Die „Voss. Ztg." ist etwas zurückhaltend in ihrem Urtheile:

„Wir haben der Polenpolitik des neuen Courses immer mit schweren Bedenken gegenüber gestanden und glauben annehmen zu dürfen, daß diese Bedenken von der Mehrheit der Deutschen getheilt werden. In sofern ist der Warnungsruf des Fürsten Bismarck nicht ohne Bedeutung. Wie es scheint, ist man auch in den leitenden Kreisen zu der Erkenntniß gekommen, daß in den östlichen Grenzprovinzen das Deutschthum geschützt werden müsse."

Das freisinnig-officiöse „Berl. Tageblatt" zieht eine Parallele zwischen dem Kaiser und Fürst Bismarck:

„Wir haben bereits darauf hingewiesen, daß sich neuerdings in dem Gedankengange des Kaisers und des Altreichskanzlers eine auffallende Uebereinstimmung bemerkbar macht, insofern beide zum Kampfe wider gefährliche Feinde Alle aufrufen, die nicht auf der Seite des Feindes stehen. Auch in der Beurtheilung der augenblicklichen Stellung des polnischen Elementes zum Deutschthum stimmen Kaiser und Altreichskanzler überein, nur, worauf wir auch bereits hingewiesen haben, unterscheiden sie sich ein wenig in der Wahl der Taktik, die angewendet werden soll. Der Kaiser hat in Thorn gewarnt und gemahnt, um die feindlichen polnischen Elemente zu gewinnen, hauptsächlich für den Kampf wider den Umsturz zu gewinnen: Fürst Bismarck hält Warnung und Mahnung an den polnischen Adel für aussichtslos, weil er in diesem selbst eine Partei des Umsturzes erblickt."

Wir schließen unsere Zusammenstellung mit einigen Sätzen aus den „Berl. Neuesten Nachr.":

„Fürst Bismarck's gestrige Rede ist jedenfalls eine der glänzendsten, welche der unvergleichliche Staatsmann in seiner langen politischen Wirksamkeit gehalten hat; um so glänzender, wenn man sich vergegenwärtigt, daß Fürst Bismarck achtzig Jahre zählt, und daß es ungleich schwieriger ist, unter freiem Himmel vor einer nach Tausenden zählenden Zuhörerschaft als vom Ministertisch und im Parlamentssaal zu sprechen. Der reiche Inhalt der Rede bedarf eines Commentars nicht, sie ist verständlich für Jedermann, der Ohren um zu hören und Augen um zu sehen hat. Aber die Rede ist zugleich auch ein Meisterstück durch ihre Klarheit und Schärfe, durch die Mischung von kaustischem Witz und ernster Mahnung, durch ihre schlagenden

und treffenden Charakteristiken. Es dürfte wenige Redner in deutschen Landen geben, die sich diesem achtzigjährigen Redner, dem die Nordd. Allg. Ztg. vor zwei Jahren attestirte, „daß seine Erinnerungen sich zu verwirren beginnen',[1]) an die Seite stellen können. Des tiefen Eindrucks wird diese Rede nirgends in Deutschland verfehlen. Weit über den Kreis der ihn umgebenden wackeren Westpreußen hinaus richtete sie sich an das gesammte Deutschland, und auch in Oesterreich wird die Stelle nicht unbemerkt bleiben, an welcher der ehrwürdige Staatsmann warnend den Finger aufhebt. Die „Deutschheit", welche die polnischen Zeitungen an der Rede vom vorigen Sonntag frohlockend vermißten, ist ihnen nunmehr in vollem Umfange zu Theil geworden: den Kampf auch gegen die polnischen Umsturzbestrebungen wird das gesammte Deutschland mit freudiger und zielbewußter Entschiedenheit aufnehmen.

„Noch lange wird die politische Welt mit den fruchtbaren Anregungen der gestrigen Kundgebung sich zu beschäftigen haben. Ihren Inhalt mit einem Male ausschöpfen zu wollen, wäre vergebliches Beginnen. Was der überzeugteste aller Monarchisten von der königlichen Opposition gesagt hat, was er zur Tröstung und Stärkung der besorgten Patrioten gesprochen, wird im Einzelnen noch zu betrachten und abzuschätzen sein. Ueber jeder einzelnen Wirkung aber steht die herzbewegende Empfindung, die des großen Mannes Erscheinung und Mahnung urgewaltig weckt, daß der Gelehrte wie der Einfältige, der im Kampfe des Lebens sich abmühende Mann und die den umfriedeten Kreis der Häuslichkeit hütende Frau an seinem Beispiel und Mahnwort erkennen, wie dies räthselvolle Leben nichts bedeutet ohne den festeren inneren Glauben, und daß der armselige Mensch nichts vermag ohne das Bewußtsein, ein Glied einer großen Gemeinschaft zu sein. Die westpreußischen Pilger, die erhobenen Herzens durch die regnerische Nacht gestern ihrer Heimath zueilten, haben die Ueberzeugung wieder in ihre Seele gepflanzt, daß nur der Fleiß des Hirnes und der Hände den Segen der Einheit geschaffen hat, und daß nur dieselben Mittel im Stande sind, diesen Segen zu erhalten."

* * *

Die „Hamb. Nachr." theilen Folgendes mit (25. September, A.-A.):

„Bei der am Sonntag stattgehabten ‚Huldigung' der **Westpreußen** sind nur solche Journalisten zugelassen worden, die sich schriftlich verpflichtet hatten, ihren Bericht über die Rede des Fürsten Bismarck zur Vergleichung der zuständigen Stelle zu unterbreiten." So schreibt ein hiesiges clericales Blatt. Hierzu bemerkt die „Nat.-Ztg.": „Diese Darstellung ist unrichtig.

[1]) Vgl. Band IV, Seite 9 Mitte.

Alle Vertreter der Presse haben in Varzin ein freundliches Entgegenkommen gefunden. Jedem war es unbenommen, von der Rede des Fürsten nach Belieben Aufzeichnungen zu machen. Den Stenographen allerdings war zur Bedingung gemacht, die Stenogramme bei Dr. Chrysander zu vergleichen, um die Veröffentlichung von einander abweichender stenographischer Aufzeichnungen zu vermeiden."

* * *

Dasselbe Blatt bringt am 28. September (A.-A.) nachstehende Mittheilung aus Königsberg:

Auch die Ostpreußen wollen eine Huldigungsfahrt zum Fürsten Bismarck nach Varzin unternehmen. Behufs Bildung des Comités findet übermorgen (29. September) eine Zusammenkunft von Herren aus der Stadt Königsberg und Umgegend statt. Ein bestimmter Tag für die Fahrt ist noch nicht festgesetzt, voraussichtlich wird dieselbe am 20. October erfolgen.

* * *

Den „Hamb. Nachr." vom 29. September (A.-A.) entnehmen wir Folgendes:

Wie Fürst Bismarck seine Stellung gegenüber Interviews und Interviewern ansieht und wohl auch von weiteren Kreisen betrachtet zu sehen wünscht, geht aus dem nachstehenden, mit Genehmigung des Fürsten zur Publication gelangenden Briefe hervor, der vor einigen Jahren als Antwort auf eine auch noch andere literarische Angelegenheiten betreffende Anfrage des Verlagsbuchhändlers Herrn Rudolf Hofmann in Berlin erfolgte:

Kissingen, 25. August 1890. Euer Hochwohlgeboren danke ich verbindlichst für Ihre wohlwollende Zuschrift und Absicht, aber ich halte letztere zu dem Zweck, welchen Sie damit verbinden, kaum für ausführbar. Die Schwierigkeit liegt in der Natur der stattgehabten Unterredungen. Dieselben haben nie den Charakter einer systematischen Manifestation gehabt, sondern den einer von mir nicht gesuchten, aber bei dem gewohnheitsmäßigen Bedürfniß politischer Aussprache bereitwillig aufgenommenen gelegentlichen Unterhaltung. Bei einer solchen ist der Besucher natürlich in Gefahr, nicht genau im Gedächtniß behaltene Aeußerungen nach seinen Ansichten zu vervollständigen, zu unterstreichen, im Zusammenhang zu verschieben, und den Hauptaccent auf Beiläufiges zu legen. Auf diesem Wege kamen Angaben zu Stande, welche an ein wirklich gesprochenes Wort anknüpfen und doch einen mir fremden und fernliegenden Gedanken zum Ausdruck bringen. Wenn auch diese Verschiebungen in einzelnen Fällen zu unrichtigen Darstellungen sich gestalten, zu unbeabsichtigten Fälschungen, so kann ich mich doch auf publicistischen Streit über den Inhalt einer zeugenlosen Unterredung und über die Sonderung des Falschen vom Wahren mit den Betheiligten nicht einlassen.

Die Fehler der Wiedergabe beruhen auf den jeder zwanglosen Conversation ohne Zeugen und ohne Stenogramm inhärirenden Mängeln, durch eine authentische Darstellung dieselben richtig zu stellen, habe ich kein Bedürfniß; ich bin früher schon viel roher angegriffen worden als heute, und zwar von meinen ehemaligen Parteigenossen, und ich lege auf die jetzigen Erscheinungen nicht so viel Gewicht, um die Arbeit zu übernehmen, die mit ihrer Richtigstellung verbunden sein würde. Es wäre außerdem eine Sisyphusarbeit, denn die Berichtigung würde neue Nahrung für dieselben publicistischen Kienraupen bilden; es würde auch politisch nicht nützlich sein, wenn ich heute über alle Aeußerungen, die von Publicisten unter ihrer eigenen Autorität mir zugeschrieben worden sind, authentisch öffentlich und rückhaltlos sprechen wollte. Ich danke Ihnen nichtsdestoweniger aufrichtig für die Bereitwilligkeit, mit der Sie mir Ihren Beistand für ein solches Unternehmen entgegenbringen, und für die wohlwollende Gesinnung, die Sie für mich bewahrt haben.

v. Bismarck.

* * *

Die „Hamb. Nachr.“ bringen am 1. October (A.=A.) folgende Notiz:

Fürst Bismarck hat, wie dem Graudenzer „Geselligen“ mitgetheilt wird, nach der Huldigungsfahrt der Westpreußen zu einigen Herren geäußert, daß ihm die Huldigung große Freude bereitet, ihn „wie ein Sonnenstrahl“ berührt habe.

* * *

Wir lesen in der „Bad. Landes=Ztg.“: Angesichts der Angriffe, die von verschiedenen Blättern in neuester Zeit gegen den Fürsten Bismarck gerichtet werden, dürfte es von besonderem Werthe sein, auf folgende Stelle in einer Berliner Correspondenz der „Neuen Züricher Ztg.“ hinzuweisen:

„Bei jeder neuen Rede des Kanzlers muß man erstaunt sein über die geistige Kraft und Frische, die der Mann noch besitzt, und nicht weit ab von diesem Gefühle wird das andere liegen, daß es doch eigentlich ein recht trauriges Geschick ist, wenn ein solcher Mann von dem Platze, den er trotz Allem, was man im Einzelnen sagen mag, so unvergleichlich ausgefüllt hat, eher scheiden muß, als bis der Tod ihn abruft oder seine Kräfte plötzlich versagen.“

Ist es, fügt die „Bad. Landes=Ztg.“ hinzu, nicht beschämend für jene Blätter, sich vom Auslande die Bescheinigung ihrer Unfähigkeit zur Beurtheilung unseres größten Stammes= und Zeitgenossen geben lassen zu müssen?

* * *

Auf das Huldigungstelegramm des nationalliberalen Delegirtentages, der am 30. September in Frankfurt a. M. stattfand, an den Fürsten Bismarck ist an die Adresse von Dr. Hammacher aus Varzin folgende Antwort eingetroffen:

Für die freundliche telegraphische Begrüßung bitte ich Sie, meinen verbindlichsten Dank entgegen zu nehmen und den Betheiligten gegenüber auszusprechen. Ihr Gruß veranlaßt mich zum Rückblick auf die lange Zeit, in der ich mit Ihren Gesinnungsgenossen gemeinsam am Ausbau des Reiches habe arbeiten können.

v. Bismarck.

* * *

Am 8. October bringen die „Hamb. Nachr." folgende kleine Notiz, deren Inhalt leider so wenig zutreffen sollte:

Wie wir vernehmen, erfolgt die Rückkehr des Fürsten Bismarck nach Friedrichsruh voraussichtlich in diesem Jahre früher als in den vorhergehenden; wahrscheinlich trifft der Fürst schon Ende October wieder im Sachsenwalde ein.

* * *

Ueber die oben erwähnte Huldigung der Ostpreußen wird am 9. October berichtet:

Die Huldigung der Ostpreußen für den Fürsten Bismarck soll der „Post" zufolge nach dem neuerdings gefaßten Beschlusse in einer Geldsammlung zum Zwecke einer milden Stiftung bestehen, welche dem Fürsten an seinem achtzigsten Geburtstage, dem 1. April kommenden Jahres, überreicht werden soll.

* * *

Am 13. October wird in Friesack, einer kleinen Stadt im brandenburgischen Kreise Westhavelland, ein Denkmal zu Ehren des Kurfürsten Friedrich I. von Brandenburg errichtet. Da heißt es in den „Berl. Neuesten Nachr.":

Am heutigen Tage, da die Blicke vielfach auf das märkische Städtchen Friesack gerichtet sind, darf wohl auch des Fürsten Bismarck gedacht werden und eines Ausspruches, den der damalige Deichhauptmann und Abgeordnete im Jahre 1849 bei einer Wahlrede in Friesack gethan hat. Er sagte: „Was die in Frankfurt machen, zerstäubt wie der Wind; wenn die deutsche Einheit geschaffen werden soll, müssen die Waffen klirren." Darob neben Beifall auch laute Mißfallensäußerungen. In seiner ganzen Größe richtete sich Herr von Bismarck auf und rief der Menge zu: „Zischen und pfeifen Sie nur, meine Herren, es ist doch so!"

Die damals etwas roth angehauchten Bürger sind jetzt sehr stolz auf ihren früheren Abgeordneten und denken bereits seit längerer Zeit an eine Huldigungsfahrt nach Friedrichsruh.

* * *

Oberbürgermeister Singer in Jena erhält folgendes Schreiben des Fürsten Bismarck:

Varzin, den 20. October 1894. Geehrter Herr Oberbürgermeister! Der mir freundlichst übersandte Bürgerbrief von Jena hat mich hoch erfreut durch die ehrenvollen Worte, welche er in einer äußeren Fassung darbietet, die ein glänzendes Zeugniß von der thüringischen Kunst ablegt. Die Gabe meiner Jenenser Mitbürger wird für mich und meine Familie jeder Zeit den hohen Werth eines Andenkens an die gastliche Aufnahme haben, welche mir vor zwei Jahren in Jena zu Theil wurde. Den neuen Brunnen habe ich mit Interesse und Dankbarkeit im Bilde gesehen, und freue mich, daß Herrn Professor Hildebrandt's vorzüglich gelungenes Relief, dessen Entwurf mir in Kissingen gezeigt wurde, daran Platz gefunden hat. Den Bürgerbrief werde ich meiner Sammlung von Denkwürdigkeiten in Schönhausen beifügen und er wird dort, wie hier, durch seine kunstreiche Ausstattung die Bewunderung der Beschauer erwecken. Euer Hochwohlgeboren bitte ich, für den erneuten Ausdruck der Anerkennung und des warmen persönlichen Wohlwollens meinen Dank entgegennehmen und den Herren Mitgliedern der städtischen Collegien und meinen Mitbürgern aussprechen zu wollen.

v. Bismarck.

* * *

Den „Hamb. Nachr." vom 26. October (A.=A.) entnehmen wir Folgendes:

Die Socialdemokratie und der Reichstag. Wir haben vor einiger Zeit einen Artikel auszüglich mitgetheilt, den Graf Paul von Hoensbroech in der „Zukunft" unter der Ueberschrift „Die Socialdemokratie und der Reichstag" veröffentlicht hat. Soviel wir sehen, ist der sehr lesenswerthe Aufsatz in keiner Zeitung gehörig gewürdigt worden, und wir glauben daher im gegenwärtigen Augenblicke, wo in Berlin über die Maßnahmen gegen den Umsturz berathen wird, die öffentliche Aufmerksamkeit wiederholt auf die Hoensbroech'schen Ausführungen lenken zu sollen. Sie lauten in ihrer ersten, hier in Betracht kommenden Hälfte wie folgt:

„Die Statue Kaiser Wilhelm's des Ersten, das Reichsschwert erhoben in der Rechten, das Symbol von Recht und Ordnung, mahnt uns Alle an den ernsten Kampf wider die Bestrebungen, die sich richten gegen die Grundlage unseres staatlichen und gesellschaftlichen Lebens. Auf, zum

Kampfe für Religion, für Sitte und Ordnung, gegen die Parteien des Umsturzes!" (Kaiser Wilhelm II. im Königsberger Schloß am sechsten September 1894.)

Als vor wenigen Monaten der Mordstahl eines Nichtswürdigen die Brust des französischen Präsidenten durchbohrte, da war der erste, spontan sich erhebende Ruf der nach Gewaltmaßregeln. Und mit Recht, denn ein gewaltsamer Angriff kann nur durch Gewalt parirt werden; wie der Einzelne, so hat auch die Gesellschaft das Recht und selbst die Pflicht, ihre bedrohte Existenz zu vertheidigen. Aber wenn der Schüler bestraft werden soll, darf dann der Lehrer, der den Schüler zu seinen Verbrechen erzog, frei ausgehen? darf er auf seinem Lehrstuhl sitzen bleiben und ungehindert die verderbliche Lehre weiter verbreiten? Ist es nicht staatsmännisch klüger, nicht nothwendiger, die Quelle zu verstopfen — und sei es auch mit Gewalt —, aus der solche Uebel und Verbrechen fließen? Darüber kann aber kein begründeter Zweifel bestehen, daß die Socialdemokratie der Vater, Lehrer und Begünstiger des Anarchismus ist.

Ich glaube gern, daß die Socialdemokraten überzeugt sind, diese Beziehungen beständen nicht, und daß sie mit ungekünsteltem Abscheu die Gemeinschaft mit Ravachol, Vaillant, Caserio und Genossen von sich zu weisen. Allein ändert dieser Glaube die Thatsächlichkeit solcher Beziehungen? Die Theorie vom Eigenthum als Diebstahl, von der Unrechtmäßigkeit der bestehenden staatlichen Gewalten, vom Recht jedes Einzelnen an allen Genüssen, von der absoluten und schrankenlosen Freiheit der Individuen: diese Theorien führen unabweisbar zur Bombe und zum Dolch. Die Erfinder und Verbreiter dieser Irrlehren mögen das nicht wollen, aber wer die socialdemokratische Theorie in die anarchistische Praxis übersetzt, handhabt nur die Logik. Wer den Felsblock löst vom Bergesgipfel, ist verantwortlich für die entstehende Verwüstung im Thal.

Und sind denn die Lehren der socialdemokratischen Theoretiker so frei von Aufreizung zu Gewaltthaten?

Karl Marx bekennt auf dem Haager Congreß (1872): „In den meisten Ländern Europas muß die Gewalt der Hebel unserer Revolution sein; an die Gewalt wird man seinerzeit appelliren müssen, um endlich die Herrschaft der Arbeit zu etabliren. Die Revolution muß solidarisch sein, und wir finden ein großes Beispiel in der Commune von Paris, die gefallen ist, weil in allen Hauptstädten, in Berlin, in Madrid u. s. w., nicht gleichzeitig eine große revolutionaire Bewegung ausgebrochen ist." In seinem „Manifest der communistischen Parteien" sagt er: „Die Communisten erklären es offen, daß ihre Zwecke nur erreicht werden können durch den gewaltsamen Umsturz aller bisherigen Gesellschaftsordnung. Mögen die herrschenden Classen vor einer communistischen Revolution zittern." Der deutsche Reichstagsabgeordnete Bebel erklärte im Deutschen Reichstag mit Bezug auf die Bluthaten der Pariser Commune: „Das ist nur ein kleines Vorpostengefecht in dem Kriege, den das Proletariat gegen alle Paläste führen wird."

Er schreibt: „Man entsetze sich nur nicht über diese mögliche Anwendung der Gewalt, zetere nicht über die Unterdrückung berechtigter Existenzen. Die Geschichte lehrt, daß zu allen Zeiten die neuen Ideen in der Regel nur durch gewaltsamen Kampf mit den Vertretern der Vergangenheit zur Geltung gelangen und daß dann die Kämpfer für die neuen Ideen die Vertreter der Vergangenheit so tödtlich als möglich zu treffen suchten." Nicht mit Unrecht, ruft Karl Marx: „Die Gewalt ist der Geburtshelfer jeder alten Gesellschaft, die mit einer neuen schwanger geht" (Unsere Ziele, S. 44). Das Gleiche predigt Liebknecht auf dem Genfer Congreß: „Die Armee besteht schließlich aus Söhnen des Volkes, die wir durch unsere revolutionaire Propaganda gewinnen. Wenn der Tag kommt, werden Gewehre und Kanonen von selbst sich umdrehen, um die Feinde des socialistischen Volkes niederzuschmettern." Wer solche Saat säet, darf sich nicht wundern, wenn aus ihr Verbrechen gegen Leib und Leben ersprießen; und er muß sie anerkennen als sein Werk.

Nicht so sehr der Anarchismus ist also der Feind als vielmehr die Socialdemokratie. Sie hat sich erhoben gegen die bestehende Gesellschaftsordnung und will ihr an Hals und Kragen. Es ist nie genug zu betonen, in dem Kampf gegen die Socialdemokratie handelt es sich um uns selbst und um Alles, was unsere sociale und politische Existenz bedingt. Fast möchte es scheinen, als ob das Gefühl für diese Gefahr abhanden gekommen sei. Man hat sich an den Anblick der Socialdemokratie, an ihr Auftreten auf allen Gebieten unseres socialen und politischen Lebens so gewöhnt, daß man sie als etwas Selbstverständliches, wenn auch stellenweise Lästiges, hinnimmt; ihren todtbringenden Charakter, ihre wahrhaft mörderische Absicht allem Bestehenden gegenüber, scheint man zu übersehen.

Daß und wie sehr die Socialdemokratie im Gegensatz steht zu Allem, was wir an gesunden Einrichtungen besitzen, ist schon oft gezeigt worden, und mit dankenswerther Offenheit erklären die Socialdemokraten selbst: Fort mit allen bestehenden gesellschaftlichen und staatlichen Einrichtungen; wir stehen im Gegensatz zu Allem, worauf die gegenwärtige bürgerliche Gesellschaft sich stützt! „Wir erstreben auf politischem Gebiet die Republik, auf dem ökonomischen Gebiet den Socialismus, und auf dem, was man heute das religiöse Gebiet nennt, den Atheismus" (Bebel). Mit diesen sehr deutlichen Worten hat, vom Standpunkt der bestehenden bürgerlichen und politischen Ordnung aus, die Socialdemokratie sich selbst das Urtheil gesprochen. Sie hat dadurch klar und unmißverständlich gesagt, daß sie nicht hineingehört, nicht hineingehören will in den Rahmen der gegenwärtigen socialpolitischen Verhältnisse.

Mir däucht, es wäre Zeit, sie beim Wort zu nehmen und, wie sie selbst ihre Stellung zu uns, d. h. zu den auf dem Boden des Bestehenden Fußenden, präcisirt hat, so auch unsererseits unsere Stellung zu ihr nicht nur theoretisch zu präcisiren — das ist längst geschehen —, sondern praktisch durchzuführen. In

socialpolitischen Fragen ist jede Halbheit und Inconsequenz ein Uebel und ein um so größeres, je wichtiger und bedeutungsvoller die Frage ist, um die es sich handelt. Nur ganze Maßregeln erzielen ganze Zustände. Die Politik des laissez faire und laissez aller ist immer und überall eine sehr fragwürdige Weisheit; tiefgehenden Zeit- und Geistesströmungen gegenüber ist diese Politik die helle Thorheit und ihr Ausgang stets ein Ende mit Schrecken. Hiermit ist der Kern unserer Ausführungen berührt, das Hyperparadoxe im staatlichen Leben der Gegenwart: die Socialdemokratie, dieser erbittertste Feind unserer gesammten socialen und politischen Einrichtungen, spielt nicht nur eine Rolle im öffentlichen politischen Leben, sondern sie ist in diesem Leben ein anerkannter, gleichberechtigter, mitwirkender Factor, sie nimmt in ihm eine legitimirte Stellung ein.

Im deutschen Reichstag befindet sich eine socialdemokratische Partei, d. h. die Socialdemokratie betheiligt sich in anerkannter, officieller Weise als gesetzgebender Factor am parlamentarischen Leben; die Socialdemokratie hat Sitz und Stimme in unserer höchsten gesetzgeberischen Körperschaft.

Ungescheut und mit vernehmlicher Stimme ruft die Socialdemokratie uns zu: „Fort mit Eurer Familie, fort mit Eurem Privateigenthum, fort mit Eurem Staat", und da sollten wir, auf deren Untergang es abgesehen ist, es nicht wagen, wenigstens den Ruf zu erheben: „Fort mit der Socialdemokratie aus unserem Parlament?" Ja, erheben wir diesen Ruf; es ist unser gutes Recht, zum mindesten das Recht der Nothwehr. Dieser Ruf wird nicht ganz ungehört, nicht ganz fruchtlos verhallen.

Was ist das Deutsche Reich, was ist der deutsche Reichstag?

Das Deutsche Reich ist die Vereinigung aller souveränen deutschen Staaten unter dem Präsidium des Königs von Preußen, der den Titel „Deutscher Kaiser" führt. Diese Definition läßt sich erweitern. Als Ganzes aufgefaßt, ist das Deutsche Reich die Summe aller jener Errungenschaften, die die Cultur im weitesten Sinne dieses Wortes auf allen Gebieten des politischen und socialen Lebens, in Staat, Kirche, Familie und Schule, in Handel, Kunst und Wissenschaft seit mehr als einem Jahrtausend gezeitigt hat. Seine Glieder, die einzelnen Staaten, sind die Producte und die Repräsentanten dieser uralten culturell-politischen Entwickelung, und zwar in dem Maaße, daß mit Beseitigung dieser Cultur auch die deutschen Staaten, das gesammte Deutsche Reich verschwinden müßte.

Das fünfzehnhundertjährige Culturleben des christlichen Europa ruht auf vier Grundpfeilern; in religiöser Beziehung auf dem Christenthum; in socialer und wirthschaftlicher Beziehung auf der Familie und dem Privateigenthum; in politischer Beziehung auf der Staatsgewalt, und da diese Staatsgewalt — von verschwindenden Ausnahmen abgesehen — stets monarchisch war, auf der Monarchie. Das sind auch die Grundpfeiler des Deutschen Reiches, des alten wie des neuen: Christenthum, Familie, Privateigenthum, Monarchie.

Dieses so geartete Deutschland nun hat, als politisches Gemeinwesen, als „Deutsches Reich", natürlich das Recht selbstständiger Gesetzgebung; es besitzt Organe, die dieses Recht verfassungsmäßig ausüben. Diese Organe sind Bundesrath und deutscher Reichstag. Der deutsche Reichstag ist also der legitime Vertreter des deutschen Volkes; er ist, zusammen mit anderen Factoren, der Wächter und Schützer deutscher Interessen, deutscher Art und Sitte; seine gesetzgeberische Thätigkeit kann — weil er in gewissem Sinn der Mandatar des deutschen Volkes ist — nur eine solche sein, die in Uebereinstimmung steht mit dem im Deutschen Reich rechtlich und thatsächlich bestehenden Verhältnissen, mit den Grundlagen, auf denen das gesammte sociale, wirthschaftliche und politische Leben des deutschen Volkes beruht.

So lange dieses deutsche Volk als politisches und sociales Gemeinwesen ruht auf der Familie, dem Privateigenthum und der Staatsgewalt, so lange ein Kaiser, Fürsten und Obrigkeiten über Deutschland herrschen, so lange kann der deutsche Reichstag, als Vertreter des derartig organisirten deutschen Volkes, keine Gesetze machen, die diese Basis beseitigen. Der bloße Versuch dazu wäre, wie schon gesagt, ein Angriff auf den Bestand des Reiches selbst. Das leuchtet ein.

Doch der deutsche Reichstag besteht aus einzelnen Personen; und diese alle — das liegt in der innersten Natur und dem Begriff dieses Amtes — haben ihr gesetzgeberisches Amt nur auszuüben zu Nutz und Frommen des bestehenden Deutschen Reichs. Also ist es nicht minder widerspruchsvoll, wenn Jemand als berechtigtes Mitglied an dieser höchsten Vertreterschaft des deutschen Volkes theilnimmt, der erklärter Gegner ist aller socialen, wirthschaftlichen und politischen Einrichtungen, die das Reich, als zu seinem Wesen gehörig, besitzt. Es ist jeden Sinnes bar, wenn am Schutz und Ausbau des Reiches Leute theilnehmen, die offen erklären, eben dieses Deutsche Reich zertrümmern und an seine Stelle ein anderes, unserem Deutschen Reich diametral entgegengesetztes Gemeinwesen setzen zu wollen.

Wird je auf einem Schiff ein Matrose oder gar ein Steuermann belassen, dessen ausgesprochene Absicht es ist, bei der ersten günstigen Gelegenheit das Schiff in die Luft zu sprengen oder auf die Klippen zu steuern? Wird man je zu Kriegszeiten in die Besatzung einer Hauptfestung des eigenen Landes ein feindliches Bataillon einreihen?

Was ist nun die Socialdemokratie, was will sie?

Die Socialdemokratie ist der in ein System gefaßte Umsturz aller bestehenden socialen, wirthschaftlichen und politischen Verhältnisse. Sie will beseitigen: das Christenthum, die Familie, das Privateigenthum und den heutigen Staat. Da ihre Vertreter mit größter Offenheit diese Absicht ausgesprochen haben, ist ein Beweis völlig überflüssig.

Die Socialdemokraten benutzen das Rednerpult des Reichstages nur, um von dort aus ungestraft ihre staatzerstörenden Ideen vorzutragen, sie wollen Reichs-

tagsmitglieder sein, nicht um den inneren Ausbau des Reichs auf den gegebenen Grundlagen zu fördern, sondern nur, um diese Grundlagen zu zertrümmern und dem deutschen Reichstag selbst den Garaus zu machen. Und das Alles erklären sie ganz offen, sie kommen mit diesem revolutionairen Programm in den Sitzungssaal des Parlaments und — mirabile dictu — bleiben darin als anerkannter Factor jener höchsten gesetzgeberischen Versammlung, die vom Kaiser, den deutschen Fürsten und Obrigkeiten berufen, zum Wohle unseres deutschen Vaterlandes, zum Schutz seiner bürgerlichen und staatlichen Institutionen zu arbeiten verfassungsmäßig bestimmt ist. Kann es prägnanteren Widersinn, verderblicheren politischen Nonsens geben?!

Vorhin wurde die Frage gestellt: „Wird man zu Kriegszeiten in die Besatzung einer Hauptfestung des eigenen Landes ein feindliches Bataillon einreihen?" Das „Nein" als Antwort braucht nicht ausgesprochen zu werden. Nun, Niemand wird leugnen, die Socialdemokraten selbst am allerwenigsten, daß das Deutsche Reich und die Socialdemokratie feindlich einander gegenüberstehen; daß zwischen Beiden der Krieg erklärt und daß der Kampf entbrannt ist. Es ist ein Entscheidungskampf auf Leben und Tod. Das ist oft eine Phrase, hier ist es Wahrheit. Siegt die Socialdemokratie, dann ist es aus mit dem Deutschen Reich: Kaiserkrone und Fürstenscepter, staatliche Organisation und Familie, Ehe, Privateigenthum und angestammter Besitz, sie werden vom deutschen Boden verschwinden. Niemand wird ferner leugnen, daß der deutsche Reichstag eine „Hauptfestung" des eigenen Landes ist. Kann sich da noch Jemand dem Schluß entziehen: Also gehören die 45 Socialdemokraten, dieses feindliche Bataillon, nicht in die Besatzung dieser Festung; sie müssen hinaus!

Sehen wir einstweilen ab von allen juridischen Erwägungen über Möglichkeit oder Unmöglichkeit der Ausschließung der Socialdemokraten aus dem Reichstag. Befragen wir den gesunden Menschenverstand, unser eigenes gesundes Gefühl.

Es kommen Leute in unser Land mit folgender Erklärung: „Wir wollen nichts mit Euch zu thun haben; alle Eure bürgerlichen, wirthschaftlichen und politischen Einrichtungen sind uns verhaßt; je eher je lieber, und wenn es geht, mit Gewalt, werden wir dies Alles umstürzen; aber da wir einstweilen die Macht dazu noch nicht besitzen, wollen wir theilnehmen an Eurer höchsten gesetzgeberischen Versammlung, und zwar nur zu dem Zwecke, um unsere Pläne und Ideen in das Volk zu tragen und so den Boden für die Revolution vorzubereiten. Wir verachten an und für sich Euer Parlament (dies „Herrgotts-Saker-Parlament", wie der „Vorwärts" sich ausdrückte), aber wir müssen uns seiner bedienen, um, nach Liebknecht's Wort, „die Gesetzgebungsmaschinerie in die Hand zu bekommen", wie wir überhaupt „alle diejenigen Mittel, die Staat und Gesellschaft uns zur Verfügung stellen, anwenden gegen diesen Staat und gegen diese Gesellschaft" und zwar so lange, bis „mit Eurem Staat auch seine Repräsentanten verschwinden: Minister, Parlamente, stehendes Heer, Polizei, Gendarmen, Gerichte, Rechts- und

Staatsanwälte, Gefängnißbeamte, die Steuer- und Zollverwaltung, mit einem Wort: Euer ganzer politischer Apparat" (Bebel). So, jetzt wißt Ihr, was wir wollen, und jetzt noch einmal: gebt uns Sitz und Stimme, Redefreiheit und Ehrenrechte in Eurem Parlament, damit wir diese unsere Umsturzpläne durchführen können.

Gäbe es auch nur einen deutschen Mann, d. h. einen Mann, der auf dem Boden des bestehenden Deutschen Reiches steht, der zögern würde mit der Antwort: „Fort mit Euch! So lange mein Arm und meine Zunge sich noch rühren kann, wehre ich Euch nicht nur den Eintritt ins Parlament, sondern jede Betheiligung an irgend welchen öffentlichen Aemtern. Wie ein erklärter Räuber nicht in meinen Hausstand gehört, so gehört ein erklärter Socialdemokrat nicht in die öffentlichen Aemter des Deutschen Reichs."

Nun kommen aber die Leute, die so sprechen, nicht erst, sondern sie sind schon da; sie wollen nicht erst in den Reichstag, sie sitzen schon drin. Leider! Aber ändert das im allergeringsten die mehr als offenkundige Wahrheit, daß sie nicht in den Reichstag gehören, daß es ein Hohn auf diese Institution ist, wenn er eine Partei, gleichberechtigt mit den anderen Parteien, in seinen Mauern beherbergt, die ihm, dem deutschen Reichstag, der durch den deutschen Kaiser berufen ist, ins Gesicht erklärt: „Wir erstreben die Republik, den Socialismus, den Atheismus" (Bebel)? Läßt man den Dieb und Räuber etwa bei der Arbeit, weil er schon im Hause ist? Nein. Man wirft ihn hinaus, wo und wann man ihn findet.

Drehen wir einmal die Sache um; denken wir uns, Deutschland sei zum socialdemokratischen „Zukunftsstaat" geworden und besitze in irgendwelcher Form ein socialdemokratisches Parlament. Würden in dieser Versammlung Gegner der Socialdemokratie geduldet werden? Würde in ihr eine Partei geduldet werden, die offen erklärte: Wir wollen die Monarchie, die Ehe, das Privateigenthum, das Christenthum wieder einführen? Hinausfliegen würde diese Partei und zwar, vom socialdemokratischen Standpunkt aus, mit Recht, denn „jedes Reich, das in sich selbst uneins ist, wird zerstört werden". Hier geht es aber wie fast überall: nur die Gegner der alten Ordnung der Dinge in Religion, Staat und Familie haben Muth, Initiative, Consequenz; die Vertheidiger der guten Sache begnügen sich mit halben Maßregeln, mit Verhandlungen und Laviren. Und eben deshalb werden sie meistens vom Sturme verschlungen.

Ist etwa nur der Feind zu fürchten, der mit fremdem Bajonnet und fremden Kanonen ins Land eindringt? Oder ist der Feind nicht viel gefährlicher, der schon im Lande ist und, wieder nach Liebknecht's Wort, sich „der eigenen Kanonen und der eigenen Gewehre bemächtigen, sie umdrehen und mit ihnen die alte Ordnung der Dinge und ihre Beschützer zerschmettern" will?

Ich glaube nicht, daß irgend Jemand sich der Wahrheit dieser Ausführungen verschließen kann, daß es Jemand giebt, der nicht sagen wird: es ist ein arger

politischer Nonsens, daß die Socialdemokraten im deutschen Reichstag sind, daß eine Partei an der Gesetzgebung und Vertretung des deutschen Volkes Theil nimmt, die den Umsturz alles Bestehenden auf ihre Fahnen geschrieben hat, die heute die gewaltsame Revolution beginnen würde, falls sie Aussicht auf Gelingen hätte. Aber, wird vielleicht Mancher hinzufügen, die einmal bestehende Verfassung, das Wahlgesetz, bieten keine Handhabe, diesen Zustand zu ändern. Wäre dem wirklich so, so würde ich keinen Augenblick zögern, zu sagen: gut, so ändere man die Verfassung, oder man mache ein neues Socialistengesetz.

Also abermals Ausnahmegesetzgebung? Ja, warum denn nicht? Was jeder Familie, jeder Stadt, jedem Verein gestattet ist: in Zeiten drohender Gefahr Ausnahmebestimmungen zu treffen, das sollte dem Staate, der um seine Existenz kämpft, verwehrt sein? Es kann sich nur um Nützlichkeit oder Schädlichkeit, nicht aber um Erlaubtheit oder Unerlaubtheit von Ausnahmegesetzen handeln. Man hat aus Nützlichkeitsgründen das Socialistengesetz aufgehoben. Hat man den Zweck erreicht und das Anwachsen der Socialdemokratie gehindert? Die Statistik möge antworten:

Im Jahre 1871 wurden 2 (sächsische) Socialdemokraten gewählt, 1874: 10, 1877: 12, 1878: 9, 1881: 12, 1884: 24, 1887 (Septennatswahlen): 11, 1890: 35, und jetzt sitzen 45 Socialdemokraten im Reichstag. Unsere großen Handels- und Industriestädte sind in ihrer Mehrzahl in die Hände der Socialdemokraten gefallen oder halten sich nur noch sehr mühsam. Heute sind socialdemokratisch vertreten: Königsberg, Berlin mit Ausnahme eines einzigen Mandats nebst zwei Vorortswahlkreisen, Stettin, Breslau, Waldenburg, Reichenbach, Magdeburg, Kiel, Altona, Hannover, Hamburg, Frankfurt, Lennep, Elberfeld, Solingen, München, Nürnberg, 8 sächsische Industriestädte, ferner Offenbach, Mainz, Braunschweig, Sonneberg, Gotha, Greiz, Gera, Hamburg, Straßburg, Mülhausen.

Unser Deutsches Reich ist innerlich noch stark genug, um die Handhabung eines Ausnahmegesetzes auf Generationen hinaus durchzusetzen; und nur die Gewalt in ihrem langwierigen Druck kann zum Ziele führen. Eine Partei, die durch Jahrzehnte hindurch keine freie Meinungsäußerung, keine Presse besitzt, deren Mitglieder keinerlei politische Rechte haben, die außerdem mit allen Mitteln bekämpft wird, wie Religion und Erziehung und eine weise socialpolitische Gesetzgebung sie an die Hand geben: eine solche Partei wird und muß zu Grunde gehen.

Das ist jedenfalls eine klare und consequente Darstellung, die bisher zu wenig beachtet ist.

Wir knüpfen daran einige heute besonders zeitgemäße Erinnerungen an die Sachlage, wie sie beim Verfall des Socialistengesetzes bestand.

1889/90 im Winter galt es die Erneuerung des Socialistengesetzes. Die Schwierigkeiten der Erneuerung bestanden darin, daß die Mittelparteien eine Abschwächung des Socialistengesetzes wollten, die Con-

servativen aber es ablehnten, einem abgeschwächten Gesetze ihrerseits zuzustimmen, während regierungsseitig die Auffassung vorherrschte, daß das alte Gesetz für den Kampf der Zukunft ungenügend sei, noch mehr also das abgeschwächte, und daß die Regierung sich die Möglichkeit vorbehalten müsse, dem neuen Reichstage ein verschärftes Socialistengesetz vorzulegen.

Weit entfernt, diesem Ziele näher zu kommen, gelang es nicht einmal, das alte Socialistengesetz durchzubringen, weder in der ursprünglichen noch in der abgeschwächten Form. Die Conservativen lehnten es ab, einem abgeschwächten Gesetz ohne Ausweisungsbefugniß zuzustimmen, wenn nicht die Regierung aus eigener Initiative vorher erklärte, daß sie es wünschte. Sie wollten, wie es scheint, das Odium der Zustimmung zu einem unvollkommenen Socialistengesetze ihrerseits nicht übernehmen, sondern der Regierung zuschieben. Letztere war nothgedrungen in der Lage, auch jedes abgeschwächte Socialistengesetz, wenn es votirt wurde und sie ein besseres nicht erhalten konnte, einstweilen anzunehmen mit dem Vorbehalte, in der Zukunft sagen zu können: wir kommen damit nicht aus, wir brauchen mehr. In der Art wenige Monate später vorzugehen, wäre für die Regierung nicht thunlich geblieben, wenn sie vor der Abstimmung erklärt hätte, daß sie sich auch mit dem abgeschwächten Gesetze auszukommen getraue und es annehmen werde. Die Praxis, Regierungsvorlagen auf Commissionsverhandlungen oder vorläufige Besprechungen hin freiwillig abzuschwächen, bevor die Majorität des Reichstages durch ihre Beschlüsse dazu nöthigt, ist ohnehin keine zweckmäßige Regierungspolitik.

In diesem Falle kam zu der allgemeinen und politisch richtigen Maxime die Erwägung hinzu, daß man nicht dem neuen Reichstage gegenüber im Frühjahr 1890 ein majus der Ausrüstung gegen die Socialdemokratie werde verlangen können, wenn man einige Monate vorher ein ablehnendes Votum mit dem minus freiwillig acceptirt hätte.

* * *

Am 26. October erbitten und erhalten der **Reichskanzler Graf Caprivi** und der Ministerpräsident Graf Eulenburg ihren **Abschied**.

* * *

In den „Hamb. Nachr." heißt es am 10. November (M.=A.):

Die Mittheilung der „Nat.=Ztg.", daß die Abreise des Fürsten Bismarck von Varzin nach Friedrichsruh in Folge der milden Witterung bis auf Weiteres verschoben sei, trifft leider nicht ganz zu; die Uebersiedelung hängt davon ab, wann die Frau Fürstin, die augenblicklich recht leidend ist, reisefähig sein wird.

* * *

Am 20. November (M.-A.) bringt dasselbe Blatt folgende Mittheilung:

Das vorbereitende Comité für die Huldigungsfahrt der Schlesier zum Fürsten Bismarck ist nach der „Schles. Ztg." aus Varzin benachrichtigt worden, daß der Alt-Reichskanzler hofft, die Schlesier im nächsten Frühjahre in Friedrichsruh begrüßen zu können. Das Comité hat sich demgemäß endgültig constituirt, um die weiteren Vorbereitungen für die Huldigungsfahrt im März 1895 zu treffen, und wird in allernächster Zeit an alle Kreise der Provinz Schlesien die Aufforderung ergehen lassen, Localcomités zu bilden.

* * *

Der „Post" wird am 24. November aus Dresden berichtet:

Unter dem Vorsitze des Oberbürgermeisters Dr. Stübel fand heute Mittag im Stadtverordnetensaale eine Versammlung von über hundert Dresdener Bürgern statt, die auf Anregung der Herren Geh. Hofrath Ackermann und Generalmajor von Kusserow endgültig die Errichtung eines Bismarckdenkmals in Dresden beschlossen. Das Denkmal, das ein Standbild des Fürsten in Erz sein soll, wird auf dem Bismarckplatze zu stehen kommen, der nach Vollendung der Riesenbauten des böhmischen Bahnhofs einen der verkehrsreichsten Plätze der sächsischen Residenz bilden wird. Die Kosten, zu denen 4000 Mark als ein Rest früherer Sammlungen für Bismarckfeierlichkeiten bereits als Grundstock vorhanden sind, sollen in der Hauptsache durch freiwillige Gaben aufgebracht werden, zu welchem Zwecke ein Aufruf an die gesammte Bürgerschaft veröffentlicht wird. Fürst Bismarck ist von dem Beschlusse brieflich in Kenntniß gesetzt worden.

* * *

Am 27. November (A.-A.) bringen die „Hamb. Nachr." an der Spitze ihres Blattes folgende telegraphische Nachricht:

Varzin, den 27. November. (Reut. Bureau.) Die Fürstin Bismarck ist heute früh 5 Uhr gestorben. Graf Herbert Bismarck ist Nachts eingetroffen; die übrigen nächsten Verwandten werden erwartet. Ueber die Beisetzung ist noch nichts bekannt.

Dazu schreiben die „Hamb. Nachr.":

Der dämmernde Morgen des heutigen trüben Novembertages hat den Fürsten Bismarck mit einem Schicksalsschlage getroffen, der von ihm als der schwerste und härteste seines Lebens empfunden werden wird. Die getreue, liebevolle und fürsorgliche Gefährtin, mit der ihn seit nahezu einem halben Jahrhundert die innigste Gemeinschaft in guten und bösen Tagen verbunden hatte, ist ihm durch den Tod entrissen worden. Die Frau Fürstin ist im Alter von über 70 Jahren den schweren Leiden erlegen, welche schon seit

längerer Zeit die Kräfte der hohen Frau aufzehrten und ihr Leben bedrohten. Alle Kunst der Ärzte und die liebevollste Pflege haben nicht vermocht, die irdischen Lebenswege der edlen Frau noch weiter zu verlängern und dem greisen Fürsten das herbe Schicksal zu ersparen, die theuere Genossin vor sich dahinscheiden zu sehen und als Vereinsamter zurückzubleiben.

Welche Feder wäre im Stande, zu schildern, mit welchen Gefühlen in der Brust der eiserne Kanzler, der gewaltige Vollbringer unvergänglicher welthistorischer Thaten, heute am Todtenbette der Frau steht, die ihm mehr werth gewesen ist als aller Ruhm und alle Ehre, an der er mit seinem innersten Wesen stärker hing als an aller Macht und allem Glanze seiner hohen Stellung! Nur der, dem es vergönnt war, aus eigener Anschauung wahrzunehmen, was die heimgegangene Fürstin ihm Alles war, vermag der Verlust, den der Fürst durch den Tod der Fürstin erlitten hat, zu würdigen. Gott gebe ihm Trost und Stärke, die herbe Prüfung, die ihm in seinem 80. Lebensjahre auferlegt worden ist, zu ertragen, ohne schweren Schaden an seiner eigenen kostbaren Gesundheit zu nehmen.

Die Sorge um das Leben der nun von des Todes kalter Hand berührten hohen Frau lag bereits seit längerer Zeit schwer auf dem Familienleben des fürstlichen Hauses. Schon im Frühjahre des vergangenen Jahres traten in Friedrichsruh bedenkliche Erscheinungen auf, welche den Fürsten und die übrigen Angehörigen in ernste Beunruhigung versetzten, doch gelang es damals ärztlicher Kunst, die edle Kranke der Gefahr zu entreißen; aber die Krankheit hatte Fortschritte gemacht und die Kräfte gerieten immer mehr in Verfall. Gleich nach der diesjährigen Uebersiedelung nach Varzin mußte die Frau Fürstin fast ohne Unterbrechung das Bett hüten, die Fähigkeit und Neigung zur Aufnahme von Nahrung verringerte sich immer mehr, an einzelnen Tagen, wo die Fürstin an den gemeinsamen Mahlzeiten theilnahm, ließ sie alle Speisen, auch die für sie besonders zubereiteten, unangerührt und begnügte sich mit einem Glase Milch oder einem Glase Malaga. Bei allem ihren eigenen schweren Leiden verlor sie aber nicht einen Augenblick das milde, gütige Wesen, das ihr eigen war und das sich Jedem unauslöschlich einprägte, dem das Glück beschieden war, die Theilnahme der hohen Frau auch nur für einen kurzen Moment zu erwecken. Noch bei den Huldigungsfahrten der Posener und Westpreußen im September d. J. war der Zustand der Fürstin vorübergehend so weit gebessert, daß sie den Kundgebungen an der Seite ihres Gemahls beiwohnen, die Ovationen, die auch ihr dabei zu Theil wurden, mit Liebenswürdigkeit entgegennehmen und mit einzelnen ihr bekannten Herren heitere Gespräche führen konnte.

Dann aber lauteten die Nachrichten über das Befinden der hohen Frau immer trüber, der kürzlich in Varzin erfolgte Tod einer Jugendfreundin, der Frau Priorin von Reckow, die fast ununterbrochen bei der Frau Fürstin als

Gesellschafterin weilte, mag auch nicht ohne nachtheilige Einwirkung auf die selbst schwer erkrankte Fürstin geblieben sein, und so schwand unter dem ungünstigen Einfluß der trüben Jahreszeit die Lebenskraft der greisen Patientin immer mehr, bis der unerbittliche Tod heute früh dem Leben der edlen Frau ein Ende gesetzt hat.

So ist ihr Varzin, für das die Entschlafene stets eine große Vorliebe gehabt hat, zur Stätte des Scheidens aus dieser Welt geworden; die Frage der Heimkehr nach Friedrichsruh ist nun durch den Allbezwinger Tod entschieden; es war der Frau Fürstin nicht mehr bestimmt, das Rauschen der Bäume des Sachsenwaldes wieder zu hören; der schöne Traum, das hohe fürstliche Paar am 28. Juli 1897 dort das Fest ihrer goldenen Hochzeit feiern zu sehen, ist vorüber, der Fürst ist Wittwer.

Wie er es ertragen wird, das ist die bange Frage, die heute nicht nur die Herzen der in Varzin am Todtenbette der geliebten Gattin, Mutter und Großmutter in tiefster Herzenstrauer versammelten Mitglieder der fürstlichen Familie bewegt, sondern das ganze deutsche Volk. Die Trauer desselben um die dahingeschiedene Lebensgefährtin des Fürsten ist um so tiefer, je größer es den Schmerz weiß, den das Herz des greisen Fürsten leidet, und je mehr es sich der Dankespflicht erinnert, die ihm gegen die heimgegangene Fürstin dafür obliegt, daß sie ihrem großen Gemahl das gewesen ist, was sie hat sein müssen, um dem Schöpfer des Deutschen Reiches das Glück der Häuslichkeit und damit die sich stets erneuernde Kraft zur Vollbringung seiner großen Thaten zu gewähren. Sie war ihm allzeit das „theure Herz“, als das er sie in seinem historischen Briefe aus Vendresse nach der Schlacht von Sedan anredete. Und daß sie das immer war, bildete ihren höchsten Ruhm.

Möge sie sanft ruhen, die im Leben keine höhere Aufgabe kannte, als mit sanfter Hand die Falten auf der Stirn des Gewaltigen zu glätten, an dessen Seite sie die Vorsehung gestellt hatte. Möge der Fürst im Gedächtniß an Alles, was ihm die heimgegangene Genossin war, Trost finden und in der liebevollen Umgebung seiner Kinder und Enkel des Schmerzes genesen, den ihm der unheilvolle heutige Tag bereitet hat.

* * *

Ueber die letzten Tage der Heimgegangenen theilen die „Berl. Neuesten Nachr.“ Folgendes mit:

In den sonnigen Tagen der vorigen Woche hatte sie an der Seite des Fürsten noch wiederholt Ausfahrten gemacht, die sich auf das gesammte Varziner Gebiet erstreckten, ein Abschiednehmen von Feld und Wald der von ihr so geliebten Gegend. Die letzte Ausfahrt am Freitag war bereits eine recht mühsame, vom Sonnabend an verließ sie das Bett nicht mehr. Aber noch auf dem Krankenlager und bis in die letzten Lebensstunden hinein verließ ihr

reger Geist und der sie charakterisirende häusliche Sinn die Fürstin nicht, noch in der letzten Nacht beschäftigten sie Anordnungen für die im Hause anwesenden Gäste. Um 5¼ Uhr Morgens, nachdem sie kurz zuvor noch bei vollem Bewußtsein gesprochen, ist sie sanft entschlafen. Um sie waren in diesem letzten Augenblick die Gräfin Rantzau, welche die Mutter mit aufopferndster Hingebung gepflegt hatte, Professor Schweninger, Dr. Chrysander und eine Dienerin.

Der Fürst hatte seine Gemahlin gestern Abend noch zweimal gesprochen. Die Fürstin war reger gewesen als während der letzten Tage, hatte auch auf freundlichen Zuspruch des Arztes wiederholt Nahrung genommen. Dieser Umstand, sowie der eintretende Schlaf gewährten gestern Abend eine leise Hoffnung, die sich nicht mehr erfüllte. Der Fürst erfuhr den Heimgang seiner Gemahlin, als er nach dem Erwachen das Schlafzimmer der Fürstin betrat und die weinenden Enkel am Sterbebett der Großmutter fand. Die Erschütterung war, verdoppelt durch das Unvermittelte des Eindrucks, eine gewaltige, doch berechtigt sein in letzter Zeit vortreffliches Befinden zu der Hoffnung, daß er diesen schwersten Schlag, der ihn in seinem hohen Alter noch treffen konnte, ohne Gefährdung seiner eigenen Gesundheit überstehen wird, zumal Professor Schweninger ihn auf den unvermeidlich in naher Zeit bevorstehenden Ausgang vorbereitet hatte. Graf Herbert Bismarck, der in der Nacht eingetroffen war, hatte die Mutter noch lebend gefunden.

Ueber Kundgebungen der Theilnahme, die im Laufe des gestrigen Tages in das Trauerhaus gelangt sind, berichtet das nämliche Blatt aus Varzin von gestern:

Die Nachricht vom Ableben der Fürstin Bismarck hat überall in Deutschland die wärmste Theilnahme hervorgerufen, die telegraphischen Beileidskundgebungen gehen in einem ununterbrochenen Strome ein. Die erste war die Sr. Majestät des Kaisers, der Seiner und der Kaiserin Theilnahme einen sehr warmen Ausdruck lieh. Mittags folgten Telegramme des Reichskanzlers Fürsten Hohenlohe, deutscher Souveraine, des Bremer Senats und vieler befreundeter Familien. Um 1 Uhr lief ein sehr herzliches Telegramm von Crispi, bald darauf ein solches vom italienischen Minister des Auswärtigen Blanc ein.

Beileidstelegramme gingen ferner ein von der Kaiserin Friedrich, dem Kaiser von Oesterreich, von fast allen deutschen Fürsten, dem Kronprinzen von Dänemark, dem Grafen Kalnoky, zahlreichen Comités, Studentenvereinen, ausländischen Diplomaten, höheren Officieren und Beamten u. s. w.

* * *

Am 29. Nov. melden die „Hamb. Nachr." (A.-A.):

Wie aus Varzin gemeldet wird, findet die Einsegnung der Leiche der Fürstin Bismarck durch den Ortsgeistlichen und die vorläufige Beisetzung heute Mittag 2 Uhr im entsprechend hergerichteten Parkhause im engsten Familienkreise in aller Stille statt. Die Ruhestätte, welche einstweilen die irdische Hülle umfangen soll, ist ein schlichtes anspruchsloses Gartenhaus, mitten im Park. Gestern waren fleißige Hände bemüht, es mit Tannenzweigen und schwarzen Stoffen für die Trauerfeier vorzubereiten, und der Sarg von Eichenholz mit metallenem Einsatz stand bereit, das sterbliche Theil einer der besten und edelsten deutschen Frauen aufzunehmen. Eine spätere Ueberführung nach Schönhausen ist beabsichtigt. Die Züge der verstorbenen Fürstin auf dem Sterbebette sind milde und verklärt; sie gleicht einer sanft Schlafenden.

Einer Varziner Meldung der „Berl. Neuest. Nachr." zufolge schwillt die Zahl der Beileidskundgebungen aus fast allen Ländern Europas und aus anderen Welttheilen ununterbrochen an. Unter den zahlreichen Fürstlichkeiten, welche Beileidstelegramme gesandt haben, seien auch noch die Könige von Rumänien und von Portugal genannt, ferner Lord Rosebery, Cardinal Hohenlohe und viele deutsche und außerdeutsche Minister sowie eine große Anzahl von Mitgliedern der deutschen Diplomatie. Die fürstliche Familie ist vollzählig versammelt. Der Fürst befindet sich verhältnißmäßig wohl, jedoch ist, wie wir schon erwähnt haben, jede Erregung durch Besuche ärztlich verboten.

Am 29. November findet in Varzin die Beisetzung der heimgegangenen Fürstin statt. Die „Hamb. Nachr." erhalten darüber folgenden telegraphischen Bericht:

Heute Mittag fand die Einsargung der Fürstin statt. Die Aufbahrung war im Salon der Fürstin bewerkstelligt, einem freundlichen nach der Südseite des Schlosses gelegenen Zimmer, von wo man nach dem rührend einfachen Sterbezimmer der Fürstin gelangte. Zu Häupten des einfachen Zinksarges, der auf niedrigem Untersatz ruhte, standen das Crucifix und die Altarleuchter der Wussower Kirche.[1]) Der große Wandspiegel war durch Tannengrün verdeckt. Zu Seiten des mit weißem Atlas ausgeschlagenen Sarges standen zwei große Altarkerzen, die ihr röthlich schimmerndes Licht auf die in friedlichem Schlaf daliegende Fürstin warfen. Alles im Trauergemach war ernst und würdig bei allergrößter Einfachheit.

Die Trauerfeier fand, früheren Dispositionen entgegengesetzt, bereits heute Nachmittag statt. Kurz nach zwei Uhr betrat der Fürst das Zimmer, wo bereits die nächsten Angehörigen, sowie die Beamten der Varziner Herrschaft

[1]) Wussow bei Varzin ist das Pfarrdorf, in das Varzin eingepfarrt ist. Es hat nach der 1890er Zählung nur 208 Einwohner, der dortige Gutsbezirk 161, Gutsbezirk Varzin dagegen 772 Einwohner.

versammelt waren, die sich um den über und über mit Kränzen belegten Sarg gruppirten. Unter den Kranzspenden trat besonders hervor die der Kaiserin Friedrich, ein aus gelben und weißen Rosen bestehendes und mit schwarzer Schleife zusammengehaltenes, von Palmen überragtes Blumen-Arrangement, ferner der vom Kaiser gesandte und der prachtvolle Kranz, der von den Beamten der Varziner Herrschaft gewidmet worden war.

Die Feier begann mit den beiden ersten Strophen des Kirchenliedes: „Wachet auf, ruft uns die Stimme", die von der Oberclasse der Varziner Schule vorgetragen wurden. Alsdann betrat Herr Pastor Schumann das am Kopfende des Sarges errichtete Podium und hielt nach Verlesung des 90. Psalm eine Rede, der das Wort 1. Mose 24, Vers 56, zu Grunde lag: „Haltet mich nicht auf, denn der Herr hat Gnade zu meiner Reise gegeben. Lasset mich, daß ich zu meinem Herrn ziehe." Nach Einsegnung der sterblichen Hülle folgte die Schlußstrophe des Liedes „Wachet auf". Der Fürst, der zuerst stehend, zum Schluß an der rechten Seite des Sarges sitzend, der Feier beigewohnt hatte und seine innere Erregung nur mit Mühe niederkämpfte, erhob sich, dankte dem Geistlichen, trat an den Sarg heran, legte wie zum letzten Abschied die Hand auf denselben, brach aus dem nächsten Kranz eine Rose und schritt dann tief gebeugt hinaus, den der Feier beiwohnenden Lehrern im Vorbeigehen die Hand reichend.

Der Sarg wurde darauf von sechs Förstern und sechs Inspectoren der fürstlichen Verwaltung unter Führung des Oberförsters Westphal hinausgetragen. Dann ordnete sich der Zug, vorauf schritt die Schuljugend, in schlichter ergreifender Weise das Lied singend: „Jesus, meine Zuversicht". Unmittelbar hinter dem Sarge schritt der Fürst, der die Gräfin Rantzau führte, begleitet von Professor Schweninger. Hinter ihm folgten die anderen Familienmitglieder: Graf Herbert und Wilhelm mit Gemahlinnen, Graf Rantzau und Gräfin Helene von Bismarck, Tochter des verstorbenen älteren Bruders des Fürsten, und die seit längerer Zeit im fürstlichen Hause anwesende Gräfin Eickstädt, dann die Söhne des Grafen Rantzau mit ihrem Erzieher Lindow, Dr. Chrysander und sonstige Angehörige des Hauses und der Gutsverwaltung. Nachdem der Sarg in dem als Grabcapelle installirten Gartenhäuschen aufgestellt war, sprach Pastor Schumann Gebet und Segen. Die Klänge des Verses „Wenn ich einmal soll scheiden" beschlossen die ernste und würdige Feier, die um drei Uhr beendet war.

Beileidskundgebungen laufen unaufhörlich ein. An Kränzen sind bis jetzt etwa zweihundert eingegangen, die Zahl der Beileidstelegramme hat zweitausend überschritten.

Die „Berl. Neuesten Nachr." berichten noch:

Fürst Bismarck war bei der Trauerfeierlichkeit in gewöhnlichem schwarzen

Anzuge, die Grafen Herbert und Wilhelm Bismarck, sowie Graf Rantzau im Frack, ohne jede Ordensauszeichnung, die beiden ersten trugen nur das bei Mars-la-Tour erworbene eiserne Kreuz. Die Beileidskundgebungen dauern in größtem Umfange fort, ebenso gehen Blumenspenden von großer Pracht in reicher Fülle ein.

Der Reichskanzler Fürst Hohenlohe hatte telegraphisch den Wunsch ausgesprochen, der heutigen Trauerfeier beizuwohnen. Mit Rücksicht darauf, daß die hiesige Feier nur eine vorläufige ist und auch die Zeit nicht mehr ausreichte, hat Fürst Bismarck das freundschaftliche Erbieten dankend abgelehnt. Unter den eingelaufenen Condolenzen befinden sich auch solche des Prinzen von Wales und des russischen Ministers von Giers.

* * *

Die „Hamb. Nachr." vom 29. November (M.-A.) reproduciren einen Artikel der „Zukunft" (III. Jahrgang, Nr. 9, S. 428—432) über die Fürstin Bismarck und fügen hinzu, daß sie ihn „für zutreffend" halten. Die Schilderung lautet:

Sie lebte geräuschlos, ganz erfüllt von dem gesunden Egoismus einer Familienmutter, die sich an Nächstes hält und von der Oeffentlichkeit nichts wissen mag. Dieses abscheuliche Ding Oeffentlichkeit hatte ihr vierzig Jahre lang den Mann fast völlig geraubt und allgemach auch die Söhne umsponnen; abgearbeitet und nervös sah sie die Liebsten zu kurzer Rast am Frühstückstisch, müde und oft genug arg verärgert kehrten sie ihr Abends wieder. War's da ein Wunder, daß im Innersten dieser Frau, die so gar nichts vom leidig Damenhaften hatte, ein beinahe zorniger Widerwille gegen diese Oeffentlichkeit erwuchs, die störend immer ins familiäre Behagen brach? ....

Gekannt haben Johanna von Bismarck wohl nur die Nächsten; was Andere von ihr dachten, war ihr immer ganz gleichgültig; aber den Gästen des Hauses, denen sie Wohlwollen schenkte, zeigte sie sich doch so, daß sie jetzt die lärmenden Litaneien vielfach recht unangenehm empfinden...

Sie war darin namentlich ganz Frau, daß sie die Dinge niemals sachlich nahm, die kleinen Vorgänge des Hauses so wenig wie die großen politischen Dramen. Der oder Die gefiel ihr, Der oder Die würde die Sache schon machen. Die Sache selbst? Mein Gott, sie kann gut oder schädlich wirken — wer kann das im Voraus wissen? Das Wichtigste ist, daß man seine Leute kennt. Und da sie von allen Leuten am besten ihren Mann kannte, und da sie so oft erlebt hatte, daß er gegen das Toben und Wühlen einer Welt Recht behalten hatte, so folgte sie gläubig seinem Sinnen und Wollen, und sah schließlich Alles durch das Medium seines Geistes. Ob ihr Einer sagte oder ob sie in den Zeitungen las, die oder jene Maßregel sei falsch

und diesmal habe der Kanzler ganz sicher geirrt, ... das ging spurlos an ihr vorüber: er weiß, was er will, er wird die Sache schon machen. Dabei nicht der leiseste Hang zur Vergötterung; ihr „Ottochen“ blieb ein einfacher Mensch, ein guter, kluger und klarer Erdenbewohner, von dem sie eben nur wußte, daß er immer ein großes Stück weiter sah als die Anderen. Wer ihr von der Größe des Mannes sprach, für den hatte sie nur ein stilles, ein Bißchen ironisches Lächeln; sie kannte diese Größe ja doch besser und hätte sie eben so gut gekannt und eben so zärtlich geliebt, auch wenn der Deichhauptmann niemals Minister geworden wäre. Aeußere Anerkennung konnte sie nur erfreuen, weil er sich vielleicht für eine kurze Minute darüber freute; und auch seine Thätigkeit konnte sie nur interessiren, weil's eben seine Thätigkeit war. Sie hörte wohl Stunden lang zu und zwang sich den Schlaf aus den Augen, wenn er von hoher Politik sprach; an und für sich aber war diese hohe Politik ihr das gleichgültigste Ding von der Welt, mit dessen Einzelheiten sie sich nicht abgeben mochte. Sie ging niemals ins Parlament, wenn ihr Mann sprechen wollte; sie hätte sich über die dummen Kerle zu sehr geärgert, die klüger als der Klügste sein wollten. Wie wenig sie sich um den parlamentarischen Firlefanz bekümmert hatte, zeigte einmal ein Ausruf des Erstaunens. Im Reichstag war die letzte Militairvorlage berathen worden, und die Fürstin hatte die Berichte durchgeblättert, weil ihr ältester Sohn an der Debatte betheiligt war; da fiel es ihr auf, daß der entscheidenden Abstimmung, mit der die zweite Lesung schloß, am nächsten Tage abermals eine Abstimmung folgen sollte, und sie fragte: „Wie ist denn das, Ottochen, ich denke, die Geschichte ist gestern zu Ende gekommen?“ Und der Fürst fand die menschenverständliche Antwort: „Liebes Kind, gestern war Standesamt und heute ist kirchliche Trauung.“

.... Vor der Arbeit selbst, deren Werth sie gar nicht abschätzen wollte, hatte sie ehrliche Achtung. Um diese Arbeit nicht mit beschwerlichen Ansprüchen zu stören, hatte sie sich neben der Werkstätte des Riesen ein kleines Leben für sich allein zurecht gemacht; da waren die Wirthschaftssorgen, von denen man nie etwas merkte und die im Hause doch eine unvergleichliche Behaglichkeit schufen; da war der Verkehr mit den Kindern, die beinahe täglich Briefe empfingen und schrieben, da kamen alte und junge Freundinnen, Ortsarme, Diener und Hausmädchen, die sämmtlich für ihre kleinen und großen Bekümmernisse stets ein offenes Ohr und ein gutes Wort fanden; und für die Ruhestunden gab's die geliebte Musik — wenn kein Klavierkundiger zur Stelle war, wurden kleine Spieldosen aufgezogen — oder ein hübsches Buch, eines von der Sorte, die leider selten geworden ist, seit „die gräßlichen neuen Sachen aufgekommen sind“. So war der Tag sauber eingetheilt, und auch dann noch reichlich besetzt, als die lästigen Pflichten der Repräsentation unnöthig geworden waren, und nie konnte ein launischer Wunsch oder die Sucht

nach Zerstreuung diese Frau zu einem Einbruch in das Gedankenleben des Mannes verlocken, aus dessen Augen sie die Welt ansah. Sie wird gewiß nicht gejammert haben, als der Gatte mit den beiden Söhnen über Schlachtfelder ritt.

Das Jammern war überhaupt ihre Sache nicht. Sie ertrug ihre Schmerzen, saß still am Tisch, aß nichts und trank nichts und mochte nicht, daß man es bemerkte. Sie schlich Nachts, wenn der Fürst unwohl war, leicht bekleidet in den Gang neben seinem Schlafzimmer, horchte, ob er auch schliefe, und mußte mit sanfter Gewalt ins Bett gebracht werden. Wenn ein Fremder ihr Tischnachbar war und sich um Unterhaltungsstoff quälte, wies sie ihn mit leichtem Nicken an den Hausherrn, als wollte sie sagen: Hören Sie da lieber zu, das ist wichtiger; mir sind Sie gleichgültig und ich, wenn Sie ehrlich sein wollen, bin's Ihnen auch. Sie selbst war immer ehrlich und überließ sich mit echt frauenhafter Rücksichtslosigkeit ihren Sympathien und Antipathien; wenn sie einen Menschen nicht leiden mochte, dann konnte er sich in Liebenswürdigkeiten erschöpfen — es half nicht; er ärgerte sie nun einmal, und sie hatte ein merkwürdiges Talent, sich zu ärgern. Die schmächtige Frau, der innerer Adel eine vornehme Sicherheit gab, und die sich vor Niemand bückte, konnte sich über jede Kleinigkeit ärgern: über eine dumme Zeitung, einen unvortheilhaften Ankauf, eine tactlose Bemerkung, am allermeisten aber über eine Phrase. Alles Redensartliche, das nicht empfunden war und mechanisch nur im Ohr hängen gebliebene Klänge wiederholte, war ihr in tiefster Seele verhaßt.

Wir fügen noch den letzten, von den „Hamb. Nachr." nicht mit übernommenen Absatz des Harden'schen Artikels bei:

Die schwere Eheprobe gelingt dann immer nur, wenn dieser Mann zu dieser Frau paßte. Im Hause Bismarck hat das Exempel gestimmt. Ein Mann, der die größten Interessen umfing, Throne stürzte und Reiche schuf, fand eine Frau, die ganz im Engen und Heimischen wurzelte und die großen Interessen zunächst immer nach den Wirkungen maß, die sie auf ihren kleinen Kreis üben konnten. Vor anderthalb Jahren saß Bismarck in Friedrichsruh auf der Veranda. Es war der Tag der Wahlen im Reich. Die Fürstin trat heraus und sagte, sie sei so schrecklich aufgeregt; wenn nur erst eine Nachricht da wäre. „Liebes Kind," war die Antwort, „die Sache ist wirklich nicht so wichtig; eine Mehrheit für die Militairvorlage ist unter allen Umständen gewiß." Die Frau sah erstaunt auf. Was ging sie die Militairvorlage an? Sie hatte an ihren ältesten Sohn gedacht und an die Kränkung, die ihm vielleicht eine Niederlage im Wahlkampf bereiten würde.

* * *

Die „Berl. Neuesten Nachr." schreiben am 29. November:

Wie aus hiesigen amtlichen Kreisen verlautet, war auf Befehl Sr. Majestät

des Kaisers an den Fürsten Bismarck eine Einladung zur Reichstagsfeier (Schlußsteinlegung für das neue Reichstagsgebäude) am 5. December durch den Herrn Reichskanzler ergangen, und zwar hatte Se. Majestät angeordnet, daß Fürst Bismarck seinen Platz unmittelbar nach den Prinzen und Prinzessinnen des Königlichen Hauses und unmittelbar vor dem Herrn Reichskanzler haben sollte. Der in Varzin eingetretene schmerzliche Trauerfall wird indeß, abgesehen von den gesundheitlichen Rücksichten, das Erscheinen des Fürsten Bismarck zu einer Feier, an welcher ihm in der That ein hervorragender Antheil zukommt, voraussichtlich leider doch wohl unmöglich machen. — Die Blumenläden in Berlin sind dieser Tage fast geplündert; die Anzahl der Kränze, welche nach Varzin geschickt sind, um den Sarg der Fürstin Bismarck zu schmücken, beläuft sich auf viele Hunderte. — Daß Fürst Bismarck selbst nicht lange mehr in Varzin verweilen wird, unterliegt keinem Zweifel. Er hat bereits den Reisesalonwagen, der in Stolp einer Ausbesserung unterzogen worden ist, zur Bereitschaft auf Bahnhof Hammermühle beordert.

* * *

Am 1. December heißt es in den „Hamb. Nachr.“ (A.-A.):

Wie aus Varzin gemeldet wird, ist das Befinden des Fürsten Bismarck befriedigend. Professor Schweninger reist heute ab. — Den „Berl. Neuest. Nachr.“ zufolge hat auch der Bundesrath gleich dem preußischen Staatsministerium dem Fürsten Bismarck in corpore condolirt.

* * *

Ferner lesen wir da am 3. December (A.-A.):

Die in Berliner Blättern verbreitete Angabe, Fürst Bismarck habe das Hinscheiden seiner Gemahlin den kaiserlichen Majestäten angezeigt, ist nach den „Berl. Neuest. Nachr.“ erfunden. Der Kaiser hat die Trauernachricht auf dem postalischen Dienstwege erfahren, indem das Varziner Postamt bereits am Dienstag Morgen der Oberpostdirection in Köslin die Meldung machte, daß infolge des Ablebens der Fürstin ein starker Depeschenandrang zu erwarten und Arbeitshülfe erforderlich sei. Der Oberpostdirector meldete dies dem Staatssecretair und durch Herrn Dr. von Stephan dürfte die Meldung weiter an Se. Majestät gelangt sein. Das Beileidstelegramm des Staatssecretairs des Reichspostamts war das erste, welches Fürst Bismarck empfing, was er auch in seinem Dank an Herrn Dr. von Stephan hervorgehoben hat. Kurz darauf folgte das Telegramm Sr. Majestät des Kaisers.

Ebenso unrichtig ist die weitere Berliner Mittheilung, daß Fürst Bismarck „auf ärztliche Anordnung“ den Anstrengungen einer Uebersiedelung nach Friedrichsruh zunächst fernbleiben solle. Das gerade Gegentheil ist richtig. Die ärztliche Fürsorge für den Fürsten wünscht die Uebersiedelung so bald als

möglich vollzogen; der Umstand aber, daß die noch immer in fortlaufendem Strome einlangenden Condolenzen und Beileidsadressen aus allen Theilen des Reiches und vom Auslande her noch an Ort und Stelle erledigt werden sollen, und ferner der Wunsch des Fürsten, an der Stätte, wo er sein Liebstes verloren hat, noch der Erinnerung einige stille Tage zu weihen, verzögern hauptsächlich die Uebersiedelung.

* * *

Die „Hamb. Nachr." schreiben am 6. December (M.-A.):

Welcher Art die „geistigen Waffen" sind, mit denen die Socialdemokraten den Fürsten Bismarck bekämpfen, lehrt nachstehender Feuilletonartikel der „Leipziger Volkszeitung":

„Zu Bismarck's achtzigstem Geburtstag planen die Studenten einer Reihe deutscher Universitäten große Feierlichkeiten; Commerse, Aufzüge, selbst Huldigungsfahrt zu dem Altreichskanzler ist ins Auge gefaßt. Wir schlagen den Herren eine einfache und sinnige Huldigung vor. Zuerst einen Zug mit historischen Gruppen: Der Junker von Bismarck streitet gegen die deutsche Einheit, für Absolutismus und Parforcejagden. Der Ministerpräsident im verfassungsbrüchigen Kampfe mit der Volksvertretung, die geschändete preußische Justiz, die Preßordonnanzen. Der gefeierte Bundeskanzler Graf Bismarck im Verein mit Freund Louis Bonaparte und die Correctur der Emser Depesche. Darauf der eiserne Reichskanzler, Franzosenhetze, Katholikenhetze, Socialistenhetze, Judenhetze, Polenhetze, dargestellt durch die lebenden Bilder der Ausgewiesenen, Mißhandelten, in's Gefängniß Geworfenen. Die Ausweisung zur Weihnachtszeit und die Friedhofsmetzelei in Frankfurt. Daneben Spitzel, Preßreptilien, Aussage verweigernde Polizei-Commissare. Culturkampf und Canossagang — Freihandel und Schutzzoll — liberale und conservative Aeren geben überraschende Contrastwirkungen. Es folgt die Colonialpolitik mit gepeitschten Schwarzen und den spröden Carolinen. Dann der Eiserne selbst. Im reptiliengezogenen Wagen. Zu seinen Füßen der Reichsbund, zu Fuße neben dem Wagen Schweninger, Pindter, Hans Blum und Felix Dahn. An des Vaters Seite Herbert und Wilhelm als junge Herkulesse, in der Wiege bereits mit übermenschlichen Kräften ausgerüstet, später die innere und die äußere Politik meisternd. Das Geschlecht derer von Puttkamer sich mehrend wie Sand am Meer und die Aemter des Landes erfüllend. Ringsum eine Darstellung der Papier- und Telegraphenstangen-Production für die Postverwaltung, der Wälder von Lauenburg, des Gutes Schönhausen und anderer Dotationen. Im Hintergrunde Bleichröder auf der Börse. Zum Schluß folgen die Hetze gegen den sterbenden Kaiser Friedrich und dessen Wittwe, die Fronde gegen Kaiser Wilhelm II. (Herr Harden als Ente verkleidet im Zuge), endlich die Versöhnung im Aluminiumcüraß, Felix

Dahn's fürchterliche Verse declamirend. Die begleitende Musik wäre aus Trompeten, Posaunen und großen Trommeln mit Pauken zusammenzustellen, Schnaps den Theilnehmern, insbesondere dem Darsteller des eisernen ad libitum zu verabfolgen. Die Greuel der Schlachtfelder von 1854, 1864, 1866, 1870 und 1871 wären in Wandelbildern zweckmäßig im Zuge zu vertheilen, die Cholera von 1866 und die Blattern von 1871, wie die Gründungsseuche von 1870 bis 1873 entsprechend zu verkörpern, das wäre ein Zug, würdig der Jubelfeier des Größten aller Deutschen. Und das Zweite so großartig einfach wie das andere bunt wechselnd: Ein Riesendenkmal aus Blut und Eisen, dem Eisen der blutbefleckten Bajonette und Richtbeile, dem Eisen der rasselnden Ketten, gekittet mit Blut, Schweiß und Thränen."

Wir lesen derartige Kundgebugen der Socialdemokratie gegen den Fürsten Bismarck immer mit großer Befriedigung; solche Ausbrüche unauslöschlichen Hasses gegen den ersten Reichskanzler sind der beste Beweis dafür, wie sehr Fürst Bismarck mit seiner Behandlung der Socialdemokratie auf dem rechten Wege war.

* * *

An demselben Tage bringen die „Berl. Neuesten Nachr." folgende Richtigstellung:

Wir haben schon wiederholt Gelegenheit genommen, auf die Varziner „Specialberichte" einiger Berliner Blätter hinzuweisen, die sich durch die Fülle der darin enthaltenen Unwahrheiten und Entstellungen in auffälliger Weise auszeichnen. Wir berichten deren noch einige im Interesse der davon betroffenen Behörden. So heißt es in einem Bericht der „Berliner Abendzeitung" und Aehnliches stand auch in anderen Blättern:

„Mit zur Verschlimmerung des Zustandes der Fürstin haben auch sicher die Umstände beigetragen, unter denen die Ankunft bei der letzten Uebersiedelung nach Varzin erfolgte. Der Fürst hatte bestimmt, daß in Schlawe ein Extrazug zur Fahrt nach Hammermühle bereit stehen sollte. Als die Herrschaften Nachts dort eintrafen, war derselbe nicht vorhanden, weil die Maschine sich verspätet hatte. Man mußte deshalb Extrapost nehmen. Man denke, sich, daß eine Leidende eine halbe Nacht auf holprigem Wege in einem solchen wenig bequemen Wagen bei kühlem Wetter zubringen mußte...."

Hieran ist nicht weniger als Alles unrichtig. Als der Fürst und die Fürstin Bismarck bei der Uebersiedelung nach Varzin Abends 11½ Uhr in Schlawe eintrafen, ward dem Fürsten sofort nach Eintreffen dienstlich gemeldet, daß sowohl ein Extrazug, wie auch die Extrapost zur Weiterfahrt bereit ständen. Die Fürstin, der die Wahl überlassen wurde, entschied sich in Anbetracht der freundlichen Sommernacht für die Wagenfahrt und fuhr den ihr von früheren Jahren her, vor Erbauung der Eisenbahn, bekannten Weg ohne Beschwerde

nach Varzin. Daß dieser Weg schlecht und holprig sei, ist ebenfalls eine unwahre Behauptung. Der ganze Weg von Schlawe nach Varzin ist eine gute wohlerhaltene Chaussee. Die Ankunft in Varzin erfolgte nach zwei Stunden und für die Fürstin in demselben Gesundheitszustande, wie sie Friedrichsruh verlassen hatte. Beide Fürstliche Herrschaften waren dankbar für die unter allen Umständen erprobte Gefälligkeit der Eisenbahnbehörden, welche alles nach Wunsch eingerichtet hatten.

Wir können nicht umhin, bei diesem Anlaß auch der „Straßb. Post“ zu erwidern, welche sich in auffälliger Weise darüber erregt, daß Fürst Bismarck dem Kaiser das Ableben seiner Gemahlin nicht angezeigt, und gleichwohl ein Beileidstelegramm Sr. Majestät erhalten habe. Die einfache Erklärung hierfür ist, daß der Fürst das Entschlummern der Fürstin nicht viel früher erfuhr, als der Kaiser selbst, weil Professor Schweninger verständiger Weise verboten hatte, den Fürsten zu wecken. So erhielt der Fürst die schmerzliche Kunde erst in dem Augenblicke, als er gleich nach dem Erwachen, neun Uhr Morgens, wider Gewohnheit und Erwarten das Schlafzimmer seiner Gemahlin betrat, welches inzwischen zum Sterbezimmer geworden war. Von 5 Minuten nach 10 Uhr datirt bereits das Telegramm Seiner Majestät, das des Staatssecretairs von Stephan war eine gute halbe Stunde früher aufgegeben. Hoffentlich ist die „Straßb. Post“ nun befriedigt. Anzeigen sind, wie wir hören, mit Ausnahme an die nächsten Verwandten überhaupt nicht ergangen. Alle Beileidstelegramme, auch die der deutschen und fremden Souveraine, beruhen ausschließlich auf Zeitungsmeldungen.

* * *

Der socialdemokratische „Vorwärts“ verzeichnet am 6. December mit großer Genugthuung, daß in der Rede, mit welcher der langjährige Präsident des Reichstages, Herr von Levetzow, gestern von dem alten Reichstagsbau Abschied nahm, der Name Bismarck nicht erwähnt wurde. Das Blatt schreibt:

„In dieser Rede, die der Gründung und gesetzgeberischen Festigung des Reiches schwungvoll gedachte, ward von Vielem und Vielen gesprochen. Der Name Bismarck wurde nicht erwähnt ....“

An einer anderen Stelle heißt es:

„Ueberraschen mußte es, daß der Redner es unterließ, als er von der Begründung des Reiches sprach, bei dieser Gelegenheit auch der ‚Paladine‘ zu gedenken, die bei der Gründung mitgeholfen haben.“

Der „Vorwärts“ giebt dabei auf seine Weise einer Empfindung Ausdruck, die gestern, so bemerken die „Berl. Neuest. Nachr.“ dazu, sowohl nach der Feier im neuen Reichshause, wie auch bei der Abschiednahme vom alten von Vielen getheilt wurde. Es ist ja möglich, daß man auf socialdemokratischer

Seite nur auf das Stichwort „Bismarck“ gewartet hatte, um irgend einen Spektakel hervorzurufen, das konnte aber unmöglich ein Grund sein, in dieser letzten Sitzung den Namen des Mannes zu verschweigen, der, abgesehen davon, daß das bisherige Reichstagsgebäude nur dem energischen Eingreifen des Fürsten Bismarck seine Entstehung verdankt, doch der Mittelpunkt aller der großen historischen Vorgänge gewesen ist, welche fast ein Vierteljahrhundert hindurch auf das alte Haus die Blicke Deutschlands und Europas gelenkt hatten. Nicht weniger auffällig ist es, daß auch bei der Einweihung des neuen Hauses der Name des Fürsten Bismarck — nur in dem gedruckten Programm vorkam.

* * *

Die „Hamb. Nachr.“ veröffentlichen an der Spitze ihrer A.=A. vom 8. December nachstehenden Dank des Fürsten Bismarck. Wir erinnern dabei an den letzten von dem Fürstlichen Paare gemeinsam erlassenen Dank vom April (vgl. oben Seite 249).

Varzin, 6. December 1894.

Aus Anlaß des Todes meiner Frau ist mir und den Meinigen aus Deutschland und dem Auslande eine so große Zahl von Kundgebungen warmen Beileides zugegangen, daß zu meinem Bedauern die mir verfügbaren Kräfte nicht ausreichen, den theilnehmenden Absendern einzeln zu sagen, wie sehr sie meinem Herzen wohlgethan haben. Ich bitte Alle, welche unser in diesen Tagen der Trauer freundlich gedacht, meinen und meiner Kinder herzlichen Dank entgegen zu nehmen.

v. Bismarck.

* * *

An demselben Tage (6. Dec.) erhält die deutsch=conservative Fraction des Reichstages folgendes Telegramm des Fürsten:

Varzin, 6. December. Ich danke der deutsch=conservativen Fraction verbindlichst für ihre ehrenvolle Begrüßung aus dem neuen Reichshause.

v. Bismarck.

* * *

Der Humor macht auch in diesen ernsten Tagen sein Recht geltend. Wir lesen nämlich in der „Magdeb. Ztg.“ unter der Ueberschrift „Größenwahnsinn“:

Bismarck's Nachfolger. Unter dieser Ueberschrift schreibt der „Vorwärts“: „Die Weltgeschichte hat doch noch Humor. Die Möbel des Zimmers, in welchem die socialdemokratischen Abgeordneten jetzt ihre Fractionssitzungen abhalten, sind dem Bundesrathszimmer des alten Reichstagsgebäudes entnommen; auf den Stühlen, die früher die Rückseite der Bundesräthe, dieser berufensten Stützen der Gesellschaft, gastlich beherbergten, brüten jetzt die socialdemo=

kratischen Abgeordneten ‚Umsturz‘ und Revolution aus, und auf dem Sessel, von dem einst Bismarck seine hausmeierlichen Blitze herabschleuderte, wiegt sich jetzt der Vorsitzende der socialistischen Fractionssitzungen. Wenn unsere Gegner das erfahren, klingt ihnen wohl so etwas in den Ohren wie „Zukunftsmusik‘.“

Das ist drollig. Wenn diese Herren Socialdemokraten sich schon so großartig vorkommen, weil sie auf alten Stühlen der Bundesräthe und des Fürsten Bismarck sitzen dürfen, was würden sie da erst für eine Freude empfinden müssen, wenn man ihnen einige abgetragene Röcke der Bundesräthe schickte. Wenn Genosse Liebknecht in abgelegten Stiefeln Bismarcks einherwandeln könnte, wie sehr müßte er sich da erst als ‚Bismarck's Nachfolger‘ fühlen und was für eine Zukunftsmusik würde uns dann in den Ohren klingen!“

* * *

Am 7. December fand in Berlin ein Festmahl zu Ehren des Bauraths Wallot statt. Auf Anregung des Geheimen Bauraths Hinkeldey wurde folgendes Telegramm an den Fürsten Bismarck gesandt:

„Die um den Baumeister des deutschen Reichstagshauses versammelten sechshundert Kunstgenossen gedenken mit Ehrfurcht und Treue des Baumeisters des Deutschen Reiches.“

* * *

Oberbürgermeister Dr. Stübel in Dresden erhielt auf die Mittheilung an den Fürsten Bismarck, daß man ihm in Dresden ein Denkmal zu errichten beschlossen habe (vergl. oben S. 345), folgendes Antwortschreiben aus Varzin, 8. December:

> Geehrter Herr Oberbürgermeister! Euer Hochwohlgeboren haben mich durch die Mittheilung über die hohe Auszeichnung erfreut, welche die Residenzstadt mir erzeigen will, und nachdem Euer Hochwohlgeboren Schreiben zufolge Se. Majestät der König die Gnade gehabt, die Ausführung des Planes zu genehmigen, bitte ich Sie, meinen Mitbürgern meinen herzlichsten Dank auszusprechen. Aus Dresden und aus Sachsen haben mich in den letzten Jahren viele Zeichen landsmannschaftlichen Wohlwollens als Beweise der Lebenskraft des Reichsgedankens besonders erfreut, und ich fühle mich hochgeehrt durch den neuen Ausdruck der Anerkennung, welchen Euer Hochwohlgeboren als Vertreter der Hauptstadt mir erzeigen.
>
> v. Bismarck.

* * *

Die sogenannte Umsturzvorlage ist am 5. December, also gleich am Eröffnungstage, in den Reichstag gelangt. Sie begegnet vielfachen Bedenken; am 13. December äußern sich die „Hamb. Nachr.“ (M.-A.) darüber:

Zur Umsturzvorlage. Wir glauben, daß mit der Vorlage nicht der richtige Bahnstrang gewählt ist, um dem erstrebten Ziele näher zu kommen. Die Umsturzbestrebungen von der Art, welche neuerdings das Bedürfniß ihrer Bekämpfung in den Vordergrund gebracht haben, gehen nicht von der Gesammtheit der Bevölkerung aus, für welche das gemeine Recht bestimmt ist, sondern ausschließlich von der Socialdemokratie und deren Zubehör. Die Ueberzeugung, daß diese specielle Feindschaft gegen unsere heutigen staatlichen und gesellschaftlichen Gebilde nur gemeinrechtlich bekämpft werden dürfe, ist ein Ergebniß politischer Doctrin und entspricht nicht dem praktischen Bedürfnisse. Religion, Monarchie, gesellschaftliche Ordnung, Eigenthum, haben außerhalb der Socialdemokratie keine nennenswerthen Gegner. Der Gegner, der zu bekämpfen ist, kennzeichnet sich selbst in der schärfsten Weise durch sein Programm und seine Angriffe. Die Socialdemokratie hat principiell dem Christenthume, der Monarchie, der gesellschaftlichen Ordnung, der Ehe, dem Eigenthum den Krieg erklärt, und die Vertheidigung gegen diesen Feind wird abgeschwächt, wenn man sich nicht getraut, den Gegner mit Namen zu nennen und genau zu kennzeichnen. Wenn man, um Angriffe der Socialdemokratie abzuwehren, sich theoretisch in Vertheidigungszustand gegen die gesammte Bevölkerung setzt, einschließlich der durch die Angriffe bedrohten großen Mehrheit der Bevölkerung, so macht es einen analogen Eindruck, als ob man beim Angriff eines auswärtigen Feindes sich auf die Ermächtigung zur Vertheidigung gegen alle Angriffe beschränken wollte, die mit Feuer- oder Handwaffe im Lande ausgeführt werden könnten. Der Staat will die Monarchie, Religion, gesellschaftliche Ordnung, Ehe und Eigenthum vertheidigen. Die Socialdemokratie erklärt, alle diese Einrichtungen mit allen Mitteln, die ihr unsere freie Verfassung gewährt, bekämpfen zu wollen: sie giebt dieser Tendenz neuerdings schärferen Ausdruck als früher und nimmt damit den Handschuh auf, den die Vorlage ihr hingeworfen hat.

Die Singer'sche Episode, das Verhalten der mit der deutschen Socialdemokratie solidarischen belgischen, welche sich nicht auf passive Demonstrationen beschränkt, sondern das Hoch auf den König mit dem Hoch auf die Revolution offen beantwortet, kennzeichnen mehr als das frühere Verhalten der staatsfeindlichen Partei ihr Bewußtsein, sich im Kriegszustande mit den staatlichen Einrichtungen zu befinden, und wir halten es für eine doctrinaire Schwäche unserer liberalen Parteien vom Fortschritt aufwärts, wenn sie glauben, staatsrechtlichen Theorien zu Liebe zur namentlichen Bezeichnung und Aussonderung des Gegners nicht berechtigt zu sein. Es ist ein Irrthum der liberalen Parteien, wenn sie glauben, ihrerseits mit der Socialdemokratie staatlich leben zu können; sie würden einer socialdemokratischen Herrschaft gegenüber sich doch höchstens der Wohlthat erfreuen, die Polyphem dem Odysseus bewilligte, daß er das letzte der Opfer sein sollte. Die Verfassung in Frankreich bietet heut zu Tage Alles, was der Liberalismus von ihr verlangen kann, und Niemand wird doch deshalb annehmen, daß die fortschreitende Bewegung der Socialdemokratie in Frankreich dadurch zum Stillstand gebracht ist. In Belgien dürfte unter den Rubriken des Liberalismus kaum etwas zu wünschen übrig sein, und für Diejenigen, welche glauben, daß die katholische Geistlichkeit die prädestinirte Siegerin über die Socialdemokratie sein werde, hat die Praxis der katholischen Regierung Belgiens bisher keine Beweise geliefert. Wir glauben nicht, daß die Anhänger der Socialdemokratie dort in dem eigenen katholischen Glauben die nöthigen Anknüpfungspunkte bieten, an denen die Lehren des Katholicismus behufs ihrer Bekehrung haften können.

Es ist menschlich natürlich und christlich berechtigt, daß Regierungen vor der Aussicht zurückschrecken, ihre Existenzberechtigung schließlich den eigenen Unterthanen gegenüber im materiellen Kampfe darzuthun. Wir wagen nicht zu behaupten, daß diese bedauerliche Combination nothwendig eintreten müsse in Ländern, wo die Regierung das richtige Verständniß und

die Furchtlosigkeit besitzt, welche sie befähigt, dem Kampfe eventuell nicht auszuweichen; aber wir glauben, daß die Gefahren eines solchen Kampfes um so größer werden, je länger die Schüchternheit der Regierungen und der juristische Zopf sie abhält, die Situation allen Betheiligten zur klaren Anschauung zu bringen und den alleinigen Gegner, welcher die staatlichen Grundlagen der Religion, der Monarchie, der Ehe und des Eigenthums bedroht, beim Namen zu nennen.

Der Kampf um diese bisherigen Besitzthümer der menschlichen Gesellschaft ist eben keine theoretische, er ist einfach eine Machtfrage, eine Frage, ob es den socialdemokratischen Führern, Verführern und Rednern, die das Blaue vom Himmel versprechen, ohne ihre Verheißungen je wahr machen zu können, gelingt, eine staatsgefährliche Macht unter ihre Fahnen zu sammeln oder nicht. In dieser Ueberzeugung sind wir der Meinung, daß die neueste Umsturzvorlage zwar einen dankenswerthen Fortschritt im Vergleiche mit der früheren parlamentarischen Kampfgenossenschaft zwischen Regierung und Socialdemokratie kennzeichnet, und daß es beklagenswerth sein würde, wenn durch theoretische Gegnerschaft die Staatsregierung im Reichstage auf dem neu beschrittenen Wege entmuthigt würde. Wir wagen auch nicht zu hoffen, daß sich im Reichstage, so wie er heute zusammengesetzt ist, das Maaß von Initiative und Energie finden werde, welches erforderlich sein würde, die bisherige gemeinrechtliche staatliche Vorlage auf eine praktische Richtung gegen die Socialdemokratie zu concentriren; wir haben nur unserer Ansicht über dieselbe im Hinblick auf die Möglichkeiten, welche die Zeit bringen kann, Ausdruck geben wollen.

* * *

Der „Vorwärts“ hat am 10. December wieder einmal ein vertrauliches amtliches Schriftstück veröffentlicht, den Erlaß eines Oberpräsidenten an sämmtliche Civilvorsitzende der Ersatzcommissionen seiner Provinz. Er betraf die Vorsichtsmaßregeln, die den Bestimmungen der Minister des Innern und des Krieges zufolge bei der Meldung von Mitgliedern der socialdemokratischen

Partei zum freiwilligen Eintritt in das Heer zu ergreifen sind. Das Schriftstück trägt den Vermerk „Eigenhändig“ am Kopfe.

Die „Hamb. Nachr.“ besprechen den Erlaß und die Handlungsweise des „Vorwärts“ am 13. December (A.-A.) und sagen da u. A.:

> Der Fehler dieser Verfügung liegt nicht in ihrem Inhalte, sondern nur in der Heimlichkeit einer derartigen Instruction; letztere ist staatlich so berechtigt, daß sie die Oeffentlichkeit durchaus nicht zu scheuen hat. Die Geheimhaltung von dergleichen Anordnungen sieht so aus, als ob man sich zu ihnen nicht berechtigt glaubte.

* * *

Die „Berl. Neuest. Nachr.“ schreiben zum Antrage auf Strafverfolgung der socialdemokratischen Abgeordneten, die am 5. December beim Hoch auf den Kaiser sitzen geblieben sind:

> Friedrich der Große ließ ein beleidigendes Placat in der Jägerstraße bekanntlich einfach niedriger hängen. Die Krone steht in Preußen zu hoch, als daß der König und Kaiser „beleidigt“ werden könnte dadurch, daß irgend Jemand in ein Hoch nicht einstimmt oder demonstrativ sitzen bleibt. Die Zumuthung, gegen derartige Kundgebung republikanischen „Männerstolzes vor Königsthronen“ den Staatsanwalt aufzubieten und Beleidigungsprozesse anzustrengen, deren Ausgang zum mindesten recht zweifelhaft ist, entspricht unserer Ansicht nach nicht der Würde der preußischen Krone, die völlig unangetastet bleibt, auch wenn Herr Singer nicht aufsteht und Herr Liebknecht nicht „Hoch“ ruft. Wenn dergleichen nicht der Ueberzeugung dieser Herren entspricht — wozu sie zum Heucheln einer politischen Gesinnung zwingen, die sie nun einmal nicht haben und nach dem Parteistandpunkt, der ja durch Aufhebung des Socialistengesetzes staatlich legitimirt worden ist, auch nicht haben können. Ist denn schließlich das demonstrative Verlassen des Saales vor Kundgebungen monarchischen Charakters oder ein aus demselben Grunde verzögertes Eintreten etwas Anderes als das Sitzenbleiben? Es ist doch nur eine arge Selbsttäuschung, wenn man auf solches Auskunftsmittel verweist, lediglich damit formell Alles hübsch correct zugehe.
>
> Und wohin käme man mit der von der „Kreuz-Ztg.“ befürworteten Methode? Soll die Polizei künftig Jeden, der etwa auf der Straße vor dem vorüberfahrenden Monarchen nicht den Hut zieht, als in flagranti bei einer Majestätsbeleidigung ergriffen, verhaften? Das wäre doch nur die logische Consequenz von dem, was die „Kreuz-Ztg.“ verlangt. Das von ihr befürwortete Vorgehen entspricht weder der Würde einer so glorreichen Krone, noch dem Interesse des großen Vaterlandes, die beide von einander unzertrennlich sind. Jene an sich tief bedauer-

lichen Vorgänge sind symptomatische Nebenerscheinungen einer schweren socialen Krankheit; was würde man aber wohl von einem Arzte halten, der mit stärksten und gewagtesten Mitteln gegen Symptome vorginge, anstatt das Uebel an der Wurzel zu fassen?

Die gebotene staatliche Action darf sich nicht auf Nebenwege verirren, auf denen sie Gefahr läuft, stecken zu bleiben und damit das Uebel zu vergrößern, anstatt es zu verringern. Die Politik der kleinen Mittel ist stets die gefährlichste. Die Zeitläufte drängen gebieterisch zu anderen Maßnahmen, zu einer Entscheidung, durch welche neben vielem andern auch das beleidigte patriotische Gefühl seine Sühne empfangen wird. Umsomehr aber müssen politische Fehler vermieden werden, wie der in Rede stehende Antrag der Staatsanwaltschaft, die durch Mißerfolg schwächend für die königliche und staatliche Autorität wirken und dem Gegner derselben zu Gute kommen; Fehler, die wir ungern an den Namen der Aera Hohenlohe geknüpft sähen.

Die Geschäftsordnungscommission des Reichstags lehnte übrigens mit neun gegen vier Stimmen die Genehmigung zur Strafverfolgung gegen Liebknecht und Genossen ab.

* * *

Am 15. December heißt es in den „Hamb. Nachr." (A.-A.):

Der socialdemokratische Abgeordnete Liebknecht hat in der Sitzung des Reichstages vom 12. December behauptet, Fürst Bismarck habe ihn früher zum Redacteur des „Reichsanzeiger" und der „Nordd. Allg. Ztg." machen wollen. Als freiwillige Erfindung kann man dieses Phantasiegebilde einem Politiker wie Liebknecht nicht zutrauen, man kann es nur als eine Erinnerung an krankhafte Traumgebilde ansehen, die ihm jetzt als wirklich Erlebtes vorschweben.

Man vergleiche übrigens hierzu das Analogon Band IV, S. 255.

* * *

Am 17. December schreiben die „Hamb. Nachr." (A.-A.):

Zur Entlassung des Fürsten Bismarck. In der neuesten „Zukunft" wird gesagt, „die Entlassung Bismarck's hat Caprivi gegengezeichnet; auch das war bekannt." Dieselbe Angabe hat Minister von Boetticher im Reichstage gemacht. Wir können damit eine Erinnerung an ein Gespräch nicht in Uebereinstimmung bringen, welches wir einige Wochen nach der Entlassung des ersten Kanzlers, etwa im April oder Mai 1890, in Friedrichsruh mit angehört zu haben uns entsinnen. Bei dieser Gelegenheit sprach der Fürst sich einem rechtskundigen Zuhörer gegenüber in zweifelloser Weise dahin aus, daß seine Entlassung überhaupt nicht contrasignirt sei. Nach dem, was bisher über den Hergang am 20. März

1890 bekannt wurde, ist diese Ueberzeugung des Fürsten damals vielleicht die richtige gewesen, und man darf wenigstens aus ihr schließen daß er selbst eine Contrasignatur seiner Entlassung nicht gesehen hat. Die Mittheilungen, welche ihm über die kaiserliche Entschließung am 20. März zugingen, wurden ihm bekanntlich durch die beiden Chefs des Civil- und Militair-Cabinets in versiegelter Ordreform überbracht, die eine die Entlassung aus den Civilämtern, die andere die Beförderung zum General-Obersten enthaltend. Es ist kaum anzunehmen, daß die beiden Cabinetschefs auf dem Wege vom Schlosse zum Kanzlerpalais einen Minister oder den designirten Nachfolger des Kanzlers aufgesucht hätten, um vor der Insinuation der Documente die Contrasignatur herbeizuführen.

Unserer Ansicht nach entspricht in solchen Fällen der Logik constitutionellen Staatsrechts die Gegenzeichnung sowohl der Entlassung wie der Neuernennung durch den Minister, der entlassen wird, und der damit den letzten Act seiner ministeriellen Thätigkeit auszuüben hat. Sein Nachfolger kann ohne eine in dieser Art noch von dem Vorgänger geleistete Contrasignatur verfassungsmäßig (Art. 17) nicht gültig ernannt werden, da er, bevor er selbst gültig ernannt ist, weder die Entlassung des Vorgängers noch seine eigene Ernennung mit rechtlicher Wirkung gegenzeichnen kann; er muß zuvor selbst, unter amtlicher Contrasignatur eines noch fungirenden Ministers, ernannt worden sein. Die Gewohnheiten, welche sich in constitutionellen Staaten in dieser Richtung ausgebildet haben, sind nicht übereinstimmend; das Gewohnheitsrecht eines Jeden reicht aber hin, die nach demselben erfolgenden Ernennungen als legale erscheinen zu lassen. Im Deutschen Reiche konnte sich bis 1890 ein Gewohnheitsrecht für Kanzlerernennung nicht ausbilden, und die Legalität des Verfahrens war daher ausschließlich nach der juristischen Logik zu beurtheilen. Im preußischen Ministerium kann jeder der acht oder zehn Minister die Entlassung eines jeden seiner Collegen und die Ernennung eines neuen verfassungsmäßig legalisiren; im Reiche liegt die Sache anders, da nur der Kanzler, ungeachtet des Stellvertretungsgesetzes, bei Ernennung seines Nachfolgers zur Contrasignatur befähigt ist; wir halten es für einen staatsrechtlichen Irrthum, wenn Herr von Boetticher für den „allgemeinen“ Stellvertreter des Kanzlers eine selbstständige Contrasignaturbefugniß in Anspruch nimmt, ohne daß er durch die Fortdauer der Autorität des Kanzlers gedeckt wäre, zu dessen „Vertreter“ er gleich den übrigen Staatssecretairen „in Fällen der Behinderung des Kanzlers“ ernannt ist; sein Auftrag erlischt mit dem Erlöschen der amtlichen Befugniß des von ihm Vertretenen. Dem entsprach stets die Form, unter der die Stellvertreter für den Kanzler zeichneten.

Wenn die Ernennung des Grafen Caprivi nur von dem Staatssecretair des Innern in Vertretung eines entlassenen Kanzlers contrasignirt ist, so fehlt ihr die nach Art. 17 der Reichsverfassung nöthige Vorbedingung zur verfassungsmäßigen Gültigkeit. Nur wenn Herr von Boetticher die Ernennung Caprivi's schon vor der Entlassung des Fürsten Bismarck gegengezeichnet hätte, also zu einer Zeit, wo er noch als Vertreter des Letzteren rechtskräftig fungirte, würde er diesen Act mit der verfassungsmäßigen Wirksamkeit eines Vertreters des noch nicht entlassenen Kanzlers haben leisten können. Dann aber ließe sich annehmen, daß er den von ihm vertretenen Vorgesetzten von diesem Vorgange in Kenntniß gesetzt haben würde; dies ist indeß nach Allem, was bisher bekannt geworden ist, nicht geschehen.

Wir verweisen dabei auf die theoretische Erörterung Bd. IV, S. 156 f.

* * *

In derselben Nummer der „Hamb. Nachr." lesen wir:

Wie wir aus Varzin erfahren, steht die Abreise des Fürsten Bismarck nach Friedrichsruh für diese Woche bestimmt bevor. Ueber den Tag verlautet noch nichts; er dürfte auch nach Möglichkeit geheim gehalten werden, um Begrüßungen vorzubeugen. Der Fürst ist zwar nicht krank, aber nach den Ereignissen der letzten Zeit der Schonung bedürftig, und auf ärztlicher Seite besteht der Wunsch, daß die Reise ohne Erschwerung vor sich gehe. Professor Schweninger, der am Sonnabend Abend in Varzin eingetroffen ist, wird den Fürsten auf der Reise begleiten.

* * *

Diese Mittheilung wird schon am Tage darauf durch die folgende ergänzt:

Wie wir bereits mitgetheilt haben, erfolgt die Uebersiedelung des Fürsten Bismarck von Varzin nach Friedrichsruh in dieser Woche. Der Tag ist noch nicht bestimmt; er wird geheim gehalten. Die Freunde des Fürsten werden gewiß der neulich bereits durch unser Blatt an sie gerichteten Bitte entsprechen und von allen Begrüßungen während der Reise und bei der Ankunft in Friedrichsruh Abstand nehmen. Die Berliner Bahnhöfe werden diesmal nicht berührt; die Fahrt erfolgt ohne Aufenthalt um Berlin herum auf der Ringbahn. In Friedrichsruh wird vermuthlich der Bahnsteig abgesperrt werden und der Fürst sich ohne Zweifel sofort nach Ankunft ins Haus begeben.

* * *

An die national-liberalen Reichstagsabgeordneten, die im April d. J. einen gemeinsamen Besuch in Friedrichsruh abgestattet (vergl. oben S. 250 ff.) und nach dem Tod der Fürstin Bismarck ein theilnehmendes Schreiben mit einem Kranz abgeschickt hatten, ist zu Händen des Abgeordneten Placke folgendes Dankschreiben des Fürsten Bismarck eingegangen:

Varzin, 15. December. Euer Hochwohlgeboren und die an der freundlichen Begrüßung vom 10. d. M. betheiligten Herren haben mich durch den Ausdruck Ihrer Theilnahme und durch den schönen Kranz erfreut, und indem ich gern Ihres Besuches in Friedrichsruh gedenke, bitte ich Sie, für wohlwollende Kundgebung meinen verbindlichsten Dank für Ihre politischen Freunde entgegennehmen zu wollen.

* * *

Am Abend des 21. December trifft Fürst Bismarck wieder in Friedrichsruh ein. Die „Hamb. Nachr." berichten darüber am 22. December (M.-A.):

Eine Stunde vor der Ankunft des Fürsten Bismarck war, vom Haag kommend, der Schwiegersohn des Fürsten, Graf Rantzau, in Friedrichsruh eingetroffen. Der älteste Enkel des Fürsten, Graf Otto von Rantzau, kam mit dem einige Minuten nach acht Uhr von Berlin eintreffenden Zuge in Friedrichsruh an. Ferner hatten sich im Schloß zum Empfang des Fürsten die Gutsnachbarn desselben Baron und Baronin Merck eingefunden. Der vom Fürsten benutzte Berliner Blitzzug traf infolge der durch Einschaltung der fürstlichen Wagen in Spandau entstandenen Verzögerung und des durch die Waggons erhöhten Mehrgewichts des Zuges mit einer viertelstündigen Verspätung kurz nach $^{3}/_{4}$11 Uhr in Friedrichsruh ein. Das Halten des Zuges erfolgte genau so, daß der Salonwagen des Fürsten vor dem Parkthor zu stehen kam. Von diesem bis zum Bahngeleise hin waren über die gepflasterte Landstraße Läufer gelegt worden. Fackeltragende Mannschaften der Ortsfeuerwehr bildeten vom Parkeingange bis zum Herrenhause Spalier, so daß der breite Weg hell erleuchtet war. Eine aus den Beamten der Oberförsterei, Ortsangehörigen und einigen Bewohnern der näheren Umgebung Friedrichsruhs sich zusammensetzende Schaar von treuen Verehrern des Fürsten, etwa sechzig an der Zahl, hatte am Parkeingange die Ankunft des Zuges erwartet und verharrte daselbst in ehrfurchtsvollem Schweigen, die Stimmung des Schloßherrn achtend, der heute zum ersten Mal ohne die geliebte Lebensgefährtin in sein Winterheim im Sachsenwalde einzog.

Nach dem Halten des Zuges war demselben als erster Graf Herbert Bismarck entstiegen, dem Prof. Dr. Schweninger auf dem Fuße folgte. Dann erschien der Fürst in der Thür des Salonwagens. Er trug einen

langen grauen Reisemantel; sein Haupt war mit einer Tuchmütze bedeckt. Sich leicht auf die ihm entgegengestreckte Hand des Oberförsters Lange stützend, entstieg er ohne Mühe dem Wagen und ging nach kurzem freundlichen Gruß an die Zunächststehenden, den Knotenstock in der Rechten, mit schnellem Schritt ins Schloß. Das Aussehen des Fürsten ließ denselben durchaus wohl erscheinen, wie auch sein fester Gang und seine gerade Haltung von körperlichem Unbehagen keine Spur verrieth.

Register.